20. JULI 1944

20. Juli 1944

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Lizenzausgabe: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Bilder: Bundesbildstelle (S. 233); Ullstein-Bilderdienst (S. 105); Tippelskirch, „Der Zweite Weltkrieg" (Athenäum-Verlag, Bonn) (S. 129); Archiv Dr. Kurt Zentner (S. 145, S. 157); Bildarchiv Hammer, Hamburg.

Die 6. Auflage entspricht der vorhergehenden; die neu aufgenommenen Komplexe sind — abgesehen von vielfachen kleineren Korrekturen und Einschüben — auf S. 42 bis 42 g (Kreisauer Kreis), 256/256 a (Mierendorff-Aufruf) und 274 a bis 274 q = 275 (Wolf, Politische und moralische Motive) zu finden. Das Literaturverzeichnis wurde ergänzt und erweitert.

323.276.(430)„1944" f1/28IN-2-70

1. und 2. Auflage, bearbeitet von Hans Royce
3., 4. und 5. Auflage, bearbeitet von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen
6. Auflage, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen
Druck: Wiesbadener Graphische Betriebe GmbH, Wiesbaden
Klischees: Theo Siering, Bonn
Karthographie: Gottfried Wustmann, Stuttgart
Printed in Germany 1969

GELEITWORT

In Ehrfurcht und Dankbarkeit wollen wir derjenigen gedenken, die ihr Leben und ihre Ehre einsetzten zur inneren und äußeren Rettung ihres Vaterlandes. Zugleich wollen wir die Männer und Frauen des innerdeutschen Widerstandes gegen den Unrechtsstaat HITLERS uns ein Beispiel und eine Mahnung sein lassen, über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg in den Grundfragen der Freiheit und des Rechtes auch heute zusammenzustehen. Daher sollen auch keine neuen Grenzen aufgerichtet werden zwischen den Männern des 20. Juli und denen, die damals ihren Weg nicht mitgehen konnten. Wohl aber soll das furchtbare Wirken des in der Richterrobe wirkenden Henkers FREISLER und seiner Helfershelfer, die im NS-Staat das Recht mit Füßen traten, in uns den letzten Willen stärken, jedem Feinde der inneren und äußeren Freiheit unseres Volkes mit all unserem Sein und Wollen entgegenzutreten.

Diese auf sorgfältigem Quellenstudium beruhende Veröffentlichung über die Ereignisse des Sommers 1944 möge zu einer ernsten Besinnung jedes aufrechten Deutschen in unserer Zeit führen.

Dr. Dr. h. c. ROBERT LEHR †

VORWORT ZUR 3. AUFLAGE

Der vorliegende Sammelband ist eine Neubearbeitung und wesentliche Erweiterung der von der Bundeszentrale für Heimatdienst im Jahre 1952 als Sondernummer der Wochenzeitung „Das Parlament" sowie als Broschüre herausgegebenen Publikation, mit der Tat und Opfer des 20. Juli 1944 gewürdigt wurden.

Seitdem ist das Schrifttum zu diesem Thema erheblich angewachsen und durch grundlegende Werke bereichert worden. Vor allem die Arbeiten von EBERHARD ZELLER, GERHARD RITTER, HANS ROTHFELS und ANNEDORE LEBER, um nur die wichtigsten zu nennen, haben zur Klärung vieler strittiger Fragen beigetragen, unsere bisherigen Erkenntnisse vertieft und neue fruchtbare Perspektiven eröffnet. Darüber hinaus wurden die mannigfachen Probleme des Staatsstreiches im totalitären Dritten Reich in verschiedenen Untersuchungen aus juristischer, theologischer und militärischer Sicht behandelt.

Die Bearbeiter haben aus dieser Literatur eine Reihe der eindrucksvollsten Zeugnisse kritisch ausgewählt. Zudem war es ihnen möglich, weitverstreutes, aber auch unbekanntes Quellenmaterial zu erschließen und damit die Grundlage für die historische Beurteilung des Widerstandes zu erweitern. In diesem Zusammenhang sind besonders die von GERHARD RITTER schon 1952/53 eingesehenen Kaltenbrunner-Berichte an Reichsleiter

Bormann zu erwähnen, die der zeitgeschichtlichen Forschung (wenn auch nur in Photokopien im Bundesarchiv Koblenz) seit einigen Jahren zugänglich sind. Aus ihnen konnten u. a. in diesem Band die bedeutsamsten und aufschlußreichsten Anlagen, die die dramatischen Ereignisse vom 20. 7. 1944 erhellen, zusammen mit anderen wertvollen Quellen erstmals veröffentlicht werden.

Ein großer Teil der bisherigen Beiträge konnte völlig oder beinahe unverändert übernommen werden, nur wenige fielen weg oder wurden durch andere ersetzt. Es kam den Bearbeitern darauf an, durch Aufbau und Anlage der Neuausgabe ein ebenso übersichtliches wie lesbares Quellenwerk zu schaffen. Der Ablauf des 20. 7. 1944 sollte und mußte Mittelpunkt der Sammlung bleiben. Doch werden in dem Kapitel „Widerstandskreise zur Wiederherstellung eines Rechtsstaates" auch die nicht unmittelbar mit dem Befreiungsversuch in Verbindung stehenden Kräfte durch repräsentative Dokumente zu Worte kommen. Gewiß kann dieser Band keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, ebenso wenig wie etwa die „Ehrentafel des 20. 7. 1944", die nach den vorhandenen Unterlagen erstellt bzw. ergänzt worden ist. Namentliche Erwähnung oder Nichterwähnung eines Widerstandskämpfers bedeutet daher in keiner Weise ein Werturteil, auch nicht die Länge oder Kürze einer Würdigung oder die Reihenfolge. Der tiefere Sinn der hier gebotenen Auswahl ist einzig und allein darin zu sehen, den „Aufstand des Gewissens" und den „Geist der Freiheit" — gegenüber dem Ungeist, der ebenfalls belegt wird, — für unsere Gegenwart stets von neuem bewußt zu machen.

E. Zimmermann zeichnet besonders für die Kapitel II, V und VI, H. A. Jacobsen für die Kapitel III, IV und die synchronoptische Tafel verantwortlich.

Für freundliche Unterstützung, Ergänzungen und Ratschläge haben die Herausgeber und Bearbeiter zu danken dem „Arbeitskreis 20. Juli 1944" in Berlin, dem Bundesarchiv Koblenz, Herrn W. Hammer (Hamburg), Herrn Dr. R. Hildebrandt (Berlin), Herrn Dr. A. Hoch (München), dem Institut für Zeitgeschichte München, Herrn Major Lejeune-Jung (Düsseldorf), dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und Fräulein D. Ziegler (Bonn).

Im Juli 1960

Erich Zimmermann Hans-Adolf Jacobsen

VORWORT ZUR 4. AUFLAGE

Die Herausgeber sind bei der 1961 notwendig werdenden 4. Auflage einigen Wünschen aus Fachkreisen gerecht geworden und haben insgesamt drei neue Berichtskomplexe aufgenommen (im Kapitel II: 2c und 7 und im Kapitel IV: Nr. 4)

Bundeszentrale für Heimatdienst Bonn, im Mai 1961

INHALTSVERZEICHNIS

I. Würdigung

Der deutsche Widerstand — **seine Motive und seine geschichtliche Bedeutung** - von Prof. Dr. HANS ROTHFELS 9
Weder Reaktionäre **noch Revolutionäre - von Bundesminister a. D.** JAKOB KAISER † 15
Tagesbefehl **zum 20. Juli 1959 von Generalinspekteur** ADOLF HEUSINGER 19

II. Widerstandskreise

1. **Sozialistische Kreise**
Rede des SPD-Abgeordneten WELS im Deutschen Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 21
2. **Die Militäropposition** 22
a) **Vortragsnotiz** LUDWIG BECKS (16. Juli 1938) 22
b) **Aus einem** Aufsatz LUDWIG BECKS: Deutschland in einem kommenden Kriege (November 1938) 23
c) Vor den Toren Moskaus (Aufzeichnung Dr. BOTHE, Major im Stabe von Generaloberst HOEPNER) 24
3. Kirchliche Opposition 27
a) Katholische Kirche 27
aa) Aus einem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1935 27
bb) Aus dem Weltrundschreiben Papst PIUS' XI. vom 4. März 1937 27
b) Evangelische Kirche 29
aa) Aus der Kundgebung der Vorläufigen Kirchenleitung v. 24. Febr. 1935 29
bb) Kanzelabkündigung der Vorläufigen Kirchenleitung v. 23. August 1936 29
4. Katholische Arbeiterschaft im Widerstand
von Verbandspräses Dr. HERMANN JOSEPH SCHMITT 30
5. Der Goerdelerkreis 33
a) Aus der Niederschrift GOERDELERS „Gedanken eines zum Tode Verurteilten — September 1944 im Gefängnis" 33
b) PAUL LEJEUNE-JUNG: Skizze eines Reichsgrundgesetzes über wirtschaftliche Reichsgerechtsame 37
6. Der Kreisauer Kreis — von D. Dr. EUGEN GERSTENMAIER 39
Grundsätze für die Neuordnung Deutschlands
(Entwurf des Kreisauer Kreises vom 9. August 1943) 41
Memorandum mit den Plänen MOLTKES (Dezember 1943) 42e
7. Der Freiburger Kreis. Eine Aufzeichnung von Dr. FRITZ HAUENSTEIN 42h
8. Der Beitrag der Frau - von ANNEDORE LEBER 46
9. Widerstand der studentischen Jugend 49
Aus einem Flugblatt der Weißen Rose 49

III. Pläne und vorbereitende Aktionen

1. Aus der Denkschrift des Generaloberſten LUDWIG BECK vom 16.7.1938 gegen HITLERS Kriegspolitik 50
2. Aus dem Tagebuch ULRICH VON HASSELLS von 1939—1943 54
3. Friedensplan GOERDELERS, zur Übermittlung an die britische Regierung bestimmt, vom 30. 5. 1941 61
4. Erklärung GOERDELERS zur Atlantikcharta vom 13. 12. 1942 62
5. Memorandum des Bischofs von Chichester vom Juni 1942 über ein Gespräch mit Pastor SCHÖNFELD und DIETRICH BONHOEFFER 66
6. Brief ANTHONY EDENS vom 17. 7. 1942 an den Bischof von Chichester 70
7. Der mißlungene Befreiungsversuch vom 13. 3. 1943 70
8. Geheime Denkschrift GOERDELERS vom 26. 3. 1943, für die Generalität bestimmt, über die Notwendigkeit eines Staatsstreiches 73
9. Neufassung „Walküre" vom 31. 7. 1943 mit Durchführungsbestimmungen vom 11. 2. 1944 90
10. Friedensplan GOERDELERS vom Spätsommer bis Herbst 1943 97
11. Bedingungen STAUFFENBERGS, mit der Feindseite zu verhandeln, vom Mai 1944 103
12. ROMMELS Schicksalsstunde - von HANS SPEIDEL 104
13. ROMMELS Ultimatum an HITLER vom 15. 7. 1944 112
14. Die militärische Lage am 20. 7. 1944, Gutachten von Prof. P. E. SCHRAMM 112
15. Der Wehrmachtsbericht vom 20. 7. 1944 125

IV. Das Attentat vom 20. Juli 1944

1. Der Donnerschlag in der Wolfsschanze und die Vorgänge in der Bendlerstraße - nach einem Bericht FABIAN VON SCHLABRENDORFFS 127
2. Das Attentat im Spiegel des SS-Berichts vom 26. 7. 1944 137
3. Die Fernschreiben der Bendlerstraße vom 20. 7. 1944 141
   Innere Unruhen 141
   Vollziehende Gewalt 142
   Walküre 2. Stufe 143
   Standrechtverordnungen 1—5 144
   Maßnahmen gegen die Partei und ihre Organisationen 149
   Reiseverkehr 149
   Durchführung von Verhaftungen 150
4. Aus dem Kriegstagebuch der Heeresgruppe Nord, Juli 1944 150
   Anruf Oberst GRAF STAUFFENBERG an Chef, 20. 7. 1944, 19.55 Uhr 150
   Besprechung beim Chef des Generalstabes des Heeres, 21. Juli 1944, 17 Uhr 151
5. Zeitplan der Bendlergruppe mit vorbereiteten Befehlen 152
6. Der Remer-Bericht vom 22. 7. 1944 156

7. Der Schlee-Bericht vom 23. 7. 1944 162
8. Der Hagen-Bericht vom 16. 10. 1944 165
9. Der Bericht der Sekretärin des Generals OLBRICHT, DELIA ZIEGLER 169
10. Die letzte Runde — in Paris - von WALTER BARGATZKY 170
11. Das amtliche Kommunique des Großdeutschen Rundfunks vom 20. 7. 1944 174
12. Vorbereiteter Erlaß der Bendlergruppe über die vorläufige Kriegsspitzengliederung 174
13. Aufrufe an das deutsche Volk 176
14. Entwurf einer Regierungserklärung 183
15. Aufruf BECKS und WITZLEBENS an die Wehrmacht 191
16. Synchronoptische Tafel: Der Ablauf des 20. 7. in Rastenburg — Berlin — Paris und im Reich (Tafel in Tasche) 194
17. Die Reden HITLERS, GÖRINGS und DÖNITZ' vom 21. 7. 44 gegen 1 Uhr 195

V. Verfolgung, Prozeß und Hinrichtung

1. Die ersten „Sprachregelungen" der Partei- und Staatsdienststellen 199
a) Einige Rundschreiben BORMANNS 199
b) Ansprache des GeneraloberSten JODL am 24. 7. 1944 202
c) Ein Telegramm RIBBENTROPS vom 24. 7. 1944 203
2. Vernehmungsmethoden der Gestapo 205
a) Aus einer Anweisung des Gestapochefs MÜLLER vom 12. 6. 1942 205
b) Aus dem Haftbericht des Bischofs HANNS LILJE 207
c) Das Zeugnis von Dr. HANS FRITZSCHE 207
d) Die Aussage FABIAN VON SCHLABRENDORFFS 208
3. Haftbericht aus dem Tegeler Gefängnis von DIETRICH BONHOEFFER 208
4. Totenausgrabung und Sippenhaft
Aus der Rede HEINRICH HIMMLERS am 3. 8. 1944 in Posen 211
5. Der „Ehrenhof des Heeres" 212
6. Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof 214
a) FREISLERS Verhandlungsführung (Aus den Verhandlungsprotokollen) 214
b) Augenzeugenbericht des Stenographen PETER VOSSEN 216
c) Weitere Erlebnisberichte 217
d) Das Urteil des Reichsjustizministers THIERACK 217
7. Das „Mordregister" 218
8. Ihre letzten Stunden - von Pater BUCHHOLZ 224
9. Das Schauspiel des Entsetzlichen (Berichte der Kameramänner) 225
10. Auf der Bahre zum Galgen - von MAX GEISSLER 227
11. Im Trümmerfeld ermordet - von HERBERT KOSNEY 228
12. Ehrentafel der Toten des 20. Juli 1944 230
13. Faksimilia und Photokopien 235
a) Todesurteil gegen ERNST VON HARNACK (Beilage)
b) Kostenrechnung für die Hinrichtung (ERICH KNAUF) 235
c) Benachrichtigung der Angehörigen (FREIFRAU VON THÜNGEN) 236

VI. Vom Geist der Widerstandsbewegung

(Lebensbilder, Aufzeichnungen, Abschiedsbriefe)

1. Lebensbilder 237
a) Claus Schenk Graf von Stauffenberg 237
b) Ludwig Beck 239
c) Friedrich Olbricht 240
d) Karl Friedrich Goerdeler - von Eberhard Zeller 244
e) Paul Lejeune-Jung 245
f) Wilhelm Canaris 247
g) Wilhelm Leuschner - von Walter Theimer 251
h) Julius Leber - von Gustav Dahrendorff 254
i) Carlo Mierendorff — Aufruf vom 14. 6. 1943 256
— aus der Gedenkrede von Theodor Haubach 256b
j) Theodor Haubach, Fritz Elsas 259
2. Aufzeichnungen und Abschiedsbriefe 261
a) Alfred Delp S. J.: Tagebuchfragmente, Rechenschaft und Abschied 261
b) Helmuth Graf von Moltkes letzter Brief 265
c) Nikolaus Gross: Abschiedsbrief an seine Familie 269
d) Peter Graf Yorck von Wartenburg an seine Mutter und an seine Frau 270
e) Nikolaus von Halems Abschiedsbrief 271
f) Alexis Frhr. von Roenne: letzter Brief an seine Mutter 273
g) Bilanz
Ernst Wolf: Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung 274a

VII. Widerstandsrecht und Widerstandspflicht

(Gutachten)

1. Die Militäropposition gegen Hitler und das Widerstandsrecht - von Hermann Weinkauff, ehem. Präsident des Bundesgerichtshofes 275
2. Moraltheologisches Gutachten über das Widerstandsrecht nach katholischer Lehre - von Prof. Dr. Rupert Angermair 289
3. Evangelisch-theologisches Gutachten von Prof. D. Hans-Joachim Iwand 295
4. Widerstandspflicht — nicht Widerstandsrecht - von Prof. D. Ernst Wolf 299
5. Gutachten über die Stellung des Offizierskorps zum 20. Juli 1944 von Generalleutnant a. D. Helmut Friebe 301

VIII. Bilder 311

IX. Aus der Chronik des deutschen Widerstandes gegen Hitler 359

X. Literaturverzeichnis 363

XI. Personenverzeichnis 367

XII. Karten und Anlagen (in Tasche) 374

I. Würdigung

DER DEUTSCHE WIDERSTAND: SEINE MOTIVE UND SEINE GESCHICHTLICHE BEDEUTUNG

von HANS ROTHFELS

Die Zeiten sind längst vorbei, da man in breiteren Kreisen des In- und Auslandes vom deutschen Widerstand gegen HITLER kaum etwas wußte außer der Tatsache des mißglückten Attentats vom 20. Juli. Und nur eine verzerrende Geschichtsauffassung, wie sie allerdings jenseits des Vorhangs gepflegt wird, kann auch heute noch wagen, mit Bezug auf dies Ereignis von einer „kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere" zu sprechen, wie es HITLER am Abend des Tages über den Rundfunk tat und die Alliierten von ihm übernahmen. Wir wissen heute, daß Widerstand nicht als Massenbewegung, wohl aber in breiterer Streuung als nach den Bedingungen eines Polizeistaates vermutet werden durfte, in allen Schichten und Klassen des deutschen Volkes lebendig war und sich betätigte, in der Arbeiterschaft und im Bürgertum, bei den Intellektuellen und den Kirchen, im Beamtentum und im Offizierskorps. Wir wissen auch von der Vielgestaltigkeit der Motive, die im Einzelfall zum Anschluß an die Bewegung führten, von der oft quälenden Langsamkeit des Weges, auf dem die Opposition gegen Teilerscheinungen oder gegen Eingriffe in den eigenen Lebensbereich sich zur grundsätzlichen Opposition gegen ein verbrecherisches Regime als solches entwickelte. Ebenso ist seit langem deutlich geworden, daß es zwar die Inflation des Widerstandsbegriffs zu vermeiden gilt aus jenen Jahren, da möglichst jeder zu ihm gehört haben wollte, daß aber unter den Begriff gewiß nicht nur aktive politische Opposition im unmittelbaren Sinne oder die Reihe der Attentatsversuche vom März 1943 bis zum 20. Juli 1944 hin zu rechnen sind, sondern auch all das, was sich unter dem Terror des Dritten Reiches ergab an Leiden und Martyrium, an humanitärer Tätigkeit und Hilfe für die Verfolgten wie auch an bestimmten Formen des schweigenden Beiseitestehens. Für all dies liegen echte Zeugnisse in reicher Fülle vor, freilich nicht in gleichmäßiger Verteilung. Der Natur der Sache nach ist der Widerstand der Arbeiterschaft und auch sonst vieler Namenloser weniger gut bezeugt als der einzelner führender Männer und Gruppen.

Es ist daher schwierig, ein allseitiges Bild zu geben, und die Aufmerksamkeit hat sich somit vornehmlich bestimmten Richtungen zugewandt, etwa den Honoratioren mit der Mittelpunktfigur von GOERDELER oder den Jüngeren um STAUFFENBERG oder dem Kreisauer Kreis um den GRAFEN MOLTKE oder aber bestimmten Teilproblemen, wie dem Verhältnis der Wehrmacht zum Nationalsozialismus, also dem militärischen Sektor des Widerstands, oder dem Kirchenkampf beider Konfessionen oder der Opposition der Wilhelmstraße. Aber es wird herauszuheben sein, daß es einen Vereinigungspunkt der verschiedenen Gruppen bei allen Unterscheidungen letzten Endes gab: Er liegt im sittlichen und religiösen Bereich einer Auflehnung gegen das Böse. So wie es ERNST JÜNGER, der mit vielen Kreisen des Widerstands in Fühlung war, in sein Tagebuch schrieb: „Man sieht dann auch, daß die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische." Vielleicht kann man im besonderen Fall der deutschen Opposition sagen, daß beide zusammenfielen.

Was zunächst den politischen Ausgangspunkt betrifft, so war die Opposition in den ersten Jahren nach der Machtergreifung wesentlich von den Anhängern jener Parteien getragen, die vorher schon die eigentlichen Verteidiger der Weimarer Republik gewesen

waren. Aber ihre tätigsten Führer verschwanden hinter Zuchthausmauern und Stacheldraht oder mußten über die Grenze weichen. Auf unterirdischem Wege wurde dann von den Exilgruppen der Kampf fortgesetzt, doch die Entdeckung ließ in aller Regel nicht lange auf sich warten, und die Opfer waren schwer. So kam der direkte politische Angriff zum Erliegen. An seine Stelle trat eine Zellenbildung besonders in der Arbeiterschaft, vor allem von alten Gewerkschaftlern beider Richtungen getragen, mit WILHELM LEUSCHNER und JAKOB KAISER an der Spitze. Das kam praktisch auf ein Bereitstehen hinaus, konnte aber nach allen Voraussetzungen nicht zu elementarem Ausbruch führen. Schon lange vor dem Kriege galt, was LEUSCHNER 1939 an einen englischen Gewerkschaftler übermitteln ließ: „Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genau so Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwerbewaffneten Aufseher erheben würden."

Zu elementaren Ausbrüchen ist es gleichwohl gekommen, unter jungen Menschen zumal, die ihrer Empörung Worte verliehen. Die Witwe des Sozialisten JULIUS LEBER, selbst eines elementar politischen Menschen unter den Führern der Opposition, hat in zwei schönen Gedenkbüchern Beispiele dieser Art festgehalten, in ergreifenden Zeugnissen wie im Bild menschlich reiner Antlitze. Auch die Münchner Studenten, die Geschwister SCHOLL und ihre Freunde, gehören hierher. Sie folgten einem inneren Gesetz, das ihnen nicht erlaubte, die Hände in den Schoß zu legen. „Der deutsche Name", hieß es in einem ihrer Flugblätter, „bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt ... und ein neues geistiges Europa aufrichtet." Diese jungen Menschen waren weder Fanatiker noch Sektierer. Mit einer freudigen Aufgeschlossenheit zu allem Guten und Schönen und doch in einer unerschütterlichen Gradlinigkeit sind sie ihren Weg gegangen — durch lauernde Gefahr und schwere Erprobung, bis in einen gefaßten, ja frohgemuten Tod hinein — „als schaue sie in die Sonne", wie es von SOPHIE, „ohne Haß, mit allem, allem unter sich", wie es von HANS SCHOLL bezeugt ist.

Diese Haltung wiederholt sich im Prinzipiellen in vielen Männern des Widerstands auch der mittleren und der älteren Generation, sowohl im Gedanken der stellvertretenden Reinigung und Sühnung, den Persönlichkeiten so verschiedener Art, wie v. HASSELL und v. TRESCKOW, PLANCK und GOERDELER in fast gleichlautenden Worten ausgesprochen haben, wie auch in der Transzendenz der Todesstunde. Daß so gestorben wurde, wie es GRAF LEHNDORFF etwa in dem Abschiedsbrief an seine Frau ausgedrückt hat, nachdem „alles Alte gewaltsam von uns gerissen" sei, damit man eine „neue Kreatur" werde, oder indem nach den Worten HALEMS der „Vordergrund des Ich so schattenhaft zu werden beginnt" nach Überwindung „der letzten kleinen Unruhe", die „den Baumwipfel erfaßt, ehe er stürzt", weiterhin daß gehandelt wurde in einem Moment, als noch einige Aussicht zu bestehen schien, das Äußerste für Deutschland und Europa zu vermeiden, und doch gehandelt wurde vor allem, um unter Beweis zu stellen, daß das deutsche Volk sich selbst zu befreien und sich von Verbrechen loszusagen wünsche, die täglich und stündlich in seinem Namen begangen wurden, das gehört nicht nur zu den menschlich ergreifenden Zügen des deutschen Widerstands, sondern war auch ein echtes politisches Aktivum. Es ist damit in der Fernwirkung mindestens die angebliche Gleichsetzung von Deutschen und Nationalsozialisten zerrissen worden. Und es konnte damit dem Vansittartschen und Morgenthauischen Bild vom „Ewigen Deutschen" ein anderes entgegengestellt werden, wirklich im Ewigen verwurzelt und im Martyrium bezeugt.

Freilich solche letzten moralischen Positionen sind oft erst langsam und mühsam errungen worden, auf einem Weg, der durch Bedenken mancherlei Art und einen Konflikt der Pflichten hindurchgeführt hat. Nicht selten blieb es bei teilhaftem Widerstand auf dem

eigenen Fachgebiet. Aber wenn der Generalstabschef BECK angesichts der von HITLER enthüllten Angriffspläne von der „Grenze des soldatischen Gehorsams" sprach, so ist neben der unbestechlichen Einsicht in das Frivol-Abenteuerliche doch auch der elementare Durchbruch nicht zu verkennen.

In der Tat wird man bei jeder näheren Untersuchung der echten Widerstandsbewegung irgendwann und irgendwie, früher oder später, auf moralische Auflehnung gegen das Böse schlechthin, auf Empörung gegen das Unmenschliche als Grundmotiv stoßen und damit in allen wesentlichen Fällen eben doch auf mehr als ressorthaften, d. h. eben auf totalen Widerstand gegen ein totales System. Das gilt im gewissen Sinne schon von all denen, die sich persönlich integer hielten, deutlicher noch von den nicht wenigen Einzelnen oder locker organisierten Gruppen, die sich unschuldig Verfolgter annahmen oder Verfemten Menschlichkeit bezeugten. Sie taten nichts Sensationelles, nichts, was das Regime unmittelbar angriff, sie hatten kein politisches Ziel außer dem, den ununterdrückbaren Forderungen der Humanität nachzuleben; aber eben damit richtete sich ihre oppositionelle Tätigkeit gegen den zynischen und menschenverachtenden Kernbestand der herrschenden Doktrin. Das gilt ebenso von den Mitgliedern wissenschaftlicher und künstlerischer Kreise, deren Widerstand nach der Natur alles Geistigen auf die tief demoralisierende Wirkung der Tyrannei gerichtet sein mußte. So beschwor ERNST WIECHERT in einer Rede an die deutsche Jugend 1935 seine Zuhörer, nicht zu schweigen, wenn das Gewissen zu reden befiehlt, weil „nichts das Mark eines Mannes so zerfrißt wie die Feigheit". — Das gilt erst recht von den Ergriffenen innerhalb beider Kirchen, bei deren Opposition die Verteidigung des Evangeliums voranstand, die dann aber fortschritt über den Angriff auf die rassendogmatische Umdeutung des Christentums zum Angriff auf die wesenhaften Züge des Systems im ganzen: auf die Vergöttlichung eines Sterblichen, auf die Mißachtung der Heiligkeit des Lebens und die Verspottung elementarer Rechtsbegriffe. So betonte ein Hirtenbrief der deutschen Bischöfe, daß sie nicht nur für religiöse und kirchliche Rechte einträten, sondern für „menschliche Rechte schlechthin".

Man hat alle Ursache, dies zentrale Motiv immer wieder zu betonen, und es spricht gerade für das Bleibende und Gültige des religiösen Widerstands, daß er nicht unmittelbar politisch war, sondern vom innerlichsten Anliegen her in das Ganze des staatlichen und sozialen Gefüges hineingriff. Gewiß gab es auch im Kirchenkampf Lauheiten. Und es gab den Widerstand des Fachmannes, sei es, daß er sich gegen eine unsinnige Finanzierungspolitik oder eine friedensgefährdende Diplomatie oder gegen eine dilettantische Kriegsführung richtete. Von einer so teilhaften Opposition war es schwer, zum Entscheidenden und Ganzen vorzustoßen. Aber es wird ebenso festzustellen sein, daß es Fälle gab, in denen es — wenn auch spät — zu diesem Durchstoß kam, wie etwa beim Feldmarschall ROMMEL, ja Fälle, in denen die Opposition des Fachmanns erst geschichtliche Tragweite erlangte auf der Grundlage einer vorherigen tiefen Erschütterung gewohnter Vorstellungen. Ein Beispiel dafür bieten die Briefe des Generalmajors STIEFF. Er schloß sich der Verschwörung erst im Sommer 1942 an, sein Entschluß erwuchs zum Teil aus der Empörung über unverantwortbares militärisches Handeln an der Moskauer Front. Aber dem ging eine andere Erfahrung voraus, gleich zu Beginn des Polen-Feldzuges und im Anblick der SS-Verbrechen, die dort begangen wurden. Sie preßten ihm den Satz in die Feder: „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein."

Es sind das Worte, die mancher Zeitgenosse heute nicht gern mehr hören mag und die doch als ergreifendes Zeugnis der Gewissensbedrängnis vor der Vergessenheit bewahrt werden sollten. Zudem knüpfen sich hier Erwägungen allgemeiner Art an. Es ist eine

weit verbreitete Meinung, daß die deutsche Generalität bereitwillig mit dem Regime gegangen sei, solange die Aufrüstung große berufliche Aussichten eröffnete, und weiter dann, solange Siege geerntet wurden oder der Endsieg zu winken schien. Das trifft für Einzelfälle ohne Zweifel zu; und es ist auch einzuräumen, daß es schwer sein mußte und in der kämpfenden Truppe kaum Widerhall finden konnte, wenn eine Offiziers-Opposition sich den zunächst ja atemberaubenden Erfolgen des Führers entgegenstellte, auf einem Wege noch dazu, der wenigstens zu Anfang als eine Revision gewisser Fehlentscheidungen von 1919 gelten konnte. Eine vielfältige Schicht von Motiven sehr verschiedener Art und Wertigkeit mochte sich hier querlegen. Man kennt die Kritik, die Männer des Widerstandes an den Karrieremachern und Ordenssternjägern geübt haben, oder auch an denen, die prinzipiell bereit, aber aus an sich pflichtmäßigen Erwägungen nicht zum Handeln entschlossen waren.

Um so mehr ist hervorzuheben, daß es gerade in der höheren militärischen Führung der Männer genug gab, die auf einem Standpunkt standen oder früh zu ihm sich durchgerungen hatten, auf dem nur noch die Stimme des eigenen Gewissens Richter war. Sie haben zum Teil schon den Weg zum Kriege bekämpft oder durch eine innere Erhebung abzufangen gesucht, und zwar nicht nur, weil er zur Niederlage Deutschlands führen werde; auch setzte ihrer aller Widerstand nicht erst ein, als die Phase des Erfolges abgelaufen war. Sie haben sich dem Verbrecherischen, das dieser Politik wie dieser Kriegführung im ganzen eigen war, entgegengestellt.

Entsprechendes wäre von der diplomatischen Opposition zu sagen. Gewiß, der Staatssekretär VON WEIZSÄCKER und die Männer der Wilhelmstraße, die ihm nahestanden, sind aus einer Politik, die sie mißbilligten, nicht frontal ausgebrochen. Sie suchten in ihrem Rahmen den Frieden zu wahren oder mindestens den Ausbruch des Krieges hinauszuschieben, wozu das Hereinbringen von Einzelerfolgen und die Auflösung festgefahrener Situationen mit den konventionellen Mitteln der Diplomatie durchaus gehörte. Aber daneben läuft eine andere, sehr unkonventionelle Linie. Sie beginnt während der Tschechen-Krise im August/September 1938, als nach einem Vorfühlen durch den pommerschen Gutsbesitzer VON KLEIST eine Aktion WEIZSÄCKERS in London folgte, die durch die Erwirkung einer entschiedenen englischen Stellungnahme und damit durch die Klarstellung der Kriegsgefahr die Voraussetzung für den inneren Staatsstreich schaffen sollte. Diese Art indirekten Handelns setzte sich fort bis zum Kriegsausbruch. Entscheidend dabei war, daß ein Durchbruch traditioneller Bindungen geschah, daß eine Diplomatie gegen ihre eigene Regierung und für die Erhaltung des Friedens kämpfte, weiterhin, daß sie es tat, nicht nur, weil sie vom Angriff eine Katastrophe Deutschlands erwartete, sondern auch um einer menschenwürdigen Ordnung zwischen den Völkern willen.

Man kann gewiß fragen, ob bei den Führern des militärischen wie des diplomatisch-politischen Widerstandes der Klarheit der Einsicht und der moralischen Unantastbarkeit die Kraft und Massivität des Willens entsprach. Es waren das ja Männer, denen keine andere Rolle von Haus aus so wenig lag wie die des Revolutionärs oder Verschwörers. An Brutalität war ihnen der innere Gegner gewiß überlegen. Man braucht nur die Rede HIMMLERS an die Gauleiter zum 20. Juli zu lesen, um dessen gewahr zu werden, auf wie verschiedenen Ebenen nicht nur des Menschentums, sondern auch der fanatischen Entschlossenheit sich dieser Kampf abgespielt hat. Aber für die Männer der mittleren Generation, für Sozialisten, Konservative und Christen, wenn nicht fanatischer so doch radikaler Art, dürfte der Abstand schon etwas anders zu formulieren sein. Nicht an Bedenksamkeit jedenfalls und Mangel an Einsatz oder an technischen Fehlern dilettan-

tischer Verschwörer, wie man wohl lesen kann, und nicht am Widerstand gegen den Widerstand ist die Reihe der Anschläge bis zum 20. Juli und der dieses Tages selbst gescheitert.

Auch wird nicht zu übersehen sein, daß es den Männern des Widerstands nicht nur um die unmittelbare Reinigungstat ging, so sehr sie zentral blieb, es ging auch um die Frage, wie der Bürgerkrieg zu vermeiden und doch dem Weißbluten ein Ende zu machen sei. Und es ging nicht zum wenigsten darum, was an die Stelle des gestürzten Regimes treten solle, für welches Zukunftsbild Deutschlands und Europas die Tat geschähe.

Dazu sind von GOERDELER, von POPITZ und JESSEN sowie vor allem im Kreisauer Kreise Überlegungen angestellt und Entwürfe ausgearbeitet worden, die auch heute noch starke Beachtung verdienen und bei denen es letzten Endes um Wiederherstellung und Bewahrung der Würde des Menschen, aber auch um durchgreifende gesellschaftliche Reformen ging. So hat einer aus diesem Kreise und zugleich ein Mann des Auswärtigen Amtes, ADAM VON TROTT, formuliert: „Die Opposition glaubt, daß die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem, nicht auf militärischem Gebiet stattfinden wird."

Wie aber fanden Männer, die so stark religiös und sozial gebunden waren, den Entschluß zum Tyrannenmord? Und konnte eine solche Tat überhaupt das Unheil wenden? MOLTKE neigte zu der Auffassung, daß eine innere Revolte die Probleme nur verwirren werde. Aber weder verhärtet sich diese Ansicht bei ihm zu einem Dogma des nur passiven Widerstands noch wurde sie von anderen Mitgliedern des Kreises geteilt, einige nahmen vielmehr an der Vorbereitung wie an der Tat selbst aktiven, ja führenden Anteil. Und doch ist keinem von ihnen die quälende Frage erspart geblieben, ob Gewalt ein Heilmittel sein konnte. Erst recht in der älteren Generation war, wie schon betont, der Weg zu solchem Entschluß ein mühsamer. Um so weniger sollte man die Achtung vergessen gegenüber dem Gewissenskampf, mit dem hier um das Problem des politischen Mordes und auch des Treueids gerungen worden ist. Gerade, daß man diese Fragen nicht leicht nahm, macht zu einem Teil das sittliche Gewicht einer Entscheidung aus, die alle Hemmnisse überwand und die auch vor dem vollen Austrag des Dilemmas zwischen Beamten- oder Offizierspflicht, zwischen den üblichen Geboten nationaler Disziplin und einer höheren Vaterlandsliebe nicht zurückgescheut ist.

Dieses Dilemma mußte sich im Kriege ungemein verschärfen. Wenn es darum ging, Deutschland und Europa vor dem drohenden Chaos zu bewahren, wenn es zu diesem Zweck galt, Kontakte mit dem Ausland aufzunehmen, so war eine selbstverständliche Voraussetzung dafür die entschiedenste Absetzung vom innerdeutschen Regime und seinen Verbrechen. Man durfte nicht im leisesten dem Verdacht Vorschub leisten, daß es nur darum gehe, mit einem blauen Auge aus dem sowieso verlorenen Krieg herauszukommen und nicht um eine radikale Wendung gegen HITLER und sein innen- wie außenpolitisches System als gleichermaßen sündhaft.

Aber bedeutete der Kampf gegen die eigene Regierung mitten im Krieg nicht zugleich ein Sichabsetzen von der Frontgemeinschaft, um so belastender, je schärfer sie unter Druck gestellt, je hoffnungsloser sie insbesondere in der Abwehr der bolschewistischen Drohung verstrickt war? — Die Männer des deutschen militärischen Widerstandes in Heimatstäben wie in leitenden Kommandostellen in Ost und West wären gewiß die letzten gewesen, der opferreichen Kameradschaftsgesinnung, in der ihre Söhne, Verwandten und Freunde lebten, und der Härte der Pflichterfüllung, wie sie an der Front tagaus tagein geübt wurde, die hohe Achtung zu versagen, die ihnen für immer gebührt. Aber sie mußten für sich selbst eine schwere Pflicht und eine höhere Verantwortung auf sich

nehmen, indem sie einer Führung sich widersetzten, die jene Opfer zu unmenschlichen Zielen eines barbarischen Großreichs verbrauchte und zuletzt in einem Götterdämmerungswahn versank, der in den eigenen Untergang ein ganzes Volk mit herabzureißen gedachte. Diejenigen, die am tiefsten loteten, waren von Anfang an überzeugt, daß man unter dem NS-Regime einen Sieg nicht einmal wünschen dürfe, den Sieg des Antichrist, wie es der Abwehrchef CANARIS formulierte, des „Tiers aus dem Abgrund". Daß ein solcher Sieg an sich unwahrscheinlich war, auch im äußeren Triumph der ersten Jahre, und immer unwahrscheinlicher wurde, mochte deutlich sein, mindert aber nicht die Schwere des Konflikts.

Das Dilemma, vor dem viele standen, hat der Theologe DIETRICH BONHOEFFER am schärfsten mit den Worten herausgestellt: „. . . Nur durch Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben." Und als der Angriff auf die Neutralen, auf Dänemark und Norwegen, auf Holland und Belgien bevorstand, da hat der Abteilungsleiter der Abwehr, der Generalmajor OSTER, aus freier Gewissensentscheidung dem neuen Unrecht durch eine Warnung an die Bedrohten Einhalt zu bieten gesucht.

An solches Denken und Handeln setzt das Geraune um den Dolchstoß an, mit dem der deutsche Widerstand die Kriegführung sabotiert habe oder mit dem die von Opposition zersetzten Heimatstäbe der Front in den Rücken gefallen seien, so daß dem Führer der sichere Sieg entglitt. Ja, man kann heute lesen, daß nicht nur der Zusammenbruch von 1945, sondern auch der Kriegsausbruch selbst durch die deutsche Opposition verschuldet sei, weil nur das Wissen um ihre Existenz England zum Eingriff ermutigt habe. Das sind krasse Fälschungen und verzerrte Abwehrreaktionen, mit denen eine Entlastungsoffensive vorgetragen wird.

Aber auch eine zu niedrig gegriffene Verteidigung, die das Widerstandsproblem im Kriege bagatellisiert, weicht der geschichtlichen Wirklichkeit aus. Gewiß ist es richtig, daß keinerlei Sabotage irgendwie erheblicher Art geübt worden ist, nicht einmal von Fremdarbeitern, daß OSTERS Mitteilungen keinen Schaden taten, weil man sie für eine Finte hielt und daß der Sieg aus vielen Gründen unerreichbar war. Das ist von Sachverständigen für die verschiedensten Teilfragen in einwandfreier Untersuchung bestätigt worden. Man kann weiterhin auch begründetermaßen vom Unrechtscharakter des Regimes sprechen, demgegenüber man nicht habe Unrecht tun können, oder vom erschlichenen Eid, der im Sinne eines zweiseitigen Treueverhältnisses schon längst von dem aufgelöst war, dem man ihn geleistet hatte. Aber solche Beweisführung verhüllt den Kern des Problems, seine geschichtliche sowohl wie seine bleibende Bedeutung. Der Widerstand bedarf nicht dieser Art von Verteidigung; die Besten in seinen Reihen wußten ohnehin, daß sie der letzten Gerechtigkeit entbehrten und der Gnade Gottes unterworfen blieben. Aber dies Bewußtsein entband sie nicht davon, sondern bestärkte sie in der Pflicht des Angriffs gegen ein System, das des Menschen Gewissen zu vergewaltigen und ein ganzes Volk in Verbrechen zu verstricken und in den Untergang zu führen unternahm.

Damit ist eine Grenzsituation bezeichnet, in der die Rangordnung traditioneller Werte in Frage gestellt wird und der Anspruch eines Unbedingten hindurchbricht. Das hatten im deutschen Widerstand gerade Kreise erfahren, die besonders stark an überkommenen Maßstäben hingen. Was für sie der Grenzfall und die Herausforderung zum Durchbruch war, das hat einer der Kreisauer, der GRAF YORCK, vor dem Volksgerichtshof in aller Klarheit und Schlichtheit ausgesprochen: „Das Wesentliche ist der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Bürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen."

Solche Erfahrungen und Situationen müssen ins Gedächtnis gerufen werden, nicht nur um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen, sondern auch mit dem Blick auf Möglichkeiten der Gegenwart und der Zukunft. Es sind vom deutschen Widerstand Umwertungen vorgelebt und vorgestorben worden, die zum Wesen der Zeit gehören, in der wir existieren, jedenfalls überall da, wo das Totalitäre herrscht oder droht, — Umwertungen im Sinn einer international gültigen Front des Menschlichen gegen das Unmenschliche. In einem oft zitierten Wort hat ein anderer Kreisauer, der GRAF MOLTKE selbst, geschrieben, daß die Zukunft Europas weniger ein Problem von Grenzen und Soldaten, von wasserkopfartigen Organisationen und großartigen Planungen sei, als vielmehr davon abhänge, „wie das Bild des Menschen" wiederhergestellt werden könne. Der bekannte amerikanische Sowjetexperte G. E. KENNAN hat dies Wort mit ungewöhnlichem Nachdruck aufgenommen und davon gesprochen, wie bitter nötig Männer von der Art des GRAFEN MOLTKE seien, wenn „die Zukunft der Region von der Elbe bis zur Beringstraße wieder eine glücklichere sein soll".

Es liegt darin die Anerkenntnis einer Realität, die als Überzeugung und Opferwille an der Grenze des menschlich Zumutbaren zur Wirkung kommt, wie der 17. Juni und die Ereignisse in Posen und Budapest seitdem unter Beweis gestellt haben. Der deutsche Widerstand sah sich einer in vieler Hinsicht einmaligen Grenzsituation gegenüber. Aber die Art, wie seine führenden Männer für die Pflichten und die Würde des Humanen Zeugnis abgelegt haben, macht sie zum Vortrupp einer Bewegung über den Einzelfall wie über nationale Ziele und nationale Grenzen hinaus.

WEDER REAKTIONÄRE NOCH REVOLUTIONÄRE

Von Bundesminister a. D. JAKOB KAISER †

Der 20. Juli 1944 hat im Bewußtsein unseres Volkes manche Wandlung erfahren. Wenn man die ersten Verlautbarungen, die gleich nach dem Zusammenbruch 1945 von Unbeteiligten über ihn geschrieben wurden, einmal wieder durchblättert, so ist vieles von einer geradezu befremdenden Abträglichkeit und Urteilslosigkeit. Der eine deutete den 20. Juli als den Versuch der Militärs, sich in letzter Minute vor dem Zusammenbruch noch aus der Affäre des verlorenen Krieges zu ziehen. Der andere nannte ihn eine Angelegenheit von Reaktionären, wieder andere einen Versuch von Dilettanten. Diese Urteile kamen allerdings weder aus wissender noch aus unvoreingenommener Feder. Es handelte sich vielmehr um Gruppen des In- und Auslandes, die nicht wahrhaben wollten, daß erhebliche Kreise des deutschen Volkes in Opposition gegen HITLER standen. Gar nicht zugeben wollte man, daß es eine aktive Opposition gegen HITLER gab, die der Gefahr der Vernichtung durch das System trotzte.

Nach und nach setzte sich die geschichtliche Wahrheit durch. Heute weiß jeder, daß es sich im Geschehen um den 20. Juli um den Versuch klarblickender politischer und militärischer Persönlichkeiten handelte, Deutschland vor dem Abgrund zu retten, dem es durch das Hitlerabenteuer unablässig zusteuerte. Aber diese Erkenntnis gewann zunächst kaum größere Einwirkung auf das Bewußtsein unseres Volkes. Das lag weniger an seiner mangelnden Aufgeschlossenheit als an dem chaotischen Zustand, in den Deutschland durch den Zusammenbruch gekommen war. Es lag und liegt schließlich auch heute noch daran, daß die Rote Armee Gewalt über einen großen Teil von Deutschland erhielt, und daß in der Folgezeit fast 20 Millionen Deutsche durch die Sowjets unter die

Gewalt des Kommunismus gebracht wurden. Die grausamen Erfahrungen unter dem Vormarsch der Roten Armee, die Austreibung der Deutschen aus dem Land jenseits der Oder/Neiße, die Bolschewisierung Deutschlands bis vor die Tore von Bamberg, Hof und Lübeck, mit allem, was diese Bolschewisierung einschließt, läßt die verhängnisvollen Jahre der Hitlerdiktatur im Bewußtsein der Deutschen zurücktreten, wenngleich diese Diktatur der eigentliche Anfang und die Ursache des heutigen Zustandes war. Damit trat auch die Aufnahmefähigkeit und Bereitschaft zurück, die Bemühungen derer anzuerkennen, die dem Verhängnis, das HITLER heraufbeschwor, entschlossen entgegentraten.

Aber es wird Zeit, daß sich unser Volk dieser Ursache seines Zustandes stärker erinnert. Sonst könnte es allzuleicht geschehen, daß Leute von gestern mit Erfolg versuchen, Überreste des Systems zu beleben, die immer noch unter der Asche des Dritten Reiches ihr Leben fristen. Daß es geschehen könnte, beweisen Vorstöße von Gruppen, die in dieser Zeit der Auseinandersetzung um den politischen Weg unseres Volkes Boden zu gewinnen suchen. Man brauchte diese Erscheinungen nicht allzu hoch einzuschätzen, wenn nicht der Zustand Deutschlands in seiner Geteiltheit, in seiner mangelnden Selbständigkeit, aber auch in seinen parteipolitischen Gegensätzen so besorgniserregend wäre, daß man um die Anfälligkeit dieser oder jener Kreise Sorge haben muß.

Wesentlich ist, daß unser Volk trotz der Schwere des politischen Alltags das Wesen und Wollen der Männer begreift, die am 20. Juli 1944 den unaufhaltsamen Marsch in den Abgrund aufzuhalten suchten. Und wesentlich ist auch, daß offenbar wird, wie wenig bei diesem Rettungsversuch Parteigrenzen eine Rolle spielten.

Dieser 20. Juli war nicht nur der eine Tag. Seinem Geschehen ging die Widerstandsarbeit von Jahren, zum Teil von mehr als einem Jahrzehnt voraus, in denen Menschen und Gruppen mit hartem Willen um die Möglichkeiten der Rettung unseres Volkes rangen und in denen sie sich um die Konzeption einer neuen Ordnung mühten. In dieser ihrer Vorbereitungsarbeit liegt auch für unsere heutige Zeit Wegweisendes.

Dem gewerkschaftlichen Kreis, zu dem ich mich gleich nach Zerstörung der Gewerkschaften 1933 mit dem Sozialdemokraten WILHELM LEUSCHNER und dem weitblickenden Manne des DHV, MAX HABERMANN, zusammenfand, schien es eine Selbstverständlichkeit, daß für den Widerstand gegen HITLER und für die Vorbereitung einer neuen Gewerkschaftsbewegung Parteigrenzen keine Rolle spielen durften. Dabei waren wir uns bewußt, daß zu unserem Willen, die Zeit der Diktatur abzukürzen, der Wille anderer Schichten stoßen mußte, damit ein wirksamer Widerstand gegen das System enstehen konnte. Deshalb schien es uns vielverheißend, daß wir schon 1935 in Generaloberst VON HAMMERSTEIN einem Soldaten begegneten, der nicht nur das Verhängnis HITLER für die Armee erkannte, sondern der sofort auch Verständnis für die Gefährlichkeit der Lage hatte, in die unser Volk, insbesondere aber auch die Arbeiterschaft durch HITLER gebracht wurde.

Wir arbeiteten zunächst mit Denkschriften und Rücksprachen bei Politikern und verantwortlichen Männern der Wehrmacht. Mancher bewies viel Einsicht, insbesondere Generaloberst VON FRITSCH. Aber das System saß schon zu fest im Sattel, und es wurde immer klarer, daß nur entschlossener und umfassender Widerstand etwas erreichen konnte.

Aus dieser Erkenntnis heraus tasteten sich einzelne oppositionelle Persönlichkeiten und Gruppen zueinander. Zwischen den Jahren 1936 und 1940 wuchsen kleinere Gruppen zusammen, die sich in alle Schichten des Volkes und nicht zuletzt in alle Gegenden des Reiches verzweigten. Die Männer der Arbeiterschaft blieben dabei ein geschlossener

Jakob Kaiser

Bundesminister a. D.
für gesamtdeutsche Fragen

Kreis, der in Süddeutschland unter Verantwortung von Josef Ersing stand, im Westen unter intensiver Mitarbeit von Prälat Otto Müller, Heinrich Körner, Karl Arnold, Bernhard Deutz, Johannes Albers, Nikolaus Gross, Peter Busen, um nur einige zu nennen. Auch Dr. Paul Franken gehörte dazu. Im östlichen Deutschland, in Breslau, stand Franz Leuninger mit in der ersten Linie. In Berlin stieß Bernhard Letterhaus, damals Hauptmann bei der Abwehr, zu unserem engeren Arbeitskreis und blieb in fester Zusammenarbeit mit ihm. In allen diesen Kreisen standen christliche Demokraten in Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten. Ihr Hauptinteresse galt der sozialen Gestaltung der Ordnung nach Hitler. In Berlin erfolgte in den Jahren 1937 bis 1940 zugleich das Zusammenwachsen dieses Arbeitskreises mit Männern konservativer Richtung, deren führender Mann Karl Friedrich Goerdeler war. Es hat nach 1945 lange gedauert, bis sich das Bewußtsein durchsetzte, daß Goerdeler kein „Reaktionär" gewesen ist. Er war in der Tat ein betont konservativer Mann, für den es ebensoviel Loyalität wie politische Umsicht bedeutete, sich mit den Auffassungen und dem politischen Willen sozialdemokratischer Männer des Widerstandes vertraut zu machen und sie anzuerkennen. Charakteristisch für ihn war, daß er, der unter Hitler noch eine Zeitlang im Amt war, aus der Kenntnis des Systems die Folgerung zog, daß gehandelt werden mußte. Deshalb war er bereit, sich mit allen zu verbünden, die das gleiche Ziel verfolgten. Für die Männer der Arbeiterschaft war dabei die Verständigung mit ihm über politische und soziale Züge um so leichter, als zu dem sich damals bildenden sogenannten Goerdeler-Kreis Männer wie Rechtsanwalt Josef Wirmer oder der frühere Staatspräsident von Württemberg, Eugen Bolz, hinzukamen, die der Welt der Arbeiterschaft sehr nahe standen und gerade der künftigen Gestaltung der Gewerkschaften besonderes Interesse entgegenbrachten.

Der sogenannte Goerdeler-Kreis, der sich im politischen Sektor allmählich als führender Widerstandskreis herausbildete, trat meist wöchentlich, zumindest aber alle vierzehn

[redacted] meistens in der Berliner Wohnung von Dr. Elfriede [redacted], die zu den engeren Mitarbeitern des Kreises gehörte. Selbstverständlich stand jedes Mitglied des Kreises in engem Kontakt zu Gleichgesinnten. So zu Andreas [redacted], zu Otto Lenz, zu Klaus Bonhoeffer und zu Louis Ferdinand von Preussen. Unsere Verbindungen gingen selbstverständlich auch nach Österreich. Ich habe allein und zusammen mit Goerdeler mehrere Reisen nach Wien gemacht, um den Kontakt mit dortigen Widerstandskreisen von christlichen Demokraten und Sozialdemo[redacted] aufzunehmen. Das gleiche hat auch Wilhelm Leuschner getan.

Der Goerdeler-Kreis stand in steter Verbindung zu dem militärischen Widerstandskreis, und zwar sowohl mit dem Manne, der als Mittelpunkt aller Kreise galt, mit Generaloberst Beck, mit den Generalen Olbricht, Oster, von Tresckow und dann mit Graf Stauffenberg. Mit ihnen fanden Einzelberatungen, insbesondere auch der Arbeitergruppe statt, wie auch gemeinsame Besprechungen, die nicht zuletzt die Koordinierung der verschiedenen Kreise und den Ausgleich der verschiedenen Auffassungen zum Ziel hatten.

Im Goerdeler-Kreis wurden auch die Pläne für das nach Hitler zu bildende Kabinett ausgearbeitet. Ich weiß aus meiner Teilnahme an diesen Besprechungen, wie sorgsam und gewissenhaft die Frage abgeklärt wurde, welche Männer nach dem Sturz Hitlers Verantwortung übernehmen sollten, und zwar Verantwortung im politischen, im militärischen und gewerkschaftlichen Sektor.

Von sozialdemokratischer Seite gehörten diesem engsten Kreis Wilhelm Leuschner und Julius Leber an. Leber war zwar dem Kreisauer Kreis um den Grafen Moltke zunächst enger verbunden, aber — als Mann von ausgesprochener Vitalität — suchte er neben der theoretischen Auseinandersetzung den praktisch-politischen Willen zur Tat.

Wilhelm Leuschner, der schon 1932 als Nachfolger von Theodor Leipart zum Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften gewählt worden war, fand sich sofort nach Zerstörung der Gewerkschaften zu illegaler Widerstandsarbeit bereit. Zusammen mit Max Habermann und mir bildete er das gewerkschaftliche Dreimännerkollegium, das er auf der Basis aufzubauen bestrebt war, die schon vor der Zerstörung der Gewerkschaften für den Zusammenschluß gefunden war. Die führenden Christlichen, Hirsch-Dunckerschen und Freien Gewerkschaftler hatten sich nach 1933 zusammengefunden. Man glaubte damals, mit der geschlossenen Macht der Gewerkschaften Hitler wirksam entgegentreten zu können. Aber im April und Mai 1933 war es schon zu spät dafür. Auch die Gewerkschaften fielen der Zerstörung anheim.

Bevor es zu intensiver illegaler Zusammenarbeit kam, hatte Wilhelm Leuschner erst noch ein Jahr Konzentrationslager zu überstehen. Schließlich hatte er ja nicht nur zu den verantwortlichen Männern der Freien Gewerkschaften gehört, sondern er hatte als Hessischer Innenminister jahrelang in hartnäckiger Abwehr gegen den wachsenden Nationalsozialismus gestanden. Aber sein Wille, an der Erneuerung einer deutschen Arbeiterbewegung mitzuarbeiten, blieb in den Lagern, von denen er mehrere zu durchlaufen hatte, ungebrochen.

Niemand kann der Meinung sein, im Falle des Gelingens des 20. Juli wäre alles gut gewesen. Aber wohl wäre viel Schlimmes verhindert worden. Dabei wäre es allerdings nicht zuletzt auf die Haltung der Westalliierten gegenüber einer deutschen nichtnationalsozialistischen Regierung angekommen. Goerdeler selbst setzte auf diese Haltung große Hoffnungen.

Eines wäre aber vor allem noch wesentlich gewesen: Die politischen Persönlichkeiten, die zumeist im Dunkel des Hinrichtungsraumes in Plötzensee endeten, trugen das Erlebnis einer geläuterten Demokratie in sich, geschult in langer, gefahrvoller Illegalität. Es waren Männer, deren Charakter in den Jahren des Widerstandes gestählt war. Das wäre ein entscheidender Gewinn für die Politik im Nachkriegsdeutschland gewesen. Diese Männer waren weder Reaktionäre noch Revolutionäre. Ihr Kampf galt nicht einer legitimen Staatsgewalt, sondern einem Usurpator, dessen Sturz die Wiederherstellung echter Ordnung und — um mit KARL FRIEDRICH GOERDELER zu sprechen — einer anständigen Staatsgewalt möglich machen sollte. Staat und Volk sollten vor dem totalen Zusammenbruch gerettet werden.

TAGESBEFEHL ZUM 20. JULI 1959

von Generalinspekteur ADOLF HEUSINGER

Information für Kommandeure — Nr. 16/59
zum 15. Jahrestag des 20. Juli

Die Tat des 20. Juli 1944 — eine Tat gegen das Unrecht und gegen die Unfreiheit — ist ein Lichtpunkt in der dunkelsten Zeit Deutschlands.

Die tragische Wahrscheinlichkeit des Scheiterns vor Augen, entschlossen sich freiheitlich gesinnte Kräfte aus allen Lagern, in vordester Front Männer aus den Reihen der Soldaten, zum Sturz des Tyrannen. Das christlich-humanistische Verantwortungsbewußtsein, das diesen Entschluß bestimmte, gab ihrem Märtyrertum die Weihe.

Wir Soldaten der Bundeswehr stehen in Ehrfurcht vor dem Opfer dieser Männer, deren Gewissen durch ihr Wissen aufgerufen war. Sie sind die vornehmsten Zeugen gegen die Kollektivschuld des deutschen Volkes. Ihr Geist und ihre Haltung sind uns Vorbild.

gez. HEUSINGER
(Generalinspekteur der Bundeswehr)

II. Widerstandskreise zur Wiederherstellung eines Rechtsstaates

Einleitung

„Es ist müßig zu fragen, zu welchem Zeitpunkt der aktive politische Widerstand gegen HITLER tatsächlich begonnen hat. In manchen der Erscheinungsformen des Anfangs handelte es sich um bloße Fortsetzung der Kämpfe, die der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten vorangegangen waren."

Träger dieser frühen Opposition waren vor allem linksgerichtete Kreise. Militärische, kirchliche und bürgerliche Gruppen traten aber bald hinzu. Besonders seit 1937, als die abenteuerliche und verbrecherische Seite der nationalsozialistischen Politik immer offener zutage trat, setzte sich bei verantwortungsbewußten Menschen in steigendem Maße die Auffassung durch, daß die nationalsozialistische Herrschaft nur mit einer Katastrophe für Deutschland enden könne, und man warf die Frage auf, wie es möglich sei, diese verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern. Übereinstimmung herrschte ferner in der wachsenden Empörung über die Beseitigung fast aller Formen der rechtsstaatlichen Ordnung, insbesondere der persönlichen und politischen Freiheit, über den dauernden Terror der Partei und ihrer Organisationen, über die brutalen Gewalttaten und Verbrechen an weltanschaulichen und politischen Gegnern jeder Richtung. Es reifte die Erkenntnis heran, daß der Widerstand gegen eine so unmenschliche Willkürherrschaft nicht nur natürliches Recht sei, sondern unter allen Umständen höchste sittliche Pflicht werden könne.

Im weitesten Sinne stellt die deutsche Widerstandsbewegung die Gesamtheit der Einzel- und Gruppenaktionen gegen das herrschende System dar, an denen Tausende, wenn nicht Zehntausende von Menschen beteiligt gewesen sind. In diesem Sinne hat man auch von einem „lautlosen Aufstand" gesprochen.

Weil eine alle Bezirke des Lebens erfassende und streng überwachende politische Polizei jede offene Opposition im Keime erstickte, konnten sich zunächst nur ganz geheime Widerstandszellen bilden, von denen jede örtlich und landschaftlich isoliert für sich arbeitete. Sie erhielten jedoch allmählich voneinander Kenntnis und stellten eine gegenseitige Verbindung her. Zwischen 1936 und 1940 wuchsen kleinere Gruppen zu festeren Kreisen zusammen. Den Mittelpunkt bildeten Persönlichkeiten, bei denen der Widerstandswille gegen die totalitäre Gewaltherrschaft besonders leidenschaftlich ausgeprägt war.

So kann man schon vor 1939 einen sozialistisch-gewerkschaftlichen, einen militärischen, einen religiös-kirchlichen und einen bürgerlichen Kreis innerhalb der deutschen Opposition unterscheiden. Führende Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie waren WILHELM LEUSCHNER und JULIUS LEBER. Als geistiges Haupt des militärischen Widerstandes trat sehr bald der von HITLER im Sommer 1938 verabschiedete Generaloberst LUDWIG BECK hervor. Wegen der Unerschrockenheit ihres religiös-kirchlichen Widerstandes sind auf katholischer Seite vor allem bekannt geworden der Münchener Kardinal MICHAEL FAULHABER und der Bischof von Münster, CLEMENS AUGUST GRAF VON GALEN; in der evangelischen Kirche Deutschlands haben sich bleibende Verdienste erworben u. a. der württembergische Landesbischof WURM sowie die Pfarrer DIETRICH BONHOEFFER und

Martin Niemöller. Mittelpunkt der hauptsächlich aus Männern der Diplomatie, der Verwaltung, der Wissenschaft und der Wirtschaft sich zusammensetzenden bürgerlichen Opposition war der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler.

Als die wohl bedeutendste Gruppe bildete sich während des Krieges der „Kreisauer Kreis", genannt nach dem schlesischen Gut des Grafen Helmuth James von Moltke. Hier trafen sich Männer aus allen Kreisen der Opposition von radikalen Sozialisten bis zu Konservativen preußischer Prägung, um grundsätzliche Fragen einer Neugestaltung Deutschlands und Europas zu besprechen.

Die einzelnen Kreise überschneiden sich teilweise durch persönliche Bekanntschaften und Begegnungen, es fehlt auch nicht an Unstimmigkeiten und Gegensätzen. Alle aber finden sich zusammen in dem Gedanken an ewige und unveräußerliche Werte im Leben der Menschen und Staaten, wie Freiheit und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Wahrheit.

Die folgenden Quellen sollen die Intensität, die geistige Schärfe, den tiefen sittlichen Ernst und die unerschütterliche Überzeugungstreue der Widerstandskreise, aber auch die Mannigfaltigkeit ihrer Zielsetzungen veranschaulichen.

1. REDE DES SPD-ABGEORDNETEN WELS IM DEUTSCHEN REICHSTAG GEGEN DAS ERMÄCHTIGUNGSGESETZ AM 23. MÄRZ 1933

(Aus den Reichstagsprotokollen)

Wels (SPD), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz, am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: „Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft." Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht mehr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie der Herr Reichskanzler sagte, ein Aberwitz.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen; (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) im Innern erst recht nicht. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt . . . Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten — Lachen bei den Nationalsozialisten.) Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Barone, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht — — (Lachen bei den Nationalsozialisten — Bravo bei den Sozialdemokraten.) verbürgen eine hellere Zukunft. (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

2. DIE MILITÄROPPOSITION

a) Notiz LUDWIG BECKS für den Vortrag beim Oberbefehlshaber des Heeres, WALTER VON BRAUCHITSCH, am 16. Juli 1938

Der Führer hält anscheinend eine gewaltsame Lösung der sudetendeutschen Frage durch Einmarsch in die Tschechei für unabwendbar. Er wird in dieser Auffassung bestärkt durch eine Umgebung verantwortungsloser radikaler Elemente. Über die Einstellung von GÖRING ist man geteilter Auffassung. Die einen glauben, daß er den Ernst der Lage erkennt und versucht, auf den Führer beruhigend einzuwirken. Die anderen meinen, daß er, wie in dem Falle BLOMBERG und FRITSCH, ein doppeltes Spiel treibt und umfällt, wenn er vor dem Führer steht.

Die höchsten Führer in der Wehrmacht sind hierzu in erster Linie berufen und befähigt, denn die Wehrmacht ist das ausübende Machtmittel des Staates in der Durchführung eines Krieges.

Es stehen hier letzte Entscheidungen über den Bestand der Nation auf dem Spiele. Die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet.

Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit ihr Vaterland vor dem Schlimmsten, vor dem Untergang bewahrt.

Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden. Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen!

Andere aufrechte Männer in staatsverantwortlichen Stellungen außerhalb der Wehrmacht werden sich auf ihrem Wege anschließen. Wenn man die Augen und Ohren offen hält, wenn man sich durch falsche Zahlen nicht selbst betrügt, wenn man nicht in dem Rausch einer Ideologie lebt, dann kann man nur zu der Erkenntnis kommen, daß wir zur Zeit wehrpolitisch (Führung, Ausbildung und Ausrüstung), wirtschaftspolitisch und stimmungspolitisch für einen Krieg nicht gerüstet sind.

(Wolfgang Foerster: Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1953, S. 122 f.)

b) Aus einem Aufsatz Ludwig Becks: „Deutschland in einem kommenden Kriege", verfaßt im November 1938

Bei dem Charakter eines kommenden Krieges, der Plötzlichkeit, mit der er ausbrechen, und der Eigenart, mit der er geführt werden kann, bei der oft nicht abzusehenden Möglichkeit seiner räumlichen und zeitlichen Ausdehnung und angesichts schließlich der Tatsache, daß es sich in einem Zukunftskriege für Deutschland um die Existenzfrage handeln wird, gehören heute Staatsmann und Feldherr enger zusammen als je. Ehe Fragen eines kommenden Krieges ihren Niederschlag in strategischen Weisungen und Entwürfen finden, sollte eine einheitliche Auffassung zwischen Staatsmann und Feldherr . . . erzielt sein . . .

Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zwischen Politik und Kriegsführung sowie fehlender Ausgleich zwischen den politischen Ansprüchen und Zielen und der militärischen Leistungsfähigkeit eines Staates können der erste und vielleicht entscheidende Schritt zum Verlust eines Krieges sein. Nicht umsonst weiß die Geschichte von Kriegen zu berichten, die gewonnen oder verloren waren, ehe sie begonnen hatten. Die Ursache war fast allemal Verdienst oder Schuld der Politik . . . Kein menschliches Genie reicht aus, einen großen Krieg der Zukunft militärisch und politisch, wie noch Friedrich der Grosse und Napoleon I. es getan, erfolgreich zu leiten. Keine Staatsführung, welcher Art sie auch sein möge, könnte sich ungestraft dieser Tatsache verschließen. Der Dualismus Staatsmann/Feldherr ist also eine Gegebenheit, mit der man sich abzufinden hat. Wohl dem Staate, in dem zwischen beiden Männern etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten ihren sachlichen Ausgleich in den Entscheidungen eines Kriegsherrn finden, der zwar persönlich, aber unter einflußreicher Mitwirkung des leitenden Staatsmannes und des Feldherrn die Oberleitung hat. Zwischen den erstgenannten beiden Persönlichkeiten bleibt aber immer

erforderlich, daß in der politischen Leitung Verständnis für die militärischen Aufgaben der Kriegführung, in der militärischen Leitung politisches Verständnis herrscht und beide unter fortwährender wechselseitiger Orientierung und in beständigem Einvernehmen miteinander, aber unter strenger Einhaltung der Grenzen ihrer Tätigkeitsbereiche harmonisch zusammenwirken . . .

(WOLFGANG FOERSTER: Generaloberst LUDWIG BECK, München 1953, S. 148 f., 52)

c) Vor den Toren Moskaus:

In einer maßlosen Überforderung der Truppe und des Materials hatte HITLER die deutschen Armeen während des Sommers und Herbstes 1941 bis in eine Linie rund 120 km westlich Moskau gehetzt. Nachschub an Menschen, Kriegsmaterial und Verpflegung war nur unzureichend und zum Teil durch starke Regenfälle in der zweiten Oktoberhälfte, die den wesentlichsten Teil der Straßen und Wege unpassierbar machten, überhaupt unterbunden. In dieser Situation erhielt Generaloberst HOEPNER, Befehlshaber der Panzergruppe 4, zusammen mit der 4. Armee und der Panzergruppe 3 Befehl, den Angriff auf die Hauptstadt der Sowjetunion für Mitte November vorzubereiten.

„HITLER wird diesen Befehl zurücknehmen oder wir gehen einer nicht abzusehenden Katastrophe entgegen", erklärte HOEPNER und versuchte mit allen Mitteln durch Heeresgruppe Mitte und OKH einen Widerruf des ihm unfaßlichen, absolut truppenfremden Befehls herbeizuführen. „Abgesehen davon, daß die Truppe fast vier Monate ohne nennenswerte personelle Auffrischung im allgemeinen auf Kompaniestärken von 10—20 Mann reduziert, durch ganz unvorstellbare körperliche Strapazen erschöpft und in ihrer Ausrüstung einem russischen Winter nicht gewachsen ist, wird die russische Führung keine willkommenere Gelegenheit haben, uns mit ihren winterfesten Truppen eine napoleonische Niederlage zu bereiten, wenn unsere, bis zum Letzten ausgebluteten Verbände wirklich die Tore Moskaus erreicht haben sollten und dann der russische Winter mit voller Wucht hereinbricht."

Alle Fernschreiben, Briefe, wiederholten persönlichen Besuche und schließlich Bitten HOEPNERS, diesen unseligen Angriffsentschluß aufzugeben, prallten an der Maßlosigkeit und Truppenfremdheit HITLERS ab.

Das erste große Unheil des Krieges nahm mit dem am 19. November 1941 begonnenen Angriff auf Moskau seinen Lauf. Mit geradezu unheimlich anmutender Genauigkeit wurden HOEPNERS Warnungen Wirklichkeit, und Hunderttausende deutscher Soldaten fielen in Tod und Verderben.

Die Hoepner-Linie

Schon als die ersten Pläne für den unsinnigen Winterangriff auf Moskau bekannt wurden, entschloß sich Generaloberst HOEPNER, den hierdurch ausgelösten Zusammenbruch der Mittelfront im Osten um die Jahreswende 1941/42 klar voraussehend, ohne Wissen und Kenntnis seiner vorgesetzten Kommandobehörden, hart ostwärts Ghatsk, weit hinter der Anfang November 1941 verlaufenden vorderen Linie, eine Befestigungslinie in gesamter Breite seines Armeebereiches zu errichten.

Unter Einsatz aller verfügbaren Teile der Versorgungstruppen, Feldersatzbataillone, zerschlagenen Artillerieeinheiten ohne Geschütze begann in fieberhafter Eile ein ausgedehnter, der Truppe damals noch völlig ungewohnter Stellungsausbau. Die in den bis-

herigen Kämpfen ausgefallenen und liegengebliebenen Geschütze aller Art und Kaliber, auch Beutegeschütze, wurden auf Befehl HOEPNERS an diese Linie herangebracht und ausreichend munitioniert.

Weit im Hintergelände schuf HOEPNER zum erstenmal im Osten entgegen der Hitlerschen Strategie, die zu dieser Zeit nur den selbstmörderischen Angriff um jeden Preis kannte, einen starken Rückhalt für die zum weiteren fruchtlosen Verbluten und Erfrieren verdammte Truppe, die Hoepner-Linie. Planung und Durchführung waren deswegen so erschwert, weil vermieden werden mußte, daß Kenntnis hiervon nach oben gelangte.

„Ich will, daß meine Truppe, falls es zu diesem Angriff auf Moskau und damit unweigerlich zum Zusammenbruch dieser Front kommt, nicht dem Feind und noch mehr dem Winter preisgegeben wird", sagte HOEPNER, „das ist auch der einzige Grund, aus dem ich auf meinem Posten bleibe."

Als gelegentlich einer Besichtigungsreise, die ohne Kenntnis des Armeeoberbefehlshabers durchgeführt wurde, der Generalinspektor Dr. TODT rein zufällig von der Hoepner-Linie erfuhr und sich darüber lobend im Führerhauptquartier aussprach, war das Schicksal HOEPNERS besiegelt. Solche Eigenmächtigkeit konnte die NS-Führung nicht vertragen, und es bedurfte nur noch eines kleinen äußeren Anlasses, um diesen unbequemen Warner zu beseitigen.

Als es Anfang Dezember 1941 zu dem von HOEPNER so klar erkannten Zusammenbruch kam, rankte sich die total zersplitterte Front an der Hoepner-Linie wie an einen rocher de bronce fest. Erst anderthalb Jahre später wurde sie in Durchführung der Hitlerschen Rückzugsstrategie zurückgenommen. Ihr verdankten im Winter 1941/42 wesentliche Teile von zwei Armeen ihr Leben . . .

Die Entscheidung für die Pflicht

Der von Generaloberst HOEPNER vorausgesehene Zusammenbruch der Front vor den Toren Moskaus setzte in den ersten Dezembertagen 1941 ein. Er wurde herbeigeführt durch Totalerschöpfung der Truppe, den Einbruch einer auch für russische Verhältnisse ganz ungewöhnlich starken Kälte und schwere feindliche Gegenangriffe. Den Unbilden eines der härtesten russischen Winter überhaupt schutzlos preisgegeben, ohne Bunker oder sonstige Unterkünfte, mit völlig unzureichender Winterkleidung versehen, standen drei deutsche Armeen vor der Vernichtung. Immer größere Breschen in der Front entstanden, ganze Regimenter und die Reste der in ihrem Zusammenhang erschütterten Divisionen, ja ganzer Armeekorps, drohten bei minus 40—50 ° C abgeschnitten zu werden und zu erfrieren.

Der am 16. 12. 1941 herausgehende „Führerbefehl" verbot jegliches weitere Zurückgehen der Truppen und zwang ihre Führer mit bodenlosem Zynismus, die wahre Lage zu verschleiern: „Jeder Truppenteil hat da zu halten, und wenn es sein muß zu fallen, wo er eingesetzt ist. Jedes Absetzen ist ausdrücklich verboten. Die rauchenden Trümmer russischer Dörfer werden der Nachwelt zeigen, hier haben deutsche Grenadiere ihren letzten Kampf gekämpft", hieß es sinngemäß in diesem rücksichtslosen und dilettantischen Befehl. Anfang Januar 1942 erreichte die Krise ihren Höhepunkt auch bei der 4. Panzerarmee des Generalobersten HOEPNER. Das bayerische VII. und das XX. Armeekorps waren durch tiefe russische Einbrüche aus dem Zusammenhang der Front gerissen, eine

taktische Zurücknahme dieser Armeeteile durch den genannten Führerbefehl aber verboten. Kräfte zur Wiederherstellung der Lage waren nicht vorhanden.

Nunmehr faßte Generaloberst HOEPNER seinen berühmt gewordenen Entschluß. Wissend, damit gegen den Führerbefehl zu verstoßen, lediglich von dem Wunsche beseelt, die ihm anvertrauten Soldaten vor dem in dieser Lage sicheren Verderben zu bewahren, befahl er am 7. 1. 1942 das nach und nach durchzuführende Absetzen auf die schon seit Monaten vorbereitete Befestigungslinie, die Hoepner-Linie. Nachdem dieser Befehl an alle Truppenteile erteilt war, erfolgte entsprechende Meldung des bereits Veranlaßten an die Heeresgruppe Mitte.

Knappe zwei Stunden später war Generaloberst HOEPNER mit sofortiger Wirkung seines Postens durch HITLER enthoben. Sein Befehl aber blieb bestehen.

Ein bleibendes Zeugnis menschlicher Größe sind die Abschiedsworte HOEPNERS an seine Mitarbeiter am Morgen des 8. 1. 1942.

„Ich bin meines Postens als Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee enthoben worden, weil ich einen Führerbefehl nicht befolgt habe. Seit meiner Jugend der Armee verbunden und dadurch dem deutschen Soldaten verpflichtet, fühlte ich mich bei meinen Entschlüssen stets einem Höheren verantwortlich. Jederzeit würde ich wieder genauso handeln. Ich weiß, daß dies das Ende meiner militärischen Laufbahn bedeutet, aber ich gehe in dem Bewußtsein, meiner Armee und meinem Volke gegenüber meine Pflicht erfüllt zu haben. Möge das jeder von Ihnen am Ende seiner Laufbahn auch sagen können."

Kein höheres Gut als der Mensch

Ende Mai 1940, Besprechung der Divisionskommandeure beim Kommandierenden General des XVI. Armeekorps, General der Kavallerie HOEPNER.

Die Richtlinien für die Fortsetzung des Angriffs über den la Basse-Kanal bei Bethune sind herausgegeben. General HOEPNER faßt noch einmal zusammen und betont abschließend, sich an den Kommandeur der zwar draufgängerischen, aber kampfungeübten und mangels ausgebildeter Offiziere schlecht geführten SS-Verfügungsdivision wendend, daß entscheidend für den Ausgang des Angriffs das Halten der kleinen Brückenköpfe über den la Basse-Kanal sei. SS-Gruppenführer . . ., Kommandeur dieser Division, fährt zusammen und meldet: „Herr General, die SS wird halten, Menschen spielen dabei gar keine Rolle." Die Wirkung dieser Meldung auf den General war für alle Anwesenden unvergeßlich. Zunächst entstand ein sekundenlanges empörtes Schweigen, während der General mit tiefgerötetem Kopf auf den SS-Führer zuging und erst mit leiser, geradezu zischender Stimme und dann lauter werdend sagte: „Herr . . ., Menschen spielen bei Ihrer SS also gar keine Rolle? Demgegenüber sage ich Ihnen, für unsere Soldaten gibt es kein höheres Gut als den Menschen, aber was wissen Sie und Ihresgleichen von den Gesetzen des Krieges! Ein Schlächter sind Sie und kein Offizier. Ein militärischer Erfolg hat nur dann Wert, wenn er mit sparsamsten Verlusten an Menschen erzielt wird, sonst kann man jeden Ignoranten an militärische Führerstellen setzen."

Allein die Tatsache, daß die SS-Division einige Tage später unter einen anderen Befehl trat und der Frankreich-Feldzug seinem Ende zuging, bewahrte General HOEPNER damals noch vor der sonst in solchen Fällen auf dem Fuße folgenden Revanche HIMMLERS.

(Aufzeichnungen von DR. BOTHE, Major im Stabe von Generaloberst HOEPNER)

3. KIRCHLICHE OPPOSITION

a) Katholische Kirche

aa) Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1935 gegen Terror und Unglauben

Die Zahl der Feinde des christlichen Glaubens und der katholischen Kirche ist Legion geworden. Jugendliche Geister, die niemals oder nur oberflächlich den Katechismus der Glaubenslehre kennenlernten, fühlen sich berufen, über alles Katholische zu Gericht zu sitzen. Männer und Frauen, die niemals die Schönheit unserer Liturgie und den Seelenfrieden nach einer hl. Kommunion empfunden haben, machen sich daran, mit allen Mitteln der Propaganda zum Austritt aus der Kirche und zum Abfall vom Christentum aufzurufen. Schriftsteller, die niemals Kirchengeschichte und Kirchenrecht aus reinen Quellen studierten, verwirren mit großen Worten urteilslose Geister. Die Heiligen Schriften des Alten Bundes und sogar die Evangelien und Paulusbriefe sollen nicht mehr gelten. Jesus Christus, unser Herr und Heiland, soll nicht mehr der Weg, die Wahrheit und das Leben sein, und mit dem von Christus eingesetzten Primat soll jede Verbindung gelöst und dafür eine sogenannte romfreie Nationalkirche errichtet werden. Unter sich sind diese Todfeinde des Christentums in Gegensätze gespalten wie die Völker beim babylonischen Turmbau. Nur darin sind sie einig, daß es ihnen nicht mehr um einzelne Glaubenswahrheiten geht wie in früheren Glaubenskämpfen, sondern um das Wesen und die Fundamente der christlichen Religion, und auch darin stimmen sie überein, daß ihr Vernichtungskampf in erster Linie sich gegen Rom und den römisch-katholischen Glauben richtet.

In dieser ernsten, entscheidenden Stunde unseres Volkes ermahnen wir unsere geliebten Diözesanen: „Steht fest im Glauben!" (1 Kor. 16, 13), „Brüder, werdet stark im Herrn! Legt die Rüstung Gottes an!" (Ephes. 6, 10, 15) . . . Dieser Glaube ist die Grundlage der sittlichen Weltordnung. Die heidnische Weltanschauung, die ohne Gottes Gebot, ohne Gottes Gnade die Welt ordnen will, bietet für eine Volksgemeinschaft keinen sittlichen Halt. Ohne Gottesglauben müssen Gewissenhaftigkeit und Edelmenschentum, Gemeinschaftssinn und Opfergeist, soziale Gerechtigkeit und Liebe mit der Zeit verkümmern.

Der christliche Glaube verkündet ein objektives göttliches Sittengesetz, das in den Zehn Geboten Gottes den kürzesten Ausdruck gefunden und dem Wechsel der Zeiten und der Willkür der Völker entrückt ist. Im vierten dieser Zehn Gebote wird die Ehrfurcht vor der staatlichen Obrigkeit und der Gehorsam gegen ihre Gesetze gefordert. Wenn aber die Gesetze des Staates mit dem Naturrecht und den Geboten Gottes in Widerspruch geraten, gilt das Wort, für das die ersten Apostel sich geißeln und in den Kerker werfen ließen: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen." (Apg. 5, 29) . . .

Wir sind nicht in Sorge um unsere Kirche. Wir sind aber in großer Sorge um unser Volk und Vaterland. Unsere Kirche hat das alte Heidentum überwunden und wird auch vom neuen Heidentum nicht überwältigt werden. Wohl aber kann von einzelnen Ländern, die in der Stunde der Prüfung versagen, der Leuchter des Glaubens weggerückt werden. (Offb. 2, 5.) Darum seid beharrlich im Gebete für unser Volk!

(JOHANN NEUHÄUSLER, Kreuz und Hakenkreuz, München 1946, II, S. 55 ff.)

bb) Weltrundschreiben Papst PIUS' XI. vom 4. März 1937 über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich

Habet acht, Ehrwürdige Brüder, daß vor allem der Gottesglaube, die erste und unersetzbare Grundlage jeder Religion, in deutschen Landen rein und unverfälscht erhalten bleibe. Gottgläubig ist nicht, wer das Wort Gottes rednerisch gebraucht, sondern nur, wer

mit diesem hehren Wort den wahren und würdigen Gottesbegriff verbindet ... Wer nach angeblich altgermanisch-vorchristlicher Vorstellung das düstere unpersönliche Schicksal an die Stelle des persönlichen Gottes rückt, leugnet Gottes Weisheit und Vorsehung, die „kraftvoll und gütig von einem Ende der Welt bis zum anderen waltet" (Weish. 8, 1) und alles zum guten Ende leitet. Ein solcher kann nicht beanspruchen, zu den Gottgläubigen gerechnet zu werden.

Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung — die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehrengebietenden Platz behaupten — aus dieser ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge. Ein solcher ist weit vom wahren Gottesglauben und einer solchem Glauben entsprechenden Lebensauffassung entfernt.

Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott, von einer nationalen Religion zu sprechen, können den Wahnversuch unternehmen, Gott, den Schöpfer aller Welt, den König und Gesetzgeber aller Völker, vor dessen Größe die Nationen klein sind wie Tropfen am Wassereimer (Is. 40, 15), in die Grenzen eines einzelnen Volkes, in die blutmäßige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen ... In Jesus Christus, dem menschgewordenen Gottessohn, ist die Fülle der göttlichen Offenbarung erschienen. Die heiligen Bücher des Alten Bundes sind ganz Gottes Wort, ein organischer Teil seiner Offenbarung. Nur Blindheit und Hochmut können ihr Auge vor den heilserzieherischen Schätzen verschließen, die das Alte Testament birgt. Wer die Biblische Geschichte und die Lehrweisheit des Alten Bundes aus Kirche und Schule verbannt sehen will, lästert das Wort Gottes, lästert den Heilsplan des Allmächtigen, macht enges und beschränktes Menschendenken zum Richter über göttliche Geschichtsplanung. Er verneint den Glauben an den wirklichen, im Fleische erschienenen Christus, der die menschliche Natur aus dem Volke annahm, das ihn ans Kreuz schlagen sollte. Der im Evangelium Jesu Christi erreichte Höhepunkt der Offenbarung ist verpflichtend für immer. Diese Offenbarung kennt keine Nachträge durch Menschenhand, kennt erst recht keinen Ersatz und keine Ablösung durch die willkürlichen „Offenbarungen", die gewisse Wortführer der Gegenwart aus dem sogenannten Mythus von Blut und Rasse herleiten wollen.

Wer in sakrilegischer Verkennung der zwischen Gott und Geschöpf, zwischen dem Gottmenschen und den Menschenkindern klaffenden Wesensunterschiede irgendeinen Sterblichen, und wäre er der größte aller Zeiten, neben Christus zu stellen wagt oder gar über ihn und gegen ihn, der muß sich sagen lassen, daß er ein Wahnprophet ist, auf den das Sprichwort erschütternde Anwendung findet: „Der im Himmel wohnt, lachet ihrer" (Ps. 2, 4) ...

Die Kirche Christi kann nicht erst anfangen zu trauern und zu klagen, wenn die Altäre verwüstet werden, wenn sakrilegische Hände die Gotteshäuser in Rauch und Flammen aufgehen lassen ...

Er, der Herz und Nieren durchforscht (Ps. 7, 10), ist Unser Zeuge, daß wir keinen innigeren Wunsch haben als die Wiederherstellung eines wahren Friedens zwischen Kirche und Staat in Deutschland. Wenn aber — ohne Unsere Schuld — der Friede nicht sein soll, dann wird die Kirche Gottes ihre Rechte und Freiheiten verteidigen im Namen des Allmächtigen, dessen Arm auch heute nicht verkürzt ist.

(Johann Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz, II, S. 34 ff.)

b) Evangelische Kirche

aa) Kundgebung der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche gegen **das Neuheidentum.**

(24. Februar 1935)

. . . **Dem** deutschen Volk wird heute eine neue Religion angeboten. Ihre Verfechter nennen sie einen „neuen Lebensrhythmus", der „einen neuen Menschentyp schafft". Die Schaffung dieses neuen Menschentypus durch den neuen Glauben wird als „die Aufgabe unseres Jahrhunderts" bezeichnet . . .

Hier ist kein Platz für den christlichen Glauben. Man will Christus nur noch, soweit auch sein Bild sich in das Spiegelbild der seelischen Urkräfte des nordischen Menschen umdeuten läßt. Man erhebt den Vorwurf: „Die christlichen Kirchen sind — eine ungeheuerliche bewußte und unbewußte Umfälschung der schlichten frohen Botschaft vom Himmelreich inwendig in uns." Darum soll ihre Lehre von Grund auf geändert werden. „Abgeschafft werden muß — ein für allemal — das sogenannte Alte Testament als Religionsbuch." Selbst aus dem Neuen Testament wird herausgestrichen, was nicht gefällt. Es wird gefordert der „Wegfall der Predigten über den Knecht und den Sündenbock als Lamm Gottes". So wird die Heiligkeit des Kreuzes Christi verhöhnt!

Diese Lehren machen sich heute auf allen Gebieten des Lebens geltend. Sie machen sich in der Presse breit. Sie werden dargestellt im Theater. Öffentliche Stellen vertreten sie in ihren Kundgebungen (Bauernkalender des Reichsnährstandes mit heidnischen Festbezeichnungen). In Schulungskursen tauchen sie immer wieder auf. Auch in die Schulen dringen sie ein . . .

In Abwehr dieser neuen Religion ermahnen wir die evangelischen Christen Deutschlands: Laßt Euch nicht verführen! Es gibt keinen Frieden zwischen der christlichen Lehre und dieser neuen Religion! Vergeßt nicht die Gegensätze beider Lehren: Hier schafft sich der Mensch selbst einen Gott; dort schafft Gott den Menschen. Hier ist Feindschaft gegen das Kreuz; dort lebt man aus dem Wort vom Kreuz. Hier sucht man nach Spiegelbildern seelischer Urkräfte; dort gilt das Wort, das aus dem Munde Gottes geht. Hier wird gelehrt: du bist die Ursache deiner selbst; dort wird verkündigt: du vergehst, wenn Gott seine Hand von dir abzieht. — Darum mahnen wir: Weist eure Kinder zu dem Herrn! Führt sie selbst ein in die Heilige Schrift! Lehrt sie den Katechismus! Singt mit ihnen die Lieder der Kirche! Schickt sie in den Gottesdienst! Unsere Kinder müssen gegen alle Einflüsterungen der neuen Religion gewappnet sein . . .

(Heinrich Hermelink: Kirche im Kampf, Tübingen-Stuttgart 1950, S. 246 f.)

bb) Kanzelabkündigung der Vorläufigen Kirchenleitung vom 23. August 1936 gegen den Totalitätsanspruch des Staates

Brüder und Schwestern!

Das deutsche Volk steht vor einer Entscheidung von größter geschichtlicher Bedeutung. Es geht darum, ob der christliche Glaube in Deutschland Heimatrechte behalten soll oder nicht.

Mit einer Wucht und Planmäßigkeit ohnegleichen wird das Evangelium von Jesus Christus heute bei uns bekämpft. Das geschieht nicht nur von solchen, die jeden Glauben an Gott verwerfen, sondern auch von solchen, die Gott nicht leugnen wollen, die aber meinen, die Offenbarung des einen lebendigen Gottes in Jesus Christus ablehnen zu

können. Machtmittel des Staates und der Partei werden weithin eingesetzt gegen das Evangelium von Jesus Christus und gegen die, die sich zu ihm bekennen. Es wird uns schwer, das auszusprechen . . .

Wir haben dazu lange geschwiegen. Wir haben uns sagen lassen, es handle sich nur um das Vorgehen weniger einzelner, die zur Ordnung gerufen werden müssen. Wir haben gewartet. Wir haben Vorstellungen erhoben. Auch dem Führer und Reichskanzler ist schriftlich vorgetragen worden, was Herz und Gewissen der evangelischen Christen beschwert (10. April 1935) . . . Es klingt wie ein Schrei aus tiefer Not, wenn dieses Schreiben so beginnt: „Es ist im deutschen Volke dahin gekommen, daß die Ehre deutscher Staatsbürger in den Staub getreten wird, weil sie Christen sind. Die christliche Bevölkerung Deutschlands nimmt in starker Erregung und Empörung wahr, daß sie um ihres Glaubens an Jesus Christus willen auf jede Weise (Presse, Theater, Vortragssaal, Massenversammlungen) verspottet und verhöhnt und ihre deutsche Gesinnung und Zuverlässigkeit angezweifelt wird. Dieser Verdächtigung sind in besonderem Maße die ausgesetzt, die treu am Evangelium festzuhalten entschlossen sind. Alle Versuche, hier Wandel zu schaffen, sind vergebens gewesen, zumal uns in steigendem Maße fast jede Möglichkeit öffentlicher Gegenwehr genommen wird." . . .

In den Schulungslagern wird vielfach die Weltanschauung des Rosenbergschen Mythus gelehrt, die den Menschen verherrlicht und Gott seine Ehre nimmt. Mit voller Offenheit wird stellenweise bereits verkündet, daß diese Weltanschauung unvereinbar sei mit dem christlichen Glauben und daß sie diesen christlichen Glauben abzulösen bestimmt sei . . .

Der Totalitätsanspruch dieser Weltanschauung bringt ungezählte evangelische Menschen in schwere Gewissensnot und in ständige Versuchung zur Heuchelei und Lüge. Unter der Losung „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens" wird die Kirche mehr und mehr in allen ihren Betätigungen in den Raum der Kirchenmauern zurückgedrängt . . .

Gleichzeitig aber wird das junge Geschlecht an Herabsetzung, ja an Verhöhnung des christlichen Glaubens gewöhnt. In Schriften der Hitlerjugend, in Zeitungen und Zeitschriften, wie dem „Schwarzen Korps" und anderen, finden sich immer aufs neue Schmähungen des christlichen Glaubens, die sich der Wiedergabe entziehen. Wer sich gegen diese Bekämpfung des christlichen Glaubens auflehnt, muß gewärtigen, daß er als Staatsfeind gebrandmarkt wird . . .

Aus solcher Bedrückung der Gewissen, verstärkt durch dauernde Bespitzelung, wachsen Heuchelei und knechtische Gesinnung, und schließlich lösen sich die echten sittlichen Bindungen überhaupt . . .

(Heinrich Hermelink, Kirche im Widerstand, S. 355 ff.)

4. KATHOLISCHE ARBEITERSCHAFT IM WIDERSTAND

von Verbandspräses Dr. Hermann Joseph Schmitt

Die Katholische Arbeiterbewegung (KAB), eine sozial-religiöse Standesbewegung der Arbeiterschaft innerhalb der Katholischen Kirche, zählte 1933 im alten Reichsgebiet nahezu 500 000 Mitglieder. Sofort versuchte der Nationalsozialismus, teils mit Unterstützung irregeleiteter Katholiken, diese aktive Gruppe des sozialen Katholizismus gleichzuschalten. Auf einer Zusammenkunft, zu der Dr. Robert Ley im April 1933 in den preußischen Landtag nach Berlin geladen hatte, wo der Gleichschaltungsbefehl für die KAB und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche entgegen-

genommen werden sollte, erklärte zum Mißvergnügen des Dr. Ley Prälat Dr. Müller, er könne dieser Eingliederung in die DAF nicht Folge leisten, weil die KAB letztlich der Leitung der Bischöfe unterstehe und er deren Entscheidung entgegennehmen müsse.

Damit war für den Nationalsozialismus und für die KAB die Lage geklärt. Fast alle deutschen Bischöfe, in deren Diözesen katholische Arbeitervereine bestanden, ermunterten durch Hirtenschreiben die katholischen Arbeiter, der KAB die Treue zu halten, weil diese Organisation um der Seelsorge und des öffentlichen Lebens willen notwendig sei. Sofort setzte der offene Kampf des Nationalsozialismus gegen die KAB ein: Direktes Verbot in einigen Regierungsbezirken und Landesteilen, Verbot der Doppelmitgliedschaft in der DAF und in den Arbeitervereinen, zeitweise Verbot der Zeitung der KAB, der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", die in „Ketteler-Wacht" umbenannt werden mußte, des „St.-Nikolaus-Blattes" für die Flußschiffer und die Papierentziehung für das Bildungsmaterial der KAB, schließlich im Jahre 1938 das völlige Verbot der „Ketteler-Wacht".

Die Gründe des Widerstandes

Die Verbandszentrale der KAB war und ist das „Ketteler-Haus" zu Köln. Hier arbeiteten in der Führung des Verbandes Dr. Otto Müller, Josef Joos, Nikolaus Gross als Redakteur der „Ketteler-Wacht" und als Verbandssekretär Bernhard Letterhaus. Im westdeutschen Gebiet waren 53 hauptamtliche Arbeitersekretäre tätig, unter ihnen auf vorgeschobenem Posten im Ruhrgebiet Gottfried Könzgen, den mit der Verbandszentrale freundschaftliche Beziehungen verbanden.

Die Leitung der KAB leistete gegen das totalitäre System Widerstand, weil sie vom Grundsatz her für die demokratische Lebens-, Staats- und Volksform eintrat. Persönliche Freiheit, Selbständigkeit der naturrechtlich gegebenen gesellschaftlichen Einrichtungen und wahre Bindung in einer Ordnung, die vor dem Gottesgesetz bestehen konnte, waren die gesellschaftspolitischen Ziele der KAB. Wahrheit, Gerechtigkeit und tätige Liebe allen Menschen und ihren Notständen gegenüber galten ihr als sozialethische Normen; politisch vertrat sie seit fast 80 Jahren die Demokratie als die dem deutschen Volke entsprechende Staatsform. Volkserzieherisch und -bildend war sie seit vielen Jahrzehnten unter der Arbeiterschaft aus dem religiösen und sozialen Lehrgut der Katholischen Kirche tätig.

Der Nationalsozialismus erstrebte in allen diesen Bereichen entgegengesetzte Tendenzen; von ihnen war die KAB überzeugt, daß sie zum Chaos führen mußten. Schon 1930 sind diese Auffassungen in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung" vertreten worden; nach 1933 hat sie unter Nikolaus Gross ihre Haltung nicht geändert. Was Wunder, daß sie dem Verbot nicht entging.

Die KAB hielt ihre Organisation der Arbeiterschaft für ein letztes Bollwerk gegen die Bestrebungen des Nationalsozialismus, weil sie wußte, daß die religiös orientierte Arbeiterschaft den totalitären Zielen keine Sympathie, sondern Ablehnung entgegenbrachte.

Köln und Berlin

Das Rheinland, insbesondere die Stadt Köln, war keine Hochburg des Nationalsozialismus. Das wußten seine Führer, besonders Hitler, sehr gut. Im „Ketteler-Haus" zentralisierte sich eine Gruppe, die aus Persönlichkeiten der KAB und solchen aus den aufgelösten christlichen Gewerkschaften bestand. Mit Jakob Kaiser in Berlin standen Heinrich

Körner, Joh. Albers und Karl Arnold in steter Verbindung. Diese hielten die Beziehungen zu Dr. Müller, Bernhard Letterhaus, Jos. Joos, Nikolaus Gross, Gronowski, Gockeln, Even und den noch tätigen oder in anderen Arbeitsstellen untergekommenen Arbeitersekretären draußen im Lande. Fast regelmäßig fanden in Köln Zusammenkünfte statt; von hier gingen Fäden zum Ausland. In Holland, Belgien, Frankreich und der Schweiz, in England und Amerika war bekannt, daß die KAB ihre Haltung zum Nationalsozialismus nicht geändert hatte und nicht ändern würde.

In Berlin hatte der Reichsverband der Katholischen Arbeitervereine seit dem Jahre 1928 ein Generalsekretariat errichtet, das bis zu seiner Auflösung durch die Nationalsozialisten 1936 auch im Sinne der Kölner Zentralstelle arbeitete und nach seiner Auflösung weiterhin tätig blieb.

Jacob Kaiser, der als früherer Landessekretär der christlichen Gewerkschaften mit der DAF finanzielle Angelegenheiten der entlassenen Gewerkschaftssekretäre zu regeln hatte, war dadurch die Möglichkeit gegeben, zu den Kreisen in Fühlung zu kommen, die grundsätzliche Gegner des Totalitarismus waren und sich bei fortschreitender Entrechtung, Verarmung und Vernichtung des Volkes zu aktivem Widerstand entschlossen. Die Gruppe der Militärs spielte dabei eine entscheidende Rolle, denn mehr und mehr waren die Männer des aktiven Widerstandes zu der Einsicht gekommen, daß ohne militärische Hilfe das Ziel, eine neue, mit dem Ausland verhandlungsfähige Regierung zu erhalten, nicht zu erreichen war.

Im Schrifttum über den deutschen Widerstand hat die aktive Gruppe um L. Beck und Dr. Goerdeler, die bis zu den militärischen Stellen Canaris, Oster und Stauffenberg ihre Verzahnung hatte, mit Recht Wertung und Würdigung gefunden. Ihr sind auch die Männer aus dem „Kettelerhaus" und die im Lande unter der Arbeiterschaft tätigen Sekretäre zuzurechnen. Es ist heute bekannt, daß der Plan des Attentats erst später einbezogen wurde. Ursprünglich glaubte Goerdeler mit einer Gefangennahme Hitlers und führender Nationalsozialisten auszukommen.

Dr. Otto Müller vermittelte die notwendigen Informationen und Ermunterungen an die Getreuen im Lande, zu denen insbesondere der Arbeitersekretär Gottfried Könzgen in Duisburg gehörte. — Jos. Joos war bereits verhaftet und im KZ. — Sein engster Mitarbeiter, Nikolaus Gross, war der Vermittlungsmann nach Norden und Süden. Er wagte gefährliche Reisen, die später auch der Grund seiner Verhaftung waren. Bernhard Letterhaus, 1939 als Unteroffizier eingezogen, war nach Teilnahme am Holland- und Rußlandfeldzug Oberleutnant geworden und wurde 1941 an die Pressestelle des OKH Berlin versetzt. Hier hatte der kluge und politisch begabte Freund und Berater des früheren Reichskanzlers Brüning reichlich Gelegenheit, die Lage abzutasten und Winke zu geben. Mit dem früheren Generalsekretariat, Jakob Kaiser, Dr. Rudolf Pechel, Gross und Dr. Müller stand er in engster Verbindung und war aktiv an den Vorbereitungen beteiligt, die auch zu seiner Verhaftung und zu seinem Tode führten. Über die Vermittlerstelle Berlin ließ Letterhaus Nachrichten an Gross gehen, der sie dem Kreis Dr. Müller zuleitete; von dort gingen sie an die Stellen, die unterrichtet werden mußten.

Im ganzen Reichsgebiet lebten Menschen aus der Katholischen Arbeiter-Bewegung oder solche, die mit ihr Verbindung hatten, die aus politischen und religiösen Gründen den Nationalsozialismus ablehnten. Dessen Netz, in dem er die Gegner einfing, wurde immer enger, seine Propaganda lauter und gleisnerischer; die Entbehrungen nahmen zu, und die Einsichtigen sahen das große Unglück mit Riesenschritten kommen. Letterhaus,

Kaiser, Gross, Dr. Müller waren eingeweiht. Sie wußten um die Pläne des Widerstandes. Sie durften selbst an die engsten Freunde nicht preisgegeben werden. Aber die Getreuen im Lande mußten Hoffnung behalten. Sie sollten nicht nur später mit Aufgaben bedacht werden, sie mußten zuversichtlich bleiben und ihre Umgebung stärken, aufrecht erhalten und den Funken der Hoffnung nicht erlöschen lassen. Das bedurfte sehr vorsichtiger Arbeit. Die ist von Köln mit Unterstützung des Berliner Kreises mutig und gefahrenbewußt geleistet worden. Sie hat mit dazu beigetragen, in Tausenden von Arbeitern, trotz aller schweren Tage und Nächte, die Hoffnung zu stärken, daß „der Tag" kommen würde.

Die Opfer

Als die Stunde geschlagen, war ihr ein Erfolg nicht beschieden. Der Leidensweg des deutschen Volkes mußte bis zum Ende gegangen werden. Viele der „Eingeweihten" wurden von den Nationalsozialisten dem Tod überliefert. Am 12. Oktober 1944 starb Dr. Otto Müller nach einem Martyrium mit vielen grausamen Qualen im Staatsgefängnis zu Berlin-Tegel. Am 14. November 1944 wurde Bernhard Letterhaus in Plötzensee und am 23. Januar 1945 Nikolaus Gross hingerichtet. Gottfried Könzgen wurde in den Fluten der Ostsee in den Tod geschickt.

Die Katholische Arbeiterbewegung denkt mit Ehrfurcht und Stolz an diese Männer zurück, die das Beste gewollt und mutig ihr Leben für Wahrheit, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit hingegeben haben. Ihre Motive waren lauter und edel. Das deutsche Volk sollte ihr Andenken ehren, weil sie aufrechte Männer und Christen waren.

(Anm.: Prälat Dr. Hermann Joseph Schmitt war von 1927 ab Generalsekretär des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine Ostdeutschlands, später Studentenseelsorger in Berlin. Im Sommer 1944 wurde er von den Nazis verhaftet, ins KZ Dachau eingeliefert und erst durch die Amerikaner befreit.)

5. DER GOERDELERKREIS

a) Aus der Niederschrift Goerdelers: „Gedanken eines zum Tode Verurteilten — September 1944 im Gefängnis": Über den künftigen inneren Zustand Deutschlands

... Ich müßte jetzt den europäischen Zustand schildern, den ich (als Zukunftsziel) im Auge habe und der den unseres Vaterlandes mit umschließt. Da ich aber nicht weiß, ob mir (noch genug) Zeit zur Verfügung steht, stelle ich zunächst dar, welchen inneren Zustand Deutschland braucht, um zu gesunden und zu bestehen, denn ohne ihn wäre der außenpolitische und lebensnötige Stand nicht zu erreichen und zu halten.

1. Das Recht muß in der Hand unabhängiger Gerichte gesichert werden. Diese dürfen nur nach dem Gesetz, nicht nach der Weltanschauung Recht sprechen. In die Gerichte müssen in allen Instanzen auch angesehene Laien, in die Richterstellen in großem Umfange Rechtsanwälte berufen werden, um Lebensnähe in die Rechtsprechung zu bringen. Immer zwei Instanzen!

2. Die Persönlichkeitsrechte: Freiheit der Meinung, des Gewissens, der Religion, der Lehre, des Körpers müssen gegen jeden Eingriff, den nicht der Richter kraft Gesetzes verfügt, geschützt, aber durch Verfassung und Gesetz unter das Gemeinwohl geordnet werden.

3. Die Presse darf keine schrankenlose Freiheit erhalten, ihr ist die Pflicht zur Wahrheit aufzuerlegen. Unwahrhaftigkeit wird, auch wenn sie nicht beleidigend ist, bestraft, denn der Mißbrauch der Meinungsfreiheit in der Presse ist untragbar. Ordnung der Presse durch Ehrengerichte, deren Zusammensetzung und Zuständigkeit der Staat gesetzlich bestimmt.

4. Grundlage des staatlichen Wirkens müssen Anstand und Lauterkeit sein, sie müssen auch die Beziehungen der Menschen untereinander bestimmen, und zwar auf allen Gebieten des Zusammenwirkens.

5. Der Familie gebührt besonderer Schutz als Zelle staatlichen und völkischen Aufbaus. Das geschieht durch Zuweisung der Erziehungsaufsicht an sie und durch Errichtung einer Kinder-Rentenkasse, die kinderreichen Familien Renten zu Lasten kinderloser oder kinderarmer zuweist; außerdem ist das Wahlrecht für Verheiratete mit mindestens drei Kindern bei dem Vater ein doppeltes.

6. Das Erziehungswesen ist zu vereinfachen: drei Jahre Grundschule, fünf Jahre Volksschule, drei Jahre Fortbildungsschule, neun Jahre höhere Schule oder sechs Jahre Mittelschule. In höheren Schulen zum Zwecke der Einheit und der Erleichterung für Eltern und Kinder nur: Gymnasium der humanistischen Form und Oberrealschule.

Auf allen Schulen ab 15. Lebensjahr Volkswirtschaftskunde an Hand einfacher Fibel (schon verfaßt), so daß alle Deutschen gegen die Pest der Gegenwart, gegen wirtschaftliche Illusionen, geimpft sind. Universitäten und technische Hochschulen werden zusammengelegt, um die Einheit des Wissens und seinen umfassenden Inhalt wiederherzustellen. Sie und die Studenten erhalten das Recht der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Eine Universität (Heidelberg) wird nach englischem College-System versuchsweise eingerichtet. Die hauptamtlichen Kuratorenstellen werden zur Ersparnis eingezogen. Die Reichsstatthalter üben die Aufsicht aus. In allen Erziehungsanstalten Höchstanforderungen zur Erzielung höchster Leistungen. Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr, wenn die Eltern nicht das Gegenteil wünschen, damit die Jugend wieder die Zehn Gebote lernt und beherzigt. Über den Religionsstand bestimmen die Eltern bis zum 18. Lebensjahr. Der Unterricht darf nur von den dazu bereiten Lehrern oder Geistlichen erteilt werden.

7. Die Kirchen erhalten das Recht der Selbstverwaltung und verlieren die Staatszuschüsse; sie finanzieren sich selbst. Die evangelische Kirche erhält Steuerrecht nur, wenn sie sich vereint nach dem Synodalsystem (Mitwirkung von Laien).

Die katholische Kirche nur, wenn sie einen deutschen Primas stellt, der für Bestätigung höherer Kirchenstellen-Besetzungen zuständig wird. Die Kirchen erhalten Freiheit der Betätigung zur praktischen Übung ihrer Lehre, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrt, der Krankenpflege, der Erziehung. Ihre Einrichtungen stehen im Wettbewerb mit denen des Staates, der Gaue und Kreise und der Gemeinden.

8. Die Verfassung baut sich auf der Selbstverwaltung großer Gaue, der Kreise und Gemeinden auf. Ihnen sind alle Aufgaben zuzuweisen, die nicht der Reichseinheit wegen vom Reiche wahrgenommen werden müssen.

Das Reich behält:

1. das Rechtswesen,
2. die Wirtschaftspolitik, einschließlich Sozial- und Arbeitsrecht,
3. die Innenpolitik,
4. die Außenpolitik,

KARL GOERDELER

Der frühere Oberbürgermeister von Leipzig war das Haupt der zivilen Widerstandsgruppe. GOERDELER war vorgesehen als Reichskanzler für die neue Regierung, wenn der Befreiungsversuch gelungen wäre. Nach monatelanger Haftzeit und schweren Mißhandlungen bedeutete der Tod am 2. 2. 1945 eine Erlösung für ihn.

5. die Finanzpolitik,

6. die Grundsätze des Erziehungswesens und das Kirchenwesen,

7. die Grundsätze für den Wiederaufbau, die öffentlichen Arbeiten des Reiches,

8. das Reichsverkehrswesen und die Aufsicht über den öffentlichen Verkehr einschließlich Luftfahrt,

9. das Wehrwesen . . .

Die Gemeinden verwalten alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, soweit sie nicht von Reichsbehörden betreut werden oder von den Kreisen mit Zustimmung der Gemeinden übernommen sind.

Die Aufsicht über die Selbstverwaltung der Gaue, Kreise oder Gemeinden führt der Reichsstatthalter; diese Zusammenfassung schafft Vereinfachung. Der Statthalter soll sich zur Ausübung reisender Beamten bedienen, die an Ort und Stelle nach dem Rechten sehen und Berichtswesen vermeiden. Das schafft die zweite wesentliche Vereinfachung. Die Aufsicht beschränkt sich auf die Gesetzmäßigkeit der Handlungen der Selbstverwaltung und erstreckt sich nicht auf die Zweckmäßigkeit. Die deutsche Gemeindeordnung bleibt bestehen. An Stelle der Ernennung der Ratsherren durch die NSDAP tritt deren Wahl, sobald die Soldaten zu Hause sind . . .

Die Kreisverordneten wählen:

1. den Landrat . . .

2. die Gauverordneten . . .

3. die Hälfte der 300 Reichstagsabgeordneten . . .

Die andere Hälfte der Reichstagsabgeordneten werden von den fünfundzwanzigjährigen Deutschen in 150 Wahlkreisen gewählt, auch sie müssen 35 alt und mindestens fünf Jahre in öffentlichen Ehrenämtern tätig gewesen sein. Für jeden Wahlkreis werden vier Kandidaten aufgestellt nach dem Muster für Gemeindewahlen. Gewählt ist der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, also auch hier weder Verhältnis- noch Mehrheitswahlrecht. Die Kandidaten müssen im Wahlkreise wohnen.

Neben dem Reichstag wird ein Reichsständehaus errichtet. Ihm gehören an

a) die Leiter der Reichsgruppen (Wirtschaft),

b) die Präsidenten der Reichswirtschaftskammern,

c) die Leiter der sonstigen Reichsberufsgruppen (Ärzte, Anwälte, Beamte, Techniker Künstler usw.),

d) je drei evangelische und katholische Bischöfe,

e) die Rektoren der Universitäten,

f) die gleiche Zahl Vorstandsmitglieder der deutschen Gewerkschaft wie Betriebsführer zu a—c,

g) bis zu 50 angesehene Deutsche aller Stände, die 50 Jahre alt sein müssen und vom Generalstatthalter berufen werden.

Die Reichsregierung arbeitet als Kabinett, also in Beschlußfassung mit Führung durch den Reichskanzler. Minister, die seine Richtlinien nicht billigen, scheiden aus. Die Minister werden vom Generalstatthalter berufen. Sie bedürfen nicht des Vertrauens der Reichshäuser. Er hat sie aber abzuberufen, wenn der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit oder beide Häuser mit einfacher Mehrheit dies verlangen und gleichzeitig eine neue Regierung namhaft machen.

Die Regierung kann Gesetze mit und ohne Zustimmung des Reichstages erlassen. Im letzteren Falle muß sie das Gesetz aufheben oder zurücktreten, wenn beide Häuser mit Mehrheit, davon mindestens eines mit Zweidrittelmehrheit es verlangen. So hat sie ein nicht nur auf Notzeiten beschränktes Führungsrecht und ausreichende und doch kontrollierte Führungsmöglichkeiten. Der Zustimmung der Reichshäuser bedarf sie immer

a) für das Etatsgesetz,

b) Steuergesetze,

c) Verträge mit dem Ausland,

d) Zollgesetze.

Auch die Reichshäuser können mit übereinstimmenden Beschlüssen Gesetze machen, solche mit finanziellen im Etat nicht vorgesehenen Auswirkungen aber nur mit Zustimmung der Regierung. Der Reichstag allein ist zuständig für die Kontrolle der Einhaltung des Etatgesetzes durch die Regierung. Verweigert er die Entlastung, so ist das Ständehaus zu hören. Verweigert auch dieses, so ist die Regierung verantwortlich, der Beanstandung nachzukommen, im anderen Fall entscheidet ein Ausschuß endgültig, für den beide Häuser je die Hälfte der Mitglieder ernennen und der vom Präsidenten des Rechnungshofes ohne Stimmrecht geleitet wird ...

An der Spitze des Staates vorläufig ein Generalstatthalter, der von der Regierung vorgeschlagen, erstmals nur vom Ständehaus gewählt wird, da Wahlen erst nach voller Demobilmachung möglich. Amtsdauer fünf Jahre. Später Wahl durch beide Häuser (Reichstag und Ständehaus) in gemeinsamer Sitzung.

Mir erscheint für unser Volk die erbliche Monarchie als beste Staatsführung. Unser wetterwendisches, unpolitisches Volk bedarf des Ballastes im Staatsschiff. Der Monarch soll nicht regieren, sondern über die Verfassung wachen und den Staat repräsentieren. Das Hohenzollernhaus und die Wittelsbacher könnten würdige Monarchen stellen, z. B. den Kronprinzensohn PRINZ FRIEDRICH. Kann die Monarchie nicht in den Sattel gehoben werden, dann muß es beim Generalstatthalter oder Reichspräsidenten verbleiben, dessen unbeschränkte Wiederwahl möglich sein muß, und der bei der dritten Wiederholung seiner Wahl auch auf Lebenszeit gewählt werden kann.

(Aus GERHARD RITTER: KARL GOERDELER und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 553 ff.)

b) PAUL LEJEUNE-JUNG: Skizze eines Reichsgrundgesetzes über wirtschaftliche Reichsgerechtsame

In der hier erstmals veröffentlichten „Skizze eines Reichsgrundgesetzes über wirtschaftliche Reichsgerechtsame" aus der Feder des am 8. September 1944 hingerichteten volkskonservativen Politikers Dr. PAUL LEJEUNE-JUNG, eines engeren Mitarbeiters des Goerdelerkreises, geht der Verfasser von der Überzeugung aus, daß der Krieg so total wie nie zuvor verloren gehen werde. Über diesen Entwurf hatte — nach einer freundlichen Mitteilung des Sohnes des Verstorbenen, des Herrn Majors GEORG LEJEUNE-JUNG — mit MAX HABERMANN, WILHELM LEUSCHNER und JULIUS LEBER eine lebhafte Diskussion stattgefunden, bevor er die hier vorliegende Gestaltung erhielt.

Skizze eines Reichs-Grundgesetzes über wirtschaftliche Reichsgerechtsame

Als unabdingbare Gerechtsame des im Deutschen Reich geeinten deutschen Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet — Reichsgerechtsame — werden zur Wahrung seiner Lebensgrundlagen erklärt und hierdurch verkündet:

I.

1. Das Eigentum des Deutschen Reiches an allen Lagerstätten und Vorkommen an Kohle, Erzen und Salzen, sein ausschließliches Recht auf die Schürfung und Mutung dieser Rohstoffe und Mineralien, ihre Gewinnung, Förderung und Aufbereitung (auch Brikettierung) sowie ihr Vertrieb — einschließlich Koks und der Nebenprodukte — im Großen,

2. Das Eigentum des Deutschen Reiches an allen Vorkommen von Erdölen und anderen natürlichen Kraftstoffen, sein ausschließliches Recht auf deren Gewinnung, Transport und Veredelung sowie den Vertrieb von Rohölen und anderen Kraftstoffen (in- und ausländischer Herkunft) wie auch der durch Destillation und Raffination gewonnenen Spalterzeugnisse, Nebenpodukte und Rückstände,

3. Das ausschließliche Recht des Deutschen Reiches auf die Nutzung aller Naturschätze und Naturkräfte des Bodens, des Wassers und der Luft für das Gemeinwohl, insbesondere zur öffentlichen Wasserversorgung, zur Erzeugung von Gas und elektrischer Energie, zur Gewinnung von Düngemitteln und von Leichtmetallen,

4. Das Recht des Deutschen Reiches zur Nutzung von Erfindungen und Verfahren, gleichgültig ob patentiert oder nicht, deren Gemeinnutzen für die Lebenshaltung und das gemeine Wohl, insbesondere Gesundheitspflege, offenkundig ist,

5. Das öffentliche Verkehrswesen (einschließlich Spedition) auf dem Lande, zu Wasser (einschließlich der Seeschiffahrt) und in der Luft zur Beförderung von Menschen, Gütern, Energie und Nachrichten, einschließlich des unbeschränkten Wegerechtes des Deutschen Reiches (Verkehrsmonopol),

6. Die alleinige Ausübung des Versicherungswesens durch das Deutsche Reich als Träger des Versicherungsschutzes auf allen Gebieten, einschließlich der Sozialversicherung (Versicherungsmonopol),

7. Der Ein- und Ausfuhrhandel über die Zollgrenze des Deutschen Reiches (Außenhandelsmonopol),

8. Die treuhänderische Wahrnehmung des Gemeinwohls gegenüber dem Kapitalbesitz, insbesondere dem anonymen Geldkapital, dem Bank- und Börsenwesen,

9. Das unbeschränkte Recht auf alle Maßnahmen zur Wahrung der Sicherheit des deutschen Geldwesens und der deutschen Währung.

II.

1. Soweit durch die Reichsgerechtsame in Ziffer I, 1 und 2, Eigentum des Deutschen Reiches begründet wird, geht dieses in das Eigentum des Deutschen Reiches über, ohne daß hieraus Rechtsansprüche irgendwelcher Art, insbesondere Entschädigungsansprüche, gegen das Deutsche Reich geltend gemacht werden können.

2. Soweit mit dem Übergang in das Eigentum des Deutschen Reiches aus den Ziffern I, 1 und 2, oder mit dem Übergang von ausschließlichen Nutzungsrechten auf das Deutsche Reich aus Ziffer I, 3 auch die Eigentumsübertragung von bestehenden maschinellen Gewinnungs-, Produktions-, Förderungs-, Verteilungs- und Aufbereitungsanlagen, von Verkehrseinrichtungen, bebauten und unbebauten Grundstücken und dergl. verbunden ist, soll hierfür vom Deutschen Reich grundsätzlich an die Vorbesitzer eine Entschädigung gewährt werden, die den Wert derselben nach Ausweis der letzten Steuerbilanz nicht überschreitet. Die Entschädigung soll in Reichs-Konsols erfolgen, die mit 1 % zu verzinsen sind.

3. Für die Ablösung von Nutzungsrechten an Erfindungen und Verfahren, gemäß Ziffer I, 4 soll das Deutsche Reich berechtigte Ansprüche grundsätzlich in angemessener Höhe abgelten. Das gleiche gilt hinsichtlich der Ablösung bestehender Unternehmungen auf dem Verkehrs- und Versicherungswesen gemäß Ziffer I, 5 und 6, bei diesen unter Zugrundelegung der letzten Steuerbilanz.

4. Über Streitfragen wegen der Höhe der gemäß Ziffer II, 2 und 3 zu gewährenden Entschädigungen und Ablösungsbeträge entscheidet ein besonderer Senat des Reichswirtschaftsgerichtes in einziger und letzter Instanz.

III.

Dieses Reichs-Grundgesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Vergehen gegen die Reichsgerechtsame, insbesondere solche, welche sich gegen das Eigentum, die Nutzungsordnung und Monopolrechte des Deutschen Reiches aus diesem Reichs-Grundgesetz richten, oder bezwecken oder geeignet sind, deren Wert zu mindern, werden nach den gesetzlichen Bestimmungen über Landesverrat bestraft.

(Aus dem Nachlaß von P. LEJEUNE-JUNG)

6. DER KREISAUER KREIS

von D. Dr. EUGEN GERSTENMAIER

„Weil HELMUT GRAF VON MOLTKE, ALFRED DELP, EUGEN GERSTENMAIER, FRANZ REISERT, JOSEF ERNST FÜRST FUGGER ZU GLÖTT und FRANZ SPERR verurteilt sind, müssen sie auch die Kosten tragen." gez. Dr. FREISLER, Dr. KÖHLER.

Mit diesem banalen Anhängsel an eine mehr als 20 Seiten umfassende Urteilsbegründung des Volksgerichtshofs 1. Senat wurden die Prozeßakten über den sogenannten Kreisauer Kreis im Jahre 1945 geschlossen. Die auf dem gemeinsamen Haftbefehl und in der Anklage noch mitaufgeführten THEODOR HAUBACH und THEODOR STELTZER waren aus nebensächlichen Gründen abgetrennt und einzeln verurteilt worden. PAULUS VAN HUSEN und HANS LUKASCHEK waren zu ihrem Glück in einen harmlosen Komplex geraten, und GRAF PETER YORCK VON WARTENBURG, ADAM VON TROTT ZU SOLZ, ADOLF REICHWEIN, JULIUS LEBER und HANS VON HAEFTEN waren bereits hingerichtet. CARLO MIERENDORFF war im Tod vorangegangen. Eine englische Fliegerbombe hatte ihn 1943 in Leipzig getötet. In Freiheit waren geblieben HARALD POELCHAU — monatelang unser Betreuer im Gefängnis in Tegel — und unsere wirtschaftlichen Berater HORST VON EINSIEDEL und DIETRICH VON TROTHA.

Konservative und Sozialisten, Gutsbesitzer und Gewerkschaftler, Protestanten und Katholiken hatten sich im Kreisauer Kreis vereint. Die Aufgabe, zu der sie sich verbunden haben, galt, wie die mancher anderer Gemeinschaft im geheimen Deutschland, dem Tage X. Bis wenige Monate, ja vielleicht bis kurz vor dem 20. Juli 1944 war dabei nicht ganz klar, ob der Tag X der Tag des Staatsstreichs oder des Zusammenbruchs sein werde. Im Unterschied zu anderer Deutung meine ich, daß „die Kreisauer" eigentlich immer den Staatsstreich im Auge hatten, denn die hinterlassenen, von THEODOR STELTZER publizierten Dokumente setzen zu ihrem vollen Verständnis den geglückten Staatsstreich voraus.

Immerhin zeigt schon diese Erwägung, daß die Kreisauer selber sich nahezu ausschließlich mit den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemen befaßten, denen sich eine neue deutsche Regierung nach dem Abgang HITLERS gegenübersehen mußte. Das Militärische war nicht ihr Fach. Sie waren weder Heerführer noch besaßen sie sonst organisierte Macht. Ihr Feld war der Gedanke, ihre Aufgabe der Entwurf einer neuen rechtsstaatlichen Ordnung, ihr Wille, die Ideologie des totalen Staates zu überwältigen, ihr Ziel, Deutschland im Geist des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit wiederaufzubauen und in ein vereintes Europa einzufügen.

„Wir haben nur gedacht . . .", schrieb GRAF MOLTKE in einem Abschiedsbrief an seine Frau. „Wir sind aus jeder praktischen Handlung 'raus, wir werden gehenkt, weil wir zusammen gedacht haben." Diese Sätze werden den Historikern noch einige Mühe machen. Denn sie sind richtig, obwohl heute erwiesene Tatbestände gegen sie stehen. Sie sind richtig, weil es weder der Voruntersuchung der Gestapo noch dem Volksgerichtshof gelungen war, gegen MOLTKE und seine nächsten Freunde im Verfahren wirkliche Beweise des Hochverrats zu erbringen. Sie sind auch insofern richtig, als Übereinstimmung darüber bestand, daß die Vorbereitung und die Durchführung des Sturzes HITLERS Sache der Militärs sein müsse. Ja, sie sind sogar insofern richtig, als mindestens bei MOLTKE und STELTZER — und lange auch bei YORCK — ernste Bedenken gegen den Staatsstreich als solchen bestanden. Aber dagegen steht die Tatsache, daß der größte Teil des Kreises den Staatsstreich immer mehr für unausweichlich notwendig hielt und sich auch demgemäß verhalten hat.

Die Opfer des Krieges starben zu Zehntausenden am Tag und bei Nacht, draußen und in den brennenden Städten der Heimat. Die Krematorien von Auschwitz, Buchenwald und vielen anderen Städten des Grauens rauchten unablässig. Die Katastrophe wurde unabsehbar. Was wogen davor noch persönliche Bedenken? In dem kleinen Haus GRAF YORCKS in der Hortensienstraße in Lichterfelde tauchten immer häufiger Uniformen auf: GRAF FRITZ VON DER SCHULENBURG und bald auch die Brüder KLAUS und BERTHOLD VON STAUFFENBERG. Und als der Tag X da war, da standen mindestens zwei Kreisauer neben STAUFFENBERG in der Bendlerstraße, und die meisten anderen standen im Auswärtigen Amt oder sonstwo in der Nähe bereit. PETER YORCK starb mit den Ersten am Galgen von Plötzensee, ALFRED DELP als Letzter. Einige wenige entrannen seltsam dem gleichen Tod. „Der ist nicht mehr da", pflegten unsere biederen Tegeler Justizwachtmeister zu antworten, wenn man nach einem fragte, der inzwischen zur Hinrichtung gebracht worden war. Im gleichen Sinne muß man vom Kreisauer Kreis sagen: er ist nicht mehr da.

Die paar Überlebenden sind offenbar gar nicht auf die Idee gekommen, noch einmal zu beginnen. Sie haben sich zwar wie selbstverständlich am Neuaufbau Deutschlands beteiligt. Aber keiner hat den Versuch gemacht, den Kreisauer Kreis neu zu begründen. Ohne MOLTKE, ohne MIERENDORFF, ohne YORCK, ohne LEBER, ohne HAEFTEN, ohne TROTT, ohne HAUBACH, ohne REICHWEIN, ohne DELP — nein, unmöglich!

Außerdem hat sich das politische Klima gründlich geändert. Weit wichtiger als das einst entscheidende Wagnis sind heute wieder andere Eigenschaften: parlamentarische Routine, rednerisches Auftreten, Einfluß in Partei und Wahlkreis usw. Außerdem hatten die Kreisauer — es muß nun einmal gesagt werden — nicht nur die hitlerische Diktatur, sondern auch die Weimarer Demokratie hinter sich gelassen. In ihren Konzepten hatten sie nicht vorgesehen, daß uns die alten Formen — seltsamerweise auf Betreiben der Russen — im Herbst 1945 von den Besatzungsmächten neu beschert würden. Der Leistung des Parlamentarischen Rates gegenüber würden sie — nach meiner Schätzung lediglich aus Respekt vor dem darin bekundeten Willen zur Rechtsstaatlichkeit — ein

höfliches, vielleicht aber auch ein betretenes Schweigen an den Tag legen. Und was sie über den munteren Betrieb in und zwischen unseren heutigen Parteien dächten, wage ich kaum anzudeuten. Man kann sich deshalb ernsthaft fragen, ob die Kreisauer etwa unter MOLTKE und MIERENDORFF heute populär wären. Aber man kann, wenn man auch nur ein wenig über unseren politischen Alltag hinausblickt, keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß sie brennend notwendig wären. Sie sind es, denn ihr Problem ist die noch immer nicht voll gemeisterte europäische Demokratie. Das Problem der formalen und materialen Demokratie, die Frage des föderalistischen Staatsaufbaus und der zentralistischen Großorganisation, die Problematik des Wahlverfahrens und der Parteibildung, der Wirtschaftsverfassung, der Ausübung und der Kontrolle der Macht — kurzum der ganze Fragenkreis der politischen Organisation einer modernen Demokratie, das ist das Thema der Kreisauer. Heute sind vielleicht weniger die von ihnen erarbeiteten Entwürfe von Bedeutung, als die Kühnheit, mit der sie aus dem Fackelzug von 1933 die Konsequenzen gezogen haben, hinter denen unser Grundgesetz weit zurückbleibt.

Es ist kein Sakrileg, wenn man das Grundgesetz nicht nur im Blick auf die Wiedervereinigung Deutschlands als ein Provisorium betrachtet, sondern auch im Blick darauf, daß es, bei allem redlichen Willen zur Rechtsstaatlichkeit und einigen beachtlichen Verbesserungen gegenüber Weimar, doch bei weitem noch nicht die Ordnung unseres staatlichen und volkhaften Lebens darstellt, die sich unzählige Deutsche vielleicht gerade deshalb so sehr wünschen, weil sie selber keine präzise Lösung dafür vorschlagen können. Die Schaffung einer deutschen Verfassung im Rahmen eines europäischen Bundespakts, zu der das deutsche Volk in der Ehrfurcht vor dem Recht und in der Liebe zum Frieden als zu seinem Eigenen, ihm Gemäßen „Ja" sagen kann, das ist das Vermächtnis des Kreisauer Kreises.

Grundsätze für die Neuordnung Deutschlands

(Entwurf des Kreisauer Kreises vom 9. 8. 1943)

Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Haß und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft.

Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden. Die innere Neuordnung des Reiches ist die Grundlage zur Durchsetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens.

Im Zusammenbruch bindungslos gewordener, ausschließlich auf die Herrschaft der Technik gegründeter Machtgestaltung steht vor allem die europäische Menschheit vor dieser Aufgabe. Der Weg zu ihrer Lösung liegt offen in der entschlossenen und tatkräftigen Verwirklichung christlichen Lebensgutes. Die Reichsregierung ist daher entschlossen, folgende nach innen und außen unverzichtbaren Forderungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verwirklichen:

1. Das zertretene Recht muß wieder aufgerichtet und zur Herrschaft über alle Ordnungen des menschlichen Lebens gebracht werden. Unter dem Schutz gewissenhafter, unabhängiger und von Menschenfurcht freier Richter ist es Grundlage für alle zukünftige Friedensgestaltung.

2. Die Glaubens- und Gewissenfreiheit wird gewährleistet. Bestehende Gesetze und Anordnungen, die gegen diese Grundsätze verstoßen, werden sofort aufgehoben.

3. Brechung des totalitären Gewissenszwangs und Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung. Jedermann wirkt in voller Verantwortung an den verschiedenen sozialen, politischen und internationalen Lebensbereichen mit. Das Recht auf Arbeit und Eigentum steht ohne Ansehen der Rassen-, Volks- und Glaubenszugehörigkeit unter öffentlichem Schutz.

4. Die Grundeinheit friedlichen Zusammenlebens ist die Familie. Sie steht unter öffentlichem Schutz, der neben der Erziehung auch die äußeren Lebensgüter: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Garten und Gesundheit sichern soll.

5. Die Arbeit muß so gestaltet werden, daß sie die persönliche Verantwortungsfreudigkeit fördert und nicht verkümmern läßt. Neben der Gestaltung der materiellen Arbeitsbedingungen und fortbildender Berufsschulung gehört dazu eine wirksame Mitverantwortung eines jeden an dem Betrieb und darüber hinaus an dem allgemeinen Wirtschaftszusammenhang, zu dem seine Arbeit beiträgt. Hierdurch soll er am Wachstum einer gesunden und dauerhaften Lebensordnung mitwirken, in der der einzelne, seine Familie und die Gemeinschaften in ausgeglichenen Wirtschaftsräumen ihre organische Entfaltung finden können. Die Wirtschaftsführung muß diese Grunderfordernisse gewährleisten.

6. Die persönliche politische Verantwortung eines jeden erfordert seine mitbestimmende Beteiligung an der neu zu belebenden Selbstverwaltung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaften. In ihnen verwurzelt und bewährt, muß seine Mitbestimmung im Staat und in der Völkergemeinschaft durch selbstgewählte Vertreter gesichert und ihm so die lebendige Überzeugung der Mitverantwortung für das politische Gesamtgeschehen vermittelt werden.

7. Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muß geachtet und geschützt werden. Sie darf jedoch nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herabwürdigung, Verfolgung oder Unterdrückung fremden Volkstums mißbraucht werden. Die freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur ist mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren. Der Friede erfordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung. Sobald die freie Zustimmung aller beteiligten Völker gewährleistet ist, muß den Trägern dieser Ordnung das Recht zustehen, auch von jedem einzelnen Gehorsam, Ehrfurcht, notfalls auch den Einsatz von Leben und Eigentum für die höchste politische Autorität der Völkergemeinschaft zu fordern.

Reichsaufbau

Das Reich bleibt die oberste Führungsmacht des deutschen Volkes. Seine politische Verfassung soll von echter Autorität, Mitarbeit und Mitverantwortung des Volkes getragen sein. Sie beruht auf der natürlichen Gliederung des Volkes: Familie, Gemeinde und Land. Der Reichsaufbau folgt den Grundsätzen der Selbstverwaltung. In ihr vereinigen sich Freiheit und persönliche Verantwortung mit den Erfordernissen der Ordnung und Führung.

Dieser Aufbau soll die Einheit und die zusammengefaßte Führung des Reiches sichern und seine Eingliederung in die Lebensgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen.

Die politische Willensbildung des Volkes vollzieht sich in einem Rahmen, der für den Einzelnen überschaubar bleibt. Auf den natürlichen Gliederungen der Gemeinden und Kreise bauen sich landschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zusammengehörige Länder auf. Um eine wirksame Selbstverwaltung zu ermöglichen, sollen die Länder etwa die Zahl von 3 bis 5 Millionen Einwohnern umfassen.
Die Aufgabenverteilung erfolgt nach dem Grundsatz, daß jede Körperschaft für die selbständige Erledigung aller Aufgaben zuständig ist, die sie sinnvoller Weise selbst durchführen kann.
Schon heute ist es Aufgabe aller öffentlichen Behörden, sich in jeder Maßnahme und Verlautbarung von dem Endziel eines rechtlichen Verfassungszustandes bestimmter Prägung leiten zu lassen. Zugleich mit der Beseitigung der aus dem nationalsozialistischen Krieg und Zusammenbruch folgenden Wirren und Mißstände, die Leib und Leben des deutschen Volkes bedrohen, muß sobald als möglich und mit allen hierzu frei werdenden Kräften der verfassungsmäßige Reichsaufbau nach folgenden Grundsätzen in Angriff genommen werden.

I. Die Gemeinde

Gemeindevertretungen werden von allen Wahlberechtigten in geheimer, unmittelbarer Wahl gewählt.
Aktiv wahlberechtigt ist jeder, der das 21. Lebensjahr vollendet hat oder Kriegsteilnehmer ist; Familienoberhäupter erhalten für jedes nicht wahlberechtigte Kind eine zusätzliche Stimme; wählbar ist jeder, der das 27. Lebensjahr vollendet hat und auf dessen Kandidatur sich eine nach der Größe der Gemeinde zu bestimmende Zahl von Wahlberechtigten einigen; nicht wählbar sind Waffenträger.

II. Der Kreis

Die Vertretungen in den Kreisen und kreisfreien Städten werden nach der Wahl der Gemeindevertretungen entsprechenden Grundsätzen gewählt. Das Gleiche gilt für die Untergliederungen der kreisfreien Städte. Für den einzelnen Wähler unübersehbare Wahlkreise sind zu unterteilen.

III. Das Land

1. Der Landtag der Länder und die Stadtversammlung der kreisfreien Städte wird von den Vertretungen der Kreise und Städte bzw. von den Vertretungen der politischen Untergliederungen solcher Städte gewählt. — Wählbar ist jeder männliche Landes- oder Stadtbürger, der das 27. Lebensjahr vollendet hat. Nicht wählbar sind politische Beamte und Waffenträger. Durch die Wahlordnung ist sicherzustellen, daß mindestens die Hälfte der Gewählten nicht einer der wählenden Körperschaften angehört.
Dem Landtag obliegen folgende Aufgaben:
Beschlußfassung über Haushalt, Steuern und Landesgesetze; Fragerecht gegenüber dem Landeshauptmann und Resolutionsrecht zu allen Fragen der allgemeinen Landespolitik und Landesverwaltung;
Wahl des Landesverwesers auf Vorschlag des Landesrats.

2. Die Landesregierung besteht aus dem Landeshauptmann und der erforderlichen Anzahl von Staatsräten. Der Landeshauptmann wird vom Landtag auf Vorschlag des Landesverwesers gewählt; die Staatsräte werden vom Landesverweser auf Vorschlag des Landeshauptmanns ernannt. Die Mitglieder der Landesregierung müssen ihren angestammten Wohnsitz in ihren Ländern haben.
Der Landesregierung obliegt neben der Regierung des Landes die Durchführung der Reichsaufgaben auf dem Landesgebiet.

3. Dem Landesrat obliegt es,
dem Landtag Kandidaten für die Wahl des Landesverwesers vorzuschlagen,
Empfehlungen an den Landtag zu richten und
die Disziplinargerichtsbarkeit über die Mitglieder der Landesregierung auszuüben.

4. Der Landesverweser wird auf Vorschlag des Landesrats durch den Landtag auf 12 Jahre gewählt und vom Reichsverweser in seinem Amt bestätigt.
Dem Landesverweser obliegt die Überwachung der gesamten Landesverwaltung und die Ernennung der Beamten.
Er trägt die Verantwortung für die Verwirklichung der Reichspolitik in dem Lande.
Er führt den Vorsitz im Landesrat.

IV. Das Reich

1. Der Reichstag wird von den Landtagen gewählt. Wählbar ist jeder männliche Reichsbürger, der das 27. Lebensjahr vollendet hat. Nicht wählbar sind politische Beamte und Waffenträger. Vorläufig ist durch die Wahlordnung sicherzustellen, daß mindestens die Hälfte der Gewählten nicht einer der wählenden Körperschaften angehört.
Dem Reichstag obliegen folgende Aufgaben:
Beschlußfassung über den Reichshaushalt, die Reichssteuern und die Reichsgesetze.
Fragerecht gegenüber dem Reichskanzler und Resolutionsrecht zu allen Fragen der Reichspolitik.
Wahl des Reichsverwesers auf Vorschlag des Reichsrats.

2. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Fachministern. Der Reichskanzler wird von dem Reichsverweser mit Zustimmung des Reichstags berufen; die Minister werden vom Reichsverweser auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt.
Der Reichsverweser kann den Reichskanzler abberufen; die Abberufung wird mit der Ernennung eines neuen Reichskanzlers wirksam. Der Reichstag hat das Recht, die Abberufung des Reichskanzlers mit qualifizierter Mehrheit zu verlangen, sofern er zugleich dem Reichsverweser die Berufung eines neuen Reichskanzlers vorschlägt.

3. Der Reichsrat besteht aus den Landesverwesern, den Präsidenten des Reichstags und der Reichswirtschaftskammer und aus vom Reichsverweser mit Zustimmung der Reichsregierung auf 8 Jahre berufenen Reichsräten.
Der Reichsrat soll
dem Reichstag Kandidaten für die Wahl des Reichsverwesers vorschlagen,
Grundsätze für die Versetzung von Beamten aus einem Land in ein anderes Land und aus dem Dienst eines Landes in den Dienst des Reiches festsetzen;
Empfehlungen an den Reichstag richten,
die Disziplinargerichtsbarkeit über die Reichsregierung und die Landesverweser ausüben.

4. Der Reichsverweser wird auf Vorschlag des Reichsrats vom Reichstag auf 12 Jahre gewählt.
Der Reichsverweser hat den Oberbefehl über die Wehrmacht und den Vorsitz im Reichsrat.
Mit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers vertritt er das Reich nach außen.
Er vollzieht die Reichsgesetze, ernennt und entläßt die Reichsminister und Reichsbeamten.

Kirche, Kultur, Bildungswesen

Die Reichsregierung begrüßt die entschlossene Mitarbeit der beiden großen christlichen Kirchen an der öffentlichen Lebensgestaltung.
Die öffentliche Ausübung der gottesdienstlichen, seelsorgerlichen und erzieherischen Wirksamkeit der beiden christlichen Kirchen wird nicht behindert und steht unter dem Schutz

der Reichsregierung. Die Entfaltung religiösen Schrifttums wird wieder ermöglicht. Im gesamten Bildungswesen sowie in Film und Rundfunk erhält das christliche Gedankengut den ihm gebührenden Platz.

Das Rechtsverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Deutschen Evangelischen Kirche sowie der Römisch-Katholischen Kirche wird diesen Grundsätzen entsprechend im freundschaftlichen Einvernehmen mit den beiden Kirchen neu geregelt. Unberührt davon bleiben die Vereinbarungen des Konkordats.

Über die künftige Rechtsstellung der anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ergehen nach vorausgegangenen Verhandlungen mit diesen nähere Bestimmungen.

Den Eltern steht das Recht zu, ihre Kinder nach den Grundsätzen des christlichen Glaubens und nach den Forderungen ihres eigenen Gewissens zu erziehen. Auch der Staat hat dazu beizutragen, die innere und äußere Zerrissenheit der Familie zu überwinden. Der Sonntag ist von staatlichen Pflichtveranstaltungen frei.

Familie, Kirche und Schule leisten die Erziehungsarbeit gemeinsam. Dabei soll die Schule das Recht des Kindes auf eine ihm gemäße Erziehung verwirklichen. Sie soll seine sittlichen Kräfte wecken und stärken und ihm jenes Maß von Wissen und Können vermitteln, das dem geforderten Leistungsbild seiner Altersstufe entspricht.

Die Charaktererziehung bildet einen anständigen Menschen religiöser Grundhaltung, der gute Sitte und Rechtlichkeit, Wahrheit und Aufrichtigkeit, Nächstenliebe und Treue vor seinem Gewissen zur Richtschnur seines Daseins zu machen imstande ist. Der so erzogene Mensch wird die Reife besitzen, selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Lernen dient der sittlichen Bildung der Persönlichkeit und der Vorbereitung auf das praktische Leben.

Fachschulen und Höhere Schulen, die auf der Volksschule oder deren Grundstufe aufbauen, schaffen in lebendiger Fortführung der Volksschularbeit bei wachsender Mitverantwortung des Schülers ein organisch gefügtes Wissen und Können.

Die staatliche Schule ist eine christliche Schule mit Religionsunterricht als Pflichtfach für die Angehörigen der beiden Konfessionen. Der Unterricht wird im Auftrage der Kirchen nach Möglichkeit durch Geistliche erteilt.

Wirtschaft

1. Alle in der Wirtschaft tätigen Menschen haben gleiche Mindestpflichten zu erfüllen. Zu diesen Mindestpflichten gehören Ehrlichkeit und Sauberkeit in der Wirtschaftsführung, Vertrags- und Arbeitstreue im Rahmen der abgeschlossenen Verträge.

Die Existenzsicherung der Werktätigen ist um ihrer Menschenwürde willen Aufgabe der Wirtschaftsführung. Zugleich sind alle Anstrengungen zu machen, um das durch die schweren Wirtschaftsschäden des Krieges zunächst beeinträchtigte Existenzminimum möglichst bald und allgemein zu heben. Die dazu erforderlichen Leistungen sind von dem Einzelnen, dem Betriebe, den Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft, der Deutschen Gewerkschaft und dem Staat aufzubringen unter Berücksichtigung der Sicherung auch der von dem Werktätigen abhängigen Familie.

2. Die Reichsregierung sieht die Grundlage des Wiederaufbaus der Wirtschaft in einem geordneten Leistungswettbewerb, der sich im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung vollzieht und hinsichtlich seiner Methoden ständiger staatlicher Aufsicht unterliegt.

Wo die vorhandenen Bindungen und Verflechtungen der Wirtschaft (Monopole, Kartelle, Konzerne) diesen Leistungswettbewerb ausschließen, ist es Aufgabe der Wirtschaftsführung, die Grundsätze des geordneten Leistungswettbewerbs zur Geltung zu bringen und die Interessen der Gesamtheit zu wahren.

Das Gemeinschaftsinteresse der Wirtschaft an den Großindustrien erfordert im besonderen Maße bei diesen Industriezweigen eine straffe Wirtschaftsführung des Staates. Schlüsselunternehmen des Bergbaues, der eisen- und metallschaffenden Industrie, der Grundchemie und der Energiewirtschaft werden in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden. Die Betriebe der öffentlichen Hand sind nach den allgemeinen für die Wirtschaft geltenden Grundsätzen zu führen und zu beaufsichtigen.

Die wirtschaftliche Führung des Reiches wird über die Einflußnahme auf Märkte und Grundindustrien die Wirtschaftspolitik der Länder fördern und für einen möglichst reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses sorgen. Die Reichsregierung fördert die Entwicklung des Betriebes zu einer Wirtschaftsgemeinschaft der in ihm schaffenden Menschen. In einer solchen — Betriebsgewerkschaft genannten — Gemeinschaft wird die Beteiligung der Belegschaft an der Betriebsführung und an den Betriebsergebnissen, insbesondere dem Wertzuwachs des Betriebes, zwischen dem Eigentümer des Betriebes und der Vertretung der Belegschaft vereinbart. Diese Vereinbarung unterliegt der Genehmigung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaft des Landes.

3. Die „Deutsche Gewerkschaft" ist ein notwendiges Mittel zur Durchführung des dargestellten wirtschaftlichen Programms und des in diesem vorausgesetzten Staatsaufbaus. Sie findet ihre Erfüllung in der Durchsetzung dieses Programms und der Überleitung der von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe des Staates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Sollten die Aufgaben, die die „Deutsche Gewerkschaft" wahrzunehmen hat, ihr Weiterbestehen erfordern, so ist ihr Aufbau dem Staats- und Wirtschaftsaufbau anzupassen.

4. In der nach Ländern gegliederten wirtschaftlichen Selbstverwaltung sind die Betriebe von Industrie, Handel und Handwerk Mitglieder der Gewerbekammern. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind Mitglieder der Landwirtschaftskammern. Die Gewerbekammern und Landwirtschaftskammern des Landes sind in der Landeswirtschaftskammer zusammengefaßt.

Die Gewerbekammern und Landwirtschaftskammern werden paritätisch aus Betriebsführern und Belegschaftsvertretern zusammengestellt, die durch Wahl ermittelt werden. Die Landeswirtschaftskammer wird gebildet von den in sie entsandten Vertretern der Gewerbekammern und Landwirtschaftskammern.

Die Kammern geben sich ihre Satzungen selbst; sie werden vom Landesverweser genehmigt. Die Präsidenten der Kammern und ihre Stellvertreter werden von den Kammern gewählt und bedürfen der Bestätigung durch den Landesverweser.

Den Kammern obliegt die Selbstverwaltung der Wirtschaft. Sie können gleichzeitig von den jeweiligen wirtschaftlichen Landesbehörden (Landeswirtschaftsamt usw.) mit Auftragsangelegenheiten des Reiches und Landes beauftragt werden. Zu den Selbstverwaltungsaufgaben gehört insbesondere die Überwachung der auf eine 9jährige Schulzeit sich aufbauenden beruflichen Lehre, die den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft anzupassen und im allgemeinen auf zwei Jahre zu bemessen ist. Für die berufliche Fortentwicklung ist durch geeignete Einrichtungen fachlicher und materieller Art zu sorgen.

Die Reichswirtschaftskammer als Spitze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung wird aus Delegierten der Landeswirtschaftskammern gebildet.

Die Wirtschaftsverwaltung ist Teil der allgemeinen Staatsverwaltung. Das Reichswirtschaftsministerium verkehrt mit den regionalen Selbstverwaltungsorganisationen der Betriebe und den Betrieben über die wirtschaftlichen Landesbehörden.

(Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 561 ff.)

Memorandum mit den Plänen MOLTKES * Dezember 1943

Bereitschaft einer deutschen Gruppe zur militärischen Kooperation mit den Alliierten.
Vorbemerkung: Das folgende Exposé legt die Einstellung der pro-angelsächsischen Oppositionsgruppe dar. Es ist nicht von einem Angehörigen dieser Gruppe verfaßt, sondern auf Grund zahlreicher und eingehender Gespräche und Diskussionen mit einem führenden Angehörigen der Gruppe. Gegenstand dieser vertraulichen Gespräche war die demokratische Zukunft eines freien, vom National-sozialismus radikal gereinigten Deutschlands und die brennende Frage, welcher Einsatz zur Herbeiführung und Sicherung dieser Zukunft von entschlossenen deutschen Patrioten jetzt geleistet werden kann. Das Exposé bemüht sich um eine möglichst klare Wiedergabe des Bildes, das sich über die Anschauungen und Absichten jener Gruppe aus diesen Gesprächen ergeben hat.
Abgesehen von der Partei selbst und den Funktionären ihrer verschiedenen Gliederungen sind in Deutschland als politische Machtträger vorhanden das Offizierskorps der Wehrmacht und die Ministerialbürokratie, die, besonders in den höheren und höchsten Rangstufen, miteinander vielfach in engen dienstlichen und persönlichen Beziehungen stehen. Innerhalb dieser beiden zusammenhängenden Kreise des Offizierskorps und der Ministerialbeamtenschaft lassen sich drei große Kategorien unterscheiden:
I. Die Unpolitischen, innenpolitisch Unentschiedenen bzw. Neutralen, die als reine Spezialisten ihren Dienst tun und sich für Politik nicht interessieren oder vorsichtshalber nicht interessieren wollen. Sie bilden, besonders im Offizierskorps, die Mehrheit.
II. Die ausgesprochenen Nationalsozialisten.
III. Die ausgesprochen oppositionell und anti-nationalsozialistisch Eingestellten.
Diese dritte Kategorie der ausgesprochenen Gegner des Regimes hat wiederum zwei Flügel: einen östlich eingestellten pro-russischen, und einen westlich eingestellten pro-angelsächsischen.
Der pro-russische Flügel der Opposition ist besonders in der Wehrmacht wesentlich stärker als der pro-angelsächsische: in der Fliegerwaffe insbesondere ist fast nur er vertreten. In diesen Kreisen wirken teilweise Beweggründe, wie sie seinerzeit zum Abschluß des Vertrages von Rapallo führten, und die Traditionen der damaligen illegalen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, und neuerdings ist man außerordentlich beeindruckt von der Stärke und den Erfolgen der Roten Armee und würde lieber heute als morgen mit ihr zusammengehen. Die Gründung des Deutschen Offiziersbundes in Moskau hat hier starken Widerhall gefunden, um so mehr, als die Vorstandsmitglieder des Bundes in der Wehrmacht allgemein als erstklassige deutsche Offiziere anerkannt werden. Diese Oppositionsgruppe stand seit langem in unmittelbarer Verbindung mit der russischen Regierung, auch in laufendem Funkverkehr, der jedoch durch eine russische Unvorsichtigkeit entdeckt wurde und zu der Verhaftung und Hinrichtung zahlreicher Offiziere und Ministerialbeamten Anfang 1943 führte. Die pro-angelsächsische Oppositionsgruppe ist schwächer als die pro-russische, hat jedoch gleichfalls erstklassige Vertreter in den militärischen und zivilen Spitzenbehörden, in allen Rangstufen des Offizierskorps und im OKW. Sie steht außerdem in enger Fühlung mit den katholischen Bischöfen, mit der protestantischen Bekenntniskirche und mit führenden Kreisen der früheren Gewerkschaften, der deutschen Wirtschaft und Intelligenz. Diese Gruppe ist es, für die es sich jetzt um eine Verbindung zu den alliierten Regierungen handelt, die als Grundlage einer wirksamen Kooperation dienen könnte.

* Aus dem Moltke-Nachlaß; Photokopie. Das Original befindet sich vermutlich in einem amerikanischen Archiv.

Die Voraussetzungen, unter denen die Gruppe zu einer militärischen und politischen Zusammenarbeit mit den Alliierten bereit ist, sind die folgenden:

1. Die Gruppe hält eine unbezweifelbare militärische Niederlage und Besetzung Deutschlands aus moralischen und politischen Gründen für absolut notwendig.

2. Sie hält deshalb die alliierte Forderung einer bedingungslosen Kapitulation für berechtigt und ist sich darüber klar, daß bis dahin Verhandlungen über Friedensbedingungen nicht in Frage kommen. Ihre pro-angelsächsische Einstellung beruht auf der Überzeugung, daß in den weltanschaulichen Idealen, in den Grundanschauungen und Grundzielen bezüglich der Zukunft der Welt, Europas und Deutschlands zwischen der Gruppe und den Alliierten weitgehende Übereinstimmung besteht, daß die wahren Interessen eines künftigen freien und demokratischen Deutschlands mit denen der Alliierten konvergieren, und daß sich daraus ganz von selbst und mit Notwendigkeit eine produktive Zusammenarbeit ergeben muß und wird.
Sie hält diese in den Dingen selbst liegende Notwendigkeit für eine weit bessere und sicherere Garantie als irgendwelche formellen Zusagen, die zudem unter den jetzigen Umständen von alliierter Seite kaum gegeben werden könnten.

3. Bei allem Folgenden wird vorausgesetzt, daß die deutsche Ostfront gegen Rußland zwar gehalten wird, daß sie aber andererseits möglichst bis in unmittelbare bedrohliche Nähe heranrückt, etwa bis zu der Linie Tilsit-Lemberg.
Eine solche Situation würde es möglich machen, extreme Entschlüsse nach Westen vor dem deutschen National-bewußtsein zu rechtfertigen als einziges Mittel, um der unmittelbar drohenden Gefahr vom Osten zuvorzukommen.

4. Die Gruppe ist zu einer militärischen Kooperation größten Stiles mit den Alliierten bereit, jedoch nur, wenn Gewißheit besteht, daß diese Kooperation zu einem unmittelbar durchschlagenden militärischen Erfolg der Alliierten auf breitester Front führen wird.
Ein solcher durchschlagender Erfolg, eine alliierte Besetzung ganz Deutschlands innerhalb eines kurzen Zeitraums, würde in Deutschland schlagartig eine völlig neue politische Situation schaffen, und im Rahmen dieser Situation würde sich jene Kooperation, die sie herbeigeführt hat, vor dem deutschen Nationalbewußtsein als kühne patriotische Tat rechtfertigen, vergleichbar der Tauroggener Konvention des Generals YORCK.

5. Würde jedoch die Schaffung der zweiten Front etwa in dem Stil des jetzigen Feldzuges in Italien erfolgen, so würde eine deutsche Beihilfe nicht nur nicht kriegsentscheidend wirken können, sondern sie würde außerdem nur zur Bildung einer neuen Dolchstoßlegende führen und die beteiligten deutschen Kreise national aufs schwerste kompromittieren und für die Zukunft aktionsunfähig machen. Der Schaden wäre am Ende größer als der Nutzen, und die Gruppe würde daher unter solchen Umständen ihre Kooperation nicht zur Verfügung stellen können.

6. Ist man dagegen entschlossen, die zweite Front durch einen schlagartigen und überwältigenden Einsatz der gesamten alliierten Streitmacht zu schaffen, mit dem Ziel einer sofortigen Besetzung ganz Deutschlands, so wäre die Gruppe bereit, die Erreichung dieses Zieles mit allen ihren Kräften und Mitteln zu unterstützen. Sie wäre insbesondere auch bereit, nach gehöriger Verabredung und Vorbereitung zu gegebener Zeit einen hohen Offizier mit allen Vollmachten und mit Kenntnis aller Unterlagen nach England fliegen zu lassen, der den genauen Plan der militärischen Kooperation mit dem alliierten Oberkommando zu vereinbaren hätte.

7. Nur unter solchen Voraussetzungen könnte auch mit hinreichender Sicherheit darauf gerechnet werden, daß eine ausreichende Zahl von geschlossenen Truppenteilen zum Einschwenken in die neue Front der Kooperation mit den Alliierten bereit sein würde.

Andernfalls bestünde die Gefahr, daß die mit den zur Gruppe gehörigen Befehlshabern und Stäben planmäßig vereinbarten Befehle und Anweisungen im entscheidenden Augenblick von den Truppen nicht oder nur unvollständig und unter schweren Reibungen durchgeführt werden würden.

8. Die Gruppe würde dafür sorgen, daß, gleichzeitig mit der Landung, in Deutschland die Bildung einer provisorischen antinazistischen Gegenregierung erfolgt, die den nicht-militärischen Teil der Aufgaben, die sich aus der Kooperation mit den Alliierten ergeben, zu übernehmen hat. Die Zusammensetzung dieser Regierung wäre vorher festzulegen.

9. Die Gruppe, der Persönlichkeiten der verschiedensten demokratischen Parteirichtungen angehören, hält eine kommunistisch-bolschewistische Entwicklung Deutschlands und die Entstehung eines deutschen National-Bolschewismus für die schwerste und bedrohlichste Zukunftsgefahr für Deutschland und Europa, der deshalb mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden muß. Daher muß vor allem unbedingt verhindert werden, daß der Krieg durch einen Sieg der Roten Armee entschieden wird und die Russen vor den Alliierten Deutschland besetzen. Es muß ferner unbedingt vermieden werden, daß eine demokratisch eingestellte deutsche Regierung in Gegensatz zu den Arbeitermassen gerät. Eine antibolschewistische Innenpolitik wird sich nur durchhalten lassen auf Grund einer loyalen außenpolitischen Zusammenarbeit unter Vermeidung jedes außenpolitischen Konfliktes mit Rußland; es muß versucht werden, möglichst viele bisher pro-russisch eingestellte deutsche Kreise nicht abzustoßen, sondern zu gewinnen. Unbedingt vermieden werden muß endlich jede Situation, die es ermöglichen würde, eine demokratische deutsche Regierung als unnational oder antinational zu bekämpfen und gegen sie eine Fusion zwischen den nationalen, den kommunistischen und pro-russischen Tendenzen zustande zu bringen.

10. Eine solche Regierung müßte, um gegenüber der Arbeiterschaft und ihren kommunistischen Tendenzen nicht von vornherein in aussichtsloser Lage zu sein, innenpolitisch mit einem sehr starken linken Flügel operieren und sich mit Nachdruck auf sozialdemokratische und Gewerkschaftskreise stützen.
Sogar die Beteiligung persönlich vernünftiger und nicht an Rußland gebundener Kommunisten könnte aus den gleichen Gründen erwünscht sein.

11. Als erster Standort einer solchen Gegenregierung käme unter den zu Grunde gelegten Voraussetzungen am ehesten Südostdeutschland, vielleicht auch Österreich, in Frage. Es wäre wünschenswert, die Bevölkerung des in Aussicht genommenen Gebietes möglichst von Luftangriffen frei zu halten, da erfahrungsgemäß ausgebombte Bevölkerungen derartig erschöpft und durch die bloße Sorge für das nackte physische Existenzminimum derartig überanstrengt sind, daß sie für revolutionäre Kampfbereitschaft nicht mehr in Frage kommen.

(Ger van Roon: Neuordnung a. a. O., S. 582—586)

7. DER FREIBURGER KREIS

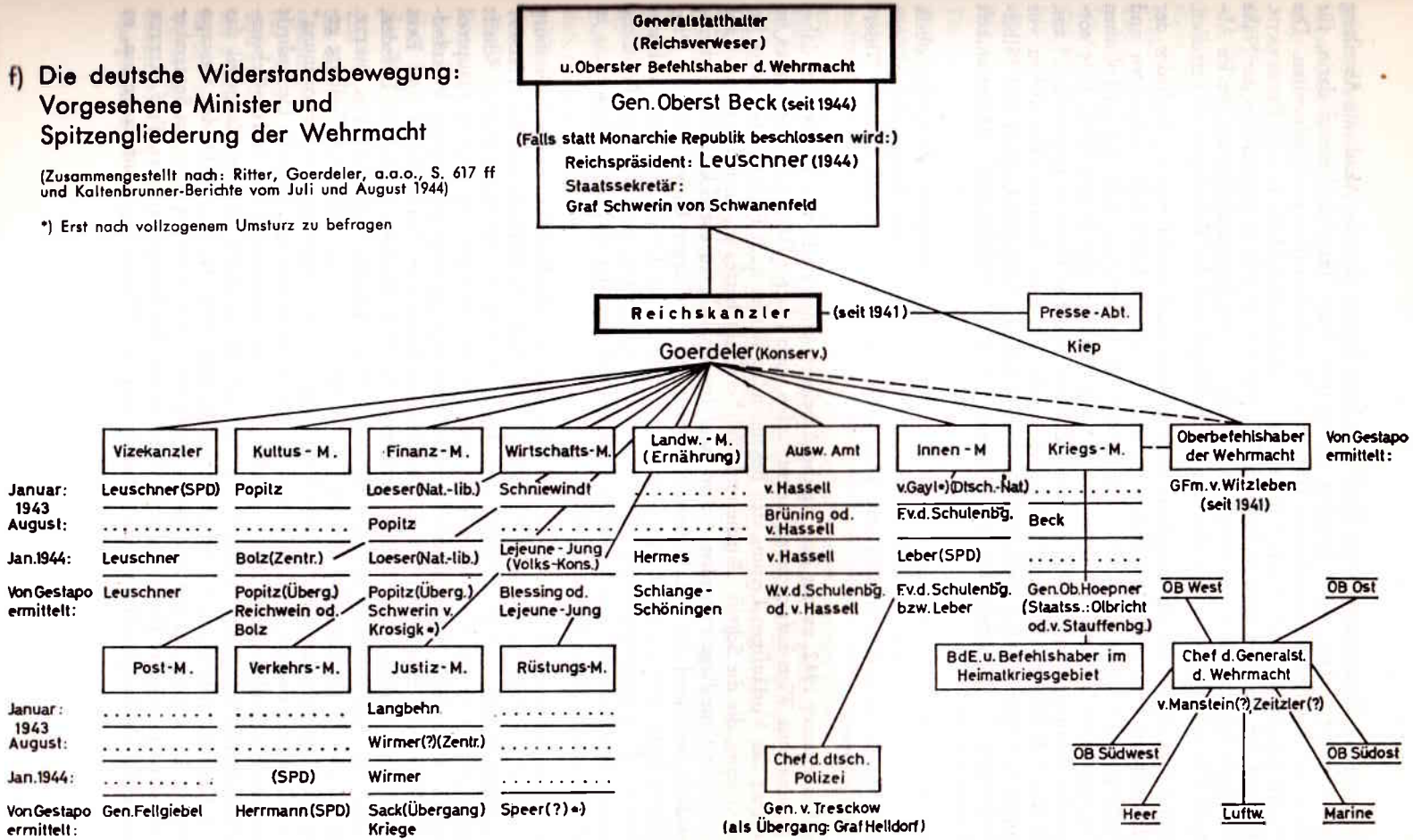
eine Aufzeichnung für die Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944"
von Dr. Fritz Hauenstein

Als die Akademie für Deutsches Recht am 1. März 1942 ihre Tätigkeit einstellen mußte, soweit sie nicht „kriegsnotwendig" war, vielleicht auch, um eine Gelegenheit der unbefangenen Zusammenkunft von Widerstandsgruppen zu beseitigen, bildeten einige Mitglieder des Ausschusses „Allgemeine Volkswirtschaftslehre" einen „Rumpfausschuß".

f) Die deutsche Widerstandsbewegung: Vorgesehene Minister und Spitzengliederung der Wehrmacht

(Zusammengestellt nach: Ritter, Goerdeler, a.a.o., S. 617 ff und Kaltenbrunner-Berichte vom Juli und August 1944)

*) Erst nach vollzogenem Umsturz zu befragen



Er setzte im Einverständnis mit Professor JENS JESSEN, der die Akademie-Abteilung Volkwirtschaft leitete, seine Tätigkeit privat fort. Diese Tätigkeit bestand darin, für das Ende des Nationalsozialismus eine neue Wirtschaftsordnung vorzubereiten. Die Gruppe nannte sich nach ihrem Vorsitzenden: Arbeitsgemeinschaft E. VON BECKERATH. Man traf sich zunächst meist in Freiburg, Br., gelegentlich auch in Jena und in der Nähe von Bonn, um die mühseliger werdenden Reisen zu den Zusammenkünften, die im Abstand von einigen Wochen stattfanden, gleichmäßiger auf die Teilnehmer zu verteilen.

Einige Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft E. VON BECKERATH waren Mitglieder der Bekennenden Kirche und beteiligt an einem Kreis von Universitätsprofessoren und Theologen, die schon seit 1938 zusammenkamen, gelegentlich auch mit katholischen Theologen und Gelehrten. Sie arbeiteten eine Denkschrift „Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche in unserer Zeit" aus, die heimlich vervielfältigt und verbreitet wurde. Ein Satz daraus: „Wir stehen vor Symptomen einer ständig wachsenden Gottentfremdung, Selbstgerechtigkeit und Selbstüberhebung der Menschen, die niemand mehr in ihrer erschreckenden Bedeutsamkeit übersehen kann."

Die zwei Gruppen hatten zum Teil die gleichen Mitglieder; sie sahen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik vom christlichen Glauben aus, sie lehnten den Nationalsozialismus eindeutig ab, sie hatten unmittelbare Verbindung mit GOERDELER und anderen Widerstandsgruppen.

Im Spätsommer 1942, zu der Zeit, da die Arbeitsgemeinschaft E. VON BECKERATH dabei war, eine neue Wirtschaftsordnung zu entwerfen, kam Pfarrer DIETRICH BONHOEFFER im Auftrag der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche nach Freiburg und regte bei der Gruppe, die die Schrift „Kirche und Welt" verfaßt hatte, an, Grundsätze einer auf christlicher Grundlage ruhenden Außen- und Innenpolitik zu entwickeln. Ein Arbeitsausschuß, bestehend aus den Nationalökonomen der Freiburger Universität, den Professoren CONSTANTIN VON DIETZE, WALTER EUCKEN, ADOLF LAMPE und dem Neuhistoriker der Freiburger Universität, Professor GERHARD RITTER, entwarf eine „Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit".

Der Entwurf, dessen Haupttext von RITTER formuliert worden war, wurde in Freiburg mit D. OTTO DIBELIUS, Dr. WALTER BAUER, Dr. KARL GOERDELER und Lic. HELMUT THIELICKE beraten und etwas umgestaltet. Im ersten Teil der 104 Seiten großen Schrift wurde „Das politische Chaos unserer Zeit und seine Ursachen", im zweiten Hauptteil wurden „Grundzüge der politischen Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis" dargestellt. Es gab fünf Anhänge: Rechtsordnung von FRANZ BÖHM und ERIK WOLF, Kirchenpolitik von DIBELIUS, Erziehung von Prof. FRIEDRICH DELEKAT, Dresden, Wirtschafts- und Sozialordnung von DIETZE, EUCKEN, LAMPE, Judenfrage von DIETZE. Ein Beitrag über Rechtsfragen von Dr. PERELS-BERLIN ist nicht mehr nach Freiburg gekommen. Prof. RITTER, dessen Darstellung über die „Politische Gemeinschaftsordnung" wir folgen, sagt dazu: „Januar 1943 stellten wir unsere Beratungen über die Denkschrift ein, nachdem in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt war und die Geheimhaltung immer schwieriger wurde." Ein Teil der Schrift (vom zweiten Hauptteil das erste Kapitel: Allgemeine Grundsätze) wurde nach dem 20. Juli 1944 der Gestapo bekannt. Dr. BAUER und die Professoren VON DIETZE und LAMPE wurden im September 1944 verhaftet, andere Beteiligte Ende Oktober von der Gestapo verhört, Prof. RITTER dann ebenfalls festgenommen. Haft, Vernehmung und Prozeß zogen sich lange hin, so

daß die Verhafteten in Moabit Ende April 1945 befreit werden konnten, als die Russen heranrückten. Adolf Lampe starb, vermutlich an den Folgen der Haft, im Februar 1948, Walter Eucken im März 1950.

In der Einführung zur Politischen Gemeinschaftsordnung heißt es unter anderem: „Dieser Zustand muß aufhören. Gott schickt unser deutsches Volk nicht umsonst durch so grauenhafte Nöte und Prüfungen. Wenn er uns etwas damit hat lehren wollen, so dies: daß die sich selbst überlassene, unchristlich gewordene Welt ohne Gnade im Abgrund des sittlichen Chaos versinkt; daß keinerlei Errungenschaften moderner „Kultur" und Zivilisation vor der nackten Barbarei zu schützen vermögen."

Im ersten Hauptteil steht geschrieben: „Mit Entsetzen hat es die Welt erlebt, wie klein der Schritt ist, der von höchst entwickelter technischer Zivilisation zur nackten Barbarei hinüberführt, ja wie gerade die modernste Technik sowohl der Massenbeherrschung wie der Massentötung Wehrloser diese Barbarei zu Formen steigert, für die es kaum irgendwo in der Vorzeit vergleichbare Vorbilder gibt."

Die Gestapo konnte in dem Teil, der in ihre Hand fiel, unter anderem lesen: „Als der modernste Schanddeckel der Bosheit erscheint das Schlagwort von den natürlichen und gottgewollten Lebensansprüchen, Lebensnotwendigkeiten, Raumbedürfnissen, Herrschaftsansprüchen der Nationen oder Rassen — Ansprüche, die um so unversöhnlicher auftreten, je fanatischer sich jedes Volk (oder jede Rasse) einen eigenen göttlichen Auftrag zuschreibt. Das alles sind die Folgen einer Säkularisierung des theologischen Denkens, das sich anmaßt, die geheimen Absichten des göttlichen Regiments in Natur und Geschichte zu kennen, und solche Erkenntnis höchst irdischen Machtwünschen dienstbar macht. Sie führt notwendig zur Vergötzung, das heißt zum Absolutsetzen des kreatürlichen Wesens." Und am Schluß dieses Kapitels hörten die Schergen Hitlers: „Der Ruf Gottes ergeht an alle Menschen, und keines Menschen Wort hat die Vollmacht, sich ihm in den Weg zu stellen ... Es ist Auflehnung wider Gott und der höchste Grad menschlicher Vermessenheit, wenn die Schwertgewalt dazu mißbraucht wird, Menschenwort an die Stelle von Gottes Wort zu setzen und den Glauben aus dem Herzen zu reißen. ... Eines aber fordert das sittliche Bewußtsein immer und überall mit unbedingter Klarheit: daß die politische Gemeinschaft echte Rechtsgemeinschaft sei, nicht eine bloße Herdenbildung sittlich abgestumpfter, geistig uniformierter Massenmenschen, aber auch nicht Anarchie lose verbundener Individualitäten, deren subjektive Willkür an die Stelle gesetzlicher Ordnung tritt ... Es gibt Zeiten der Anarchie, in denen der Bußruf der Kirche vor allem zum Gehorsam unter die staatliche Autorität zu treiben hat. Es gibt aber auch Epochen übersteigerter Ansprüche der Staatsgewalt, in denen diese zur Tyrannei über die Gewissen zu werden, den Personencharakter der Regierten und damit zugleich das Wachstum echter sittlicher Gemeinschaft zu schädigen und zu vernichten droht."

Zur Wirtschafts- und Sozialordnung (Anhang 4) heißt es unter anderem: „Worauf es uns ankommen muß, ist: eine Wirtschaftsordnung vorzuschlagen, die — neben ihren sachlichen Zweckmäßigkeiten — den denkbar stärksten Widerstand gegen die Macht der Sünde ermöglicht, in der die Kirche Raum für ihre eigentlichen Aufgaben behält und es den Wirtschaftenden nicht unmöglich gemacht oder systematisch erschwert wird, ein Leben evangelischer Christen zu führen." An anderer Stelle heißt es: „Für das Verhältnis der Volkswirtschaften zueinander kann und muß die Kirche verlangen: Dies Verhältnis darf nicht von der Vergötzung des eigenen Volkes, von rücksichtsloser Ausbeutung anderer Volkswirtschaften beherrscht sein." Unter den Grundlinien neuer Ordnung wird als erste genannt: „Die bestehende Regelung kann und darf nicht fortgesetzt

wurden, da sie keine funktionierende Volkswirtschaft ermöglicht, weiterem sittlichen Verfall Vorschub leistet und den Wiederaufbau gesunder internationaler Beziehungen gefährdet."

Die Arbeitsgemeinschaft E. von Beckerath arbeitete äußerlich unabhängig von dem Freiburger Kreis der Bekennenden Kirche. In der Ablehnung des Nationalsozialismus stimmten beide Gruppen überein, auch im politischen Ziel. Adolf Lampe stellte der Arbeitsgemeinschaft sein Büro, einen großen Teil seiner Zeit und seine antreibende Energie zur Verfügung. Die Gruppe ergänzte sich im Spätsommer 1943 durch Gesinnungsfreunde aus der wirtschaftspolitischen Praxis. Regelmäßige Teilnehmer waren: die schon genannten Professoren Erwin von Beckerath, Bonn, von Dietze, Eucken, Lampe, Freiburg; Böhm, Preiser, Jena; Albrecht, Marburg; Prof. Wessels, Dr. Hauenstein, Köln. Prof. von Stackelberg, Bonn, war später durch einen Auslandsauftrag verhindert. Dr. Gestrich, Berlin, starb im Herbst 1943. Jens Jessen hat, mit der Organisation des Widerstandes in Berlin beschäftigt, an der Arbeitsgemeinschaft persönlich nicht teilgenommen. Einige der Teilnehmer lernten in der frühesten Hitler-Zeit bei dem Versuch, in den Propagandaversammlungen zu diskutieren und zu widersprechen, die Brachialgewalt des sogenannten Saalschutzes in München kennen. Adolf Lampe und seine Freunde versuchten schon damals den Widerstand zu organisieren.

Die Arbeitsgemeinschaft E. von Beckerath traf sich von Mitte 1943 ab nur in Freiburg. Man kam meist in den Wohnungen der Freiburger Teilnehmer, gelegentlich auch in den Räumen der Universität zusammen, um die Tätigkeit, die sich wissenschaftlich in Referaten, Thesen und Diskussionen vollzog, möglichst unbefangen erscheinen zu lassen. Die Arbeit war am 20. Juli 1944, als sie nicht mehr fortgesetzt werden konnte — jedenfalls nicht mehr gemeinsam —, soweit gediehen, daß sie einer neuen Regierung die Grundlage für eine neue Wirtschaftsordnung und freiheitliche Wirtschaftspolitik zu bieten vermochte. Man war in der Arbeitsgemeinschaft weitgehend einig über die notwendige Währungssanierung, die Probleme der Übergangswirtschaft, die Finanzierung des Wiederaufbaus, über die Voraussetzungen für die Ingangsetzung der Marktwirtschaft, über die Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Lohnpolitik, über die Gefahren der Konzentration für den Wettbewerb, über die Agrarpolitik und über die Außenwirtschaft. Dr. Goerdeler wurde über die Arbeit genau unterrichtet.

Nachdem der Kreis gesprengt war, kam es nicht mehr zu einer Zusammenfassung und nach dem Krieg nicht zur Veröffentlichung. Aber die Arbeit war nicht vergebens. Die Gutachten wurden den Besatzungsmächten für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt, und einige der Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft wurden als Berater bei der Wiederingangsetzung der Wirtschaft zugezogen.

Vieles, wenn nicht das meiste der intensiven wissenschaftlichen Arbeit wurde nachher in der Bundesrepublik verwirklicht.

8. DER BEITRAG DER FRAU

von Annedore Leber

Auf die Frage nach Maß, Umfang und Grenzen des Anteils der Frauen am deutschen Widerstand hat im Grunde die Weltgeschichte mit ihrem unbestechlichen Urteil die Antwort vorausgenommen. Unter den tragenden Gestalten staatsumwälzender Ereignisse, die die verschiedenen Völker zu sehr verschiedenen Zeiten erlebten, finden wir nur vereinzelte Frauennamen. Die berühmteste Erscheinung ist vermutlich Johanna von Orleans, deren tiefer Glaube an die gerechte Sache neue Impulse in ihrem Volk gegen die

Belagerer auslöste. Ein weiteres Beispiel ist CHARLOTTE CORDAY, die während der großen französischen Revolution den Todesstoß gegen den verhaßten MARAT führte. Ebenso berichtet der Nachruf von ihrem heroischen Sterben auf dem Blutgerüst. Aber er spricht nicht von ihrem Willen, umzuformen und neuzugestalten. Dieser Wille zeigt sich dagegen bei ROSA LUXEMBURG, die jedoch, wie Freund und Feind zugestehen müssen, eine Frau von seltener Eigenart war. Faktisch ist sie eines der ersten Opfer der Nazis.

Hiermit soll in keiner Weise die Haltung irgendeiner Frau, die je direkt oder indirekt an einer Aktion gegen eine ungerechte Staatsautorität mitwirkte, geschmälert werden. Vielmehr sollen diese Worte nur darauf hinweisen, daß der Tyrannensturz mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen ein sehr hartes und männliches Unterfangen ist und wir Frauen infolgedessen den Titel „Widerstand" mit der gebührenden Vorsicht auf uns angewandt sehen mögen.

Selbstverständlich hat es in jenen schwärzesten Jahren der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 Frauen gegeben — und sogar weit mehr als bekannt wurde — die nicht allein das Ausmaß der Untaten erkannten und ablehnten, sondern auch bereit waren, dagegen zu handeln und die Folgen aus solchen Handlungen auf sich zu nehmen. Die Worte von SOPHIE SCHOLL sprechen zugleich für die Gesinnungsstärke anderer deutscher Frauen, die den gleichen Opfergang gehen mußten: „Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung unserer deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei, die unser Volk je erduldet hat."

Hohe Zuchthausstrafen und Todesurteile dokumentieren den sichtbaren Anteil des Widerstandes der Frauen; natürlich war der nicht sichtbare Anteil weit größer. Aus Zufall oder durch sich günstig aneinanderreihende Umstände konnten viele Frauen der grausamen Maschinerie entgehen. Und in vielen Fällen bleibt die Frage an das Schicksal: Warum so und nicht so?

Frauen haben sich auf den verschiedensten Ebenen an den vorbereiteten Maßnahmen, auch der Aktion vom 20. Juli beteiligt. Es zeichnen sich hierbei folgende Gruppen ab, für die wir charakteristische Fälle herauszuheben versuchen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Herstellung nötiger Verbindungen und die Gestaltung eines politischen Bildes war der unauffällige neutrale Treffpunkt. Die Wohnung ELISABETH VON THADDENS war ein solcher Platz. Sie selbst wurde dafür zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wieviele Menschen waren damals von der Gestapo gejagt! Sie suchten bei Freunden, Bekannten oder Verwandten Zuflucht. Frau GLOEDEN wie auch ihr Mann, die den aufs höchste gefährdeten General LINDEMANN in ihrer Wohnung aufgenommen hatten, mußten ihre menschliche Hilfsbereitschaft mit dem Leben bezahlen. Selbst gegen die zu Besuch weilende Mutter von Frau GLOEDEN wurde das Todesurteil ausgesprochen, da sie den Aufenthalt LINDEMANNS in der Wohnung ihrer Tochter nicht angezeigt hatte.

Die gleiche Hilfsbereitschaft zeigte Frau DROSTE. Nach dem 20. Juli hat sie bis zum Zusammenbruch den von der Gestapo mit allen Mitteln gesuchten JAKOB KAISER und ELFRIEDE NEBGEN in ihrem kleinen Berliner Einzelhaus versteckt gehalten.

ELFRIEDE NEBGEN, die zu dem engeren Freundeskreis von JAKOB KAISER gehört, trug mit starkem Bewußtsein und außergewöhnlicher Umsicht weitgehend zu der Begegnung politischer Männer der verschiedenen Richtungen bei. Bei ihr hat sich beispielsweise mein Mann mit GOERDELER und mit WIRMER getroffen. Die Tarnung im Hause DROSTE gelang so gut, daß niemand in der Nachbarschaft erfuhr, daß ein Mann im Keller des

Hauses lebte. Und wieder war es eine Frau — MINA AMANN —, die zu der Zeit strengster Lebensmittelrationierung den Freunden Lebensmittel in hoher Gefahr organisierte. Nicht fortzudenken aus jener Zeit ist die zuverlässige Sekretärin, die alles wußte, ohne jemals zu fragen — und schwieg. Schweigend schirmte sie ab. Geschickt und schnell lenkte sie jeden ihr bedenklich erscheinenden Menschen aus dem Vorzimmer heraus. Briefe mit bestimmten Adressen warf sie selbst in den Briefkasten ein. Besuche, Telefonanrufe, neue sich häufende Termine ihres Chefs rundeten das Bild eines niemals erklärten, aber durchaus erkannten Hintergrundes ab. Für diese Frauen aus den Büros auf zivilem und militärischem Sektor mögen hier die Erlebnisse von Frau SCHWARTE sprechen. Sie hat als Sekretärin bei CANARIS gearbeitet, durch ihre Hand liefen z. B. Akten, die die Liquidationen der Nazis in Polen oder in der Tschechoslowakei betrafen, und an deren Rand CANARIS kleine, aber doch für seine innere Gesinnung aufschlußreiche Notizen vermerkt hatte. Ferner hatte CANARIS Frau SCHWARTE sein Tagebuch diktiert. „Warum", hat man sie später bei den Verhören gefragt, „geben Sie nicht zu, daß Ihr Chef gegen HITLER gearbeitet hat? Wir haben Beweise in der Hand." Nach der vierten Vernehmung wurde Frau SCHWARTE in das Berliner Polizeigefängnis am Alexanderplatz gebracht. Dann hat man sie eine Woche von morgens bis abends verhört. Unmittelbar vor dem Einmarsch der Sowjets ist sie schließlich entlassen worden.

So glauben wir sagen zu dürfen, daß die Frauen — unabhängig von den Maßstäben eines aktiven politischen Eingreifenwollens — bei jeder Widerstandsleistung unentbehrlich sind. Dies trifft vielleicht nicht zuletzt auf die Frauen der an der Aktion selbst beteiligten Männer zu. Und zwar liegt hier der Wert in einem vorbehaltlosen Zugehörigkeitsgefühl, in der natürlichen menschlichen Reaktion, den Männern helfen, sie decken, schützen und warnen zu müssen. Aus diesem einfachen, aber ganz echten und impulsiven Lebensmotiv entwickelt sich eine unbedingte Verläßlichkeit, und aus ihr wieder eine weiter greifende Verantwortlichkeit. So schien mir z. B. dringend erforderlich, daß bei jedem Alarm Freunde meines Mannes das Haus verließen und sich in einem öffentlichen Luftschutzkeller unterstellten. Denn wäre etwa in der Anwesenheit eines Mannes wie KLAUS VON STAUFFENBERG etwas in unserer Wohnung passiert, hätte der ganze Plan aufgedeckt werden können. Für diese innere Verbundenheit, die die Übereinstimmung in den menschlichen Grundfragen voraussetzt, gibt es kein besseres Beispiel als das Verhalten von Frau LEUSCHNER in den Tagen, die dem 20. Juli folgten. Die Verhaftungswelle setzte ein. Als einer der ersten wurde WILHELM LEUSCHNER von der Gestapo in seiner Berliner Wohnung gesucht. Frau LEUSCHNER befand sich dort zu diesem Zeitpunkt allein. Obwohl von Natur keineswegs zu Verstellungs- oder Verschwörungskünsten neigend, beherrschte sie dennoch völlig die Situation, nur aus der List des liebenden Herzens.

Während sie mit den Gestapoleuten verhandelte, klingelte das Telefon. LEUSCHNER selbst rief an. Durch die fremden Stimmen gewarnt, gab er sich als ein Geschäftsfreund aus und Frau LEUSCHNER durfte den Hörer übernehmen. „Mein Mann ist leider verreist", sagte sie sehr bestimmt, „und er wird einige Tage abwesend sein." Nach diesem Warnungssignal sprach sie noch ruhig über einige fachlich-geschäftliche Dinge. Etwas später ließ sie sich in der gleichen Ruhe von der Gestapo abführen und ins Gefängnis bringen, das sie erst nach dem Tode ihres Mannes verlassen durfte. „Warum hat er sich nur gestellt", sagte sie immer und immer wieder. „Ich wäre schon durchgekommen."

Mit der gleichen Frage haben sich andere Frauen gequält. Aber die Verhaftung von Frauen und Kindern war ein wohlüberlegtes Erpressungsmittel der Nazis, das die Männer erschüttern sollte.

„Aber, was man auch immer sagen mag, wir haben nur wie normale Menschen gehandelt." Dies sagte mir NELLY PLANK. Aus Zufall oder auf Grund ihrer Tätigkeit als Ärztin gehörte sie damals zu den wenigen, die nicht verhaftet wurden. Und ich sehe förmlich das Bild vor mir, wie sie während eines Luftalarms mit Broten und Nahrungsmitteln bepackt durch die Straßen Berlins dem Männergefängnis in der Lehrter Straße zustrebte. Dabei fällt mir eine Schilderung ODD NANSENS, des Sohnes FRITHJOFS, aus dem Lager Buchenwald ein. Von den gesamten Lagerinsassen wurde ein Gefangener ausgepeitscht. Einer der unter Zwang Angetretenen schrie wild auf: „Laßt es, wie könnt Ihr das tun." Er wurde als Irrer abgeführt, er, der Einzige mit natürlicher menschlicher Reaktion.

Sicher waren es bittere Tage in dem Berliner Frauengefängnis Moabit. Dennoch haben die Frauen die Folgen selbstverständlich auf sich genommen. Jedenfalls hat in Moabit trotz strengster Isolation zu Ausgang des Jahres 1944 der Geist wirklicher menschlicher Solidarität geherrscht. Und eine Erfahrung wird mir unvergeßlich sein, die auch heute gilt und vermutlich so lange gelten wird, wie irgendwann Widerstand gegen eine ungerechte Gewalt erforderlich ist. Während wir gerade zum Badegang angetreten waren, steckte mir eine mitgefangene Freundin ein Stückchen Seife mit den Worten zu: „Ich glaube, mein Vater ist unten gewesen." In jener Minute wurde mir, als sich niemand in dieser Weise um mich bemühen konnte, bewußt, wie es den Menschen stärkt, wenn er weiß, daß ein anderer in einer harten Stunde alles für ihn zu tun versucht.

9. WIDERSTAND DER STUDENTISCHEN JUGEND

Wie stark der Widerstand auch in der deutschen studentischen Jugend war, dafür bietet das Leben und Sterben der Geschwister HANS und SOPHIE SCHOLL ein ergreifendes Zeugnis. Aus tiefster Gewissensnot und um den Menschen ein Beispiel zu geben, schrieben und verbreiteten sie mit wenigen Freunden ihre „Flugblätter der Weißen Rose" während des Krieges. Unter dem Eindruck der Katastrophe von Stalingrad warfen sie im Februar 1943 einen Ballen Flugblätter in den Lichthof der Münchener Universität. Dabei wurden sie entdeckt und verhaftet, zum Tode verurteilt und durch das Fallbeil hingerichtet. Die Flugblätter aber gingen von Hand zu Hand in Tausenden von Abschriften durch ganz Deutschland.

Aus einem Flugblatt der Weißen Rose

... Wer hat die Toten gezählt, HITLER oder GOEBBELS — wohl keiner von beiden. Täglich fallen in Rußland Tausende. Es ist die Zeit der Ernte, und der Schnitter fährt mit vollem Zug in die reife Saat. Die Trauer kehrt ein in die Hütten der Heimat, und niemand ist da, der die Tränen der Mütter trocknet, HITLER aber belügt die, deren teuerstes Gut er geraubt und in den sinnlosen Tod getrieben hat.

Jedes Wort, das aus HITLERS Munde kommt, ist Lüge. Wenn er Frieden sagt, meint er den Krieg, und wenn er in frevelhaftester Weise den Namen des Allmächtigen nennt, meint er die Macht des Bösen, den gefallenen Engel, den Satan. Sein Mund ist der stinkende Rachen der Hölle, und seine Macht ist im Grunde verworfen. Wohl muß man mit rationalen Mitteln den Kampf wider den nationalsozialistischen Terrorstaat führen; wer aber heute noch an der realen Existenz der dämonischen Mächte zweifelt, hat den metaphysischen Hintergrund dieses Krieges bei weitem nicht begriffen. Hinter dem

Konkreten, hinter dem sinnlich Wahrnehmbaren, hinter allen sachlichen logischen Überlegungen steht das Irrationale, d. i. der Kampf wider den Dämon, wider den Boten des Antichrist. Überall und zu allen Zeiten haben die Dämonen im Dunkeln gelauert auf die Stunde, da der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im ordo eigenmächtig verläßt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung loslöst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird mit rasend steigender Geschwindigkeit, — überall und zu allen Zeiten der höchsten Not sind Menschen aufgestanden, Propheten, Heilige, die ihre Freiheit gewahrt hatten, die auf den einzigen Gott hinwiesen und mit seiner Hilfe das Volk zur Umkehr mahnten. Wohl ist der Mensch frei, aber er ist wehrlos wider das Böse ohne den wahren Gott, er ist wie ein Schiff ohne Ruder, dem Sturme preisgegeben, wie ein Säugling ohne Mutter, wie eine Wolke, die sich auflöst.

Gibt es, so frage ich dich, der du ein Christ bist, gibt es in diesem Ringen um die Erhaltung deiner höchsten Güter ein Zögern, ein Spiel mit Intrigen, ein Hinausschieben der Entscheidung in der Hoffnung, daß ein anderer die Waffen erhebt, um dich zu verteidigen? Hat dir nicht Gott selbst die Kraft und den Mut gegeben zu kämpfen? Wir müssen das Böse dort angreifen, wo es am mächtigsten ist, und es ist am mächtigsten in der Macht Hitlers . . .

(Inge Scholl, Die Weiße Rose, Frankfurt 1952, S. 100 ff.)

III. Pläne und vorbereitende Aktionen

1. AUS DER DENKSCHRIFT DES GENERALOBERSTEN LUDWIG BECK VOM 16. 7. 1938 GEGEN HITLERS KRIEGSPOLITIK

Unter gewissenhafter Berücksichtigung und Prüfung aller mir seitdem bekanntgewordenen weiteren Unterlagen besteht für mich heute kein Zweifel mehr, daß ein gewaltsames militärisches Vorgehen Deutschlands gegen die Tschechoslowakei zu einem sofortigen militärischen Eingreifen Frankreichs und damit auch Englands gegen uns führen würde. Wer über die Haltung Frankreichs etwa noch im Zweifel war, den sollte im übrigen der Passus der Rede des Ministerpräsidenten Daladier vom 12. Juli, abends, in Paris, belehrt haben. Er lautete nach dem „Temps" vom 14. Juli:

«La contribution française à l'œuvre de conciliation, qui s'imposait de part et d'autre a eté d'autant plus active, d'autant plus sincère et constante, que nos engagements solonnels avec la Tschechoslovaquie sont pour nous inéluctables et sacrés.»

Wir stehen also der Tatsache gegenüber, daß ein militärisches Vorgehen Deutschlands gegen die Tschechoslowakei automatisch zu einem europäischen oder einem Weltkrieg führen wird. Daß ein solcher nach menschlicher Voraussicht mit einer nicht nur militärischen, sondern auch allgemeinen Katastrophe für Deutschland endigen wird, bedarf von meiner Seite aus wohl keiner weiteren Ausführung mehr . . .

1. Die Aussicht, in absehbarer Zeit die Tschechoslowakei durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, ohne sofort Frankreich und England auf den Plan zu rufen, besteht nicht. Die Aussicht, die Tschechoslowakei militärisch zu überfallen oder sie auch nur in einem

Ludwig Beck

Der Generaloberst war in Gemeinschaft mit Goerdeler und Leber einer der führenden Köpfe bei den Vorbereitungen für die Umsturzpläne. Nach dem Mißlingen des Befreiungsversuches gab ihm sein Gegenspieler Generaloberst Fromm Gelegenheit zum Selbstmord.

geringen Bereitschaftsgrade zu treffen, ist heute noch weniger gegeben als vor anderthalb Monaten, und es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß diese Sachlage sich vorerst nicht ändern wird.

Die geforderten beschleunigt verwendbaren Teile des Heeres werden, da sie gleichzeitig mit dem Einflug der Luftwaffe die Grenzen überschreiten sollen, den Gegner nicht mehr überraschen, sondern in Abwehr bereit finden. Welche Aushilfen hier auch vom Oberkommando des Heeres versucht werden, die bei Heer und Luftwaffe auseinandergehenden Interessen lassen sich auf solche Weise nicht auf einen Nenner bringen.

Es erscheint nach wie vor ausgeschlossen, in den ersten zwei bis drei Tagen eine Lage zu schaffen, die interventionslüsternen gegnerischen Staaten die Aussichtslosigkeit der tschechischen militärischen Lage vor Augen führt. Es muß vielmehr nochmals nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht werden, daß zwar die Tschechei der äußere Anlaß zum Kriege für Frankreich-England sein wird, daß aber mit dem Augenblick, in dem diese beiden Mächte in den Krieg eintreten, es sich nicht mehr um Intervention im Interesse der Tschechei, sondern um einen Krieg auf Leben und Tod mit Deutschland handeln wird.

2. Es erscheint heute unsicherer als vor anderthalb Monaten, ob mit dem baldigen Eingreifen Ungarns gegen die Tschechoslowakei oder überhaupt mit einem Eingreifen zu rechnen ist. Das Eingreifen Polens gegen die Tschechoslowakei braucht ferner keineswegs in einem Deutschland unterstützenden Sinne zu erfolgen. Es kann sogar von der Tschechei durch freiwillige Konzessionen unter Vorbehalt späterer endgültiger Regelung herbeigeführt werden. Jedenfalls dürfte angebracht sein, Polen, selbst wenn es tschechisches Gebiet besetzt, nicht ohne weiteres als sicheren Faktor in unserem Kräftespiel anzusehen. Auch bei Ungarn wäre eine ähnliche Haltung nicht unmöglich.

3. Italien wird selbst bei Kriegserklärung gegen Frankreich nicht in der Lage sein, Frankreich von einem Eingreifen zugunsten der Tschechei abzubringen.

4. Eine ausreichende Rückendeckung im Westen ist selbst bei Erfüllung des vorgenommenen Ausbauprogramms nicht zu erreichen, weil zur Führung einer „Abwehrschlacht" ein gewisses Mindestmaß an Kräften gehört, das nicht vorhanden ist. Untragbar ist es für das Heer angesichts der gekennzeichneten militär-politischen Lage, wenn bei Aufmarsch Süd-Ost mit dem Westaufmarsch zunächst noch gewartet wird. Schließlich müßte das „Mindestmaß der Luftwaffe an Verteidigungskräften im Westen" auf einer Höhe gehalten werden, die die Westfront des Heeres nicht einfach der französischen Luftüberlegenheit ausliefert.

5. Das Danziger Gebiet kann, wenn Deutschland in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt wird, der polnischen Begehrlichkeit einen neuen Impuls geben. Man wird das etwaige Wegziehen von Kräften aus Ostpreußen auch unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen haben.

6. Die Wirkung des beabsichtigten Propagandakrieges dürfte gegen die Wucht der militärischen Tatsachen nicht aufkommen."

Ursprünglich hatte Beck dem Schluß seiner Denkschrift folgende Fassung gegeben:

„Auf Grund aller vorstehenden Darlegungen halte ich mich für verpflichtet, im vollen Bewußtsein der Tragweite eines derartigen Schrittes, aber auch im Bewußtsein der mir auf Grund meiner Dienstanweisung für die Vorbereitung und Führung eines Krieges erwachsenden Verantwortung — heute in Erweiterung meiner Meldung vom 3. Juli — die dringende Bitte auszusprechen, den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht zu ver-

anlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage so lange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zur Zeit sind die militärischen Voraussetzungen aussichtslos, und ich bin daher angesichts der gekennzeichneten militärischen Verantwortung vor Volk und Heer, die der Chef des Generalstabs des Heeres zwar mit anderen teilt, die ihm aber in besonderem Maße obliegt, außerstande, dem Herrn Oberbefehlshaber des Heeres der Berater zu sein, den er braucht, falls eine Sinnesänderung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht nicht zu erreichen ist."

Beck hat aber offenbar diesen Schluß seiner Denkschrift noch nicht für wirkungsvoll genug angesehen, um seinen Oberbefehlshaber zu dem unerläßlich notwendigen Kampfe anzufeuern. In seinem endgültigen Entwurf vom 16. Juli ließ er daher die Drohung mit dem eigenen Rücktritt fort und erhob statt dessen scharfumrissene Forderungen zur hartnäckigen Durchführung des Kampfes gegen Hitlers Kriegspläne.

Der Schluß der Denkschrift erhielt folgende endgültige Fassung:

„Auf Grund meiner vorausgegangenen Darlegungen halte ich mich heute für verpflichtet — im Bewußtsein der Tragweite eines derartigen Schrittes, aber unter Berufung auf die mir nach meiner Dienstanweisung für die Vorbereitung und Ausführung eines Krieges erwachsende Verantwortung — die dringende Bitte auszusprechen, den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage solange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zur Zeit halte ich sie für aussichtslos, und diese meine Auffassung wird von allen mir unterstellten Oberquartiermeistern und Abteilungschefs des Generalstabes, soweit sie mit der Frage der Vorbereitung und Ausführung des Krieges gegen die Tschechoslowakei dienstlich befaßt sind, geteilt.

Dringend erforderlich erscheint es mir ferner, in jedem Falle baldigst die Kommandierenden Generale über Geist, Stimmung und innere Festigkeit der Truppen im Hinblick auf die etwa zu erwartenden Ereignisse persönlich zu hören und mit ihnen in Fühlung zu bleiben. Der Ernst der möglicherweise zu erwartenden Entwicklung erfordert von nun ab in dieser Hinsicht eine dauernde enge Verbindung der obersten Stellen des Heeres untereinander, wenn das gegenseitige Vertrauensverhältnis erhalten bleiben soll.

Schließlich müssen die Oberbefehlshaber und die Kommandierenden Generale in jedem Falle baldigst über die bevorstehenden Kriegsabsichten aufgeklärt, über die ihnen dabei zugedachten Aufgaben noch einmal eingehend mündlich unterrichtet und die von ihnen beabsichtigte Durchführung mit ihnen besprochen werden. Dabei sind auch Einwände entgegenzunehmen.

Notwendig ist eine derartige Besprechung des Herrn Oberbefehlshabers des Heeres mit allen vorgenannten Herren auch deshalb, damit alle Fragen vor der vom Führer mit den Kommandierenden Generalen beabsichtigten Besprechung geklärt werden und diesem gegenüber eine klare einheitliche Auffassung vertreten werden kann.

Als letztes darf ich anregen, daß vom Oberbefehlshaber des Heeres auch eine einheitliche Auffassung über den gesamten Fragenkomplex mit den Oberbefehlshabern der anderen Wehrmachtteile herbeizuführen versucht wird."

(Hans-Adolf Jacobsen: 1939—1945, S. 433 ff.)

„Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht . . . Menschenrecht bricht Staatsrecht . . . Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, daß ein Volk nicht heroisch zugrundegeht, sondern praktisch erhalten wird. Jeder Weg, der hierzu führt, ist dann zweckmäßig, und sein Nichtbegehen muß als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden . . .“

(Adolf Hitler in: Mein Kampf)

Hitler äußerte kurz vor Kriegsausbruch zu seinen engsten Mitarbeitern: . . . Er selbst sei wie Friedrich der Grosse gewillt, alles auf eine Karte zu setzen und überall dort in vorderster Front zu kämpfen, wo es besonders heiß herginge. Der Krieg würde schwer, möglicherweise sogar aussichtslos, dann sei der Untergang in Ehren der Kapitulation vorzuziehen. „Solange ich lebe, wird von Kapitulation nicht gesprochen. Wenn einer von Ihnen glaubt, daß ich nicht nur aus Liebe zu Deutschland handele, so gebe ich ihm das Recht, mich niederzuschießen . . .“

(Aus dem Tagebuch des Abwehroffz. Oberstleutnant i. G. H. Grascurth vom 28. 2. 39)

2. AUS DEM TAGEBUCH ULRICH VON HASSELLS VON 1939—1943

Auszugsweise Abschrift aus: „Vom andern Deutschland“ Atlantis Verlag Zürich und Freiburg i. Br. 1946.

. . .

5. 12. 39

. . . Ich hatte Goerdeler benachrichtigt, daß ich nach Berlin käme und ihm gerne mit weiteren Informationen für seine nordischen Bosch-Angelegenheiten zur Verfügung stände. Kaum war ich im Adlon angelangt, da betrat er schon mein Zimmer. Der sonst so unternehmungslustige Mann war ganz verzweifelt. Er erinnert mich übrigens oft an Kapp. Nomen hoffentlich kein Omen. Nach seiner Darstellung ist jede Opposition der militärischen Führung gegen den Durchmarsch zusammengebrochen, und zwar obwohl Brauchitsch und Halder wie alle andern von der unheilvollen Wirkung überzeugt seien. Sie seien aber der Ansicht, sie müßten gehorchen. Göring sei an sich ebenfalls nach wie vor dagegen, aber könne sich auch nicht zum Widerstand entschließen, sondern beschränke sich auf eine gewisse Sabotage auf der Basis des Wetters, das in Nord- und Mitteldeutschland, wie ich auf der Fahrt sah, und auch in Holland große Überschwemmung anrichtet. Das Schlimmste ist, daß jede Kooperation zwischen Göring und Brauchitsch fehlt. Ersterer mag Brauchitsch nicht und dieser, wie fast alle Generäle, mißtraut Görings Charakter in höchstem Grade. Dagegen steht Brauchitsch scheinbar ähnlich wie viele andere unter Hitlers Zauber. Goerdeler erzählte, daß Halder folgende Gründe für das Gehorchen angeführt habe: 1. Ludendorff habe 1918 auch eine Verzweiflungsaktion gemacht, ohne daß das sein Bild in der Geschichte getrübt habe. Man traut seinen Ohren nicht. Was schert uns das Bild eines Generals in der Geschichte! Außerdem ist es getrübt worden, und vor allem: die Sache ist schief gegangen! 2. Es sei kein großer Mann da. Solch ein Mann kann sich erst durch die Tat zeigen, und fehlt er, so hilft es auch nichts. Deswegen kann man nicht ein Verbrechen geschehen lassen, das Deutschland ins Unglück stürzt. Denn selbst wenn wir siegen, so muß es ein Pyrrhussieg werden, ganz abgesehen von der inneren Zerstörung und Demoralisation, der endlich ein Ziel gesetzt werden muß, und von den maßlosen Schweinereien in Polen, die den deutschen Namen mit Schande bedecken und für die die Armee mit verantwortlich bleibt.

ULRICH VON HASSELL

Botschafter, geb. 12. 11. 1881, gest. 8. 9. 1944. Mit BECK, POPITZ und JESSEN in Vorarbeiten für eine deutsche und europäische Wiedergeburt verbunden, trieb VON HASSELL wie GOERDELER unermüdlich zum Handeln. Seine Beziehungen zu den „Kreisauern", seine Verbindung mit LEUSCHNER und das ihm von der jüngeren Generation entgegengebrachte Vertrauen ließen viele Verknüpfungsfäden über ihn laufen. HASSELL galt als die führende Persönlichkeit bei den außenpolitischen Plänen der deutschen Opposition gegen HITLER; er verfügte über weitreichende Beziehungen und ein sich stetig vermehrendes Kapital an Vertrauen im In- und Ausland.

Keitel glaubt allerdings, gerade wenn wir in Belgien und Holland einmarschierten, würde Italien mit uns gehen; Pariani, der abgesägt worden ist, habe ihm so etwas geschrieben. Ich bin anderer Ansicht. Ganz besonders, nachdem die Russen jetzt unter unserer Billigung Finnland, das wir einst von ihnen befreien halfen, überfallen haben (29. 11. 39). Vor der Welt stehen wir jetzt in dieser Bruderschaft als Räuberbanden en gros da. 3. Man müßte Hitler doch diese letzte (sic!) Chance lassen, das deutsche Volk aus der Helotenknechtschaft des englischen Kapitalismus zu erlösen. Man sieht, wie die Propaganda auf die ahnungslosen Deutschen gewirkt hat. Sie sollen jetzt „Realpolitiker" sein, weil sie zu sehr „Gefühlspolitiker" waren. Genau wie der Offizier, der 1918 ausschied, Kaufmann wurde, und nun glaubte, er müsse betrügen, nachdem er vorher keine Stecknadel entwendet hat; so meinen wir jetzt, Realpolitik bedeute, sich über alle Bindungen und Grundsätze hinwegsetzen und merken nicht, daß wir uns damit selbst unsere eigenen Grundlagen zerstören. 4. Wenn man die Nase am Feind habe, könne man nicht rebellieren. — Aber nicht die Armee steht im Zeitalter des totalen Krieges am Feinde, sondern das ganze Volk, und es handelt sich darum, ob dieses zugrunde gehen soll oder nicht. 5. Die Stimmung sei noch nicht reif. (Übrigens interessant, daß die Führer des Heeres immer so argumentieren.) Darin ist etwas Wahres. Aber kann man darauf warten, wenn es um das Ganze geht? Natürlich wäre es theoretisch besser, noch etwas zu warten, aber praktisch kann man es nicht. 6. Man sei der jungen Offiziere nicht sicher. Das mag zum Teil zutreffen. Aber, wenn die Generäle einig sind und mit der richtigen Parole operieren, so gehorchen Heer und Volk.

Die Frage, die ich mit Goerdeler, dann abends mit Wilmowsky besprach, ist: 1. ob man noch etwas tun kann, um die Generäle zu beeinflussen? 2. Wie man, ohne die taktische Stellung Deutschlands zu verschlechtern, den Generälen eine gewisse Sicherheit verschaffen kann, daß man jetzt noch einen anständigen Frieden bekäme, nach dem Durchmarsch aber nicht mehr.

Goerdeler war, wie gesagt, ziemlich pessimistisch. Es scheint, daß Hitler drei Stunden lang vor den Generälen (Donnerstag, den 25. 11.) mit wilder, advokatorischer Suada gesprochen und auf die harmlosen Soldaten Eindruck gemacht hat, während die klügeren den Eindruck eines tobsüchtigen Dschingis-Khan hatten. Hitler hat ungefähr gesagt: Humanität sei eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Neutralität sei kein Gegenstand. Wenn er bei dem Unternehmen zugrunde gehe, so müsse eben Deutschland mit ihm in den Abgrund stürzen.

...

30. 12. 39. Ich traf am 27. früh mit anderthalb Stunden Verspätung in Berlin ein und suchte zunächst Popitz auf. Er beurteilte die Lage wesentlich optimistischer als das letztemal, weil das Terrorregime der SS im Osten und die Anmaßung dieser Leute gegenüber der Armee doch allmählich den Soldaten die Augen über diese deutsche Schande und über diesen Räuberstaat im Staate öffne. Auch im Westen sei die SS zur Erbitterung der Armee schon wieder hinter ihr aufmarschiert, um alsbald Holland und Belgien in die Hand zu nehmen. Es scheint, daß Hitler angeordnet hat, dort solle — im Gegensatz zu Polen — die vollziehende Gewalt dem Militär verbleiben. Aber auf diese Erklärungen und vor allem ihre Dauerhaftigkeit verläßt sich niemand mehr. Popitz schildert die Lage etwa wie folgt: In der hohen Generalität habe man Brauchitsch abgeschrieben. Der Gedanke sei jetzt der, daß man einige Divisionen „auf dem Wege vom Westen nach Osten" in Berlin haltmachen lasse. Dann solle Witzleben in Berlin auftreten und die SS ausheben. Beck werde auf Grund dieser Aktion nach Zossen fahren und aus Brauchitschs

schwacher Hand den Oberbefehl übernehmen. HITLER solle mit ärztlichem Gutachten für regierungsunfähig erklärt und verwahrt werden. Dann Aufruf an das Volk mit der Parole: Vereitelung weiterer Greuel der SS, Wiederherstellung von Anstand und christlicher Sittlichkeit, Fortführung des Krieges, aber Friedensbereitschaft auf vernünftiger Basis.

...

Berlin vom 24. bis 27. 5. 40

...

Man muß jetzt mit einer Neugestaltung Europas im Hitler-Sinne rechnen, äußerlich durch einen, seinen weiten Zielen entsprechenden Frieden: man bereitet schon das Auslöschen des Westfälischen Friedens in Münster und Osnabrück vor, wobei noch offen ist, ob die völlige Entmachtung Frankreichs bei einer gewissen Duldung Englands Übersee, wie es jetzt scheint, die Parole bleibt, oder doch schließlich der Hauptnachdruck auf die Zerstörung des britischen Weltreichs gelegt wird. Innerlich durch das zur Herrschaftkommen des Sozialismus in Hitlerscher Form, Zerbrechen der Oberschichten, Verwandlung der Kirchen in bedeutungslose Sekten usw. Da dem Nationalsozialismus, so wie er geworden ist, jede Seele fehlt und sein eigentliches Bekenntnis „die Gewalt ist", so werden wir eine entgötterte Natur, ein entseeltes kulturloses Deutschland und vielleicht Europa bekommen, gewissenlos und roh.

...

24. 6. 40 ...

Ich fand den nach dem Einfall in Belgien/Holland so kritisch gewordenen Y. am 16. völlig erschüttert durch die gewaltigen militärischen Erfolge; politisch äußerte er sich nicht; Z. dagegen war offenbar vom religiösen Standpunkt aus geneigt, zu glauben, daß ein Mann solcher Erfolge ein Mann mit Gott sein müsse. — Ich bin überzeugt, daß allerdings HITLER und in ganz anderer Weise GÖRING ein ausschlaggebendes Verdienst an diesen Erfolgen haben, obschon die Leistung der militärischen Führung, die vom alten Heere her dem neuen vererbte Qualität und die Verdienste der Leute von GESSLER, SEECKT bis zu BECK und FRITSCH in schamloser Weise unterschlagen werden. Niemand kann die Größe des von HITLER erreichten Erfolges bestreiten. Aber das ändert nichts am inneren Charakter seiner Taten und den grauenhaften Gefahren, denen nun alle höheren Werte ausgesetzt sind.

Ein dämonischer Spartakus kann nur zerstörend wirken, wenn nicht noch rechtzeitig die Gegenwirkung eintritt. Man könnte verzweifeln unter der Last der Tragik, sich an den Erfolgen nicht freuen zu können. Dabei herrscht bei der Masse eine erstaunlich stumpfsinnige Gleichgültigkeit, nachdem auf ihr seit sieben Jahren im Lautsprecherton herumgepaukt worden ist.

...

Ebenhausen, 21. 12. 41 (Fortsetzung).

Am meisten während der letzten Wochen beschäftigt und beunruhigt haben mich zahlreiche Besprechungen über die Grundfragen eines Systemwechsels. Eine Hauptschwierigkeit liegt immer in dem sanguinischen, die Dinge im gewünschten Lichte sehenden und in mancher Weise wirklich „reaktionären" Pfaff (GOERDELER), der sonst glänzende Eigenschaften hat. Trotzdem waren wir schließlich in den Hauptpunkten einig.

...

Ebenhausen, 26. 11. 42

Weiterer Barometersturz. Stalingrad fängt an, eine Rolle wie Verdun zu spielen. Die **Aussicht** auf einen neuen Winterfeldzug mit stark angeschlagenen und mit großen Schwierigkeiten kämpfenden Gegnern wird immer positiver. Dazu steigende Schwere der Luftangriffe, jetzt auch in München.

...

... von der angeblichen Volksstimmung als solcher (Wut gegen HITLER) ist gar nichts zu hoffen. Wir sind die sonderbarste Mischung von Helden und Sklaven. Das letztere bezieht sich vor allem auf die Generäle, die es in geradezu fabelhafter Weise fertiggebracht haben, ihre Autorität vor allem HITLER gegenüber auf Null zu reduzieren. Nach den Mißerfolgen im Osten hat er wieder wie ein Wilder getobt, denn wenn es nämlich schiefgeht, führt nicht „der genialste Feldherr aller Zeiten", sondern: „die Generäle". SAUERBRUCH, der ihn neulich besuchte, fand ihn alt und zusammengesunken; er habe im Gespräch zusammenhanglose, merkwürdige Dinge dazwischengemurmelt (wie: „Ich muß nach Indien gehen", oder: „Für einen getöteten Deutschen müssen zehn Feinde sterben"). SAUERBRUCH meinte, er sei jetzt unzweifelhaft verrückt.

...

Ebenhausen, 31. 12. 42

Der letzte Tag eines Jahres, das mit Unerbittlichkeit die deutsche Lage mehr und mehr verschlechterte. Hat je ein Mann in der Geschichte eine so furchtbare Verantwortung so leichtfertig übernommen, je ein Volk sich stumpfer gefügt?

...

Berlin, 22. 1. 43

Wenn die Josephs (Generäle) den Ehrgeiz haben, mit ihrem Eingreifen so lange zu warten, bis klar ersichtlich sei, daß uns der Gefreite in den Abgrund führt, so hat sich dieser, ihr Traum erfüllt. Das Schlimmste ist nur, daß auch unsere sichere Voraussicht sich bestätigt hat, es werde dann zu spät und jedes neue Regime eine Liquidationskommission sein. Man kann wohl noch nicht sicher sagen, daß der Krieg verloren ist, bestimmt aber, daß er nicht gewonnen werden kann und daß die Aussicht, die Gegenseite zu einem annehmbaren Frieden zu bringen, nur noch herzlich gering ist. Die Folge ist, daß die Erkenntnis bei den Josephs (Generälen), es müsse schleunigst etwas geschehen, stark zugenommen hat, gleichzeitig aber auch die Schwäche der inneren und äußeren Front.

...

Ebenhausen, 6. 3. 43

Die zu Beginn meiner letzten Aufzeichnungen erwähnte schwere Krise hat leider nicht **das** berühmte und bitter notwendige, sehnlich erhoffte reinigende Gewitter, nämlich den **Systemwechsel**, gebracht, der allein uns noch wenigstens eine Möglichkeit eines erträglichen Friedens, einer inneren Gesundung und einer Genesung Europas bringen könnte. **Alle Bemühungen**, den Leuten Eisen ins Blut zu gießen, die mit ihrem Machtinstrument **eine halb** wahnsinnige, halb verbrecherische Politik stützen, blieben vergeblich. Dabei **hätten allein** schon die militärischen Ereignisse, d. h. die verantwortungslose Führung **durch diesen** größenwahnsinnigen, leichtfertigen Gefreiten ihnen den letzten Stoß geben **müssen, wenn** schon die innere Zersetzung und Zerstörung nicht dazu genügten.

...

Ebenhausen, 20. 4. 43

...

Je länger der Krieg dauert, desto geringer wird meine Meinung von den Generälen. Sie haben wohl technisches Können und physischen Mut, aber wenig Zivilcourage, gar keinen Überblick oder Weltblick und keinerlei innere, auf wirklicher Kultur beruhende geistige Selbständigkeit und Widerstandskraft, daher sind sie einem Manne wie HITLER völlig unterlegen und ausgeliefert. Der Mehrzahl von ihnen sind außerdem die Karriere in niedrigem Sinne, die Dotationen und der Feldmarschallstab wichtiger als die großen, auf dem Spiel stehenden Gesichtspunkte und sittlichen Werte. Alle, auf die man gehofft hatte, versagen, und zwar insofern in besonders elender Weise, als sie alles, was ihnen gesagt wird, zugeben und sich auf die tollsten Gespräche einlassen, aber den Mut für die Tat nicht aufbringen.

...

Ebenhausen, 9. 6. 43

Dieser Staat entwickelt sich immer mehr zu einem unsittlichen und bankrotten Unternehmen, unter der Führung eines verantwortungslosen Spielers, der selbst kaum noch als geistig normal bezeichnet werden kann und von Gesindel umgeben ist. Und so rollen wir dem Abgrund entgegen, kein „Feldmarschall" handelt so, wie es ihm eine höhere Pflichtauffassung gebieten würde; ja, wenn schon diese ihn nicht erfüllt, dann das nackte Interesse der Soldaten an ihrer Zukunft und der einfache militärische Gesichtspunkt der Kriegführung.

...

Ebenhausen, 20. 7. 43

Gespräch mit DIETER über die Außenpolitik HITLERS vor und nach Kriegsausbruch. Ich entwickelte folgende Gedanken: die „innere" Grundlage des ganzen Unheils bildet eine mit völliger Unkenntnis der Welt verbundene hybrisartige Maßlosigkeit. Ihr verderbliches Mittel hat die Politik gebildet, die durch Bilden eines militärischen Blocks mit Italien und Japan die Teilung der Welt in zwei Lager herbeiführte — zudem bei für Deutschland ungünstigen Kräfteverhältnissen. — Die Peripetie, d. h. der entscheidende Wendepunkt zur kriegerischen Entladung liegt in der Besetzung von Prag. Alle vorherigen Aktionen, vor allem den „Anschluß" und die Einverleibung von Sudetendeutschland hatte die Welt hingenommen. „München" bedeutete, daß man diese Ergebnisse „schluckte", aber mit dem festen Willen, weiteres deutsches Ausgreifen nicht mehr kampflos zu dulden. Es fehlt jede Unterlage für HITLERS Behauptung, England sei nach München entschlossen gewesen, Deutschland anzugreifen, sobald es stark genug dazu wäre. Der englische Entschluß ging vielmehr dahin, belehrt durch die bisherigen Ereignisse und mißtrauisch gegenüber Hitlerschen Versicherungen, sich militärisch so instandzusetzen, um einer abermaligen Aktion HITLERS Widerstand zu leisten. Dabei ist höchst wahrscheinlich, daß bei geschickter deutscher Politik England eine Beseitigung des Korridors im geeigneten Augenblick nicht verhindert hätte.

...

So eröffneten diese Männer den Krieg gegen Polen, mit verbrecherischem Leichtsinn das Risiko des Eingreifens der Westmächte in Kauf nehmend, die Kräfteverhältnisse völlig verkennend und vor allem ohne jede Vorstellung von der Bedeutung des Faktors „See". Die erforderliche Sicherheit glaubten sie durch den Vertrag mit Rußland geschaffen zu haben, obwohl sie selbst diesen Schritt mit den Hintergedanken taten, die 1941 klar ersichtlich wurden. Für die Behauptung, daß Rußland angreifen wollte oder angegriffen

käme, fehlt jede Grundlage. Hier handelt es sich um das unheilvollste Beispiel des von Bismarck verworfenen Präventivkrieges. Ist Deutschland 1914 in den Zweifrontenkrieg „hineingestolpert", so hat Hitler ihn 1941 mutwillig herbeigeführt. Rußland hatte einem intakten Deutschland gegenüber nur ein Gefühl, nämlich Furcht. Es ist ausgeschlossen, daß es Deutschland angegriffen hätte, solange Deutschland eine ungebrochene Wehrmacht besaß.

Ebenhausen, 27. 12. 43

Aber wichtiger als alles dies war die Tatsache, daß in der Woche vor Weihnachten nach allen Versicherungen zum ersten Mal die reale Aussicht bestand, zum Ziele zu kommen. Wie oft hat man das behauptet, und mein Glaube war gering genug. Aber die Behauptungen ernster Leute klangen so überzeugt und überzeugend, daß ich wirklich anfing, die Sache ernst zu nehmen. Wenige Tage vor meiner Abreise kam dann der Rückschlag: „Auf Januar vertagt." Grund: „Weil Hitler verduftet war." In den entscheidenden Tagen war Pfaff (Goerdeler) wiederholt bei mir und nach dem „Abblasen" in begreiflicher Wut: Die Josephs (Generäle) würden sich nie entschließen, sondern es erst zur vollen Katastrophe kommen lassen. Nach zweitägigem vergeblichem Warten mit Wuffi hatte ich am 15. 12. 43 ein langes, befriedigendes Gespräch mit Neffe Sophies (Schwerin), der mir wieder sehr gut gefiel und sehr aktiv ist.

...

Ebenhausen, 10. 7. 44

Die Katastrophe zeichnet sich immer deutlicher am Horizonte ab. Bisher sprachen alle Anzeichen noch für eine ziemlich lange Dauer, aber jetzt mehren sich doch die Momente, die ein baldiges Ende als möglich erscheinen lassen. Darauf deuten erstens die Zeichen der Auflösung, die sich bei den für unsere Heerführung und augenscheinlich auch für die Russen selbst überraschenden Erfolgen der letzteren zwischen Dünaburg und Kowel in unseren Truppen gezeigt haben; in Ostpreußen flüchtende deutsche Soldaten, drei kommandierende Generäle sich aufopfernd, gefallen; ein Tempo des Rückzugs, das 1918 nicht erreicht wurde. Zweitens fällt in diese Waagschale die sich immer furchtbarer auswirkende hoffnungslose Unterlegenheit in der Luft, drittens der steigende Materialmangel, vor allem an Treibstoff. „V 1" hat offenbar erhebliche Wirkungen, aber sicher keine entscheidenden, und wenn „V" mit höheren Nummern mehr erzielen, so werden diese Waffen als Verzweiflungsschritte zu bewerten sein, die den schon entsetzlichen Krieg noch furchtbarer gestalten, aber jede vernünftige Friedensaussicht zerstören und unsere Katastrophe höchstens hinausschieben, d. h. verschlimmern.

Nach dem 20. Juli 1944

von Wolf Ulrich v. Hassell

Am 13. Juli 1944 schrieb mein Vater die letzten Worte in sein Tagebuch. München war durch Luftangriffe dieser Tage vom Zugverkehr abgeschnitten, trotzdem wollte mein Vater unbedingt nach Berlin; denn wieder schwebte eine „Aktion". Es gelang ihm auf Umwegen, nach Norden zu fahren. Am 16. Juli erreichte er endlich unsere gemeinsame Wohnung in Potsdam.

Nachdem das Scheitern des Attentates vom 20. Juli 1944 feststand, war sich mein Vater klar, daß die letzte Hoffnung auf Umsturz verraucht, das deutsche Verhängnis nicht mehr aufzuhalten sei. So wollte auch mein Vater seinem Schicksal nicht ausweichen. Äußerlich unbekümmert führte er sein tägliches Leben weiter.

Am 24. Juli stieß er durch einen Zufall im Grunewald auf den eine Möglichkeit zur Flucht erwartenden GISEVIUS. Mir berichtete er nachher von diesem merkwürdigen Treffen. GISEVIUS sei durch das Scheitern dieses letzten Umsturzversuches von Bitterkeit erfüllt und tief niedergeschlagen gewesen. Er habe Beschwerde dagegen geführt, daß man ihn und seine besonderen Freunde in der Schlußphase der Vorbereitungen und zukünftigen Planung ausgeschaltet hätte. Mein Vater sah vor allem die Tat, die der Welt wenigstens noch in letzter Sekunde den Kampf des anderen Deutschland offenbart hatte. Es bedrückte ihn, daß nun schon so früh Vorwürfe in den Vordergrund zu treten drohten.

Finanzminister POPITZ war bereits am Morgen des 21. Juli 1944 verhaftet worden. Mein Bruder rief am gleichen und am folgenden Tage besorgt an. Am 26. Juli 1944 gelang es ihm, nach Berlin zu kommen, unseren Vater noch einmal zu sehen. Wie in vergangenen Zeiten haben wir zu dritt im Adlon gegessen. Zwei Tage später, am 28. Juli 1944, wurde mein Vater morgens in seinem Büro verhaftet. Kurz vorher hatte ich aus Potsdam eine Warnung erhalten und konnte meinen Vater verständigen, daß die Stunde geschlagen hatte. Er empfing die Gestapo sitzend an seinem Schreibtisch . . .

3. FRIEDENSPLAN GOERDELERS, ZUR ÜBERMITTLUNG AN DIE BRITISCHE REGIERUNG BESTIMMT, VOM 30. MAI 1941

Eine Gruppe deutscher Persönlichkeiten, der führende Männer aller Lebensgebiete angehören, ist bereit, die Verantwortung für die Bildung einer Regierung zu übernehmen, die zu gegebener Zeit die Bestätigung durch eine freie Willensäußerung des deutschen Volkes nachsuchen würde. Alle diesbezüglichen Schritte würden ausschließlich innerdeutschen Charakter haben. Die maßgebenden Persönlichkeiten wünschen indessen schon jetzt, Klarheit darüber zu gewinnen, ob alsbald nach erfolgter Einsetzung einer solchen, den Nationalsozialismus ablehnenden Regierung gemäß früheren Versicherungen der britischen Regierung Friedensverhandlungen aufgenommen werden können.

Folgende von der deutschen Gruppe verfolgten Friedensziele werden als Grundlage von Verhandlungen vorgeschlagen:

1. Wiederherstellung der vollen Souveränität der während des Krieges von den Kriegsparteien besetzten neutralen Länder.

2. Bestätigung der vor dem Kriege erfolgten Anschlüsse von Österreich, Sudetenland, Memelland an Deutschland.

3. Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1914 gegenüber Belgien, Frankreich, Polen.

4. Festsetzung der europäischen Ländergrenzen auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechtes durch eine Friedenskonferenz sämtlicher Staaten.

5. Rückgabe der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Kolonialgebiete unter gleichzeitiger Einrichtung eines internationalen Mandatarsystems für alle Kolonien.

6. Keine Kriegsentschädigungen, gemeinsamer Wiederaufbau.

7. Abbau der Zollgrenzen.

8. Einsetzung eines mit Vollmachten versehenen Weltwirtschaftsrates.

9. Internationale Kontrolle der Währungen.

10. Wiederaufnahme der Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes.

11. Wiederherstellung des Rechtes, Bestrafung der Schuldigen.

12. Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

13. Begründung einer regelmäßigen Konferenz der europäischen Staaten und entsprechender Zusammenschlüsse auf regionaler Basis.

14. Allgemeine Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen.

15. Internationale Kontrolle der Rüstungen und der Rüstungsindustrien.

(GERHARD RITTER: KARL GOERDELER, Stuttgart 1954, S. 569)

4. GOERDELERS ERKLÄRUNG ZUR ATLANTIK-CHARTA

(Aus Kaltenbrunner-Bericht vom 16. 8. 44, Anlage 1)

Der Friede muß ein beständiger sein. Das kann er nur, wenn er den Völkern Selbständigkeit und Ehre läßt und ihnen ermöglicht, die Schäden des Krieges zu heilen, die Schulden durch Arbeit abzutragen und dann wieder Wohlstand durch Leistung aufzubauen. Dazu ist notwendig, daß er die seelischen, die geistigen und die materiellen Kräfte der Menschen zu harmonischer Entfaltung kommen läßt. Unerläßliche Grundlage ist Zusammenarbeit in christlicher Hilfsbereitschaft.

Besonderheiten:

1. In Deutschland sind Recht und Anstand wiederherzustellen. Alle diejenigen, die Verbrechen und Vergehen begangen haben, werden vom deutschen Volk nach den Vorschriften des Gesetzes ohne Ausnahme zur Verantwortung gezogen. Leider ist vieles von dem, was geschehen ist, nicht zu sühnen. Das deutsche Volk ist in Unkenntnis darüber gehalten. Wenn es dies alles erfährt, wird es als selbstverständliche Pflicht erachten, Leiden zu lindern. Den Schmerz, seinen Namen für immer schwer mit furchtbaren Begebenheiten, mit dem Mißbrauch edelster Gefühle belastet zu sehen, wird es durch die Geschichte tragen müssen. Es wird einer Verbindung von Strenge und Geduld bedürfen, um trotz dieser Belastung dem deutschen Volk wieder ein harmonisches Maß von Selbstachtung und Bescheidenheit zu geben.

2. Die angerichteten Kriegsschäden wird grundsätzlich jedes Volk selbst tragen müssen. Aber Deutschland wird jedem Gedanken eines gemeinschaftlichen Wiederaufbaues zustimmen und seine Kräfte gern zu besonderen Leistungen zur Verfügung stellen, wenn es gilt, dem hohen Ziel eines wirklich beständigen Friedens und einer ewigen Zusammenarbeit zuzustreben.

3. Die nationalen Wirtschaften sind möglichst von allen Fesseln zu befreien. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen. Die staatlichen Plan- und Zwangswirtschaften können nur allmählich abgebaut werden, bis die Knappheit an Nahrungsmitteln und Rohstoffen überwunden und die Demobilmachungen entsprechend fortgeschritten sind.

4. In Deutschland wird sich der Staat ganz von aktiver Betätigung am Wirtschaften zurückziehen und Wirtschaften den Menschen, ihrem Lebenswillen und ihrer Unternehmungslust überlassen. Der Staat wird dem Wirtschaften der Menschen nur eine sichere Grundlage geben in gesichertem Recht, in der Fernhaltung des Wettbewerbes von Unlauterkeit, in Pflege des Anstandes und nicht zuletzt dadurch, daß er in den öffentlichen

Finanzen so schnell wie möglich echten Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen erreicht und gewährleistet. Diese letztere Maßnahme ist der entscheidende Beitrag, den der Staat der Wirtschaft des eigenen Volkes und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern liefern kann. Ohne diesen Ausgleich sind geordnete und stabile Währungen nicht denkbar. Auch aus diesem Grunde sind in Europa die Staaten in voller Selbständigkeit wiederherzustellen, wie sie bei Ausbruch des Krieges bestanden haben mit folgenden Ausnahmen:

a) Die Grenze zwischen Ungarn und Rumänien muß neu festgesetzt werden. Der Wiener Schiedsspruch hat eine Karikatur geschaffen, jedenfalls keine Befriedigung. Im Interesse des Siebenbürger Deutschtums liegt es, wenn ganz Siebenbürgen zu einem Staat gehörte. Da die Rumänen im Gegensatz zu den Magyaren deutsches Volkstum geachtet haben, ziehen die Deutschen die Eingliederung in Rumänien vor, falls nicht eine bessere Lösung sich ergibt. Falls England den Wunsch hat, diese Grenzverhältnisse allein zu regeln, ist Deutschland damit durchaus einverstanden.

b) Bulgarien wird die Süd-Dobrudscha und der für Griechenland zweifelhafte Teil mit Kavalla und Bedeagadsch belassen, Saloniki wird wieder griechisch.

c) Möglichst Personalunion von Albanien mit Griechenland oder Jugoslawien bei Autonomie im inneren Verhältnis.

d) Autonomie der Kroaten im jugoslawischen Staatsverband.

e) Selbstbestimmung der Slovenen, ob sie selbständig werden oder sich einem anderen Staate autonom anschließen wollen.

f) Deutschland wird im Osten die Grenzen von etwa 1914 erhalten. Polen und Litauen werden als Bundesstaat vereint, aber mit Innenautonomie und gemeinsamem Zugang zum Meer.

g) Die Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland werden der Sprachlinie entlang in Elsaß-Lothringen festgesetzt. Der größere Teil des Elsaß käme also zu Deutschland, ein unerheblicher Teil Lothringens zu Frankreich. Gegebenenfalls kann dieser Zustand nach 10 Jahren einer Volksabstimmung unterworfen werden.

h) Soweit Grenzveränderungen erfolgen, haben die Bewohner des betreffenden Gebietes die Freiheit, innerhalb von 10 Jahren in das Gebiet eines anderen Staates zu ziehen. Sie müssen voll entschädigt werden. Es herrscht absolute Freiheit der Entschließung. Das Verfahren ist mit den besten Mitteln auf Großzügigkeit und Anstand abzustellen. Gegen eine internationale Kontrolle des Verfahrens ist nichts einzuwenden. Wird aber der Frieden wirklich ein gerechter, so werden nach 10 Jahren diese Grenzen nicht mehr als drückend empfunden werden, denn die europäischen Völker werden zueinander streben und miteinander zu arbeiten gelernt haben.

i) Der Grundsatz der Selbständigkeit gilt insbesondere für Polen und die Tschechoslowakei. Sie sollen und mögen sich vollkommen frei entscheiden, ob sie mit irgendwelchen anderen Staaten wirtschaftliche Verflechtungen eingehen wollen. Den Polen bei dem Wiederaufbau ihres Landes zu helfen, wird Deutschland nach dem, was geschehen ist, sich freiwillig erbieten und es mit der Hilfsbereitschaft bitter ernst nehmen. Nur so besteht die Möglichkeit, einen Teil des menschlichen Unrechts wieder gutzumachen, das dort abseits der Kriegsnotwendigkeiten geschehen ist.

k) Italien tritt das rein deutsche Südtirol etwa bis zur Linie Bozen—Meran an Deutschland ab.

l) Für die Behandlung der Kolonialfrage sind im Augenblick keine Einzelvorschläge zu machen. Man muß sie in Ruhe am runden Tisch besprechen und kann einstweilen nur feststellen, daß es nicht weise ist, Deutschland von jeder kolonialen Betätigung auszuschließen. Bleibt es also bei der Übertragung von Kolonien an einzelne europäische Mächte, so wäre zu prüfen, wo eine solche Beteiligung möglich ist. Japan muß die kolonialen Gebiete, die es besetzt hat, wieder räumen. Auf der anderen Seite wird es notwendig sein, Japan irgend eine Betätigungsmöglichkeit friedlicher Art in Ostasien zu ermöglichen, wenn man nicht sehr bald wieder zu neuen Spannungen kommen will.

5. Die so wiederhergestellten europäischen Staaten haben vollkommene Souveränität. Deutschland wird diesen Zustand so schnell wie möglich aus freien Stücken herstellen, indem es zunächst aus den besetzten Gebieten alles herauszieht, was nicht Militär ist. Gleichzeitig werden die besetzten Staaten gebeten werden, ihre nationalen Regierungen wieder einzusetzen. Sodann wird mit diesen vereinbart werden, in welchem Tempo die Wiederherstellung der Verwaltung und die Räumung der Gebiete von deutschen Truppen erfolgt. Das hat zur Voraussetzung, daß im Vertrauen auf besten Willen die angelsächsischen Großmächte während dieses Zeitraumes keine militärischen Operationen unternehmen.

Die nächste Aufgabe des Staates ist dann, seine öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Auch hierzu ist Zusammenarbeit unerläßlich.

6. Für diese Zusammenarbeit kann ein bis in Einzelheiten ausgearbeiteter Plan nicht vorgelegt werden. Der Pariser Konferenz lagen im Jahre 1919 insbesondere französische Einzelpläne vor. Das hat sich nicht bewährt. Haltbar wird nur ein Zustand, der sich organisch entwickelt. Es wird daher vorgeschlagen, sofort einen europäische Kriege ausschließenden Schiedsvertrag abzuschließen und einen ständig tagenden europäischen Wirtschaftsrat zu bilden. Er kann verschiedene Abteilungen für die einzelnen Sachgebiete haben. Hauptsache ist, daß er ständig tagt. Der Sitz wird im Hinblick auf Geschäftsräume und Archive ein dauernder sein müssen. Einzelne Tagungen können aber an verschiedenen Orten stattfinden. Über den Vorsitz ist unschwer eine Verständigung möglich. Für Deutschland scheiden jedenfalls Prestigefragen dabei aus. Dieser Wirtschaftsrat hat folgende Aufgaben:

a) die Verkehrsschwierigkeiten beim Übergang zwischen den einzelnen Ländern so schnell wie möglich abzubauen, insbesondere alle Ordnungsvorschriften zu vereinfachen. Ziel muß sein, sobald wie möglich ohne Paß wieder durch ganz Europa reisen zu können;

b) die Zollschranken allmählich abzubauen. Schlagartig ist die Beseitigung der Zollschranken nicht möglich, wenn nicht schwere wirtschaftliche Schäden fast in jedem Lande eintreten sollten.

c) Anbahnung einheitlicher Verkehrsbestimmungen auf der Grundlage der Welt-Post-Union und der Vereinbarungen für Eisenbahn, Schiffahrt usw.

d) Angleichung des Handelsrechts, des Wechselrechts und schließlich des Bürgerlichen Rechts aneinander so weit wie möglich.

e) Unterstützung der Zusammenarbeit aller Bestrebungen, die der wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Annäherung dienen, ohne neue Organisationen, in Ausnutzung der vorhandenen nationalen Organisationen.

So wird der ständig tagende Wirtschaftsrat allmählich das herbeiführen, was im voraus in Einzelplänen festzusetzen unzweckmäßig, ja unmöglich ist. Am Ende der Entwicklung könnte der europäische Staatenbund stehen, in dem die erfolgreiche wirtschaftliche

Zusammenarbeit auch der politischen Zusammenarbeit die Grundlage schafft. Wie dieser politische Bund einst aussehen wird, läßt sich nicht sagen, er wird kaum den Vereinigten Staaten von Amerika gleichkommen, weil es an der einheitlichen Sprache fehlt und die geschichtlichen Entwicklungsphasen der einzelnen Staaten zu verschieden sind. Doch soll hier keine ideologische Grenze für die Vereinigung gesetzt werden.

7. Während der Zusammenarbeit im Wirtschaftsrat werden folgende Probleme auftauchen:

a) Abrüstung: Ein sehr schwieriges Kapitel. Die Hauptabrüstung erfolgt dadurch, daß alle Staaten aus Eigeninteresse sich genötigt sehen, ihre öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. Deutschland beispielsweise wird dann von einer jetzigen Jahresausgabe von rund 75 Milliarden für Wehrmachtszwecke auf eine solche von 4 Milliarden höchstens zurückgehen müssen. Während diesem Zustand mit äußerstem Nachdruck zugestrebt wird, kann man die Wiederherstellung des Vertrauens ausnutzen, um von Gebiet zu Gebiet zu Vereinbarungen über Rüstungen zu kommen. An dem Ende dieser Arbeit steht eine gemeinsame europäische Wehrmacht, zunächst für polizeiliche Zwecke.

b) Verhältnis Europas zu anderen Erdteilen. Hier sind im Friedensvertrag nur gewisse Grundsätze aufzustellen.

8. Hauptgrundsatz bleibt auch hier möglichst ungehinderter Wirtschaftsverkehr zwischen allen Völkern der Welt. Außer dem schnellen Abbau aller autarkischen Einrichtungen dient diesem Wirtschaftsverkehr am besten die Wiederherstellung geordneter öffentlicher Finanzen in allen Staaten; denn sie ist für stabile Währung wichtiger als Gold und überhaupt unentbehrlich, wenn die Kaufleute wieder in den Stand gesetzt werden sollen, mit verläßlichen Geldbegriffen zu arbeiten. Diese Erkenntnis sollte nun verständig ausgewertet werden. Alle Völker sollen das Recht haben, die europäischen sich verpflichten, der Bank für internationale Zahlungen alle Vierteljahre einen Bericht über den Stand der öffentlichen Finanzen vorzulegen. Die Bank für öffentliche Zahlungen stellt fest, ob die Finanzen ausgeglichen sind. Ist dies der Fall, so erteilt sie den Handelswechseln dieser ausgeglichenen Staaten ihre Unterschrift und macht sie damit weltverkehrsfähig. Ist der Ausgleich nicht nachgewiesen, so hat die Bank für Internationale Zahlungen ihre Unterschrift zu verweigern. Es hat somit jeder beteiligte Staat ein Lebensinteresse daran, seine Finanzen auszugleichen, damit den Bestand der Währung zu sichern und zu diesem Zwecke seine Rüstungsausgaben aufs äußerste zu beschränken.

9. Errichtung einer neuen Völkervereinigung für alle Völker der Welt, die deren Teilnahme wünschen. Der alte Völkerbund hatte den Fehler, daß er seine Ziele zu weit setzte und keine Exekutivgewalt zu ihrer Durchsetzung besaß. Alleiniges Ziel: Förderung der Zusammenarbeit und des Vertrauens. Zu diesem Zweck ein ständig arbeitendes kleines Büro, an das die einzelnen Mitglieder Anregungen für die Zusammenarbeit geben und das die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten organisiert. Große Konferenzen sollen sich organisch entwickeln. Ein nach Erdteilen gegliederter Bundesrat soll jedes Jahr einmal zusammentreten. An die Bildung einer Exekutive ist überhaupt erst zu denken, wenn in Europa eine gewisse Stufe der Zusammenarbeit erreicht und für Europa eine europäische Polizeigewalt stabilisiert ist. Bis dahin ist es Aufgabe des Völkerbundes, ein Schiedsgericht und ein Schiedsverfahren zu schaffen, das berufen ist, Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den Völkern auszugleichen. Einrichtung und Verfahren müssen so elastisch wie möglich sein. Die Sicherheit, daß das Schiedsgericht angerufen und daß seine Entscheidung durchgeführt wird, kann einstweilen nur gegeben werden durch Stärkung des moralischen Bewußtseins und durch die

Güte und Weisheit des Spruchs. Nach diesen Zeiten gewaltiger seelischer, geistiger und politischer Erschütterungen wird die Bereitschaft der Völker, ein solches Friedensinstrument auszubauen und anzuwenden, so groß sein wie selten zuvor.

Dies moralische Bewußtsein kann nur wieder geschaffen werden, wenn jedes Volk die religiösen Bindungen als Grundlage sittlichen Verhaltens herstellt und wenn diese sittlichen Bindungen auch für das Gebiet der internationalen Politik als unerläßlich empfunden und geachtet werden. Wir müssen nun den großen Schritt dazu tun, den Doppelboden der Moral zu verlassen: nämlich eine Moral für den nationalen und eine für den internationalen Gebrauch als nebeneinander vertretbar zuzulassen. Das ist die Forderung, die Gott nach dem furchtbaren Erleben der letzten Jahrzehnte und insbesondere des letzten Jahrzehnts an uns stellt.

Hierauf und auf eine neue Gesinnung kommt es mehr an als auf Einzelplanungen, nur so werden gesunde organische Entwicklungen sich anbahnen und fortschreiten; nur so kann die Gefahr der Verknöcherung und Überalterung und damit die Gefahr neuer Kriege verhindert werden.

(. . . den 13. 12. 1942)
(Anm. Der Herausgeber: Die Denkschrift — wie auch Nr. 9 unten — ist nur aus dem Zeitpunkt ihres Entstehens zu verstehen. Vergleiche zu der Wandlung des Goerdelerischen Denkens grundsätzlich G. RITTER a.a.O. S. 273 „Man kann das Ganze dieser Denkschriften nicht lesen, ohne einen starken und bewegenden Eindruck davon zu erhalten, wie völlig sich GOERDELER losgelöst hatte vom Nationalismus „deutschnationaler" Parteikreise und des Alldeutschen HUGENBERG . . ."

5. MEMORANDUM DES BISCHOFS VON CHICHESTER VOM JUNI 1942 ÜBER EIN GESPRÄCH MIT PASTOR SCHÖNFELD UND DIETRICH BONHOEFFER

I

Ende Mai 1942 kamen zwei deutsche Pastoren* von Berlin nach Stockholm, um dort den Bischof von Chichester zu treffen. Sie trafen unabhängig voneinander ein, und einer von ihnen blieb nur 48 Stunden**. Der Bischof sprach mit ihnen sowohl einzeln wie auch zusammen an vier verschiedenen Tagen. Beide Männer sind dem Bischof wohlbekannt und haben viele Jahre lang im Zusammenhang mit der ökumenischen Bewegung, dem Weltkirchenrat und in verschiedenen Stadien des deutschen Kirchenkampfes mit ihm zusammengearbeitet. Einer von ihnen lebt in der Schweiz, stattet Deutschland aber beständig Besuche ab. Der andere wohnt in Berlin und ist einer der Führer der Bekennenden Kirche; er hat von der Gestapo Rede- und Predigtverbot.

Ihre Absicht war:
A. Auskunft über eine starke, organisierte Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands zu geben, welche Pläne zur Vernichtung des ganzen Hitlerregimes (einschließlich HIMMLERS, GÖRINGS, GOEBBELS und der Hauptführer der Gestapo, der SS und der SA) und zur Errichtung einer neuen deutschen Regierung aufgestellt hat, bestehend aus:

* Dr. SCHÖNFELD und Pastor BONHOEFFER.

** D. BONHOEFFER.

1. Vertretern stark anti-nationalsozialistischer Kräfte in der Armee und der zentralen Staatsverwaltung.

2. Ehemaligen Gewerkschaftsführern.

3. Vertretern der protestantischen und katholischen Kirchen;
sie verpflichten sich zu folgender Politik:

a) Verzicht auf Angriff.

b) Unverzügliche Aufhebung der Nürnberger Gesetze und Zusammenarbeit zur internationalen Lösung des jüdischen Problems.

c) Allmählicher Rückzug der deutschen Streitkräfte aus besetzten und überfallenen Ländern.

d) Zurückziehung der Unterstützung für Japan und Unterstützung der Alliierten, um den Krieg im Fernen Osten zu beenden.

e) Zusammenarbeit mit den Alliierten, um die zerstörten oder vom Krieg beschädigten Gebiete wieder aufzubauen.

B. Zu fragen, ob die Alliierten unter der Voraussetzung, daß das ganze Hitlerregime vernichtet worden ist, bereit sein würden, mit einer solchen neuen deutschen Regierung über eine Friedensregelung zu verhandeln, die folgendes vorsehen würde:

1. Die Errichtung eines Systems von Gesetz und sozialer Gerechtigkeit in Deutschland, verbunden mit einer weitgehenden Aufgabenverteilung an die einzelnen Länder.

2. Die Schaffung gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Nationen Europas, was sowohl in sich selbst gerechtfertigt wie gleichzeitig die wirksamste Garantie gegen Militarismus wäre.

3. Die Errichtung einer repräsentativen Föderation freier Nationen oder Staaten, die eine freie polnische und eine freie tschechische Nation einschlössen.

4. Die Errichtung einer europäischen Armee zur Kontrolle Europas, unter zentraler Leitung, an der die deutsche Armee teilnehmen könnte.

II

Gepräge der Opposition

Die Opposition war schon seit einiger Zeit in der Entwicklung begriffen und bestand bereits vor dem Kriege. Der Krieg gibt ihr nun eine Gelegenheit, die nur darauf wartet, ergriffen zu werden. Die Opposition kristallisierte sich im Herbst 1941 und hätte im Dezember 1941 eine Gelegenheit ergreifen können, als viele Offiziere sich weigerten, in Rußland weiterzukämpfen. Aber niemand übernahm die Führung. HITLERS letzte Rede, in der er ganz offen den Anspruch erhob, über allem Gesetz zu stehen, zeigte dem deutschen Volk immer deutlicher die völlige Gesetzlosigkeit des Regimes. Die Opposition setzt volles Vertrauen in die Stärke der deutschen Armee und ist bereit, den Krieg bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen, falls die Alliierten sich weigern sollten, mit der neuen Regierung eines von HITLER befreiten Deutschland zu unterhandeln, nach dem Umsturz des gesamten Hitlerregimes; aber sie glaubt auch, daß die Fortsetzung des Krieges in dem augenblicklichen oder noch größerem Maßstab unter derartigen Umständen noch weitere Millionen zur Vernichtung verurteilen würde, besonders in den besetzten Ländern. Sie glaubt auch, daß ein Kampf bis zur Entscheidung für Europa selbstmörderisch wäre. Daraus entspringt ihr Wunsch, zuerst HITLER und sein Regime zu vernichten und dann eine Friedensregelung zu erreichen, bei der alle Nationen Europas

wirtschaftlich untereinander abhängig werden sollen, bei der sie durch den Besitz von ausreichenden europäischen Militärstreitkräften gegen eine Aggression verteidigt und auf irgendeine Art verbündet werden sollen. Obwohl die Opposition im Hinblick auf Rußland einige Bedenken hegt, hofft sie doch (auf Grund von Eindrücken, die einige der höheren russischen Offiziere auf deutsche Offiziere gemacht haben) auf die Möglichkeit, zu einem Übereinkommen zu gelangen.

III

Organisation der Opposition

Die Opposition ist gegründet auf Glieder der Staatsverwaltung, der Staatspolizei, auf frühere Gewerkschaftsführer und hohe Offiziere der Armee. Sie hat Verbindungen in jedem Ministerium, Militärbeamte in allen größeren Städten, befehlshabende Generäle oder andere, die hohe Ämter in Schlüsselstellungen in der nächsten Umgebung der Generäle innehaben. Sie hat bewaffnete Verbindungsmänner in den Rundfunksendern, in den großen Fabriken, in den Hauptstellen der Heeresbelieferung und der Gasversorgung. Es ist unmöglich, die Zahlen der Opposition anzugeben. Die Hauptsache ist, daß überall Schlüsselstellungen in den Händen von Mitgliedern der Opposition sind, und daß in Deutschland Schlüsselstellungen von größter Wichtigkeit sind.

Folgende Namen von Männern wurden angegeben, die eng mit der Widerstandsbewegung verbunden sein sollen:

Generaloberst Beck	Leiter des Generalstabs vor der tschechoslowakischen Krise 1938, 60 Jahre alt.
Generaloberst v. Hammerstein	Leiter des Generalstabs von Beck.
Goerdeler	Ex-Preis-Kommissar, Oberbürgermeister von Leipzig, Leiter der Zivilen Front.
Leuschner	Ehemaliger Präsident der Vereinigten Gewerkschaft.
Kaiser	Leiter der Katholischen Gewerkschaft.

Alle oben Genannten sollen überzeugte Christen sein, die wichtigsten von ihnen sind Beck und Goerdeler.

Gewisse andere Personen von weniger ausgesprochen christlichem Charakter wären verfügbar, wie zum Beispiel Schacht. Die meisten der Feldmarschälle sind vertrauenswürdig, besonders von Kluge, von Bock, Küchler und möglicherweise Witzleben. Es wurde gefragt, ob England eine Monarchie in Deutschland befürworten würde, in welchem Fall Prinz Louis Ferdinand in Betracht käme. Er war von Hitler nach dem Heldentod des ältesten Sohnes des Kronprinzen aus den Vereinigten Staaten geholt worden. Er hatte als Arbeiter in den Fordwerken gearbeitet, und er lebt jetzt auf einem Gut in Ostpreußen. Er ist ein Christ, zeigt aufrichtige soziale Interessen und ist einem der beiden deutschen Pastoren bekannt. Die Leiter der protestantischen und katholischen Kirchen stehen auch in enger Beziehung zu der ganzen Widerstandsbewegung, besonders Bischof Wurm aus Württemberg (protestantisch) und Bischof von Preysing aus Berlin, der als Wortführer der katholischen Bischöfe wirkt. (Gleichzeitig sollte noch erwähnt werden, daß viele Glieder der Opposition nicht nur mit tiefer Reue über die Verbrechen erfüllt sind, die in Deutschlands Namen begangen werden, sondern sogar sagen: „Christen wollen keiner Buße und keinem Chaos ausweichen, wenn Gottes Wille sie auf mich lädt.")

IV

Handlungsweise der Opposition

Die Opposition weiß um die drohende Auflehnung gegen HITLER innerhalb der Nazi-Partei durch HIMMLER und seine Genossen; aber während ein erfolgreicher Staatsstreich HIMMLERS der Opposition von Nutzen sein könnte, ist doch die völlige Vernichtung HITLERS und HIMMLERS und des gesamten Regimes unerläßlich. Der Plan der Opposition besteht in einer Säuberungsaktion, die in der Heimat und in den besetzten Ländern so gleichzeitig wie nur möglich ausgeführt werden müßte. Danach würde eine neue Regierung aufgestellt werden. Die Opposition ist sich der Notwendigkeit einer wirksamen Polizeikontrolle überall in Deutschland und in den besetzten und überfallenen Ländern bewußt, um die neue Regierung zu sichern; und es scheint, als ob die Hilfe der alliierten Armee als Helfer zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig und willkommen sein würde, um so mehr, wenn es möglich wäre, mit der alliierten Armee die Armee einer neutralen Macht zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu verbinden.

V

Anfragen der Opposition an die Regierungen der Alliierten

Nachdem nun die Handlungsweise und die Pläne der Opposition dargelegt sind, ergibt sich die Frage, welche Unterstützung ihren Führern gegeben werden kann, um das Verfahren in Gang zu bringen und allen damit verbundenen Gefahren zu begegnen. Als Beispiele für eine Förderung werden Anfragen wie folgt gestellt:

1. Würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit einer neuen deutschen Regierung, die nach den Richtlinien von Abschnitt I, A zusammengestellt ist, auf Treu und Glauben (bona fide) für einen Frieden zu verhandeln, wie er in Abschnitt I, B beschrieben ist?

(Die Antwort darauf könnte einem Vertreter der Opposition privat durch ein neutrales Land zugestellt werden.)

2. Könnten die Alliierten jetzt der Welt öffentlich und mit den deutlichsten Worten bekanntgeben, daß, falls HITLER und das ganze Regime gestürzt wären, sie bereit sein würden, mit einer neuen deutschen Regierung im Hinblick auf eine Friedensregelung von der Art wie in Abschnitt I, B beschrieben, zu verhandeln, welche sich von jeglicher Aggression lossagte und zu einer Handlungsweise verpflichtete, wie sie in Abschnitt I, A beschrieben ist?

VI

Verbindungswege

Es wurden Abmachungen getroffen, durch die jede Reaktion einflußreicher britischer Stellen, von der der Bischof von Chichester erfahren sollte, durch einen neutralen Weg mitgeteilt werden könnte. Der britische Gesandte in Stockholm wurde ebenfalls über den Inhalt der Gespräche voll unterrichtet. Auf seinen Rat hin ließ der Bischof von Chichester die beiden deutschen Pastoren wissen, daß notwendigerweise nicht nur die amerikanischen und russischen und anderen alliierten Regierungen davon ebenfalls betroffen sein würden, sondern daß das Foreign Office auch der Ansicht sein könnte, daß die Lage viel zu ungewiß sei, um irgendeinen Meinungsaustausch zu rechtfertigen. Wenn es jedoch andererseits für wünschenswert gehalten würde, weitere Aufklärung zu erhalten, könnte in Stockholm ein vertrauliches Treffen zwischen einem deutschen Vertreter und einem Vertreter des Foreign Office oder irgendeiner anderen geeigneten Person zustande gebracht werden.

(DIETRICH BONHOEFFER: Gesammelte Schriften. Hrsg. von EBERHARD BETHGE, München 1958 ff., Bd. I, S. 488 ff.)

6. BRIEF ANTHONY EDENS VOM 17. 7. 1942 AN DEN BISCHOF VON CHICHESTER

Persönlich und privat

Foreign-Office, S.W. 1
17th July, 1942

Lieber Herr Bischof!

Als Sie mich am 30. Juni besuchten, waren Sie so freundlich, mir eine Denkschrift über Ihre Unterhaltungen mit zwei deutschen Pastoren zu überlassen, die Sie Ende Mai in Stockholm getroffen hatten, zusammen mit der Wiedergabe einer Darlegung von einem der Pastoren.

Diese interessanten Dokumente sind nun aufs genaueste durchgeprüft worden. Ohne die ehrliche Überzeugung Ihrer Berichterstatter im geringsten zu beanstanden, habe ich keinerlei Zweifel, daß es dem Interesse unserer Nation zuwiderliefe, ihnen irgendwelche Antwort zukommen zu lassen. Ich weiß wohl, daß diese Entscheidung Sie etwas enttäuschen wird, aber angesichts der heiklen und damit verbundenen Umstände kann ich nicht anders als Sie bitten, diese hinzunehmen, was Sie sicher verstehen werden.

Ihr ergebener ANTHONY EDEN

(DIETRICH BONHOEFFER: a. a. O.)

7. DER MISSLUNGENE BEFREIUNGSVERSUCH VOM 13. 3. 1943

von F. v. SCHLABRENDORFF

Als am 1. September HITLER den Krieg gegen Polen vom Zaune brach, waren drei entscheidende Voraussetzungen erfüllt, um einen Staatsstreich gegen HITLER mit Aussicht auf Erfolg unternehmen zu können:

1. Es waren Verbindungen mit zahlreichen außerdeutschen Kräften hergestellt, ein Fortschritt, der ein Zusammenspielen der in der ganzen Welt gegen den Nationalsozialismus kämpfenden Kreise in den Bereich der Möglichkeit rückte.

2. Die auf christlicher Grundlage fußende Widerstandsbewegung hatte die Verbindung zum Militär gefunden. Sie hatte damit ihre Hand nach dem Instrument ausgestreckt, durch das einzig und allein der Todesstoß gegen den Nationalsozialismus geführt werden konnte.

3. Infolge des Kriegsausbruches war das zum Handeln auserkorene Instrument des Heeres von den Friedensfesseln befreit und konnte sich entfalten ...

Die Bombe im Flugzeug explodierte nicht:

(Bis 1942 war TRESCKOW nicht untätig geblieben.) Auf der einen Seite hatte er seine Bemühungen verdoppelt, seinen Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall VON KLUGE, für den Gedanken der Beseitigung ADOLF HITLERS reif zu machen. KLUGE als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe sollte sich — so war der Grundgedanke — von Anfang an auf die Seite des Staatsstreiches stellen. Dadurch hätte er auf alle schwankenden Befehlshaber an der Front und auf das Ersatzheer einen gewaltigen Druck ausgeübt. Gleichzeitig sollte er mit der immer wieder vom Generalstab geforderten, aber von HITLER verweigerten Rücknahme der Ostfront in eine kürzere und darum besser zu verteidigende rückwärtige Stellung beginnen, ein Unternehmen, dem sich alle anderen Heeresgruppen zwangsläufig hätten anschließen müssen.

Außerdem war TRESCKOW bemüht, auch die sachliche Voraussetzung für die von ihm geplante Initialzündung zu schaffen. Diese sachliche Voraussetzung bestand in folgendem: HITLER mußte veranlaßt werden, sein Hauptquartier in Ostpreußen zu verlassen und den Stab der Heeresgruppe Mitte zu besuchen, der damals in einem Waldlager unmittelbar westlich Smolensk untergebracht war. TRESCKOW wollte HITLER auf ein ihm fremdes und uns vertrautes Parkett bringen, um vor allem dadurch die Atmosphäre zu schaffen, die der Initialzündung günstig war. Bei seinen Bemühungen kam TRESCKOW seine langjährige Bekanntschaft mit dem Chefadjutanten HITLERS, General SCHMUNDT, zustatten. SCHMUNDT war ein überzeugter Anhänger HITLERS, aber er war nicht klug genug, um zu durchschauen, daß TRESCKOWS Bitte, er möge HITLER veranlassen, KLUGE in seinem Hauptquartier zu besuchen, nur ein militärischer Vorwand war, um eine politische Tat allergrößter Tragweite in Gang zu setzen. So kam es, daß HITLER für die ersten Tage des Monats März 1943 Generalfeldmarschall VON KLUGE seinen Besuch in Smolensk in Aussicht stellte.

Vorerst blieb es bei der Ankündigung. HITLER machte es, wie so oft in solchen Fällen. E kündigte seinen Besuch an, um ihn kurz vor dem verabredeten Zeitpunkt wieder abzud sagen. So war es mehrere Male hin und her gegangen, bis HITLER am 13. März 1943 mi dem Flugzeug in Smolensk eintraf. Wäre KLUGE damals bereit gewesen, seiner richtigittel Erkenntnis folgend zu handeln, so wäre im März 1943 der Tyrann beseitigt worden. e so Einverständnis mit KLUGE wäre die Beseitigung HITLERS nicht allzu schwierig gewegabe Hatte doch die Heeresgruppe ein Kavallerieregiment aufgestellt, dessen Kommandrift FREIHERR V. BOESELAGER, zu den unseren zählte. Das Offizierkorps war entsprec ausgewählt, so daß BOESELAGER, der militärische Umsicht mit tollkühnem Draufgängertum in sich vereinigte, hätte handeln können. Aber KLUGE hatte wohl die Erkenntnis, nicht aber den Willen. Mit einem Wort: Er schwankte. Immer wieder wandte er ein, weder die Welt, noch der deutsche Soldat würden in diesem Zeitpunkt eine solche Tat verstehen. Man müsse warten, bis die Ereignisse die Beseitigung HITLERS von selbst nahelegten. Es war also nicht möglich, von Anfang an den Befehlsapparat der Heeresgruppe für das geplante Attentat einzusetzen.

Deshalb entschloß sich TRESCKOW, nicht mehr zu fackeln, sondern selbst Hand anzulegen. Wir hofften, daß nach vollzogenem Attentat KLUGE sich nicht mehr weigern, sondern — vor vollendete Tatsachen gestellt — seiner im Grunde richtigen Erkenntnis Folge geben werde. Um ihm und dem gesamten militärischen Befehlsstab ihr Handeln zu erleichtern, faßte TRESCKOW folgenden Plan: Er wollte HITLER nicht erschießen, sondern ihn mittels einer in das Flugzeug geschmuggelten Bombe während des Fluges beseitigen, um dadurch das Odium des Attentats zu vermeiden und ein Flugzeugunglück vorzutäuschen ...

Nachdem wir unsere Versuche mit Erfolg abgeschlossen hatten, betrieben wir nun die unmittelbaren Vorbereitungen selbst. Hierfür hatte TRESCKOW folgenden Plan: Wir nahmen, um der Wirkung ganz sicher zu sein, nicht einen, sondern zwei Sprengkörper, machten aus ihnen ein Paket, das seiner Form nach zwei angeblichen Kognakflaschen glich. Dabei mußten wir das Paket so anfertigen, daß es möglich war, ohne die Verpackung zu zerstören, mit der Hand den Zünder zu bedienen. Das so vorbereitete Paket nahm ich am 13. März 1943 zu mir und verschloß es in einer nur mir zugänglichen Kiste. Währenddessen fuhren KLUGE und TRESCKOW zum Flugplatz Smolensk und holten HITLER ab ...

Während des Essens sprach TRESCKOW einen der Begleiter HITLERS an und fragte ihn, ob er bereit sei, ein kleines aus zwei Flaschen Kognak bestehendes Paketchen, das an General STIEFF im Oberkommando des Heeres adressiert sei, auf dem Rückweg zum Hauptquartier mitzunehmen. Der Begleiter HITLERS bejahte. Am frühen Vormittag rief ich verabredungsgemäß den mir von OSTER bestimmten Mitarbeiter, Hauptmann GEHRE, in Berlin an und gab ihm das Stichwort, das die unmittelbar bevorstehende Initialzündung enthielt. Dieser Weg war vereinbart worden. Er lief über GEHRE zu DOHNANYI und von diesem zu OSTER. Beider Aufgabe war es, die für den zweiten Schritt unmittelbar notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Nach dem Mittagessen in Smolensk begab sich HITLER, von KLUGE und TRESCKOW begleitet, zum Flugplatz zurück. Etwa zur gleichen Zeit nahm ich die Sprengbombe und brachte sie ebenfalls zum Flugplatz. Hier wartete ich, bis HITLER die Offiziere der Heeresgruppe Mitte verabschiedet hatte und im Begriff war, sein Flugzeug zu besteigen. In diesem Augenblick betätigte ich die Zündung und gab das Paket auf einen Wink TRESCKOWS an Oberst BRANDT. Auch dieser stieg in das gleiche Flugzeug wie HITLER. Kurz darauf startete das Flugzeug HITLERS und das Flugzeug seiner weiteren Umgebung in Begleitung mehrerer Jäger in Richtung Ostpreußen. Wir fuhren in unser Quartier zurück. Von dort rief ich erneut GEHRE in Berlin an und gab ihm das weitere Stichwort, das DOHNANYI und OSTER über die Ingangsetzung der Initialzündung in Kenntnis setzte.

Es war uns bekannt, daß das Flugzeug HITLERS eine besondere Sicherung besaß. Es bestand aus mehreren abgeschlossenen Kabinen. Der Platz HITLERS war gepanzert und es gab eine Vorrichtung, mit deren Hilfe ein unmittelbarer Fallschirmabsprung möglich war.

Nach unserer Auffassung mußte die Sprengladung genügen, um das ganze Flugzeug zu zerreißen. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen, so mußte auf jeden Fall ein wesentliches Stück des Flugzeuges durch Explosion herausgerissen werden, daß es vom Himmel stürzte.

Nach den Zeitberechnungen erwarteten wir den Absturz des Flugzeuges kurz bevor es Minsk erreichen würde, und wir nahmen an, daß einer der Begleitjäger den Absturz seiner Luftwaffendienststelle melden werde. Statt dessen geschah nichts.

Nach mehr als zwei Stunden traf die Nachricht ein, HITLER sei auf dem Flugplatz Rastenburg glatt gelandet und habe sein Hauptquartier erreicht. Damit stand fest, daß das geplante Attentat mißglückt war.

7. D

Wir wußten nicht, worauf dieses Mißlingen zurückzuführen war. Erneut rief ich GEHRE an und gab ihm das Stichwort über das Mißlingen des Attentats. Dann berieten TRESCKOW und ich, was zu tun sei. Wir befanden uns in einer großen Erregung. War es schon schlimm genug, daß das Attentat selbst mißglückt war, so mußte durch die Entdeckung der Bombe unsere Entlarvung die Folge sein.

Nach reiflicher Überlegung entschloß sich TRESCKOW, Oberst BRANDT anzurufen. Er bat ihn, das Paket nicht an General STIEFF auszuhändigen, sondern es bis zum nächsten Tag aufzubewahren, da eine Verwechslung unterlaufen sei. Aus der Antwort ersahen wir, daß die als Kognakpaket getarnte Bombe noch nicht entdeckt war. Die Weitergabe an General STIEFF mußten wir auch deswegen verhindern, weil dieser damals noch nicht Mitglied des Komplotts war.

Unter einem militärischen Vorwand flog ich am folgenden Tag in dem üblichen Kurierflugzeug zum Hauptquartier, suchte dort Oberst BRANDT in der Operationsabteilung auf und tauschte das Paket mit der Sprengbombe gegen ein anderes Paket aus, das nun wirklich zwei Flaschen Kognak für General STIEFF enthielt . . .

(F. v. SCHLABRENDORFF: Offiziere gegen HITLER. Fischer Bücherei Frankfurt 1959 S. 45 u. 92 ff.)

8. GEHEIME DENKSCHRIFT GOERDELERS VOM 26. 3. 1943, FÜR DIE GENERALITÄT BESTIMMT, ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT EINES STAATSSTREICHES

1

Lage und Möglichkeiten

Major NIEMANN, seit Februar 1918 Oberquartiermeister der Heeresgruppe ALBRECHT VON WÜRTTEMBERG, richtete am 20. Juli 1918 eine Denkschrift an General LUDENDORFF, deren Inhalt ein würdiger Beweis für das Vertrauen ist, das die Generalstabsoffiziere im Ersten Weltkrieg ihrem Chef entgegenbrachten. In der Denkschrift heißt es:

„Der Soldat muß an den Sieg glauben, und eine oberste Heeresleitung, die den Glauben und Willen nicht hätte, die Widerstandskraft des Feindes mit Waffengewalt zu brechen, würde ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein.

Der Politiker, der die Waffenerfolge in ihrer Wirkung für das zukünftige Weltbild auszuwerten hat, sieht die militärischen Erfolge unter einem andern Gesichtswinkel. Das, was dem Heerführer zum Selbstzweck wird, ist für ihn das Mittel zum Zweck, das Mittel zur Verwirklichung seines politischen Programms. Lassen sich die Waffenerfolge so steigern, daß die Hilfskräfte des Feindes erschöpft werden können, dann ist die Aufgabe des Politikers verhältnismäßig einfach. Er braucht sein Konzept nur in die Reinschrift zu übertragen.

Anders und komplizierter wird die Aufgabe, wenn die Waffengewalt zur radikalen Beseitigung des feindlichen Willens nicht ausreicht. Der Waffenerfolg kann dann nicht mehr als politisches Zugmittel, sondern nur noch als Druckmittel gewertet werden.

Politik und Kriegführung müssen Wirklichkeitssinn genug besitzen, in kühler Erwägung festzustellen, ob die Politik auf das Zwangsmittel oder auf das Druckmittel einzustellen ist. Ist bei uns diese Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung erfolgt?

Ich weiß es nicht. Mir scheint aber, daß sie nicht mit der nötigen Klarheit erfolgte. Jeder von uns, der das Wort von dem Niederzwingen des Gegners mit Skeptizismus betrachtete, wurde als Schwächling gebrandmarkt. Der Unterschied zwischen militärischer Siegeszuversicht und politischer Wirkungsmöglichkeit wollte nicht in die Köpfe hinein.

Ich glaube an die Überlegenheit unserer Waffen wie an ein Evangelium, ich glaube aber nicht, daß wir mit Waffengewalt zum Diktieren eines Friedens kommen werden. Unsere militärische Kraft kulminiert, sie läßt sich nicht mehr steigern, weder zu Lande noch zu Wasser. Dauert der Krieg weiter, dann müssen wir den absteigenden Ast der Kurve betreten. Die intellektuelle und moralische Überlegenheit der Führung kann auf die Dauer die schwindenden Volkskräfte und den steigenden Rohstoffmangel nicht ersetzen.

Wer wie ich zu dieser Überzeugung gekommen ist, der wird eine andere Orientierung unserer auswärtigen Politik für notwendig halten. Das Schlagwort vom „Durchhalten bis zum siegreichen Ende" ist doch eben nur ein Schlagwort, ein euphemistischer Ausdruck für das freiwillige „ehrenvolle Sterben", das nur dem deutschen Idealismus verständlich ist. Wir müssen unsere militärischen Kräfte als Druckmittel ausnutzen, solange wir die militärische Überlegenheit noch besitzen. Treten wir im Zeichen des Abstiegs an den Verhandlungstisch, dann spielen wir ohne Atouts. Das Druckmittel wird dann von Tag zu Tag wirkungsloser."

Oberst BAUER, ein entschiedener Vertreter rücksichtsloser Kriegführung, stimmte diesen Gedanken durchaus zu und bemerkte überdies: „Wir müssen wieder wahrheitsgetreu werden ..., das Streben, es den andern an Propaganda gleich zu tun, hat uns zur Unwahrheit geführt, die unserm inneren Wesen widerspricht und infolgedessen ungeschickt und unwirksam war ... Eine wirksame Propaganda ... ist nur erreichbar, wenn wir die Wahrheit sagen, die Öffentlichkeit rechtzeitig orientieren und so Volk und Presse tatsächlich an den Geschehnissen teilnehmen lassen ... Auch im Ausland macht schließlich Wahrheit und Offenheit den größten Eindruck ..."

General LUDENDORFF trat diesen Meinungen bei. Er schreibt (Meine Kriegserinnerungen S. 547) über den 8. August 1918: „Das Kriegführen nahm damit, wie ich mich damals ausdrückte, den Charakter eines unverantwortlichen Hasardspiels an, das ich immer für verderblich gehalten habe. Das Schicksal des deutschen Volkes war mir für ein Glückspiel zu hoch. Der Krieg war zu beendigen." Hierzu war es aber bereits politisch zu spät. Für die gegenwärtige Betrachtung ist es nicht von wesentlicher Bedeutung, daß dieser Krieg vermeidbar war, daß die entscheidenden deutschen Lebensnotwendigkeiten ohne ihn hätten sichergestellt werden können. Aber wissen muß man, daß HITLER seit Mai 1938 den Krieg wollte, und daß alle seine gegenteiligen Behauptungen unrichtig sind. Auf Wunsch steht der schlüssige Beweis für diese Feststellungen in Dokumenten und Zeugen zur Verfügung.

Ebenso ist für diese Betrachtung nicht entscheidend, daß der Krieg so, wie er politisch angelegt und geführt ist, nie zu gewinnen war, wie gewaltig und erfolgreich auch die Leistungen unserer Wehrmacht sein mochten. Auf Wunsch steht der Beweis auch hierfür zur Verfügung. Als wichtig ist hier nur zu erwähnen, daß man einen Weltkrieg nicht mit einer unfähigen militärischen Oberleitung und nicht mit einer abenteuerlichen politischen Führung gewinnen kann. Entscheidend ist die Tatsache, daß jetzt die deutschen Kräfte auf allen Gebieten sich dem Zustande des Verbrauchtseins nähern, daß wir uns in der absteigenden Linie befinden, während der Kräfteeinsatz der Gegner noch einer erheblichen Steigerung fähig ist.

Im Innern sind die Grundlagen von Recht, Anstand, Sittlichkeit und Ehrliebe, der Sinn für Menschlichkeit und Verantwortungsbewußtsein zerstört. Diese Tatsache wird nicht dadurch gemildert, daß es noch gerechte Urteile, noch anständige Menschen, noch sittlich hochstehende Persönlichkeiten, noch freiheits- und ehrliebende Deutsche gibt. Entscheidend ist, daß jene für jede Gemeinschaft unentbehrlichen Bindungen und Werte nicht mehr vom Staate geachtet, sondern von seinen Organen und Gerichten sowie von hohen Parteifunktionären täglich auf das gröblichste und dem Volke erkennbar verletzt werden. Entscheidend ist, daß die Staatsführung diesen Zustand selbst herbeigeführt hat und bewußt aufrecht erhält. So wird durch sie unser Vaterland nicht nur wirtschaftlich, sondern sittlich allmählich bolschewisiert. Der russische Bolschewismus, den ich schroff ablehne und der heute in seinen Leistungen weit überschätzt wird, wird von ihr nur als Popanz zur Rechtfertigung verlustreicher Kriegsführung und zur Aufpulverung des deutschen Spießers benutzt nach der Devise: Haltet den Dieb!

Den stärksten Ausdruck findet die Erschütterung der sittlichen Grundlagen des Staatslebens in der immer weiter um sich greifenden Korruption. Sie wird immer schamloser von hohen und höchsten Würdenträgern der Partei, insbesondere von GÖRING, betrieben. Sie dient einer im Kriege besonders verwerflichen, geradezu unerhörten Selbstbereicherung. Sie bedeckt, auch in den besetzten Gebieten begangen, den deutschen Namen mit Schande. Auch dies ist dem deutschen Volk weithin bekannt; ebenso, daß HITLER diese Korruption duldet. Seine Beteiligung am Eherverlag, der zwangsweise andere Unternehmungen sich einverleibt oder tot macht, ist nach deutschem Beamtenrecht vollkommen unmöglich. Beweise für unzählige Korruptionsfälle und für die sonst von hohen Würdenträgern begangenen Verbrechen aller Art stehen jederzeit zur Verfügung.

Die allgemeine Wehrpflicht ist in Zeiten tiefster Erniedrigung des deutschen Volkes durch kühne und mutige, besonnene und sittlich hochstehende Männer geschaffen. Mehr als ein Jahrhundert lang ist sie in diesem Geist erhalten. Trotzdem hat nicht verhindert werden können, daß sich in steigendem Maße Auseinandersetzungen zwischen militärischen Führern und Trägern politischer Verantwortung entwickelt haben. Aber alle diese Auseinandersetzungen haben den sittlichen Gehalt dieser Wehrpflicht nicht gefährden können, weil sie sich auf einer Grundlage vollzogen, die allen Beteiligten selbstverständlich und gemeinschaftlich war, nämlich der Grundlage gleichen Ehr- und Anstandsgefühls. In diesem Kriege sehen sich die militärischen Führer zum ersten Male vor einen Konflikt mit einer politischen Führung gestellt, die diese überkommenen Grundlagen von Ehre und Anstand zum alten Eisen geworfen hat. Aber sie sind kein altes Eisen, sondern enthalten gerade diejenige lebendige Kraft, die jede Gemeinschaft zu ihrem Bestande nötig braucht; insbesondere eine Gemeinschaft, die höchste Opfer verlangt. Das Volk fühlt von Woche zu Woche klarer, daß die höchste Pflicht des Mannes, für das Vaterland das Leben einzusetzen, zu selbstsüchtigen oder unsinnigen Zielen mißbraucht wird. Auch in vielen Soldaten lebt diese Erkenntnis. Der Soldat aber braucht die Einheit zwischen sittlicher Forderung und gegebenem Opfer. Duldet man Spannungen in diesem Punkt, so muß sich das schwer rächen. Auch das Volk erkennt immer mehr, daß es notwendig ist, dies tragische Verhängnis abzuwehren.

2

Die von Anfang an verhängnisvolle, ja sinnlose Doppelherrschaft von Staat und Partei hat die vorhersehbare Wirkung gehabt. Verantwortungsbewußtsein und Entschlußkraft sind gelähmt, Entscheidungen werden hin und her geschoben; einander widersprechende Entscheidungen lähmen die Verwaltung. Die Gauleiter erkennen die Autorität der

Minister und der Reichsregierung nur insoweit an, als es ihnen paßt; da HITLER auf diese Gauleiter angewiesen zu sein glaubt, läßt er ihnen zu solchem anarchischen Tun freie Hand. Ein Zerrbild geordneten Staatswesens ist in der Entwicklung. Gerade die anständigen Mitglieder der Partei, die an verantwortlichen Stellen wirken, bezeichnen bereits diesen Zustand als den Beginn der Anarchie; richtiger betrachtet, handelt es sich um Agonie. Es ist ein offenes Geheimnis, daß z. B. der Herr Reichswirtschaftsminister viele Maßnahmen, die auf seinem Gebiete durch einen verkrachten Textilindustriellen getroffen werden, wie z. B. die Geschäftsschließungen, nicht billigt. Aber da die Partei dahintersteht, wagt selbst dieser alte Parteimann nichts dagegen zu tun. Und jener Industrielle vertritt den perversen Standpunkt, daß das deutsche Volk erst dann seine Kräfte für den Krieg voll einsetzen würde, wenn niemand mehr etwas zu verlieren hätte. Man stelle sich diesen Gedankengang bis zu Ende gedacht vor! Bisher sind alle Kriege geführt, um das, was ein Volk durch Generationen erarbeitet hat, zu erhalten und eine bessere Zukunft zu gewinnen. Aber das ist noch nicht das schlimmste: geradezu verhängnisvoll ist, daß die Männer, die hierfür verantwortlich sind, gar nicht daran denken, solche Gedankengänge etwa bei sich in die Tat umzusetzen, sondern im Gegenteil alles tun, um sich selbst den Wirkungen ihrer perversen Maßnahmen zu entziehen. Diese Erkenntnis ist es, die die seelische Schwungkraft des deutschen Volkes total zerstört, weil es den Glauben an eine sittliche Führung verliert.

3

HITLER ist kein Feldherr; es wäre auch erstmalig in der Geschichte der Völker, daß ein Mann die Führung einer Millionenmacht meistern könnte, ohne in harter Schule sich bestimmte Grundelemente zu eigen gemacht zu haben, deren Erlernung selbst einem MOLTKE notwendig war. Feldherrntum ist HITLER lediglich zum höheren Ruhm der Partei durch Propaganda angedichtet worden. Wäre er ein Mann, so hätte er es von sich gewiesen und denjenigen zuerkannt, denen diese Bezeichnung gebührt. Sie aber hat er abgefunden, wie es ihm paßte, hier mit Beförderungen, dort mit vorschnellen Entlassungen, ja mit Bestrafungen. Er hat sich nie gescheut, ihnen die Verantwortung für das Unglück von Moskau (Winter 1941/42) zuzuschieben und verbreiten zu lassen, daß es nur seinem persönlichen Eingreifen auf dem Schlachtfeld (er habe Generalen die Schulterstücke abgerissen, er habe Verwundeten die Pelze der Offiziere gegeben und sie verbunden!!) gelungen sei, die Katastrophe zu wenden. Jüngst hat er den Reichspressechef DIETRICH auf das verletzendste beschimpft, weil er nicht verhindert habe, daß es in der Presse so dargestellt sei, als ob die Südarmee unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls VON MANSTEIN Charkow wieder erobert habe; der Rückzug in Rußland sei vollkommen verfehlt gewesen. Wenn er (HITLER) nicht da gewesen wäre, wäre er noch viel schlimmer verlaufen! Er habe Charkow wiedererobert, nicht Herr VON MANSTEIN. — Auf HITLERS Veranlassung ist im Dezember 1942 ein Werk zu Geschenkzwecken erschienen „Glückhafte Strategie". In ihm wird HITLER als der bedeutendste der bedeutenden Feldherren der Weltgeschichte dargestellt! Das Buch steht auf Wunsch zur Verfügung. Durch die verschiedensten Maßnahmen (besondere SS-Waffen- und Feldluftdivisionen, Bestimmungen über den Ersatz im Offizierskorps, über Eheschließungen von Offizieren, Eingriffe in die unerläßliche Selbständigkeit der Truppenführung und in die genial aufgebaute, auf Erziehung höchster Verantwortung gerichtete Errichtung des Generalstabs, Erschwerung christlicher Stärkung des Soldaten usw.) hat er es unternommen, mitten im Kriege die Wehrmacht und ihren erfolgreichen Einsatz anzunagen.

4

In der Ernährung werden wir nunmehr in kürzester Frist ebenfalls eine dauernd abfallende Linie betreten. GÖRING hat, um sich wieder beliebt zu machen, im Herbst 1942 wahrheitswidrig die Ernährungslage zu günstig geschildert. Die damals erfolgte Erhöhung von Rationen war unverantwortlich, wir werden sie mit um so schärferen Herabsetzungen zu bezahlen haben.

Irgendwelche Brotgetreidereserven sind nicht mehr vorhanden. Aus der Ukraine lassen sich bei den Transportverhältnissen und angesichts des schlechten Saatenstandes nur kleine Mengen herauszubringen. Balkan und Frankreich sind erschöpft. Staatssekretär BACKE hat Mitte März vorgeschlagen, das Abschlachten des ganzen Geflügels in Deutschland anzuordnen, um die Brotrationen zu sichern.

Die jetzige Fleischration wird aufrechterhalten durch Abschlachten von Milchkühen. Je länger man sich scheut, die Lüge einzugestehen, je schlimmer muß diese Maßnahme auf die künftige Milch- und Fettversorgung wirken.

In der Fettversorgung lebten wir von der Hoffnung, daß es gelinge, 50 000 Tonnen Ölsaaten aus der Ukraine oder durch Blockadebrecher hereinzubringen. Also auch hier ein Hasardspiel.

Da immer weniger sachkundige deutsche Menschen den Boden bearbeiten, da ihm eine immer geringere Düngung zugeführt wird, müssen die Ernteerträgnisse dauernd zurückgehen. Ähnliches gilt für die besetzten Gebiete, deren Leistungsfähigkeit und Leistungswillen fast planmäßig zerstört werden. Auch dort Anarchie. Der Gauleiter von Ostpreußen hat vor kurzem aus der Ukraine den vom Reichsernährungsminister eingesetzten sehr tüchtigen Landesbauernführer aus ganz nichtigen Gründen fortgeschickt.

5

Minister SPEER, der noch im Kriege jetzt so dringend benötigte Wohnungen abgerissen hat, der ein tüchtiger Architekt sein mag, dem aber doch jede Sachkunde für sein jetziges Amt fehlt, hat bei Amtsantritt Anfang 1942 Steigerung der Rüstung um 50 % versprochen. Er hat nicht verfehlt, die Verantwortung hierfür auf Industrielle abzuladen, die ihm voreilig diese Möglichkeit zugesagt haben. Um sich selbst aus der Gefahr herauszubringen, wegen nicht erfüllten Versprechens belangt zu werden, halten SPEER und diese Industriellen vielfach auch heute noch an diesen Schätzungen fest. Daß sie aber unrichtig sind, ist nicht schwer einzusehen:

a) die Zahl der eingesetzten gelernten und ungelernten deutschen Arbeiter geht ständig wegen ihrer Einziehung zur Wehrmacht zurück,

b) die Zahl der ausländischen Arbeiter steigt zwar, ihre Leistungen sind aber sehr unterschiedlich, außerdem sind sie eine wachsende politische Gefahr,

c) bestimmte Rohstoffe (Gummi, Kupfer, Nickel u. a.) werden immer knapper; insbesondere gilt dies für die Kohle, die unter immer ungünstigeren Verhältnissen abgebaut wird. Mit der Kohle sinken Strom, Gas, Aluminium; selbst Zellulosefabriken müssen allmählich stillgelegt werden, weil die Holzvorräte erschöpft sind und die Transportlage namentlich in der Ostsee Heranschaffung von Holz aus dem Norden erschwert;

d) die Zerstörung durch englische Luftangriffe nimmt einen immer größeren Umfang an. Bisheriger Schaden etwa 20—30 Mrd. RM. Bekannt ist, daß die Essener KRUPP-Betriebe zu rund 60 %, vielleicht mehr, zerstört sind. 40 000 Häuser sind unbrauchbar, 45 % der Einwohner ihres Heimes beraubt, und dies in zwei Angriffen von insgesamt 70 Minuten

Dauer. Ich empfehle dringend, Generalstabsoffiziere in Zivil immer wieder in die Zerstörungsgebiete des Westens zu entsenden; das nimmt nur kurze Zeit in Anspruch, gibt aber allein klaren Einblick in die ungeheure Bedeutung, die diese Zerstörungen materiell und seelisch anrichten.

e) Die seelische Schwungkraft läßt immer mehr nach. Das ist schon deshalb nicht anders möglich, weil die Grundlage für die Entwicklung seelischer Kräfte ge- oder zerstört ist (vgl. Ziffer I). Die Wirkung dieser Tatsache wird durch die Wirkung der Luftangriffe erhöht; schon die vielen Alarmierungen tun das ihre. Aus Heim und Haushalt wird über Nacht zersetzendes, kollektivistisches Barackenleben. Für verlorenen Hausrat gibt es keinen oder kümmerlichen Ersatz; einen Löffel, ein Hemd usw. Die Bevölkerung sieht die Arbeit von Jahrhunderten und unersetzliche Kulturwerte der plötzlichen Vernichtung preisgegeben. Der Soldat kämpft zum Schutze einer Heimat, die sich immer mehr mit Trümmern bedeckt. Frauen und Kinder, für die er im Felde steht, sind fernab gleichen Gefahren ausgesetzt wie er.

Die seit Jahren im Gang befindliche Schließung von Geschäften tut das ihre. Sie ist in Anlage und Durchführung übereilt. Es werden Menschen freigemacht, die infolge Alters usw. unbrauchbar sind. Verwertbare Menschen werden in Fabriken geschickt, wo Rohstoffe und Maschinen für sie fehlen. Es hat den Anschein, als ob man auch noch diese Seite des totalen Krieges spielen will. Das ist um so unverantwortlicher, als mit diesen Maßnahmen eine breite Schicht des Mittelstandes vernichtet wird. Dieser Mittelstand ist aber das Wertvollste, was ein Volk im Laufe der Jahrzehnte bildet. Er ist das natürliche Reservoir für die Führungsschicht, die sich aus ihm in noch längeren Zeiträumen entwickelt. Die Schließung erfolgt vielfach nach Willkür. Alle Juweliere wissen heute, daß bestimmte, Herrn Göring nahestehende Juweliergeschäfte in Berlin ihre Werkstätten weiter in Betrieb halten können. Alle diese Tatsachen sind längst dem deutschen Volk bekannt. Der Anblick der geschlossenen Läden tut das seine. Nur wenn man die Stimmung absichtlich nach unten treiben will, kann man so verfahren.

Die Folge aller dieser Tatsachen kann nur sein, daß die Rüstungserzeugung im ganzen dauernd zurückgeht. Mag die Panzererzeugung steigen, dann fällt die Erzeugung von Geschützen oder von Flugzeugen oder von Munition. Nimmt man dazu den Verlust an schweren und mittleren Waffen, an Fahrzeugen, der im Winter 1942/43 an der Ostfront dank der „genialen" obersten Führung entstanden ist, so kommt man zu dem harten logischen Schluß, daß dieser Verlust nicht mehr wettzumachen, geschweige denn eine Verbesserung unserer Bewaffnung zu erreichen ist.

Diese wird auch dadurch nicht verbessert, daß Hitler krampfhaft Erhöhungen der Produktion bald bei den Panzern, bald für U-Boote oder Flugzeuge, demnächst wohl für die Flak befiehlt. Jeder Sachkundige, der einen solchen Befehl entgegennimmt, weiß bei seiner Entgegennahme, daß jeder einzelne nicht oder erst nach Ablauf von vielen Monaten vielleicht erfüllbar ist, daß sie aber miteinander nicht nur nicht durchführbar sind, sondern daß dies Miteinander ein Durcheinander nach unten ergibt. Dies Durcheinander muß eintreten, wenn die obersten Stellen durch den Wahnsinn der obersten Führung sich gehindert glauben, schon beim Empfang solcher Befehle die Unausführbarkeit geltend zu machen. Dies geschieht nicht. Es ist zweifellos ein ungeheuerlicher Zustand, daß als unausführbar oder schädlich erkannte Befehle nach unten ungefiltert weitergegeben werden, bis sie schließlich ganz unten ihre Unausführbarkeit erweisen; nachdem sie in allen Zwischenstellen Verwirrung angerichtet, Kräfte und Zeit überflüssigerweise beansprucht haben.

Eine Reserve allerdings haben wir noch in der Mechanik der Rüstungsproduktion: weiter fortzuentwickelnde Rationalisierung. Aber sie hat zur Voraussetzung beste Sachkunde der von oben kommenden Dispositionen und höchsten Leistungswillen von unten.
Selbstverständlich machen auch die Gegner schwere Fehler; aber vier Tatsachen sind auf ihrer Seite vorhanden:

1. eine größere Menschenreserve,

2. eine, insbesondere nach dem Hinzutritt Südamerikas, hinreichende Rohstoffreserve,

3. eine genügende Fähigkeit, sich der U-Boot-Gefahr zu erwehren und die Abwehr zu verbessern,

4. eine geradezu ungeheuer überlegene politische Führung.

Man muß England kennen, um den großen Unterschied in englischer und deutscher Staatsführung objektiv zu begreifen. Wir haben einige Male solche Vollendung politischer Führung gehabt: beim GROSSEN KURFÜRSTEN, bei FRIEDRICH DEM GROSSEN, bei BISMARCK. Im übrigen sind wir Deutschen zu sehr darauf aus, unsere soldatische Überlegenheit ausschließlich ins Feld zu führen, wir lassen den Kopf nicht genug arbeiten außer im rein Militärischen. England aber führt seine Kriege mit dem Kopf. Es schont und spart Menschenleben, es geizt nicht mit der Zeit, es gewinnt dank seiner vorzüglichen Nerven, durch geschickte Mobilisierung und Ausnutzung aller Kräfte in der Welt schließlich so viel Kraft, daß es auch gefährlicher Situationen Herr wird. Wir sehen diese Politik jetzt wieder am Werke, wenn wir die Vorsicht bei der Behandlung Rußlands betrachten. Prestigeverluste sind England gleichgültig, solange sie den Krieg nicht entscheidend beeinflussen. HITLER aber lebt vom Prestige und wird daher dauernd zu unsachlichen, zum Teil wahnwitzigen Maßnahmen verleitet.

6

Im Westen und Süden Deutschlands steigt die Abneigung gegen Preußen. Das ist zwar höchst unsachlich, aber in der historischen Entwicklung begründet. Ich bekenne mich als Preuße und betrachte es als eine Ehre, daß in schweren Zeiten die Verantwortung Preußens auch besonders schwer gewogen wird. Österreich hat in allen Schichten seines Volkes dem Deutschen Reich innerlich die Gefolgschaft aufgesagt. Das war bei den seit 1938 angewandten Methoden klar voraussehbar. Mit Worten ist diese Abkehr nicht mehr zu ändern.

7

Unsere Verbündeten nähern sich dem Ende ihrer Kraft und sind am Ende ihres Kriegswillens. Sie glauben nicht mehr an einen Sieg Deutschlands. Voraussichtlich werden die ersten, die offen ausscheiden, Italien und Finnland sein. Die Linie der italienischen Politik weicht immer erkennbarer von der HITLERS ab. Italienische Truppen werden aus dem Osten, italienische Arbeiter aus Deutschland zurückgezogen. Seit November hat MUSSOLINI HITLER nicht im Zweifel darüber gelassen, daß Italien sich an neuen Offensivhandlungen nicht beteiligen könne und daß der Verlust von Tunesien eine neue politische Lage schaffen werde. Es ist offenbar das Ziel seiner Politik, sich für diesen Zeitpunkt freie Hand zu sichern. Auch aus verschiedenen Verlautbarungen der „Agencia Stephani" geht klar hervor, daß MUSSOLINI beginnt, wieder selbständige Politik zu machen. Diese ganze Haltung MUSSOLINIS beweist letztlich, daß er keine Notwendigkeit mehr sieht, militärische Maßnahmen HITLERS gegenüber Italien zu fürchten.

Finnland hat vorsichtige Fühlungen mit Rußland aufgenommen. Es hat eine Koalitionsregierung einschließlich der dort sehr starken, aber sehr gemäßigten Sozialdemokratischen Partei gebildet, nicht, um sich stark für die Fortsetzung des Krieges zu machen, sondern

um die Verantwortung für den unvermeidlichen Friedensschluß allen politischen Kräften aufzuerlegen. Die Lage Finnlands ist so ernst, die gesamte Weltlage so eindeutig, daß irgendwelche Zukunftversprechungen HITLERS an dem grundsätzlichen Entschluß Finnlands nichts mehr ändern können. Es wird nur dann an unserer Seite bleiben, wenn Rußland ihm die staatliche Selbständigkeit verweigert.

Japan hat im Herbst 1942 vergeblich versucht, zwischen HITLER und STALIN zu vermitteln. Als dies mißlang, hat es sich mit Rußland so weit verständigt, daß Rußland einen Teil seiner Fernostarmee nach Europa hat werfen können. Japan ist nicht in der Lage, in China, am Malaienarchipel, in Hinterindien und gleichzeitig gegen Rußland zu kämpfen. Es wird also nur den Krieg im Rahmen seines engsten Interesses führen. Es durchschaut die europäische Lage vollkommen klar; also wird es jetzt, nach dem russischen Wintererfolg, nicht etwas tun, wozu es vor diesem Erfolg sich nicht stark genug fühlte. Japanische Politiker denken durchaus an die Möglichkeit, sich mit England zu verständigen; sie wissen, daß England ein Gegengewicht gegen Rußland braucht, und sind durchaus bereit, ein solches darzustellen. Es fragt sich nur, ob England zu irgendwelchen, wenn auch billigen Konzessionen gegenüber Japan bereit ist.

Ungarn sieht seine Zukunft nach wie vor in Anlehnung an Italien. Früher fürchtete es den deutschen Druck, jetzt fürchtet es die Folgen seiner Vergrößerungspolitik gegenüber sämtlichen Nachbarn.

Bulgarien ist entschlossen, nicht in den Krieg einzutreten, und sich hierüber auch mit der Türkei einig. Das bulgarische Volk würde seinen König absetzen, falls er den Kampf gegen Rußland verlangt. Die Armee ist schlecht bewaffnet. Auch ist wichtig zu wissen, daß schon vor diesem Kriege in Bulgarien und Jugoslawien einsichtsvolle Politiker eine Union zwischen den beiden Ländern befürworteten. Diese Pläne sind wieder aufgenommen, und die dynastischen Schwierigkeiten sind in den Hintergrund getreten.

Die Türkei hat sich mit den Angelsachsen verständigt; dazu bedarf es keines schriftlichen Vertrages. Wie ich seit Jahren betont habe, ist der Haß gegen Italien die nationale Leidenschaft der Türken. Ihr Ziel ist die Wiedergewinnung des ihnen von Italien 1919 abgenommenen Dodekanes. Hieraus hat sich von vornherein auch in diesem Krieg ihre Haltung ergeben.

Schweden vertritt auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet immer stärker sein Interesse. Es gibt uns keine Kredite mehr, es macht Schwierigkeiten bei Durchtransporten, liefert desertierte deutsche Soldaten nicht aus usw. Alles Dinge, die es sich noch vor zwei Jahren nicht gestattet hätte.

In der Schweiz ist die gleiche Entwicklung vollkommen einwandfrei festzustellen.

Wir sehen also, daß sich hinter den kriegerischen Ereignissen bereits eine neue politische Orientierung vollzieht. Es fehlen nur noch einige Rückschläge auf der Seite HITLERS, und der dünne Nebel, der über diesem politischen Vorgang liegt, zerreißt zum Schrecken des deutschen Volkes, das sich dann vollkommen isoliert sehen wird. Die Welt hat ganz einfach das getan, was jeder verantwortungsbewußte Staatsführer tun muß: sie hat die Folgerungen aus der Lage Deutschlands gezogen. Alle Staaten außerhalb Deutschlands wenden sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen von der Hitlerschen Politik ab und dem Kraftmagnet der angelsächsischen zu.

Es liegt auf der Hand, daß das Ausscheiden auch nur eines kleinen Bundesgenossen auf Stimmung und Leistung im Volke und an der Front weiter leistungsmindernd wirken muß. Verhängnisvoll erinnert diese Entwicklung an die seit Frühsommer 1918 sich vollziehende. Viel zu spät haben damals die verantwortlichen Stellen in Deutschland einer

ähnlichen Entwicklung Rechnung getragen. Es wäre sehr bequem, sich damit zu trösten, daß im vorigen Weltkrieg die Kriegskraft Deutschlands von innen heraus mehr oder minder planmäßig zerstört sei, weil die Staatsführung nicht energisch genug destruktiven Tendenzen entgegengetreten sei. Was auf diesem Gebiet damals versäumt sein mag, wurde aufgewogen durch die sachlich richtige, tiefe Überzeugung des Volkes, daß der Krieg unvermeidbar war, und durch die ebenso berechtigte Gewißheit, daß alle führenden Männer sittlich unangreifbar waren. Dieser Glaube, diese Überzeugung und diese Gewißheit sind heute nicht nur nicht vorhanden, sondern sie können gar nicht vorhanden sein. Daraus und aus der Vernichtung von Recht und Anstand ergibt sich ein erschreckender Mangel an seelischer Schwungkraft; er ist um so verhängnisvoller, als er, durch Terror und unwahrhafte Propaganda verhüllt, sich plötzlich in aller Furchtbarkeit enthüllen wird, wenn diese Mittel gegenüber der Gewalt der offenbaren Tatsachen versagen. Ja, wenn sich der sittlichen Lauterkeit der deutschen Führung im ersten Weltkriege heute eine etwas härtere Faust gesellen würde als damals, dann ließe sich über die Vermeidung von 1918 sprechen; aber die Umkehrung des Verhältnisses, die harte Faust ohne Sittlichkeit, die wird sich als noch viel unglückseliger erweisen als die Mischung von 1917/18.

Keine Beschönigung, kein Einlullen unseres Gewissens enthebt eine verantwortungsbewußte Führung, rechtzeitig die Folgerungen zu ziehen, die allein das heranrückende Unheil abwenden können. 1918 lehrt uns, was rechtzeitig ist. Wenn man nach gewissenhafter Prüfung zu der Überzeugung kommt, daß man den Krieg nicht mehr gewinnen und eine günstigere Situation für Verhandlungen nicht mehr herbeiführen kann, dann muß man an die Stelle des militärischen Tuns das politische setzen, und wenn die vorhandene Staatsführung sich die Wege dazu verbaut hat, dann muß sie selbstverständlich weichen, wie das noch immer in der Geschichte jedes Volkes der Fall gewesen ist, insbesondere aber dann, wenn diese Staatsführung sich selbst so in den Vordergrund gestellt und so sehr die Verantwortlichkeit aller anderen ausgeschaltet hat. Sieht eine solche Staatsführung nicht ihre selbstverständliche Pflicht, das eigene Geschick für nichts, das des Volkes für alles zu achten, so muß ihr das beigebracht werden.

8

Mit den bisher angewandten Mitteln und in dem bisher geübten Verfahren kann überhaupt kein Krieg gewonnen werden. In diesem Krieg hat sich falsche oberste Führung bereits so tiefgehend ausgewirkt, daß es nicht mehr möglich ist, mit militärischen Mitteln den Kriegswillen der Gegner zu brechen und so zu einem guten Ende zu kommen. Aber durch Zusammenwirken anständiger und verständiger politischer und militärischer Führung ist die Lage noch zu retten.

Im Herbst 1917/18 hatten einsichtige Generalstabsoffiziere und Politiker klare Erkenntnisse gewonnen. Es ist ein Verhängnis gewesen, daß LUDENDORFF erst im September 1918 unerschütterliche Klarheit gewann und bis dahin, wie die Urkunden beweisen, zwischen den verschiedenen Möglichkeiten militärischer Erfolgserzielung doch eben geschwankt hat; dies in Verbindung mit einer ebenfalls unschlüssigen und schwankenden politischen Führung hat dann mit Naturnotwendigkeit den Zusammenbruch herbeigeführt. Wir dürfen jetzt nicht den gleichen verhängnisvollen Fehler begehen und uns nicht durch die neuerlich sachkundig erzielte Konsolidierung der Ostfront das Gesamtbild vorübergehend verzerren lassen. Wir dürfen nicht zum zweiten Male unser ganzes Geschick dem ungewissen U-Boot-Krieg anvertrauen; er kann an den hier festgestellten Tatsachen nichts Entscheidendes ändern.

1918 war der Entschluß, rechtzeitig die Folgerungen aus der Unmöglichkeit des Sieges zu ziehen, schwer. Denn es war ungewiß, wie die Kriegsgegner sich zu weiteren Verständigungsversuchen verhalten würden. Auch sah LUDENDORFF sich keinem klaren und entschlossenen Politiker gegenüber. So kam es nicht zu dem notwendigen Zusammengehen zwischen militärischer und politischer Führung, die allein ermöglicht hätte, die Gunst des Augenblicks zu erreichbaren Zielen rechtzeitig zu nützen.

Heute muß der Entschluß zu richtigem Handeln ebenso leicht sein, wie er damals schwer war. Abhängig ist er von der Herstellung sachverständiger, verantwortungsbewußter politischer und militärischer Führung. Hieran ist nichts abzudingen, so hart diese Erkenntnis sein mag. Dafür ist aber klar erkennbar, wie die entscheidenden Teile unserer Gegner, nämlich die Angelsachsen, auf eine solche Wendung in Deutschland reagieren würden, ja müssen. Es wäre auch beschämend, wenn sich in der Generation mit den seit 1914 gewonnenen Erfahrungen nicht auch genügend energische und geschulte politische Köpfe fänden. Sie sind in genügender Zahl in Deutschland vorhanden, allerdings zur Zeit nicht an offiziellen Stellen.

Es wäre daher für Männer, die jene bitteren Erfahrungen, jene verschiedenartigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland seit 1914 handelnd miterlebt haben, trostlos, wenn zum zweiten Male der rechte Entschluß zur rechten Zeit versäumt würde. Wer es immer versäumt, wird es mit voller Verantwortung vor dem Volke und vor der Geschichte zu bezahlen haben. Das Schicksal der Intelligenz steht auf dem Spiele; sie hat in jedem Volke die organische Aufgabe, das Volk recht zu führen. Versagt sie, so ist sie unrettbar geliefert.

9

Welche Ziele sind denn noch durch richtiges Handeln erreichbar?

a) Der Bestand des Reichs in den Grenzen von 1914, vermehrt um Österreich und Sudetenland. Vielleicht wird es notwendig sein, sich mit den Franzosen auf die Sprachgrenze zu verständigen, wie sie etwa 1918 oder 1938 feststellbar ist. Durch eine solche Verständigung würde erstmalig der alte Kampfbegriff Elsaß-Lothringen eliminiert werden. Das mag dem Nichtpolitiker oberflächlich erscheinen. Für eine Politik aber, die auch europäisch denken und sich daher darüber klar sein muß, daß rechtzeitige Schonung von Empfindlichkeiten gewaltige Früchte bringen kann, sind solche Erwägungen nicht ohne wesentliche Bedeutung.

b) Auch die führende Stellung Deutschlands auf dem Kontinent kann noch erarbeitet werden.

c) Erreichbar ist sogar noch die Wiedergewinnung Südtirols. Wir wissen, daß die Entente 1919 nicht sehr freudig dieses Gebiet an Italien gegeben hat. Sie wird es heute mit Vergnügen an Deutschland zurückfallen lassen, wenn wir selbst fähig sind, es zu besetzen. Der Raub dieses Gebietes durch Italien war eine solche bevölkerungspolitische Infamie, daß wir uns nicht zu scheuen brauchen, diesen Raub wieder gutzumachen. Ich mache überdies darauf aufmerksam, daß die Wiedergewinnung Südtirols das beste Mittel wäre, um Österreich im deutschen Reichsverbande aus freien Stücken zu halten.

d) Dagegen ist der Zeitpunkt, Kolonien jetzt zu erwerben, verpaßt. Das wäre wohl vor einem Jahr noch möglich gewesen. Ich habe rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. Heute stehen wir vor der Frage, ob wir es noch verantworten können, an der Kolonialfrage einen im Augenblick noch möglichen, eben skizzierten Frieden scheitern zu lassen. Unsere Stellung ist überdies dadurch ungeheuer erschwert, daß in den besetzten Gebieten

und den Juden gegenüber Methoden der Menschenbeseitigung und der Glaubensverfolgung angewendet sind, die niemand vor der Öffentlichkeit gutheißen kann, die öffentlich niemand verantworten wird und die dauernd als schwere Belastung auf unserer Geschichte ruhen werden. Man kann sie ebensowenig wegwischen wie die Blutspuren auf dem Schlüssel zu Blaubarts Kammer. Dagegen ist noch zu erreichen, daß man sich darauf einigt, nach einem gewissen Zeitraum im Rahmen der ostasiatischen Bereinigung und eines größeren Weltabkommens auch über die Beteiligung Deutschlands an Verwaltung und Besitz von Kolonien sich zu verständigen. Wir müssen einmal lernen, harten Tatsachen politisch ebenso Rechnung zu tragen, wie auch der Soldat gewohnt ist, solchen Tatsachen bei der Kriegführung nicht aus dem Wege gehen zu können. Kühnheit ohne Tatsachensinn ist leichtfertig. Allmählich läßt sich bei energischer und geschickter Zielverfolgung koloniale Betätigung Deutschlands erreichen.

10

Weswegen sind diese Ziele noch erreichbar?

a) England und USA haben dasselbe Lebensinteresse wie Deutschland, daß Europa so bald wie möglich zur Ruhe kommt, um ihnen die überquellenden Rohstoffe und Nahrungsmittel abtauschen zu können. Ohne die Wiederingangsetzung dieses Tauschverkehrs sind die angelsächsischen Weltreiche verloren. Andere Menschen, die in gleicher Weise kaufkräftig sind wie die 350 Millionen Europäer, gibt es auf dieser Welt nicht. England und Amerika sind wie Deutschland mit Schulden schwer belastet; sie hindern diese beiden Weltreiche, die nach dem Kriege auch bei ihnen anwachsenden Arbeitslosen mit öffentlicher Unterstützung zu befriedigen. Produktive Arbeit ist erforderlich. Wenn also jene Erzeugnisse keine Abnahme finden, so sind schwere soziale und politische Revolutionen eherne Folge. Um den europäischen Markt wird England sich bald nach dem Kriege mit USA streiten. Diese Interessengegensätze sind jetzt schon erkennbar. Naiv wäre es, an die Möglichkeit zu glauben, daß man sie während des Kampfes ausnützen kann.

Ein solches geordnetes, friedlich arbeitendes Europa ist aber nur zu haben, wenn sein Zentrum Deutschland befriedet und befriedigt ist.

b) Die beiden angelsächsischen Weltreiche haben wie Deutschland ein Lebensinteresse daran, daß der Bolschewismus nicht weiter nach Westen vordringt. Nur Deutschland kann den Bolschewismus aufhalten. Wenn Deutschland durch Kriegsverlust und ungünstigen Frieden geschwächt wird, dann findet der Bolschewismus leichteren, vielleicht allzu leichten Weg nach dem Westen.

c) England hat ein Lebensinteresse daran, daß kein starkes Rußland aus diesem Kriege hervorgeht, denn dieses Rußland kann als einzige Macht England auch ohne Flotte in Indien, in den Meerengen von Konstantinopel, also in Vorderasien und im Fernen Osten empfindlich treffen. Rußland hat seit September 1942 sich diese Möglichkeit durch Verständigung mit Japan offengehalten. Rußland kann, wenn Deutschland den Krieg verliert, sein Verhältnis zu Japan bis zum Bündnis gestalten. Es würde damit den Angelsachsen die Niederwerfung Japans unmöglich machen.

Der Gegensatz England—Rußland ist in Casablanca erneut offenbar geworden. Es wäre kindlich, davon zu träumen, daß sich beide Mächte während des Krieges trennen werden. Dazu haben sie zu nüchterne und kluge politische Führungen. Aber ebenso töricht wäre es, die innere Notwendigkeit ihrer Gegensätze auch nur einen Augenblick zu übersehen. Sie sind auch bei den Versuchen der Finnen, mit Rußland zu einem günstigen Abkommen zu gelangen, in die Erscheinung getreten. STALIN hat die Finnen wissen lassen, daß sie

als Vorbedingung für jeden Waffenstillstand Petsamo und Hangö abtreten müßten. Für England und Schweden sind schon diese Stärkungen Rußlands gefährlich. Aus ihrem politischen Rat an die Finnen ergibt sich deren auffälliges Kurztreten.

Auch die Vorsicht, die England im Errichten einer zweiten Front walten läßt, ist nicht nur ein Beweis für die menschensparende militärisch schwerfällige Politik Englands, sondern auch dafür, daß England gar keine Veranlassung sieht, Rußland den Kampf zu sehr zu erleichtern. Selbst die Luftangriffe auf Deutschland sind trotz ihrer zunehmenden und weitreichenden Wirkung doch so dosiert, daß man klar den englischen Wunsch erkennt, Deutschland nicht zu zerschlagen, es aber genügend deutlich aufzufordern, nun auch das Seinige zu tun, um rechtzeitig die Voraussetzungen zu schaffen, mit denen die Vorherrschaft eines bolschewistischen Rußlands gemeinsam abgewendet werden kann.

Wir stehen aber auch hier in der letzten Phase der Ausnutzbarkeit dieser Interessenlage. Gerade jetzt wird in Washington darüber verhandelt, daß Rußland als Preis für eine angelsächsische Offensive auf Europa seine Kriegsziele begrenzt. Ist diese Einigung erfolgt, verengen sich unsere politischen Möglichkeiten.

Ein klareres Spiel der gegnerischen Politik kann man wirklich nicht verlangen. Es wäre kindisch, sich eigensinnig auf den Standpunkt zu stellen, es sei ja schließlich Sache Englands, dies alles zu verhindern. Das heißt die Notwendigkeit verkennen, die für England besteht, wie sie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts für Preußen-Deutschland bestand, ein unberechenbares, zum Wahnsinn gesteigertes System — damals das napoleonische — aus dem politischen Leben der Völker zu entfernen.

Die Durchführbarkeit der aufgeführten politischen Ziele habe ich auf meinen Vorkriegsreisen in England und USA festgestellt. Sie kann jederzeit durch Fühlungnahme mit den Angelsachsen erwiesen werden. Ich rate aber von einer solchen vorherigen Fühlungnahme ab, weil sie nur als moralische Schwäche gedeutet würde. Es liegen auch so genügend sichere Anhaltspunkte für die Erreichbarkeit dieser Ziele vor.

Der Verwirklichung der oben genannten Ziele steht heute keine gleich starke Rücksicht auf Frankreich gegenüber, wie sie 1918/19 die Engländer und Amerikaner bedrückte. Das Versagen Frankreichs hat in England sehr peinlich gewirkt; die Engländer sehen sehr klar, daß Frankreich kein Damm mehr auf dem Festlande sein kann, daß sie nunmehr entschlossen sein müssen, ein neues Gleichgewicht zu erstreben, das da etwa lautet: Europa mit deutscher Stärke gegen Rußland.

An dieser Gestaltung sind nicht nur unsere jetzigen Verbündeten, sondern auch die Neutralen, eigenartigerweise auch Polen und Tschechen, lebensnotwendig interessiert. Sobald die politische Führung Deutschlands wieder zu denjenigen unerläßlichen Grundelementen menschlichen Zusammenlebens zurückkehrt, die bisher auch von einem starken Deutschland anerkannt wurden (Menschlichkeit, Ritterlichkeit, Recht, Anstand), werden wir sehen, wie schnell sich einem solchen Deutschland nicht die allgemeinen Sympathien, wohl aber die Wucht gemeinsamer Lebensinteressen zuwenden. Denn selbst Polen und Tschechen sind in ihrem Bestande davon abhängig, daß Deutschland genügend Widerstandskraft gegenüber Rußland behält.

Ich kann in sichere Aussicht stellen, daß ein Deutschland, das sich außer einer ehrenhaften, sachkundigen militärischen Führung wieder eine — einfach gesprochen — anständige politische Führung gibt, binnen 48 Stunden den Luftkrieg beendet sehen kann. Die nächsten Schritte können dann einer Entspannung mit den Westmächten gewidmet sein, die es ermöglicht, alle Kriegskräfte des deutschen Volkes auf den Osten zu konzentrieren.

11

Damit komme ich zu den Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um diese unsern Bestand und unsere Zukunft sicherstellenden Ziele zu erreichen:

a) Unsere Wehrmacht darf noch nicht (vgl. Denkschrift NIEMANN) unfähig erscheinen, weiter Krieg zu führen; der Sieg darf dem Gegner noch nicht in der Nähe winken. Insbesondere muß die deutsche Wehrmacht fähig bleiben, die Ostfront nicht weiter westlich als die alte Ostgrenze Polens zu halten. Dies ist wichtig, weil wir dann sowohl den Polen wie den Angelsachsen gegenüber den Schlüssel für das Geschick Polens in den Händen halten.

b) Unser Rüstungspotential darf nicht weiter durch Zerstörungen und durch Unsachlichkeit vermindert werden.

c) Deutschland muß eine anständige, sachkundige Führung erhalten.

d) In den besetzten Gebieten ist ein rein militärisches Regime einzurichten, das nach anerkanntem Völkerrecht auf den Grundlagen des Anstandes die Ordnung aufrechterhält.

e) Gleichzeitig ist zu erklären, daß Deutschland entschlossen ist, die politische Selbständigkeit dieser Gebiete schrittweise wieder herzustellen, sowie es die Entspannung der politischen Lage gestattet. Die Entspannung wird beschleunigt, wenn es möglich ist, in den Gebieten je nach ihrer Verfassung ordnungsmäßige selbständige Regierungen herzustellen. Dies gilt in vollem Umfang auch für Polen. Die Eingliederung Polens in Deutschland wäre auch für uns kein Segen. Ein selbständiges, richtig behandeltes Polen wird ganz von selbst wirtschaftlich und politisch Anschluß an Deutschland suchen müssen. Nach Möglichkeit ist ihm Staatsunion mit einem im übrigen autonomen Litauen (Zugang zum Meer) zu verschaffen.

f) Über die zukünftige Gestaltung Europas sind sofort klare, schöpferische Erklärungen abzugeben, schon damit wir wieder die Initiative gewinnen (siehe Ziffer 13 b).

12

Die neue deutsche Verfassung muß sich auf die Mitarbeit aller anständigen Deutschen aller Schichten gründen. Sie darf ebensowenig die reaktionäre Wiederherstellung vergangener Zustände im Auge haben wie das Schicksal der Nation radikalen und illusionistischen Elementen anvertrauen. Sie muß entschlossen die Folgerung daraus ziehen, daß ein großer Teil der Intelligenz Deutschlands, insbesondere in der Schwerindustrie, politisch und moralisch versagt hat. Daraus werden sich sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet Folgerungen ergeben. Die wichtigste ist die nun wirklich volle und auf Vertrauen gegründete Eingliederung der verständigen Arbeiter in Staat und Wirtschaft auf der Grundlage voller Mitverantwortung. Ohne Verantwortung und Leistung kein öffentliches Recht und kein öffentliches Amt.

Jede Spaltung des Volkes in Partei und Nichtpartei muß vermieden werden, ebenso jede unsinnige Spaltung nach Generationen. Geschichte und Geschick eines Volkes werden durch den harmonischen Zusammenklang der die verschiedenen Lebensalter beherrschenden Kräfte bestimmt und erreicht, nicht durch das törichte Geschwätz vom Unterschied in den Generationen. Es leben ja auch dauernd sämtliche Altersstufen nebeneinander und nicht etwa klar abgegrenzte Generationen. Die einzige Spaltung, die es in Deutschland geben darf, ist die zwischen anständig und unanständig. Es stehen gerade unserer Generation genügend Erfahrungen zur Verfügung; es stehen auch genügend Männer bereit, die solche Erfahrungen besitzen, die bereits bewiesen haben, was sie

leisten können, und die bereit sind, auch in schwerster Zeit und auf jede Gefahr hin sich zur Rettung des Vaterlandes einzusetzen. Die Namen stehen auf Wunsch in persönlicher Besprechung zur Verfügung. Dem Papier können sie aus naheliegenden Gründen nicht anvertraut werden. Die Träger dieser Namen gehören allen Schichten der Bevölkerung, allen deutschen Landesteilen an; es ist wesentlich, zivile und militärische Kräfte in einer Regierung zu vereinen. Recht des handelnden Soldaten ist es, den Politiker zu bestimmen, dem er Vertrauen entgegenbringt. Dieser muß sich dann im Benehmen mit jenem die geeigneten Mitarbeiter wählen.

Deutschland bedarf einer monarchischen Spitze, die eine stetige Innen- und Außenpolitik gewährleistet. Eine wählbare Spitze vermag das nicht, jedenfalls nicht nach Charakter und Tradition der Deutschen. Es ist wichtig zu wissen, daß in Sonderheit die Arbeiter heute eine monarchische Spitze mittragen würden, die ihnen als Verkörperung des Befreiungswerkes erscheint. Später wird diese Lösung schwieriger sein. Aber möglich ist es, zunächst diese Frage offen zu lassen und an die Spitze des Staates einen Regenten zu stellen. In seiner Person muß sich der Ausgleich aller politischen und militärischen Interessen vollziehen. Unter ihm ein Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht mit Befehlshabern der Wehrmachtsteile und ein Kanzler mit verantwortlichen Ministern.

13

Somit Programm:

a) Im Innern: Die verantwortliche Reichsregierung, die wieder in ordnungsmäßigen Kabinettsberatungen arbeiten muß, erhält genügend Bewegungsfreiheit, um führen zu können; unerläßlich aber ist eine Kontrolle durch eine Vertretung des Volkes. Einstweilen nur Beratungsorgane in Reich, Kreisen, Ländern und Gemeinden. Endgültige Verfassung erst nach Rückkehr der Frontsoldaten.

Sofort Wiederherstellung der alleinigen Souveränität des Staates;

Wiederherstellung von Recht und Anstand, von Gewissens- und Geistes-, von Glaubens- und Religionsfreiheit;

Trennung von Staat und Kirchen, die sich selbst erhalten müssen und keine Politik treiben dürfen. Saubere Vermögensauseinandersetzung; dafür weist der Staat ihnen lebensnahe Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und der Erziehung zu und bekennt sich klar zu christlichen Grundsätzen. Eine Abteilung für kirchliche Angelegenheiten im Ministerium übt die erforderlichen Aufsichtsrechte aus.

Aufbau aller Verwaltungen auf Sachkunde und Verantwortungsbewußtsein;

Wiederherstellung der Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Ländern und gleichzeitige Beseitigung übertriebener Zentralisation;

Ordnung der Finanzen und der Währung;

Vereinfachung der Kriegswirtschaft unter voller Aufrechterhaltung der kriegsbedingten Zwangswirtschaft. Baldmögliche Überleitung der letzteren in eine Wirtschaft, die sich ebensosehr auf den Unternehmungsgeist der Persönlichkeit wie auf den notwendigen Verantwortungssinn gegenüber der Allgemeinheit, auf Anerkennung der Bedeutung des Wertes des Arbeiters und der Bedeutung des Kapitals stützt. Privatmonopole werden in Reichsgerechtsame überführt.

Wiederherstellung eines klaren Erziehungswesens, das auf jeder Stufe Grundkenntnisse lehrt und den Blick aufs Ganze richtet. Besonders wichtig die Bildung des Charakters auf christlicher Grundlage und eine wirtschaftliche Erziehung, die allein Unternehmer und

Arbeiter befähigt, den Tatsachen Rechnung zu tragen, in gegenseitiger Achtung zusammenzuwirken sowie die rechte Grenze zu finden zwischen den berechtigten Interessen der Sparer und den berechtigten Interessen der Arbeiter, zwischen Einzelunternehmen und öffentlichen Betrieben.

Aufrechterhaltung einer genügend starken deutschen Wehrmacht, deren Offiziere und Unteroffiziere Aussichten haben müssen, vorübergehend (zwecks Fortbildung) oder dauernd in die Verwaltung, die Wirtschaft oder in das Erziehungswesen übergehen zu können.

b) Nach außen: Zusammenfassung aller Kräfte; Bereitschaft zur Verständigung, die die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes sichert.

Einigung Europas auf der Grundlage selbständiger europäischer Staaten. Die Einigung wird stufenweise durchgeführt. Sofort wird eine europäische Wirtschaftsunion mit einem ständig tagenden europäischen Wirtschaftsrat gebildet. Erst einer solchen wirtschaftlichen Einigung kann später politisches Zusammenwachsen folgen.

Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen unter Berücksichtigung der nationalen Notwendigkeiten eines lebensfähigen Bauerntums und unter Einsatz freiwerdender Teile der Marine- und Luftstreitkräfte. Mitwirkung an der Stabilisierung der Währungen, ohne die Weltwirtschaft nicht möglich ist.

c) Alle diese Maßnahmen sollen plastisch den Willen verkörpern, daß wir kein 1918, sondern Deutschland und unser Volk zu nationaler Behauptung stärken wollen. Wir müssen uns aber klar sein, daß die Wiederholung von 1918 eben nur vermeidbar ist, wenn rechtzeitig so, wie hier vorgeschlagen, gehandelt wird.

14

Es ist notwendig zu wissen, daß man sich auch in führenden Parteikreisen darüber klargeworden ist, daß es weder persönlich noch sachlich so weitergeht. Dabei ist man sich klar, daß sowohl die politische wie militärische Führung geändert werden muß. Die Macht der Tatsachen setzt sich also wie immer als harte Lehre durch. Nur darf man nicht, wenn man nicht ungeheure Opfer bringen will, warten, bis sich dies alles von selbst vollzieht; würde man warten, so ständen für den Wiederaufbau keine materiellen und sittlichen Kräfte mehr zur Verfügung.

Aus der Bewegung in der Partei ergibt sich für die Wehrmacht auch die Möglichkeit, mit diesen Kräften der Partei zusammenzugehen. Sie wird sich dabei allerdings klar sein müssen, daß die bisher im Vordergrund stehenden Parteimänner weder im Volk noch draußen irgendeine Resonanz mehr finden können. Aber zu einem von beiden möglichen Schritten, der zur Änderung des gegenwärtig unhaltbar gewordenen Zustandes führt, muß sie sich entscheiden. Wie diese Entscheidung durchzuführen ist, wird mündlich zu besprechen sein. Durchdacht ist es, ebenso wie selbstverständlich alle sonstige Gedankenarbeit bewältigt ist, die zur Durchführung des in Ziffer 13 dargelegten Programms erforderlich ist.

15

Ende 1918 hat das deutsche Volk, auf welchem Wege und auf wessen Einfluß auch immer, sich in dem Zusammenbruch von einem Monarchen getrennt, der unfähig war, politische und militärische Gesichtspunkte klar und in erreichbaren Zielen zu vereinigen. Diese Trennung ist erfolgt, obgleich KAISER WILHELM II. moralisch untadelig war. Heute

stehen wir unter einer Führung, die sich nicht nur als unfähig erwiesen hat, sondern vermessen und wahnwitzig ist und jedes sittlichen Gehalts entbehrt, weil sie sich des Verbrechens bedient, Verbrechen anordnet und Verbrechen sowie Korruption duldet.

Das deutsche Volk hat in allen seinen Schichten, insbesondere in der Arbeiterschaft, dies erkannt. Stalingrad, die Zerstörungen durch Luftangriffe und die Schließungen von Geschäften haben diese Erkenntnis wesentlich gefördert. Das Volk hat, von Teilen der Intellektuellen abgesehen, das Vertrauen zu HITLER verloren, soweit dies je wahrhaftig vorhanden und nicht durch Demagogie erschlichen war. Daran hat auch seine von Entstellungen erfüllte Rede am 21. 3. 1943 nichts mehr ändern können. Ein Mann kann führen entweder durch die Stärke seiner sittlichen Kraft oder durch Erfolge. Fehlt, wie hier, jene vollkommen und hören diese auf, so ist er erledigt. Das Volk ist nicht nur reif, sondern es wartet, daß eine rettende Tat geschieht. Hinter der Reife kommt immer die Fäulnis; wer die Reife nicht nützt, muß sich mit der Fäulnis abfinden.

Es ist außer jedem Zweifel, daß sich seit einigen Wochen im Anschluß an die oben dargelegten Vorgänge der Radikalismus wächst. Das deutsche Volk, insbesondere der deutsche Arbeiter, selbst Kommunisten, hatten ein großes Vertrauen zur moralischen Qualität der Generäle. Dies Vertrauen beginnt zu wanken, weil das Volk glaubt, daß sie sich, ihren Soldaten und dem Volk alles bieten lassen, was ihnen von einer unfähigen und zum Teil verbrecherischen Führung zugemutet wird. Das Volk hat lange in den Offizieren, besonders den höheren, die selbstverständlichen Hüter von Ehre und Anstand gesehen. Nunmehr fängt es an, dieses Vertrauen zu verlieren, und ich muß mit allem Ernst darauf aufmerksam machen, daß diese Bewegung schnell fortschreitet. Damit wird allmählich den verständigen und verantwortungsbewußten Männern der Arbeiterschaft die Möglichkeit aus der Hand geschlagen, noch auf die große Masse ordnend einzuwirken. Wir haben heute bereits, anders wie vor sechs Monaten, vier Strömungen in der Arbeiterschaft: eine bolschewistische, Rußland zustrebende; eine kommunistische, eine radikal-sozialistische und eine zur Zusammenarbeit mit der Intelligenz und der Wehrmacht bereite. Diese letztere hat auch heute noch die gewaltige Mehrzahl hinter sich. Aber von Woche zu Woche verliert sie Kräfte an die radikalen Gruppen. Diese Entwicklung vollzieht sich fortschreitend mit eherner Folgerichtigkeit. Ihre Endwirkung liegt auf der Hand. Heute kann noch verbürgt werden, daß die große Mehrzahl der Arbeiter, die Beamten und eine erhebliche Mehrheit der Wirtschaft sofort bereit sind, sich hinter eine sachkundige, sittliche Staatsführung zu stellen.

Läßt man durch Untätigkeit den Radikalismus weiter fortschreiten, so wird er sehr viel schlimmere Formen annehmen als 1918. Darauf ist immer hingewiesen, diese Pflicht sei auch hiermit erfüllt.

16

Ein Risiko sehe ich für den entschlossen Handelnden überhaupt nicht mehr. Wie ist es möglich, daß das so anständige deutsche Volk so lange ein so unhaltbares System trägt? Die Erklärung ist einfach: nur weil sich alle Verstöße gegen Recht und Anstand im Schutze der Geheimhaltung und unter dem Druck des Terrors vollziehen. Dies ändert sich mit einem Schlage, wenn das Licht der Wahrheit in aller Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände gerichtet wird. Man stelle dem deutschen Volk in klaren Worten, aber öffentlich dar, was es im Geheimen schon weiß und bespricht: nämlich die Folgen unfähiger militärischer Führung, das Übermaß von Korruption, die zahllosen Verbrechen,

die mit unserer Ehre nicht vereinbar sind, und richte dann öffentlich an alle die Frage, wer bereit ist, diesen Zustand gutzuheißen, und wer es für richtig hält, daß er bestehen bleibt. Ich übernehme die Bürgschaft dafür, daß niemand dann vortritt; denn es gibt in der ganzen Welt niemand, selbst keinen geborenen Verbrecher, der sich öffentlich zu einem System der Verbrechen bekennt.

Es ist ein großer Irrtum anzunehmen, daß die seelische Kraft des deutschen Volkes erschöpft sei; sie ist nur geradezu planmäßig verschüttet. Es ist also die Aufgabe einer rettenden Tat, die Deckmasse, d. h. das Geheimnis und den Terror hinwegzuräumen, Recht und Anstand wieder herzustellen und damit einen ungeheuren seelischen Kraftzuwachs frei zu machen. Lassen wir uns nicht in unserem Glauben daran beirren, daß das deutsche Volk wie in der Vergangenheit, so auch für die Zukunft dies will: Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit! Die geringen entarteten Bestandteile unseres Volkes, die das nicht wollen, müssen, wie früher, durch die auf das Recht gestützte Kraft des Staates unten gehalten werden.

Es handelt sich also praktisch nur darum, einen Zustand herzustellen, in dem es auch nur 24 Stunden möglich ist, die Wahrheit wieder zu Worte kommen zu lassen und damit das allgemeine Vertrauen in den festen Willen zu gewinnen, daß Recht und Anstand wieder herrschen sollen.

Ich bin gefragt worden, ob es nicht richtiger sei, zunächst einmal erst, etwa im Winter oder Frühsommer 1944, Rußland durch einen entscheidenden Schlag so weit zu schwächen, daß es als ernsthafter Kriegsgegner ausscheidet. Ich unterstelle, daß dies möglich ist. Meine Antwort muß trotzdem ein klares Nein sein. Wir haben nicht mehr so viel Zeit, um einen solchen militärischen Erfolg, selbst wenn er möglich sein sollte, abzuwarten; denn in der Zwischenzeit vollziehen sich auf allen Gebieten alle jene Entwicklungen, die oben dargelegt sind. Ihre Wirkungen, besonders die der Luftangriffe — man bedenke die Folgen, wenn auch nur 20 rüstungswichtige Städte und ihre Arbeitsstätten das Schicksal Essens erleiden — müssen einen solchen Grad erreichen, daß an eine Möglichkeit, den Krieg weiterzuführen, gar nicht zu denken ist. Wir würden also — theoretisch gedacht — bestenfalls einen Erschöpfungssieg im Osten erringen, den wir aber politisch nicht mehr ausnützen könnten, sondern den wir mit weiteren schweren Blutopfern, mit gewaltigen Zerstörungen und mit dem Versiegen aller materiellen und seelischen Kräfte bezahlt haben würden, während kein Anhaltspunkt dafür gegeben ist, daß bei unserem Gegner eine gleiche Entwicklung Platz gegriffen hat. Wahrscheinlich aber ist, daß in diesem langen Zeitraum die Angelsachsen bereits entscheidende militärische und wirtschaftliche Erfolge errungen haben dürften, zumal sie möglichst bald freie Hand im Fernen Osten gegenüber Japan brauchen. Ich muß also pflichtgemäß vor einem solchen zuwartenden Plan dringend warnen; seine Verfolgung würde in sicheren Zusammenbruch führen.

(Gerhard Ritter: Karl Goerdeler, S. 577 ff.)

9. NEUFASSUNG „WALKÜRE" VOM 31. 7. 1943 MIT DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN VOM 11. 2. 1944

(Anm. Der Herausgeber: Unter dem Decknamen „Walküre" liefen die militärischen Vorbereitungen zu dem Umsturz in Berlin.)

Der Chef der Heeresrüstung und
Befehlshaber des Ersatzheeres
AHA/I a (I) Nr. 3830/43 g. Kdos.
Bezug: Chef H Rüst u BdE AHA/I a VII
Nr. 17020/42 gKdos. v. 26. 5. 42
Betr.: „Walküre".

Berlin, den 31. Juli 1943
Geheime Kommandosache

220 Ausfertigungen
218. Ausf.

Allgemeines.

Durch die Aufstellung der Walküre II Divisionen sind die mit Bezugs-Verfg. befohlenen Maßnahmen „Walküre" überholt. Sie werden daher aufgehoben und durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

I. Aus den Ersatz- und Ausbildungstruppenteilen, Schulen und Lehrgängen mit Lehrtruppen (Ausnahme siehe Ziff. VII) sind die in den Bereichen der W.Kdo. liegenden Teile durch die stellv. Gen.Kdo. zu Kampfgruppen zusammenzufassen. Die Vorbereitungen und Durchführung laufen unter dem Stichwort „Walküre".

II. Hierzu ist durch die stellv. Gen.Kdo. die Bildung von einsatzfähigen Kampfgruppen (verst. Btl., unter Eingliederung aller verfügbaren Waffengattungen) kalendermäßig so vorzubereiten, daß auf gegebenes Stichwort die Durchführung in 2 Stufen erfolgen kann.

a) 1. Stufe.

Herstellung der Einsatzbereitschaft von Einheiten (Komp. pp) innerhalb von 6 Stunden. Eine Alarmbereitschaft ist mit den vorzubereitenden Maßnahmen nicht verbunden.

b) 2. Stufe.

Zusammenfassung von Einheiten der I. Stufe zu einsatzfähigen Kampfgruppen (siehe Ziff. II, 1. Abs.). Eisenbahntransport zum Zwecke der Zusammenziehung zu Kampfgruppen ist nur dort durchzuführen, wo andere Möglichkeiten (Landmarsch) eine erhebliche Verzögerung bedeuten oder Kraftwagentransport nicht möglich ist.

Grundsatz:

Schnellste Zusammenfassung unter Ausnutzung aller verfügbaren Mittel.

III. a) Für Schulen, Lehrgänge, Lehrtruppen und Wehrkreis-Unterführer-Lehrgänge gelten ebenfalls die Bestimmungen dieser Verfügung. (In Abänderung Chef H Rüst u BdE AHA/I a (I) Nr. 4810/42 gKdos. vom 13. 10. 42)

Ausnahme siehe VII. Die kalendermäßigen Vorbereitungen sind jedoch so zu treffen, daß aus den Schulen, Lehrgängen usw. selbständige Einheiten aufgestellt werden können.

III. b) „Einheiten des Feldheeres, die sich in Aufstellung, Auffrischung oder Umgliederung im Heimatkriegsgebiet befinden, sind ebenfalls entsprechend den Bestimmungen dieser Verfügung heranzuziehen.

Sie sind aufzustellen:

a) als Kampfgruppen, wenn ihr Aufstellungsstand hinsichtlich Grad der Bewaffnung, Beweglichkeit und Ausrüstung es zuläßt,

b) als Alarmeinheit, wenn die Aufstellung noch nicht so weit vorangeschritten ist.

Auf jeden Fall sind sie selbständig aufzustellen und nicht mit anderen Walküre-Verbänden des Wehrkreises zusammenzulegen."

V. Panzer- und Panz.Gren.Einheiten einschl. deren Schulen mit Lehrgängen und Lehrtruppen sind neben den Verbänden der Infanterie als besondere Kampfgruppen zusammenzufassen.*)

VI. Aus den im Bereich der W.Kdo. liegenden Nachrichten-Kraftfahr-Park-, Verwaltungstruppen usw. sind Einheiten in die Kampfgruppen nur so weit einzuteilen, als dies der Stärke der einzelnen Kampfgruppen entspricht und erforderlich ist. Der übrige personelle und materielle Bestand dieser Einheiten steht für die Ausstattung der Kampfgruppen zur Auffüllung zur Verfügung.

Ausnahme:

a) San.-Truppen.

Durch die San.-Ausbildungs- und Ers.-Abteilungen im Bereich der W.Kdo. ist die Aufstellung von San.-Kp. und Kr.Ww.Zügen entsprechend dem personellen Bestand vorzubereiten.

b) Heeres-Nachrichten-Schule Halle bereitet aus Nachr.-Lehr-Rgt. die Aufstellung der gem. Chef H Rüst u BdE AHA/a (I) Nr. 36723/42 geh. vom 17. 11. 42 befohlenen Korps-Nachr.Abt. vor.

VII. Aus folgenden Einheiten, Schulen und Lehrgängen sind Alarmeinheiten zu bilden, deren Einsatzbereitschaft gleichfalls innerhalb von 6 Stunden hergestellt sein muß. (5413/43 g.K. v. 6. 10. 43)

a) Marschbtlne. und -Komp. b) Schulen und Lehrgänge:

Offz.Lehrgänge, Fahnenjunkerschulen u. Lehrgänge, Oberfähnrichslehrgänge, militärärztl. Aakademie u. heeresvet. ärztl. Akademie, Forschungsabteilung u. San.Off. der Gebirgs-San.-Schule sowie Offz. der San.-Lehrabt., Heeres-Offz.Schulen, Feuerwerker-Schule, Waffenmeister-Schulen I u. II, Heeresnachrichtenschule II, Heeresreit- u. Fahrschule, Pi.-Schule Karlshorst, Festungswallmeister-Schule Sternberg, 1./Eisenbahn-Pi.-Schule Rehagen-Klausdorf, Beamten- u. Schirrmeister-Lehrgänge.

c) Lehrtruppen- und Ersatz-Abtl.

Pi.-Lehrbataillon 3, Rosenheim, Festungslehrabteilung Althöfchen, Truppen-Entgiftungs-Lehrk. der San.-Lehrabt., Ausbildungsbattr. für Gasspürhunde, Feldpostersatzabteilung.

d) Sonstiges.

Nachrichten-Betriebsabteilung Chef II Rüst u BdE, Blindenführerhund-Staffel, Gruppe Heeresstreifendienst zbV, Zug-Wach-Abt., Betreuungsdienst, Heeresschule für Nachrichtenhelferinnen, Nachrichtenhelferinnen-Ausbildungsabt., -Bereitschaften und -Trupps. Ferner alle Feldzeugdienststellen, Kraftfahrparke, San.-Abt., Heimatpferdeparke u. Pferdelazarette, Zentralers.Teillager, Zgkw. Gleiskettenlager, sowie Parke aller übrigen Waffen.

Außerdem Luftabwehr-M.G.Posten, Alarm- u. Heimatflak-Battr., Werkschutz.

Weisungen über die Gliederung dieser Alarmeinheiten werden von Chef H Rüst u. BdE nicht gegeben. Über materielle Ausstattung siehe Durchführungsbestimmungen 1.) 2.) b) bb). Die Lehrtruppen der oben angeführten Schulen und Lehrgänge stehen jedoch für „Walküre" zur Verfügung (vgl. Ziff. III.).

*) Anm.: IV fehlt oder verschrieben.

VIII. Durch die W.Kdo. ist der Objektschutz und die Sicherung von Kunstbauten bei Notständen unabhängig von den für Walküre aufzustellenden Kampfgruppen vorzusehen. Die Vorbereitungen für „Walküre" sind hierauf abzustimmen.

IX. Mit Herausgabe dieser Bestimmungen werden die mit Chef H Rüst u BdE AHA/Ia (I) Nr. 4810/42 g.Kdos. vom 13.10.42 erlassenen Bestimmungen über die Verwendungsbereitschaft des Ersatzheeres ebenfalls aufgehoben.

X. a) Die Kalender-Vorbereitung ist durch die W.Kdo. den entspr. in ihren Bereichen liegenden Dienststellen zu übertragen.

b) Für W.Kdo.Gen.Gouv. gelten die Bestimmungen „Brunhilde-Ost" gem. Chef H Rüst u BdE AHA/Ia (I) Nr. 4940/42 g.Kdos. vom 28. 10. 42.

Für W.Kdo. Böhmen-Mähren verbleibt es bei den Bestimmungen Wehrmachtsbevollmächtigter beim Reichsprotektor u. Befehlshaber im W.Kdo. Böhmen u. Mähren Ia/Id Nr. 100/43 g.Kdos. vom 10. 7. 43.

WKdo. X Befehlshaber der Deutschen Truppen in Dänemark erlassen für ihren Befehlsbereich eigene Bestimmungen. Es unterstehen ihnen hierzu alle in ihrem Befehlsbereich liegenden Einheiten des Heeres.

c) Einheiten von W.Kdo., die in anderen Bereichen untergebracht sind, unterstehen für diese Maßnahmen den jeweiligen territorialen Befehlshabern.

d) Soweit neben „Walküre" andere Sicherungsmaßnahmen, z. B. Küstensicherung (W. K.X) oder Dünkirchen (W.K.VI) oder Bekämpfung von Fallschirmjägern und Luftlandetruppen vorgesehen sind, sind die für „Walküre" vorzubereitenden Maßnahmen soweit möglich als Grundlage auch für diese Sicherungsmaßnahmen zu nehmen.

e) Die Bestimmung für Bereitstellungen von Transportraum für Alarmeinsatz bei Ob West gem. Chef H Rüst u BdE.

f) Die Bestimmungen über die kalendermäßige Vorbereitung von 1 gem. Art.Rgt. zu 9 Battr. für Westeinsatz gem. Bez.Verfg. 2.) behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

XI. Auslösung:

a) Die Durchführung wird ausgelöst

aa) für das Gesamtvorhaben durch das Stichwort „Walküre",

bb) für Teilvorhaben (Beschränkung für bestimmte W.Kdo.) durch entsprechenden Zusatz, z. B. „Walküre" für W.Kdo. V.

Entsprechend zu vorstehender Ziffer aa) und bb) werden durch den Zusatz der Stufen z. B. „Walküre" 1. Stufe oder

„Walküre" 2. Stufe für W.Kdo. V ausgelöst und wirksam.

Weitere Zusätze über Einbeziehung der Schulen, über materielle Ausstattung unter Rückgriff auf die Fz.Kdo. usw. können in dem Aufruf jeweils enthalten sein. Diesen Stichworten kann eine Vorankündigung mit dem Zusatz „in Erwartung" z. B. „Walküre für W.Kdo. V in Erwartung" vorausgehen.

b) Das Stichwort zu vorstehender Ziff. a) wird durch Chef H Rüst u BdE gegeben. Der Empfang ist umgehend durch Fernschreiben im Wortlaut zu bestätigen.

c) Im Falle überraschender Bedrohung und sonstiger Notstände sind die W.K.Befh. berechtigt, die Maßnahmen selbständig auszulösen. Es kann dabei auch möglich sein, daß hierbei auf die Alarm-Einheiten gem. VII. (Offz.Lehrgänge, Oberfähnrich-Lehrgänge, Fahnenjunker-Schulen usw.) zurückgegriffen werden muß. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nur im äußersten Notfall ergriffen werden.

c) **Bewachung** der Liegenschaften und Wartung zurückbleibender Geräte;

d) **Durchführung** von Entlassungen.

Das für die Maßnahmen von a) bis d) erforderliche Personal ist auf ein Mindestmaß **zu beschränken.** Es ist vornehmlich a.v.- oder g.v.H.-Personal vorzusehen.

2.) Zur Durchführung von „Walküre" stehen zur Verfügung:

a) Personell:

Alles verfügbare Personal in den Bereichen der W.Kdo. einschl. noch in Grundausbildung befindlicher, aber verwendbar erscheinender Rekruten.

Sämtliche Urlauber.

Einzelpersonal aus den gemäß Allgemeines Ziffer VII. für die Heranziehung für „Walküre" nicht vorgesehenen Schulen, Lehrgängen usw., vor allem zur Besetzung von Offz.-, Uffz.- und Spezialisten-Stellen.

Die gesamte Stellenbesetzung einschl. der Uffz.- und Beamten-Stellenbesetzung erfolgt durch die W.Kdo.

Das Personal von in Aufstellung befindlichen Marsch-Kp. und Marsch-Btl. steht nicht zur Verfügung, vgl. Ziffer VII.

b) Materiell:

Die Gesamtbestände an Waffen, Gerät, Munition, Kfz., Panzern und Pferden der in den Bereichen der W.Kdo. liegenden Einheiten.

Die Bestände der Fz.Kdo., Parke usw. stehen erst auf Weisung Chef H Rüst u BdE zur Verfügung.

Die Bestände der Fz.Kdo. und Parke sind vorgesehen:

aa) zur Ausstattung der als Personaleinheit aufgestellten Kampfgruppen,

bb) zur Ausstattung der Alarm-Einheiten gemäß Allgemeines Ziffer VII.,

cc) zur Verbesserung der Ausstattung der aus den Beständen der Einheiten ausgestatteten Kampfgruppen.

Das Rückgriffsrecht auf diese Bestände muß im Aufruf „Walküre" besonders befohlen sein, nur in ganz begründeten Ausnahmefällen veranlassen die Wehrkreisbefehlshaber die Ausstattung der Kampfgruppen aus den Beständen der Fz.Kdo., Parke usw. selbständig. Chef H Rüst und BdE ist hiervon sofort zu benachrichtigen.

Materielle Einzelbestimmungen: (Hierzu siehe auch 4393/43 g.K. v. 23. 8. 43 „Munitionsausstattung", „Gasschutzgerät" 35169/43 g. . . . ?)

Feldküchen (auch Kochkisten) können neben etwaigem Bestand nicht zur Verfügung gestellt werden.

San.Gerät ist durch die W.Kdo. (W.K.-Ärzte) unter Anrechnung des bei den Ers. u. Ausb.Abt. befindlichen Geräts bereitzustellen.

Pferde.

Es stehen zur Verfügung:

Alle Pferde der Einheiten.

(ab 1. 11. 43 auch die Remonten 42 der W.K.-Reit- und Fahrschulen sowie der Remonten-Schwdr.)

Alle ausgabefähigen Pferde der Heimatpferdeparke.

Alle geheilten Pferde der Heimatpferde-Lazarette.

Soweit die hier angeführten Bestände nicht ausreichen, ist Aushebung vorzusehen. **Eine** Aushilfe durch Chef H Rüst und BdE durch Zuführung aus anderen W.K. erfolgt **nicht.** Es ist jedoch verboten, vor Eingang des Stichworts die Aushebungsvorbereitungen **mit** Stellen außerhalb der Wehrmacht (z. B. Dienststelle Reichsnährstand) zu besprechen.

Bespannfahrzeuge und Geschirre.

Es stehen zur Verfügung die Bestände der Einheiten.

Der Bedarf an landesüblichen Fahrzeugen und landesüblichen Geschirren ist, soweit erforderlich, durch die Aushebung zu decken.

Für die Geheimhaltung gelten die Bestimmungen wie für die Aushebung von Pferden.

II. Einzelheiten.

1.) Truppenbezeichnungen.

Die Bezeichnungen sind wie folgt vorzusehen:

a) Für Kampfgruppen:

Die Kampfgruppen aus den Bereichen der W.Kdo. tragen die Nr. ihrer W.K., z. B. im Bereich des W.Kdo. V Kampfgruppe V.

Die Kampfgruppen innerhalb der W.K. werden durchnumeriert, z. B.: 1. Kampfgruppe V, 2. Kampfgruppe V usw.

b) Für Kampfgruppen der Schulen, Lehrgänge, Lehrtruppen usw. gelten die Bestimmungen gemäß a) sinngemäß. Sie sind durch die W.Kdo. in ihre laufende Nr. Bezeichnung einzubeziehen. Soweit nur Einheiten (Kp. usw.) aufgestellt werden, tragen diese folgende Bezeichnungen:

z. B. 1. Battr. III oder 1. Pi.Kp. III bei Einheiten aus dem Bereich des W.Kdo. III.

c) Alarm-Einheiten.

Die Alarm-Einheiten tragen die Bezeichnung Schule, Lehrgang usw.

z. B. 1. Kp. Mil.Ärztl. Akademie, 1. Kp. Heeres-Reit- und Fahrschule.

2.) Feldpost-Versorgung.

Feldpostnummern werden nicht zugeteilt.

Die Feldpost-Versorgung erfolgt über die Ämter der Deutschen Reichspost.

Die Versorgung ist wie folgt zu regeln:

Die Rest-Kdo. gemäß Durchführungsbestimmungen Ziffer I. 1.) leiten die eingehende Post den Kampfgruppen zu. Hierzu sind möglichst zentrale Stellen vorzusehen, bei denen durch die Kampfgruppen die Post abgeholt wird. Diese Abholorte sind möglichst selten zu wechseln.

3.) Ersatztruppenteile.

Eine Bestimmung von Ersatztruppenteilen für die „Walküre"-Einheiten erfolgt nicht. Für den einzelnen Mann ist jeweils die Einheit ersatzzuständig, der er vor Auslösung „Walküre" angehörte.

Geheime Kommandosache.

Mit Anschriftenübermittlung

An W.Kdo. I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, X, XI, XII, XIII, XVII, XVIII, XX, XXI.

65 Ausfertigungen

64. Ausfertigung

Bezug: Chef H Rüst und BdE AHA Ia (I) Nr. 3830/43 g.K. v. 31. 7. 43

Betr: Walküre.

1.) Die Notwendigkeit, Walküre-Kampfgruppen kurzfristig zu kampfkräftigen Verbänden für den Fronteinsatz zusammenzustellen, macht zur Beschleunigung dieser Vorbereitungen eine Neugliederung der Kampfgruppen in den W.K. erforderlich.

2.) In jedem W.K. ist daher ein verstärktes Gren.Rgt. aus den bisherigen Walküre-Kampfgruppen vorzubereiten.

Gliederung (als Anhalt):
Rgt.Stab mit Stabskp.
2—3 Btl.
1 Inf.Gesch.-Kp.
1—2 PzJg.Kp. (Inf.Pz.Jg.Kp., Pz.Jg.Kp. (mot. Z),
Pz.Jg. (Stu.Gesch.) Kp., Pz.Jg. (Fla) Kp.,
Pz.Zg. (SF) Kp.)
1 Art.Abt. mit 2—3 Battr. (le.f.H. 16, 18 F.H. 18,
s.F.H. 18, s.F.H. 414 f)
1 Pi.Kp.

3.) Aufruf von vorst. Gren.-Rgt. für den Fronteinsatz gemäß Ziffer 2 wird erforderlichenfalls durch Aufruf entsprechender Truppenteile aus verschiedenen W.K. erfolgen, um eine übermäßige Beanspruchung eines W.K. zu vermeiden. Veränderungen hinsichtlich Gliederung der Ers.- und Ausb.Truppenteile sowie Zurückhalten des für Feldersatz vorgesehenen Personals hat durch die W.K. nicht zu erfolgen.

4.) Personelle und materielle Stärken entsprechend den K.St.N. und K.A.N. der Inf.-Div. (n.A) als Anhalt.

5.) Gliederung, Aufkommensorte und Stärken des verst. Gren-Rgt. sind entsprechend dem für Walküre-Meldungen befohlenen Muster (Verfg. Chef H Rüst und BdE AHA Ia(I) Nr. 46475/43 geh. II Ang. v. 28. 12. 43) als Blatt 6 zu melden.

Die durch die Vorbereitungen des Rgt. sich ergebenden Veränderungen bei den Walküre-Kampfgruppen der W.K. und die Gliederungen des vorst. Gren.-Rgt. sind außer Termin baldmöglichst durch Fernschreiben zu melden.

Chef H. Rüst und BdE
AHA Stab I (II Nr. 1119/44 g. Kdos. v. 11. 2. 44
i. A.
gez. Graf Stauffenberg

Nach Abgang:

W.Kdo. I—XIII, XVII, XVIII	*	1.—15. Ausf.
XX, XXI	*	16.—17. „
OKH/PA		18.—22. „
Chef H. Rüst und BdE/Stab		23. „
Chef Ausb.Wesen		24. „
VA		25.—27. „
AHA-Stab I (1), II (2x)		28.—30. „
Ib (2x), Ic		31.—33. „
AGa V (3x), . . .		34.—37. „
Jn 2, 3, 4, 5, 6, Ag N		38.—43. „
Gen. d. Mot, Jn 12		44.—46. „
S Jn, V Jn, Fz Jn		47.—54. „
Chef WKW/Chef Inst.		55.—56. „
Wehrm.Trsp.Ltg.: Mitte		57. „
Vorrat		59.—65. „

* fernschriftlich voraus
(Anlage 2 zum K.-Bericht vom 6. 8. 44)

10. FRIEDENSPLAN GOERDELERS VOM SPÄTSOMMER BIS HERBST 1943

Wir gehen davon aus, daß

1. Deutschland um des deutschen Volkes, der Völker Europas und des Friedens der Welt willen moralisch und materiell stark sein muß.

2. Daß zwischen England und Rußland Interessengegensätze von Ostasien bis zum Mittelmeer, vom Mittelmeer bis zum Nordatlantik bestehen, die in der Natur der Verhältnisse begründet sind;

3. daß Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht braucht;

4. daß diese Sicherung zur Zeit nur durch England oder Deutschland auf längere Zeit sichergestellt werden kann;

5. daß es zweifelhaft ist, ob Amerika dauernd Kräfte für diese Sicherung zur Verfügung stellen wird;

6. daß es daher sinnvoll und geboten ist, die natürliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland zu verwirklichen, weil sie alle jene Voraussetzungen erfüllen würde;

7. daß diese Verwirklichung nur erfolgen kann, wenn die europäischen Völker in Freiheit und Selbständigkeit sich zu einem ewigen Friedensbund zusammenfinden, in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht;

8. daß kein weißes Volk dazu beitragen darf, Japan eine Ausdehnung auf Kosten anderer weißer Völker oder Chinas zu ermöglichen;

9. und daß im übrigen die ganze Welt wirtschaftlicher Zusammenarbeit bedarf, um die Finanzen in Ordnung zu bringen, Arbeit zu sichern und Wohlstand wieder zu begründen.

Deutschland muß Recht und Anstand bei sich selbst wiederherstellen. Das ist es seiner Ehre und anderen schuldig. Nur wenn es die Verbrecher gegen das Recht, auch die Verstöße gegen das Völkerrecht, selbst bestraft, kann es seelisch wieder gesunden. Daher muß dringend vor jedem Gedanken gewarnt werden, diese Bestrafung durch Dritte oder durch einen Internationalen Gerichtshof vollziehen zu lassen. Selbst die Deutschen, die mit Haß und Verachtung auf die Schändung des guten deutschen Namens durch Deutsche blicken und zu jeder gerechten Härte bereit sind, oder vielmehr gerade diese Deutschen werden es entschieden ablehnen, an einer solchen Bestrafung durch Dritte teilzunehmen. Angesichts der ungeheuerlichen, in der Geschichte einzigartigen Verbrechen, die HITLER und seine Trabanten begangen haben, ist der Wunsch der verletzten Völker auch diesen Deutschen sehr verständlich; aber die Vernunft und die Verantwortung vor der Zukunft gebieten, daß diese Gefühle gebändigt werden. Selbstverständlich soll es jedem Menschen in der Welt und jeder Regierung freistehen, Anzeige gegen deutsche Verbrecher zu erstatten und selbstverständlich wird das daraufhin Veranlaßte dem Anzeigenden mitgeteilt werden. Auch gegen die Anwesenheit offizieller Vertreter der verletzten Nation bei den öffentlichen Verhandlungen ist nichts einzuwenden; im übrigen wird die Öffentlichkeit der Verhandlungen garantiert und damit ohne jede Entwürdigung die Sicherheit der Nachprüfung geschaffen. Nach dem ungeheuren Unglück, in das HITLER das deutsche Volk gestürzt hat, ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutschen Gerichtshöfe eher zur Härte als zur Milde neigen werden.

Daß Deutschland materiell genügend stark wieder werden muß, ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Deutsche Reich zumindest gegen einen dauernden Druck der gewaltigen russischen Kraft zu sichern. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, den

territorialen Bestand Deutschlands, wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat, zu erhalten.

Alle Pläne, Deutschland aufzuteilen, müssen immer wieder Spannungen in Deutschland und damit in Europa erzeugen. Denn Deutschland liegt nun einmal in der Mitte des Kontinents. Als deutsche Grenzen kommen in Betracht:

im Osten etwa die Reichsgrenze von 1914,

im Süden die in der Konferenz von München 1938 anerkannte Grenze einschließlich Österreich; auch muß Südtirol, ein rein deutsches Land, bis zur Grenze Bozen—Meran zu Deutschland zurückkehren. Die italienische Herrschaft hat dort nur Verbitterung und Rückschritt erzeugt.

Im Westen ist die Elsaß-Lothringen-Frage sehr schwer zu lösen; es gibt keine Ruhe, wenn Elsaß-Lothringen in seinem alten Bestande zu Deutschland oder Frankreich geschlagen wird; es gibt zwei andere Möglichkeiten;

a) entweder Elsaß-Lothringen wird ein autonomes Land etwa in der Stellung der Schweiz, oder

b) durch eine neutrale Kommission wird die Sprachgrenze ermittelt, wie sie 1918 und 1938 war. Zwischen diesen beiden Linien muß die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland liegen. Daß in diesem zweiten Falle Deutschland Elsaß-Lothringen weitgehende Selbstverwaltung zuweist, liegt ebenso sehr in sachlichen Notwendigkeiten wie in unseren Überzeugungen und Zielen begründet.

Im Norden muß in ähnlicher Weise wie im Westen die gerechte Grenze gegenüber Dänemark ermittelt werden.

Im übrigen werden in einem europäischen Staatenbunde, auf den wir hinstreben müssen, innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen.

Dieser territoriale Bestand des Deutschen Reiches setzt eine Verständigung über Polen voraus. Soweit sich jetzt übersehen läßt, ist der Bestand Polens davon abhängig, daß die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938 hält. Bricht sie zusammen, so ist Polen an Rußland verloren. Wir verstehen Empörung und Haß des polnischen Volkes nach allem, was geschehen ist, sehr wohl. Wir würden ebenso fühlen. Aber auch hier gebietet die Verantwortung vor der Zukunft zu verhindern, daß diese Gefühle sich gewalttätig Bahn brechen. Sie müssen sich einer geordneten Bestrafung der Verbrecher und der Wiedergutmachung durch Zusammenarbeit unterordnen. Polen kann Ersatz für Westpreußen und Posen durch eine Staatsunion mit Litauen erhalten. Dadurch wird beiden Völkern geholfen und Polen der Zugang zum Meer geschaffen. Eine solche Union hat in früheren Jahrhunderten bestanden; sie ist an dynastischen Fragen gescheitert. Solche Spannungen sind heute nicht mehr vorhanden oder zu vermeiden. Außerdem besteht die Möglichkeit, Polen über die deutschen Häfen jede Verbindung zum Weltverkehr zu sichern. Die Zukunft wird solche Verbindungen nicht mehr von militärischen Fragen abhängig machen, denn sie steht und fällt für alle europäischen Völker mit dem dauernden europäischen Frieden.

So ist zu hoffen, daß allmählich nach diesen furchtbaren und leidvollen Erfahrungen auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wieder ausgeglichen wird. Jedenfalls werden wir bereit sein, Polen bei der Heilung seiner Wunden und in Zukunft jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.

An eine Wiedergutmachung des durch den Hitlerismus den europäischen und anderen Völkern zugefügten Schadens ist nicht zu denken. Deutschland ist durch Hitler schon vor diesem Kriege in ungeheure Schulden gestürzt. Die Bewunderung, die andere Völker Hitlers Künsten auf diesem Gebiet entgegengebracht haben, war für das deutsche Volk verhängnisvoll. Die gewaltige Schuldenlast dieses unseligen Krieges teilt Deutschland mit der ganzen Welt. Die Zerstörungen aber, die der Krieg angerichtet hat, sind heute schon in Deutschland größer als in jedem anderen Teil Europas. Es ist daher physisch für Deutschland unmöglich, außer dem Aufbau in Deutschland, der Generationen in Anspruch nehmen wird, auch noch den in anderen Ländern zu schaffen.

Wir schlagen daher zur seelischen Entspannung und zur materiellen Erleichterung ein europäisches Gemeinschaftswerk für den Wiederaufbau vor, an dem jeder europäische Staat nach dem Maß seiner Kräfte teilnimmt.

Über die Interessengegensätze zwischen England und Rußland brauchen wir nichts zu sagen; sie sind da. Im 19. Jahrhundert sind sie durch das europäische Gleichgewicht ausgeglichen; trotzdem hat es diesen und jenen bewaffneten Konflikt gegeben (z. B. Krim-Krieg). 1918 konnte England die unüberlegte erniedrigende Behandlung Deutschlands hinnehmen, weil Rußlands Kraft für lange Zeit ausgeschaltet schien. Jetzt ist an der Wiedererstarkung Rußlands nicht mehr zu zweifeln. Gewiß ist auch Rußland durch diesen Krieg gewaltig geschwächt. Aber das naturhafte russische Volk gleicht solche Verluste schneller aus als die empfindlicheren europäischen Völker.

Zur Zeit herrscht in Rußland ein gleichmäßiges bolschewistisches System. Daß der Bolschewismus alles menschliche Leben und Streben tötet, ist eine Tatsache, der sich selbst die Russen nicht verschließen konnten. Sie haben daher den Kommunismus immer mehr abgeschwächt. Aber dazu gehört eigene bittere Erfahrung. Wenn das heutige Rußland Vorherrschaft über Europa ausübt, werden die mittel- und westeuropäischen Völker, durch den Krieg geschwächt, durch Leidenschaft bewegt, vor schier unerfüllbaren Aufgaben stehend, zunächst dem radikalen Bolschewismus verfallen. Das wäre der Tod der europäischen Kultur und der Geltung Europas, wäre wohl auch für England eine große Gefahr. Noch gefährlicher aber wird Rußland, wenn es zu den wahren Gesetzen der Wirtschaft und der Politik allmählich zurückfindet. Denn dann wird seine Kraft immer größer. Rußland dürfte die einzige Macht auf der Erde sein, die ohne eine große Flotte das englische Empire lebensgefährlich treffen könnte. Es ist selbstverständlich eigenste Sache Englands, diese Lage zu prüfen und jede Schlußfolgerung zu ziehen, die es in seinem Interesse für notwendig erachtet. Wir können nur unsere Meinung sagen, und die besteht darin, daß alle europäischen Völker westlich Rußlands sich gegen eine russische Übermacht und Vorherrschaft sichern müssen.

Weder Frankreich noch Italien noch ein Zusammenschluß der kleineren Völker kann diese Sicherung zur Zeit gewähren. Deutschland kann es eben noch, wenn es rechtzeitig die Verbrecher zum Teufel jagt und bestraft, und wenn ihm England und Amerika die Möglichkeit gewähren, den Krieg ohne Zusammenbruch zu liquidieren. Ein Hemmnis hierzu ist die Forderung der bedingungslosen Kapitulation.

Die Ereignisse in Italien sollten warnen. Jedenfalls ist eins mathematisch sicher: Wird Deutschland in entscheidendem Moment bedingungslose Kapitulation abgefordert, so legt der deutsche Soldat auch im Osten genauso die Waffen nieder, wie es jeder andere Soldat der Welt tun würde. Damit würde Rußland der Vormarsch freigegeben werden. Wo er zum Stehen kommt, weiß kein Mensch. Vielleicht sieht sich England genötigt,

hierüber mit Rußland eine Verständigung zu treffen; wie lange diese aber halten wird, ist nicht voraussehbar; denn noch ist der Kriegsschauplatz Ostasien vorhanden, der englische und amerikanische Kräfte in Anspruch nimmt.

Am schnellsten erhalten die angelsächsischen Reiche die meisten Kräfte für Ostasien frei, wenn die europäische Sicherung gegen Rußland durch Europa selbst erfolgen kann. Es wird notwendig sein, hierzu die europäischen Völker zusammenzubringen, aber das erfordert Zeit. Inzwischen wäre es die Aufgabe Deutschlands, diesen Schutz zu übernehmen.

Das ist wieder nur möglich, wenn man nicht die Forderung auf totale Entwaffnung stellt. Daß Deutschland den Krieg in der Luft und auf den Meeren einstellt, ist selbstverständlich. Im übrigen muß man ihm einstweilen die Waffen lassen. Die Abrüstung kommt mit fortschreitender Waffenruhe und Befriedung von selbst; denn Deutschland steht wie jedes andere Volk vor der ungeheuerlichen Aufgabe, eine Schuldenlast von mehreren hundert Milliarden zu liquidieren, ohne daß es zu Inflation oder anderen wirtschaftlichen Zusammenbrüchen kommen darf. Diese Leistung kann jedes Volk nur vollbringen, wenn es seine öffentlichen Ausgaben auf die Höhe seiner Einnahmen zurückschraubt. Für Deutschland bedeutet das fast die Totalabrüstung. Sie kann aber erst erfolgen, wenn die Lage gegenüber Rußland geklärt ist.

Deutschland räumt selbstverständlich alle besetzten Gebiete. Die Räumung erfolgt schrittweise. Zunächst werden alle Einrichtungen zurückgezogen, die nichts mit militärischer Besetzung zu tun haben. Diese wird auf das zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderliche Maß beschränkt. Sofort werden selbständige nationale Regierungen wieder ans Ruder gelassen. Mit ihnen werden die militärischen Räumungen besprochen, so daß keine Verwirrung eintritt.

Deutschland wird diese seine Bereitwilligkeit, Luft- und Ubootkrieg einzustellen und zu räumen, von vornherein öffentlich erklären. Gegenüber Rußland wird nur die alte Ostgrenze Polens von der deutschen Wehrmacht gesichert. Somit hat Rußland keinen Anlaß, von England und Amerika die Fortsetzung des Krieges, insbesondere des Luftkrieges, zu verlangen. Das sofortige Aufhören des Luftkrieges ist Voraussetzung für das schnelle Gelingen des Umbruchs in Deutschland.

Deutschland ist erfreut, feststellen zu können, daß Amerika sich wieder mit europäischen Angelegenheiten auch nach diesem Kriege befassen wird. Deutschland ist überzeugt, daß es Märchen sind, die behaupten, Amerika wolle in Europa oder in Afrika festen Fuß fassen. Wir glauben auch nicht ernstlich daran, daß man in Amerika ernsthaft daran denkt, mit amerikanischen Kräften Deutschland verwalten, seine Schulen reformieren und Deutschland gesund machen zu wollen. Wenn wir Deutschen, die wir eine Rettung unseres Vaterlandes aus dem moralischen und materiellen Zusammenbruch erstreben, gewissenlose Materialisten wären, dann könnten wir dies uns mehrfach verkündete Vorhaben der USA mit Ruhe über uns ergehen lassen. Es würde sich nämlich bald erweisen, daß es für Amerika kostspielig, gefährlich und schließlich undurchführbar ist. Amerika würde nämlich die totale Verantwortung für die Not in Deutschland und für seinen Wiederaufbau übernehmen, damit Deutschland entlastend. Aber aus ideellen Gründen lehnen wir es entschieden ab, uns von einem anderen Volke gesund machen zu lassen. Es ist vollkommen sicher, daß Deutschland eines Tages dieses Rettungswerk selbst vollbringen wird; die Gefahr besteht nur darin, daß dann Übertreibungen eintreten können.

Es besteht für solche Pläne aber auch keine moralische Berechtigung. Einflußreiche Engländer und Amerikaner sind vor diesem Kriege darauf hingewiesen worden, daß HITLER ihn

entfesseln und furchtbares Unglück über die Welt bringen wird. Sie, darunter der englische und französische Botschafter, haben es nicht rechtzeitig glauben wollen. (Vgl. Ward Price.) Sie haben uns Deutsche, die wir warnten, für Männer ohne nationale Gesinnung gehalten. Sie haben übersehen, daß wir unser Vaterland von ganzem Herzen lieben und seine Größe und Ehre wollen, daß wir aber aus unseren Leiden wußten, welchen Weg der satanische dämonische HITLER nehmen würde. Trotz unserer Warnung ist CHAMBERLAIN 1938 HITLER nachgelaufen. Damals war durch englische Festigkeit der Krieg vermeidbar und HITLER zu entlarven. Es liegt uns fern, die Verantwortung, die wir Deutsche zu tragen haben, vermindern zu wollen, aber es liegt ein nicht nur von uns Deutschen verschuldetes, tragisches Geschehen vor, unter dem wir Deutschen nicht die geringsten Opfer für unsere Überzeugung gebracht haben. Wenn wir uns befreien, wird die Welt erfahren, was anständige Deutsche erlitten und gelitten haben, wie viele von ihnen qualvollen Todes gestorben sind für die deutsche Ehre und die Freiheit in der Welt.

Jeder einsichtige Engländer und Amerikaner wird auch nicht verkennen, daß es sich verhängnisvoll ausgewirkt hat, den demokratischen Regierungen in Deutschland genügendes Entgegenkommen zu versagen, um es dem Lügenmeister und Verbrecher HITLER Stück um Stück zuzugestehen. Was sollten die anständigen Deutschen denn eigentlich tun, wenn man von draußen HITLER einen politischen Erfolg nach dem andern ermöglichte? Man wird damit rechnen müssen, daß Amerika nicht immer die Sicherung Europas gegenüber Rußland mit übernimmt. Und daher erscheint es uns als Gebot der Stunde, nun endlich jene Interessengemeinschaft zu verwirklichen, um die weitblickende Engländer und verständige Deutsche seit mehr als 50 Jahren gerungen haben. Wir Deutsche werden auf Flottenträume zu verzichten haben. Auch wir lieben das Meer und werden es befahren, aber wir können anerkennen, daß der Schutz der Meere durch England aus seinem eigenen Interessengebiet zu verwirklichen ist, während uns Deutschen die Hauptlast der Landsicherung Europas obliegt. Wir haben daher das größte Interesse daran, daß wir die Lasten dieser Sicherung nicht allein tragen.

Daher erscheint uns der Zusammenschluß der europäischen Völker zu einem europäischen Staatenbunde geboten. Sein Ziel muß sein, Europa vor jeder Wiederkehr eines europäischen Krieges vollkommen zu sichern. Jeder europäische Krieg ist glatter Selbstmord. Die Zeit ist reif, diesen idealen Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, weil mit ihm die realen Interessen übereinstimmen. Wir empfehlen schrittweises Vorgehen: ein ständig tagender europäischer Wirtschaftsrat soll zunächst für Beseitigung aller Verkehrshemmnisse, für einheitliche Verkehrseinrichtungen, für gleiches Wirtschaftsrecht, für Aufhebung der Zollgrenzen usw. sorgen. Wenn dieser Prozeß eine gewisse Entwicklung erreicht hat, werden gemeinsame politische Einrichtungen begründet. Als solche kommen in Betracht:

ein europäisches Wirtschaftsministerium

eine europäische Wehrmacht

ein europäisches Außenministerium.

Über Einzelheiten wird man sich unschwer verständigen können. Wir sind zu jeder Mitarbeit, auch zu einer schnelleren bereit, falls sie nützlich zu sein scheint. Jedenfalls kann die Grundlage einer europäischen Gemeinschaft nur Freiheit und Selbständigkeit der Nationalstaaten in allen ihren Entschließungen sein.

Der europäische Friede ist durch ein Schiedsgerichtsverfahren zu sichern, dessen Entscheidungen mit gemeinsamer Kraft unter allen Umständen durchgeführt werden.

Es ist kein Geheimnis, daß Deutschland sein Bündnis mit Japan für einen Verrat an den weißen Interessen betrachtet. Wir können selbst die Bindungen einer Verbrecherregierung nicht von heute auf morgen wegwerfen, aber wir sind nicht verpflichtet unterzugehen, damit Japan einen auch für Japan aussichtslosen Krieg fortsetzen kann. Auf dieser Grundlage werden wir unser Verhältnis zu Japan neu gestalten. Ehe wir nicht die genauen Pläne Englands und Amerikas kennen, können wir keine weiteren Einzelfragen hinsichtlich Japans berühren. Wir können nur feststellen, daß die Wiederherstellung des europäischen Kolonial- und sonstigen Besitzes in Ostasien von uns für notwendig gehalten wird und daß wir zu gegebener Zeit und mit den anständigerweise zu vertretenden Mitteln daran mitzuwirken bereit sind. Wir sind ferner davon überzeugt, daß China von Japan überfallen ist und daher einen gerechten Verteidigungskrieg führt. Dem werden wir in unserer Politik Rechnung tragen, zumal auch unsere ganze menschliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Hochachtung dem chinesischen Volke gilt.

Über den Zusammenschluß der europäischen Völker hinaus bedarf die Welt der Zusammenarbeit aller Völker. Ohne sie ist dieses oder jenes große Volk der Absatzlosigkeit seiner Erzeugnisse, der Arbeitslosigkeit und der Armut ausgesetzt. Diese Not eines der großen Völker müßte aber wieder auf die anderen zurückwirken. Die Zusammenarbeit verlangt, daß zunächst jeder einzelne Staat seine Finanzen in Ordnung bringt. Geordnete Staatsfinanzen sind erste Voraussetzung sicherer Währung. Stabile Währungen sind unerläßliche Voraussetzung zur Wiederingangsetzung des Welthandels. Dieser soll so frei wie möglich sein, Einzelheiten sind zu besprechen und zu entwickeln. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, ist die Einrichtung einer internationalen Bank erforderlich. Wir haben mit großem Interesse von den englischen und amerikanischen Vorschlägen Kenntnis genommen und erachten sie für eine gute Grundlage, an der mitzuarbeiten wir selbstverständlich bereit sind. Über die zukünftige innere Verfassung Deutschlands können wir einiges bestimmt, anderes nur andeutungsweise sagen.

Sie wird das Recht und die Freiheit des Individuums wieder sicherstellen; sie wird die Freiheit der Gewissen, die Freiheit des Geistes, die Freiheit der Presse wiederbringen; sie wird sich auf Teilnahme und Kontrolle des Volkes aufbauen. Sie muß aber auch den Erfahrungen der Vergangenheit Rechnung tragen. Die demokratischen Einrichtungen können nur in dem Schrittmaß hergestellt werden, wie es gelingt, das Recht wiederherzustellen, die Verbrecher zu bestrafen und das deutsche Volk wieder politisch reif zu machen. Welche Staatsspitze Deutschland haben wird, können wir gegenwärtig noch nicht sagen. Uns ist klar, daß nur eine Monarchie in parlamentarischen Grenzen Deutschland so schnell wie möglich innere Ruhe wiedergeben und es zu einem besonderen Faktor der Mitarbeit machen kann. Aber wir wissen nicht, wie sich die Meinung des Volkes zu dieser Frage entwickeln wird.

Die Hauptsache ist, daß Deutschland rücksichtslos den Zentralismus abbaut und seine gute, gediegene Selbstverwaltung in den Gemeinden, in den Verwaltungskreisen und in den deutschen Ländern wiederherstellt. Preußen wird im Reich aufgehen. Die preußischen Provinzen werden verschwinden; es werden deutsche Länder gebildet werden, die sich weitgehend selbst regieren ebenso wie die Gemeinden, so daß für eine zentrale Reichsregierung und Volksvertretung nur diejenigen Aufgaben verbleiben, die unerläßlich sind, um den Zusammenhalt des Reichs sicherzustellen.

Nach unserer innersten Überzeugung sehnen sich alle Völker der Welt nach Frieden und echter Ruhe. Das religiöse Bewußtsein in Deutschland ist durch die Unterdrückung im letzten Jahrzehnt ungeheuer vertieft und verbreitert. Für uns wird die christliche

Religion und ihre Lehren Stütze und Leitsatz auch bei allen politischen Maßnahmen im Innern und im Äußern bleiben. Wir halten es für notwendig, daß auch die Grundsätze der Außenpolitik mit der christlichen Moral in Übereinstimmung gebracht werden. (Anlage 2 zum K.-Bericht vom 17. 8. 1944; vgl. RITTER, a.a.O., S. 570 ff.)

11. BEDINGUNGEN STAUFFENBERGS MIT DER FEINDSEITE ZU VERHANDELN VOM MAI 1944

Gestapobericht über angebliche Verbindungen STAUFFENBERGS nach England im Frühsommer 1944

Bericht vom 2. 8. 1944

Verbindung zum Ausland

Die neuere Vernehmung des Hauptmanns KAISER gibt eine Reihe von Hinweisen, daß STAUFFENBERG über Mittelsmänner zwei Verbindungen zur englischen Seite hatte. Den Zusammenhängen wird im Augenblick im einzelnen nachgegangen. Bereits am 25. Mai hat KAISER für STAUFFENBERG eine Notiz ausgearbeitet, worüber mit der Feindseite verhandelt werden sollte:

1. Sofortiges Einstellen des Luftkrieges
2. Aufgabe der Invasionspläne
3. Vermeiden weiterer Blutopfer
4. Dauernde Verteidigungsfähigkeit im Osten
Räumung aller besetzen Gebiete im Norden, Westen und Süden
5. Vermeiden jeder Besetzung
6. Freie Regierung, selbständige selbstgewählte Verfassung
7. Vollkommene Mitwirkung bei der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, bei der Vorbereitung der Gestaltung des Friedens
8. Reichsgrenze von 1914 im Osten,
Erhaltung Österreichs und der Sudeten beim Reich
Autonomie Elsaß-Lothringens
Gewinnung Tirols bis Bozen, Meran
9. Tatkräftiger Wiederaufbau mit Mitwirkung am Wiederaufbau Europas
10. Selbstabrechnung mit Verbrechern am Volk
11. Wiedergewinnung von Ehre, Selbstachtung und Achtung

Ende Juni 1944 hat KAISER von GOERDELER erfahren, daß von höchster englischer Stelle aus Erkundigungen über die Verschwörerclique eingezogen worden sind.
STAUFFENBERG hat

a) eine Liste von Männern übermittelt, die die zukünftigen Verhandlungspartner Englands sein sollten,
b) den Wunsch, daß Österreich beim Reich bleibt,
c) die Bitte, daß die Abrechnung mit den Kriegsverbrechern der künftigen deutschen Regierung überlassen bleiben sollte.

Das Tagebuch KAISERS, das vom 9. Mai bis 15. Juli reicht und eine Fülle von Hinweisen enthält, wird zur Zeit ausgewertet.
(GERHARD RITTER: a.a.O., S. 609)

12. ROMMELS SCHICKSALSSTUNDE

von General Dr. HANS SPEIDEL

„In den Tagen nach der Besprechung von Margival", so schreibt General Dr. HANS SPEIDEL in seinem Buch: „Invasion 1944", „unterrichteten Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes der Heeresgruppe die Oberbefehlshaber der unterstellten Armeen, mehrere kommandierende Generale, Divisions-Kommandeure und Chefs der Generalstäbe über das Ergebnis der „Führerbesprechung" und die sich aus ihr ergebenden Folgerungen. Feldmarschall ROMMEL eröffnete den einzelnen Führern, je nach ihrer politischen Einstellung mehr oder weniger deutlich, daß sich im Zuge der militärischen Ereignisse ein selbständiges Handeln der Wehrmacht im Westen als notwendig erweisen könnte. Generaloberst VON SALMUTH, Generaloberst DOLLMANN und General der Panzertruppen FREIHERR GEYR VON SCHWEPPENBURG stimmten mit der politischen und militärischen Lagebeurteilung des Feldmarschalls überein und gaben ihrem Vertrauen zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Ausdruck. Sie waren bereit, die Befehle des Feldmarschalls zu befolgen, auch wenn sie sich in Widerspruch zu Führerbefehlen setzen mußten.

Der 25. Juni schien besonders bedeutsam durch den Zusammenfall politischer und militärischer Ereignisse und Besprechungen. Im Osten war der Durchbruch der Roten Armee bei der Heeresgruppe Mitte längs der Autobahn Smolensk—Minsk in Richtung auf die Reichsgrenze Tatsache geworden. An der Normandiefront griff der Feind mit überlegenen Panzerkräften bei Tilly an und erzielte in 5 km Breite einen Einbruch bis zu 5 km Tiefe, der die Lage bei Caen bedrohlich erscheinen ließ.

Im Auftrag des Generalquartiermeisters, General der Artillerie WAGNER, meldete sich der neue Oberquartiermeister im Westen, Oberst im Generalstab FINCKH, auf dem Gefechtsstand der Heeresgruppe und trug über die Vorbereitungen zur Beseitigung HITLERS und die geplante Staatsumwälzung zur Rettung der Heimat vor. Er berichtete von dem Fehlschlagen früherer Attentate und von den Vorbereitungen für einen neuen Anschlag, der in Berchtesgaden ausgeführt werden sollte. ROMMEL ließ erneut seine Auffassung übermitteln, daß er aus den bekannten Gründen eine Tötung HITLERS durch ein Attentat für unzweckmäßig erachte und an dessen Verhaftung und Aburteilung durch ein deutsches Gericht festhalte. Er beauftragte Oberst FINCKH, mit dem Generalquartiermeister die dringend notwendige Gleichordnung aller Maßnahmen im Hauptquartier und in der Heimat vorzubereiten und ihm darüber baldmöglichst Bericht zu erstatten. Nach seiner Auffassung werde diese entscheidende Frage an zu vielen Stellen gleichzeitig erwogen.

Vor allem sei es notwendig, den Zeitpunkt einer Erhebung so rechtzeitig vorauszubestimmen, daß die gründliche Vorbereitung aller Maßnahmen und damit ihr Erfolg gewährleistet sei. Er selbst beabsichtige, noch einmal zu HITLER zu fahren, um seine Forderung in ultimativer Form zu stellen.

Truppe forderte Kriegsschluß

Auch aus der Truppe wurden Stimmen laut. Der Kommandeur der 116. Panzer-Division, Generalleutnant GRAF SCHWERIN, reichte ein Memorandum über die militär-politische Lage ein und forderte namens der Truppe Beendigung des Krieges und Änderung des nationalsozialistischen Regimes. Seine zuverlässige Panzer-Division sei auch für einen Einsatz gegen innere Feinde in seiner Hand. Dasselbe traf auf die 2. Panzer-Division unter Generalleutnant FREIHERR VON LÜTTWITZ zu.

Der „Wüstenfuchs"

So nannten den Feldmarschall ERWIN ROMMEL seine Soldaten.

Die Feldmarschälle von Rundststedt und Rommel waren sich in wiederholten Rücksprachen einig über die sich überstürzende Verschlechterung der Lage, nicht nur im Westen, sondern an allen Fronten, und erbaten erneut eine dringende Besprechung bei Hitler. Am 28. Juni wurden beide Feldmarschälle so kurzfristig zur Berichterstattung nach Berchtesgaden befohlen, daß sie teilweise die Nacht hindurch im Kraftwagen nach Oberbayern fahren mußten, da der Luftweg verboten war. Die Feldmarschälle, die am späten Vormittag des 29. Juni nach Berchtesgaden kamen, mußten aber bis zum Abend auf den Empfang bei Hitler warten. Die Besprechung fand im großen Kreise statt.

Hitler wartete auf das große Wunder

Hitler beantwortete nicht die von den beiden Oberbefehlshabern gestellte Aufforderung, auf Grund der Gesamtlage eine Beendigung des Krieges herbeizuführen, sondern erging sich in weitschweifenden Phrasen über die Weiterführung des Krieges mit dem Einsatz neuer „Wunderwaffen". Wie der Tod der russischen Kaiserin im Siebenjährigen Krieg für Friedrich den Grossen, so liege jetzt das „Wunder der Kriegswende" in den neuen Waffen. Ihr Einsatz werde den „totalen Endsieg" einleiten. Die Ausführungen verloren sich in Hirngespinsten. Trotz des wiederholten Verlangens ließ sich Hitler von den beiden Feldmarschällen nicht allein sprechen, lud sie auch nicht zu Tisch ein, sondern verabschiedete sie kurz. Rommel trug deshalb nochmals die Lage Generalfeldmarschall Keitel vor und formulierte seine Gedanken etwa folgendermaßen:

„Bei der reißenden Verschlechterung der Lage ist ein totaler Sieg, von dem Hitler heute noch sprach, absurd, die totale Niederlage ist zu erwarten. Es ist daher mit allen Mitteln und unter Verzicht auf bisher Erreichtes und unter Aufgabe aller Wunschträume anzustreben, den Krieg zunächst im Westen unverzüglich zu beenden, um die Front des Ostens zu halten, Deutschland aber vor dem Chaos, vor allem vor der völligen Zertrümmerung durch den feindlichen Luftkrieg, zu bewahren."

Nach dem persönlichen Bericht Rommels versprach Keitel, die Lage in diesem Sinne Hitler vorzutragen, und erklärte resigniert zum Schluß: „Auch ich weiß, daß nichts mehr zu machen ist!" Diese Erklärung scheint deshalb von besonderem Interesse, weil Keitel nach dem 20. Juli im sogenannten „Ehrenhof der deutschen Wehrmacht" bei der Aburteilung und Ausstoßung seiner alten Kameraden aus dem Heere die Lage wieder völlig anders dargestellt zu haben scheint.

Die Feldmarschälle fuhren unverrichteter Dinge mit schweren Sorgen und inmitten einer quälenden Folge sich widersprechender Gedanken und Gefühle auf ihre Gefechtsstände zurück.

Inzwischen war die 7. Armee führerlos geworden. Am 29. Juni früh erlag Generaloberst Dollmann, der sich Tag und Nacht unermüdlich eingesetzt hatte, einem Herzschlag. Die Forderung Hitlers auf seine Abberufung hat er nicht mehr erfahren. Vor Invasionsbeginn hatte Rommel den General der Artillerie, Erich Marcks, eine der bedeutendsten Führerpersönlichkeiten des Heeres, als Armeeführer in Vorschlag gebracht. Hitler hatte ihn aus politischen Gründen abgelehnt, da er Marcks, dem ehemaligen Ministerialdirektor im Kabinett des Generals von Schleicher, tief mißtraut hat. Marcks war am 12. Juni an der Front gefallen. So wurde der Führer der 1. Armee im Abschnitt Bordeaux, General von der Chevallerie, vorgeschlagen.

Ohne weitere Rücksprache mit Rommel wurde dann der Kommandierende General des II. SS-Panzerkorps, SS-Obergruppenführer Hausser, als Nachfolger Dollmanns bestimmt. Dieser mußte in dem Augenblick sein Korps verlassen, als es den Angriff zur Erschütterung der feindlichen Front bei Caen führen sollte.

SS-Obergruppenführer HAUSSER war aus dem Heer und dem Generalstab hervorgegangen, aber schon frühzeitig zur SS gestoßen. Er war eine soldatisch geprägte Persönlichkeit von Schwung und besonderer Tapferkeit. Politisch war er schwer deutbar, ein Januskopf. Die Ernennung dieses Oberbefehlshabers, der dienstjünger als viele Kommandierende Generale war und vor allem auch jünger als der Oberbefehlshaber der Panzergruppe West, wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen.

Zwei Tage nach der Rückkehr von der Führerbesprechung wurde VON RUNDSTEDT seines Postens als Oberbefehlshaber West aus „gesundheitlichen Gründen" enthoben. HITLER hatte nicht den Mut und den Takt aufgebracht, die Abberufung dem ältesten Feldmarschall persönlich zu eröffnen, sondern er schickte seinen zweiten Adjutanten, Oberstleutnant im Generalstab BORGMANN, mit einem Schreiben und dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes nach St. Germain. Am 4. Juli verabschiedete sich RUNDSTEDT von ROMMEL in La Roche Guyon und äußerte, er sei dankbar, daß er die Katastrophe nicht an führender Stelle miterleben müsse. Am 5. Juli wurde der Oberbefehlshaber der Panzergruppe West, General FREIHERR GEYR VON SCHWEPPENBURG, ohne jede vorherige Ankündigung seines Postens enthoben und durch den General der Panzertruppe HEINZ EBERBACH ersetzt. Die Panzergruppe West erhielt die Bezeichnung „5. Panzerarmee".

Führung ohne Handlungsfreiheit

General FREIHERR VON GEYR wurde für das Mißlingen des Gegenangriffes des II. SS-Panzerkorps verantwortlich gemacht. Nach fernmündlichen Mitteilungen warf ihm HITLER steigenden Defaitismus vor. Er hatte nach dem Scheitern des Angriffs eine klare Lagebeurteilung abgegeben, örtliche Räumung von Caen und des Raumes westlich der Orne vorgeschlagen und Führungsfreiheit verlangt. Er sagte in dieser Meldung zum Abschluß: „Es muß klar gewählt werden zwischen taktischer Flickarbeit, die unweigerlich mit starrer Verteidigung verbunden ist und die volle Initiative dem Gegner überläßt, und elastischem Fechten, das wenigstens zeitweise die Initiative an sich reißt. Nach Ansicht der Panzer-Gruppe ist die elastische Kampfführung nicht nur der richtigere, sondern auch der stärkere Entschluß."

Feldmarschall ROMMEL gab diese Meldung im Wortlaut weiter, trat ihr in vollem Umfange bei und unterstrich nochmals die Forderung nach Operationsfreiheit. Als die Abberufung bekannt wurde, setzte er sich sofort für General FREIHERR VON GEYR ein, wurde aber von KEITEL scharf abgewiesen.

Der Nachfolger, General der Panzertruppen EBERBACH, war ein tüchtiger Soldat, der über gründliche und umfassende Panzererfahrungen verfügte. Nach Charakter, Haltung und politischer Einsicht war er eine besonders wertvolle Führerpersönlichkeit. Nachfolger des Oberbefehlshabers West wurde nicht, wie von Führung und Truppe im Westen erwartet, der kampferfahrene und frontkundige Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Feldmarschall ROMMEL, sondern Generalfeldmarschall GÜNTHER VON KLUGE.

HITLERS Mißtrauen gegenüber ROMMEL war schon zu stark geworden. GÜNTHER VON KLUGE war aus der Artillerie hervorgegangen und hatte alle Generalstabsstellungen durchlaufen. Er war im Westfeldzug 1940 als Oberbefehlshaber der 4. Armee rühmlich hervorgetreten, in seinem Verband führte ROMMEL den berühmt gewordenen Stoß seiner „Gespenster-Division" zum Meere. Als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte im Osten hatte sich VON KLUGE als Meister der Aushilfen und durch Zähigkeit bewährt. Er war nüchtern, energisch, rasch zufassend, persönlich tapfer und hart gegen sich selbst, neigte aber zur Pose. Die Truppe nannte ihn den „klugen Hans". Er forderte ohne

jede Rücksicht Tag und Nacht das Letzte von seinen Untergebenen. Der kühle Blick in seinem scharf gemeißelten Kopf verbarg uneingestandene Gefühlsregungen. Das persönliche Gespräch bezeugte ein starkes Naturgefühl und hohes Interesse für militärische und neuhistorische Fragen. Er lehnte HITLER ab, fühlte sich aber doch immer wieder an ihn gebunden — vielleicht sprach das verpflichtende Gefühl mit, das ihm aus der Annahme von besonderen Ehrungen und Geschenken aus der Hand HITLERS erwuchs.

Er war von seinem Autounfall im Winter 1943/44 (Überschlagen des Kraftwagens auf der Rollbahn Minsk—Smolensk) genesen und machte einen frischen, spannkräftigen Eindruck. Über vierzehn Tage lang war er in Berchtesgaden von HITLER nicht nur auf seine neue Aufgabe vorbereitet, sondern sogar davon überzeugt worden, daß die Ereignisse im Westen das Ergebnis von Fehlern und Versäumnissen von Führung und Truppe seien. Er erschien bereits am 5. Juli nachmittags auf dem Gefechtsstand der Heeresgruppe. Nach frostiger Begrüßung in der Salle des Gardes von La Roche Guyon führte VON KLUGE etwa aus: Die Abberufung des Generalfeldmarschalls VON RUNDSTEDT sei das äußere Zeichen für die Unzufriedenheit HITLERS mit der Führung im Westen, auch ROMMEL genieße nicht das uneingeschränkte Vertrauen des Führers. Man habe im Hauptquartier den Eindruck, daß ROMMEL wie in Afrika von der „angeblich überwältigenden Waffenwirkung des Feindes" allzusehr beeindruckt sei und deshalb zur Schwarzseherei neige. Im übrigen lege ROMMEL täglich Proben seiner Eigenwilligkeit ab und führe HITLERS Befehle nicht mit ganzem Herzen aus. VON KLUGE schloß wörtlich: „Sie, Generalfeldmarschall ROMMEL, müssen von nun an auch bedingungslos gehorchen! Ich rate Ihnen gut!" Dieser Vorwurf führte zu einer scharfen Auseinandersetzung beider Feldmarschälle, bei der ROMMEL wiederholt und eindringlich auf die Gesamtlage und die sich aus ihr ergebende Notwendigkeit, Folgerungen zu ziehen, hinwies. ROMMEL verwahrte sich mit erhobener Stimme gegen die ungerechtfertigten Angriffe HITLERS und des Oberkommandos der Wehrmacht. Während der erregten Gespräche forderte VON KLUGE den bisher anwesenden Chef des Generalstabes und den Ia der Heeresgruppe auf, das Zimmer zu verlassen.

ROMMEL verlangte vom neuen Oberbefehlshaber West mündlich und schriftlich die Zurücknahme seiner Vorwürfe unter entsprechender Meldung an das Oberkommando der Wehrmacht und setzte ihm dazu eine Frist. Er empfahl, Werturteile über die Lage, die Führer und die Truppe erst nach Rücksprache mit den Armeeoberbefehlshabern, Frontkommandeuren und nach Sammlung persönlicher Erfahrungen und Eindrücke an der Front zu fällen.

Eine tiefe Verstimmung herrschte nach dieser Aussprache, in der VON KLUGE auf die Gesamtlage nicht eingegangen war. ROMMEL war tief verbittert, da er nach den vertraulichen Unterrichtungen der berechtigten Auffassung gewesen war, daß KLUGE — seit Jahren mit den Widerstandskräften in Deutschland in Verbindung — den Fragen der Rettung des Reiches aus den Händen der Vernichter mehr aufgeschlossen sei. Jetzt war er als Sprecher HITLERS erschienen und hatte sich ohne örtliche Frontkenntnis blindlings im „Berchtesgadener Stil" geäußert.

Logik gegen Hitlerphrasen

VON KLUGE begab sich nun nach einem Reiseplan der Heeresgruppe am 6. Juli für zwei Tage an die Front und sprach alle erreichbaren Kommandeure und Truppen. Aus dem SAULUS wurde ein PAULUS. Er hatte sich der erdrückenden Beweiskraft der Tatsachen, der einhelligen Auffassung aller militärischen Führer und nach der vorübergehenden Betäubung durch die Phrasen HITLERS der zwingenden Kraft der Logik nicht entziehen können.

Er nahm alle seine Vorwürfe zurück und entschuldigte sein Verhalten mit der falschen Unterrichtung durch HITLER und KEITEL. Er bemerkte, daß HITLER trotz aller Meldungen, Berichte, Ferngespräche, Vorträge die Lage nicht sehen wollte, wie sie sei, in Wunschbildern lebte und, wenn diese verblaßten, Sündenböcke suche: eine Quintessenz auch der Osterfahrungen.

Am 9. Juli 1944 meldete sich in La Roche Guyon im Auftrag des Militärbefehlshabers von Frankreich, General der Infanterie VON STÜLPNAGEL, der Oberstleutnant der Reserve Dr. VON HOFACKER, ein Sohn des württembergischen Kommandierenden Generals im ersten Weltkrieg, unter dessen Führung in Italien ROMMEL für die Erstürmung des Monte Matajur den „Pour le Mérite" erhalten hatte. Er war begleitet von einem Vertrauten General VON STÜLPNAGELS, Dr. MAX HORST. HOFACKER war ein Vetter des Obersten im Generalstab GRAF CLAUS VON STAUFFENBERG, der seinen Besuch im Auftrage des Generaloberſten BECK beim Chef des Generalstabes ebenfalls angekündigt hatte. Die Tat des 20. Juli ließ aber diese Absicht nicht zur Ausführung kommen.

CÄSAR VON HOFACKER war ein ausgesprochen politischer Kopf, eine schwungvolle Persönlichkeit mit seltener Überzeugungskraft der Rede. Im Frieden war er an hervorragender Stelle in der Stahlindustrie in Berlin tätig gewesen, seit Jahren nunmehr der vertrauteste Mitarbeiter von KARL HEINRICH VON STÜLPNAGEL. Er sollte eine abschließende Beurteilung der Lage an der Invasionsfront für BECK und STAUFFENBERG einholen. Er trug anhand einer formvollendeten Denkschrift seine und des Militärbefehlshabers Gedanken über die Notwendigkeit schnellen und entschlossenen Handelns als Ergebnis der politischen und militärischen Gesamtlage vor und schloß mit dem eindringlichen Appell aller Widerstandskräfte an den Feldmarschall, den Krieg im Westen so schnell als möglich selbständig zu beenden.

Einer der Besten wurde ausgeschaltet

Es war ein Appell zum Aufstand, der sich die Auffassung der Berliner Widerstandskräfte zu eigen machte, daß die Alliierten niemals mit HITLER oder einem seiner „Paladine" — GÖRING, HIMMLER oder RIBBENTROP — verhandeln würden, und daß deshalb diese Führer zugleich mit dem System beseitigt werden müßten. Auch der von ROMMEL bereits in die Verhandlungsgrundlagen aufgenommene Gedanke der sofortigen Einstellung des feindlichen Bombenkrieges zur moralischen und wirtschaftlichen Entlastung der Heimat war besonders betont. CÄSAR VON HOFACKER stellte die klare Frage, wie lange die Invasionsfront sich noch halten könne, weil davon die Berliner Entscheidungen maßgeblich beeinflußt würden. Der Feldmarschall gab ebenso klar zur Antwort: „Maximal 14 Tage bis 3 Wochen, dann ist mit dem Durchbruch zu rechnen. Wir haben ihm nichts mehr entgegenzustellen."

VON HOFACKER sollte nach Vortrag beim Oberbefehlshaber West nach Berlin fahren, Generaloberst BECK und die anderen Führer der Widerstandskräfte unterrichten und die zeitliche Gleichordnung aller Maßnahmen der Staatsumwälzung vorbereiten. Nach dem 15. Juli sollte er ROMMEL wieder Vortrag halten.

Die technische Möglichkeit des Frontübertritts von Bevollmächtigten zur Verhandlung über einen örtlichen Waffenstillstand war von der 2. Panzer-Division durch General FREIHERR VON LÜTTWITZ in diesen Tagen erprobt worden. Die alliierte Führung hatte auf dem Funkwege den Austausch von weiblichem Pflege- und Nachrichtenpersonal, das ihnen bei der Einnahme von Cherbourg in die Hände gefallen war, gegen Schwerverwundete an einer von ihnen bezeichneten Örtlichkeit angeboten. In einer zweistündigen

örtlichen Waffenruhe wurde dieser Akt der Menschlichkeit vollzogen. Dieser Vorgang hatte den besonderen Grimm und das Mißtrauen HITLERS geweckt.

Am 12. Juli kam Generalfeldmarschall VON KLUGE wieder nach La Roche Guyon. Die Aussprache über die operativen und taktischen Ereignisse und die daraus entspringenden Fragen ergaben jetzt endgültige und völlige Übereinstimmung der beiden Oberbefehlshaber: VON KLUGE erbat noch einmal eine gültige Feststellung, wie lange die Invasionsfront bei der absinkenden Kampfkraft und beim Fehlen jeglicher Reserven noch gehalten werden könne. ROMMEL erklärte sich zu einer Befragung aller Armeeführer und der Mehrzahl der Kommandierenden Generale bereit und schlug vor, das Ergebnis an HITLER zu melden und ultimative Forderungen damit zu verbinden. Er äußerte dann seine Gedanken, was bei der zu erwartenden Ablehnung HITLERS getan werden müsse. Er berichtete von der Mission des Oberleutnants VON HOFACKER, der nach Rückkehr von Berlin berichten werde. Der Generalquartiermeister werde in den nächsten Tagen persönlich über die Lage im Osten und im Hauptquartier unterrichten.

VON KLUGE verhielt sich zunächst rezeptiv, billigte dann aber im wesentlichen die Gedankengänge des Feldmarschalls ROMMEL und machte seine Entscheidung von dem Ergebnis der Frontbefragung abhängig. ROMMEL beauftragte seinen Chef des Generalstabes, General VON STÜLPNAGEL, über die Lage und seine Absichten und die Gespräche mit VON KLUGE zu unterrichten. Dabei sollte unter allen Umständen zum Ausdruck kommen, daß ROMMEL zum Handeln bereit sei, auch wenn VON KLUGE sich nicht zur Mitwirkung entschließen könnte. Die Orientierung erfolgte am späten Abend des 13. Juli in Paris. Der Militärbefehlshaber hatte soeben die Nachricht von der Verhaftung der sozialistischen Führer der Widerstandsbewegung in Berlin erhalten, woraus sich ein Zwang zum eiligen Handeln ergeben konnte. Er schlug vor, die Rückkehr HOFACKERS abzuwarten. Die Vorbereitungen in seinem Befehlsbereich seien abgeschlossen.

Feldmarschall ROMMEL fuhr am 13., 14. und 15. Juli zur Front und besprach sich mit den Führern aller Grade, unter anderem auch mit den SS-Obergruppenführern SEPP DIETRICH und HAUSSER, deren Berichte über die Situation besonders ernst klangen. Sie waren rückhaltlos offen. ROMMEL erwartete von der Waffen-SS im Falle selbständiger Entschlüsse im Westen keine Schwierigkeiten. Der Kommandierende General des I. SS-Panzerkorps und spätere Führer der 5. Panzerarmee, SS-Obergruppenführer SEPP DIETRICH, hatte bei einem Besuch auf dem Gefechtsstand der Heeresgruppe sowohl dem Oberbefehlshaber wie dem Chef des Generalstabes gegenüber seinen Unwillen über die höchste Führung bekundet und „selbständige Maßnahmen im Falle eines Zerreißens der Front" gefordert. Die am Feinde gebundenen, tapfer kämpfenden Verbände der Waffen-SS waren fest in der Hand ihrer Führung, die — um der Gerechtigkeit willen sei es ausgesprochen — vom SD und seinen Methoden deutlich abrückte. Den SD in Paris und Frankreich glaubte der Militärbefehlshaber gegebenenfalls mühelos ausschalten zu können.

ROMMEL kam tief nachdenklich und ergriffen von der Front zurück. Die Aussprachen mit den Männern der vordersten Linie hatten das Bild der Vorträge der Oberbefehlshaber und Kommandierenden Generale bestätigt und ergänzt. Überall wurde die bange Frage an den Generalfeldmarschall gerichtet, ob nicht in letzter Stunde durch rigoroses selbständiges Eingreifen der militärischen Führer die Lage geändert werden könnte. Der Feldmarschall klärte auf, wo es ihm zweckmäßig erschien, und kam mit der tröstlichen Gewißheit zurück, daß die Truppe und die Führer aller Grade seiner Führung voll vertrauten.

Nachdem alle Möglichkeiten der Klärung erschöpft waren und statt versprochener Hilfe nur kleinliche Verstimmung und böswilliges Mißtrauen entstanden, dilettantische Befehle aus Oberbayern und Ostpreußen sich weiterhin häuften, erging noch einmal eine Mahnung des Feldmarschalls an HITLER, diesmal aber in unzweideutiger, scharfer, ultimativer Form. Am 15. Juli sandte er eine drei Schreibmaschinen-Seiten umfassende Denkschrift als KR-Blitzschreiben über den Oberbefehlshaber West an HITLER ... Generalfeldmarschall VON KLUGE schloß sich den Ausführungen und Forderungen ROMMELS an ... Zum letzten Male hatte der Feldmarschall warnend seine Stimme erhoben; er äußerte nach Absendung des Ultimatums: „Ich habe ihm jetzt die letzte Chance gegeben. Wenn er keine Konsequenzen zieht, werden wir handeln."

Noch war es Zeit

Noch standen die schönsten deutschen Städte, die vom Feldmarschall so sehr geliebte Heimat war noch nahezu unversehrt, der Großteil deutschen Landes vom Orkan der Vernichtung verschont. Unnötige und nicht zu verantwortende Opfer, der Tod von Abertausenden aus allen Nationen, das Grauen des letzten Todeskampfes auf deutschem Boden waren noch zu vermeiden.

ERWIN ROMMEL war sich über die letzten Konsequenzen seines Entschlusses zu selbständiger Tat völlig im klaren und gab sich auch über die schonungslose Härte der zu erwartenden Friedensbedingungen keinen Illusionen hin. Er hoffte aber auf ein bescheidenes Maß staatsmännischer Einsicht, psychologischer Klugheit und politischer Planung in den alliierten Überlegungen.

Allen durch solche Gedanken Verbundenen sollte aber in diesen Tagen sichtbar werden, daß die unerforschliche höhere Macht, in deren geheimnisvollen Händen der Menschen Schicksal liegt, ihre eigenen Wege geht. Die befreiende Tat verfiel.

Die Lage im Raum von Caen war stündlich krisenreicher geworden, tiefe Einbrüche des Feindes wurden nur noch mit Mühe und unter heroischen Opfern abgeriegelt: Der entscheidende Durchbruch der Alliierten in den Großraum Paris stand bevor.

Am 17. Juli früh fuhr der Feldmarschall an einen Brennpunkt des Kampfes, um selbst zu befehlen, selber zu ordnen, selbst zu ermuntern und die Erschöpften aufzurichten. Ausgewählte Kommandeure unterrichtete er über seine Forderung an HITLER und die zu erwartenden Folgerungen. Auf Grund eines Anrufs des Chefs des Generalstabes der Heeresgruppe wollte er frühzeitiger als sonst zurückkehren. Da erschien ihm bei einer örtlichen Gefechtskrise sein Eingreifen notwendig. Er suchte noch den Kommandierenden General des I. SS-Panzerkorps, SS-Obergruppenführer SEPP DIETRICH, in seinem Gefechtsstand auf und trat gegen 16 Uhr die Rückfahrt an.

Auf der Straße Livarot-Vimoutiers in der Nähe der Ferme Montgomery erspähten feindliche Jagdbomber den allein fahrenden Kraftwagen des Feldmarschalls, der wie immer ohne Gefolge war. Sie ahnten nicht, daß sie den besten Mann der Westfront jagten, der die einzige Hoffnung auf Rettung des Reiches verkörperte. Kurz vor der rettenden Deckung, einem Pappelknick, spritzte die Geschoßgarbe von drei Tiefffliegern auf den Wagen. Der Fahrer wurde tödlich getroffen, der Feldmarschall so schwer verwundet, daß man zunächst an seinen Tod glaubte.

Der Feldmarschall war in Wahrheit in der Stunde ausgeschaltet, in der ihn Heer und Volk am wenigsten entbehren konnten; alle aber, die mit ihm den Weg in eine neue, bessere Welt suchten, fühlten sich schmerzlich ihrer Mitte beraubt ...

(SPEIDEL, H., Invasion 1944, Tübingen-Stuttgart 1949, S. 125 ff.)

13. ROMMELS ULTIMATUM

(Feldmarschall ROMMELS historisches Blitzfernschreiben am 15. Juli 1944 von der Invasionsfront an HITLER im Wortlaut.)

Die Lage an der Front der Normandie wird von Tag zu Tag schwieriger, sie nähert sich einer schweren Krise.

Die eigenen Verluste sind bei der Härte der Kämpfe, dem außergewöhnlich starken Materialeinsatz des Gegners vor allem an Artillerie und Panzern und bei der Wirkung der den Kampfraum unumschränkt beherrschenden feindlichen Luftwaffe derartig hoch, daß die Kampfkraft der Divisionen rasch absinkt. Ersatz aus der Heimat kommt nur sehr spärlich und erreicht bei der schwierigen Transportlage die Front erst nach Wochen. Rund 97 000 Mann an Verlusten, darunter 2360 Offiziere, unter ihnen 28 Generale und 354 Kommandeure, also durchschnittlich pro Tag 2500 bis 3000 Mann, stehen bis jetzt insgesamt 6000 Mann Ersatz gegenüber. Auch die materiellen Verluste der eingesetzten Truppen sind außerordentlich hoch und konnten bisher nur in geringem Umfang ersetzt werden, z. B. von rund 225 Panzern bisher nur 17.

Die neuzugeführten Divisionen sind kampfungewohnt und bei der geringen Ausstattung mit Artillerie, panzerbrechenden Waffen und Panzerbekämpfungsmitteln nicht imstande, feindliche Großangriffe nach mehrstündigem Trommelfeuer und starken Bombenangriffen auf die Dauer erfolgreich abzuwehren. Wie die Kämpfe gezeigt haben, wird bei dem feindlichen Materialeinsatz auch die tapferste Truppe Stück für Stück zerschlagen. Die Nachschubverhältnisse sind durch die Zerstörungen des Bahnnetzes, die starke Gefährdung der Straßen und Wege bis zu 150 km hinter der Front durch die feindliche Luftwaffe derart schwierig, daß nur das Allernötigste herangebracht werden kann und vor allem mit Artillerie- und Werfermunition überall äußerst gespart werden muß.

Neue nennenswerte Kräfte können der Front in der Normandie nicht mehr zugeführt werden. Auf der Feindseite fließen Tag für Tag neue Kräfte und Mengen an Kriegsmaterial der Front zu. Der feindliche Nachschub wird von unserer eigenen Luftwaffe nicht gestört. Der feindliche Druck wird immer stärker.

Unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß es dem Feind in absehbarer Zeit — 14 Tagen bis drei Wochen — gelingt, die eigene dünne Front, vor allem bei der 7. Armee zu durchbrechen und in die Weite des französischen Raumes zu stoßen. Die Folgen werden unübersehbar sein.

Die Truppe kämpft allerorts heldenmütig, jedoch der ungleiche Kampf neigt dem Ende entgegen. Ich muß Sie bitten, die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen. Ich fühle mich verpflichtet, als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe dies klar auszusprechen . . .

ROMMEL, Feldmarschall.

(SPEIDEL, a. a. O., S. 137 f.)

14. DIE MILITÄRISCHE LAGE AM 20. 7. 1944

(Vgl. hierzu „Lagekarte" in der Tasche)

Das Gutachten von Prof. Dr. PERCY ERNST SCHRAMM im Remerprozeß

(Professor Dr. PERCY SCHRAMM ist von Beruf Historiker. Zu Anfang des Krieges wurde er als Reserveoffizier eingezogen und hat dann in den verschiedenen Stäben, in denen er tätig war, nebenbei deren Kriegstagebücher geführt. Im März 1943 wurde er in den

Wehrmachts-Führungsstab, d. h. in den Spitzenstab für die drei Wehrmachtsteile unter Generaloberst JODL, kommandiert, um dort das Kriegstagebuch zu führen. In dieser seiner Eigenschaft hatte Professor Dr. SCHRAMM Gelegenheit, in sämtliche Lageberichte und auch in die geheimsten Akten Einblick zu nehmen.)

Wenn ich mich zu der Frage äußere: „Wie war die militärische Lage am 20. Juli 1944?", und zwar unter dem Gesichtspunkt: „Mußte der Krieg in diesem Augenblick nach menschlichem Ermessen als bereits verloren angesehen werden?", dann ist zugleich die Gegenfrage zu stellen: „Gab es damals auf Grund der allgemeinen Lage oder auf Grund besonderer Faktoren noch irgendwelche Anhalte zu der Auffassung, daß dadurch eine Wendung zum Guten anzunehmen sei?"

Um die Frage so zu beantworten, daß die Antwort schlüssig wird, muß ich verschiedene Problemkreise unter die Lupe nehmen.

1. Zunächst die militärische Lage am 20. Juli 1944, und zwar Kriegsschauplatz nach Kriegsschauplatz;

2. dann das Wehrpontential, dessen positive und negative Faktoren in einer Bilanz;

3. die Frage, ob im Hintergrund noch irgendeine Möglichkeit verborgen war, die nicht mehr ausgenutzt worden ist, die aber bei einem Einsatz vor der Schlußkatastrophe noch eine Wendung des Kriegsverlaufs hätte herbeiführen können. Dazu gehört dann

4. die Gegenfrage, ob innerdeutsche Faktoren den Zusammenbruch unterstützten und dadurch beschleunigten.

I.

Die militärische Lage

Ich komme zu der ersten Frage: die militärische Lage am 20. Juli 1944. Ich setze in Finnland ein und gehe dann im Uhrzeigersinn weiter.

In Finnland war am 19. April eine Krise in den deutsch-finnischen Beziehungen zu Ende gegangen; denn im Einverständnis mit der finnischen Regierung war im Februar 1944 der damalige Staatsrat PAASIKIVI über Stockholm nach Moskau geflogen und hatte die Bedingungen der Sowjetunion zum Frieden mit Finnland eingeholt. Die finnische Regierung hatte Gegenvorschläge gemacht, die am 14. März von der Sowjetunion als völlig unzureichend zurückgewiesen wurden. Nach Umbildung der Regierung und geheimer Befragung des Reichstages erteilte Finnland im April eine abschlägige Antwort, genauer, eine Antwort, die solange galt, als die finnische Front gehalten werden konnte. Das aber wurde seit dem Sommer fraglich. Am 9. Juni begannen die Russen einen Angriff mit überlegenen Kräften gegen die Karelische Landenge und durchbrachen am 19. 6. die Mannerheim-Stellung. Am 20. Juni besetzten sie Wiborg, am 29. 6. waren sie in Petrosawodsk, d. h. sie waren auch in Ostkarelien eingebrochen.

In diesen Tagen, nämlich am 21., kam RIBBENTROP nach Finnland und stellte deutsche Hilfe in Aussicht. Aber der Nordflügel unserer Ostfront war damals schon selbst in Bedrängnis. Und so hat Finnland damals über den Finnischen Meerbusen nur noch einen Panzerverband — und den auch nur auf Zeit — zur Verfügung gestellt bekommen; außerdem wurde noch seine Luftwaffe verstärkt. Aber diese magere Hilfe konnte die Lage natürlich nicht mehr ändern. Die finnische Front kam noch einmal zum Stehen, und zwar an der alten Grenze von 1940, die ausgebaut war. Aber sechs Tage nach dem 20. Juli ging Narva verloren, und damit rissen die deutsche und die finnische Front auseinander.

Vom 1. August an, an dem MANNERHEIM zu dem Oberbefehl an Stelle RYTIS auch noch das Amt des Reichspräsidenten übernahm, lag offen, was kommen mußte. Finnland

wollte und Finnland konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß es — ohne Aussicht auf deutsche Hilfe und den Russen in bezug auf Panzer völlig unterlegen — von der Roten Armee überrollt wurde. Finnland fragte also am 25. 8. bei der UdSSR an, ob sie die Verhandlungen über den Waffenstillstand wieder aufnehmen wollen. Dies geschah, und die Abreden waren am 3. September soweit perfekt, daß das Feuer eingestellt werden konnte. Unterschrieben worden ist der Waffenstillstand am 19. September.

Die Deutschen, die auf finnischem Boden standen, hatten nach den von den Finnen eingegangenen Verpflichtungen das Land in Kürze zu verlassen. Soweit es sich um Süd- und Mittelfinnland handelte, war das noch über See möglich; denn es handelte sich im Süden nur um geringe Kräfte. Aber in Nordfinnland stand eine ganze Armee, die Gebirgsjägerarmee (vormals unter DIETL, jetzt unter RENDULIC). Sie konnte wegen Transportschwierigkeiten über See nicht abtransportiert und mußte daher auf der einzigen Straße am Nordkap entlang nach Nord-Norwegen herumgezogen werden. Es ist gelungen, diese ungewöhnlich schwierige Operation, bei der die Russen nachdrängten, so durchzuführen, daß sie vor Beginn des Schneefalls zu Ende kam, ohne daß eine Kompanie abgeklemmt wurde. Von den Divisionen, die nun dicht gedrängt am Lyngenfjord in neuer Stellung standen, sind dann die überflüssigen abgezogen worden; aber sie haben sich auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen im Osten und Westen, auf die sie dirigiert wurden, nicht mehr auswirken können.

Ziehen wir die Bilanz aus der Lage im Norden, dann ist festzustellen, daß bereits im März-April 1944 ein finnischer Sonderfrieden drohte, und das bedeutete für uns eine Abschnürung einer ganzen Armee, bedeutete weiter eine Flankierung des Nordflügels der Ostfront. Diese Gefahr war wieder gebannt. Aber am 20. 7. war der Zusammenbruch sowohl an der südkarelischen wie auch der ostkarelischen Front deutlich, und damit war vorauszusehen, daß über kurz oder lang die Finnen die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen würden, und es fragt sich daher, ob das uns eine ganze Armee kosten und die schon bestehende Gefahr auf dem Nordflügel der Ostfront noch vermehrt werde.

Katastrophenfront im Osten

Hier ging der russischen Generaloffensive der Verlust der Krim voraus, die bereits seit November 1943 im Norden abgeriegelt war und einen verlorenen Posten darstellte. HITLER hatte dazu geneigt, die 17. Armee dort stehen zu lassen, und ANTONESCU hat ihn leider in dem Beschluß bestärkt. Seit Mitte April wurde nur noch Sewastopol gehalten. Daß es dann noch gelungen ist, beträchtliche Teile über das Schwarze Meer wegzubringen, ist erstaunlich. Aber das, was wieder an Land gesetzt wurde, war durcheinander gebracht, und die Armee, um die es sich einmal gehandelt hatte, bestand praktisch nicht mehr; sie mußte aus Atomen wieder aufgebaut werden.

Die Ostfront war dadurch benachteiligt, daß Kräfte an den Westen für die dort erwartete Landung abgehen mußten, bzw. daß sie Kräfte nicht mehr bekam, die sie sonst hätte erwarten können. Es war ja jetzt so, als wenn ein Mann, dem der eine Arm festgehalten wird, sich mit dem anderen nun allein weiter wehren soll. Dazu kam noch, daß die Front insofern ungünstig verlief, als sie in der Form eines Fragezeichens in den russischen Boden eingestanzt war. Sie wies in der Mitte — also zwischen Gomel und Schitomir — eine tiefe Einbuchtung nach Westen auf, sprang dann aber im Süden wieder an den Dnjepr-Bogen vor. Bei einer anderen Kriegsführung würde zweifellos eine kürzere, Menschen einsparende Front gewählt worden sein.

Aber alle Vorschläge in dieser Richtung prallten bekanntlich bei HITLER ab, bei dem — je länger der Krieg dauerte — die Folgerungen, die er aus seinen 1918 gewonnenen Eindrücken zog, überwogen, und diese liefen darauf hinaus, sich festkrallen, wo man steht. Er war überzeugt, beim Krieg im freien Gelände komme die Truppe ins Rutschen, und, wenn sie wisse, daß hinter ihr ausgebaute Stellungen seien, dann werde sie von diesen magnetisch angezogen.

Da wir in dieser besonders langen, fragezeichenförmigen Stellung stehen blieben, war für die russische Offensive, die am 23. 6. 1944 einsetzte, die Situation besonders günstig; denn unsere Front war überdehnt und konnte deshalb nicht überall ausreichend stark besetzt sein. Es gab keine Luftwaffe mehr, die die Nachteile auf der Erde wettgemacht hätte; sie war vielmehr durch die vorhergehenden Verluste schon so mitgenommen und dazu auch noch im Westen gebunden, so daß sie auch nicht annähernd ein Übergewicht herstellen konnte, wie es die Alliierten im Westen uns gegenüber besaßen. Ferner wurden unsere rückwärtigen Verbindungen durch die Partisanen zwar nicht unterbunden, aber doch dauernd empfindlich gestört.

Diese Nachteile wirkten sich besonders bei der Heeresgruppe Mitte aus, die von BUSCH geführt und nachher von MODEL übernommen wurde. Sie hatte, weil sie den Bogen von Minsk weiter halten sollte, ihren rechten Flügel so strecken müssen, daß er hinter den Pripjet-Sümpfen wieder Anschluß an die Heeresgruppe Süd nehmen konnte. Der Bogen von Minsk bedeutet, so gesehen, den oberen Bauch des Fragezeichens. Wenn man diesen Bogen abgekürzt hätte, wären Kräfte eingespart worden. Aber dazu hatte sich HITLER nicht entschließen können. Die Front glich daher einem stark gespannten Draht, den man bekanntlich zerschlagen kann, wenn man an einer Stelle kurz und kräftig draufschlägt. Die Russen taten das gleich zweimal, so daß sie die Front doppelt aufrissen. Nun wäre es wohl noch möglich gewesen, dem stehengebliebenen Mittelteil den Befehl zu geben, sich in Eilmärschen nach Westen abzusetzen. Das geschah jedoch gleichfalls nicht. Vielmehr wurde versucht, die Löcher in der Front zu stopfen, und das war natürlich bei dem bestehenden Kräfteverhältnis unmöglich. Daher konnten sich die russischen Panzerspitzen hinter der Front der Heeresgruppe Mitte wie eine Kneifzange zusammenschließen. Es war den Russen dann ein Leichtes, einen Verband nach dem anderen niederzuringen, weil der eine keine Verpflegung, der andere keine Munition hatte und den meisten beides fehlte.

Ich glaube hier vorwegnehmen zu müssen, daß der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte nicht durch Verrat erklärt werden kann. Davon ist damals geraunt worden, weil der, der die Dinge nicht sah und nicht — wie wir — die Möglichkeit hatte, auf der Lagekarte das Vorkommen der Russen zu verfolgen, nicht zu begreifen vermochte, wo plötzlich diese ganze Front geblieben war. Denn das Zerschlagen dieser Heeresgruppe bedeutete ja, daß sich hier abermals eine Katastrophe in dem Ausmaße von Stalingrad und Tunis im Jahre 1943 vollzogen hatte. Die Einsicht, daß es bei den vorhandenen Kräften und dem gebogenen Verlauf der überdehnten Front so kommen mußte, daß keine Hilfserklärung für ihren Zusammenbruch erforderlich ist, diese Einsicht hat sich — wie ich hoffe — jetzt allgemein durchgesetzt. Und wenn gelegentlich noch geraunt wird, daß in diesem Falle doch Verrat geübt worden sei, dann ist das nunmehr eine Ungeheuerlichkeit, weil die Männer, die da beschuldigt werden, entweder tot oder aus der Gefangenschaft nicht zurückgekehrt sind. Da sie sich nicht verteidigen können, muß ich diese Gelegenheit egreifen, ihre Schuldlosigkeit hier deutlichst zu unterstreichen.

Durch das aufgerissene Riesenloch drängte die Rote Armee unheimlich schnell vor. Ich nehme als Stichdaten: 2. 7. Minsk, 13. 7. Wilna, 16. 7. Grodno, 18. 7. Bialystok, d. h.

die Russen standen jetzt vor der deutschen Grenze. Der Provinz Ostpreußen hat sich damals begreiflicherweise eine ungeheure Erregung bemächtigt. Sollte man flüchten? Es drohte zu Treckbewegungen nach Westen zu kommen. Um diese zu bannen, ist HITLER ganz kurz vor dem 20. 7. von Berchtesgaden nach Rastenburg in sein Standquartier „Wolfsschanze" zurückgekehrt. Mochte bisher vieles verschleiert worden sein, die Tatsache, daß der Feind vor den Toren Ostpreußens stand, konnte nicht mehr geheim bleiben und blieb es auch nicht. Und wer bis dahin noch auf den Endsieg gehofft hatte, dem blieb nur noch übrig, sich an die Vermutung zu klammern, daß noch etwas nicht Voraussehbares geschehen werde.

Wankender Südflügel

Noch ein weiteres Wort über die Ostfront, nämlich über ihren Südflügel:

Schon im Februar 1944 hatten die Russen den Bug, im März den Dnjestr und den Pruth, im April den Sereth erreicht, d. h. sie standen in Galizien, hatten sich Bessarabien zurückgeholt und drangen schon in die Moldau ein. Am 14. 4. ging Odessa verloren, aber es blieben unheilvollerweise immer noch Teile jenseits von Bessarabien stehen, die dann nicht zurückgeholt werden konnten — eben nach jenem verhängnisvollen Prinzip: „Halten, halten."

Es war nun die Frage: Wann begibt sich Rumänien auf den Weg, auf den Finnland im Februar eingebogen, damals allerdings noch nicht bis zum Ende geschritten war? Dieselbe Frage wie im Falle Rumänien war auch im Falle Ungarn zu stellen. Wir hatten seit Mitte Februar mancherlei Nachrichten, die darin übereinstimmten, daß in Ungarn bestimmte Kräfte am Werk waren, um einen Abfall Ungarns vorzubereiten. Deshalb wurde am 19. 3. Ungarn schlagartig von deutschen Truppen besetzt (Unternehmen „Margarethe"), nachdem HITLER in Kleßheim den Reichsverweser VON HORTHY so unter Druck gesetzt hatte, daß er sein Einverständnis zum deutschen Einmarsch gab. Dazu übernahm dieser die Verpflichtung, die Regierung umzubilden. So kam es zu der Regierung SZTÓGAY.

Der Wehrmachtsführungsstab hatte in den Wochen der Vorbereitung des Falles „Margarethe" auch Überlegungen angestellt, was zu tun sei, wenn Rumänien gleichfalls abfallen würde. Als HITLER das erfuhr, verbot er ausdrücklich die Fortsetzung. Er vertraute auf den Marschall ANTONESCU, und er durfte das in diesem Falle auch. Nur sah er nicht und wollte auch nicht sehen, wie dessen Stellung unterhöhlt wurde. Die Warnungen, die HITLER auf verschiedenen Wegen erreichten und ihm völlig reinen Wein einschenkten, schlug er in den Wind, so daß der Sturz ANTONESCUS nicht nur für den Marschall selbst, sondern auch für HITLER völlig überraschend kam. Die rumänische Armee kapitulierte, und die in ihren Reihen kämpfenden deutschen Verbände waren daher total verloren. Vor allem waren jene, die in Bessarabien und noch weiter östlich standen, der Vernichtung ausgeliefert, so daß es selbst heute nicht möglich ist, den Angehörigen Auskunft zu geben, was mit den einzelnen Formationen geschehen ist.

Dieser Verlust, zusammen mit dem Ausfall der rumänischen Verbände, unter denen ja viele im Kampfe sich gut bewährt hatten, bedeutete wiederum eine Katastrophe im Ausmaße jener eben charakterisierten Katastrophe bei der Heeresgruppe Mitte. Kriegsgeschichtlich bleibt es geradezu ein Wunder, wieso es dann möglich gewesen ist, dieses Doppelloch weiter rückwärts vorübergehend doch noch einmal abzudichten. Ich sehe davon ab, das hier darzulegen, da mich das zu weit vom 20. 7. wegführen würde.

Nach dem Norden und Osten nun der Südosten. Der Wandel der Lage im Südosten ist erst nach dem 20. 7. sichtbar geworden. Die Räumung der Insel Kreta, auf der 60 000 Mann standen, zu genehmigen, konnte HITLER sich erst im August — auf langes Drängen der militärischen Stellen hin — entschließen. Am 26. 8. begann die Räumung Griechenlands, die jetzt von Tag zu Tag dringender wurde, da der Abfall Rumäniens am 9. 9. den Abfall Bulgariens zur Folge hatte. Es handelte sich bei der Heeresgruppe E um eine Rückverlegung um 1400 km, zuletzt durch Schnee und Eis, durch die Partisanen gestört, in der Flanke bedroht durch die unter russischem Befehl zum Angriff gegen uns angesetzten Bulgaren, der Gefahr ausgesetzt, vor Belgrad abgeschnitten zu werden, wo sich TITO mit der Roten Armee vereinigt hatte. Daß diese Heeresgruppe trotzdem in eine neue in Kroatien verlaufende Stellung zurückgelangte, ist in der Militärgeschichte ein noch größeres Wunder wie der Abzug der Gebirgsjäger-Armee von Finnland über das Nordkap nach Norwegen. Allerdings war auch dies nicht das Verdienst HITLERS, der hier genau so wenig Unterstützung leisten konnte wie im Norden. Will man einem einzelnen das Verdienst zuschreiben, dann war es das Verdienst des von TITO erschossenen Generalobersten LÖHR, eines ebenso bedeutenden Militärs wie hochgebildeten, jedem Schein abholden Menschen.

Ich fasse zusammen: im Südosten war am 20. 7. der in Kürze einsetzende Umschwung, der zur Preisgabe dieses ganzen Kriegstheaters führte, zwar noch nicht sichtbar; aber das wußte auch der Laie, daß die von den Alliierten und von den Russen mit vereinten Kräften hochgezogene Partisanenbewegung unsere Lage in Griechenland und Jugoslawien inzwischen so erschwert hatte, daß man fragen konnte, wer denn nun eigentlich der Sieger auf dem Balkan sei.

Der Umschwung in Italien

Hier war es für die breite Öffentlichkeit am sichtbarsten, daß — wie HITLER es nannte — wir in eine „Pechsträhne" geraten waren, daß wir zum mindesten dem verheißenen Endsieg nicht näher kamen. Ich rufe die entscheidenden Fakten ins Gedächtnis zurück: Zunächst am 13. 5. 1943 die Kapitulation in Tunis; das bedeutete, daß 252 000 Mann, Deutsche und Italiener, in die Kriegsgefangenschaft gingen, zwei Monate und elf Tage nach der Katastrophe von Stalingrad. Am 10. 6. 1943 dann die Landung der Alliierten auf Sizilien, wo die Italiener keinen wesentlichen Widerstand mehr leisteten, und in Kürze ein paar deutschen Verbänden unter General VON SENGER, die noch weiter kämpften, 160 000 Mann und 600 Panzer gegenüberstehen. Darauf entstand in Italien begreiflicherweise große Aufregung.

Auch die Spitzen der faschistischen Hierarchie begannen jetzt aufzubegehren. Daher erfolgte am 25. 7., zwei Wochen nach der Landung, der Sturz MUSSOLINIS und seine Verhaftung. BADOGLIO übernimmt nun die Führung und erklärt, daß er weiter mit uns zusammenarbeiten wolle. Aber HITLER hat auf verschiedenen Wegen die Gewißheit erhalten, daß der Marschall nur den Abfall vorbereite, und hat bereits seine Gegenmaßnahmen getroffen. So kommt der Abfall BADOGLIOS am 9. 9. für uns nicht unerwartet. Die vorgesehene Entwaffnung der italienischen Armee wird ohne Schwierigkeiten vollzogen. HITLERS „Pechsträhne" während der beiden letzten Jahre sind die militärischen Unternehmungen, die sich gegen unsere Bundesgenossen — also Ungarn und Italien — richteten.

Der Umschwung in Italien bedeutete, daß wir auf dem Balkan, in Italien, in Südfrankreich neue Fronten besetzen mußten, die bisher die Italiener gehalten hatten. Das ist tatsächlich, wenn auch nur notdürftig, noch möglich gewesen. Es ist auch noch verhindert

worden, daß die Landung der Briten auf Kalabrien und die der Amerikaner bei Salerno sich zu einer Katastrophe auswuchsen. Es gelang nämlich KESSELRING, südlich Neapel eine neue Front quer über die Halbinsel zu ziehen. Daher war es nicht gleich notwendig — was zunächst ins Auge gefaßt war — auf die sog. Apenninstellung zurückzufallen.

Es ist ferner möglich gewesen, Sardinien und Korsika zu räumen und zwar so, daß selbst das schwere Gerät mit zurückkam. Aber nachdem die Alliierten die Volturno-Stellung eingenommen hatten, nachdem sie dann im Rücken der deutschen Front bei Anzio und Nettuno gelandet waren, drückten sie uns nordwärts zurück, und wir „setzten uns ab" und gingen schrittweise zurück auf die Apenninstellung. Am 4. 6., also zwei Tage vor der Invasion, rückten die Alliierten in Rom ein und hätten nun die 14. Armee von MACKENSEN, die längs des Tyrrhenischen Meeres zurückging, beinahe zerschlagen; denn da wir die Tiberbrücken nicht zerstört hatten, fuhren sie mit motorisierten Kräften in die Verbände MACKENSENS hinein. Der Generaloberst aber fing seine Armee wieder, und da die andere Armee, die 10., die an der Adria zurückging, dasselbe Tempo hielt, blieb eine durchgehende Front erhalten. Am 26. 7., also sechs Tage nach dem 20. 7., wurde Pisa planmäßig geräumt, am 12. 8. Florenz. So ist hier die zeitweise drohende Katastrophe nicht erfolgt; im September standen wir — wie vorgesehen — in der Apenninstellung.

Wer sich noch an die Vorstellung des Endsieges klammerte, aber den Heeresbericht mit offenen Augen las, der mußte sich also sagen, daß wir in Italien uns gleichfalls von diesem Ziel entfernt hatten. Würdigt man diese Entwicklung nur unter militärischem Gesichtswinkel, dann bleibt abermals erstaunlich, daß dieser komplizierte Rückmarsch und die durch ihn bedingten Räumungen durchgeführt werden konnten, ohne daß sich eine Vernichtung wie in Afrika wiederholte. Das bleibt um so mehr erstaunlich, als diese Front noch Kräfte an einzelne Fronten abgeben mußte. Sie war ferner dadurch behindert, daß die Po-Brücken und Eisenbahnen vom Gegner zerschlagen wurden, daß sie an Benzin nur das allernotwendigste erhielt, und ihr an Luftwaffenkräften so gut wie gar nichts bewilligt wurde. Trotzdem hat diese Front noch gehalten bis in das Frühjahr 1945. Das ist wiederum nicht das Verdienst HITLERS, denn er hat von dieser Front immer nur Kräfte weggenommen. Will man hier wieder einen einzelnen nennen, dann ist der Name des Feldmarschalls KESSELRING anzuführen.

Front im Westen — auf die Dauer unhaltbar

Wären die Alliierten bereits 1943 gelandet, so hätten sie im Westen an deutschen Kräften gefunden: Divisionen, die im Osten zerschlagen waren und hier wieder aufgefrischt wurden, sogenannte Festungsdivisionen, die nicht im Gelände beweglich waren, Neuaufstellungen und anderes mehr, jedenfalls sehr wenig kampffähige Verbände. Hätte die Landung im Frühjahr 1944 stattgefunden, dann wäre die Situation nicht mehr ganz so ungünstig gewesen, und von da an hat uns jede Woche weitergeholfen, da weitere Verbände einsatzbereit wurden. Daß dieses zu Lasten der Ostfront und der italienischen Front ging, habe ich bereits angedeutet.

Es war nun die große Frage, ob diese Landung gelingen werde oder nicht. Hier ist ein Wort des GRAFEN STAUFFENBERG vorgebracht worden, die Chance sei „fünfzig-fünfzig" gewesen. Das ist eine Wendung, wie man sie im Gespräch gebraucht. Ich kann mir nicht denken, daß GRAF STAUFFENBERG, der ja einer unserer bestqualifiziertesten Generalstabsoffiziere war, sie als endgültige Formel hätte gelten lassen. Wir wußten damals nicht genügend von den technischen Möglichkeiten, die die Gegenseite für diese Landung entwickelt hatte. Wir wußten auch nicht genau, wo sie landen würden. So blieb die

Errechnung der Chance ganz offen. (Auf die Frage, welche Konsequenzen sich ergaben, wenn diese Landung gelang, kommen wir nachher.)

Die Landung erfolgte am 6. 6. in einem Augenblick, als das Maximum an Bereitstellung von Verbänden bei uns ungefähr erreicht war. Es hat daher einige Zeit gedauert, bis die Alliierten gleich stark waren. Aber es ist zu beachten, daß sie am 12. 6., also nach sechs Tagen, bereits 326 000 Mann gelandet hatten. Die Gegner hatten den Vorteil, daß sie die Landung durch ihre Schiffsgeschütze überschirmen konnten, vor allem, daß sie über Frankreich eine Luftüberlegenheit erzielten, die von da an nie wieder gebrochen worden ist. Außerdem hatten wir den großen Nachteil, daß im Westen noch mehr als in Italien alle rückwärtigen Eisenbahnen und alle Brücken hinter der Front zerschlagen waren, so daß nur noch im sogenannten „Inselverkehr" auf kleinen Strecken hin und her gefahren werden konnte. Immerhin ist das eine in diesen ersten Wochen gelungen: Der Gegner konnte zwar seine Landkräfte zusammenschließen, er konnte durch die Halbinsel Cotentin durchstoßen, Cherbourg einnehmen, aber ihm gegenüber hielt doch noch eine geschlossene deutsche Front quer durch die Normandie. Und diese hielt auch noch am 20. 7.

Hier ist aber zu fragen: Wie stand es um die weiteren Aussichten? Das Bild, das ich schon einmal angeführt habe — das Bild von dem Draht, der zerspringt, wenn man an einer Stelle draufschlägt — ist hier noch einmal zu benutzen. Bei der Überlegenheit des Gegners in bezug auf die Luftwaffe und das Kriegsmaterial war mit geradezu mathematischer Genauigkeit vorauszusehen, daß diese Front eines Tages zerspringen würde, zerspringen mußte. Es war nur noch die Frage, wo? Bekanntlich hat am 27. 7. PATTON die schwache Stelle an unserem linken Flügel bei Avranches gefunden und ist dort durchgestoßen. Dieses Verhängnis ist dadurch noch vergrößert worden, daß HITLER sich wieder der Illusion hingab, dieses Loch ließe sich noch schließen. Es blieb also der linke aufgeschlagene Flügel der Normandiefront stehen, wo er stand, und daher konnte er von PATTON von hinten umfaßt werden. Da es den Engländern dann gelang, auch die Mitte der Front aufzubrechen, war am 16. 8. der Kessel von Falaise geschlossen, in dem unsere wichtigsten Panzerverbände steckten. Zu den vielen rätselhaften Abläufen dieses Krieges gehört, daß nach bereits völliger Einkesselung durch Aufsprengen der Kesselwand noch Teile herausgekommen sind.

Landung auch an der Riviera

Diese Entwicklung war am 20. 7. noch nicht sichtbar, aber sie war bereits zu ahnen, ebenso, daß in Kürze über das Mittelmeer eine weitere Landung erfolgen werde. Denn wir besaßen genaue Nachrichten über englische, amerikanische und französische Verbände, die in Nordafrika und Süditalien bereitstanden; es waren über 23. Es war kein Zweifel, daß sie eines Tages irgendwo im Süden landen würden. Am 15. 8. erhielten wir die Antwort auf diese seit Wochen gestellte Frage: es erfolgte die Landung an der französischen Riviera, die gleichfalls nicht aufgehalten werden konnte.

Eine im Westen geglückte Landung bedeutete Wiederbeginn jenes Zweifrontenkrieges, der uns in die Katastrophe von 1918 geführt hatte, und der 1939 in so rätselhafter Weise nicht zustande kam, weil die Franzosen und Engländer sich auf ein „Stillhalteabkommen" geeinigt hatten. In diesem Augenblick hatte ein Zweifrontenkrieg geradezu furchtbare Konsequenzen. Man halte sich vor Augen, wie in demselben Augenblick die Gefahr in Finnland zur Katastrophe drängte, ebenso auf dem Balkan und Italien. Vor allem war die Landung deshalb so gefährlich, weil jetzt das Verhängnis bei der Heeresgruppe Mitte und bei Rumänien im Anlaufen war. Nun wäre ja noch denkbar gewesen, daß wir uns rechtzeitig auf rückwärtige Stellungen zurückzogen, und zwar auf

solche Stellungen, die durch weitere Landungen nicht gefährdet waren und auch Menschen einsparten. Der Wehrmachtsführungsstab hatte solche Planungen natürlich schon seit Wochen vorbereitet, aber HITLER wollte von ihnen nichts wissen. Als er dann endlich im August diese Vorschläge zur Kenntnis nahm, da war die Entwicklung schon über sie hinweggegangen.

Auch RUNDSTEDT resignierte

In den Wochen vorher hatte der OB West, Generalfeldmarschall VON RUNDSTEDT, noch gehofft, daß — falls es zu einem Kampf im freien Gelände käme — es möglich sein würde, durch geschicktes Operieren den Gegner wieder anzuhalten. Nachdem sich aber nun eine früher unvorstellbare Überlegenheit in der Luft herausgestellt hatte und sich auch zeigte, daß der Gegner auf der Erde von Tag zu Tag ein stärkeres Übergewicht durch seine Panzer gewann, auch genügend mit Treibstoff versehen war, da war die Rundstedt'sche Hoffnung an den Tatsachen zerschellt.

Demgegenüber stand ROMMEL als Oberbefehlshaber der am Kanal eingesetzten Heeresgruppe B auf dem Standpunkt, der Gegner müsse an der Grenzscheide zwischen Meer und Land zurückgeschlagen werden. Der Rommel'sche Standpunkt hatte sich insoweit durchgesetzt, als bis in den Bereich der Ebbe die Hindernisse vorgetrieben wurden. ROMMEL folgerte weiter, gelinge es nicht, den Gegner an der Grenzscheide zwischen Meer und Wasser zurückzuschlagen, dann sei die Landung nicht mehr zu verhindern und müsse dann zu einem Einbruch nach Frankreich hinein führen. Auf Grund seiner Kenntnisse, die ROMMEL von der gesamten Kriegslage besaß, kam er zu der Überzeugung, daß dies den Verlust des Krieges überhaupt bedeute. Welche Folgerungen ROMMEL aus dieser Kenntnis zog, ist durch das Buch des Chefs seines Generalstabes, des Generals Dr. SPEIDEL, allgemein bekannt geworden.

Hier ist folgendes festgehalten: Am 17. 6. kommt HITLER auf Drängen von RUNDSTEDT und ROMMEL mit beiden auf einem Gefechtsstand bei Soissons zusammen; nachdem ihm die Lage sachkundig und rückhaltlos klargelegt ist, vertröstet er die Oberbefehlshaber mit der Wirkung, die die V-Waffe haben werde. (Tatsächlich haben wir 1050 V-2-Geschosse in England gelandet, und bekanntlich haben sie nur lediglich wie Stecknadelstiche gewirkt, die die Engländer nur noch härter machten in ihrem Entschluß, Deutschland zu vernichten. Operativ hat der ganze Beschuß mit V 1 und V 2 nichts bedeutet.) Als ROMMEL nach dieser Besprechung in kleinem Kreise auf die hoffnungslose Gesamtlage hinwies, erklärte ihm HITLER, ROMMEL solle sich nicht um den Weitergang des Krieges, sondern um seine Invasionsfront kümmern. HITLER wollte sich anfänglich an der Front selbst überzeugen, wie es stand; er ist aber vorher wieder weggefahren — ein verirrtes V-1-Geschoß war in der Nähe seines Bunkers niedergegangen.

Am 29. 6. hat dann nochmals eine Besprechung stattgefunden. Aber bei ihr ließ HITLER es gar nicht dazu kommen, daß RUNDSTEDT und ROMMEL ihn unter vier Augen sprechen konnten. Auch diesmal wies er auf „die Wunderwaffen" hin. Das allein greifbare Ergebnis dieser Besprechung war, daß RUNDSTEDT am 21. 7. abgesetzt wurde. Sein Nachfolger wurde VON KLUGE, der sich vorher längere Zeit in Berchtesgaden aufgehalten und hier zunächst den Eindruck gewonnen hatte, HITLER beurteile die Lage im Westen richtiger als die Oberbefehlshaber; sie sei nicht so hoffnungslos, wie ROMMEL sie gesehen haben wollte. Dadurch entstand zunächst ein Konflikt zwischen ROMMEL und VON KLUGE. Aber nachdem dieser sich an der Front ein Bild gemacht hatte, sah er sich gezwungen, der Auffassung ROMMELS zuzustimmen. Sie ging am 9. 7. dahin, daß die Normandie-Front maximal noch 14 Tage oder drei Wochen halten werde.

Die Schlußfolgerungen

Von unseren Verbündeten war am 20. 7. Italien bereits abgefallen. Die Regierung Mussolini führte nur noch ein Schattendasein. Es wurden einige neue italienische Divisionen in unserem Verbande aufgestellt, aber noch mehr Divisionen auf der Badoglio-Seite. Finnland, Rumänien und Bulgarien sonderten sich unmittelbar nach dem 20. 7. ab. Die Slowakei bedeutete im großen Rahmen gar nichts; sie hat uns nur zwei Brigaden gestellt, und die haben uns wenig genutzt. In Kroatien hielt sich noch die Regierung des sog. „Poglavnik", gestützt auf ihre fluchwürdige Ustascha, am Ruder. Hätte hier Ante Pavelitsch, der bei der Wehrmacht keine Freunde gewonnen hatte, nicht Rückhalt an Hitler gehabt, dann wäre er zweifellos weggefegt worden. Ungarn wurde — wie schon angeführt — mühsam bei der Stange gehalten.

Deutschland stand am 20. 7. also praktisch allein und hatte keinerlei Aussichten, daß ihm noch irgend jemand beispringen würde. An der Ostfront hatte sich die doppelte Katastrophe bei der Heeresgruppe Mitte und in Rumänien bereits angebahnt. In Finnland, auf dem Balkan und in Italien war mit dem Zusammenbruch der bisher gehaltenen Fronten zu rechnen. Und das Schlimmste: im Westen war den Alliierten die Landung gelungen, und der Tag, an dem die Normandie-Front zerspringen und dem Angreifer den Weg nach Frankreich freigeben werde, war in kurzer Zeit zu erwarten.

Daraus ergibt sich der zwingende Schluß: die militärische Lage war am 20. 7. bereits ausweglos. Auf der militärischen Ebene war kein Umschwung mehr zu erwarten, selbst wenn man die unwahrscheinlichsten Glücksfälle mit in Rechnung stellte.

II.

Keine Reserven mehr

Die zweite Frage: Gab es im Bereich unseres Wehrpotentials irgendwelche Faktoren, die imstande gewesen wären, unsere militärische Gefährdung wieder auszubalancieren?

Auf dem Gebiete der Menschenreserven war dies jedenfalls nicht möglich. Ich erwähnte bereits die großen Verlustzahlen, die durch die militärischen Katastrophen in den Jahren 1943 und 1944 eintraten. Jedem wird in Erinnerung sein, wie der Maßstab, der an die Militärverwendungsfähigkeit gestellt wurde, mehr und mehr gestreckt werden mußte, so daß wir schließlich Bataillone von Ohrenkranken und Magenkranken zur Besetzung dänischer Inseln benutzten. Es war also buchstäblich „Not am Mann", und dieser Zustand wurde von Tag zu Tag schlimmer. Die Fronttruppe hatte darunter nicht nur zu leiden, indem sie einen weniger tauglichen Ersatz erhielt, sondern ihr wurde auch keine Ruhe mehr gelassen. Sie wurde überfordert. Das klang aus allen Lageberichten von allen Kriegsschauplätzen heraus. Es bleibt geradezu unbegreiflich, daß ein solches Heer noch so lange standgehalten hat. Aber es war dazu verurteilt — ich benutze jetzt einen militärischen Fachausdruck, der den Vorteil hat, die Sachlage prägnant zu erfassen — war dazu verurteilt, „in sich auszubrennen".

Nach den Menschen nun das Material. Hier ist festzustellen, daß Speer das Unwahrscheinliche fertigbrachte, den Ausstoß der Wehrwirtschaft im Jahre 1944 noch über den des Jahres 1943 hinauszutreiben. Das war gelungen durch die Eingliederung der Fremdarbeiter, durch die Einbeziehung des Industriepotentials der besetzten Länder, vor allem durch die trotz des Bombenkrieges anhaltende Arbeitsenergie der deutschen Belegschaft unserer Fabriken.

Am 20. 7. war die Industrie also noch imstande, mehr als im Jahre vorher zu leisten, aber — dieses „Aber" bitte ich sehr zu beachten — nach diesem Termin begann die Monatsleistung abzusinken. Denn die Bombenschäden, die bisher durch Reparatur und

Ausweichmaßnahmen noch weitgehend aufgefangen worden waren, wurden jetzt so groß, daß die Gegenmaßnahmen sie nicht mehr wettzumachen vermochten. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1944 war die Wehrwirtschaft daher dazu verurteilt, immer mehr zu schrumpfen. Daß dieser Prozeß nach dem 20. 7. sich durch den Verlust weiterer Industriegebiete, durch den Anflug bisher unerreichter Industrieräume, z. B. Österreich, durch die Störung der Eisenbahnverbindungen usw. ein sich ständig beschleunigendes Tempo annahm, kann man hier auf sich beruhen lassen, da es die Zeit nach dem 20. Juli betrifft.

Mangel auf dem Rohstoffsektor

In diesem Zusammenhange ist noch ein Blick erforderlich auf unsere Rohstofflage. Denn von einem ihrer Sektoren aus stellte schon sie allein die Existenz des Dritten Reiches in Frage.

Bis 1944 waren wir ja in der günstigen Lage, daß wir die Bodenschätze der besetzten Gebiete ausnutzen konnten und daß die noch übriggebliebenen Neutralen uns das Fehlende lieferten, weil sie auf unsere Gegenleistungen angewiesen waren. Daher war es so, daß zwar überall Mangel herrschte, daß aber durch Fortgang der Förderungen und der Lieferungen einerseits, durch Sparmaßnahmen und Verwendung anderer Stoffe andererseits die für die Kriegsführung unentbehrlichen Grundstoffe im Jahre 1944 noch soweit vorhanden waren, daß die Kriegführung an diesem Mangel nicht zu scheitern drohte. Das Gesagte bezieht sich auf Gummi, Nickel, Molybdän, Bauxit, Mangan, Wolfram und Chrom. Ich füge noch hinzu: auch die Kugellagerfertigung, die durch die Vernichtung von Schweinfurt schwer getroffen war, befand sich zwar in einem schlimmen Engpaß — aber durch schwedische Lieferungen und andere Maßnahmen kamen wir hier noch zurecht.

Im selben Atemzuge muß ich jedoch dieser Feststellung eine weitere hinzufügen, nämlich die, daß die Treibstoffversorgung der Wehrmacht im Mai 1944 in eine Krise geriet, die von Monat zu Monat schlimmer wurde und sich so auswuchs, daß sie schließlich allein den Krieg hätte zum Stehen bringen müssen, auch wenn die anderen Katastrophen gar nicht eingetreten wären. Diese Treibstoffkrise, die natürlich vor der Öffentlichkeit verborgen wurde, begann am 5. 4. 1944 mit dem ersten ernstlichen Angriff gegen das rumänische Erdölgebiet von Ploesti und die Raffinerie-Anlagen von Giurgiu an der Donau. (Ein 1943 unternommener Versuch war abgeschlagen worden, und die Gegner brauchten Zeit, bis sie den Anflug mit Aussicht auf Erfolg wiederholen konnten; zu Hilfe kamen ihnen die Einnahme der Flugplätze von Foggia in Italien, von denen aus ihre 4-mot.-Bomber starten konnten.) Weitere Luftangriffe folgten, die weitere Schäden verursachten. Zu dieser Aktion kam nun seit dem 12. 5. noch das, was wir seit langen Monaten als bevorstehend ansahen, so daß wir uns ständig gefragt hatten: wann kommt dieser Todesschlag gegen Wehrmacht und Industrie zugleich? Ich meine den systematischen Angriff gegen die deutschen Hydrierwerke. Außerdem wurde noch die Donau aus der Luft vermint, so daß zum Abtransport des Erdöls nur noch die Eisenbahnen in Betracht kamen. Auch sie wurden gleichfalls aus der Luft angegriffen; daher war der Abtransport schon im Mai auf die Hälfte abgesunken. Die rumänische Rohölförderung fiel im Mai von 430 000 moto auf 240 000, also auf 56 %; in Deutschland belief sich der Ausfall auf ein Drittel. Durch eine so enorme Abnahme auf der einen Seite, der auf der anderen eine enorme Mehrforderung durch den Zweifrontenkrieg gegenüberstand, gerieten wir in eine Kneifzange, aus der wir nie mehr herausgekommen sind. Denn kaum war ein Werk wieder aufgebaut, dann wurde es von neuem zerschlagen.

Die Folgen brauchen nicht weiter ausgeführt zu werden, denn jeder, der beim Heer war, weiß, wie jetzt mit jedem Liter gegeizt werden mußte. Bei der Luftwaffe hat unter diesem Mangel die Ausbildung des Nachwuchses leiden müssen. Die Zivilbevölkerung weiß es gleichfalls; denn sie sah ja fast nur noch Autos mit Holz- oder Gasantrieb.

Ich kann also den II. Teil meiner Ausführungen dahin zusammenfassen, daß

1. Mitte 1944 der Menschenbedarf der Wehrmacht nicht mehr ausreichend gedeckt werden konnte, daß das Heer daher der Gefahr ausgesetzt war, in sich zu verbrennen; ferner, daß

2. die Wehrwirtschaft zwar noch Erstaunliches leistete, daß sie aber seit der 2. Hälfte des Jahres 1944 infolge der Bombenschäden zu schrumpfen anfing, daß schließlich

3. die Treibstofflage im Mai 1944 sich so entwickelte, daß die Wehrmacht eines Tages von selbst zum Stehen kommen mußte.

Von diesen drei Faktoren zwingt jeder einzelne zu dem Schluß: der Krieg war unweigerlich verloren, und zwar schon Mitte 1944.

III.

Gab es Wunderwaffen?

Es ist zunächst zu erörtern, ob im Hintergrund noch eine Möglichkeit verborgen lag, die — falls vor der Katastrophe noch ausgespielt — imstande gewesen wäre, die angeführten Schwächen wieder auszubalancieren. Konkret gesprochen: gab es Kriegswaffen, die dem Krieg im letzten Augenblick noch eine andere Wendung hätten geben können? Gab es geheime Wunderwaffen, wie damals geraunt wurde und wie die Propaganda es ganz bewußt der großen Masse suggerierte?

Die Verwirrung ist nach der Katastrophe durch das Gerede in den Gefangenenlagern, die ja richtige Brutstätten für Gerüchte und Legenden geworden sind, vermehrt worden. Unheil haben aber auch Sensationsmeldungen der Westpresse angerichtet, die zu zeigen versuchte, wie gefährlich die Deutschen auf Grund ihrer Erfindungen gewesen seien. Beschneidet man all dieses Gerede zurück auf das berechtigte Maß, dann kommt man zu folgenden Feststellungen:

Das alte Sprichwort, Not macht erfinderisch, hat sich auch in diesem Kriege als wahr erwiesen. Es bleibt erstaunlich, was die deutschen Erfinder, die Ingenieure und die Techniker alles ausgeheckt haben. Jetzt erleben wir ja, daß die Fortbildung deutscher Erfindungen die Kriegsrüstung von 1945 bereits weitgehend unmodern gemacht hat, ich erinnere an die seitherige Entwicklung der Luft- und U-Boot-Waffe, der V-Geschosse. Aber so viel auch im letzten Kriege erfunden sein mag, so viel auch schon vorbereitet oder erprobt gewesen ist, so viel auch in den Frontversuch gegeben werden konnte — man muß diese Unterschiede sehr genau beobachten —, nichts davon war so einschneidend, daß es damals dem Kriege noch eine andere Wendung zu geben imstande gewesen wäre.

Es ist nicht mehr möglich gewesen, die Düsenflugzeuge, wie GALLAND es wünschte, noch einmal zu einem Großeinsatz zu bringen, weil die Not an der Front zu groß war. Sie wurden ihm weggenommen, bevor er genügend gehortet hatte. Die neuen U-Boote mit Walther-Antrieb haben sich auch nicht mehr auswirken können, weil die Endkatastrophen dazwischenkamen. Bei allen diesen Erfindungen spielte — was nicht übersehen werden darf — der Mangel an Menschen, der Mangel an Material und die immer

schlimmer werdende Eisenbahnlage eine verhängnisvolle Rolle, da sich dadurch Verzögerungen in der Fertigstellung ergaben. Aber selbst wenn man einmal annimmt, daß alles noch fertiggeworden wäre, so ist doch rückschauend festzustellen, daß keine dieser Erfindungen imstande gewesen wäre, alle jene negativen Faktoren, die ich festzustellen hatte, wettzumachen. Die Not hat uns zwar erfinderisch gemacht, aber sie hat uns nicht auf ein Mittel geführt, das die überall weichenden Fronten, das Ausbrennen des Heeres, das Schrumpfen der Industrie, das Schwinden des Treibstoffes hätte aufhalten können.

Das Märchen von der Atombombe

Wir besaßen keine fertigen oder halbfertigen Atombomben. Davon ist damals geraunt worden, und es gibt wohl noch immer Menschen, die sich von dieser Illusion nicht freizumachen vermögen. Inzwischen liegen jetzt aber die Erklärungen der beteiligten Wissenschaftler vor, und wer Augen hat zu lesen und Ohren zu hören, dem kann nicht entgangen sein, daß die deutschen Vorbereitungen bewußt eingeschränkt worden sind, und daß es von da an nur noch wissenschaftliche Untersuchungen im kleinen Rahmen gegeben hat. Der Grund zu der im August gefällten Entscheidung war, daß die Atomforscher auf die Frage, wann sie fertig werden würden, nicht die Gewähr geben konnten, daß in den nächsten zwei Jahren etwas Anwendbares herauskommen werde. Darauf erklärten die verantwortlichen Stellen, in zwei Jahren sei der Krieg so oder so zu Ende, deshalb könne man nicht für etwas Ungewisses einen beträchtlichen Teil des deutschen Potentials festlegen. Von den Amerikanern haben wir ja mittlerweile erfahren, wieviel Menschen, wieviel Material und welche Unsummen sie für die Fertigstellung der ersten Atombombe benötigt haben. Die noch durchgeführten Kleinversuche wurden dann im Jahre 1943 durch die Angriffe der Alliierten gegen das norwegische Werk Rjukan unterbunden; denn dadurch konnten wir das erforderliche „Schwere Wasser" nicht mehr in genügendem Maße beschaffen. Es hat also keine deutsche Atombombe gegeben, ja, wir sind ganz weit ab von ihrer Herstellung gewesen.

Es gab keine Geheimwaffen, die imstande gewesen wären, dem Krieg eine andere Wendung zu geben, und es gab erst recht keine deutsche Atombombe.

War Sabotage schuld?

Es bleibt nur noch jene Frage übrig, die ich oben als Zwillingsfrage zu der behandelten gekennzeichnet habe, weil sie das gleiche Grundproblem noch von der negativen Seite aus beleuchtet. Die Frage lautet so: Ist die Entwicklung zur Katastrophe hin dadurch beschleunigt worden, daß Sabotage und Verrat einwirkten?

Zum Problem der Sabotage ist zu sagen, daß bei den Millionen von Fremdarbeitern, die in der Wehrwirtschaft beschäftigt wurden, daß bei der Mitbenutzung der Industrie in den besetzten Ländern die Voraussetzungen für eine Sabotage im größeren Maßstabe denkbar günstig waren. Ich stelle demgegenüber fest, daß — soweit es Sabotage gegeben hat — diese niemals einen spürbaren Umfang angenommen hat. Bei meiner Dienststelle, dem Wehrmachtsführungsstabe, dem jede Information zugänglich war, hätten solche Feststellungen natürlich größte Unruhe ausgelöst, da ja alle unsere Berechnungen auf der Frage beruhten: Kommt denn das aus der Heimat, was in Aussicht genommen ist? Es sind uns aber in den Jahren 1943, 1944 und 1945, in denen ich diesem Stabe angehörte, immer nur kleine Fälle, die sich im großen gar nicht ausgewirkt hatten, bekanntgeworden. Zum Falle Verrat ist in bezug auf die Heeresgruppe Mitte von mir bereits das Erforderliche gesagt worden. Ich wiederhole: bei ihrer Vernichtung hat Verrat keine

Rolle gespielt. Diese Feststellung ist nun dahin zu erweitern, daß die Kämpfe an den Fronten auf keinem Kriegsschauplatz und zu keiner Zeit des Krieges durch Verrat eine Änderung erfahren haben. Das gilt im besonderen für die Zeit vor und während des 20. 7. Es haben Oberbefehlshaber sowie Generale und Stabsoffiziere in Schlüsselstellungen zu den Verschworenen gehört, aber sie haben im Osten und im Westen den Widerstand genauso nachhaltig durchgeführt wie die anderen, die nicht beteiligt waren.

Das sieht man besonders deutlich an dem Verhalten ROMMELS, das ergibt sich aber schon aus folgenden Überlegungen: Die Männer des 20. 7. hofften zu Verhandlungen mit der Gegenseite zu kommen. Die Voraussetzung dafür war aber, daß die deutsche Front hielt, daß noch ein Damm stand, denn war der Dammbruch erfolgt, dann brauchten die anderen niemanden mehr, mit dem sie sich auf Verhandlungen einließen. Die Verschworenen hatten also nicht nur dasselbe Interesse, sondern womöglich ein noch größeres als HITLER, die Front im Osten, im Westen, im Süden und Südosten aufrechtzuerhalten.

Man kann also die Deutung „Verrat" genauso wenig heranziehen wie das Wort „Sabotage", um den Ablauf des Krieges zu erklären. Der Ablauf des Krieges ist vielmehr in sich selbst — wie ich hoffe, hier klargelegt zu haben — so schlüssig, daß sein Ausgang keiner anderen Erklärung mehr bedarf.

Der Krieg war verloren

Ich kann nunmehr feststellen:

Die dritte Frage war — positiv gewendet — zu verneinen:

Es gab keine Möglichkeiten, die dem Krieg eine andere Wendung hätten geben können. Sie war — negativ gewendet — gleichfalls zu verneinen:

Der Ausgang des Krieges kann weder durch Sabotage noch durch Verrat geklärt werden. Wir werden also zu der Antwort zurückgeführt, die ich auf die beiden ersten Fragen gegeben habe. Sie lautete — ich darf es noch einmal wiederholen —: die militärische Lage war an den Fronten so bedrohlich, z. T. so katastrophal, daß der Krieg am 20. 7. bereits als endgültig verloren angesehen werden mußte.

Das Heer war ausgebrannt, die Wehrwirtschaft trat in einen Schrumpfungsprozeß ein, die Treibstofflage drohte die Wehrmacht schließlich zum Stehen zu bringen; außenpolitische Möglichkeiten gab es nicht mehr, solange HITLER selbst noch führte.

Wie man die Dinge auch wendet, von welcher Ebene aus, aus welchem Sektor heraus man auch den Krieg betrachten mag: der Krieg war am 20. Juli verloren. Die Schlußkatastrophe war gewiß — nur über ihr Datum konnte man noch streiten.

15. DER WEHRMACHTSBERICHT VOM 20. JULI 1944

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

In der Normandie setzte der Feind seine Angriffe im Raum östlich und südöstlich Caen mit starker Panzerartillerie- und Fliegerunterstützung während des ganzen Tages fort, ohne daß ihm der erstrebte Durchbruch gelang. Nach erbitterten Kämpfen, die den

ganzen Tag hindurch in Saint-Lo tobten, wurden die Trümmer der Stadt aufgegeben. Feindliche Vorstöße aus der Stadt heraus nach Süden sowie starke örtliche Angriffe der Nordamerikaner weiter nordwestlich brachen verlustreich zusammen. Schlachtflieger unterstützten die Abwehrkämpfe der Erdtruppen in wirksamen Tiefangriffen und vernichteten 10 feindliche Panzer. In Luftkämpfen wurden 16 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

In der Nacht griffen Kampf- und Nachtschlachtflugzeuge feindliche Bereitstellungen nördlich Caen mit guter Wirkung an. In Munitions- und Betriebsstofflagern entstanden Brände und Explosionen. In der Nacht vom 18. auf 19. Juli schossen Nachtjäger über Nordfrankreich 30 viermotorige britische Bomber ab. Batterien der Kanalinsel Alderney schossen einen feindlichen Geleitzerstörer in Brand, der nach heftigen Explosionen sank. Im französischen Raum wurden erneut 151 Terroristen im Kampf niedergemacht. Das Vergeltungsfeuer auf London dauerte die ganze Nacht über an.

In Italien drang der Feind in erbitterten, für ihn besonders verlustreichen Kämpfen in den Südteil von Livorno und in die völlig zerstörten Hafenanlagen ein, wo heftige Straßenkämpfe entbrannten. In den Abendstunden wurden unsere Truppen auf Stellungen nördlich der Stadt zurückgenommen. Nordwestlich Poggibonsi scheiterten zahlreiche Angriffe des Gegners. Westlich Ankona gelang es dem Feind, nach erbitterten Kämpfen auf dem Nordufer des Esinoflusses mit schwächeren Kräften Fuß zu fassen. Seine mit besonderer Wucht entlang der Küstenstraße geführten Angriffe brachen dagegen sämtlich zusammen. Im Süden der Ostfront stehen unsere Divisionen im Raum östlich Lemberg in schweren Abwehrkämpfen. Feindliche Durchbruchsversuche in Richtung auf die Stadt selbst wurden aufgefangen. Von Kowel her vordringende starke sowjetische Kräfte wurden am Bug zum Stehen gebracht. Auch im Mittelabschnitt dauern nördlich Brest heftige Kämpfe an. Im Raum von Grodno auf das Westufer des Njemen übergesetzte sowjetische Kampfgruppen wurden in Gegenangriffen zurückgeworfen. Im Seengebiet nordwestlich und nördlich Wilna sowie zwischen der Düna und Ostrow wurden starke Angriffe der Sowjets in wechselvollen Kämpfen zerschlagen und einige Einbrüche abgeriegelt. Allein im Abschnitt eines Korps wurden hier in den letzten sieben Tagen 215 feindliche Panzer vernichtet. Der Stabsgefreite UNGER *in einer Panzerjägerabteilung schoß gestern mit seinem Geschütz elf schwere sowjetische Panzer ab. Die Luftwaffe führte zahlreiche Tiefangriffe gegen feindliche Bereitstellungen und Kolonnen und vernichtete wiederum zahlreiche Panzer und über 230 motorisierte und bespannte Fahrzeuge. In Luftkämpfen und durch Flakartillerie wurden 56 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Starke Verbände deutscher Kampfflugzeuge richteten schwere Angriffe gegen die sowjetischen Nachschubstützpunkte Molodetschno, Nowosokolniki und Welikije Luki.*

Nordamerikanische Bomberverbände führten von Westen und Süden Terrorangriffe gegen West-, Südwest- und Süddeutschland. Vor allem in den Wohnbezirken der Städte München, Koblenz, Schweinfurt und Saarbrücken entstanden Schäden. Die Bevölkerung hatte Verluste. Durch Luftverteidigungskräfte wurden 61 feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht. In der Nacht griffen britische Störflugzeuge das Stadtgebiet von Bremen an.

IV. Das Attentat vom 20. Juli 1944

1. DER DONNERSCHLAG IN DER WOLFSSCHANZE UND DIE VORGÄNGE IN DER BENDLERSTRASSE

(Vgl. hierzu die synchronoptische Tafel in der Tasche)

von FABIAN VON SCHLABRENDORFF

Es war notwendig, den Attentäter in das Hauptquartier HITLERS zu bringen. Dadurch wurde von vornherein die Auswahl auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Menschen beschränkt, weil die große Mehrzahl der Mitverschworenen dort keinen Zutritt hatte oder nur schwer unter einen Vorwand dorthin gebracht werden konnte. Um die Vorfrage nach den Möglichkeiten im Hauptquartier HITLERS zu klären, flog ich zweimal dorthin und besprach das Erforderliche mit dem ortskundigen Oberstleutnant DIETRICH VON BOSE.

Durch diesen bekam ich den genauen Abriß über den Tagesablauf HITLERS. Erst um 10 Uhr morgens ließ sich HITLER durch einen Diener wecken. Gleichzeitig wurde mittels eines Aufzuges das Frühstück in sein Schlafzimmer befördert. Außerdem wurden ihm die durch RIBBENTROP ausgewählten Auszüge aus den ausländischen Zeitungen vorgelegt. Da HITLER keine fremde Sprache sprach, wurden die Auszüge ins Deutsche übersetzt. Alle Schriftstücke, die ihm unterbreitet wurden, waren auf einer besonderen Schreibmaschine geschrieben, die unnatürlich große Buchstaben hatte. HITLER war kurzsichtig. Es mußte alles so groß geschrieben sein, daß er es ohne Brille lesen konnte. Niemand sollte an der Art, wie er das Schriftstück hielt, erkennen, daß er einen Augenfehler hatte. Zur Betrachtung einer Landkarte benützte er eine Lupe oder eine Brille. Es war streng verboten, ihn mit Brille zu fotografieren. HITLER meinte, ein Diktator mit Brille müsse an Autorität verlieren.

Um 11 Uhr empfing er seinen Chefadjutanten. Dieser hatte ihm im wesentlichen Personalien vorzutragen. Mittags um 12 Uhr begann die Lagebesprechung, in der die Chefs der Generalstäbe der Wehrmacht und des Heeres über die Lage berichteten. Andere Offiziere wurden je nach Bedarf zugezogen. Hier entschied HITLER die militärischen Fragen persönlich. Um 2 Uhr nachmittags begann das Mittagessen, das sich infolge seiner an die Tischgesellschaft gerichteten Monologe bis 4 Uhr hinzog. Dann legte sich HITLER zum Nachmittagsschlaf nieder, von dem er sich zwischen 6 und 7 Uhr erhob. Im Anschluß daran erteilte er Audienzen repräsentativen Charakters. Das Abendessen begann um 8 Uhr und dauerte bis 10 Uhr. Danach versammelte er einen bestimmten von ihm selbst ausgewählten Kreis von Menschen um sich, um mit diesen bis 4 Uhr morgens zu sprechen, wobei er meistens das Gespräch allein führte. In diesen Nachtstunden entwickelte er im Kreise seiner Getreuen seine „völkerbeglückenden" Ideen. Um 4 Uhr morgens legte er sich dann schlafen. An den Nachtgesprächen nahmen seine beiden Sekretärinnen teil, während er sonst ihm nahestehende Frauen nicht mit ins Hauptquartier nahm. Diese hatten dagegen auf dem Obersalzberg Zutritt. An dem Tageslauf wurde nur in ganz dringenden Fällen etwas geändert. Während seiner Schlafzeiten durfte er unter keinen Umständen geweckt werden.

Schießen fast unmöglich

Gelegenheit zu einem Attentat hatte nur der, dem es gelang, sich eine Einladung in den abendlichen Kreis zu beschaffen oder der Zutritt zur Lagebesprechung erhielt. Einige SS-Männer, die ständig im Zimmer oder in unmittelbarer Umgebung waren, machten es nahezu unmöglich, auf HITLER unter Zuhilfenahme einer Pistole zu schießen. Wer selbst eine Waffe getragen und angewandt hat, weiß, wie schwierig es ist, einen anderen Menschen aus dem Handgelenk totzuschießen. Stellt sich dagegen die Tötung als eine Affekthandlung dar, so ist die Schwierigkeit geringer, als wenn man mit kalter Berechnung daran geht, einem anderen Menschen das Leben zu nehmen. Auch der Jäger ist vom Jagdfieber erfaßt, wenn er das ersehnte Stück Wild in den Bereich seiner Schußwaffe ziehen sieht. Um wieviel größer ist die innere Erregung, wenn man unter Überwindung tausendfacher Schwierigkeiten mit Einsatz des eigenen Lebens in der unübersehbaren Gefahr des Mißlingens zur Waffe greift, um eine Tat auszuführen, von deren Gelingen oder Mißlingen das Schicksal von Millionen abhängt.

Bei der Prüfung, wer sich ein solches Attentat überhaupt zutraute, stellte sich heraus, daß auch solche, die ihre Tapferkeit im Kriege mehrfach unter Beweis gestellt hatten, offen zugaben, sie glaubten nicht, einer solchen Aufgabe gewachsen zu sein. So lehnte der 30jährige Oberstleutnant FREIHERR GEORG VON BOESELAGER, der wegen Tapferkeit vor dem Feind mit Ritterkreuz, Eichenlaub und Schwertern ausgezeichnet worden war, das entsprechende Ansinnen mit dem Hinweis ab, er könne so etwas nicht, traue sich aber zu, mit dem von ihm geführten Regiment das Hauptquartier HITLERS zu nehmen. Nun lag aber das Regiment BOESELAGERS in Rußland. Seine Verlegung nach Ostpreußen, die von uns betrieben wurde, ließ sich nicht durchsetzen.

Christliche Bedenken

Ein anderer — Oberleutnant VON HAEFTEN, der Ordonnanzoffizier STAUFFENBERGS — glaubte auf Grund christlicher Überzeugung es nicht verantworten zu können, durch ein von ihm ausgeführtes Attentat vielleicht auch Menschen aus der Umgebung HITLERS zu töten. Ein junger Hauptmann, AXEL VON DEM BUSSCHE, der alle solche Bedenken in sich niedergerungen hatte, wurde schwer verwundet, kam auf lange Zeit ins Lazarett und schied so aus der Reihe der in Frage kommenden Attentäter aus. Schließlich erbot sich General STIEFF mit seinen beiden Gehilfen, Major KUHN und Oberleutnant VON HAGEN, das Attentat auszuführen. Nach einigem Überlegen schien es STIEFF unmöglich, unbemerkt den Sprengstoff in das Besprechungszimmer zu bringen.

Opferbereiter Offizier

Er einigte sich nach einer Rücksprache mit General der Artillerie WAGNER auf folgenden Plan: Man ging damals mit dem Gedanken um, eine neue Uniform einzuführen. Diese Uniform sollte HITLER vorgeführt werden. Bei dieser Gelegenheit sollte durch einen Offizier, der sich selbst opfern wollte, das Attentat erfolgen. Der fragliche Offizier sollte die Bombe an seinem Körper tragen, dort die Zündung betätigen, auf HITLER losspringen, ihn umarmen und sich gemeinsam mit HITLER in die Luft sprengen. Die Vorführung der Uniform ist mehrfach angesagt worden. Immer wieder sagte HITLER ab, gleichsam als ob er das Attentat geahnt hätte. Als die Vorführung der Uniform in Berlin für den November 1943 erneut in Aussicht genommen war und gleichzeitig alle Vorkehrungen für das Attentat getroffen waren, ja sogar Aussicht bestand, HITLER werde diesmal wirklich kommen, vernichtete am Tage vorher ein Bombenangriff alle Vorkehrungen, so daß die Vorführung der Uniform abgesagt werden mußte.

Claus Graf Schenk v. Stauffenberg

Oberst i. G., der Kopf der militärischen Vorbereitungen des Befreiungsversuches und derjenige, der es als aktivster Mann auf sich genommen hatte, im Führerhauptquartier Wolfsschanze die Bombe einzuschmuggeln und mit der Beseitigung ADOLF HITLERS die erste Voraussetzung für den Umsturzplan zu schaffen. Zweifellos wäre er auch bereit gewesen, sich selbst dabei zu opfern; er war jedoch für den weiteren Ablauf des Unternehmens unentbehrlich, so daß er sofort nach Berlin zurückkehrte. Dort wurde er am Abend nach dem Zusammenbruch der Aktion durch Standgericht im Hof der Bendlerstraße erschossen.

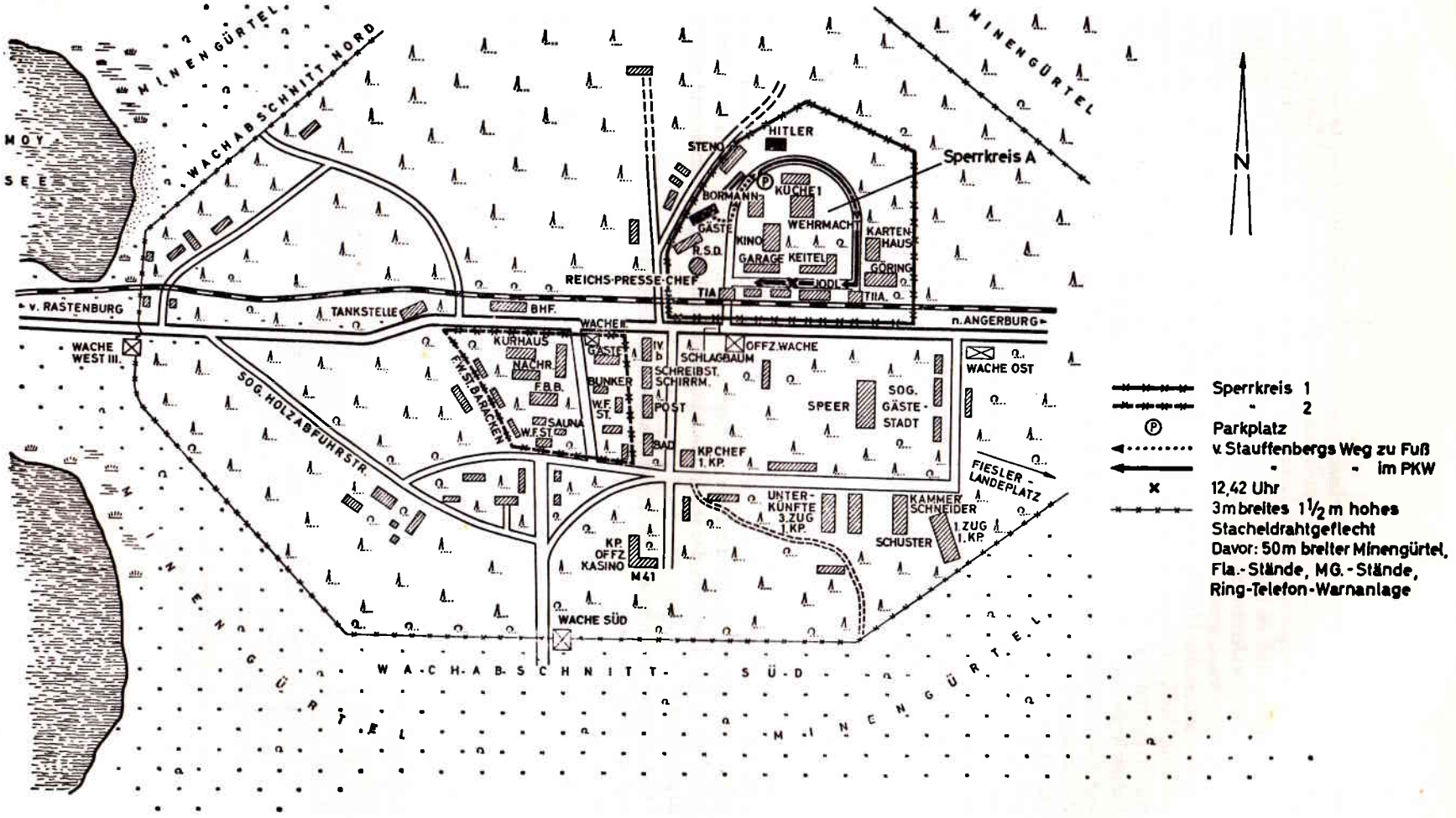
Auch Tresckow erklärte sich zu einem neuen Versuch bereit. Sein Vorhaben war aber an die Voraussetzung geknüpft, irgendwo mit Hitler zusammenzutreffen. Hierzu wäre es notwendig gewesen, Tresckow in eine Position zu bringen, von der aus er zu Hitler hätte gelangen können, ohne daß dies aufgefallen wäre. Tresckow versuchte auf zwei Wegen, in eine solche Position zu gelangen. Er bemühte sich, General Schmundt zu überzeugen, es müsse unter ihm, Schmundt, eine neue Stelle geschaffen werden, die damit beauftragt sei, psychologisch-politische Erfahrungen im Frontheer unmittelbar nach oben zu leiten und auszuwerten. Schmundt interessierte sich zwar für den Plan, schritt aber nicht zur Ausführung, sei es, daß er Verdacht geschöpft hatte, sei es, daß er einen sachlichen Gegengrund hatte. Später ergab sich noch eine weitere Möglichkeit, als General Heusinger, damals Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres, einen längeren Urlaub antrat, einen Stellvertreter brauchte und die Frage erwogen wurde, seinen Stellvertreter später auch zu seinem Nachfolger zu machen. Auf vielfache Weise war immer vergeblich versucht worden, Tresckow in diese Position zu bringen.

Nun trat Tresckow selbst an Heusinger heran. Dieser war ein Nichtnazi. Es war im späten Winter des Jahres 1943. Wir lagen damals in einem kleinen Ort in den Pripjetsümpfen. Tresckow schrieb einen Brief an Heusinger, in dem er ihn beschwor, ihn zum Vertreter für die Dauer seines Urlaubs vorzuschlagen. Gleichzeitig schrieb Tresckow einen zweiten Brief an Stieff, dem er, weil bei ihm die Bombe und die Zünder lagen, auseinandersetzte, welche Gesichtspunkte zu beobachten waren, um jeden technischen Fehler bei der Entzündung der Bombe auszuschließen. Mit diesen beiden Briefen flog ich im „Storch" nach Minsk und erreichte dort den Anschluß an das Kurierflugzeug zum OKH. Zunächst meldete ich mich bei Heusinger und gab ihm den Brief. Heusinger las das Schreiben Tresckows sofort und sagte, ohne eine Miene zu verziehen: „Es bedarf keiner Antwort." Ich hatte den Eindruck, daß Heusinger die Absicht Tresckows durchschaute und durch Nichtantwort seine Weigerung zum Ausdruck zu bringen versuchte.

Sorgloser Stieff

Von Heusinger ging ich zu Stieff, der mich mit der bei ihm gewohnten Nonchalance und Lustigkeit empfing, den Brief Tresckows aufriß, ihn überflog, in zustimmendes Lachen ausbrach und dann das Schreiben in kleine Stücke zerriß. Als er im Begriff war, die Papierstücke in den Papierkorb zu werfen, erlaubte ich mir, ihm in den Arm zu fallen. Gleichzeitig bat ich ihn, mir die Briefreste zur völligen Zerstörung zu überlassen. Er willfahrte sofort und bedankte sich für den guten Ratschlag.

An die Person Stauffenbergs als Attentäter wurde damals nicht gedacht. Die Tatsache, daß er nur noch ein Auge und drei Finger besaß, und die Erwägung, daß er am Tage des Umsturzes in Berlin an entscheidender Stelle unentbehrlich war, waren Umstände, die ihn für den Posten des Attentäters nicht geeignet erscheinen ließen. So kamen wir noch zu einem anderen Entschluß. Es sollte wieder versucht werden, Hitler zu einem Besuch bei der Heeresgruppe Mitte zu veranlassen. Dann sollten mehrere von uns mit der Pistole, also ohne Sprengstoff, in Form eines Gemeinschaftsattentats dem Leben Hitlers ein Ende setzen. Wir rechneten zwar damit, daß nicht alle Schüsse treffen würden, glaubten aber, daß auch die Hälfte der auf ihn abgefeuerten Geschosse genügen würde. Die Tatsache, daß wir mehrere waren, sollte es uns psychologisch erleichtern, die Last zu tragen, die jeden Menschen niederdrückt, wenn er vor einer solchen Tat steht. Alle Vorbereitungen waren getroffen, sowohl in Smolensk wie in Orscha und wiederum etwas später in Minsk. Aber Hitler ließ sich durch nichts und niemanden zu einer Wiederholung seines früheren Besuches bei der Heeresgruppe Mitte bewegen ...



b) Führerhauptquartier Rastenburg „Wolfsschanze" am 20. Juli 1944

Stauffenberg selbst war mit Wirkung vom 1. Juli Chef des Stabes bei Generaloberst Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres, geworden. Er war dazu auf Grund seiner hervorragenden organisatorischen Leistungen ernannt worden. Als Generaloberst Fromm ihm mitteilte, daß er ihn für diese entscheidende Stelle ausersehen habe, hatte Graf Stauffenberg widersprochen mit dem Hinweis, er, Stauffenberg, glaube nicht mehr, daß der Krieg gewonnen werden könne. Die Schuld an dieser Niederlage aber treffe niemanden anders als Hitler. Fromm hatte das, ohne zu widersprechen, angehört, hatte gemeint, seine, Fromms, Ansicht sei nicht eben gerade sehr verschieden von derjenigen Stauffenbergs. Stauffenberg hatte den Mut, die gleichen Einwände beim Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Zeitzler, geltend zu machen. Auch dieser hörte sich die Einwände ruhig an und erwiderte, er schätze es, wenn ein Untergebener die Zivilcourage habe, offen zu sagen, was er meine ...

Das Hauptquartier Hitlers in Ostpreußen war von drei Sperrzonen umgeben, die nur schwer durchschritten werden konnten, weil für jeden Sperrkreis ein besonderer Ausweis erforderlich war. Die gleiche Schwierigkeit bestand beim Verlassen des Hauptquartiers. Als Stauffenberg am 20. Juli 1944, kurz vor 12 Uhr mittags, bis in den innersten Sperrkreis gelangt war, mußte er zu seiner Überraschung feststellen, daß die Lagebesprechung nicht in dem üblichen Betonbunker, sondern in dem sogenannten Teehaus stattfand, dessen Erdboden und Decke ohne festen Steinbelag waren. Der Besprechungsraum lag an einem langen Gang. In dem Raum selbst befand sich ein großer Tisch, an dessen Längsseite für fünf Personen Platz war.

Hitler war anwesend. Außer Himmler und Göring, die fehlten, war der übliche Personenkreis versammelt. Stauffenbergs Platz war unmittelbar rechts neben Hitler an der Längsseite des Tisches. Nachdem der Vortrag über die Ersatzlage bei der Truppe beendet war, konnte sich Stauffenberg durch einen vorgetäuschten Telefonanruf herausrufen lassen. Er betätigte die Zündung der Zeitbombe, die sich in seiner Aktentasche befand, stellte sie an das Tischbein, das seinen Platz und den Stuhl Hitlers trennte und verließ das Zimmer.

Die Explosion ereignete sich, als Hitler, an seinem Platz stehend, sich über eine Karte auf den Tisch beugte.

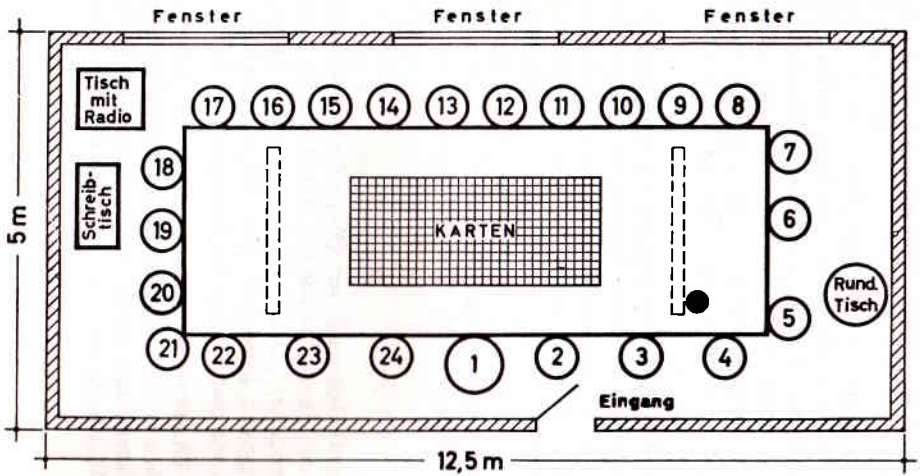
Die Tatsache des fehlenden Steinbelages hatte zur Folge, daß der Luftdruck der Explosion seinen Ausweg durch die Wand nahm. Die meisten Beteiligten wurden durch die nachgebende Wand ins Freie geschleudert und kamen so mit dem Leben davon. Vier Beteiligte fanden den Tod: der Stenograph Hitlers, Berger, der Chefadjutant Hitlers, General Schmundt *, der Erste Generalstabsoffizier der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres, Oberst Brandt, und der Chef des Generalstabes der Luftwaffe, General ** Korten.

Luftdruck ging nach außen

Hitler selbst wurde aus dem Raum herausgeschleudert, erlitt außer Prellungen und Brandwunden nur eine Verletzung an der rechten Hand. Die Szene bot nach der Explosion ein furchtbares Bild. Es hatte den Anschein, als ob die Insassen des Raumes tot oder sterbend in ihrem Blute lägen. Stauffenberg hatte sich in der Nähe aufgehalten. Er wartete, bis die Explosion die sonst im Hauptquartier herrschende Stille mit ohrenbetäubendem Krachen unterbrach. Er sah, wie die Teilnehmer der Besprechung — Hitler

* Seinen Verletzungen erst am 1. 10. 44 erlegen.
** Irrtümlich: Generaloberst.

c) Lagebesprechung in der Gästebaracke im Führerhauptquartier Rastenburg, Ostpreußen, um 12.30 Uhr, am 20. Juli 1944



● Bombe in der Aktenmappe unterm Tisch.

1. Adolf Hitler
2. Generalleutnant Heusinger, Chef der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres und Stellvertreter des Chefs des Generalstabes des Heeres.
3. General der Flieger Korten, Chef des Generalstabes der Luftwaffe; seinen Verletzungen erlegen.
4. Oberst i.G. Brandt, Erster Generalstabsoffizier, Heusingers Stellvertreter; seinen Verletzungen erlegen.
5. General der Flieger Bodenschatz, Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe im FHQ; an den Beinen schwer verletzt.
6. Generalleutnant Schmundt, Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer und Chef des Heerespersonalamtes; seinen Verletzungen später erleg
7. Obstlt. i.G. Borgmann, Adjutant des Führers; schwer verletzt.
8. K.-Admiral v. Puttkamer, Marine-Adjutant des Führers, leicht verletzt.
9. Stenograph Berger, auf der Stelle getötet.
10. Kapitän z. See Aßmann, Admiralstabsoffizier im Wehrmachtführungsstab.
11. Generalmajor Scherff, Sonderbeauftragter des Führers für die milit Geschichtsschreibung OKW leicht verwundet.
12. General Buhle, Chef des Heeresstabes beim OKW, leicht verletzt.
13. K.-Admiral Voss, Vertreter des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine im FHQ.
14. SS-Gruppenführer Fegelein, Vertreter der Waffen-SS im FHQ.
15. Oberst d.G. v. Below, Luftwaffenadjutant d. Führers.
16. SS-Hauptsturmführer Günsche, Adjutant des Führers.
17. Stenograph Hagen.
18. Oberstleutnant d.G. v. John, Adjutant Keitels.
19. Major d.G. Büchs, Adjutant Jodls.
20. Oberstleutnant d.G. Waizenegger, Adjutant Keitels.
21. Ministerialrat v. Sonnleithner, Vertreter des Auswärtigen Amtes im FHQ.
22. General Warlimont, Stellvertretender Chef des Wehrmachtführungsstabes.
23. Generaloberst Jodl Chef des Wehrmachtführungsstabes, leicht verletzt.
24. Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

unter ihnen — aus dem Raum herausgeschleudert wurden und in zerfetzten Kleidern blutüberströmt dalagen. In dem festen Glauben, daß die Bombe das ihr zugedachte Werk verrichtet habe, begab sich STAUFFENBERG auf den Rückweg. Aber schon war überall Alarm gegeben. Die Sperrkreise wurden geschlossen. Mit Glück und List gelang es STAUFFENBERG dennoch, aus dem Hauptquartier hinauszukommen. Er fuhr zum Flugplatz, flog nach Berlin und übernahm die Leitung in Berlin ...

Das Zentrum der Tragödie

Während sich dies (im Führerhauptquartier) alles ereignete, spielte sich in Berlin in der Bendlerstraße bei Generaloberst FROMM, dem Befehlshaber des Ersatzheeres, eine Szene ab, die mir aus FROMMS Munde und aus seiner Anklageschrift bekannt ist.

Am frühen Nachmittag des 20. Juli 1944 war General OLBRICHT zu FROMM ins Zimmer gekommen und hatte gesagt, er müsse ihm eine Meldung unter vier Augen machen. FROMM unterbrach darauf den militärischen Vortrag, den er gerade entgegennahm. Dann meldete OLBRICHT, HITLER sei einem Attentat zum Opfer gefallen. FROMM fragte zurück: „Von wem wissen Sie das?" OLBRICHT erwiderte, die Nachricht stamme von General FELLGIEBEL, der sie persönlich von seiner Dienststelle aus an den Nachrichtengeneral beim Befehlshaber des Ersatzheeres weitergegeben habe.

OLBRICHT fuhr fort: „Ich schlage unter diesen Umständen vor, an alle stellvertretenden Generalkommandos das Stichwort für innere Unruhen auszugeben und damit die Exekutivgewalt zu übernehmen." FROMM erklärte daraufhin, eine so weitgehende Maßnahme nur treffen zu können, wenn er sich selbst vom Tode HITLERS überzeugt habe. Er werde Generalfeldmarschall KEITEL anrufen und anfragen. OLBRICHT nahm nunmehr selbst das Telefon bei FROMM auf und erbat die Herstellung eines Blitzgespräches mit Generalfeldmarschall KEITEL. Nachdem die Verbindung hergestellt worden war, fragte FROMM KEITEL, was im Hauptquartier los sei, es gingen in Berlin wilde Gerüchte um. KEITEL erwiderte:

„Was soll denn los sein? Es ist alles in bester Ordnung." FROMM bemerkte hierzu: „Mir ist eben gemeldet worden, der Führer sei einem Attentat zum Opfer gefallen." KEITEL antwortete: „Das ist Unsinn. Es hat zwar ein Attentat stattgefunden, es ist aber zum Glück fehlgeschlagen. Der Führer lebt und ist nur unwesentlich verletzt. Wo ist denn Ihr Chef, der GRAF STAUFFENBERG?" FROMM erwiderte: „Oberst STAUFFENBERG ist noch nicht wieder bei mir eingetroffen." Dieses Gespräch wurde von OLBRICHT mitangehört. Auf Grund der Keitelschen Äußerungen entschied FROMM, daß vorerst das Stichwort für innere Unruhen nicht an die stellvertretenden Generalkommandos zu geben sei.

HITLER für tot gehalten

Nach einiger Zeit erschien General OLBRICHT, von Oberst GRAF STAUFFENBERG begleitet, erneut bei FROMM. OLBRICHT wies FROMM darauf hin, STAUFFENBERG habe ihm den Tod HITLERS bestätigt. FROMM erwiderte: „Das ist doch unmöglich, KEITEL hat mir das Gegenteil versichert." STAUFFENBERG bemerkte: „Der Feldmarschall KEITEL lügt wie immer, ich habe selbst gesehen, wie man HITLER tot hinausgetragen hat."

In diesem Augenblick erklärte OLBRICHT zu FROMM: „Angesichts dieser Lage haben wir das Stichwort für innere Unruhen an die stellvertretenden Generalkommandos gegeben." Auf diesen Satz hin sprang FROMM auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und rief: „Das ist glatter Ungehorsam! Was heißt ‚wir'? Wer hat den Befehl gegeben?" OLBRICHT

erwiderte: „Mein Chef, Oberst MERZ VON QUIRNHEIM." FROMM verlangte von OLBRICHT die sofortige Herbeiholung des Oberst MERZ VON QUIRNHEIM. Dieser erschien und gab auf Befragen von FROMM zu, ohne FROMMS Bewilligung das Stichwort für innere Unruhen an die stellvertretenden Generalkommandos gegeben zu haben. FROMM erklärte ihm daraufhin stehend: „Sie sind verhaftet. Das Weitere wird sich finden."

In diesem Augenblick stand Oberst GRAF STAUFFENBERG auf und erklärte eiskalt: „Herr Generaloberst, ich habe die Bombe selbst in der Lagebesprechung bei HITLER gezündet. Es hat eine Explosion gegeben, als ob eine 15-cm-Granate eingeschlagen wäre. Niemand in diesem Raum kann mehr leben." FROMM erwiderte: „GRAF STAUFFENBERG, das Attentat ist mißglückt, Sie müssen sich sofort erschießen." GRAF STAUFFENBERG: „Nein, das werde ich nicht tun."

Wieder griff OLBRICHT in die Unterhaltung ein und wandte sich an FROMM: „Herr Generaloberst, der Augenblick zum Handeln ist gekommen. Wenn wir jetzt nicht losschlagen, wird unser Vaterland unter HITLER für immer zugrunde gehen." FROMM erwiderte: „Dann sind auch Sie, OLBRICHT, an diesem Staatsstreich beteiligt?" OLBRICHT erwiderte: „Jawohl, aber ich persönlich stehe nur am Rande dieses Kreises, der die Macht in Deutschland übernehmen wird." FROMM erwiderte: „Ich erkläre Sie hiermit alle drei für verhaftet." OLBRICHT antwortete: „Sie können uns nicht verhaften, Sie täuschen sich über die wahren Machtverhältnisse, wir verhaften Sie."

REMER zu GOEBBELS

Daraufhin kam es zu einem Handgemenge zwischen FROMM und OLBRICHT, in das MERZ und STAUFFENBERG eingriffen. FROMM wurde überwältigt. Ein Offizier mit Pistole betrat das Zimmer. FROMM wurde gezwungen, das Zimmer nicht mehr zu verlassen. Gleichzeitig wurde ihm erklärt, daß sein Telefonapparat ausgeschaltet sei. Generaloberst FROMM fügte sich dieser Verhaftung bis zum Abend. Es gelang aber zwei Generalen, noch im Laufe des Nachmittags in sein Zimmer zu kommen. Sie erklärten ihm, das Gerücht von dem Mißlingen des Attentats habe sich blitzartig ausgebreitet. Das Offizierkorps und die Beamtenschaft beim Befehlshaber des Ersatzheeres seien nicht gewillt, sich an dem Staatsstreich zu beteiligen. Es werde versucht, Truppen herbeizuholen und die Aufrührer festzunehmen. Gegen Abend bat FROMM, sich in seine Dienstwohnung innerhalb des gleichen Gebäudes begeben zu dürfen. Dies wurde ihm gestattet.

Im Anschluß an seine Festnahme wurde FROMM zunächst von dem seit 1941 aus der Wehrmacht ausgestoßenen Generaloberst HOEPNER aufgesucht. Dieser erklärte, er bedaure sein persönliches Schicksal, könne ihm aber sagen, es werde ihm nichts geschehen. Die Machtbefugnis des Befehlshabers des Ersatzheeres ginge hiermit auf ihn, HOEPNER, über, während Generalfeldmarschall VON WITZLEBEN die oberste militärische Leitung übernommen habe. Generaloberst BECK sei ebenfalls im Hause. Er sei das von ihnen ausersehene Oberhaupt des neuen Deutschen Reiches. Für sie sei HITLER tot, auch wenn KEITEL das Gegenteil behaupte.

Währenddessen liefen in Wien, Prag, Paris und Kassel die ersten Maßnahmen an. Gleichzeitig marschierten die um Berlin gelegenen Teile des Heeres auf Berlin. Der als Hitler-Anhänger bekannte Kommandierende General von Berlin und der Mark Brandenburg wurde zum Kriegsministerium bestellt und dort festgenommen. Als sein Nachfolger wurde General VON THÜNGEN eingesetzt.

Auf Befehl des Kommandanten von Berlin, des Generals VON HASE, wurden nunmehr die ersten Sofortmaßnahmen eingeleitet. Er gab den Befehl, das Regierungsviertel zu

tionieren. Der Kommandeur des Berliner Wach-Bataillons nahm den Befehl entgegen und führte ihn aus. Die zur Verhaftung von GOEBBELS und zur Besetzung des Berliner Rundfunks bestimmten Stoßtruppen sammelten sich im Zeughaus Unter den Linden. Da ereignete sich ein unglücklicher Zufall. Der nationalsozialistische Führungsoffizier des Wach-Bataillons drängte darauf, GOEBBELS zu fragen, was los sei. Dies geschah. GOEBBELS rief den Kommandeur selbst zu sich, ließ in seiner Gegenwart ein Gespräch mit HITLER herstellen, der dem jungen Kommandeur sagte, es handle sich bei den ihm erteilten Befehlen um eine Revolution. Die Stimme HITLERS verfehlte ihre Wirkung nicht. Das Berliner Wach-Bataillon konnte nicht mehr im Sinn der Widerstandsbewegung eingesetzt werden. Das alles aber hätte den Staatsstreich nicht mißlingen lassen. Noch marschierten die Waffenschulen auf Berlin. Da aber verbreitete sich im Kriegsministerium das Gerücht, das Attentat sei mißlungen und HITLER lebe. Auf diese Nachricht hin entstand eine große Verwirrung. Viele Offiziere wurden schwankend, andere abtrünnig und wieder andere, die bisher im Hintergrund gestanden hatten, sammelten sich zum Gegenstoß. Schüsse fielen. SS und Teile des Wach-Bataillons rückten heran. Sie besetzten das Kriegsministerium und befreiten FROMM ...

Nach seiner Befreiung setzte FROMM ein aus drei Generalen bestehendes Stand-Gericht ein, das die Anführer des Staatsstreiches zum Tode verurteilte. Mit dem Urteil ging FROMM in sein Dienstzimmer, wo BECK, OLBRICHT, STAUFFENBERG, MERZ VON QUIRNHEIM, HAEFTEN, HOEPNER und andere beisammen waren. FROMM erklärte alle für verhaftet und verlas ihnen das Todesurteil.

HOEPNER bat daraufhin FROMM, mit der Exekution bei ihm abzuwarten, er hoffe, sich noch rechtfertigen zu können. FROMM willfahrte und ließ HOEPNER abführen. OLBRICHT bat FROMM nur um die Gelegenheit, noch ein paar Zeilen an seine Frau schreiben zu dürfen. Auch dieser Bitte gab FROMM statt.

Als dann FROMM von den übrigen Herren die Waffen forderte, erhob sich BECK und sagte: „An mich, Ihren alten Vorgesetzten, werden Sie diese Forderung nicht stellen wollen. Denn ich werde aus dieser verfahrenen Situation die Konsequenzen selbst ziehen." FROMM gab sein Einverständnis zu erkennen. Hierauf setzte sich BECK in einen Sessel, zog eine Pistole und versuchte sich durch einen Schuß in den Kopf zu töten. Das Geschoß streifte aber nur die Schädeldecke. Daraufhin setzte BECK zum zweiten Male an, wobei GRAF STAUFFENBERG den im Sessel sitzenden BECK stützte. Der zweite Schuß traf BECK zwar tödlich, so daß ihm die Pistole entfiel, setzte aber seinem Leben noch kein unmittelbares Ende.

FROMM ließ hierauf OLBRICHT, STAUFFENBERG, MERZ und HAEFTEN einzeln durch ein Kommando der Truppe standrechtlich erschießen. Bevor die Salve abgefeuert wurde, rief GRAF STAUFFENBERG: „Es lebe unser heiliges Deutschland."

Als nachher FROMMS Frage an einen Offizier, ob BECK inzwischen gestorben sei, verneint wurde, gab FROMM den Auftrag, ihn von seinen Leiden zu erlösen.

Generaloberst FROMM wurde im Februar 1945 vom Volksgerichtshof wegen Feigheit zum Tode verurteilt. Das Urteil traf ihn tief. Er hatte es nicht erwartet. FROMM wurde am 19. März 1945 im Zuchthaus in Brandenburg durch Beamte des Zuchthauses erschossen. Er starb mit dem Ruf: Heil Hitler!

(Aus: F. v. SCHLABRENDORFF, Offiziere gegen HITLER, Fischer Bücherei 1959, S. 130 ff., 144 ff.)

2. DAS ATTENTAT IM SPIEGEL DES SS-BERICHTS VOM 26. 7. 1944

Reichssicherheitshauptamt — IV —
Sonderkommission 20. 7. 1944.

Berlin, den 26. Juli 1944.

Bericht

zum Attentat auf den Führer am 20. Juli 1944.

Am 20. 7. 1944 gegen 12.50 Uhr erfolgte in der „Wolfsschanze", Sperrkreis A, Gästebaracke, während der Lagebesprechung Detonation. Der Führer erlitt, obwohl in unmittelbarer Nähe des Detonationsherdes, nur leichte Verletzungen.

Schwer verletzt wurden:
General KORTEN,
Oberst BRANDT und
Stenograph BERGER,
die ihren Verletzungen inzwischen erlagen, und
General BODENSCHATZ
Generalleutnant SCHMUNDT
Generalmajor SCHERFF und
Oberstleutnant BORGMANN.
Leichter verletzt wurden:
General BUHLE
Generalleutnant HEUSINGER
Konteradmiral v. PUTTKAMER und
Kapitän zur See ASSMANN.
Weitere Teilnehmer erlitten leichte Verletzungen.

II.

Reichsführer-SS hat unmittelbar nach Bekanntwerden Sonderkommission Reichssicherheitshauptamt zur Aufklärung des Attentats eingesetzt, die noch am gleichen Tage nach persönlicher Einweisung Ermittlungstätigkeit aufnahm.

Reichsführer-SS gab bei Sachverhaltsschilderung bekannt, daß Täter vermutlich Oberst GRAF VON STAUFFENBERG, Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, ist. Dieser hatte an Lagebesprechung teilgenommen und sich noch vor Detonation ohne Abmeldung entfernt. Unmittelbar darauf ist er mit Flugzeug nach Berlin geflogen.

III.

Engerer Tatort ist Lagezimmer, in dem die täglichen Lagebesprechungen stattfanden, 12,5 m langes und 5 m breites Zimmer, in dessen Mitte großer Kartentisch, an rechter Seite kleinerer runder Tisch, links Schreibtisch und Musikschrank. Raum und gesamtes Mobiliar stark zerstört. Rechts vom Eingang Loch im Fußboden von 55 cm Durchmesser. Weiter im Umkreis Boden eingedrückt und Verkohlungen. Metallische Einschüsse nicht feststellbar, dagegen Einsprengungen von Holz und Lederteilchen in Preßpappwänden.

Sprengloch zeigt, daß Sprengkörper oberhalb des Fußbodens detonierte. Zusammengesetzte Teile des rechten der drei Tischstücke zeigen deutlich Richtung der Detonationswelle. Auf Lichtbilder und Skizzen wird hingewiesen.

Untere Druckwelle der Detonation hat sich in Hohlräumen unter Fußboden durch gesamte von Backsteinmauer und Betondecke umgebene Baracke fortgesetzt und Zerstörungen leichterer Art in ihr, insbesondere durch Aufwölben des Fußbodens, verursacht. Obere Druckwelle zerstörte weitgehend Lagezimmer und fand Ausgang durch Fenster und Tür sowie Zwischenwand. Genaueste Durchsiebung der Schuttmassen führte u. a. zur Auffindung kleiner und kleinster Leder- u. Metallteile, offenbar von Aktentasche herrührend, von Blechstücken und 2 Druckfedern, die von englischen chemisch-mechanischen Zeitzündstiften stammen, sowie eiserner Flachzangenbacke. Alle anderen Funde offenbar in keinem Zusammenhang mit Sprengkörper.

An Straße vom Ausgang „Süd" zum Flughafen bei Suchaktion unter Einspannung Pioniereinheit wurden gefunden:

975 g schwerer Sprengstoffklumpen mit 2 Initialzündkörpern je 20 g und 1 englischer chemisch-mechanischer Zeitzündstift für 30 Minuten Verzögerung mit aufgesetzter englischer Sprengkapsel. Sprengstoff war in Packpapier gewickelt.

Ärztlicher Befund: Ausschließlich auf Detonationsdruck zurückzuführende Verletzungen und Zerreißungen. Außerdem erhebliche Verbrennungen. In verschiedenen Wunden Holzteile, Stroh und vermutlich zerfetztes Leder. In Röntgenbildern insgesamt nur 2 vermutlich von Aktentaschenverschluß herrührende kleine Metallsplitter.

IV.

Aufgefundene Lederteile als zur Aktentasche STAUFFENBERGS gehörig durch Zeugen anerkannt. Am Tatort gefundene Zünderteilchen stammen von 2 dem an der Straße aufgefundenen englischen chemisch-mechanischen Zeitzündstift gleichartigen Zündern. Da am Tatort 2 Druckfedern derartiger Zeitzünder sichergestellt, muß Sprengladung 2 solche Zünder enthalten haben. An Straße nach Flugplatz gefundene Sprengladung war gleichfalls für 2 Zünder hergerichtet. Deshalb vermutlich zur Tat benutzter Sprengkörper dem aufgefundenen völlig gleichartig. Nach Gutachten des Sprengstoffsachverständigen entsprechen Verwüstungen am Tatort der Wirkung des aufgefundenen Sprengkörpers.

Fahrer des Pkw, der STAUFFENBERG zum Flughafen gefahren, hatte Herauswerfen eines Gegenstandes in Fundgegend beobachtet und ausgesagt. Somit Täterschaft STAUFFENBERGS objektiv festgestellt.

V.

STAUFFENBERG hat als Chef des Stabes von Generaloberst FROMM wiederholt an Besprechungen im Führerhauptquartier teilgenommen. Örtliche Verhältnisse ihm daher bekannt. Er landete 20. 7. 44, 10.15 Uhr, Rastenburg. Generalmajor STIEFF, Chef Organisationsabteilung OKH, und Oberleutnant VON HAEFTEN, Ordonnanzoffizier STAUFFENBERGS, kamen gleichzeitig. STAUFFENBERG sofort nach „Wolfsschanze", STIEFF zur Unterkunft OKH, VON HAEFTEN zunächst mit STIEFF, sollte später STAUFFENBERG in „Wolfsschanze" treffen.

STAUFFENBERG frühstückte im Kasino „Wolfsschanze" zusammen mit dem Kommandanten, bis er zu vorgesehener Besprechung bei General BUHLE abberufen wurde. An dieser Besprechung nahm auch Generalleutnant VON THADDEN, Chef des Stabes beim Befehlshaber Wehrkreis I Königsberg, teil.

Anschließend BUHLE, VON THADDEN und STAUFFENBERG zur Besprechung bei Generalfeldmarschall KEITEL.

Stauffenberg führte während der ganzen Zeit Aktentasche mit sich. Als 12.30 Uhr alle Genannten aus Bunker Keitels zur Lagebesprechung wollten, ging Stauffenberg kurz mit Aktentasche in ein Nebenzimmer, so daß die übrigen Herren auf ihn warten mußten. Vermutlich hat er dort die Zeitzünder durch Eindrücken ausgelöst, möglicherweise unter Zuhilfenahme Flachzange, da ihm rechte Hand und 2 Finger an linker Hand fehlten, so daß Eindrücken Zeitzünder ohne Hilfsmittel ihm schwierig. In Lagezimmer wurde Stauffenberg von Keitel dem Führer zum Vortrag befohlen gemeldet und vom Führer begrüßt. Anschließend ging Stauffenberg an Kartentisch, stellte Aktentasche unter den Tisch, rechts neben Oberst Brandt. Nach kurzer Zeit verließ er Lagezimmer und Sperrkreis A.

Stauffenberg wurde bereits vor Detonation, da er irgend eine Auskunft geben sollte, vermißt. General Buhle hat ihn noch gesucht. Nach Detonation meldete Telefonist, Wachtmeister Adam, daß er Stauffenberg kurz nach Beginn der Lagebesprechung habe fortgehen sehen. Vermutlich sei er der Täter.

Weitere Vernehmungen und Erhebungen ergaben:

Etwa gegen 12.00 Uhr war General Fellgiebel, Generalbevollmächtigter für das Nachrichtenwesen, beim Wehrmachtsnachrichtenoffizier im Führerhauptquartier, Oberstleutnant Sander, erschienen, um mit ihm verschiedene dienstliche Angelegenheiten zu besprechen. Zunächst gingen Fellgiebel und Sander gemeinsam zu Oberstleutnant Waizenegger vom Stab des Generalobersten Jodl wegen verschiedener Funkunterlagen. Später kehrten Fellgiebel und Sander ins Arbeitszimmer des Letzteren im Bunker 88 zurück.

Gegen 12.30 Uhr bemerkten sie, daß Generalfeldmarschall Keitel in Begleitung von Stauffenberg u. a. m. zur Lagebesprechung ging.

Um sicherzustellen, daß Stauffenberg nach Lagebesprechung zu General Fellgiebel käme, rief Sander Wachtmeister Adam an, daß er Stauffenberg nach Beendigung der „Lage" nach Bunker 88 bitten möge.

Kurz darauf erschien Oberleutnant von Haeften im Arbeitszimmer Sanders und bat Fellgiebel um Unterstützung bei der Beschaffung eines Pkw., da Oberst Stauffenberg gleich weg müsse. Sander rief deshalb die Kommandantur an, um einen Wagen anzufordern. Dabei wurde er von der Kommandantur gebeten, Stauffenberg daran zu erinnern, daß er vom Kommandanten, Oberstleutnant Streve, zum Mittagessen, an dem auch General von Thadden teilnehme, erwartet würde.

Noch während dieses Telefongesprächs hatte Stauffenberg ins Zimmer gesehen und sich General Fellgiebel als zur Besprechung bereit gemeldet. Fellgiebel und Stauffenberg gingen dann vor den Bunker, wo sie über Ostbefestigungen sprachen. Sander kam zu ihnen und meldete, daß ein Wagen käme und daß Stauffenberg vom Kommandanten zum Essen erwartet werde.

Daraufhin erklärte Stauffenberg dem Oberstleutnant Sander, daß er zunächst noch einmal zur „Lage" müsse und dann zum Essen kommen wolle. Im übrigen wies er darauf hin, daß er selbst über einen Wagen verfüge. Als Sander dies der Kommandantur telefonisch mitgeteilt hatte und vor den Bunker zurückkehrte, erfolgte plötzlich die Detonation, wobei ihm das besonders schreckhafte Zusammenfahren Stauffenbergs auffiel. Auf die bestürzte Frage Fellgiebels, was los wäre, erklärte Sander, ohne sich etwas Ernstes dabei zu denken, daß es öfter passiere, daß jemand schieße oder eine Mine hochgehe.

STAUFFENBERG erklärte dann, daß er nicht mehr zur „Lage", sondern zu Oberstleunant STREVE zum Essen fahren werde und fuhr zusammen mit von HAEFTEN los, um sich tatsächlich zum Flugplatz zu begeben.

Der Vorgang in der Gästebaracke war von der Wache I teilweise beobachtet worden, so daß der wachhabende Leutnant Sperre anordnete. Daraufhin wurde STAUFFENBERG zunächst an der Wache angehalten. Er erklärte dem Wachhabenden, daß er dringend zum Flugplatz müsse. Da er im Besitz eines ordnungsgemäßen Ausweises und dem Wachhabenden außerdem bekannt war, ließ dieser ihn passieren, zumal die Auslösung des Alarms noch nicht vorlag, sondern erst etwa 1½ Minuten später erfolgte.

An Außenwache „Süd" STAUFFENBERG erneut angehalten. Er begab sich daraufhin zum Wachhabenden, Feldwebel KOLBE, dem er erklärte, unbedingt sofort zum Flughafen zu müssen. KOLBE ließ sich nicht überrumpeln, sondern verwies auf Sperre. Daraufhin rief KOLBE auf Wunsch von STAUFFENBERG die Kommandantur an und erhielt in Abwesenheit des am Tatort befindlichen Kommandanten Verbindung zum Adjutanten, Rittmeister von MÖLLENDORF. Diesem teilte STAUFFENBERG mit, daß er vom Kommandanten die Erlaubnis zum Verlassen des Sicherungsbereichs habe und unbedingt um 13.15 Uhr fliegen müsse. Der Adjutant, der den Grund des ausgelösten Alarms nicht kannte, während ihm die Berechtigung des Oberst STAUFFENBERG zum Aufenthalt in der „Wolfsschanze" bekannt war, erklärte sich auf Grund der Angaben des STAUFFENBERG mit dessen Abfahrt einverstanden und bestätigte das auch fernmündlich dem Feldwebel KOLBE.

Dabei muß berücksichtigt werden:

1.) Alarm wird ziemlich häufig ausgelöst,

2.) STAUFFENBERG besaß ordnungsgemäße Papiere,

3.) STAUFFENBERG war als Schwerkriegsbeschädigter und ausgezeichneter Offizier bekannt, so daß von MÖLLENDORF zunächst keinen Grund hatte, Verdacht zu schöpfen.

STAUFFENBERG passierte daraufhin auch die Wache „Süd" und flog um 13.15 Uhr vom Flughafen Rastenburg nach Berlin-Rangsdorf. Nachforschungen nach Herkunft des Flugzeuges ergaben, daß es auf Befehl des Generalquartiermeisters des Heeres, General WAGNER, durch Vermittlung des I/Fliegerverbindungsgeschwader 2 Berlin vom Flugplatz Lötzen für STAUFFENBERG abgestellt worden war. Das Flugzeug hätte ohnehin nach Berlin überführt werden sollen.

VI.

Der Hergang des Attentats und die Ankunft und Abfahrt des Attentäters können an Hand obiger Ausführungen als objektiv einwandfrei geklärt betrachtet werden.

Ein Versagen der vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen gegen ein Attentat kann nicht festgestellt werden, da die Möglichkeit, daß ein zur Lagebesprechung befohlener Generalstabsoffizier sich selbst für ein derartiges Verbrechen hergeben würde, überhaupt nicht in Rechnung gestellt worden war.

Der Vorfall zwingt jedoch dazu, zukünftig bei den Schutzmaßnahmen für den Führer auch die letzte Möglichkeit zu berücksichtigen. Bezüglich der Sicherungsmaßnahmen werden daher im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt gesondert Vorschläge unterbreitet werden.

(Anlage zum K.-Bericht vom 26. 7. 44)

3. DIE FERNSCHREIBEN DER BENDLERSTRASSE (HQU. DER MILITÄRISCHEN OPPOSITION) VOM 20. 7. 1944

Fernschreiben 1 *)
— FRR — HOKW 02150 20. 7. 44 16.45
FRR an W.Kdo. XII — gKdos —

Innere Unruhen.

I.

Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer hat es unter Ausnutzung dieser Lage versucht, der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen.

II.

In dieser Stunde höchster Gefahr hat die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung den militärischen Ausnahmezustand verhängt und mir zugleich mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht die Vollziehende Gewalt übertragen.

III.

Hierzu befehle ich:

1. Ich übertrage die Vollziehende Gewalt — mit dem Recht der Delegation auf die territorialen Befehlshaber — in dem Heimatkriegsgebiet auf den Befehlshaber des Ersatzheeres unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet.

In den besetzten Westgebieten auf den Oberbefehlshaber West (Oberbefehlshaber der H.Gr. D), in Italien auf den Oberbefehlshaber Südwest (Oberbefehlshaber der H.Gr. C), in dem Südostraum auf den Oberbefehlshaber Südost (Oberbefehlshaber der HGr. F), in den besetzten Ostgebieten auf die Oberbefehlshaber der H.Gr. Südukraine, Nordukraine; Mitte, Nord und den Wehrmachtbefehlshaber Ostland, für ihren jeweiligen Befehlsbereich, in Dänemark und in Norwegen auf die Wehrmachtbefehlshaber.

2. Den Inhabern der Vollziehenden Gewalt sind unterstellt:

a) Sämtliche in ihrem Befehlsbereich befindlichen Dienststellen und Einheiten der Wehrmacht einschl. der Waffen-SS, des RAD und der OT.

b) Alle öffentlichen Behörden (des Reichs, der Länder und der Gemeinden), insbes. die gesamte Ordnungs-, Sicherungs- und Verwaltungspolizei.

c) Alle Amtsträger und Gliederungen der NSDAP und der ihr angeschlossenen Verbände.

d) Die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe.

3. Die gesamte Waffen-SS ist mit sofortiger Wirkung in das Heer eingegliedert.

4. Die Inhaber der Vollziehenden Gewalt sind für Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit verantwortlich. Sie haben insbesondere zu sorgen für:

a) Die Sicherung der Nachrichtenanlagen.

b) Die Ausschaltung des SD.

Jeder Widerstand gegen die militärische Vollzugsgewalt ist rücksichtslos zu brechen.

5. In dieser Stunde höchster Gefahr für das Vaterland ist Geschlossenheit der Wehrmacht und Aufrechterhaltung voller Disziplin oberstes Gebot.

* Die Fernschreiben wurden nach der zeitlichen Reihenfolge der bisher aufgefundenen Dokumente numeriert.

Ich mache es daher allen Befehlshabern des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe zur Pflicht, die Inhaber der Vollziehenden Gewalt bei Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und die Befolgung ihrer Weisungen durch die untergeordneten Dienststellen sicherzustellen.

Der deutsche Soldat steht vor einer geschichtlichen Aufgabe. Von seiner Tatkraft und Haltung wird es abhängen, ob Deutschland gerettet wird.

Gleiches haben alle territorialen Befehlshaber, die Oberkdos. der Wehrmachtteile und die den Oberkdos. unmittelbar unterstehenden Kommandobehörden des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe.

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht
gez. v. WITZLEBEN
Generalfeldmarschall

Fernschreiben 2

— KR — HOKW 02155 20. Juli 1944 18.00
An W.Kdo. I—XIII, XVII, XVIII, XX, XXI, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Geheim!

I.

Auf Grund der mir vom O.Befehlshaber der Wehrmacht erteilten Ermächtigung übertrage ich die Vollziehende Gewalt in den Wehrkrs. den Stellv. Kd. Generalen und Wehrkrs.Befehlshabern. Mit der Vollziehenden Gewalt gehen auf die Wehrkrs.Befehlshaber die Befugnisse der Reichsverteidigungskommissare über.

II.

Folgende Sofortmaßnahmen sind zu treffen:

a) Nachrichtenanlagen: Die wichtigen Gebäude und Anlagen des Post-Wehrmachtnachrichtennetzes (einschl. Funkanlagen) sind planmäßig militärisch zu sichern. Die hierzu eingesetzten Kräfte sind so stark zu bemessen, daß unbefugte Eingriffe und gewaltsame Zerstörungen verhindert werden. Wichtige nachrichtentechnische Anlagen sind mit Offizieren zu besetzen. Insbesondere sind zu sichern:

Verstärkerämter, Durchgangsvermittlungen des Heeresführungsnetzes sowie Großfunkstellen (Rundfunksender), Fernsprech- und Telegrafenämter, soweit wichtige Fernsprechleitungen durchlaufen, Verstärker- und Batterieräume, Antennen-, Sende- und Notstromanlagen sowie Betriebsräume. Das Fernmeldenetz der Reichsbahn ist im Einvernehmen mit den Transportdienststellen zu schützen.

Funknetz ist aus eigenen Mitteln zu schaffen.

b) Verhaftungen: Ohne Verzug ihres Amtes zu entheben und in besonders gesicherte Einzelhaft zu nehmen sind: Sämtliche Gauleiter, Reichsstatthalter, Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, Höheren SS- und Polizeiführer, Gestapoleiter und Leiter der SS-Dienststellen, Leiter der Propagandaämter und Kreisleiter.

Ausnahmen befehle ich.

c) Konzentrationslager: Die Konzentrationslager sind beschleunigt zu besetzen, die Lagerkommandanten zu verhaften, die Wachmannschaften zu entwaffnen und zu kasernieren. Den Politischen Häftlingen ist zu eröffnen, daß sie sich bis zu ihrer Entlassung aller Kundgebungen und Einzelaktionen zu enthalten haben.

d) Waffen-SS: Bestehen Zweifel am Gehorsam von Führern der Verbände der Waffen-SS oder der Standortältesten der Waffen-SS oder erscheinen sie ungeeignet, sind sie in Schutzhaft zu nehmen und durch Offiziere des Heeres zu ersetzen.

Verbände der Waffen-SS, deren uneingeschränkte Unterordnung zweifelhaft ist, sind rücksichtslos zu entwaffnen. Dabei energisches Zugreifen mit überlegenen Kräften, damit stärkeres Blutvergießen vermieden wird.

e) Polizei: Die Dienststellen der Gestapo und des SD sind zu besetzen.

Im übrigen ist die Ordnungspolizei zur Entlastung der Wehrmacht weitgehend einzusetzen.

Befehl ergeht durch den Chef der Deutschen Polizei auf dem polizeilichen Kommandowege.

f) Kriegsmarine und Luftwaffe: Mit den Befehlshabern der Kriegsmarine und Luftwaffe ist Verbindung aufzunehmen. Gemeinsames Handeln ist sicherzustellen.

III.

Für die Bearbeitung aller politischen Fragen, die sich aus dem militärischen Ausnahmezustand ergeben, bestelle ich bei jedem Wehrkrs.Befhlh. einen Politischen Beauftragten. Dieser übernimmt bis auf weiteres die Aufgaben des Verwaltungschefs. Er berät den Wehrkr.Befehlshaber in allen poltischen Fragen.

IV.

Bearbeitende Stelle des Oberbefehlshabers im Heimatkriegsgebiet in allen Angelegenheiten der Vollziehenden Gewalt ist der Heimatführungsstab. Er entsendet zu den Wehrkrs.Befehlshabern zur wechselseitigen Unterrichtung über Lage und Absichten einen Verbindungsoffizier (VO OKH).

V.

Bei Ausübung der Vollziehenden Gewalt dürfen keine Willkür- und Racheakte geduldet werden. Die Bevölkerung muß sich des Abstandes zu den willkürlichen Methoden der bisherigen Machthaber bewußt werden.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
Nr. 32 160/44 geh.
gez. FROMM
Generaloberst
Oberst GRAF STAUFFENBERG

Fernschreiben 3 — KR — HOKW 02160 20. 7. 1944 18.15
An Stellv. Gen.Kdo. I — XIII, (III durch Kurier),
XVII, XVIII, XX, XXI, A.K.W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Geheim!

1.) Walküre 2. Stufe für W.Kdo. I — XIII, XVII, XVIII, XX, XXI. Unter Rückgriff auf sämtliche Bestände des Feld- und Ersatzheeres.
Notfalls einschl. der Bestände der Zeugämter und Parke.
X-Zeit 20. 7. 44 18 Uhr.

2.) Entnommene Waffen, Großgeräte und Kfz. der OKH-Bestände aus Zeugämtern und Parken sind sofort an AHA Stab Ib durch Fs zu melden.

3.) Gliederung, Stärken und Aufkommensorte der aufgerufenen Einheiten sind bis 21. 7. 12.00 Uhr durch KR-Fs an AHA Stab I zu melden.

4.) Die im W.Kdo. Böhmen-Mähren und W.Kdo. Gen.Gouv. getroffenen Maßnahmen sind entsprechend durchzuführen. Die aufgerufenen Einheiten sind gemäß Ziffer 3. an AHA/Stab I zum 21. 7. 12.00 Uhr zu melden.

OKH Chef H Rüst u BdE AHA Stab I
Nr. 4996/44 g Kdos v. 20. 7. 44

Fernschreiben 4 — FRR HOKW 451902 20. 7. 20.23
An W.Kdo. I — XIII, XVII, XVIII, XX,XXI, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 1

Für das gesamte Reichsgebiet ordne ich an:

I.

Aufmärsche, Kundgebungen und Gruppenbildungen auf Straßen und Plätzen sowie Versammlungen in geschlossenen Räumen sind verboten.

II.

Zum Tragen von Waffen sind nur die Wehrmacht und die ihr unterstellte Polizei sowie die dienstlich mit militärischen und sonstigen Bewachungsaufgaben betrauten Formationen berechtigt. Alle hiernach zum Tragen von Waffen nicht berechtigten Personen müssen den Besitz von Waffen jeglicher Art innerhalb von 24 Stunden nach Veröffentlichung dieser Anordnung bei den zuständigen Polizeiämtern und soweit solche nicht vorhanden sind, bei den Ortspolizeibehörden melden.

III.

Es ist untersagt, Flugblätter herzustellen und zu verteilen.

IV.

Wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, verfällt dem Standrecht.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. HOEPNER *
Generaloberst

Fernschreiben 5 — FRR — HOKW 451897 20. 7. 20.20
An W.Kdo. 1—13, 17, 18, 20, 21, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 2

1.) Alle Betriebe der gesamten Wirtschaft und des Verkehrs sind weiterzuführen.

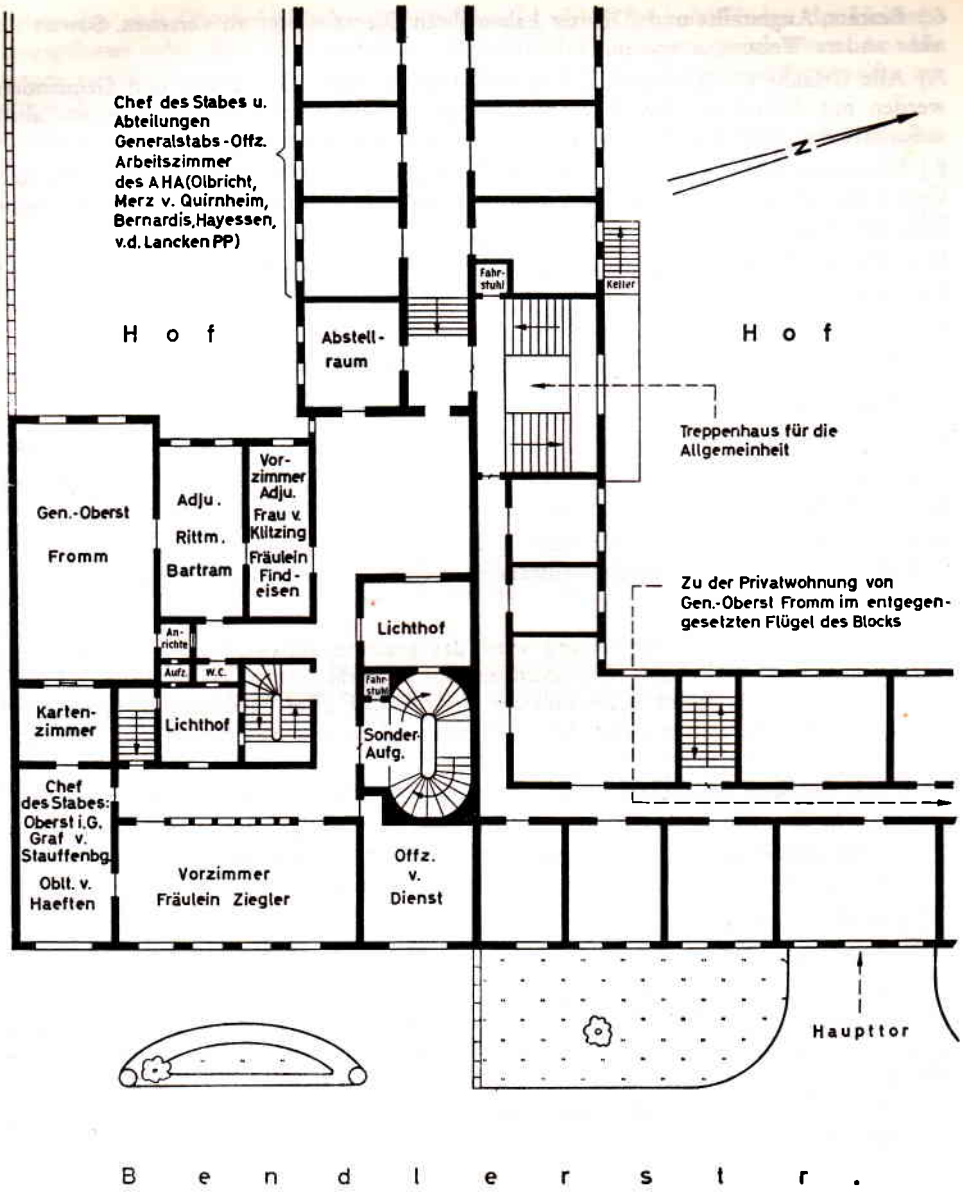
2.) Die Dienststellen des Reichsnährstandes und der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft arbeiten unter meiner und der Aufsicht der Wehrkreisbefehlshaber weiter.

3.) Die Dienststellen der NSV arbeiten weiter. Ihre Leitung wird von den Gemeinden, Kreisen, Provinzen und Ländern übernommen, auf die gleichzeitig die Aufgaben der NSV zurückübertragen werden.

4.) Die Org. Todt, der Arbeitsdienst und das NSKK arbeiten weiter und sind mir und den Wehrkreisbefehlshabern unterstellt.

5.) Die Deutsche Arbeitsfront arbeitet weiter. Ich werde eine neue Kommissarische Leitung bestellen. —

* Irrtümlich: HÖPPNER



d) Berlin Bendlerstraße 1. Etage am 20. Juli 1944

6.) Beamte, Angestellte und Arbeiter haben ihren Dienst weiter zu versehen. Soweit sie nicht andere Weisungen von mir erhalten.

7.) Alle Urlaube für Beamte und Angestellte des Reiches, der Länder und Gemeinden werden mit Ausnahme der Krankheitsurlaube widerrufen. Die Beamten haben auch außerhalb der Dienstzeit für ihre Vorgesetzten stets erreichbar zu sein.

8.) Wer entgegen den vorstehenden Anordnungen die Arbeit niederlegt oder die auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes erlassenen Weisungen nicht durchführt, verfällt dem Standrecht.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. Hoepner Generaloberst.

Fernschreiben 6 — FRR — HOKW 451907 20. 7. 21.02
An W.Kdo. 1—13, 17, 18, 20, 21, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 3

I

Den Amtsträgern der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände wird jede ihnen durch die Partei befohlene Tätigkeit verboten.

Soweit sie nach den von mir erlassenen Anordnungen weiterarbeiten, haben sie die auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes erteilten Befehle durchzuführen.

II

1.) Zum Zwecke seiner Sicherstellung wird das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände (RAD, OT fallen nicht hierunter) nebst allem Zubehör einschließlich aller Forderungen, Beiteiligungen, Rechte und Interessen jeder Art und insbesondere alle Akten vorläufig beschlagnahmt.

2.) Durch die Beschlagnahme verlieren die bisherigen Verfügungsberechtigten jedes Verfügungsrecht über die beschlagnahmten Vermögen. —

3.) Auf die Beschlagnahme finden die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über die Vollziehung und Wirkungen des dinglichen Arrestes entsprechende Anwendung.

III dem Standrecht verfällt:

a) wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt,

b) wer eine Urkunde, ein Register, Akten oder einen sonstigen Gegenstand, der zum Vermögen der NSDAP und ihrer Gliederungen und ihrer angeschlossenen Verbände gehört oder sich dort befindet, vorsätzlich vernichtet, beiseite schafft, unterschlägt, beschädigt oder verfälscht.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. Hoepner Generaloberst.

Fernschreiben 7 — FRR — KOKW 453173 20. 7. 21.02
An W.Kdo. 1—13, 17, 18, 20, 21, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.
Standrechtverordnung Nr. 4

I

1.) Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren oder in besonders schweren Fällen mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit dem Tode wird bestraft:

a) wer den vom Oberbefehlshaber der Wehrmacht, dem Oberbefehlshaber des Heimatkriegsgebietes oder den Wehrmachtbefehlshabern für ihren Bereich erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder die von ihnen getroffenen Maßnahmen gefährdet oder zu solcher Zuwiderhandlung oder Gefährdung auffordert oder anreizt.

b) wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Person oder Sache auffordert oder anreizt. —

c) wer plündert.

2.) In minder schweren Fällen kann auf Gefängnis nicht unter 3 Jahren erkannt werden.

3.) Neben der Todes- und der Zuchthausstrafe ist die Einziehung des Vermögens zulässig.

II

Zur Aburteilung der Straftat unter Ziffer 1.) werden Standgerichte gebildet.

III

1.) Die Standgerichte sind auch zur Aburteilung von Angehörigen der Wehrmacht zuständig.

2.) Die Standgerichte sind auch zuständig, wenn ein zu ihrer Zuständigkeit gehörendes Verbrechen oder Vergehen zugleich den Tatbestand einer anderen Handlung erfüllt oder wenn eine andere Straftat mit einem zur Zuständigkeit der Standgerichte gehörenden Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht.

IV

1.) Sitze und Bezirke der Standgerichte werden von dem Befehlshaber im Heimatkriegsgebiet bestimmt. Solange dies noch nicht geschehen ist, werden sie durch die Wehrmachtbefehlshaber bestimmt.

2.) Die Befehlshaber mobiler Verbände der Wehrmacht bis herab zum Bataillon (Abteilung) sind befugt, für den Bezirk ihres Einsatzes Standgerichte zu errichten.

V

1.) Die Standgerichte entscheiden in der Besetzung von drei Mitgliedern, von denen eines nach Möglichkeit die Befähigung zum Richteramt besitzen soll.

2.) Die Anklage wird von einem hierzu bestellten Offizier oder einer Person, die die Befähigung zum Richteramt besitzt, erhoben und vertreten. Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet und für ihren Bereich die Wehrmachtbefehlshaber können einen Leiter der Anklagevertreter bestellen. Die Anklagevertreter haben den dienstlichen Weisungen des Leiters Folge zu leisten.

VI

1.) Die Standgerichte bestimmen das Verfahren nach eigenem Ermessen in Anlehnung an die Grundsätze der Reichsstrafprozeßordnung. Sie laden den Beschuldigten vor oder lassen ihn vorführen, geben ihm rechtliches Gehör, vernehmen gegebenenfalls Zeugen und fällen sofort das Urteil.

2.) Die Wehrmachtsbefehlshaber sind berechtigt, Verfahren an das beim Wehrkreiskommando errichtete Standgericht zu ziehen.

VII

Die Urteile der Standgerichte sind endgültig und ohne Aufschub zu vollstrecken.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. Hoepner Generaloberst.

Fernschreiben 8 — Kr — an W.Kdo. 1—13. 17, 18, 20, 21,
W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 5

I

1.) Zum Zwecke seiner Sicherstellung wird vorläufig beschlagnahmt: das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen nebst allem Zubehör, einschließlich aller Forderungen, Beteiligungen, Rechte und Interessen jeder Art und besonders Akten.

a) Der Reichsleiter, Gauleiter und aller anderen Personen, die in der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden (RAD und OT fallen nicht hierunter), eine Stellung als Amtswalter bis herab zum Kreisleiter und der dem Kreisleiter gleichstehenden Person bekleiden oder bekleidet haben.

b) Aller Einrichtungen und Personengesamtheiten, die mit Mitteln der unter a) genannten Vermögensträger oder Personen errichtet sind oder in deren Organen (Vorstand oder Aufsichtsrat oder ähnliches Gremium) ein Halb- oder mehr Vertreter der unter a) genannten Vermögensträger oder Person sitzt und Stimme haben. —

2.) Durch die Beschlagnahme verlieren die bisherigen Verfügungsberechtigten jedes Verfügungsrecht über die beschlagnahmten Vermögen.

3.) Auf die Beschlagnahme finden die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über die Vollziehung und Wirkungen des dinglichen Arrestes entsprechende Anwendung.

II

Die Zuständigkeit der Standgerichte wird auf die Verbrechen und Vergehen des Mordes und der Freiheitsberaubung, der Erpressung, der Bestechung erstreckt, die unter Macht- und Amtsmißbrauch gegen Wehrlose oder aus Bereicherungssucht begangen wurden und die eine rasche Sühne erfordern, weil sie in besonderem Maße die berechtigte Volksempörung hervorgerufen haben.

III

Die Standgerichte sind ferner zuständig für folgende Straftaten, wenn sie vorsätzlich während des militärischen Ausnahmezustandes begangen werden:

a) Hochverrat (§§ 80—85 Reichsstrafgesetzbuch)

b) Landesverrat (§§ 89—92 Reichsstrafgesetzbuch)

c) Widerstand gegen die Staatsgewalt (§§ 110—122 B RStGB)

d) Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung
(§§ 123—143 — mit Ausnahme des § 134 B — Reichsstrafgesetzbuch).

e) Religionsvergehen (§§ 166—168 RStGB) —

f) Verbrechen und Vergehen gegen das Leben (§§ 211—215 RStGB).

g) Verbrechen und Vergehen gegen § 239 RStGB

h) Raub und Erpressung (§§ 249—256 RStGB)

i) Sachbeschädigung (§§ 303—305 RStGB)

k) Gemeingefährliche Verbrechen (§§ 306—330 C RStGB).

l) Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen betr. vom 9. 6. 1884.

m) Verbrechen nach §§ 1 und 2 der Verordnung gegen Gewaltverbrechen vom 5. 12. 1939. —

2.) Die vorstehenden Straftaten können, soweit dadurch der bisherige gesetzliche Strafraum überschritten wird, mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft werden.

3.) Neben der Todes- oder Zuchthausstrafe ist die Einhebung des Vermögens zulässig.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. HOEPNER Generaloberst.

Fernschreiben 9 — Kr — an W.Kdo. 1—13, 17, 18, 20, 21,
W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Befehl über Maßnahmen gegen die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

I. Die Dienststellen und Räume der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sind sofort zu schließen und so zu sichern, daß auf keinen Fall Akten verschwinden können.

II. Die Weiterarbeit derjenigen Organisationen und Gliederungen, die durch die Standrechtverordnung Nr. 2 angeordnet ist, ist sicherzustellen.

III. Soweit nach der Standrechtverordnung Nr. 2 Organisation und Parteigliederung weiterarbeiten, sind, wenn erforderlich, kommissarische Leiter zu bestellen, falls die jetzigen Leiter nicht hinreichend Gewähr für zuverlässige Arbeit und Haltung bieten. Bei der deutschen Arbeitsfront stehen hierfür die Landesarbeits- und Arbeitsämter zur Verfügung.

IV. Soweit die in der Partei, ihren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und Organisationen tätigen Personen zur Aufrechterhaltung der Arbeit gemäß Standrechtverordnung Nr. 2 nicht unbedingt benötigt werden, sind sie in kürzester Frist unter Aufhebung von UK-Stellungen einzuziehen oder dienstzuverpflichten.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. HOEPNER Generaloberst.

Fernschreiben 10 — Kr — An W.Kdo. 1—13, 17, 18, 20, 21,
W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Anordnung über Reiseverkehr, Fernsprech- und Telegrammverkehr und über die Polizeistunden.

I. Der private Fernreiseverkehr ist ab sofort für 3 Tage verboten. Die zuständigen Vorgesetzen können für unaufschiebbare Dienstreisen schriftliche Ausnahmegenehmigungen erteilen. Reisen, die bei Erlaß dieser Verordnung angetreten sind, dürfen bis zu dem auf dem Fahrtausweis angegebenen Ziel fortgesetzt werden.

II. Der gesamte Fernsprechverkehr, ausgenommen Ortsgespräche und Gespräche von und zu Staats- und Wehrmachtsdienststellen, die ohne Nummerangabe namentlich anzufordern sind, wird einstweilen gesperrt. Ebenso wird der gesamte außerdienstliche Telegrammverkehr bis auf Widerruf gesperrt.

III. Die Polizeistunde ist einheitlich auf 21 Uhr festgesetzt.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet
gez. HOEPNER Generaloberst.

Fernschreiben 11

KR — FS — Fernsp.Nummer des Auslieferers: 1934

Text: Befehl über die Durchführung von Verhaftungen.

I.) Die Verordnung über die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes über das Heimatkriegsgebiet ermächtigt die Wehrkreisbefehlshaber und die ihnen unterstellten Polizeiorgane alle Verhaftungsmaßnahmen zu treffen, die ihnen notwendig erscheinen. Von dieser Vollmacht ist eher zu viel als zu wenig Gebrauch zu machen.

II.) Ohne Verzug ihres Amtes zu entheben und in besonders gesicherte Einzelhaft — möglichst geschlossen in einer Kaserne — zu bringen sind:

a) grundsätzlich:

sämtliche Gauleiter, Reichsstatthalter, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, höhere SS- und Polizeiführer, Gestapo-Leiter und Leiter der SD-Dienststellen, Leiter der Propagandaämter und Kreisleiter.

b) nach eigenem Entscheid der Wehrkreisbefehlshaber:

weitere bisherige politische Machthaber (z. B. SS-Führer, Gauamtsleiter, Kreisamtsleiter, Ortsgruppenleiter, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister), die als Rechtsbeuger oder Lumpen hervorgetreten sind.

c) Ich behalte mir persönlich vor, Ausnahmen von den grundsätzlichen Verhaftungen (II a) durch Sonderbefehl zu erlassen. Nur für die Kreisleiter und die ihnen gleichstehenden Personen übertrage ich dieses Recht nach Bericht im Einzelfall auf die Wehrkreisbefehlshaber.

III.) Wer gegen Recht und Anstand verstoßen hat, muß für die Folgen einstehen. Ich erwarte, daß diese Elemente festgestellt werden, damit dem Gerechtigkeitsgefühl Genüge getan wird und sie im ordnungsmäßigen Verfahren abgeurteilt werden können. Dafür sorgfältige Auswahl politisch klarer, erfahrener und scharf durchgreifender Offiziere, die mit der Durchführung betraut werden, genaue Vorbereitung, Zusammenfassung aller hierfür erforderlichen Kräfte, rasches entschlossenes Zugreifen.

IV.) Zunächst stehen die der Wiederherstellung von Rechtsbewußtsein und Anstand dienenden Verhaftungen allen anderen Verhaltungsmaßnahmen voran.

— ohne Unterschrift —

(Fernschreiben 1—11: Anlagen zu den K.-Berichten Juli—August 1944)

4. AUS DEM KRIEGSTAGEBUCH DER HEERESGRUPPE NORD, JULI 1944

Anruf Oberst Graf Stauffenberg an Chef, 20. 7. 44, 19.55 Uhr.

Oberst Graf Stauffenberg teilt Chef mit, daß das Kommuniqué, nach dem der Führer bei dem Attentat lebend davongekommen sei, nach seinen Informationen nicht den Tatsachen entspricht.

Generaloberst Beck hat nunmehr die Bildung einer neuen Regierung übernommen. Generaloberst Hoepner ist Befehlshaber im Heimatkriegsgebiet und Inhaber der vollziehenden Gewalt geworden. Generaloberst Fromm ist weg.

Nach Ansicht der neuen Führung kommt es für die Heeresgruppe Nord darauf an, in dem schon im OKH besprochenen Sinne zu verfahren, d. h., die Heeresgruppe unverzüglich zurückzuführen, um die Ostprovinz des Reiches zu retten.

Generaloberst Beck wird dazu noch sprechen.

Generaloberst Beck ergreift das Wort und erklärt, daß es so, soweit er das übersehen könne, nunmehr darauf ankommt, daß die Heeresgruppe sich unverzüglich nach Westen durchschlägt unter Verzögerung des feindlichen Vormarsches an den bisherigen Kampffronten. Dieser Entschluß muß durchgeführt werden, auch wenn von der bisherigen Führung der Wehrmacht entgegengesetzte Befehle gegeben worden sind. Jeder Führer hat dabei die Handlungsfreiheit, die er vor seinem Gewissen und vor der Geschichte verantworten kann, er haftet dafür mit seinem Kopf.

Sich einfach — wie bei Stalingrad — einschließen zu lassen, das ist keine Führung. Ob das, was er anregt, durchführbar sei, müsse die Führung der Heeresgruppe besser wissen. Chef erklärt, daß es jetzt nur langsam und schrittweise durchführbar sei.

Generaloberst Beck betont, daß das jedenfalls immer noch besser sei, als sich sinnlos einschließen zu lassen, wie das bei Stalingrad geschehen sei und sich jetzt hier wieder anbahne.

(abgezeichnet mit:) „K"

Anruf Chef an Ia/Op.Abt., 20. 7. 44, 20.15 Uhr.

Chef meldet den Anruf von Generaloberst Beck (vergl. 19.55 Uhr). Er äußert, daß er sich dieses Gespräch nicht erklären könne und daß es sich unter Umständen um einen feindl. Agenten gehandelt habe.

(abgezeichnet:) „K"

Besprechung beim Chef des Generalstabes des Heeres.
21. Juli 1944, 17.00 Uhr.

Anwesend: Generaloberst Guderian
Generalleutnant Wenk
Oberst i. G. Graf Kielmannsegg
Generalmajor von Xylander
Generalleutnant Krebs
Generalleutnant Kinzel

Zu Beginn verlangt Generaloberst Guderian von jedem anwesenden Chef eine schriftliche Meldung darüber, auf wessen Auftrag hin er die Reise ins OKH angetreten habe.

Nachdem sodann die Chefs Nordukraine und Mitte die Lage ihrer Heeresgruppen vorgetragen haben, meldet Generalleutnant Kinzel:

„Die Lage der H.Gr. Nord ist gekennzeichnet durch 4 Dinge:

1. Die sich abzeichnende Umfassung des rechten Flügels.

2. Den tiefen Einbruch in die Front des I. AK.

3. Den tiefen und breiten Einbruch in die Front des XXXVIII. A.K.

4. Den Kräfteschwund.

Um gleich ins Ganze zu gehen: Gen. d. Inf. Friessner läßt melden, daß selbstverständlich der Befehl des Führers, die jetzige Linie zu halten, durchgeführt wird, daß aber keine Reserven mehr da seien, um die entstandenen Einbrüche auch nur notdürftig abzuriegeln. Es sei also beim Festhalten am jetzigen Auftrag in absehbarer Zeit mit der Vernichtung der Heeresgruppe zu rechnen. Damit verlöre der Führer nicht nur 2 Armeen, sondern das Ostland dazu. Bei Änderung des Auftrages für die Heeresgruppe schiene es möglich, namhafte Kräfte für den weiteren Kampf zu erhalten und insbesondere Kräfte für die Schließung des ‚Baltenloches' zu gewinnen."

Generaloberst GUDERIAN fällt ins Wort, erklärt mit leidenschaftlichen Worten, diese Lösung sei ausgeschlossen, verbittet sich Defaitismus und Schwarzseherei, droht mit Festnahme und Erschießung und schließt sodann eine längere Rede an, in der er mit schärfsten Worten die Tätigkeit des Generalstabes geißelt, die in einer einzigen Verneinung bestanden hätte. Jetzt sei es Pflicht der Generalstabsoffiziere, die besonders auch durch das Attentat vorhandene Schande wieder abzuwaschen. Er verpflichtet sodann alle Anwesenden zu engster Mitarbeit. Er schließt seine Ausführungen an Chef Genstab. H.Gr. Nord gewandt mit den Worten: „Im übrigen ist ja für den Fall einer Katastrophe General FRIESSNER Manns genug, die notwendigen Befehle zu erteilen."
Unterschrift: KINZEL
(Kriegstagebuch der Heeresgruppe Nord — Bd. 2 vom 8. 3.—23. 7. 1944)

5. ZEITPLAN DER BENDLERGRUPPE MIT VORBEREITETEN BEFEHLEN FÜR DEN UMSTURZ

Zeitplan *

BdE		WK III
x — 1 Tag	Walküre Übung (Befehl 1) bei Pztr.Schule Infant.Schule Döberitz Fhj.Schule Potsdam Offz.Schule Potsdam	
x Tag x Zeit	1) Ausgabe der grundl. Befehle an Wehrkreis	1) Grundl. Befehl wird überbracht. Gen.Olb. unterrichtet Chef WK. III
x Zeit	2) Vorbefehl an Kommandant von Berlin (Befehl 2)	2) Befehl an alle Teile des WK. III
später	3) Befehl an Kommandant v. Bln. (Befehl 3)	
x Zeit	4) Vorbefehl an Kdr. der Panzertruppen-Schule (Befehl 4)	
später	5) Befehl an Kdr. Pz.Tr.Sch. (Befehl 5)	
	6) Übergabe Kdt. v. Berlin und Panzertruppen-Schule an WK. Kdo. III	

Befehl 1
Walküre-Übung der Schulen.
x — 1 Tag auszugeben.

* Wahrscheinlich von Oblt. v. HAEFTEN ausgearbeitet

Befehl 2

1. Befehl an den Wehrmachtskommandanten von Berlin
(fernmündlich bei X-Zeit ausgeben)

1. Innere Unruhen, Ausnahmezustand, Vollziehende Gewalt beim Heer.

2. Wachbataillon Berlin sofort mit allen verfügbaren Teilen zur Wehrmachtsstandort-Kommandantur Berlin, Unter den Linden 1

3. Kommandant von Berlin mit I A und Ordonnanzoffizier sofort zum Befehlsempfang zum Chef H. Rüst. und BdE. Bendlerstr. 11—13.

4. Alle Einheiten im Standort Berlin alarmieren (Walküre usw.) in erster Linie: A) Standort Spandau B) Feuerwerker und Waffenmeisterschule.

5. 270 to Kfz.Kol.raum in Bernau steht zur Beweglichmachung zur Verfügung.

Befehl 3

2. Befehl an den Wehrmachtsstandort-Kommandanten von Berlin
(bei persönlicher Meldung des Kommandanten aushändigen und besprechen)

1. Die Lage ist folgende .....

2. Wachbataillon Berlin sofort zur Absperrung des Regierungsviertels von Berlin ansetzen: Dorotheen-, Friedrich-, Koch-, Anhalter-, Saarland-, Bellevue-, Lenné- und Hermann-Göring-Str.

Aufgabe: Keine Person — auch kein Minister — darf aus dem abgesperrten Bezirk herein oder heraus. Bei Zuwiderhandlungen von der Waffe Gebrauch machen. — U- und S-Bahnhöfe sperren. Übrigen Verkehr umleiten, oder leer durch den Sperrbezirk fahren lassen.

Alle Menschen im Sperrbezirk in die Häuser.

Das Propagandaministerium auf dem Wilhelmsplatz und das SS-Hauptamt (Albrechtstraße) ist besonders zu überwachen.

Reichsminister GOEBBELS ist festzunehmen.

Sofort fernmündlich durch Kommandanten der Kommandantur befehlen lassen, damit keine Zeit verlorengeht.

3. Die Absperrung wird durch zwei Bataillone der Panzertruppenschule, die sogleich eintreffen werden, verstärkt werden.

4. Kommandant von Berlin schafft sich weitere Verstärkungen durch Aufruf von Walküre und Alarmeinheiten in seinem Bereich. (Garnison Spandau, Feuerwerker- und Waffenmeisterschule). Durchgeführte Absperrung ist dem BdE, Chef AHA und Wehrkreis III, Abteilung I A, zu melden.

5. Folgende Objekte sind zu besetzen:

a) Oberste Reichsbehörden (Anlage 1),
Erste Dringlichkeit Ziffer I a, 5, c),
Propagandaministerium, SS-Hauptamt (Hermann-Göring-Str., Albrechtstr. und Kaiserallee),
Gauleitung Berlin (Voßstr.),
HJ-Führung (Kaiserdamm 45),
Auswärtiges Amt,
Wohnungen Reichsminister (Schwanenwerder und Lanke);

b) Nachrichtenanlagen (Anlage 2),
Erste Dringlichkeit;
Fernamt Berlin (Winterfeldstr.),
Haupttelegrafenamt (Oranienburgstr.),
SS-Hauptvermittlung (Albrechtstr.),
RP-Zentralamt (Ringbahnstr.);

c) Zeitung und Presse (Kochstraße)

6. Durch andere Einheiten des Wehrkreis-Kdos. III sind bereits besetzt:
Sender Tegel, Funkturm und Funkhaus (Masurenallee).

Diese Einheiten werden durch Wehrkreis-Kdo. III benötigt und sind durch Kommandanten von Berlin abzulösen.

7. Die Polizei ist angewiesen, mit dem Heer zusammenzuarbeiten. Durch sie wird am Autobahnring Berlin eine Absperrung und Kontrolle errichtet.

8. Nach Eintreffen genügender Truppen und der vorgesehenen Führungsoffiziere und Beamten bei der Standortkommandantur sind Stoßtrupps zu den einzelnen Reichsbehörden (Ziffer 5) zu entsenden, die die wichtigsten Persönlichkeiten festnehmen. Für die Nachrichtenanlagen werden Nachrichtenoffiziere gestellt.

9. Nach Durchführung der Festnahme sind alle belanglosen Personen aus dem Sperrbezirk zu entlassen. Personen, die die Sperre mehrfach durchschreiten müssen, sind von der Kommandantur mit Ausweisen zu versehen. Der Sperrbezirk darf nur an einer Stelle (z. B. Unter den Linden Richtung Schloß) verlassen werden.

10. Der Kommandeur des Heeresstreifendienstes Berlin wird der Wehrmachtskommandantur Berlin unterstellt.

11. Aus Brandenburg werden der Wehrmachtskommandantur Berlin 50 Mann der Div. Brandenburg auf Lkw zugeführt.

12. SS-Einheiten und Regiment Hermann Göring.

a) ein Stoßtrupp unter Führung eines Generals ist zum SS-Standortkommandanten Berlin entsandt, um die Eingliederung der Waffen-SS in das Heer zu übermitteln und entsprechende Befehle an die Waffen-SS zu erwirken.

b) Dem Regiment Hermann Göring in Tegel ist durch die Wehrmachtsstandort-Kommandantur zu befehlen: Innere Unruhen, Regiment Hermann Göring bleibt alarmbereit in seinen Unterkünften. Kommandeur mit Adjutant zur Wehrmachtsstandortkommandantur Berlin, Unter den Linden 1, zum Empfang weiterer Befehle.

13. Alle wichtigen Ereignisse, Erfolge und Zwischenfälle sind dem Chef H. Rüst. und BdE, Chef AHA und Wehrkreis III, Abt. IA, zu melden.

Befehl 4

Befehl an Pzr.-Truppen-Schule (Krampnitz-Groß-Glienicke)

(Mit x-Zeit fernmündlich an Kommandeur der Pzr.-Truppen-Schule Oberst Gorn).

1.) Innere Unruhen, Ausnahmezustand, Vollziehende Gewalt beim Heer.

2.) Kommandeur der Pzr.-Tr.Schule mit eigenen drei Walküre-Batle. und unterstellten Walküre-Einheiten der Fahnenjunkerlehrgänge der Inf., Potsdam, (ein Btl. mit 5 Komp.) und der Uffz.-Schule Potsdam (1 Btl. mit 3 Komp.) sofort mot. Marsch nach Berlin Raum Tiergarten—Bendlerstr.

Kommandeur zum Chef H. Rüst. und BdE Berlin W, Bendlerstr. 11, voraus.

3.) Eine kampfkräftige Einheit (eine SPW-Komp. und 1 Gren.-Komp.) (mot.) unter energischen Führern besetzt handstreichartig

die Sender Königswusterhausen und Zeesen (bei Königswusterhausen)

Widerstand ist mit Waffengewalt zu brechen (z. Z. ist Zeesen mit einer Komp. Waffen-SS besetzt). Politische Sendungen dürfen nicht stattfinden. Sender ist bis zum Eintreffen von Verstärkungen zu halten. Besetzung der Sender an Wehrkreis III, Abtlg. I A zu melden.

4.) 170 to Kfz.Kol. Raum aus Kanin (24 km südwestl. Potsdam steht zur Verfügung.

Befehl 5

An Kommandeur der Pzr.-Truppen-Schule (nach seinem Eintreffen bei Chef H. Rüst.)

1.) 2 Btl. zur Verstärkung des Wachbatl. Berlin (Absperrung Regierungsviertel) werden dem Wehrmachtsstandortkommandant von Berlin unterstellt.

2.) Masse der dem Kdr. der Pzr.-Truppen-Schule unterstehenden Einheiten übernimmt. Schutz H. Rüst. und BdE (Bendlerblock) und hält sich zur Verfügung Wehrkreiskdo. III für beweglichen Einsatz.

3.) Abteilung I A, Wehrkreiskommando III anrufen.

4.) Aufklärung nach Süden auf Kasernen der Waffen-SS in Lichterfelde und Lankwitz.

5.) 1 Komp. (möglichst SPW) abrufbereit zur Abholung Befehlshaber und Chef BdE vom Flugplatz Tempelhof.

6.) 1 Komp. mit schweren Waffen hält sich als Stoßtrupp für Entsendung zum SS-Standort-Kommandanten Berlin bereit.

Anweisung für das Verhalten gegenüber der Waffen-SS.

1.) Zunächst sämtliche Zugangsstraßen zu den SS-Unterkünften abriegeln. Schwere Waffen in Stellung bringen.

2.) Stoßtrupps für schlagartiges Eingreifen mit der Waffe bereitstellen.

3.) Energischen Offizier mit Begleitoffizier zur Hauptwache entsenden, wo er den dienstältesten anwesenden SS-Führer (in der Nacht Offizier vom Dienst) zu verlangen hat. Möglichst Gebäude nicht betreten. Begleitende Melder bleiben beim Kasernentor und halten Augenverbindung mit umstellender Truppe.

4.) Dem SS-Führer ist zu eröffnen:

Der Führer ist tot. Eine kleine Clique gewissenloser frontfremder Parteiführer hat einen Staatsstreich versucht. Der militärische Ausnahmezustand ist verhängt und die vollziehende Gewalt in die Hände der Wehrkreisbefehlshaber gelegt.

Die Waffen-SS wird mit sofortiger Wirkung in das Heer überführt und untersteht den Wehrkreisbefehlshabern. Ihre Truppe hat bis zum Eingang weiterer Befehle in der Kaserne zu verbleiben und Ruhe zu bewahren. Sollte dieser Befehl nicht ausgeführt werden, wird die Truppe, die ihre Unterkünfte umstellt hat und mit sämtlichen schweren Waffen schußbereit ist, mit allen Mitteln diesen Befehl durchsetzen. Ich muß Sie bitten, Ihre nunmehr erforderlichen Befehle von hier aus in meiner Anwesenheit zu geben.

5.) Bei Weigerung oder Widerstand ist der SS-Führer zu erschießen, die Wache zu entwaffnen und die Entwaffnung der gesamten Truppe zu erzwingen.

6.) Sind die SS-Verbände bereits alarmiert oder rücken sie ab, so sind sie anzuhalten und unter entsprechender Eröffnung zur Rückkehr in die Kaserne zu veranlassen. Bei dem geringsten Zeichen zum Widerstand ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.

7.) Hat die SS den Befehl ausgeführt, bleibt die eigene Truppe so lange vor der Kaserne, bis Weisungen durch das Wehrkreis-Kdo. III, mit dem Verbindung zu halten ist, ergehen oder auf dem SS-Dienstwege die Eingliederung der SS in das Heer bestätigt wird. (Anlagen zum K.-Bericht vom 24. 7. 44)

6. DER REMER-BERICHT VOM 22. 7. 1944

Berlin, den 22. Juli 1944

Der Ablauf der Ereignisse am 20. 7. 1944 wie ich sie als Kommandeur des Wachbtl. Großdeutschland erlebte.

Um 16.10 Uhr erreichte mich in meiner Wohnung der Kommandanturbefehl, mich sofort zu einer Besprechung bei der Kommandantur zu melden. Bei mir befand sich Lt. HAGEN, Referent im Propagandaministerium, der eben vor den Uffz. meines Btl. einen Vortrag über die politische Lage gehalten hatte. Ich fuhr mit einem Pkw zur Kommandantur (Kdtr.) und mußte dort im Zimmer des Adjutanten, Oberstlt. ERTTEL, etwa eine halbe bis dreiviertel Stunde warten. Im Zimmer befanden sich eine Anzahl mir bekannter Kommandeure, die ebenfalls der Kdtr. unterstanden. Ich wurde als erster zum Kommandanten, dem Generalleutnant v. HASE, befohlen. In diesem Zimmer befanden sich nach meiner Erinnerung außer dem General noch Oberstlt. SCHÖNE, ein Oberstlt. aus dem AHA, dessen Name mir unbekannt ist, Major HAYESSEN, den ich zum erstenmal in meinem Leben sah. Major GRAF SCHACK und wohl auch noch Oberstlt. ERTTEL. Es ist möglich, daß noch ein bis zwei Offiziere mehr zugegen waren.

Der General eröffnete mir, daß der Führer verunglückt sei, die vollziehende Gewalt auf das Heer übergegangen und mit Unruhen zu rechnen wäre. Ich erhielt den Auftrag, das Regierungsviertel, begrenzt vom Potsdamer Platz — Saarlandstraße — Anhalter Straße — Wilhelmstraße — Kochstraße — Friedrichstraße — Dorotheenstraße — Hermann-Göring-Straße — Potsdamer Platz mit 3 Kompanien hermetisch abzusperren. Niemand, auch keine Generale und Minister, dürften die Sperrlinie passieren. Der Verkehr sollte nicht unterbunden werden, dadurch hätten die Verkehrsmittel das Sperrgebiet leer zu durchfahren. Die örtliche Polizei sollte mir bei der Durchführung dieses Auftrages behilflich sein. Ferner wurde mir der im Zimmer befindliche Oberstlt./AHA mitgegeben, der insbesondere Verbindung mit der Polizei und den Verkehrseinrichtungen (S-Bahn!) aufnehmen sollte. Ob General VON HASE oder Major HAYESSEN mir diesen Oberstlt. beigegeben hat, weiß ich nicht mehr. Ich war dankbar, daß ich in ihm einen Offizier hatte, der mir einen Teil meines Aufgabengebietes abnahm. Der Gedanke, daß mir dieser Oberstlt. als Spitzel mitgegeben wurde, kam mir erst später. Eine vierte Kompanie wurde als Eingreifreserve zum Lustgarten befohlen. Sofort nach dieser Einweisung fuhr ich zur Kaserne zurück, befahl meine sämtlichen Offiziere auf mein Dienstzimmer, alarmierte das Btl. und ging dann für etwa 5 Minuten in meine Privatwohnung, wo ich Lt. HAGEN und meinen Adjutanten, Lt. SIEBERT, antraf. Ich teilte beiden Offizieren die Lage und unseren Auftrag mit, auch die Befürchtung, daß der Führer tot sei. Dabei bemerkte ich, daß alles so eigenartig wäre, daß wir jetzt unter allen Umständen einen klaren Kopf behalten müssen und uns auf keinen Fall mißbrauchen lassen dürfen. Ob ich jetzt schon oder erst später äußerte, daß ich es merkwürdig fände, daß nichts über den Nachfolger, bzw. Vertreter des Führers gesagt werde, weiß ich nicht

Münchener und Süddeutsche Ausgabe
203. Ausg. 57. Jahrg. Einzelpreis München 15 Rpf., auswärts 20 Rpf.

„Freiheit und Brot!"

Münchener und Süddeutsche Ausgabe
München, Freitag, 21. Juli 1944

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Verlag: Frz. Eher Nachf. G. m. b. H., München 22, Thierschstraße 11–17. [illegible]

Schriftltg: München 13, Schellingstr. 39, Sammelruf 2 08 01. [illegible]

Es lebe unser Führer!

Nun erst recht hart bleiben!

Der Sprengstoffanschlag auf den Führer und dessen Errettung haben mit einemmal erneut wieder zum vollen Bewußtsein gebracht, unter welchem Schicksal heute das deutsche Volk steht. In der Persönlichkeit des Führers ist eine Epoche Deutschlands und Europas heraufgezogen, die zu dem Erhabensten gehört, wofür auf unserem Kontinent jemals gekämpft wurde. In einem unerhörten Ringen ist diese Epoche das Leben von uns allen geworden. Durch Entsagungen, Opfer und Siege kam aus der dunkelsten Zeit der Wille zur Wiedergeburt, entstieg der Traum einer neuen großen Zukunft, bildete sich die Gestalt einer neuen Ordnung. Mit all diesen Werten einer neuen Zeit ist der Führer verbunden als Urheber des neuen Weltbildes, als das glühende Herz, das immer wieder uns alle fortriß, als Symbol schließlich für 100 Millionen Deutsche, das den heutigen, großen Schicksalskampf trägt und über dem Reiche wacht wie kaum je einer, auch der ganz großen, der größten Vergangenheit.

Mit tiefer Dankbarkeit dem Schicksal gegenüber empfinden wir es, daß erneut feindliche Niedertracht und Heimtücke ihr Ziel verfehlt haben. Mit der alten Unbeirrbarkeit hat der Führer seine Arbeit sofort wieder aufgenommen — und er weiß, daß seine Soldaten nun erst recht kämpfen, kämpfen und kämpfen werden. Der Führer weiß, daß die ganze Nation nun erst recht hart bleiben und noch härter werden wird. Der 20. Juli 1944 wird einen neuen Kraftstrom in Deutschland entsenden. Er wird anfeuernd durch alle Dörfer und alle Rüstungswerke gehen.

Das Schicksal hat den Führer beschirmt, der Führer wird über dem Schicksal des Reiches in Europa stehen. Er wird die deutsche Nation durch die Feuer der Gegenwart hindurchführen in jene Zukunft, die das deutsche Volk mit Recht beanspruchen darf, für die es hart kämpft und der es durch große Opfer würdig geworden ist.

Alfred Rosenberg

Feindlicher Mordanschlag auf den Führer mißglückt

dnb. . . ., 20. Juli

Auf den Führer wurde heute ein Sprengstoffanschlag verübt. Aus seiner Umgebung wurden hierbei schwer verletzt: Generalleutnant Schmundt, Oberst Brandt, Mitarbeiter Berger. Leichtere Verletzungen trugen davon: Generaloberst Jodl, die Generale Korten, Buhle, Bodenschatz, Heusinger, Scherff, die Admirale Voß, v. Puttkamer, Kapitän z. S. Aßmann und Oberstleutnant Borgmann.

Der Führer selbst hat außer leichten Verbrennungen und Prellungen keine Verletzungen erlitten. Er hat unverzüglich darauf seine Arbeit wieder aufgenommen und — wie vorgesehen — den Duce zu einer längeren Aussprache empfangen. Kurze Zeit nach dem Anschlag traf der Reichsmarschall beim Führer ein.

Das deutsche Volk steht in Treue zum Führer bis zum Sieg

Eine schreckliche Sekunde lähmenden Entsetzens hat jeder Deutsche heute durchlebt, als ihn die Nachricht von dem Mordanschlag auf den Führer überfiel. Zum zweiten Male in seinem langen Kämpferleben hat das Schicksal den Mann mit Haaresbreite vor einem tückischen Tode bewahrt, der der Inbegriff unserer Vorstellung von Deutschlands Größe und Deutschlands Zukunft geworden ist. Ein gnädiges Schicksal! Denn es wäre ein Aberwitz der Weltgeschichte, wenn ein Mann wie Adolf Hitler dem feigsten aller Kampfmittel zum Opfer gefallen wäre. Unsere zweite Reaktion ist die: Der Führer ist kaum verletzt — der Führer lebt — der Führer hat seine Arbeit unverzüglich fortgesetzt. Alles andere tritt hinter dieser ebenso nüchternen wie tief beglückenden Tatsache in diesem Augenblick zurück. Das ist zweifellos die Überzeugung der Soldaten, die an der Seite des Führers heute ihr Blut vergossen haben.

Der nächste Gedanke gilt den Anstiftern der Tat. Jeder von uns kennt sie, ohne daß ihr Name genannt werden müßte: Es sind die Führer der plutokratisch-bolschewistischen Weltverschwörung, die ihren Handlangern das Sprengwerkzeug in die Hand gedrückt haben, um den Mann zu beseitigen, den sie als die Seele und den Kopf des Kampfes um Deutschlands und Europas Freiheit erkannt haben. Nicht heute erst — schon damals kurz nach Beginn des Krieges haben sie in München im Bürgerbräukeller die Hand wider das Leben des Führers erhoben, um die mit dem jungen Lorbeer des Polenfeldzuges geschmückte deutsche Wehrmacht ihres Feldherrn, Deutschland seines Erweckers und Europa seines genialen Organisators zu berauben. Sie haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß der Mord an Adolf Hitler zu ihren heißesten Wunschträumen gehört. Unter den Augen des Weltbeglückers Roosevelt sind in den USA zahlreiche Zeitungsaufsätze, ja, ganze Broschüren erschienen, die in Wort und Bild entweder Vorschläge für Attentate gegen den Führer machten oder in sadistischen, von echt jüdischer Phantasie strotzenden Schilderungen die vollbrachte Tat vorwegnahmen. Daß diese wüsten Schweinereien ungestraft — und noch dazu vor Kriegseintritt der USA — in „Gottes eigenem Land" erscheinen durften, würde allein schon genügen, um Roosevelt vor einem Weltgericht des Mordes schuldig zu sprechen. Daß der Obergangster der USA mit seinen beiden Kumpanen Churchill und Stalin sich bei dem neuen Anschlag der vereinten Dienste des Secret Service und der GPU bediente, bedarf gleichfalls keines Beweises. Diese Musterinstitute des Meuchelmordes haben bereits soviele Beweise ihrer Verworfenheit und Verschlagenheit gegeben, daß ihre Hand auch in diesem Attentat unschwer zu erkennen ist. Es gibt kaum ein Land der Erde, das nicht Volksführer, Fürsten, Staatsmänner und Generale zu beklagen hätte, die durch die Hand des Secret Service oder der GPU gefallen sind, von Polen angefangen bis in den fernen Irak.

Auch der Zeitpunkt des Anschlages spricht eindeutig für die Art seiner Hintermänner. Vorgestern, am Dienstag, hat der Generalansturm gegen die Festung Europa mit dem Beginn der Feldschlacht in der Normandie seine volle Breite erreicht. Im Westen setzen die Invasionstruppen zum Durchbruch an, im Osten steht der Bolschewismus vor den Toren Europas, im Süden drängen die Schaften des Generals Alexander gegen den Apenninen-Wall, über dem Reichsgebiet hat die Bomberoffensive einen neuen Höhepunkt erreicht. In diesem Augenblick erfolgt im Führerhauptquartier der Anschlag gegen Adolf Hitler selbst! Er stellt nichts anderes dar, als die Kampferöffnung auf der fünften Front — auf Kopf und Herz der deutschen Kriegsleitung . . .

Wir wollen es festnageln für uns, für unsere Kinder und Enkel: Daß der Feind zum zweiten Male das Mittel des gemeinen Meuchelmordes versucht hat, um unseren Mut zu lähmen, unsere Nervenkraft zu schwächen und unsere Sinne zu verwirren. Wir wollen sie offen vor dem Angesicht der Welt Feiglinge und Mörder nennen, die feinen Herren der westlichen Zivilisation: Feiglinge und Mörder, die selbst in dem Augenblick, in dem sie nach jahrelanger Drückebergerei endlich doch zur Schlacht antreten mußten, die Ehre ihrer Waffen besudeln, indem sie zu der Gangstermethode zurückkehren, die ihnen angeboren und, wie ihre riesige kriminelle Literatur beweist, zu einem wahren Lebensbedürfnis geworden ist.

Das deutsche Volk tritt an diesem 20. Juli 1944 aufs neue hinter seinen Führer. Es gelobt ihm unverbrüchliche Treue und verspricht ihm, mit jedem Gedanken und jeder Muskelfaser an nichts anderes zu denken als an Beharrung und Sieg. Es lebe der Führer!

Feldschlacht im Westen

Feindliche Großoffensive auf allen Kriegsschauplätzen

VB. Berlin, 20. Juli

Seit 48 Stunden tobt im Raum von Caen eine Feldschlacht, die trotz ihrer vorläufigen örtlichen Begrenzung als der Beginn des zweiten großen Abschnittes der Invasion betrachtet werden darf. Der Feind hat am 28. Juli — genau sechs Wochen nach seiner Landung auf französischem Boden — zum Durchbruch aus der Enge des Landekopfes in der Normandie angesetzt. Damit ist auch die Schlacht im Westen in das Stadium wichtiger Entscheidungen gerückt und die Generaloffensive der Feinde Europas auf allen vier Fronten entbrannt. Dafür zeugen nicht nur die militärischen Vorgänge im Westen, Osten und Süden, sondern auch die neue weiträumige Bomberoffensive, die am gestrigen Mittwoch große Gebiete Süddeutschlands heimgesucht. Tage und Wochen höchster Spannung, größter Anstrengungen und ernstester Bewährung stehen Front und Heimat bevor. Wehrmacht und Volk sehen ihnen mit eiserner Entschlossenheit und unbeirrbarer Zuversicht entgegen.

Alle Anstrengungen, die der westliche Feind seit dem 6. Juni in seinem normannischen Landekopf unternommen hatte, gehorchten zwei einander ablösenden Gesetzen. Nach dem ursprünglichen Invasionsplan sollten schon in den ersten Tagen des gewaltigen, seit zwei Jahren mit Hilfe der gesamten plutokratischen Kriegsindustrie vorbereiteten Angriff die Häfen Cherbourg und Le Havre genommen und mit Hilfe starker Luftlandeverbände eine breite und tiefe Ausfallstellung in der Normandie gewonnen werden. Dieses Programm, für das die riesigen Luftflotten und Seestreitkräfte der USA und Britanniens zur Verfügung standen, ist sowohl an der Widerstandskraft der örtlichen Befestigungen des Atlantikwalls wie an der Zähigkeit der im Landeraum stehenden schwachen deutschen Verbände gescheitert. Sobald diese Tatsache feststand, entschloß sich die feindliche Führung, unter Ver-

mehr. Jedenfalls aber sagte ich noch in meiner Wohnung so bestimmt, daß ich das Gefühl nicht loswerden könne, hier stimme etwas nicht, daß sich mein Adjutant veranlaßt fühlte, zurückzufragen „Militärputsch?"

Bisher und auch in der Folgezeit habe ich keinerlei schriftliche Befehle erhalten. Ich habe auch keine schriftlichen Befehle höchster Dienststellen zu Gesicht bekommen. Ich sah lediglich aus einer gewissen Entfernung auf dem Schreibtisch vor dem General und Major HAYESSEN mit der Schreibmaschine gedruckte Anordnungen, die allem Anschein nach Bezug auf die derzeitige Lage nehmen mußten.

Nach dem Verlassen meiner Wohnung wies ich meine inzwischen versammelten Offiziere auf dem Dienstzimmer ein. Zugegen waren noch der Oberstlt./AHA und Lt. HAGEN, den ich ausdrücklich gebeten hatte, mitzukommen. Ich habe bei dieser Einweisung besonders betont, daß wir uns nicht zu Dummheiten verleiten lassen dürfen und scharf darauf hingewiesen, daß ausschließlich meine Befehle befolgt werden. Besonderen Wert legte ich auf die schnelle Einsatzbereitschaft der Kompanien. Einem Offizier, der im Auftrag des Generals, dessen Name mir entfallen ist, telefonisch eine Wache zu stellen befahl, erwiderte ich, daß mir kein General Befehle erteilen kann, der nicht mein Vorgesetzter ist. Noch während der Besprechung bat mich Lt. HAGEN nach draußen. Er sagte mir, daß er einen furchtbaren Verdacht hege. Auf dem Wege zur Kaserne habe er in einem Pkw Generalfeldmarschall VON BRAUCHITSCH* in Uniform an sich vorbeifahren sehen. Wir müßten damit rechnen, daß es sich um einen Militärputsch handele. Wir einigten uns dahin, daß Lt. HAGEN sofort zum Reichsminister Dr. GOEBBELS oder zur Geheimen Staatspolizei fahren solle, um die Lage zu klären. Unter allen Umständen wollte ich über die tatsächliche Lage genauestens unterrichtet sein. Ich bat Lt. HAGEN möglichst unauffällig zu handeln, damit nicht irgendwelcher Verdacht geschöpft werden könne. Zur Erledigung seines Auftrages stellte ich ihm ein Krad zur Verfügung. Am Schluß der Besprechung, welche um 17.32 Uhr beendet war, befahl ich, unseren Soldaten über die uns dargestellte Lage reinen Wein einzuschenken. Nach der Besprechung machte mich die Bemerkung des Oberstlt./AHA stutzig, ich solle seine Anwesenheit nicht als Spitzeltätigkeit betrachten. Darüber war ich sehr erstaunt, da ich seine Anwesenheit bis zu diesem Zeitpunkt nicht im geringsten so aufgefaßt hatte.

Während die Kompanien auf die Fahrzeuge verladen wurden, fuhr ich mit meinem Adjutanten und dem Oberstlt./AHA zur Kdtr., um dort noch einige unwesentliche Punkte zu klären. Überrascht war ich, als ich bei einem leisen Gespräch zwischen General VON HASE und Oberstlt. SCHÖNE diesen sagen hörte, daß für die Verhaftung des Herrn Reichsminister Dr. GOEBBELS nun nicht mehr ein Zug des Wachbtl. Großdeutschland vorgesehen sei, sondern eine Abteilung des Streifendienstes. Diese Bemerkung stimmte mich besonders bedenklich, erstens weil sie von einer Verhaftung des Herrn Reichsministers sprach und zweitens weil nicht mehr wir, sondern die Streifenabteilung die Verhaftung vornehmen sollte. Ich entnahm dieser Änderung, daß man mir mißtraute und ordnete deshalb später an, daß zu meinem persönlichen Schutz die Kdtr.-Wache verstärkt werde, wobei ich befahl, daß sie mich bei meiner eventuellen Festnahme unter allen Umständen wieder herauszuholen hätte. General VON HASE und Major HAYESSEN befahlen mir, die ausgestellten Sicherungen am Komplex nördlich der Anhalter Straße besonders stark zu machen. Der Grund für diese Maßnahme wurde mir nicht angegeben. Erst beim späteren Abfahren meiner ausgestellten Sicherungen stellte ich fest, daß in diesem Komplex Sicherheitsdienst untergebracht war. Auch diese Tatsache stimmte mich bedenklich.

* Irrtum HAGENS, BRAUCHITSCH befand sich nicht in Berlin.

Die befohlene Absperrung des Regierungsviertels war bereits um 18.30 Uhr vollzogen. Bis zu diesem Zeitpunkt bin ich nach der Besprechung im Generalzimmer die 3 eingesetzten Kompanien abgefahren und habe mich dann zur Kdtr. begeben, um dem General Vollzugsmeldung zu erstatten.

Wie ich später von meinem Adjutanten erfuhr, hatte sich zu diesem Zeitpunkt der Oberstlt./AHA von ihm mit der Bemerkung verabschiedet, daß er in Wannsee noch einen besonderen Auftrag zu erfüllen habe.

Ich bin noch einmal die Sperrlinie abgefahren, um einige Unklarheiten zu beseitigen. Vor allem aber wollte ich Verbindung mit Lt. HAGEN bekommen. Das gelang jedoch nicht.

Als ich nach Rückkehr von dieser Fahrt im Vorzimmer des Generals saß, wurde ich durch Lt. BUCK meines Btl. auf den Flur hinausgerufen. Er meldete mir, daß er von Lt. HAGEN zu mir geschickt sei, HAGEN selber wolle nicht mehr zu mir in die Kdtr. kommen, um der Gefahr einer Verhaftung zu entgehen. Lt. BUCK sagte mir, daß sich die Lage völlig geändert habe. Ich möchte sofort zu Herrn Reichsminister Dr. GOEBBELS kommen, es handele sich um einen Militärputsch. Daraufhin sagte ich zu Lt. BUCK: „Wir beide gehen jetzt zum General. Sagen Sie ihm, daß ich zu Herrn Reichsminister kommen soll, ferner, daß sich die Lage grundlegend geändert habe. Verschweigen Sie aber unter allen Umständen den Militärputsch!" Ich bin absichtlich mit Lt. BUCK zusammen hereingegangen, um einen Zeugen zu haben. Nachdem Lt. BUCK berichtet hatte, fragte ich den General, ob ich zum Herrn Reichsminister fahren könne. Diese Frage wurde mit den Worten verneint: „REMER, Sie bleiben hier!"

Nach diesem Entscheid des Generals ging ich auf die Straße vor die Kdtr. und sagte dort meinem Adjutanten unter vier Augen: „Jetzt geht es um meinen Kopf. Es scheint sich doch um einen Militärputsch zu handeln. HAGEN hat mir sagen lassen, daß ich zu Dr. GOEBBELS kommen soll. Der General hat es verboten." Dann habe ich nacheinander noch einige Offiziere meines Btl., die ich vor der Kdtr. antraf, ins Bild gesetzt und ihnen gesagt, daß größte Achtsamkeit geboten ist.

Ich bin dann etwas abseits gegangen, um für mich kurz nachzudenken und mir ein klares Bild von der Situation zu verschaffen. Ich entschloß mich, augenblicklich und allein zu Dr. GOEBBELS zu fahren. Sofort wurde ich in das Zimmer des Ministers gebeten und habe dort unter vier Augen mit dem Minister gesprochen. Der Herr Reichsminister fragte mich, ob ich überzeugter Nationalsozialist sei. Ich sagte, daß das ganz selbstverständlich sei, und daß ich hundertprozentig zum Führer stehe. Ich wußte bis zu diesem Augenblick immer noch nichts Genaues über das Schicksal des Führers. Der Herr Reichsminister beteuerte mir, daß er im Auftrage des Führers handele. Der Führer sei überhaupt nicht verletzt. Er habe erst vor wenigen Minuten mit ihm persönlich telefonisch gesprochen. Es sei die größte Gemeinheit der Geschichte, daß eine ganz kleine Clique ehrgeiziger Generale unter der Voraussetzung, daß der Führer tot sei, einen Militärputsch inszeniert hat. Ich versprach, daß ich als anständiger nationalsozialistischer Offizier unter allen Umständen gewillt bin, getreu dem Eide zum Führer meine Pflicht zu tun. Wir drückten uns lange die Hand und sahen uns in die Augen.

Es wurde mir sofort Gelegenheit gegeben, den Führer persönlich telefonisch zu sprechen. Der Führer sagte, daß er unverletzt sei und fragte mich, ob ich ihn an seiner Stimme erkenne. Ich bejahte das. Der Führer wies auf den gemeinen verbrecherischen Anschlag hin und sagte mir, daß ich ihm direkt solange unterstünde, bis der Reichsführer HIMMLER einträfe, den er als Chef des Heimatheeres eingesetzt habe. Ich hätte unter allen Umständen mit allen Mitteln jeglichen Widerstand niederzuhalten.

Nach diesem Gespräch mit dem Führer berichtete ich dem Herrn Reichsminister von meinem bisherigen Auftrag und den von mir getroffenen Maßnahmen. Ferner setzte ich den Herrn Minister von den Anordnungen und Maßnahmen der Kdtr. in Kenntnis, soweit sie mir bekannt waren. Im Verlaufe der nächsten Stunde wurde ich wohl ein dutzendmal zum Minister befohlen. Ich meldete ihm jeweils alle Dinge, die mir bekanntgeworden waren und unterrichtete ihn laufend über meine Maßnahmen. Oft war auch Herr Reichsminister SPEER zugegen.

Nach meiner ersten Unterredung mit dem Herrn Minister fuhr ich sofort zur Kdtr. zurück, die ich aber nicht mehr betrat. Ich unterrichtete alle dort anwesenden Offiziere meines Btl. davon, daß ich entgegen dem ausdrücklichen Befehl des Generals VON HASE beim Herrn Reichsminister Dr. GOEBBELS gewesen sei.

Mein Adjutant erhielt von mir den Befehl, das Telefon auf meinem bisherigen Gefechtsstand in der Wache der Kdtr. von nun ab persönlich besetzt zu halten, da ich mit Herrn Reichsminister vereinbart hatte, alle 20 Minuten telefonisch Verbindung aufzunehmen. Ich stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß inzwischen in der Kdtr. der Zug des Streifendienstes erschienen war, der allem Anschein nach die Verhaftung des Herrn Reichsministers durchführen sollte. Ebenfalls stellte ich fest, daß in der Gegend des Ehrenmals fremde Truppenteile biwakierten. Ferner erhielt ich Kenntnis vom Anrücken anderer Truppenteile auf der Achse. Nun entsann ich mich auch, daß ich beim Verlassen der Kdtr. kurz vor dem Besuch beim Herrn Reichsminister bemerkt hatte, daß auf der Kdtr. eine Anzahl Offiziere eingetroffen war, die ich noch nie gesehen hatte.

Da mein Btl. sehr zersplittert war, befahl ich meinem Adjutanten mit Rücksicht auf die Lage, das gesamte Btl. im Garten der Wohnung des Herrn Reichsministers, Hermann-Göring-Str. 20, zu sammeln. Ich selbst fuhr sofort wieder zum Herrn Reichsminister zurück. Dies mag etwa gegen 20.30 Uhr gewesen sein. Hier gab ich auch Lt. BUCK den Befehl, am Brandenburger Tor sämtliche Truppenteile anzuhalten und zu mir zu leiten.

Das Btl. war sehr schnell im Ministergarten zusammengezogen. Ich bat den Herrn Reichsminister, zu den Männern zu sprechen. Der Herr Reichsminister tat es auch. Er umriß kurz die Situation, geißelte mit offenen Worten den verbrecherischen Anschlag auf das Leben des Führers und wies auf die geschichtliche Aufgabe hin, die in diesem Augenblick dem Wachbtl. Großdeutschland gestellt sei. Anschließend teilte ich meinen Männern mit, daß ich vom Führer persönlich den Auftrag bekommen habe, jeden Widerstand rücksichtslos zu brechen.

Ich entschloß mich, den Gebäudekomplex Reichskanzlei — Wilhelmstraße — Hermann-Göring-Straße mit 2 Kompanien zur Nahverteidigung einzurichten. Eine weitere Kompanie erhielt den Auftrag, die Kdtr. zu umstellen und hermetisch abzuschließen. Der Kompanieführer sollte ferner die am Ehrenmal liegenden fremden Truppen zu mir in Marsch setzen. Alle noch in der Kaserne verbliebenen Teile des Btl., insbesondere die Stabskompanie, erhielt Befehl, sofort zu mir zu kommen. Ferner sorgte ich für Heranschaffung genügender Munitionsmengen. Als weitere Verstärkung erhielt ich die Truppenteile, die am Brandenburger Tor zu mir abgeleitet wurden. Alle Offiziere, die nunmehr am laufenden Bande bei mir eintrafen, unterrichtete ich von der tatsächlichen Lage und bat sie, ihren Vorgesetzten darüber sofort Meldung zu erstatten.

Mein Adjutant, welcher versuchte, den Kommandeur einer starken gepanzerten Einheit, die im Tiergarten zwischen Achse und Hermann-Göring-Straße unterzog, zur Verbindungsaufnahme mit mir zu bewegen, brachte mir die Meldung, daß eben ein Oberst beim Kommandeur dieser Einheit gewesen war und ihm sagte, daß die gepanzerten

Kräfte unter dem Befehl von Generaloberst GUDERIAN am Fehrbelliner Platz sammeln. Wer nicht gehorche, würde erschossen. Auf seinen Vorhalt, daß ich persönlich vom Führer den Befehl erhalten habe, für Ordnung zu sorgen, erwiderte jener Oberst, daß über die gepanzerten Kräfte ganz allein Generaloberst GUDERIAN die Befehlsgewalt habe.

In diesem Augenblick erschien Oberstlt. GEHRKE, der frühere Kommandant des Wachbtl. Großdeutschland, der eben in Berlin eingetroffen war, in der Ministerwohnung. Er übernahm es sofort, die Verbindung zum Fehrbelliner Platz aufzunehmen und festzustellen, auf welcher Seite die gepanzerten Kräfte eingesetzt würden, da ich mir über die Stellungnahme des Generaloberst GUDERIAN nicht im klaren gewesen war. Oberstlt. GEHRKE brachte die Meldung, daß die gepanzerten Kräfte vollkommen auf Seiten des Führers stehen.

Während Oberstlt. GEHRKE die Lage klärte, rief ich die Ersatz-Brigade Großdeutschland in Cottbus an und bat darum, sofort schwere Waffen insbesondere Schützen-Panzer und Panzer nach Berlin zu schicken. Es erschien auch später ein Btl., das von mir in Rangsdorf aufgehalten wurde, da sich inzwischen die Situation geklärt hatte.

Oblt. SCHLEE erhielt von mir den Befehl, die Verbindung mit unserer Wache OKW Bendlerstraße aufzunehmen. Dabei stellte er fest, daß sich in diesem Gebäude eine Anzahl der Verräter befand und dort eine Art Hauptquartier eingerichtet hatte. Auf diese Meldung hin befahl ich dem Oblt. SCHLEE, sofort mit einer Kompanie zum OKW zu rücken, dort alles abzuschließen und alle Verdächtigen festzunehmen. Unabhängig von dieser Maßnahme ging Oberstlt. GEHRKE ebenfalls zum OKW und erschien dort in dem Augenblick, als Generaloberst FROMM eben befreit worden war. Oberstlt. GEHRKE wurde auch Zeuge der Festnahme und Erschießung der Verräteroffiziere. Die Erschießungen wurden auf Befehl des Generalobersten FROMM von Angehörigen der Kampfgruppe SCHLEE durchgeführt. Unmittelbar anschließend fuhr ich selbst ins OKW und veranlaßte in Zusammenarbeit mit den dort eingesetzten SS-Männern die Durchsuchung des Gebäudekomplexes und die Festnahme weiterer verdächtiger Offiziere. Ich selber nahm noch den Adjutanten des Generals OLBRICHT fest — ein Oberstlt., dessen Name mir entfallen ist. Er befand sich ohne Waffen allein im Zimmer.

Nach meiner Rückkehr ins Propagandaministerium erhielt ich Befehl, mich bei dem inzwischen eingetroffenen Reichsführer HIMMLER zu melden. Ich meldete ihm die von mir durchgeführten Maßnahmen, wofür mir der Reichsminister seine Anerkennung aussprach.

Die bei der Kdtr. eingesetzte Kompanie hatte mir im Laufe der Nacht gemeldet, daß General VON HASE und Oberstlt. SCHÖNE mit dem Auto vor die Kdtr. gefahren seien und sich jetzt wieder in ihr befänden. Die Kompanie hatte Anweisung erhalten, beide Herren nicht mehr herauszulassen. Wie ich später hörte, soll General VON HASE zum Generalkommando gefahren sein. Nach seiner Rückkehr zur Kdtr. schickte Herr General einen Offizier der Absperrkompanie zu mir mit dem Befehl, mich sofort bei der Kdtr. zu melden. Ich lehnte das ab und ließ Herrn General sagen, daß ich hier in Berlin im Auftrage des Führers handele. Ich stellte Herrn General anheim, unter Begleitung zweier Feldwebel der Absperrkompanie zu mir zu kommen. Herr General erschien auch und wurde durch mich bei Herrn Reichsminister Dr. GOEBBELS angemeldet. Nach dieser Besprechung wurde Herrn General ein Zimmer angewiesen und mir befohlen, dafür zu sorgen, daß Herr General bis auf weiteres dort bleibt. Im Laufe der Nacht ließ mich Herr General einmal zu sich rufen und bat mich, beim Herrn Reichsminister diplomatisch anzufragen, ob er nicht wieder in seine Wohnung gehen könne. Ich habe diesen Wunsch nicht erfüllt. Herr General wurde später durch den Sicherheitsdienst abgeführt.

In den frühen Morgenstunden fuhr ich zur Kdtr., um mich persönlich von den durchgeführten Absperrmaßnahmen zu überzeugen. Ich habe auch mit den Herren der Kdtr. gesprochen und ihnen gesagt, daß ich für die Durchführung meiner Maßnahmen auf Grund eines Gesprächs mit dem Führer berechtigt sei. Sie müssen sich noch einige Zeit gedulden, bis die Lage geklärt sei. Mir fiel auf, daß Major HAYESSEN nicht anwesend war. Ich erfuhr, daß Major HAYESSEN im Laufe der Nacht auf telefonischen Befehl des Oberstlt. i. G. HEISE festgenommen wurde. Die Festnahme war durch Oberstlt. SCHÖNE durchgeführt worden. Major HAYESSEN saß allein in einem ihm zugewiesenen Zimmer der Kdtr. Ich ordnete noch an, daß er von 2 Soldaten bewacht werden sollte.

Wieder zur Wohnung des Herrn Reichsministers zurückgekehrt, hatte sich die Lage so weit geklärt, daß die durchgeführten Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden konnten. Ich erhielt von Herrn Reichsminister den Befehl, die noch erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen so durchzuführen, daß sie von der Bevölkerung nicht bemerkt werden können. Deshalb ordnete ich an, daß mit Ausnahme einer Kompanie, die im Garten des Herrn Reichsministers zu verbleiben hatte, der im OKW eingesetzten Kompanie und eines Zuges zur Bewachung der Kdtr., das Btl. wieder zur Kaserne abrückte.

Gegen 7.00 Uhr morgens wurde ich zur Kdtr. gerufen, wo der neue stellv. Stadtkommandant, Herr Oberst MANITIUS, eingetroffen war. Es wurden die dort befindlichen unbeteiligten Offiziere nach Hause geschickt, die im Verdacht der Beteiligung am Putsch stehenden Offiziere vernommen. Vom Offizier der Wache der Kdtr. wurde mir gemeldet, daß noch während der durchgeführten Absperrmaßnahmen der Hauptfeldwebel ANDER von seinem Zimmer einen Zettel heruntergeworfen habe, auf dem er mitteilte, daß er während der Nacht den Auftrag erhalten habe, den Inhalt eines Papierkorbes zu verbrennen, in dem sich bis auf kleinste Teile zerrissene Papierstückchen befanden. Die diesbezüglichen Vernehmungen ergaben, daß Befehle und Ausweise sowie eine Karte des Major HAYESSEN und von Major GRAF SCHACK vernichtet worden sind. Ebenso wurde festgestellt, daß Oberstlt. SCHÖNE von diesen Dingen Kenntnis hatte. Bemerkenswert scheint mir noch die Tatsache, daß Major HAYESSEN am Dienstag, dem 18. 7., erstmalig auf der Kdtr. erschienen war und Herrn General VON HASE allein in seiner Wohnung aufgesucht hat. Bei der Vernehmung am Morgen des 21. 7. 1944 fiel mir besonders die sehr große Nervosität des Oberstlt. SCHÖNE auf. Seine vielen offensichtlichen Widersprüche hinterließen einen denkbar schlechten Eindruck. gez. REMER

(Mikrofilm Washington T-84/Rolle 21)

(— Bundesarchiv — Vgl. Beilage XXXXVI des „Parlament" vom 17. 11. 1954)

7. DER SCHLEE-BERICHT VOM 23. 7. 1944

4./Wachbtl. Großdeutschland Berlin, den 23. 7. 44

Dem Wachbataillon Großdeutschland

Bericht

Am 20. 7. 1944 um 16.15 Uhr wurde der Kompanie vom Btl. das Stichwort „Walküre" durchgegeben. Gleichzeitig wurde vom Btl. Ausgangssperre angeordnet. Die Kompanie befand sich zu 80% auf Wache. Der Rest der Kompanie wurde sofort alarmiert und für die kommenden Befehle bereitgestellt.

Gegen 17.00 Uhr wurde ich zur Offz.-Besprechung zum Kommandeur befohlen. Im Dienstzimmer des Kommandeurs wurde uns eröffnet, daß dem Führer etwas zugestoßen sei und die vollziehende Befehlsgewalt auf das Heer übergegangen wäre. Das Btl. habe den Auftrag, das gesamte Regierungsviertel abzusperren. Besonders wurde vom Kommandeur betont, daß nur seine Befehle auszuführen sind. Ich selbst bekam den Auftrag, zunächst die Hauptwache im Moabiter Block zu verstärken und dann sämtliche von meiner Kompanie gestellten Wachen abzufahren, um die Männer ins Bild zu setzen.

Nach Durchführung der Wachverstärkung Moabiter Block fuhr ich sofort zur Hauptwache OKW Bendlerstraße 13. Dort wurde mir vom wachhabenden Offizier, Lt. ARNDS, gemeldet, daß die Wache um 16.15 Uhr auf Befehl des Generals OLBRICHT alarmiert wurde und den Auftrag erhielt, alle Ausgänge zu sperren und jeglichen Durchgangsverkehr zu unterbinden. Dieser Befehl ist ihm von einem Hauptmann KLAUSING im Auftrage des Generals überbracht worden. Lt. ARNDS hat den Alarmbefehl sofort an das Btl. weitergemeldet.

Weiterhin meldete mir Lt. ARNDS, daß er sich nach Durchführung der Alarmierung befehlsgemäß bei General OLBRICHT meldete. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß der Führer tot sei und das Heer die Befehlsgewalt übernommen habe. Es müsse damit gerechnet werden, daß SS auf Lkws anfahren würde. Die SS sei sofort zu bekämpfen. Herren der SS und der Partei habe die Wache nach vorheriger telefonischer Rücksprache zu ihm, dem General OLBRICHT, zu bringen.

Der Befehl des Generals OLBRICHT, die SS zu bekämpfen, ließ mich Furchtbares ahnen, und ich fuhr sofort zum Btl.-Gefechtsstand in der Kommandantur zurück. Kurze Zeit nach meinem Eintreffen traf ich dort Major REMER vor dem Kommandantur-Gebäude an. Major REMER nahm mich zur Seite und teilte mir mit, daß er eben bei Reichsminister Dr. GOEBBELS gewesen wäre. Es handele sich um einen Militärputsch. Daher sei größte Vorsicht geboten. Es dürften nur seine Befehle ausgeführt werden. Vorerst solle ich noch über die tatsächliche Lage schweigen.

Ich fuhr sofort wieder zur Wache OKW zurück und gab Lt. ARNDS meine Anordnungen für unser weiteres Verhalten. Dabei hörte ich die Sondermeldung aus dem Führer-Hauptquartier.

Während ich wieder zur Kommandantur zurückfuhr, sah ich, wie sich Männer unseres Btl. vor der Wohnung des Reichsministers Dr. GOEBBELS, Hermann-Göring-Straße 20, sammelten. Ich erfuhr, daß der Gefechsstand des Btl. nunmehr hier sei und begab mich in den Garten des Hauses, wo gerade Reichsminister Dr. GOEBBELS zum Btl. über den schurkischen Verrat sprach. Nun war alles klar.

Major REMER gab mir Befehl, zur Verstärkung des im Ministergarten zusammengezogenen Btl. die Wache OKW hierher in Marsch zu setzen. Lt. ARNDS bekam von mir sofort die dazu notwendigen Befehle. Ein Hauptmann, der am Haupteingang Bendlerstraße 13—14 zusätzlich zur Überwachung des Personenverkehrs eingesetzt worden war, bat mich, doch erst mal zu General OLBRICHT zu gehen. Trotz meiner Bedenken tat ich dies, denn ich wollte wissen, was im OKW eigentlich gespielt würde. Lt. ARNDS befahl ich, mich mit einem Stoßtrupp wieder herauszuschlagen, falls ich binnen 20 Minuten nicht zurück sei.

Ich wurde in das Vorzimmer des Generals OLBRICHT geführt. Dort befahl mir Oberst VON MERZ, meine der Wache gegebenen Befehle nicht auszuführen. Er verbot mir, das Zimmer zu verlassen. Während aber Oberst v. MERZ in das Zimmer zu General

Olbricht ging, nutzte ich diesen Augenblick aus, um das Vorzimmer zu verlassen. Ich rannte am Vorzimmer des Generalobersten Fromm vorbei nach unten zum Ausgang. Dabei sah ich etwa drei bis vier Generale, die sich auf dem Gang aufhielten.

Nachdem ich den Hauptausgang verlassen hatte, lief mir ein Hauptmann nach, der mich unbedingt sprechen wollte. Er sagte mir, daß er gemerkt habe, daß wir die Lage durchschaut hätten. Er sei der Nachrichten-Offz. des OKW und habe die Nachrichten-Zentrale mit eigenen Kräften besetzt. Im OKW-Gebäude befände sich eine Clique von Generalen und Offizieren, welche die Haupträdelsführer des Putsches seien. Alle ihre Befehle habe er noch nicht weitergegeben. Ich versprach ihm sofort verstärkte Hilfe durch uns und fuhr im schnellsten Tempo zum Btl.-Gefechtsstand zurück, um Major Remer die Lage im OKW zu melden und Hilfe heranzuholen.

Major Remer befand sich oben bei Reichsminister Dr. Goebbels. Lt. Hagen vermittelte mir dann, daß ich sofort zu Reichsminister Dr. Goebbels vorgelassen wurde. Dort meldete ich, daß die gesamte Verräterclique in den Gebäuden des OKW sitzt und schlug vor, alle dortigen Gebäude mit stärkeren Kräften zu besetzen. Reichsminister Dr. Goebbels führte daraufhin sogleich ein Gespräch mit dem Führer, welcher die Erlaubnis zum sofortigen Eingreifen gab. Ich bekam den Befehl, mit meiner 35 Mann starken Wache, 2 Zügen der 5. Kompanie und 1 Radfahrzug einer anderen Einheit das OKW zu besetzen und sämtliche Generale festzunehmen. Auf die Meldung hin, daß das OKW bereits durch eine Panzerschützen-Kompanie besetzt sei, welche auf unserer Seite stehe, wurde mein Abmarsch verzögert. Lt. Arnds und Lt. Schady wurden beauftragt, den Führer dieser Einheit festzustellen. Nach kurzer Zeit kam Lt. Arnds wieder zurück und meldete, daß die Panzerschützen-Kompanie nicht mehr im OKW sei. Nun war höchste Eile geboten. Lt. Arnds besetzte sofort sämtliche Ein- und Ausgänge. Lt. Schady baute auf meinen Befehl mit 70 Mann eine Postenkette um das OKW, so daß ein Ausbruchsversuch nicht möglich war.

Am Haupteingang Bendlerstraße 11—13 ging es toll zu. Offiziere, welche mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, rannten umher und versuchten, Befehle zu geben und Anordnungen zu treffen. Im rücksichtslosen Durchgreifen wurde jeder festgenommen, der sich mir widersetzte und in die Pförtnerloge gesperrt. Ein Oberst und ein Oberstleutnant wurden mit Gewalt entwaffnet. Es galt vorerst, möglichst jede Schießerei zu vermeiden, denn ich war mir bewußt, daß der erste Schuß der Auftakt zu einer wüsten Knallerei geworden wäre. Dies wollte ich vermeiden.

Nachdem wir den Haupteingang in Besitz genommen hatten, beauftragte ich ein Kommando von 20 Mann, den Männern der Nachrichtenzentrale zu Hilfe zu eilen. An allen Ausgängen wurden Maschinengewehre aufgebaut.

Nachdem die Sicherung von außen her vollzogen war, konnte ich darangehen, im Innern des Gebäudes aufzuräumen. Da hatten aber bereits treue deutsche Offiziere zur Selbsthilfe gegriffen und Generaloberst Fromm befreit, der von der Verräterclique in ein Zimmer eingesperrt war. Außerdem waren die 5 Haupträdelsführer bereits festgenommen.

Inzwischen war Oberstleutnant Gehrke eingetroffen, der sofort Verbindung mit Generaloberst Fromm aufnahm. Generaloberst Fromm befahl, ein Exekutionskommando zusammenzustellen, um die Verräter sofort zu erschießen. Ich bestimmte Lt. Schady und 10 Unteroffiziere dazu. Die Exekution fand am 21. 7. 44 etwa um 0.30 Uhr in einem Hofe des Bendlerblockes statt. Generaloberst Beck hatte sich bereits selbst erschossen. Von unserem Kommando wurden erschossen: General der Inf. Olbricht, Oberst Graf

von Stauffenberg, Oberst von Merz und Oberleutnant Haeften. Generaloberst Hoepner wurde festgenommen und befehlsgemäß ins W.U.G. Lehrter Straße eingeliefert. Anschließend erschien mein Kommandeur, Major Remer, und ordnete die weitere Festnahme verdächtiger Offiziere an. Außerdem überzeugte er sich von den von mir getroffenen Absperrmaßnahmen.

Inzwischen war General d. Inf. Reinicke gekommen und übernahm den Befehl über den gesamten Bereich des OKW. Kurz nach 1.00 Uhr traf die Staatspolizei unter Führung von Obersturmbannführer Skorzeny ein, welcher die weiteren Nachforschungs- und Aufklärungsarbeiten übernahm. Sämtliche verdächtigen Zimmer wurden von uns besetzt, Streifen und Durchsuchungen angeordnet. Einige verdächtige Offiziere konnten noch im Laufe der Nacht von unseren Männern bei dem Versuch zu fliehen festgenommen werden. Am 21. 7. 1944 blieb die Wache weiterhin verstärkt.

gez. Schlee
Oberleutnant und Kompanie-Chef.

(Mikrofilm Washington T-84/Rolle 21)

(— Bundesarchiv — Vgl. Beilage XXXXVI des „Parlament" vom 17. 11. 1954)

8. DER HAGEN-BERICHT VOM 16. OKTOBER 1944

Tatbericht

über meine Tätigkeit als Verbindungsoffizier des Wachbataillons „Großdeutschland" zum Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda am 20. Juli 1944.

Ich hatte die Arbeit an meiner im Auftrag des Reichsleiters Bormann zu schreibenden Literaturgeschichte in Bayreuth am 15. Juli unterbrochen, um am 19. Juli im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem die Gedenkrede für den im Osten gefallenen Dichter Haro Trüstedt zu halten. Wie immer, wenn ich die vierte Woche des Monats in Berlin bin, sagte ich mich im Wachbataillon für einen Vortrag über Führungsfragen und politischen Lagebericht vor dem Unterführerkorps an. Dieser Vortrag wurde von dem damaligen Major Remer auf Donnerstag, den 20. Juli, 15 Uhr festgesetzt.

Ich ging deshalb Donnerstag, den 20. Juli 1944, 14.45 Uhr von meiner Dienststelle Friedrichstr. 172 zum Bahnhof Friedrichstraße. Auf der Höhe des Wintergartens begegnete mir ein offener Pkw, in dem sowohl ich als auch mein Begleiter, Reichsamtsleiter Dr. Benatzky von der Dienststelle Rosenberg, den Generalfeldmarschall von Brauchitsch* in voller Uniform zu erkennen glaubten. Wir unterhielten uns noch einen Augenblick darüber, wieso dieser z. D. gestellte Feldmarschall zu einer Autofahrt durch Berlin käme, maßen aber der Begegnung keine weitere Bedeutung bei. (Zeuge: SA-Standartenführer Dr. Siegwalt Benatzky, Amt „Weltanschauliche Information" in der Dienststelle Rosenberg.)

Ich sprach, wie befohlen, von 15 bis 16 Uhr zur Lage und zu NS-Führungsfragen. Der Kommandeur des Wachbataillons, damals Major Remer, hörte sich den Vortrag mit an und bat mich nach Beendigung in seine Dienstwohnung, wo wir die angeschnittenen Probleme noch in gegenseitiger Aussprache vertiefen wollten.

* siehe Anmerkung S. 146.

Kurz nach 16.10 Uhr kam, vom Adjutanten, damals Leutnant SIEBERT, gemeldet, das Alarmstichwort „Walküre" durch. Major REMER bat mich zu bleiben und befahl dem Adjutanten, alle Vorbereitungen zum Alarm des Bataillons anlaufen zu lassen. Er selbst fuhr befehlsgemäß zum Kommandanten von Berlin, damals Generalleutnant VON HASE, um die direkten Befehle abzuholen. Gegen 16.45 Uhr kehrte Major REMER zurück, kreidebleich und eröffnete dem Adjutanten und mir: „Auf den Führer ist ein Attentat verübt worden. Wir sehen noch nicht klar. Die Regierungsgewalt hat die Wehrmacht übernommen. Wir haben den Befehl, das Regierungsviertel zu zernieren. Es gilt vor allen Dingen, jetzt Ruhe und Besonnenheit zu bewahren." Dann wandte er sich an den Adjutanten: „Ist alles klar zum Alarm?" SIEBERT: „Jawohl, Herr Major, alles klar, die Offiziere warten im Kommandeurzimmer."

Major REMER bat mich, an der Offiziersbesprechung teilzunehmen. Dort wartete schon ein Oberstleutnant WOLTERS, der von der Kommandantur Major REMER beigegeben worden war.

Während der Besprechung, die ungefähr eine Viertelstunde dauerte, überdachte ich die Mitteilung von Major REMER: „Die Regierungsgewalt hat die Wehrmacht übernommen". Mich störte die Anonymität, die dem Führergedanken widerspricht. In diesem Augenblick des Überdenkens sah ich den Wagen mit dem vermeintlichen Generalfeldmarschall VON BRAUCHITSCH wieder vor mir, ich nahm, noch in der Besprechung, die nebenstehenden Leutnante zur Seite und sagte zu Leutnant GEES: „Kinder, ich habe einen furchtbaren Verdacht. Hier stinkt's. Ich habe BRAUCHITSCH gesehen. Wenn hier nur nicht geputscht wird". (Zeuge: Leutnant GEES.)

Als nun Major REMER die Besprechung beenden und die Offiziere zu ihren eingewiesenen Plätzen entlassen wollte, nachdem an Hand der Karte die Aufteilung der Kompanien auf bestimmte Straßenzüge vor sich gegangen war, fiel ich ihm ins Wort: „Einen Augenblick, Herr Major, darf ich Sie unter vier Augen sprechen. Ich bitte, alle Herren hier zu lassen".

Major REMER, mit dem mich seit unserer ersten Begegnung Ende April 1944 ein grenzenloses menschliches Vertrauen und eine persönliche Freundschaft, gegründet auf gleicher weltanschaulicher Einstellung, verband, gab meiner Bitte nach, und wir gingen ins Adjutantenzimmer. Dort wiederholte ich meinen Verdacht: „Herr Major, ich habe einen furchtbaren Verdacht. Ich habe auf dem Weg hierher in einem offenen Pkw Generalfeldmarschall VON BRAUCHITSCH in voller Uniform gesehen. Die Formulierung des Befehls über die Übernahme der Regierungsgewalt macht mich auch stutzig." Major REMER sagte: „Mir ist auch nicht geheuer bei der ganzen Sache." Ich schlug ihm darauf vor: „Ich bitte Sie, Herr Major, entlassen Sie mich jetzt aus Ihrem Befehl. Ich brauche nur ein Krad. Ich fahre zu meinem Minister Dr. GOEBBELS oder zum SD, erkunde dort die Lage und schlage mich auf irgendeine Weise schon wieder zu Ihnen durch. Bis ich komme, führen Sie die Befehle so aus, wie Sie sie erhalten, damit nicht der geringste Verdacht aufkommt."

Wir gaben uns die Hand, daß für uns nur der Führer und, wäre er tot, sein hinterlassener Wille gelten dürfte. Dann verschwand ich unbemerkt von meinen Kameraden, die im Kommandeurzimmer die Rückkehr von Major REMER erwarteten.

Da alles bereits alarmiert war, hatte ich sofort ein Solokrad, das der Fahrer Gefreiter VÖGTLE fuhr. Ich befahl ihm, so rasch als möglich ins Propagandaministerium zu fahren, da ich Minister Dr. GOEBBELS in seinem Amtszimmer vermutete. Ich ging ins Ministeramt zu Regierungsrat Dr. HEINRICHSDORFF, der mir von früher her befreundet ist,

stürmte in sein Zimmer, warf die Dame, die zum Diktat bei ihm war, raus und sagte: „Haben Sie keine Angst, ich bin weder betrunken noch verrückt." (Beides konnte man nach meiner Erregung annehmen.) „Ich muß sofort den Minister sprechen. Mein Bataillon hat den Befehl, das Regierungsviertel zu zernieren, niemanden, auch keinen Minister rein- oder rauszulassen. Ich habe BRAUCHITSCH in voller Uniform gesehen. Dem Bataillon wurde mitgeteilt, auf den Führer sei ein Attentat verübt worden, die Regierungsgewalt sei in die Hände der Wehrmacht übergegangen. Ich glaube, hier ist Verrat im Spiel. Ich muß sofort den Minister sprechen."

Unter Hintansetzung aller bürokratischen Bedenken, meinen Worten glaubend, erwirkte Dr. HEINRICHSDORFF, daß ich auf schnellstem Wege zum Minister kam. Ich mußte in die Wohnung Hermann-Göring-Straße 20 fahren. Auf der Treppe begegnete mir Oberbürgermeister STEEG und stellvertretender Gauleiter SCHACH. Nach kurzen Ausweisformalitäten empfing mich der Minister 17.25 Uhr mit den Worten: „Na, Dr. HAGEN, was bringen Sie mir?" Ich wiederholte sinngemäß, was ich schon zu Dr. HEINRICHSDORFF gesagt hatte. Den genauen Wortlaut hat Dr. GOEBBELS mitgeschrieben. Als ich bei der Wiedergabe des Befehls an das Wachbataillon angelangt war, sprang Dr. GOEBBELS auf: „Das ist doch unmöglich!" Ich erwiderte: „Bitte, Herr Minister, hier unten rollt gerade eine auf Lkw verlastete Kompanie des Bataillons vorbei." Ich konnte daraus entnehmen, daß Dr. GOEBBELS wohl von dem Attentat unterrichtet war, von dem in Berlin anrollenden Putsch aber noch keine Ahnung hatte.

Dr. GOEBBELS besprach sich mit SCHACH, STEEG und Dr. HAMEL: „Was machen wir?" Ich schlug vor: „Major REMER holen." Dr. GOEBBELS: „Jawohl, holen Sie Major REMER." Als ich gehen wollte, faßte er mich am Arm: „Ist Major REMER auch sicher?" Ich erwiderte: „Herr Minister, meinen Kopf!" Dr. GOEBBELS: „Gut, holen Sie ihn." Bevor ich nun gehen konnte, wurde noch die Leibstandarte ADOLF HITLER alarmiert, aber in Sitzbereitschaft in der Lichterfelder Unterkunft belassen.

Mit dieser Rückendeckung fuhr ich zurück zu Major REMER. Zuerst zum Wachbataillon. Am Brandenburger Tor unterrichtete ich den Chef der ersten Kompanie, Ritterkreuzträger Oberleutnant BLUMENTHAL, davon, daß alles Verrat sei. Oberleutnant BLUMENTHAL, wie auch alle anderen Offiziere und Unteroffiziere, gingen sofort auf meine Weisungen ein. (Zeuge: der jetzige Hauptmann BLUMENTHAL.)

Beim Wachbataillon erfuhr ich, daß Major REMER seinen Gefechtsstand bereits in der Kommandantur Unter den Linden 1 bezogen hatte. Ich unterrichtete den Leitenden des Meldekopfes im Kommandanturzimmer, Leutnant GEES, von der Lage und trug ihm auf, alle Befehle von sich aus daraufhin zu prüfen, zu ändern, zu unterschlagen oder weiterzugeben, wie sie der neuen Lage entsprächen. Auch Leutnant GEES, ohnehin NS-Führungsoffizier im Bataillon, zeigte wachstes Verständnis und Eingehen in die Lage, so daß ich beruhigt zur Kommandantur fahren konnte, Major REMER aufzusuchen (Zeuge: Leutnant GEES). Gegen 18 Uhr (es kann auch etwas später gewesen sein) betrat ich die Kommandantur. Auf meine Fragen nach dem Gefechtsstand von Major REMER erhielt ich die Meldung: „Im Vorzimmer von General VON HASE." Ich rauf, rein ins Vorzimmer. Da hörte ich im Zimmer des Generals diesen mit Major REMER sprechen. Obwohl General VON HASE stets meine politischen Vorträge im Wachbataillon sich mit angehört und auch anschließend sich eingehend darüber mit mir unterhalten hatte, zuckte ich instinktiv davor zurück, in das Zimmer des Generals zu gehen. Ich verließ das Vorzimmer wieder und traf auf der Treppe die Leutnante SIEBERT und BUCK des Wachbataillons. Ich zog beide in eine ruhige Ecke und klärte sie über die Lage auf.

Leutnant Buck ersuchte ich, dem Major folgende Meldung zu überbringen: „Alles Verrat. Der Führer lebt. Die Regierung ist selbstverständlich in den althergebrachten Händen. Melden Sie Major Remer, er solle sofort zu Dr. Goebbels kommen. Ist er in 20 Minuten nicht in der Wohnung des Ministers Hermann-Göring-Straße 20, nehme ich an, daß er mit Gewalt hier festgehalten wird. Dann lasse ich die Kommandantur durch die SS stürmen." (Zeuge: Leutnant Siebert und Leutnant Buck.)

Ich fuhr zurück, hatte vorher Schwierigkeiten, aus der Kommandantur herauszukommen, da mich die Wache nicht kannte. Auf der Rückfahrt zur Ministerwohnung verständigte ich die Kompaniechefs von der neuen Lage und ordnete an, daß auf evtl. einrückende SS nicht geschossen werden dürfe. Ich fuhr zurück zu Dr. Goebbels und meldete ihm die Durchführung meines Auftrages. Dann ging ich vor die Türe, und zwei Minuten vor Ablauf der gestellten Frist bog der Wagen von Major Remer und mit ihm Leutnant Buck, aus dem Brandenburger Tor kommend, in die Hermann-Göring-Straße ein. Leutnant Buck kam auf mich zu und bat mich, Major Remer zu Minister Dr. Goebbels zu bringen. Zeit 18.35 Uhr.

Damit war der mir selbst auferlegte Auftrag erfüllt. Major Remer erhielt vom Führer den Befehl zur Niederschlagung des Putsches. Wie er es tat, hat die Welt aus dem Mund des Ministers Dr. Goebbels und durch die Anerkennung des Führers erfahren. Ich stellte mich nach Beendigung des Telefongesprächs von Major Remer mit dem Führer wieder unter dessen Befehl gegen 19.00 Uhr.

Ich schloß meinen kurzen Tatbericht, den ich 24 Stunden nach dem Putsch niedergeschrieben hatte, mit den Worten, die auch hier den Anschluß an die von Major Remer durchgeführte Niederwerfung des Verrates geben sollen:

Ich mache diese Meldung aus zwei Gründen: einmal gegen mich selbst, da ich als Soldat gegen den Befehl gehandelt habe, indem ich mich nach Aufkommen meines Verdachtes, der sich als richtig erwies, außerhalb des Befehls stellte und auf eigene Faust die Verbindung zwischen dem Reichsverteidigungskommissar und dem zu verräterischen Zwekken aufgebotenen Wachbataillon „Großdeutschland" wiederherstellte. Ich tue es aber zweitens darum, um meinen Kommandeur in dem Gewissenskonflikt zu entlasten, in dem er stand, als er mich auf meine Bitte hin aus seiner Befehlsgewalt entließ und so die Möglichkeit gewann, die Freiheit für sein Handeln wieder zu gewinnen. Daß der Putsch innerhalb von Stunden niedergeschlagen oder, besser gesagt, aufgefangen werden konnte, ist einzig und allein dieser Tat Major Remers zuzuschreiben, der sein Bataillon auf diese Weise als erste Einheit überhaupt freibekam. Über die Art der Durchführung der späteren militärischen Aktionen steht mir kein Urteil zu, dieses Urteil aber wurde in der Schlußansprache des Reichsführers SS Himmler an Major Remer und die Männer des Bataillons gewürdigt.

Der Bericht muß abschließend noch einmal betonen, daß ohne das menschliche Vertrauen, das Major Remer in mich setzte, meine Aktion der Verbindungsaufnahme mit Dr. Goebbels nicht möglich gewesen wäre. Es ist mein Dank an diesen großen Soldaten, daß er mir in einer den herkömmlichen Gepflogenheiten widersprechenden Weise, aber in höchster militärischer Freiheit und nationalsozialistischer Verantwortung die Gelegenheit zum Einsatz meiner Person gegeben hat (Zeuge für den Gesamtvorgang ist selbstverständlich der jetzige Oberst Otto Ernst Remer).

Bayreuth, den 16. 10. 1944

gez. Dr. Hagen

Hauptmann im Wachregiment „Großdeutschland"

(Mikrofilm Washington T-84/Rolle 21)

9. DER BERICHT DER SEKRETÄRIN DES GENERALS OLBRICHT, DELIA ZIEGLER

Als langjährige Sekretärin des Generals der Infanterie OLBRICHT (über 4 Jahre) und des GRAFEN STAUFFENBERG (über 8 Monate) sind mir die tragischen Vorgänge des Befreiungsversuches vom 20. Juli genau bekannt. Ich war am 20. Juli in der Bendlerstraße, und meine Kollegin ANNI LERCHE und ich versahen unsern Dienst im Vorzimmer von General OLBRICHT. Am 20. Juli selbst habe ich das klare Bewußtsein einer begonnenen Aktion gegen HITLER erst im Laufe des Nachmittags gewonnen. Es lag eine tiefe Erregung in allen Räumen des Befehlshabers des Ersatzheeres und des Allgemeinen Heeresamts. Als die erste Nachricht von dem Attentat auf den „Führer" eintraf, herrschte eine allgemeine Totenstille (einige Gleichgesinnte waren überglücklich), da ja niemand wagte, eine Äußerung zu machen. Herr v. d. HEYDE saß völlig gebrochen und mindestens über eine halbe Stunde in unserem Vorzimmer und konnte den Tod des „Führers" nicht fassen. Ein großer Teil des Offizierskorps des Stabes war im unklaren über die abgelaufenen Dinge. Die Spannung wuchs, je länger der Stab hingehalten wurde. Schließlich verlangte Oberstleutnant d. G. HERBER als ältester Generalstabsoffizier Klarheit von General OLBRICHT. Ihm schlossen sich Oberstleutnant d. G. v. d. HEYDE und Major FLIESSBACH an, während alle anderen Offiziere Zurückhaltung bewahrten. Als sie keine Klarheit erlangten, veranlaßten HERBER und FLIESSBACH — die Ib-Offiziere des Stabes (Waffen und Gerät) — die Heranführung eines Lastkraftwagens mit Waffen und Munition aus dem Lager Töpchin bei Wünsdorf.

Um 20 Uhr fand eine Besprechung der Offiziere bei General OLBRICHT mit dessen Chef, Oberst i. G. VON MERZ, statt. Beim Verlassen des Zimmers des Amtschefs waren die Oberstleutnante HERBER und v. d. HEYDE und Major FLIESSBACH in einer derartigen Erregung, daß ich FLIESSBACH nur noch zurufen konnte: Bitte beruhigen Sie sich, was General OLBRICHT tut, ist bestimmt in Ordnung, das wissen Sie!

Nach der 22-Uhr-Besprechung erschienen dann mehrere Offiziere unter Führung von HERBER, v. d. HEYDE und FLIESSBACH mit Handgranaten und Pistolen und drangen durch unser Vorzimmer zu General OLBRICHT vor. In diesem Augenblick ging ich aus dem Vorzimmer, um in das Vorzimmer zu Generaloberst FROMM zu gehen, wo eine Kollegin ihren Dienst versah. Meine Kollegin ANNI LERCHE blieb im Vorzimmer OLBRICHTS zurück.

Auf dem langen Flur zu den Räumen des Befehlshabers hin begegneten mir Oberst GRAF v. STAUFFENBERG und Oberleutnant v. HAEFTEN in tiefem Gespräch. Jetzt mußte etwas Entsetzliches geschehen, das war mir klar. Es handelte sich um Sekunden, wo STAUFFENBERG und HAEFTEN in unser Vorzimmer eintraten, aber sofort wieder herauskamen und mich überholten. Hinter uns knallten ungefähr 10 Schuß. STAUFFENBERG muß am linken Oberarm verwundet worden sein, er zuckte merklich zusammen. Diese Schüsse kamen hinter uns aus dem Vorzimmer und nicht, wie HEYDE meint, von einem auf dem Treppenabsatz stehenden Offizier, der auf die Verfolger STAUFFENBERGS geschossen hätte.

(„Die Welt", 21. 8. 1947, Nr. 98)

10. DIE LETZTE RUNDE — IN PARIS

von WALTER BARGATZKY

(Einer von ihnen, die damals dabei waren und ihr Leben retten konnten, gibt hier einen dramatischen Bericht, wie sich die für ganz Europa so folgenschweren Ereignisse in Paris, im Hotel Raphael, abspielten.)

„Wenn ich einst das Hotel Raphael wieder betrete, in der Avenue Kléber zu Paris und nach langen Jahren in die dunkle, schmale Halle blicke, dann wird mich noch einmal das Grauen dieser Nacht befallen, der Nacht zum 21. Juli 1944. Alle Erinnerungen an dieses Haus, in dem ich mehr als die Hälfte des Krieges verbracht habe, werden in der Finsternis dieser wenigen Stunden untergehen. Vor dem Eingang, im fahlen Licht nervös auf- und abschreitend, haben wir auf die Rückkehr des Generals gewartet, der uns die Hinrichtungsorder des Feldmarschalls bringen sollte. In dem rechten Vorraum zwischen Speisesaal und blauem Salon, haben wir ihn zuletzt gesehen, aufrecht und bleich, knapp zwölf Stunden, bevor er sich zu töten versuchte. Und oben, im vierten Stock, im Zimmer 405, haben wir die letzten telefonischen Berichte der Berliner Verschwörer vernommen und den Zusammenbruch des armen Obersten erlebt, der sie uns überbrachte.

Ich wohnte in 409. Vielleicht steht dort noch der grüne runde Marmortisch, an dem wir am 19. abends beisammen saßen: TEUCHERT, der hagere Bayer, seit einem Jahre mein unmittelbarer Chef im Komplott, HOFACKER, verschlossen und abgründig, das Haupt der Pariser Verschwörung, und THIERFELDER, der stille Zuhörer, der mir an einem der nächsten Tage, bei dem Prozeß gegen die SD-Führer im Kasino des „Majestic", als Mitankläger zur Seite stehen sollte. Die üblichen Vorsichtsmaßnahmen waren fallen gelassen. Hatten wir bisher nur zu zweien über das Vorhaben gesprochen, so duldete nun jeder stillschweigend die Anwesenheit und das Mitwissen des Dritten und des Vierten — ein Mitwissen des Plans nicht nur, sondern, was das Erregende war, des genauen Zeitpunktes, an dem er zur Durchführung kam. Morgen am frühen Nachmittag würde STAUFFENBERG, HOFACKERS Vetter, die tödliche Bombe werfen. Gestern erst war HOFACKER mit ihm in Berlin zusammengetroffen.

Ein Stock tiefer, gegenüber dem Liftschacht, liegt eine kleine Behelfsküche ohne Fenster, nur von künstlichem Licht erhellt. So gut ich konnte, richtete ich dort einige Spiegeleier her, damit uns der Kellner nicht etwa störe. Nachdenklich schaute ich in die Gasflamme. Und ich erinnere mich, daß ich vor Freude über die nahende Entscheidung überwältigt und der profanen Umgebung ganz vergessend die Hände faltete. Als hätte ein Stoßgebet noch das Unheil abwenden können, das beschlossen war.

10 Prozent Chancen

Als ich wieder nach oben kam, philosophierte HOFACKER über die Zukunft. Ob es ein amerikanisches oder ein russisches Zeitalter gäbe, wenn der Krieg nun zu Ende ginge? Er sprach hastig, und wenn ich zurückdenke, scheint mir, als habe er schon vom Jenseits aus gesprochen, klar und ohne Erbarmen. Aber ich konnte ihm kaum zuhören. Wie von einem Magneten abgelenkt, hafteten meine Gedanken an dem Verlauf des morgigen Tages. Am Schluß frugen wir ihn, wie hoch unsere Chancen wohl seien. Zehn Prozent, meinte der nüchterne Mann — eine beklemmende Zahl, die er, an das Balkonfenster gelehnt, kühl hinwarf, und die noch gespenstisch in meinem Zimmer herumgeisterte, als er längst schon gegangen war.

Nie habe ich eine so unheimliche Mahlzeit eingenommen wie am nächsten Tag. Ich aß mit einem kleinen Kreis von Beamten und Offizieren im „Raphael", im Saal rechts neben dem Eingang. Dort, um die Mittagszeit, mit unseren Geheimnissen bis zum Bersten voll, saßen wir unter den Nichteingeweihten und unter denen, die wir in ein paar Stunden verhaften wollten. Verstohlen blickten wir uns an. STAUFFENBERG mochte sich gerade auf dem Flug zu seinem Opfer befinden. Und während die meisten unserer Tischnachbarn, ehe sie sich setzten, noch die Hand zum Hitlergruß erhoben, schritt der große Götze schon dem Abgrund zu. Immer wieder malte ich mir die Einzelheiten aus. Der Reichsgruppenleiter mir gegenüber würde bis zum Abendessen eingesperrt sein, auch der Leiter des Arbeitseinsatzes, und die beiden Ministerialdirigenten am Nebentisch hätten Hausarrest. Schon hörte ich das helle Lachen des Hauptmanns H., und den ängstlichen Beifall des Ministerialrates M., schon sah ich die trotzige Miene des jungen Generalstäblers, der noch immer an den Endsieg glaubte, und die verdutzten Gesichter der französischen Bedienung.

Nachmittags — wer könnte es schildern? Ich saß in meinem Büro im „Majestic", vom Deutschlandsender erklang das Vier-Uhr-Konzert. Jede Minute konnte das Funkhaus in die Hand der Aufständischen fallen, mit jedem Ton mochte die Gefängnisstille von elf langen Jahren zerreißen. Mein Freund G. betrat das Zimmer. Vom Warten gepeinigt und fast entmutigt schon, faßte ich ihn am Arm: „Denk' immer an diesen Augenblick zurück — es war der wichtigste im ganzen Krieg." G. wußte nicht, was vorging. Doch ich merkte, er ahnte es jetzt, und ich war ihm dankbar, daß er schwieg. Über das Telefon — ein Wahnwitz, wie sich später zeigte — kam von HORST das erlösende Wort. STAUFFENBERG, vom ostpreußischen Hauptquartier nach Berlin zurückgeflogen, hat eben mit HOFACKER über den Wehrmachtsdraht gesprochen: HITLER ist tot. Schon gibt STÜLPNAGEL, drei Etagen unter mir, die monatelang vorbereiteten Befehle aus. Der Telefonverkehr mit dem Reich soll unterbrochen, der SD, herab bis zum untersten Beamten, verhaftet werden. STÜLPNAGEL selbst ist zu KLUGE beordert, dessen Hauptquartier — ach, viel zu weit — bei Bonnières im Seinebogen liegt.

Und nun sehe ich sie unten vor der Pforte des „Raphael" stehen, auf den General wartend, an seinem offenen Delage: HORST, ein wenig lächelnd, dahinter, wie aus Bronze gegossen, den schlanken HOFACKER, der uns schweigend die Hand drückt. TEUCHERT ist bei mir, ich glaube auch THIERFELDER. Wir stoßen ein paar verlegene Sätze hervor. Vor einer Viertelstunde hat der Berliner Rundfunk endlich seine Sendung unterbrochen. Und zu unserer Bestürzung hat er nicht HITLERS Tod, sondern das Scheitern des Attentats gemeldet. Doch HOFACKER scheint ruhig. Die Bendlerstraße, meint er knapp, habe die Radionachricht dementiert.

Dementi wurde zum Verhängnis

Ich muß hier einschalten, daß dieses Dementi später zum Verhängnis wurde. In der Tat war die Aktion gescheitert und nur unsere Gegner wußten es jetzt. Während STÜLPNAGEL mit der Bendlerstraße sprach, hatte GOEBBELS sie bereits umzingeln lassen; während STAUFFENBERG uns noch durchs Telefon anspornte, waren neben ihm schon die ersten Schüsse gefallen. Wir wissen dies heute durch eine SS-Aufzeichnung nach dem Kriege. Damals aber klammerten wir uns noch an STAUFFENBERGS eigenen Bericht.

Zunächst war dies kein Schaden. Wir fühlten uns sicher und aus dem jahrelangen Dunkel hervorschnellend vollzogen wir STÜLPNAGELS Befehle, als sei das Attentat geglückt. Mit Feuereifer stürzte sich die Pariser Truppe auf den Gegner. OBERG, der

Oberste des SD, telefonierte gerade mit ABETZ, dem deutschen Botschafter, als ein General hereinstürmte und ihn festnahm. Auch seine Untergebenen, völlig überrumpelt, wurden entwaffnet, auf Lastwagen verfrachtet und ins Gefängnis geworfen. Dies alles unter den Augen der Franzosen und auf einer der elegantesten Straßen von Paris, der Avenue Foch. Wir selbst sahen davon nichts. TEUCHERT mußte im „Raphael" bleiben, bei LINSTOW, dem Generalstabschef, und die Aktion überwachen, solange STÜLPNAGEL bei KLUGE war. So stiegen wir hinauf auf sein Zimmer, das Zimmer 405, das mit der Geschichte des Aufstandes so untrennbar verknüpft ist. Dort, in dem grünlich tapezierten Raum mit dem Bettalkoven, hatten wir erst vorige Woche das geplante Kapitulationsschreiben ROMMELS an MONTGOMERY entworfen. Wir rückten die Sessel an das offene Balkonfenster und ließen uns von der Abendsonne bescheinen. Unaufhörlich leierte das Radio Wagnersche Opern herunter, ich kann Wagner nicht ausstehen, doch TEUCHERT liebt ihn. Aber diesmal ging er auch ihm auf die Nerven. Bei jeder Pause hofften wir die ersten Sätze von GOERDELERS Aufruf zu hören. Statt dessen wurde die quälende Meldung vom Scheitern des Attentats wiederholt. Gegen halb zehn Uhr öffnete sich leise die Tür. LINSTOW brachte die neueste Nachricht aus Berlin: „Alles verläuft programmmäßig, was das Radio sagt, ist falsch."

Alles verloren

O wankelmütiger Mensch! Wie schämten wir uns plötzlich unserer Zweifel. THIERFELDER pfiff wieder sein Lieblingslied, TEUCHERT goß aus seiner Jagdflasche die letzten Reste des mühsam gehamsterten Cognacs aus. Doch dann — dann haben wir leibhaftig in das Gesicht des Entsetzens geblickt. LINSTOW erschien ein zweites Mal. Seine Haut war aschfahl. Wortlos an den Türrahmen gestützt, winkte er TEUCHERT heran: der Kampf in Berlin war verloren. STAUFFENBERG, wenige Augenblicke bevor ihn sein eigener Chef im Hof der Bendlerstraße niederstreckte, hatte es LINSTOW ins „Raphael" telefoniert.

Ich glaube, in diesem Augenblick erst haben wir die schrecklichen Gefühle eines Verschwörers durchkostet, die Gewißheit, ausgestoßen zu sein, die Furcht, auch von der Geschichte verurteilt zu werden. Und ich kann nicht sagen, warum wir nach minutenlangem Schweigen, jeder für sich, zu jener diabolischen Gelassenheit kamen, die unserem Überblick so nützlich war.

Wettlauf mit dem Schicksal

Betrachteten wir die Situation, so war sie verwickelt genug. Während über alle Sender HITLERS bluttriefende Stimme ertönte und fürchterliche Rache verhieß, schlossen sich hinter Hunderten von SD-Leuten die Pariser Gefängnistore. STÜLPNAGEL, zwei Autostunden entfernt, rang mit KLUGE um die Exekution, TEUCHERT beschwor LINSTOW, die Verhaftungen so lange aufrechtzuerhalten, bis STÜLPNAGEL zurückkehrte.

Nur wir drei waren uns nach kurzer Beratung einig: Paris mußte das Erbe Berlins übernehmen, vom Westen her, wo der Aufstand wie ein Uhrwerk abgelaufen war, mußten die Braunen im Reich den letzten tödlichen Stoß erhalten. STÜLPNAGEL mußte den Befehl geben, die vier obersten SD-Leute, notfalls ohne Prozeß, zu erschießen, und den Invasionstruppen EISENHOWERS und MONTGOMERYS die Schleusen öffnen, damit sie samt den deutschen Verbänden zum Rhein strömten. Schon früher, als wir verzweifeln wollten, weil das Attentat nie zum Klappen kam, hatten wir darüber gesprochen. General SPEIDEL, KLUGES Generalstabschef und Schwager HORSTS, war gewonnen. Unauffällig hatte er die SS-Divisionen an dem entferntesten Flügel der Invasionsfront eingesetzt.

Doch wie, wenn KLUGE sich von STÜLPNAGEL lossagte? Sein Vorgänger, Feldmarschall ROMMEL, hätte noch im Kerker sein Wort gehalten. Aber dieser wichtigste aller Verschwörer lag jetzt mit dem Tode ringend in Le Vésinet, zehn Kilometer von uns entfernt. Vor einigen Wochen hatte ihn HOFACKER für das Komplott gewonnen und uns mit der glücklichsten Miene erzählt, der Marschall sei „kaum zu halten" gewesen.

Aber STÜLPNAGEL würde jetzt festbleiben. Seinem Drängen konnte sich KLUGE kaum entziehen. Zur Not war noch der wortgewandte HOFACKER da, um den Feldmarschall vollends zu überzeugen. In Paris würde unterdessen für das Programm alles vorbereitet sein.

Können wir uns die Folgen ausmalen? Paris wäre einen Monat früher übergeben, die Rheinfront ein halbes Jahr früher errichtet worden. Von den Sendern Frankreichs hätten deutsche Stimmen auf HITLERS Anhänger eingehämmert, die Aufrufe des wiedergenesenden ROMMEL hätten den Widerstand der Armee neu entflammt und die Wehrmacht gespalten. Dresden, Würzburg, Pforzheim stünden noch, Millionen Angehörige aller Nationen lebten noch. Die westlichen Alliierten, ob sie wollten oder nicht, wären alleinige Herren über Deutschland geworden. Der Konferenz von Yalta hätte es nie bedurft.

Statt dessen spielte sich eine Tragödie ab, die kein Bühnenautor packender erfinden kann. Wie elektrisiert erzählte sie uns HORST nach seiner Rückkehr. KLUGE war in der Tat wortbrüchig geworden. „Ja, wenn das Schwein tot wäre —", so schleuderte er STÜLPNAGEL entgegen, und um ein Haar — auch HOFACKER hat es später bezeugt — wollte er den unbequemen Mahner verhaften. Frostig nahm man die Mahlzeit ein. Danach ein zweiter Versuch, den Marschall umzustimmen, auch er vergebens. Nur eines gelang: standhaft weigerte sich der General, seine Pariser Befehle aufzuheben. Gegen Mitternacht dann, nach einem Abschied ohne Händedruck, raste er nach Paris zurück. KLUGE, Senior der Feldmarschälle, versicherte inzwischen HITLER telegrafisch seine Ergebenheit.

Auch das Folgende läßt mich heute noch erschaudern. Während STÜLPNAGEL durch die Sommernacht zurückfährt, löscht der Verrat des Kameraden seine Entschlußkraft langsam aus. Im „Raphael" angekommen, befiehlt er die Freilassung des SD. Ungläubig, zum Teil gezwungen, verlassen die Häftlinge ihre Zellen. OBERG erscheint im Hotel, vorsichtig auch er. In den ersten, von kasinohaftem Lachen erfüllten Sätzen tastet er sich vor. Es ist zwei Uhr morgens. Man setzt sich zu Tisch, wiederum in dem kleinen Speisesaal im Parterre. Und indes der Ankömmling in seinem Gastgeber den Attentäter wittert, begrüßt jener in ihm den sicheren Henker. So stoßen sie an, so leeren sie die Gläser auf ihr Wohl. Die Umgebung sieht schweigend zu. Nur der Admiral K. hebt laut zu schimpfen an und wirft gegen STÜLPNAGEL den ersten Stein.

Noch wäre alles zu retten. Der General müßte nur aufstehen, er müßte OBERG und den neben ihm sitzenden ABETZ niederschießen. Aber eine verhängnisvolle Eigenschaft hindert ihn: seine Intelligenz. Deutlich, allzu deutlich sieht er die Tausende, die gleich KLUGE vor dem Wagnis zurückschrecken. Selbst HOFACKER eilt schon durch die nächtlichen Straßen, um einigen Freunden das Ende zu melden. Und die gleiche Resignation hindert auch uns, vom vierten Stock, wo wir in TEUCHERTS Zimmer die ersten Schergen des SD erwarten, zum General hinunterzugehen — selbst dann noch, als OBERG in der Morgendämmerung, freundlich sich verabschiedend, das Hotel wieder verläßt.

Das Letzte ist rasch erzählt. Von KEITEL nach Berlin beordert, von KLUGE, der ihn zurückrufen will, nicht mehr erreicht, jagt sich STÜLPNAGEL am nächsten Tag bei Verdun eine Kugel durch den Kopf. Blind, aber lebend, wird er von seinem Fahrer aus dem

Kanal gezogen, vier Wochen später vom Volksgerichtshof gehenkt. Auch LINSTOW muß sterben. Gleich einer Ahnfrau durchgeistert er noch einige Tage das Hotel, nach seiner Verhaftung kommt kein Name über seine Lippen. HOFACKER wird nach monatelanger Haft kunstvoll zu Tode gemartert. „Von bezwingender Beredsamkeit" gesteht mir der Oberreichsanwalt, bei dem ich mich einschleiche, um Näheres über die Freunde zu erfahren. ROMMEL, wie man weiß, vergiftet sich auf Befehl, und selbst KLUGE kann sein Leben nicht mehr retten. Nur HORST und SPEIDEL kommen nach halbjähriger Haft glücklich davon. Dem Schweigen aller verdanken wir das Leben.

11. DAS AMTLICHE KOMMUNIQUE DES GROSSDEUTSCHEN RUNDFUNKS VOM 20. JULI 1944

(gegen 18.45 Uhr)

Auf den Führer wurde heute ein Sprengstoffanschlag verübt. Aus seiner Umgebung wurden hierbei schwer verletzt: Generalleutnant SCHMUNDT, Oberst BRANDT, Mitarbeiter BERGER. Leichtere Verletzungen trugen davon: Generaloberst JODL, die Generale KORTEN, BUHLE, BODENSCHATZ, HEUSINGER, SCHERFF, die Admirale VOSS, VON PUTTKAMER, Kapitän zur See ASSMANN und Oberstleutnant BORGMANN. Der Führer selbst hat außer leichten Verbrennungen und Prellungen keine Verletzungen erlitten. Er hat unverzüglich darauf seine Arbeit wieder aufgenommen und — wie vorgesehen — den Duce zu einer längeren Aussprache empfangen. Kurze Zeit nach dem Anschlag traf der Reichsmarschall beim Führer ein.

12. VORBEREITENDER ERLASS DER BENDLERGRUPPE ÜBER DIE VORLÄUFIGE KRIEGSSPITZENGLIEDERUNG

Der Reichsverweser
u. Oberste Befehlshaber der Wehrmacht

Berlin, den

Erlaß [des Reichsverwesers BECK]
über die vorläufige Kriegsspitzengliederung

A

Zur Zusammenfassung der Kräfte und Vereinfachung der Führung ordne ich vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung die Bildung
des Großen Generalstabes,
des Reichskriegsministeriums und
des Offiziersamtes
sowie die Aufstellung des Oberkommandos Ost an.

B

I.) Zum Chef des Großen Generalstabes ernenne ich den Generalfeldmarschall . . .
Er untersteht dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

Dem Chef des Großen Generalstabes sind unterstellt
der Wehrmachtführungsstab,
der Generalstab des Heeres, soweit er nicht zum Oberkommando Ost tritt,
der Generalstab der Luftwaffe,
das Amt Ausland/Abwehr.
Sie bilden in ihrer Gesamtheit den „Großen Generalstab" (Gr. Genst.).

II.) Zum Stellv. Reichskriegsminister ernenne ich den Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet . . .

Er untersteht dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht.
Dem Stellv. Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet sind unterstellt
der Heimatführungsstab,
der 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium,
der Staatssekretär für die Rüstung,
der Staatssekretär für die Luftfahrt.

III.) Zum 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium ernenne ich den . . .

Unter dem 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium sind alle die allgemeinen Wehrmachtfragen, die Organisation und die Ausbildung bearbeitenden Ämter und Abteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht und des Oberkommandos des Heeres zusammenzufassen, soweit sie nicht zum Großen Generalstab gehören.
Der 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium ist der ständige Vertreter des Stellv. Reichskriegsministers.

IV.) Zum Staatssekretär für die Rüstung ernenne ich den . . .

Unter dem Staatssekretär für die Rüstung sind der Wirtschaftsstab des Oberkom. der Wehrmacht und die die Rüstung planenden und bearbeitenden Ämter und Abteilungen des Oberkommandos des Heeres (ohne Generalstab des Heeres), des Reichsluftfahrtministeriums (ohne Generalstab der Luftwaffe) sowie des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion (soweit sie nicht die Gesamtplanung der Wirtschaft einschließen und zum Reichswirtschaftsministerium treten) zusammenzufassen.

V.) Zum Staatssekretär für die Luftfahrt ernenne ich den . . .

Unter dem Staatssekretär für die Luftfahrt sind alle Ämter und Abteilungen des Reichsluftfahrtministeriums zusammenzufassen, soweit sie nicht zum Generalstab der Luftwaffe gehören oder dem Staatssekretär für die Rüstung gemäß Ziffer IV. unterstellt sind.

VI.) Die unter Ziffer II.—V. aufgeführten Ämter und Dienststellen bilden in ihrer Gesamtheit das „Reichskriegsministerium" (RKM).

VII.) Zum Chef des Offiziersamtes ernenne ich den . . .

Er untersteht dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Unter dem Chef des Offiziersamtes sind die Personalämter des Heeres und der Luftwaffe zum „Offiziersamt" zusammenzufassen.

VIII. Der Große Generalstab, das Reichskriegsministerium und das Offiziersamt bilden in ihrer Gesamtheit das „Oberkommando der Wehrmacht" (OKW).

Das Oberkommando der Wehrmacht ist so umzugliedern, daß
die Einheit des Kommandos wiederhergestellt,
die Führung vereinfacht und
Doppelbearbeitungen ausgeschaltet werden.

Durch Übergangsmaßnahmen sind Reibungen in der Führung tunlichst auszuschalten.

C

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ist dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht unterstellt. Er erhält seine Weisungen

auf dem Führungsgebiet über den Chef des Gr. Genst.,
in ministeriellen Angelegenheiten über den Stellv. Reichskriegsminister,
in Offiziersangelegenheiten, die die Gesamtwehrmacht betreffen, über den Chef des Offiziersamtes.

D

Zum Oberbefehlshaber Ost ernenne ich den . . .

Das Oberkommando Ost ist aus dem Generalstab des Heeres heraus aufzustellen.

Dem Oberbefehlshaber Ost werden nach näherer Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht alle Teile des Feldheeres und der Luftwaffe sowie die Streitkräfte der Verbündeten in den Bereichen der Heeresgruppe A, Süd, Mitte und Nord sowie die Wehrmachtbefehlshaber Ukraine und Ostland unterstellt.

E

Der vorliegende Erlaß tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Durchführungsbestimmungen erlassen der Oberbefehlshaber der Wehrmacht bzw. in seinem Auftrag der Chef des Großen Generalstabes und der Stellv. Reichskriegsminister, soweit der Bereich des bisherigen Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion berührt wird, im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister.

Der Reichsverweser und
Oberste Befehlshaber der Wehrmacht
Der Reichskanzler — Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht

(Anlage 7 zum K.-Bericht vom 24. 7. 44)

13. AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK

Deutsche!

Ungeheuerliches hat sich in den letzten Jahren vor unseren Augen abgespielt. HITLER hat ganze Armeen gewissenlos wider den Rat der Sachverständigen seiner Ruhmsucht, seinem Machtdünkel, seiner gotteslästerlichen Wahnidee geopfert, berufenes und begnadetes Werkzeug der „Vorsehung" zu sein!

Nicht vom deutschen Volk gerufen, sondern durch Intrigen schlimmster Art an die Spitze der Regierung gekommen, hat er durch dämonische Künste und Lügen, durch ungeheuerliche Verschwendung, die allen Vorteile zu bringen schien, in Wahrheit aber das deutsche Volk in gewaltige Schulden gestürzt haben, Verwirrung angerichtet. Um sich an der Macht zu halten, hat er damit eine zügellose Schreckensherrschaft verbunden, das Recht zerstört, den Anstand in Acht erklärt, die göttlichen Gebote reinen Menschentums verhöhnt und das Glück von Millionen von Menschen vernichtet.

Mit tödlicher Sicherheit mußte seine wahnwitzige Verachtung aller Menschen unser Volk ins Unglück stürzen, mußte sein angemaßtes Feldherrntum unsere tapferen Söhne, Väter, Männer und Brüder ins Verderben führen, sein blutiger Terror gegen Wehrlose den deutschen Namen der Schande überantworten. Rechtlosigkeit, Vergewaltigung der Gewissen, Verbrechen und Korruption hat er in unserem Vaterlande, das von jeher stolz auf seine Rechtlichkeit und Redlichkeit war, auf den Thron gesetzt. Wahrheit und Wahrhaftigkeit, zu denen selbst das kleinste Volk seine Kinder zu erziehen für seine größte Aufgabe hält, werden bestraft und verfolgt. So droht dem öffentlichen Wirken und dem Leben des einzelnen tödliche Vergiftung.

Das aber darf nicht sein, so geht es nicht weiter! Dafür dürfen Leben und Sterben unserer Männer, Frauen und Kinder nicht fernerhin mißbraucht werden. Unserer Väter wären wir nicht würdig, von unseren Kindern müßten wir verachtet werden, wenn wir nicht den Mut hätten, alles, aber auch alles zu tun, um diese furchtbare Gefahr von uns abzuwenden und wieder Achtung vor uns selbst zu erringen.

Zu diesem Zweck haben wir, nachdem wir unser Gewissen vor Gott geprüft haben, die Staatsgewalt übernommen. Unsere tapfere Wehrmacht ist Bürge für Sicherheit und Ordnung. Die Polizei wird ihre Pflicht erfüllen.

Jeder Beamte soll nur dem Gesetz und seinem Gewissen gehorchen und seiner Sachkunde folgend sein Amt ausüben. Helfe jeder durch Disziplin und Vertrauen mit. Erfüllt euer Tagewerk mit neuer Hoffnung. Helft einander! Eure gepeinigten Seelen sollen wieder ruhig und getrost werden.

Fern jeden Hasses werden wir der inneren, in Würde der äußeren Versöhnung zustreben. Unsere erste Aufgabe wird sein, den Krieg von seinen Entartungen zu reinigen und die verheerenden Vernichtungen von Menschenleben, Kultur- und Wirtschaftswerten hinter den Fronten zu beenden. Wir wissen alle, daß wir nicht Herren über Krieg und Frieden sind. Im festen Vertrauen auf unsere unvergleichliche Wehrmacht und im zuversichtlichen Glauben an die von Gott der Menschheit gestellten Aufgaben wollen wir alles zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Wiederherstellung einer gerechten feierlichen Ordnung opfern, wieder in Achtung vor den göttlichen Geboten, in Sauberkeit und Wahrheit, für Ehre und Freiheit leben!

Deutsche!

HITLERS Gewaltherrschaft ist gebrochen.

Ungeheuerliches hat sich in den letzten Jahren vor unseren Augen abgespielt. Nicht vom deutschen Volke gerufen, sondern durch Intrigen schlimmster Art an die Spitze der Regierung gekommen, hat HITLER durch dämonische Künste und Lügen, durch ungeheuerliche Verschwendung, die allen Vorteile zu bringen schien, in Wahrheit uns aber in Schulden und Mangel stürzte, in unserem Volke Geister und Seelen verwirrt, ja selbst außerhalb Deutschlands verhängnisvolle Täuschungen erzeugt. Um sich an der Macht zu halten, hat er eine Schreckensherrschaft errichtet. Unser Volk durfte einst stolz auf seine Redlichkeit und Rechtlichkeit sein. HITLER aber hat die göttlichen Gebote verhöhnt, das Recht zerstört, den Anstand verfemt, das Glück von Millionen vernichtet. Er hat Ehre und Würde, Freiheit und Leben anderer für nichts erachtet. Zahllose Deutsche, aber auch Angehörige anderer Völker, schmachten seit Jahren in Konzentrationslagern, den größten Qualen ausgesetzt und häufig schrecklichen Foltern unterworfen. Viele von ihnen sind

zugrunde gegangen. Durch grausame Massenmorde ist unser guter Name besudelt. Mit blutbesudelten Händen ist HITLER seinen Irrweg gewandelt, Tränen, Leid und Elend hinter sich lassend.

Mit tödlicher Sicherheit hat seine wahnwitzige Verachtung aller menschlichen Regungen unser Volk ins Unglück gestürzt, hat sein angemaßtes Feldherrngenie unsere tapferen Soldaten ins Verderben geführt.

In diesem Kriege haben Machtrausch, Selbstüberheblichkeit und Eroberungswahn ihren letzten Ausdruck gefunden. Tapferkeit und Hingabe unserer Soldaten sind schmählich mißbraucht, ungeheure Opfer des ganzen Volkes sinnlos vergeudet. Wider den Rat der Sachverständigen hat HITLER ganze Armeen seiner Ruhmsucht, seinem Machtdünkel, seiner gotteslästerlichen Wahnidee geopfert, berufenes und begnadetes Werkzeug der Vorsehung zu sein.

Wir werden die Beweise für den ungeheuerlichen Verrat am deutschen Volke und an seiner Seele, für die totale Beugung des Rechts, für die Verhöhnung der edlen Forderung, daß Gemeinnutz vor Eigennutz zu gehen habe, für schamlose Korruption offen darlegen. Wer an diesen furchtbaren Wahrheiten noch zweifeln sollte, weil er als anständiger Mensch es für unmöglich hält, daß hinter hochtönenden Worten sich eine solche Ruchlosigkeit verbergen könnte, wird durch Tatsachen belehrt werden.

So durfte es nicht weitergehen!

Unserer Väter wären wir nicht würdig, von unseren Kindern müßten wir verachtet werden, wenn wir nicht den Mut hätten, alles, aber auch alles zu tun, um die furchtbare Gefahr von uns abzuwenden und wieder Achtung vor uns selbst zu erringen. HITLER hat seinen vor zehn Jahren dem Volke geleisteten Eid durch Verletzung göttlichen und menschlichen Rechts unzählige Male gebrochen. Daher ist kein Soldat, kein Beamter, überhaupt kein Bürger ihm mehr durch Eid verpflichtet.

In höchster Not habe ich zusammen mit Männern aus allen Ständen des Volkes, aus allen Teilen des Vaterlandes gehandelt. Ich habe die einstweilige Führung des deutschen Reiches übernommen und die Bildung einer Regierung unter Führung des Reichskanzlers . . . . angeordnet. Sie hat die Arbeit aufgenommen. Den Oberbefehl über die Wehrmacht führt . . ., dem sich die Oberbefehlshaber an allen Fronten unterstellt haben. Diese Männer haben sich mit mir zusammengefunden, um den Zusammenbruch zu verhüten.

In ernster Stunde treten wir vor Euch. Die Verantwortung vor Gott, vor unserem Volke und vor seiner Geschichte, die kostbaren Blutopfer zweier Weltkriege, die ständig wachsende Not der Heimat, das Elend auch der anderen Völker, die Sorge um die Zukunft der Jugend verpflichten uns.

Die Grundsätze und Ziele der Regierung werden bekanntgegeben werden. Sie sind bindend, bis die Möglichkeit gegeben ist, das deutsche Volk darüber entscheiden zu lassen. Unser Ziel ist die wahre, auf Achtung, Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit gegründete Gemeinschaft des Volkes. Wir wollen Gottesfurcht an Stelle von Selbstvergottung, Recht und Freiheit an Stelle von Gewalt und Terror, Wahrheit und Sauberkeit an Stelle von Lüge und Eigennutz. Wir wollen unsere Ehre und damit unser Ansehen in der Gemeinschaft der Völker wieder herstellen. Wir wollen mit besten Kräften dazu beitragen, die Wunden zu heilen, die dieser Krieg allen Völkern geschlagen hat, und das Vertrauen zwischen ihnen wieder neu zu beleben.

Die Schuldigen, die den guten Ruf unseres Volkes geschändet und so viel Unglück über uns und andere Völker gebracht haben, werden bestraft werden.

Wir wollen der Hoffnungslosigkeit, daß dieser Krieg noch unendlich weitergehen müsse, ein Ende machen. Wir erstreben einen gerechten Frieden, der an die Stelle der Selbstzerfleischung und Vernichtung der Völker friedliche Zusammenarbeit setzt. Ein solcher Friede kann sich nur auf Achtung vor der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Völker gründen.

Ich rufe alle anständigen Deutschen, Männer und Frauen aller Stämme und Stände, ich rufe auch die deutsche Jugend. Ich baue auf die freudige Mitarbeit der christlichen Kirchen. Habt Mut und Vertrauen! Die Aufgabe ist ungeheuer schwer. Ich kann und will Euch keine leeren Versprechungen machen. Wir werden in harter Arbeit ringen müssen, um langsam wieder vorwärts und aufwärts zu kommen. Aber wir werden diesen Weg als freie Menschen in Anstand gehen und wieder die Ruhe des Gewissens finden.

Erfülle jeder seine Pflicht! Helfe jeder mit, das Vaterland zu retten!

(Anlage 3 zum K.-Bericht vom 4. 8. 44)

(Vorbereitete) Rundfunkansprache (Entwurf von GOERDELER)

Deutsche!

Ihr wißt seit heute, worum es geht, was unsere Beweggründe und unsere Absichten sind. Das Recht äußerster Notwehr und die Pflicht der Selbsterhaltung zeichnen uns und euch den Weg vor. Nicht der versprochene Staat fester und weiser Führung, sondern eine schreckensvolle Zwangsherrschaft ist uns zuteil geworden. Tapferkeit, Todesmut und Können unserer Soldaten sind schändlich mißbraucht, unsere Heimat ist skrupellos der Not und Zerstörung ausgesetzt worden.

Als Endglied einer vermeidlichen Kette von Rechtsbeugungen und Rechtsbrüchen hat HITLER in seiner Reichstagsrede vom 25. 4. 1942 alle Deutschen für vogelfrei erklärt, indem er sich das Recht anmaßte, jedes Urteil nach seinem eigenen Ermessen umzustoßen. Er hat damit einen Tiefstand der Rechtlosigkeit heraufbeschworen, der im Leben gesitteter Völker bisher unbekannt war und nicht mehr zu überbieten ist. Aus dem stolzen Deutschland des gleichen Rechts für alle hat er eine ohnmächtige Zwangsgemeinschaft von Sklaven gemacht, in der der Bürger nicht mehr die Möglichkeit hat, sich gegen Unrecht zur Wehr zu setzen. Höchste Würdenträger, auch ADOLF HITLER selbst, haben zahllose Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen Eigentum und Ehre begangen, angeordnet und geduldet. Männer in hohen Stellungen haben schamlos aus öffentlichen Mitteln oder aus solchen, die sie anderen abgepreßt haben, sich bereichert, an ihrer Spitze des Reiches HERMANN GÖRING! Wir wollen nicht die deutsche Ehre von solchem Schmarotzertum besudelt sehen. Wir wollen nicht geführt werden von Lumpen, die Mein und Dein nicht unterscheiden, die ihre Stellung mißbrauchen, um selbst im Kriege ein üppiges Leben in prunkvollen Räumen zu führen, während das Volk Not leidet, während draußen Söhne, Männer und Verlobte kämpfen und fallen und drinnen der Vernichtungswahnsinn des totalen Krieges sich austobt.

Eine abenteuerliche, machthungrige Außenpolitik hat unser Volk in eine Lage gebracht, deren Ernst nicht mehr übersehen werden kann. Die Rücksicht auf den Krieg verbietet uns, alles beim Namen zu nennen. Aber ihr wißt oder fühlt, wohin Gewissenlosigkeit und Wahnwitz uns alle gebracht haben. Lautere Männer aller Stände und aus allen

Gauen werden von uns berufen und ihre Namen euch bekanntgegeben werden, die alles, was geschehen ist, gewissenhaft prüfen und euch auch über den Stand der Dinge, den wir vorfanden, eingehend unterrichten sollen, sobald die Lage es gestattet.

Eins aber können wir euch jetzt schon sagen: das Gebäude des Staates, das auf Unrecht, Willkür, Verbrechen aller Art, Eigennutz, Lüge aufgebaut wurde, wird niedergerissen werden. Das Fundament des neuen Staatsbaues werden die sicheren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens bilden, werden Recht und Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Anstand, Sauberkeit, Vernunft, Rücksicht aufeinander und Rücksicht auch auf die von Gott geschaffenen Völker und ihre Lebensinteressen sein. Wenn wir keinen zweiten November 1918 erleben wollen, so ist der letzte Augenblick gekommen, diesen Vorsatz in die Tat umzusetzen. Wir werden schon in den nächsten Tagen vor aller Öffentlichkeit diejenigen ohne Rücksicht auf ihre Stellung zur Rechenschaft ziehen, die für die Verbrechen von Staat und Volk verantwortlich sind.

Harte Arbeit auf allen Gebieten des Lebens steht uns bevor. Ein Zaubermittel, die so frevelhaft herbeigeführte Vernichtung aller Lebensgrundlagen aufzufangen und allmählich wieder gutzumachen, gibt es nicht. Wir wollen gemeinsam das Vaterland retten und reinem Pflicht- und Gemeinschaftsgefüge wieder zu seinem Recht verhelfen. Keine Erleichterungen des bürgerlichen Lebens können wir euch im Kriege und für die Zeit des Wiederaufbaus in Aussicht stellen. Besinnt euch, warum das geht! Wofür wollt ihr leben und sterben? Wofür sollen unsere Soldaten kämpfen und fallen? Für Recht, Freiheit, Ehre und Anstand oder für Verbrechen, Terror, Schmach und Untergang? Nur wenn ihr diese Fragen recht beantwortet, besteht Hoffnung, diesen Krieg, der zu einem unseligen zweiten Weltkrieg geworden ist, in Ehren und so zu beenden, daß die deutschen Lebensinteressen gewahrt bleiben.

Aber dieses Ziel ist nicht das allein ausschlaggebende. Entscheidend ist für uns, daß wir die Entehrung unseres Volkes und die Beschmutzung unseres guten Namens durch freche Verbrecher und Lügner nicht weiter dulden. Denn wenn sie ihr schmutziges Handwerk weiter betreiben dürften, dann würden nicht einmal Kinder und Kindeskinder in die Lage kommen, auf einer sauberen Grundlage das Vaterland wieder aufzubauen. Ihr sollt so schnell wie möglich Verbrecher und Verbrechen erfahren. Ihr werdet selbst in die Lage versetzt werden, festzustellen, daß Ungeheuerliches geschehen ist. Aber wir werden auch dafür sorgen, daß nur gerechte Bestrafung nach den Gesetzen stattfindet. Niemand von euch lasse sich zu einer voreiligen Handlung hinreißen; denn über allen Rachegefühlen steht die Notwendigkeit, den Staat gleichen Rechts für alle unter einer gerechten Führung wiederherzustellen.

Wer eine Anklage wegen erlittenen Unrechts auf dem Herzen hat, erhebe sie selbst oder durch einen Mann seines Vertrauens an der Stelle, zu der es ihn treibt. Alle diese Stellen werden hiermit verpflichtet, die bei ihnen erhobenen Anklagen an den neuen Reichsminister der Justiz weiterzuleiten, der für ihre ordnungsmäßige unverzügliche Bearbeitung Sorge zu tragen hat. Jeder wird seinen Bescheid erhalten. Nur solche Anklagen werden bearbeitet, die der Anzeigende mit seinem Namen deckt. Alle anderen wandern ohne Prüfung dahin, wohin sie gehören: in den Papierkorb. Ist die Klage berechtigt, so wird das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren eingeleitet; aber ebenso wird auch jeder zur Verantwortung gezogen, der wider besseres Wissen anklagt; denn wir wollen es mit der Ehre unserer Mitmenschen und unseren eigenen Anstandspflichten wieder ernst nehmen.

Niemand, der ein gutes Gewissen hat, braucht sich zu fürchten und zu sorgen. Es geht nicht um die Frage: Parteigenosse oder Volksgenosse. Fort mit diesen Unterschieden, die

artfremd dem deutschen Wesen aufgepfropft sind! Es geht nicht um die Frage: SS, SA oder welche Organisationen auch immer. Es geht um die Frage: anständig oder unanständig!

Jeder hat seine Pflicht da weiter zu erfüllen, wo er steht, nur den Gesetzen und den Verordnungen der neuen Amtsgewalt gehorchend. Das Schicksal unserer schwer kämpfenden Soldaten hängt davon ab, daß jeder in der Heimat sein äußerstes hergibt. Ihnen und unseren geliebten Toten sind wir alles schuldig. Sie und unsere Verwundeten müssen allen anderen Sorgen vorangehen.

Es ist verständlich, daß euch tiefe Erregung ob dieses endlichen Geschehens packen wird. Ihr habt, soweit nicht Rücksicht auf den Krieg es verbietet, von Stund an wieder die Freiheit, euren Gedanken und euren Gefühlen unbehindert Ausdruck zu geben und eurem Gewissen folgen zu können. Sorgt selbst dafür, daß darunter unser geliebtes Vaterland nicht leidet, denn noch legt der Kriegszustand uns allen Beschränkungen auf. Es wird dafür gesorgt werden, daß alles in Recht und Ordnung vor sich geht, wie das Wohl des Vaterlandes es verlangt.

Die innere Reinigung Deutschlands von Korruption und Verbrechen, die Wiederherstellung von Recht und Anstand ohne Rücksicht auf die Person, aber auch ohne jede Voreingenommenheit gegen Andersdenkende können nach den stolzen Überlieferungen unseres Volkes sehr schnell und sehr einfach vollzogen werden, wenn jeder das seine dazu beiträgt. Das darf von allen Gutgesinnten erwartet werden, denn ihr persönliches Glück hängt von der Wiederherstellung jener Güter ab. Das wissen auch sie, welche bisher leugnen zu können oder zu sollen glaubten. Die Fesseln der Zwangswirtschaft kann im Kriege niemand mehr lösen. Wir können und werden einstweilen nur Vereinfachungen durchsetzen und Schiebungen zu Leibe gehen, denen die Zwangswirtschaft den Boden bereitet hat. Aber wir werden so bald wie möglich Freiheit und Selbstverwaltung in Wirtschaft und Familie, in Gemeinde und Staat wiederherstellen. Am ernstesten sieht es auf dem Gebiete der Außenpolitik aus. Hier haben wir mit den Interessen und dem Willen anderer Völker zu rechnen. Wir wissen noch nicht, wie sich das Ausland zu uns stellt. Wir haben handeln müssen aus der Verpflichtung des Gewissens heraus. Aber wir wollen euch sagen, was wir an außenpolitischen Zielen sehen. Wir Deutschen leben ebensowenig wie ein anderes Volk allein auf dieser Welt. Wir haben uns daher zu unserem eigenen Besten mit dem Vorhandensein, den Eigenschaften und Interessen anderer Völker auseinanderzusetzen. Es ist unsere Überzeugung, daß diese Auseinandersetzung nicht mit Waffengewalt erfolgen soll. Je weiter Gott uns gestattet hat, durch die Gaben des Geistes, die wir ihm verdanken, die Technik zu entwickeln, desto zerstörender ist der Krieg geworden. Er zerstört das, auf dessen Errichtung die Gaben des Geistes angesetzt sind. Er frißt sich schließlich selbst auf. Wir wollen daher einen friedlichen, gerechten Ausgleich der nun einmal in dieser Welt vorhandenen Interessengegensätze, die viel weniger durch die Menschen als durch ihre Umwelt bedingt sind. Wir sind der Überzeugung, daß ein solcher Ausgleich möglich ist, weil er bei ruhiger Betrachtung im Interesse aller Völker liegt. Er hat zur Voraussetzung, daß die Völker sich gegenseitig achten und jedem Volke das Recht zubilligen, selbständig einen Staat zu bilden und zu verwalten. Die Völker fördern ihre Wohlfahrt und ihr Seelenheil am besten, wenn sie zusammenarbeiten und so ihre verschiedenartigen Kräfte zu einem großen harmonischen, alle erfreuenden Zusammenklang bringen. Eine solche Zusammenarbeit wird zu einem möglichst ungehinderten Güteraustausch führen. Unter ihm sind die großen und kleinen Staaten seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zu Wohlstand und Blüte gelangt. Ihn gilt

es sobald wie möglich wieder herzustellen. Dabei wird jeder Verständige berücksichtigen, daß diese Wiederherstellung ohne schwere Erschütterung nicht von heute auf morgen möglich ist. Man wird im Kreise verständiger Männer aller Völker ergründen müssen, wie man den sichersten und kürzesten Weg findet, der jeden zur bestmöglichen Erreichung seiner Lebensinteressen führt, sofern er den guten Willen zu fleißiger Leistung und zu verständnisvoller Rücksicht auf die Interessen anderer hat.

Daher halten wir es für unerläßlich, so schnell wie möglich weiteren Zerstörungen und weiterer Vergeudung nationaler Kräfte jedes Volkes für Werke der Zerstörung ein Ende zu bereiten. Jeder am Kriege beteiligte und nicht beteiligte Staat wird ein Unmaß von Schwierigkeiten zu überwinden haben, um die materiellen Verluste dieses Krieges auszugleichen.

Eine solche Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn sie auf ein festes System anerkannter Rechtsgrundsätze gestellt ist. Nicht einmal ein einfaches Spiel kann ohne Zank zu Ende geführt werden, wenn nicht jeder Teilnehmer bestimmte Spielregeln beachtet. Wieviel weniger ist das möglich, wenn Völker, die unter den verschiedensten Bedingungen leben, sich an der größten Aufgabe, nämlich dem harmonischen Ausgleich aller Kräfte, beteiligen wollen. Wir sind des Glaubens, daß Gott ihn will, daher erachten wir als bestes Bollwerk für die Sicherung solcher Spielregeln im Leben der Völker den Anstand der Gesinnung, jene Gewissensverpflichtung, die aus dem religiösen Bewußtsein allein entspringt. Aber wir verkennen nicht, daß diese Regeln einer Formulierung bedürfen und daß die Unvollkommenheit der Menschen es notwendig macht, sie überdies noch einem Machtschutz anzuvertrauen. Zu einer solchen Zusammenordnung im kleinen wie im großen sind wir, die Selbständigkeit aller Staaten, so wie sie sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, anerkennend, bereit. Die möglichst schleunige Wiederherstellung geordneter öffentlicher Haushalte in allen Ländern ist notwendig; denn ohne diesen Ausgleich können stabile Währungen nicht bestehen, ohne sie ist ein geordneter reger Austausch von Gütern und Leistungen nicht möglich. Wir werden nicht zögern, diese Notwendigkeiten in die Tat umzusetzen. Dabei müssen wir den Gegebenheiten dieses unseligen Krieges Rechnung tragen. Aber wir werden dafür sorgen, daß, soweit zur Zeit noch fremde Gebiete besetzt gehalten werden müssen, den Betroffenen volle Selbstregierung wieder ermöglicht und die Anwesenheit deutscher Truppen so wenig lastend wie möglich gemacht wird. Wissen wir doch aus eigener schmerzvoller Erfahrung, wie tief die Seele jedes Volkes von der Tatsache berührt wird, die Soldaten eines anderen Volkes auf der geheiligten Heimaterde zu sehen.

Wir müssen also, nicht wissend, wie sich die Welt uns gegenüber stellen wird, den Kampf weiter führen. Wir alle haben viele bittere Erfahrungen hinter uns. Wir sind Männer, die es gewohnt waren, unsere Pflicht auch unter den widerwärtigsten Umständen zu tun. Wir sind Männer, die ein böses Erbe übernehmen, ohne über die bisherigen ungetreuen Verwalter unserer Schicksale zu schimpfen. Wir wünschen nicht, unsere eigene Verantwortung dadurch zu mindern oder uns selbst in ein besseres Licht zu setzen, daß wir die Schuld auf andere abladen und andere verunglimpfen. Wir wollen wieder zur Sprache des gesitteten Anstandes zurückkehren, wie er in jeder deutschen Familie, die etwas auf sich hält, als selbstverständlich gepflegt wird.

So rufen wir euch auf zu tätiger Selbstbesinnung und zu opferbereiter Zuversicht. Hasset nicht, helft vielmehr! Vollbringt das Größte: findet die Seele unseres Volkes wieder. Gewinnt so die Kraft, noch mehr zu leisten und unseren tapferen Soldaten zu Lande,

auf dem Meer und in der Luft noch wirksamer zu helfen. Vereinen wir uns mit ihnen in der Ruhe des Gewissens, daß kein deutsches Mannesblut mehr der Ruhmsucht unfähiger Führung, sondern nur noch der Verteidigung unserer Lebensinteressen geopfert werden wird.

Mit Gott für Recht, Freiheit und Sicherung friedlicher Arbeit.

(Anlage 1 zum K.-Bericht vom 14. 8. 44)

14. ENTWURF EINER REGIERUNGSERKLÄRUNG (NR. 2, 3. FASSUNG)

Die Männer vom 20. Juli hatten neben dem Aufruf an das deutsche Volk eine Regierungserklärung verfaßt, die nach dem Umsturz über den Rundfunk verbreitet werden sollte:

Die Grundsätze, nach denen die Regierung geführt werden wird, und die Ziele, die wir erstreben, sind bekanntgegeben. Wir erklären hierzu folgendes:

1. Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muß darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muß sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. Während des Krieges kann diese Kontrolle nur vorläufig geordnet werden. Einstweilen werden lautere und sachkundige Männer aus allen Ständen und Gauen in einen Reichsrat berufen werden; diesem Reichsrat werden wir Rede und Antwort stehen, seinen Rat wollen wir einholen.

Wir waren einst stolz auf die Rechtlichkeit und Redlichkeit unseres Volkes, auf die Sicherheit und Güte der deutschen Rechtspflege. Um so größer muß unser aller Schmerz sein, sie fast vernichtet zu sehen.

Wiederherstellung des Rechts

Keine menschliche Gesellschaft kann ohne Recht bestehen; keiner, auch derjenige, der glaubt, es verachten zu können, kann es entbehren. Für jeden kommt die Stunde, da er nach dem Recht ruft. Gott hat uns in seiner Ordnung des Weltalls, in seiner Schöpfung und in seinen Geboten die Notwendigkeit des Rechts gegeben. Er hat uns Einsicht und Kraft verliehen, die irdischen Einrichtungen zu ihrer Sicherung im Recht zu führen. Dazu ist es notwendig, Unabhängigkeit, Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit der Richter wiederherzustellen. Wir wissen wohl, daß viele von ihnen nur unter dem Druck des äußersten Terrors gehandelt haben; aber es wird mit unbeugsamer Strenge nachgeprüft werden, ob darüber hinaus Richter das Verbrechen begangen haben, das Recht zu beugen. Die Schuldigen werden entfernt werden. Um das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege wiederherzustellen, werden grundsätzlich Laien bei der Urteilsfindung in Strafsachen mitwirken. Das gilt auch für die vorläufig eingesetzten Standgerichte.

Das Recht wird wiederhergestellt werden. Es ist nicht Sache des Richters, neues Recht zu schaffen; er hat das Gesetz anzuwenden und dies auf das peinlichste zu tun. Das Gesetz soll kein starres Buchstabenrecht, aber es muß fest und klar sein. Es war ein Verbrechen gegen das Volk und gegen die Richter, diesen verschwommene Begriffe und eine angebliche Weltanschauung als Richtschnur zu geben. Es ist unerträglich, daß Menschen verurteilt werden, die nicht wissen konnten, daß ihr Tun strafbar war. Soweit etwa der Staat durch Gesetz Handlungen seiner eigenen Organe nachträglich für straffrei erklärt

hat, die in Wahrheit strafwürdig sind, werden diese Befreiungsbestimmungen als mit der Natur des Rechts unvereinbar aufgehoben und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Das Recht wird jedem gegenüber, der es verletzt hat, durchgesetzt. Rechtsbrecher werden der verdienten Strafe zugeführt.

Die Sicherheit der Person und des Eigentums werden wieder gegen Willkür geschützt sein. Nur der Richter darf nach dem Gesetz in diese persönlichen Rechte des einzelnen, die für den Bestand des Staates und für das Glück der Menschen unerläßlich sind, eingreifen.

Die Konzentrationslager werden sobald wie möglich aufgelöst, die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt werden.

Aber ebenso erwarten wir, daß niemand Lynchjustiz vollzieht. Wenn wir die Majestät des Rechts wiederherstellen wollen, müssen wir alle Energie gegen persönliche Vergeltung aufwenden, die aus dem Erleiden von Unrecht und aus der Verwundung der Seele menschlich nur zu begreiflich ist. Wer irgend etwas auf dem Herzen hat, erstatte Anzeige, an welcher öffentlichen Stelle er will. Seine Anzeige wird an die richtige Stelle weitergeleitet werden. Die Schuldigen wird die unerbittliche Strafe treffen. Aber die Anzeige muß wahr sein. Wahrheitswidrige Anzeigen werden bestraft, anonyme Anzeigen wandern in den Papierkorb.

Schluß mit der Korruption

2. Wir wollen die Grundlagen der Sittlichkeit wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens.

Die Korruption ist in unserem früher so reinen Volk von hohen und höchsten Würdenträgern des Naziregimes in einem bisher nicht dagewesenen Umfang betrieben worden. Während draußen unsere Soldaten kämpfen, bluten und fallen, führten Männer wie GÖRING, GOEBBELS, LEY und Genossen ein Luxusleben, raubten, füllten ihre Keller und Böden, forderten das Volk zum Durchhalten auf und drückten sich selbst mit ihrem Anhang feige vor dem Opfer dort draußen. Alle Übeltäter werden mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen, ihr unredlich erworbenes Gut wird eingezogen und den Geschädigten wiedergegeben werden. Die Hauptschuldigen sollen aber an Leib und Gut büßen. Ihr gesamtes Vermögen und das an Angehörige verschobene wird eingezogen. Die mit politischen Vorwänden erfolgten Uk-Stellungen sind aufgehoben. Jeder wehrfähige Mann kann an der Front beweisen, was er ist und wie es mit seinem Willen zum Durchhalten steht. Maulhelden wollen wir nicht mehr dulden.

Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen. Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, daß es eine Schande für jeden Deutschen ist, nach solchem unredlichen Besitz zu streben. Mit Marodeuren und Hyänen unter den von Gott geschaffenen Geschöpfen will das deutsche Volk in Wahrheit auch gar nichts zu tun haben.

Wir empfinden es als eine tiefe Entehrung des deutschen Namens, daß in den besetzten Gebieten hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz mißbrauchend Verbrechen aller Art begangen worden sind. Die Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt. Auch hier werden wir für Sühne sorgen.

Wer die Kriegszeit dort draußen benutzt hat, um sich die Taschen zu füllen oder von der Linie der Ehre abgewichen ist, wird hart zur Rechenschaft gezogen werden.

Für ein sittliches Familienleben

Die Familie als die Urzelle völkischer Gemeinschaft wieder zu gestalten, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Dazu brauchen wir den Einfluß des Elternhauses, die Kraft der Religion, die Mitarbeit aller Kirchen. Nur auf einer ernsten und verantwortungsbewußten Vorstellung von der Lebensgemeinschaft der Ehe kann sich ein sauberes und gesundes Familienleben aufbauen. Der Doppelmoral muß der Kampf angesagt werden, wenn nicht unsere Kinder verkommen sollen; denn wie können Eltern Sauberkeit von den Kindern verlangen, die nicht selbst sich in Zucht halten und den Kindern das beste Beispiel geben. Das Leben unseres Volkes wird nur gesunden, wenn die Familien wieder gesund werden. Wir wollen keine Spaltung unseres Volkes. Wir wissen, daß viele aus Idealismus, in Verbitterung über das Diktat von Versailles und seine Auswirkungen und über manche nationale Unwürde in die Reihen der Partei eingetreten sind, andere unter dem äußersten Zwang wirtschaftlicher und sonstiger Druckmittel. Das Volk darf sich nicht hiernach scheiden. Alle Deutschen, die deutsch fühlen und handeln, gehören zusammen. Die einzige Scheidung, die zu vollziehen ist, liegt zwischen Verbrechen und Gewissenlosigkeit auf der einen und Anstand und Sauberkeit auf der anderen Seite. Auf dieser Grundlage wollen wir die innere Aussöhnung des Volkes mit allen Kräften betreiben. Denn nur wenn wir einig bleiben, auf der Grundlage von Recht und Anstand, können wir den Schicksalskampf bestehen, in den Gott unser Volk stellt.

Kampf der Lüge

3. Der Lüge sagen wir den Kampf an. Die Sonne der Wahrheit soll ihre dichten Nebel zerstreuen. Unser Volk ist in der schamlosesten Weise über seine wirtschaftlichen, finanziellen und politischen sowie über die militärischen Ereignisse belogen worden. Die Tatsachen werden festgestellt und bekanntgegeben werden, so daß jeder einzelne sie nachprüfen kann. Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß es einer Regierung gestattet sei, das Volk durch Lüge für ihre Ziele zu gewinnen. Gott kennt in seiner Ordnung keine doppelte Moral.

Auch die Lügen der Regierungen haben kurze Beine und sind immer aus Feigheit oder Machtsucht geboren. Erfolg in der Behauptung der nationalen Stellung, Glück des Volkes und Seelenfrieden des einzelnen können nur auf Wahrhaftigkeit aufgebaut werden. Wahrheiten sind häufig hart; aber das Volk, das sie überhaupt nicht mehr verträgt, ist ohnehin verloren. Der einzelne kann die rechte Kraft nur aufbringen, wenn er die Lage so sieht, wie sie ist. Der Bergsteiger, der die Höhe des zu erklimmenden Gipfels unterschätzt, der Schwimmer, der die zurückzulegende Strecke nicht richtig bemißt, wird seine Kraft vorzeitig verbrauchen. Alle unwahrhaftige Propaganda hat daher ihr Ende; das gilt vor allem vom Reichspropagandaministerium. Auch der Mißbrauch der Propagandaformationen der Wehrmacht muß aufhören. Das Leben und Sterben unserer Soldaten bedarf keiner Propaganda; es ist in das Herz jeder deutschen Frau und Mutter, ja jedes Deutschen in der Heimat tief eingeprägt.

Freiheit des Geistes und des Glaubens

4. Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird daher wiederhergestellt.

Die Kirchen erhalten wieder das Recht, frei für ihr Bekenntnis zu wirken. Sie werden in Zukunft völlig vom Staate getrennt leben, weil sie nur in Selbständigkeit und unter Fernhaltung von aller aktiven politischen Betätigung ihrer Aufgabe gerecht werden

können. Das Wirken des Staates wird von christlicher Gesinnung in Wort und Tat erfüllt sein; denn dem Christentum verdanken wir den Aufstieg der weißen Völker, verdanken wir die Fähigkeit, die schlechten Triebe in uns zu bekämpfen. Auf diese Bekämpfung kann keine völkische und staatliche Gemeinschaft verzichten. Aber echtes Christentum verlangt auch Duldsamkeit gegenüber den Andersgläubigen oder Freidenkern. Der Staat wird den Kirchen wieder Gelegenheit geben, sich im Sinne wahren Christentums lebendig zu betätigen, in Sonderheit auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege und der Erziehung.

Die Presse soll wieder frei sein. Im Krieg muß sie sich Beschränkungen unterwerfen, die in jedem Kriege für ein Land unerläßlich sind. Jeder, der eine Zeitung liest, soll erfahren, wer hinter dieser Zeitung steht. Der Presse wird es nicht wieder gestattet sein, bewußt oder fahrlässig die Unwahrheit zu sagen. Die Schriftleiter werden durch eine straffe Ehrengerichtsbarkeit dafür sorgen, daß die Gesetze des Anstandes und der Pflicht gegenüber dem Wohle des Vaterlandes auch in der Presse beachtet werden.

5. Es ist vor allem die deutsche Jugend, die nach der Wahrhaftigkeit ruft. Wenn es eines Beweises für die göttliche Natur des Menschen bedürfte, hier haben wir ihn. Selbst die Kinder wenden sich in natürlicher Erkenntnis dessen, was wahr und gelogen ist, beschämt und empört von der ihnen zugemuteten Unwahrhaftigkeit der Gesinnung und Rede ab. Es war wohl das größte Verbrechen, diesen Wahrhaftigkeitssinn und mit ihm den Idealismus unserer Jugend zu mißachten und zu mißbrauchen. Wir wollen ihn daher schützen und stärken.

Der Jugend und ihrer Erziehung gilt eine unserer Hauptsorgen. Diese Erziehung soll in erster Linie den Eltern und den Schulen überantwortet werden. In allen Schulen müssen die elementaren Grundkenntnisse einfach, lauter und sicher in das Kind eingepflanzt werden. Die Bildung muß wieder eine allgemeine, Herz und Verstand erfassende sein. Sie muß im Volke wurzeln und keine Kluft darf zwischen Gebildeten und Ungebildeten liegen.

Die Erziehung muß wieder bewußt auf die christlich-religiöse Grundlage gestellt werden, ohne daß die christlichen Gesetze der äußersten Duldsamkeit gegenüber Andersgläubigen verletzt werden sollen. Auf dieser Grundlage muß das Erziehungs- und Bildungswesen wieder ruhig und stetig geleitet werden und von dauernden Änderungen und Unruhen bewahrt bleiben.

Wieder Mut zur Verantwortung

6. Die Verwaltung muß neu geordnet werden. Es wird nichts umgestoßen werden, was sich bewährt hat. Aber es ist notwendig, sofort klare Verantwortung und die Freiheit zu selbständigen Entschlüssen wiederherzustellen. Unsere einst so stolze Verwaltung ist zu einem Haufen von sinnlos ausführenden Maschinen und Maschinchen geworden. Keiner wagt mehr, einen selbständigen und richtigen Entschluß zu fassen. Wir werden das Gegenteil von den Beamten verlangen. Mit wenig Schreibwerk sollen sie in größter Einfachheit das Rechte tun.

Der Beamte muß wieder in seiner ganzen Amts- und Lebensführung ein Beispiel werden; denn ihm hat das Volk öffentliche Hoheitsgewalt anvertraut. Diese darf nur ausüben, wer lauter ist, Sachkunde sich erworben, seinen Charakter gestählt und Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Mit dem Parteibuchbeamten wird Schluß gemacht. Der Beamte soll wieder allein dem Gesetz und seinem Gewissen folgen. Er muß sich der Auszeichnung bewußt und würdig zeigen, daß die Volksgemeinschaft ihm ein sicheres Leben

gewährt, während andere um das Allernotwendigste ringen müssen. Er soll, gesichert in seinem Ansehen und in seinen Rechten, aufgehen in dem idealen Streben, seiner besonderen Stellung durch besondere Pflichterfüllung gerecht zu werden.

Um den Beamten wieder dies einwandfreie Wirken zu ermöglichen und dem Volk eine Ausübung der öffentlichen Hoheitsgewalt durch Unwürdige zu ersparen, sind alle seit dem 1. Januar 1933 vollzogenen Ernennungen und Beförderungen für vorläufig erklärt. Jeder einzelne Beamte wird in kürzester Frist daraufhin geprüft werden, ob er gegen Gesetz, gegen Disziplinarrecht oder gegen den von jedem Beamten geforderten Anstand verstoßen hat. Wird dies festgestellt, so werden die entsprechenden Folgerungen durch Bestrafung, Entlassung, Versetzung usw. vollzogen. Dabei werden Ehrengerichte der Beamten mitwirken. Vorläufige Beamte, deren Leistungen den Anforderungen ihres Amtes nicht entsprechen, werden in Stellungen, denen sie gewachsen sind, versetzt oder, wenn dies nicht möglich ist, entlassen werden.

In die öffentlichen Büros gehört kein Luxus, sondern das Behagen gehört in die Wohnung des einzelnen. Die Behördenchefs sind angewiesen worden, sofort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Die überflüssigen Einrichtungsgegenstände werden Bombengeschädigten überwiesen.

Die Verfassungsfrage

7. Ordnung der Verwaltung, gerechte Verteilung und Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben sind nur möglich auf Grund einer Verfassung. Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. Denn die Frontsoldaten haben einen Anspruch darauf, hierbei mit besonderem Gewicht mitzuwirken. So müssen wir uns alle vorläufig mit einer einstweiligen Verfassung begnügen, die gleichzeitig verkündet wird. An sie sind auch wir gebunden.

Preußen wird aufgelöst. Die preußischen Provinzen, ebenso wie die übrigen deutschen Länder, werden neu zu Reichsgauen zusammengefaßt. Dem einzelnen Reichsgau wird im Reich wieder ein Eigenleben gegeben. Sie werden sich weitgehend selbst verwalten. Der Selbstverwaltung dieser Reichsgaue, der Kreise und der Gemeinden wird an öffentlichen Aufgaben übertragen, was irgendwie mit Reichseinheit und zielbewußter Führung des Reichs vereinbar ist.

In allen Reichsgauen wird die Aufsicht namens des Reiches durch Reichsstatthalter ausgeübt werden, deren Ernennung unmittelbar bevorsteht. Sie werden den Organen der Selbstverwaltung soweit wie irgend möglich freies Wirken gewähren, aber gleichzeitig für die Reichseinheit sorgen. Gewählte Körperschaften sollen in der Selbstverwaltung die Verbindung zum Volk sicherstellen.

8. Die Wirtschaft kann im Kriege nur in Form der Zwangswirtschaft und der Überwachung der Preise fortgeführt werden. Solange ein Mangel an lebenswichtigen Gütern besteht, ist, wie jeder einsehen wird, eine freiere Wirtschaft nicht möglich, es sei denn, daß man über die Lebensinteressen der Minderbemittelten kaltherzig zur Tagesordnung übergehen wollte. Wir wissen sehr wohl, wie widerwärtig diese Wirtschaft ist, welchen Entartungen sie Vorschub leistet und daß sie nicht, wie so häufig behauptet, den wahren Interessen des letzten Verbrauchers dient. Einstweilen können wir sie nur vereinfachen und von Unklarheiten, dem Durcheinander von Zuständigkeiten und dem Mangel an Verantwortungsbewußtsein befreien. Wir werden auch alle Maßnahmen aufheben, die zu tief in die Freiheiten des einzelnen eingegriffen haben und die ohne Überlegung und

zwingende Notwendigkeit Existenzen im Handel, Handwerk, Gewerbe, in Industrie und Landwirtschaft vernichtet haben.

Auch darf die Wirtschaft nicht durch staatliche Eingriffe unnötig gestört und die Schaffensfreude und Schöpfungsmöglichkeiten erstickt werden (sondern die wirtschaftliche Freiheit soll nur gebändigt werden durch das Recht, durch die Sicherung der Lauterkeit des Wettbewerbs und durch anständige Gesinnung). Autarkie ist angesichts der Rohstoffarmut unseres Vaterlandes und der Tatsache, daß wir uns auf unserem Boden allein nicht ernähren können, feiger Verzicht auf die Möglichkeit, an den Gütern und Leistungen der ganzen Welt durch Leistungsaustausch teilzunehmen.

Soziale Wirtschaftsordnung

Es ist das Ziel unserer Wirtschaftsordnung, daß jedem Arbeiter, Angestellten und Unternehmer der Anteil an unseren Wirtschaftsgütern zuteil wird. Es handelt sich nicht nur darum, die freie Initiative des Unternehmers herzustellen und ihn zum Leistungskampf im Wettbewerb zu zwingen. Nein, auch der deutsche Arbeiter muß und wird Gelegenheit erhalten, an der Verantwortung der Wirtschaft schöpferisch teilzunehmen; nur können auch wir ihn nicht von der Wirkung der die Wirtschaft beherrschenden natürlichen Gesetze freistellen.

Das Eigentum ist Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts; sonst sinkt der Mensch allmählich zum Tier herab. Es wird daher geschützt, nicht nur in der Hand des großen, sondern auch in der Hand des kleinsten Eigentümers, der nur Hausrat sein eigen nennt. Der Mißbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die ungesunde, die Unselbständigkeit der Menschen vermehrende Zusammenballung des Kapitals.

Die Ordnung des Wirtschaftens wird auf Selbstverwaltung aufgebaut werden. Das bisher geübte System der Gängelung von oben her muß fallen. Es gilt, die Selbständigkeit des Entschlusses und damit die eigene Verantwortung wieder zu wohltätiger Wirkung zu bringen; es gilt das Vertrauen aller, auch der Arbeiter, in die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Ordnung in weitestem Umfange herzustellen.

Gerechten sozialen Ausgleich finden

9. Daraus ergibt sich der Inhalt der auf Ausgleich gerichteten Staatspolitik, der Sozialpolitik. Sie soll unverschuldet in Not Geratene und Schwache schützen und die Möglichkeit geben, sich solidarisch gegen die Widrigkeiten dieses Lebens zu sichern. Sie soll ferner da eintreten, wo das Interesse, Ersparnisse (Kapital) zu erhalten, in Widerspruch gerät mit dem Interesse, die Arbeitskraft der jetzt Lebenden zu sichern. Solche Interessengegensätze können in Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Spannung auftreten. Es wäre sehr leichtfertig, sie so zu lösen, daß dabei einfach das Kapital, d. h. die Ersparnisse, vernichtet werden. Es würde dem kleinen Sparer ebensowenig gefallen, wie es den Interessen des Volksganzen dient, wenn etwa plötzlich alle Bauernhöfe und alle Industriebetriebe ohne Maschinen wären. Auf der anderen Seite haben diese Kapitalgüter alle keinen Wert, wenn sie nicht der Erhaltung der jetzt lebenden Menschen mehr nutzbar werden können. Also gilt es, mit Verantwortungsbewußtsein und Gewissenhaftigkeit einen gerechten Ausgleich zu finden, bei dem jeder einzelne sich von vornherein bewußt ist, daß von ihm wie von jedem anderen Opfer gebracht werden müssen.

Soweit zu solchen Ausgleichungen Kraft und Verantwortung der einzelnen Berufs- und Wirtschaftszweige nicht ausreichen, müssen alle wirtschaftenden Bürger eintreten und

äußerstenfalls muß ein gerechter Ausgleich auf den Schultern des ganzen Volkes durch den Staat gesichert werden. Soweit soziale Einrichtungen den Arbeiter betreffen, erhalten sie das Recht voller Selbstverwaltung.

Aber wir müssen wissen, daß der Staat keine unerschöpflichen Mittel hat. Auch er lebt nur von dem, was seine Bürger leisten und an ihn abgeben. Mehr, als er aus dieser Leistungskraft seiner Bürger zur Verfügung hat, kann auch er nicht an einzelne Bürger vergeben. Wir lehnen daher mit aller Klarheit und Entschiedenheit ab, Versprechungen auf wirtschaftliches Wohlleben zu geben. Jeder von uns weiß, daß derjenige, der seine Ersparnisse verwirtschaftet hat, besonders viel leisten muß, wenn er seinen gewohnten Lebensstandard wiedergewinnen will. So ist es in der Familie, so in jedem Verein und so auch im Staat. Alle anderen Vorstellungen sind sinnlos.

Billige Verheißungen, der Staat könne alles, sind gewissenlose Demagogie. Der Staat seid ihr mit euren Kräften. Wir und die Organe des Staates sind nur eure Treuhänder. Jeder muß seine Kräfte regen. Es liegt auf der Hand, daß nach den ungeheuren Vernichtungen dieses Krieges unser aller Arbeitsleistung besonders groß sein muß, um Ersatz für Kleidung, für zerstörte Wohnungen und Arbeitsstätten sowie für vernichteten Hausrat zu schaffen. Und endlich wollen wir doch unseren Kindern wieder ein besseres Leben ermöglichen. Aber wir sind überzeugt, daß wir alle dazu fähig sind, wenn wir nur wieder in Recht, Anstand und Freiheit schaffen können.

Die Währung sichern

10. Grundvoraussetzung gesunder Wirtschaft ist die Ordnung der öffentlichen Haushalte. Die Ausgaben müssen sich im Rahmen der echten Einnahmen halten, die Staat, Gaue, Kreise und Gemeinden von ihren Bürgern beziehen können. Es erfordert Anstrengung, Charakter, Verzicht und Kampf, um diese Ordnung wieder zu errichten; aber sie ist die wichtigste und unerläßliche Grundlage gesicherter Währung und allen wirtschaftlichen Lebens. Von ihr hängt der Wert aller Ersparnisse ab. Ohne sie ist auch der Außenhandel nicht möglich, auf den wir seit mehr als hundert Jahren angewiesen sind.

Die Steuern werden erheblich sein; aber um so unbeugsamer werden wir für ihre sparsame Verwendung Sorge tragen. Es ist wichtiger, daß dem Bürger das zum Leben Notwendige gelassen wird, als daß die Verwaltungen sich mit prächtigen Einrichtungen versehen und Aufgaben in Angriff nehmen, die zu der einfachen Lebenshaltung der einzelnen in Widerspruch stehen.

Solche Einsicht verlangen wir auch von der Wirtschaft, die sich wieder bewußt werden muß, daß Aufwendigkeit in der Verwaltung nur dem Behagen oder dem Geltungsbedürfnis einzelner dient, aber von allen in höheren Preisen oder von den Arbeitern in niedrigeren Löhnen getragen werden muß. Der Fortfall des ungeheuren Aufwandes der Partei ist schon ein Anfang der Heilung.

Die Grundlage geordneter Staatshaushalte ist seit 1933 durch unablässige und gewissenlose Vergeudung der Mittel durch Schuldenvermehrungen verlassen worden. Es war bequem, dem Volke vorzugaukeln, daß es gelungen sei, den allgemeinen Wohlstand durch Verschwendung zu heben. In Wahrheit war dies Mittel erbärmlich, denn es bestand in hemmungslosem Schuldenmachen. Wir werden daher gerade im Kriege, in dem jeder Staat gezwungen ist, ungeheure Ausgaben zu machen, die äußerste Einfachheit und Sparsamkeit in allen öffentlichen Diensten herstellen. An einen echten Ausgleich kann überall erst nach Abschluß dieses Krieges gegangen werden.

Wir sehen in den wachsenden Schuldenlasten aller kriegführenden und neutralen Staaten eine ungeheuer große Gefahr. Sie bedrohen die Währungen. Jeder Staat wird sich nach diesem Kriege vor eine ganz außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt sehen. Wir hoffen, für die Schuldentilgung Lösungen finden zu können, wenn es gelingt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker wiederherzustellen.

11. Aber noch ist Krieg. In ihm gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland an der Front verteidigen. Ihnen haben wir alles an seelischen und materiellen Werten zuzuführen, was wir irgend schaffen können. Mit ihnen stehen wir in Reih und Glied, aber nunmehr alle wissend, daß nur die zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Wohle des Volkes notwendigen, nicht aber der Eroberungssucht und dem Prestigebedürfnis eines Wahnsinnigen dienenden Opfer verlangt werden, und daß wir diesen Krieg bis zum Erlangen eines gerechten Friedens fernerhin mit reinen Händen, in Anstand, mit der Ehrenhaftigkeit, die jeden braven Soldaten auszeichnet, führen werden. Den bisherigen Opfern dieses Krieges gehört unsere volle Fürsorge.

In der Sorge für die Front müssen wir das Notwendige mit der größten Klarheit und Einfachheit vereinigen, mit dem Hin und Her bombastischer unausführbarer Befehle, die heute von der Wirtschaft nicht herstellbare Mengen von Panzerwagen, morgen von Flugzeugen und übermorgen von anderen Waffen und Geräten verlangen, ist Schluß gemacht. Es wird nur das Nötige und Zweckmäßige gefordert werden. Im Gegensatz zu der bisherigen despotischen Tyrannei erwarten wir von jedem zur Ausführung Berufenen, daß er von sich aus auf Irrtümer und Unstimmigkeiten rechtzeitig hinweist.

Die Stimme des wahren Deutschland

12. Wir haben vor diesem Kriege gewarnt, der so viel Leid über die ganze Menschheit gebracht hat, und können daher in Freimut sprechen. Verlangt die nationale Würde von uns zur Zeit den Verzicht auf bittere Anklage, so haben und werden wir auch hier die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. So notwendig dies ist, wichtiger ist, daß wir dem baldigen Frieden zustreben. Wir wissen, daß wir nicht allein Herren über Krieg und Frieden sind; wir sind dabei auf die anderen Völker angewiesen. Wir müssen durchstehen, aber wir wollen nun endlich die Stimme des wahren Deutschlands erheben.

Wir sind tief davon durchdrungen, daß die Welt vor einer der ernstesten Entscheidungen steht, vor die die Völker und ihre Führer je bewußt sich gestellt sahen. Gott selbst gibt uns die Frage auf, ob wir der von ihm gesetzten Ordnung der Gerechtigkeit entsprechen, und seinen Geboten, Freiheit und Menschenwürde zu achten sowie einander zu helfen, folgen wollen oder nicht.

In dieser Stunde müssen wir unserm Volke zurufen, daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, tapfer und geduldig, den vielfach entehrten deutschen Namen wieder reinzuwaschen. Wir Deutschen allein können und werden sie erfüllen. Davon, daß wir dies unerbittlich, ernsthaft und aufrichtig tun, hängt unsere Zukunft ab, gleichgültig, wie sie sich materiell gestaltet. Denn Gott ist nicht dazu da, bei jeder billigen Gelegenheit als Vorsehung angerufen zu werden, sondern er fordert auch und wacht darüber, daß seine Ordnung und seine Gebote nicht verletzt werden. Es war eine furchtbare Verirrung, deren Wurzeln auf das unselige Diktat von Versailles zurückgehen, anzunehmen, daß die Zukunft auf dem Unglück anderer Völker, auf der Unterdrückung und Verachtung der Menschenwürde aufgebaut werden könne.

Wir alle wollen dem Ehrgefühl anderer Völker nicht zu nahe treten. Was wir für uns verlangen, müssen und wollen wir anderen zubilligen. Wir glauben, daß es im Interesse aller Völker liegt, daß der Friede ein dauerhafter wird. Hierzu ist internationales Vertrauen in das neue Deutschland erforderlich.

Auch Vertrauen läßt sich nicht erzwingen und erreden. Aber was auch immer die Zukunft bringen möge: wir hassen die feige Beschimpfung des Gegners und sind davon überzeugt, daß alle Staatsführer nicht nur das Beste ihrer Völker, sondern ein fruchtbares Ende dieses Ringens wollen und mit uns bereit sind, alsbald die unmenschlichen und schließlich auf alle Völker zurückwirkenden Härten des leichtsinnig entfesselten totalen Krieges zu mildern.

Gehen wir wieder den Weg des Rechts, des Anstandes und der gegenseitigen Achtung! In solchem Geist wollen wir alle unsere Pflicht erfüllen.

Folgen wir ernsthaft und in allem den in unser Gewissen geschriebenen Geboten Gottes, auch dann, wenn sie uns hart ankommen, tun wir alles, um verwundete Seelen zu heilen und Leid zu mindern. Dann allein können wir die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie schaffen. Dies mit aller Kraft und mit heiligem Ernst zu tun, sind wir unseren Gefallenen schuldig, deren Vaterlandsliebe und Opfermut freventlich mißbraucht worden sind. Wie vielen von ihnen, die dies erkannt hatten, wurde die Pflichterfüllung zu bitterster Gewissensnot. Wieviel schönes menschliches Glück ist überall in der Welt zerstört!

So gebe Gott uns Einsicht und Kraft, dieser furchtbaren Opfer Sinn zum Segen von Generationen zu gestalten!

(Pechel, R., Deutscher Widerstand, Erlenbach-Zürich 1947, S. 314 ff; auch K.-Bericht vom 5. 8. 44, Anlage 1)

15. AUFRUF (BECKS UND WITZLEBENS) AN DIE WEHRMACHT

Soldaten!

Tapfer und todesmutig habt Ihr vier Jahre hindurch gekämpft, ohne je zu versagen, allen Gefahren trotzend, unbekümmert um alle Mühen und Leiden, nur durchdrungen von eisernem Pflichtgefühl und glühender Liebe zu Volk und Vaterland. Keine Aufgabe war Euch zu schwer, kein Opfer zu groß. Erfüllt von dem Glauben, der Krieg sei gerecht und notwendig, um das nach dem ersten Weltkrieg geschehene Unrecht wieder gutzumachen und unsere Freiheit zu sichern, seid Ihr in den Kampf gezogen. Zu Lande, in der Luft und auf der See habt Ihr Gewaltiges geleistet und den Lorbeer der Unüberwindlichkeit an Eure Fahnen geheftet. Und trotzdem ist ein Ende des Krieges nicht abzusehen. Eure Heimkehr zu Frau und Kindern, nach Haus und Hof zu friedlicher Arbeit scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Ihr werdet Euch selbst schon oft genug gefragt haben, wie das zu erklären ist. Antwort habt Ihr nicht gefunden. Denn eine Propaganda die vor keiner Lüge zurückschreckt, mit Eurem Heldenmut und Eurem Leben gewissenlos spielt, hat Euch den Blick getrübt. In Wirklichkeit ist die Antwort klar und einfach, eine Staatsführung, die die Politik nicht mehr als die Kunst des Möglichen ansieht und die Erreichung ihrer Ziele nicht mit sparsamstem Kräfteeinsatz anstrebt, sondern in phantastischen Plänen grenzenloser Eroberungen schwelgt, die überhaupt keine sittlichen Bindungen weder dem eigenen noch einem anderen Volke

gegenüber anerkennt, kann niemals zu einem Frieden mit den übrigen Völkern gelangen. Hieran können Eure Führer nichts ändern, sie erwirken bei solcher Staatsführung nur immer maßlosere Wünsche. Statt einer weisen Beschränkung auf die wahren Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes wurde unter dem Deckmantel einer Neuordnung Europas die Unterwerfung fast des ganzen Erdteiles betrieben. Die besiegten Völker wurden unterjocht und ausgebeutet, statt sie durch weise Rücksicht auf ihren nationalen Stolz, auf ihren Freiheitswillen und auf ihre Lebensinteressen zu gewinnen und Brücken zu einer dauerhaften Verständigung zu schlagen. So hat die Staatsführung die klaren Lehren der Geschichte, die solches Vorgehen zur Erfolglosigkeit verurteilen, mißachtet und überall statt Vertrauen Haß gesät. Sie hat damit den Weg zu einem baldigen dauerhaften Frieden sich hemmungslos verbaut.

Wir wünschen keine Versklavung anderer Völker. Die Freiheit, die unsere Väter im vorigen Jahrhundert für Deutschland als köstlichstes Gut völkischen Lebens errungen und die wir in gleicher Begeisterung zu hüten haben, muß auch allen anderen Völkern zugestanden werden. Denn nur auf dieser Grundlage kann die Kluft überbrückt werden, die eine hemmungslose, machtberauschte Politik aufgerissen hat. Ein weiteres noch droht Euch um den Erfolg Eurer Siege zu bringen, die Ihr unter Führung geschulter und erfahrener Männer erfochten habt: Das „Feldherrngenie" HITLERS, das er in wahnwitziger Verblendung sich selbst angemaßt hat und das ihm von Speichelleckern aufs Widerlichste angehimmelt worden ist. Wer einen Stiefel besohlen will, muß es gelernt haben. Wer ein Millionenheer führen will, muß die Fähigkeit dazu auf den verschiedenen Stufenleitern harten militärischen Dienstes erlernt und bewiesen haben. Seitdem sich HITLER im Winter 1941/42 selbst den Oberbefehl zuerkannt hat, wurde durch Eigensinn, Unfähigkeit und Maßlosigkeit die Wehrmacht in Lagen gebracht, vor denen Sachverständige gewarnt hatten und die vermeidbare schwerste Opfer gekostet haben. Der Untergang der 6. Armee bei Stalingrad, der Zusammenbruch des unüberlegten Unternehmens in Nordafrika sowie die vergeblichen Opfer auf Sizilien sind einzig und allein unfähiger, gewissenloser Führung zuzuschreiben. Hunderttausende brave Soldaten büßten für Vermessenheit und Eitelkeit eines Einzelnen mit Leben, Gesundheit oder Verlust der Freiheit. Mit unbarmherziger Kälte hat diese Führung unsägliches Leid, das vermieden werden konnte, in zahllose Familien gebracht. Viele höhere Führer sind bereits zurückgetreten, manche aus dem Leben geschieden, weil sie die Verantwortung für solche gewissenlose, unfähige Führung nicht tragen wollten. Andere wurden beseitigt, weil sie den Mut hatten, ihre warnende Stimme zu erheben, damit kostbares Blut geschont und nicht vergeudet würde. Niemals in der deutschen Geschichte hat eine militärische Führung mit größerer Skrupellosigkeit die edle Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht und das Vertrauen mißachtet, das Soldaten ihr entgegengebracht haben.

Während Ihr fern der Heimat kämpft, um sie zu verteidigen, sind zahlreiche deutsche Städte, die sicher zu schützen GÖRING sich vermessen gerühmt hatte, in Schutt und Asche gesunken, sind unersetzliche Kulturwerke, zahllose Arbeitsstätten und hunderttausende von Wohnungen zerstört, zahlreiche Familien tapferer Soldaten getötet und ausgelöscht für immer. Niemals vorher hat sich so furchtbares im deutschen Vaterland zugetragen.

Soldaten! So darf es nicht weitergehen! Eure Heimkehr darf dermaleinst nicht auf ein Trümmerfeld führen, auf dem die Jugend, Eurer Erziehung beraubt, mit Heimat und Elternhaus auch der Seele verlustig geht, wo materielle Begierde alle edlen Gefühle für Ehre und Freiheit, für Menschenwürde und Nächstenliebe zu verdrängen und zu ersticken drohen. Wollt Ihr, daß die geheiligten Ordnungen von Zucht und Sitte durch Sünde und Laster zerstört werden? Wollt Ihr, daß die Jugend uns einst dafür

verdammt, weil wir den Mut zur Verantwortung, zur Rettung des Vaterlandes nicht rechtzeitig aufgebracht hätten? Vielleicht haben wir schon zulange gezögert, aber wir dürfen nicht mehr weiter warten. Denn nun bereitet man den gewissenlosesten Schlag vor, die Führer der Wehrmacht für das ganze Unglück verantwortlich zu machen. Wir müssen handeln, weil — und das wirkt am schwersten — in Eurem Rücken Verbrechen begangen wurden, die den Ehrenschild des deutschen Volkes beflecken und seinen in der Welt erworbenen guten Ruf besudeln. Selbstmächtige Kreaturen in hohen und höchsten Stellen haben sie zugelassen oder gar selbst begangen. Sie haben den Krieg dazu benutzt, sich schamlos auf Kosten des eigenen und fremder Völker zu bereichern und aus der Not der Armen und dem Elend der Unglücklichen Nutzen zu ziehen. Diese Männer haben sich nicht gescheut, sich mit dem Ruhm Eurer Heldentat zu brüsten, ohne daß sie selbst den Krieg je im Leben gespürt haben. Ihr werdet die Einzelheiten erfahren. Wir werden mit unerbittlicher Strenge in öffentlichen Verfahren durchgreifen. Das Schlimmste ist, daß dies schamlose Treiben von ADOLF HITLER befohlen oder gebilligt wurde. Eine solche Führung, ob wahnwitzig oder voll verantwortlich, hat den Anspruch auf Gehorsam vor Gott und den Menschen verwirkt, denn sie hat den Eid gebrochen, den sie selbst einst dem Vaterland geschworen hat, dem sie wie jeder Bürger unterworfen ist, und damit die Treue, die sie dem Eidleistenden schuldig ist, mit Füßen getreten. Sie könnte Volk und Vaterland nur noch einer schimpflichen furchtbaren Katastrophe entgegenführen. Dies zu verhindern, sind wir fest entschlossen. Hierfür stehen wir vor Gott ein. Hierfür nehmen wir Euch in Eid und Pflicht. Im Einverständnis mit Euren ältesten soldatischen Führern und meinen Mitarbeitern habe ich daher die politische und militärische Leitung übernommen. Eures Vertrauens bin ich gewiß. Hervorragende Männer aus allen Schichten des Volkes haben zugestimmt und geloben selbstlose Hingabe und Treue. Ich werde diejenigen Maßnahmen treffen, die überall Führung und Verwaltung durch sachkundige Männer untadeligen Charakters sicherstellen.

Soldaten! Noch ist die Stunde nicht gekommen, sich dem Gedanken des Friedens hinzugeben. Noch müssen wir kämpfen, um zu verteidigen und zu retten, was uns teuer ist, bis ein ehrenvoller Ausgang des Krieges gesichert ist.

Viererlei verspreche ich Euch aber schon jetzt:

Erstens: Nur solche Opfer werden von Euch verlangt werden, die nach gewissenhafter Prüfung unbedingt notwendig sind, um uns zu verteidigen und den Krieg zu gutem Ende zu führen.

Zweitens: Vertrauenswürdige, sachkundige deutsche Männer werden alles daransetzen, um zu einem dauerhaften, unsere Zukunft sichernden Ausgleich mit allen Völkern zu kommen.

Drittens: Hinter Eurem Rücken und unter Eurem Schutz werden wieder Recht und Gerechtigkeit, Anstand und Sauberkeit, Sachkunde und selbstlose Pflichterfüllung herrschen.

Viertens: Nach dem Kriege wird alle Kraft des Volkes eingesetzt werden, um Wohnungen, Hausrat und Nahrung und wahrhaftes soziales Zusammenleben zu schaffen. Ein klares Lebensziel ruhiger, feierlicher Arbeit soll vor uns stehen. Wir alle werden hart arbeiten und einfach leben müssen, aber wir werden dafür wieder Kraft und Reichtum der Seele finden. Ich vertraue, daß Front und Heimat, alle vereint in gesammelter Kraft, weiter ihre Pflicht bis zum äußersten tun in Demut vor Gott, für Ehre und Freiheit, für Volk und Vaterland.

Deutsche Soldaten!

Über vier Jahre tapfersten Ringens liegen hinter Euch! Millionen unserer Kameraden sind auf den Schlachtfeldern Europas und Afrikas, in der Luft und auf den Meeren gefallen. HITLERS gewissenlose Führung hat ganze Armeen mit der Blüte unserer Jugend in Rußland und am Mittelmeer für phantastische Pläne grenzenloser Eroberungen geopfert. Der leichtfertige Einsatz der 6. Armee bei Stalingrad und ihre sinnlose Preisgabe beleuchten grell die grausame Wahrheit. Befähigte Offiziere, die sich diesem wahnwitzigen Treiben widersetzten, wurden entfernt, der Generalstab beiseitegeschoben. Das angemaßte Feldherrngenie HITLERS treibt uns trotz Euern Heldentums einem verhängnisvollen Ausgang zu. In der Heimat werden immer mehr Stätten des Familienlebens und der Arbeit zerstört; schon sind 6 Millionen Deutsche heimatlos. In Euerm Rücken nehmen Korruption und Verbrechen, von Anfang an von HITLER geduldet oder gar befohlen, unerhörte Ausmaße an.

In dieser Stunde höchster Not und Gefahr haben deutsche Männer ihre Pflicht vor Gott und dem Volke getan, sie haben gehandelt und Deutschland eine erfahrene, verantwortungsbewußte Führung gegeben.

Der Mann, der rechtzeitig gewarnt hat, der als Chef des Generalstabes entschlossen gegen diesen Krieg eingetreten ist und deshalb von HITLER entlassen wurde, ist . . . Er hat die einstweilige Führung des Deutschen Reiches und den obersten Befehl über die deutsche Wehrmacht übernommen. Die Regierung ist aus erprobten Männer aller Schichten unseres Volkes, aller Teile unseres Vaterlandes gebildet. Sie hat ihre Arbeit aufgenommen. Ich bin mit dem Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht betraut. Die Oberbefehlshaber aller Fronten haben sich mir unterstellt. Die deutsche Wehrmacht hört jetzt auf meinen Befehl. Soldaten! Es geht um die Sicherung eines gerechten Friedens, der dem deutschen Volk ein Leben in Freiheit und Ehre, den Völkern freiwillige und fruchtbare Zusammenarbeit ermöglicht. Ich stehe Euch dafür, daß fortan von Euch nur die Opfer verlangt werden, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Alle Kräfte des Volkes werden nunmehr einheitlich für diese Aufgabe eingesetzt. Mit der sinnlosen Verzettelung der Kräfte, mit den halben, verspäteten Entschlüssen, die so viel Blut gekostet haben, hat es ein Ende.

Wo immer Ihr steht, an der Front oder in den besetzten Gebieten, verpflichte ich Euch auf die Gesetze unbedingten Gehorsams, soldatischer Manneszucht und ehrenhafter, ritterlicher Haltung. Wer es daran hat fehlen lassen oder sich künftighin gegen diese Gesetze vergeht, wird unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen werden. Auch in der Heimat kämpfen wir für Recht und Freiheit, für Anstand und Sauberkeit. Ich erwarte von Euch, daß jeder seine Pflicht treu und tapfer weiter erfüllt. Davon hängt das Geschick unseres Vaterlandes, hängt unsere und unser Kinder Zukunft ab.

Soldaten! Es geht um Bestand und Ehre unseres Vaterlandes, um eine wahre Gemeinschaft im eigenen Volke und mit den Völkern der Welt. (VON WITZLEBEN)

(Anlage 3 zum K.-Bericht vom 11. 8. 44)

16. SYNCHRONOPTISCHE TAFEL: DER ABLAUF DES 20. 7. IN RASTENBURG — BERLIN — PARIS UND REICH

(Siehe Tafel im Anhang)

17. DIE REDEN HITLERS, GÖRINGS UND DÖNITZ' VOM 21. 7. 1944 GEGEN 1.00 UHR.

Führerhauptquartier, 20. Juli 1944.

Der Führer hielt heute nacht im Deutschen Rundfunk folgende Ansprache an das deutsche Volk:

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich weiß nicht, zum wievielten Male nunmehr ein Attentat auf mich geplant und zur Ausführung gekommen ist. Wenn ich heute zu Ihnen spreche, dann geschieht es aber besonders aus zwei Gründen:

1. damit Sie meine Stimme hören und wissen, daß ich selbst unverletzt und gesund bin,
2. damit Sie aber auch das Nähere erfahren über ein Verbrechen, das in der deutschen Geschichte seinesgleichen sucht.

Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und zugleich mit mir den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten.

Die Bombe, die von dem Oberst GRAF VON STAUFFENBERG gelegt wurde, krepierte zwei Meter an meiner rechten Seite. Sie hat eine Reihe mir treuer Mitarbeiter sehr schwer verletzt, einer ist gestorben. Ich selbst bin völlig unversehrt bis auf ganz kleine Hautabschürfungen, Prellungen oder Verbrennungen. Ich fasse das als eine Bestätigung des Auftrages der Vorsehung auf, mein Lebensziel weiter zu verfolgen, so wie ich es bisher getan habe. Denn ich darf es vor der ganzen Nation feierlich gestehen, daß ich seit dem Tage, an dem ich in die Wilhelmstraße einzog, nur einen einzigen Gedanken hatte, nach bestem Wissen und Gewissen meine Pflicht zu erfüllen, und daß ich, seit mir klar wurde, daß der Krieg ein unausbleiblicher war und nicht mehr aufgeschoben werden konnte, eigentlich nur Sorge und Arbeit kannte und in zahllosen Tagen und durchwachten Nächten nur für mein Volk lebte.

Es hat sich in einer Stunde, in der die deutschen Armeen in schwerstem Ringen stehen, ähnlich wie in Italien nun auch in Deutschland, eine ganz kleine Gruppe gefunden, die nun glaubte, wie im Jahre 1918 den Dolchstoß in den Rücken führen zu können. Sie hat sich diesmal aber schwer getäuscht. Die Behauptung dieser Usurpatoren, daß ich nicht mehr lebe, wird jetzt in diesem Augenblick widerlegt, da ich zu Euch, meine lieben Volksgenossen, spreche. Der Kreis, den diese Usurpatoren darstellen, ist ein denkbar kleiner. Er hat mit der deutschen Wehrmacht und vor allem auch mit dem deutschen Heer nichts zu tun. Es ist ein ganz kleiner Klüngel verbrecherischer Elemente, die jetzt unbarmherzig ausgerottet werden.

Ich befehle daher in diesem Augenblick,

1. daß keine Zivilstelle irgendeinen Befehl entgegenzunehmen hat von einer Dienststelle, die sich diese Usurpatoren anmaßen,
2. daß keine Militärstelle, kein Führer einer Truppe, kein Soldat irgendeinem Befehl dieser Usurpatoren zu gehorchen hat, daß im Gegenteil jeder verpflichtet ist, den Übermittler oder den Geber eines solchen Befehls entweder sofort zu verhaften oder bei Widerstand augenblicklich niederzumachen. Ich habe, um endgültig Ordnung zu schaffen, zum Befehlshaber des Heimatheeres den Reichsminister HIMMLER ernannt. Ich habe in den Generalstab Generaloberst GUDERIAN berufen, um den durch Krankheit zur Zeit ausgefallenen Generalstabschef zu ersetzen, und einen zweiten bewährten Führer der Ostfront zu seinem Gehilfen bestimmt.

In allen anderen Dienststellen des Reiches ändert sich nichts. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit dem Austreten dieser ganz kleinen Verräter- und Verschwörerclique nun endlich aber auch im Rücken der Heimat die Atmosphäre schaffen, die die Kämpfer der Front brauchen. Denn es ist unmöglich, daß vorn Hunderttausende und Millionen braver Männer ihr Letztes hergeben, während zu Hause ein ganz kleiner Klüngel ehrgeiziger Kreaturen diese Haltung dauernd zu hintertreiben versucht.

Diesmal wird nun so abgerechnet, wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind.

Ich bin überzeugt, daß jeder anständige Offizier, jeder tapfere Soldat in dieser Stunde das begreifen wird.

Welches Schicksal Deutschland getroffen hätte, wenn der Anschlag heute gelungen sein würde, das vermögen die wenigsten sich vielleicht auszudenken. Ich selber danke der Vorsehung und meinem Schöpfer nicht deshalb, daß er mich erhalten hat. Mein Leben ist nur Sorge und ist nur Arbeit für mein Volk, sondern ich danke ihm nur deshalb, daß er mir die Möglichkeit gab, diese Sorgen weiter tragen zu dürfen und in meiner Arbeit weiter fortzufahren so gut, wie ich das vor meinem Gewissen verantworten kann.

Es hat jeder Deutsche, ganz gleich, wer er sein mag, die Pflicht, diesen Elementen rücksichtslos entgegenzutreten, sie entweder sofort zu verhaften oder, wenn sie irgendwie Widerstand leisten sollten, ohne weiteres niederzumachen. Die Befehle an sämtliche Truppen sind ergangen. Sie werden blind ausgeführt entsprechend dem Gehorsam, den das deutsche Heer kennt.

Ich darf besonders Sie, meine alten Kampfgefährten, noch einmal freudig begrüßen, daß es mir wieder vergönnt war, einem Schicksal zu entgehen, das nicht für mich Schreckliches in sich barg, sondern das den Schrecken für das deutsche Volk gebracht hätte.

Ich ersehe daraus auch einen Fingerzeig der Vorsehung, daß ich mein Werk weiter fortführen muß und daher weiter fortführen werde.

Aus dem Führerhauptquartier, 21. Juli 1944

Reichsmarschall GÖRING richtete folgende Ansprache an die Luftwaffe:

Kameraden der Luftwaffe!

Ein unvorstellbarer gemeiner Mordanschlag wurde heute von einem Oberst GRAF STAUFFENBERG im Auftrage einer erbärmlichen Clique von ehemaligen Generalen, die wegen ihrer ebenso feigen wie schlechten Führung davongejagt werden mußten, gegen unseren Führer durchgeführt. Der Führer wurde durch die allmächtige Vorsehung wie durch ein Wunder gerettet.

Diese Verbrecher versuchen jetzt als Usurpatoren durch falsche Befehle Verwirrung in die Truppen zu bringen. Ich befehle daher: im Reich führt in meinem Auftrag Generaloberst STUMPF als Oberbefehlshaber der Luftflotte Reich alle Verbände der Luftwaffe innerhalb des Reichsgebiets. Nur meinen und seinen Befehlen ist Folge zu leisten.

Der Reichsführer SS HIMMLER ist von allen Dienststellen der Luftwaffe auf Anforderung tatkräftigst zu unterstützen. Kurierflüge, gleichgültig mit welchen Maschinen, dürfen nur mit meiner oder seiner Erlaubnis durchgeführt werden.

Offiziere und Soldaten, gleich welchen Ranges, ebenso Zivilpersonen, die für diese Verbrecher auftreten und sich Euch nähern, um Euch für ihr erbärmliches Vorhaben zu überreden, sind sofort festzunehmen und zu erschießen.

Wo Ihr selbst zur Ausrottung dieser Verräter eingesetzt werdet, habt Ihr rücksichtslos durchzugreifen. Das sind dieselben Jämmerlinge, die die Front verraten und zu sabotieren versuchten.

Offiziere, die sich an diesem Verbrechen beteiligten, stellen sich außerhalb des Volkes, außerhalb der Wehrmacht, außerhalb jeder soldatischen Ehre, außerhalb von Eid und Treue. Ihre Vernichtung wird uns neue Kraft geben. Entgegen diesem Verrat setzt die Luftwaffe ihre verschworene Treue und heiße Liebe zum Führer und ihren rückhaltlosen Einsatz für den Sieg. Es lebe unser Führer, den der allmächtige Gott heute so sichtbar segnete.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dönitz, richtete folgende Ansprache an die Männer der Kriegsmarine:

Männer der Kriegsmarine! Heiliger Zorn und maßlose Wut erfüllt uns über den verbrecherischen Anschlag, der unserem geliebten Führer das Leben kosten sollte. Die Vorsehung hat es anders gewollt — sie hat den Führer beschirmt und behütet und damit unser deutsches Vaterland in seinem Schicksalskampf nicht verlassen.

Eine wahnsinnige kleine Generalsclique, die mit unserem tapferen Heere nichts gemein hat, hat in feiger Treulosigkeit diesen Mord angezettelt, gemeinsten Verrat an dem Führer und dem deutschen Volk begehend. Denn diese Schurken sind nur die Handlanger unserer Feinde, denen sie in charakterloser, feiger und falscher Klugheit dienen.

In Wirklichkeit ist ihre Dummheit grenzenlos. Sie glauben, durch die Beseitigung des Führers uns von unserem harten, aber unabänderlichen Schicksalskampf befreien zu können — und sehen in ihrer verblendeten angstvollen Borniertheit nicht, daß sie durch ihre verbrecherische Tat uns in entsetzliches Chaos führen und uns wehrlos unseren Feinden ausliefern würden. Ausrottung unseres Volkes, Versklavung unserer Männer, Hunger und namenloses Elend würden die Folge sein. Eine unsagbare Unglückszeit würde unser Volk erleben, unendlich viel grausamer und schwerer als auch die härteste Zeit sein kann, die uns unser jetziger Kampf zu bringen vermag.

Wir werden diesen Verrätern das Handwerk legen. Die Kriegsmarine steht getreu ihrem Eid in bewährter Treue zum Führer, bedingungslos in ihrer Einsatz- und Kampfesbereitschaft. Sie nimmt nur von mir, dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, und ihren eigenen militärischen Führern Befehle entgegen, um jede Irreführung durch gefälschte Weisungen unmöglich zu machen. Sie wird rücksichtslos jeden vernichten, der sich als Verräter entpuppt.

Es lebe unser Führer Adolf Hitler!

Berlin, 21. Juli 1944.

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldete im Anschluß an die Ansprachen:

Das Komplott der verbrecherischen Offiziersclique ist völlig zusammengebrochen. Die Rädelsführer haben sich nach dem Scheitern ihres Anschlages zum Teil selbst entleibt, zum Teil wurden sie von Bataillonen des Heeres füsiliert. Unter den Erschossenen befindet sich auch der Attentäter Oberst Graf von Stauffenberg. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Die übrigen durch ihr Verhalten an dem Verbrechen Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen werden.

(Mikrofilm: 20. 7. 44 — Institut für Zeitgeschichte München)

V. Verfolgung, Prozeß, Hinrichtung

Einleitung

Noch in der Nacht vom 20. auf den 21. 7. sprach ADOLF HITLER von einer „ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherisch dummer Offiziere", die ein Komplott geschmiedet habe, um ihn zu beseitigen und zugleich mit ihm den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten. Auf dieselbe Tonart waren die nächsten Verlautbarungen der Partei- und Staatsdienststellen — in mehr oder minder starker Vergröberung — abgestimmt.

Bemerkenswert für die allgemeine „Sprachregelung" ist in den Rundschreiben BORMANNS, in der Ansprache JODLS und in dem Telegramm RIBBENTROPS das unterschiedslose Bestreben, die Männer des 20. Juli persönlich und moralisch zu diffamieren (BORMANN: „Miniatur-Würstchen", „reaktionäres Verbrechergesindel", RIBBENTROP: „geistig minderwertiges Subjekt in Oberstenuniform"), ihren Kreis als denkbar klein und unbedeutend erscheinen zu lassen und sie als Verbündete der Feinde zu verdächtigen. Es ist für JODL selbstverständlich, daß die Verschwörer „den Jesuiten nahestanden"; sie sind „noch verruchter als die niederträchtigsten Berufsverbrecher". ADOLF HITLER dagegen wird gerühmt als „der höchste und wertvollste Mensch, der nur der Idee diente", und seine Errettung „wie durch ein Wunder" gilt natürlich für RIBBENTROP als „ein Zeichen der Vorsehung".

Doch sehr bald mußte man zugeben, daß der Kreis der Verschwörer sich als wesentlich umfangreicher erwies. Die Gestapo sah sich gezwungen, eine eigene „Sonderkommission 20. Juli" einzusetzen, zu der vierhundert Beamte aufgeboten wurden. Der „SS-Bericht über den 20. Juli" (Nordwestdeutsche Hefte 1947, 1/2, S. 33), dessen Zuverlässigkeit allerdings angezweifelt wird, gibt die Zahl der nach dem 20. Juli verhafteten Personen mit 7000 an. Nach einem Pressebericht der britischen Admiralität vom 20. Juli 1947, der sich auf erbeutete deutsche Marinedokumente stützt und „Namen und Plätze" nennt, belief sich die Zahl der Opfer, die in den Monaten nach dem 20. Juli durch Hinrichtung oder erzwungene Selbsttötung ihr Leben lassen mußten, auf 4980! Die Gesamtzahl der im Reichsjustizministerium für das Jahr 1944 registrierten Hinrichtungen (ohne die Opfer der Richtstätten Torgau, Spandau und Tegel) beträgt nach den Feststellungen von WALTER HAMMER und GÜNTHER WEISENBORN 5764 (Der lautlose Aufstand, 1953, S. 259, vgl. unten Nr. 7, Das „Mordregister").

Die Geschichte der Massenverhaftungen nach dem 20. Juli 1944, der Folterungen, um Geständnisse zu erpressen, der Prozesse und der Hinrichtungen ist eine Chronik des Grauens. Welche Mittel bei den „Verhören" angewendet wurden, ergibt sich aus Abschnitt 2) Vernehmungsmethoden der Gestapo. Tote wurden, wenn es für das Untersuchungsergebnis versprechend erschien, noch einmal ausgegraben (vgl. die Rede HIMMLERS vom 3. 8. 1944), Wundgeschossene gepflegt, um sie für eine Aussage und vielleicht für die Qual eines Todes wieder tauglich zu machen. Häftlinge, die des Gehens nicht mehr fähig waren, wurden auf der Bahre zur Hinrichtung getragen (siehe unten Nr. 10). Eine nicht geringe Zahl der Betroffenen starb durch eigene Hand, zum Teil bewogen durch die tiefe Sorge, daß sie einer Mißhandlung nicht standhalten und Namen von Mitverschworenen nennen könnten.

Für die Aburteilung hatte HITLER zuerst einen großen Prozeß gewünscht mit Film, Rundfunk und breitester Öffentlichkeit; er befahl aber dann nach Beratung mit HIMMLER

die Verhandlung vor dem „Volksgerichtshof" in beschränktem Raum mit streng ausgewähltem Zuhörerkreis. Das Verfahren sollte hart und blitzschnell sein. Die Angeklagten sollten nicht lange zu Worte kommen, und die Regelstrafe sollte der Tod durch Erhängen sein, innerhalb von zwei Stunden nach der Urteilsfällung zu vollstrecken. Geistlicher Beistand war zu versagen.

Wie den Gerichtspräsidenten, so hatte HITLER auch den verantwortlichen Scharfrichter kommen lassen und persönlich die Einzelheiten des Verfahrens festgelegt (siehe unten Nr. 9).

Noch in den letzten Wochen des Krieges wurde eine große Anzahl Gefangener, als sie schon im Schlachtenlärm ihre Befreiung herannahen hörten, rechtswidrig und heimtückisch erschossen (siehe unten Nr. 11).

1. DIE ERSTEN „SPRACHREGELUNGEN" DER PARTEI- UND STAATS-DIENSTSTELLEN

a) Einige Rundschreiben BORMANNS

Führerhauptquartier, den 20. 7. 1944, 20.35 Uhr
Reichsleiter M. BORMANN

An alle Gauleiter

Rundschreiben Nr. 2

Eilt sehr! Sofort auf den Tisch!

Der Führer hat angeordnet, daß alle Gauleiter in Verbindung mit ihren zuständigen Polizeiführern alle Personen, die mit dem reaktionären Verbrechergesindel FROMM — HÖPNER — WITZLEBEN — FREIHERR VON STAUFFENBERG im Komplott stehen, sofort festnehmen lassen sollen.

Alle zuständigen Partei-Dienststellen sind von Ihnen entsprechend zu unterrichten, damit keinesfalls verbrecherischen Elementen der Versuch, die Volksführung an sich zu reißen, gelingen kann.
Heil HITLER!
gez. M. BORMANN

Führerhauptquartier, 20. Juli 1944, 21.20 Uhr
Reichsleiter M. BORMANN
An alle Gauleiter

Rundschreiben Nr. 4

Eilt sehr! Sofort auf den Tisch!

1. Zu den Verbrechern, die an dem Mordanschlag gegen den Führer beteiligt sind, gehört auch der General OLBRICHT.

2. Die glückliche Rettung des Führers bedeutet zugleich die Rettung des deutschen Volkes.

Das reaktionäre Verbrechergesindel hat offenbar nach Verabredung mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland in Moskau (General VON SEYDLITZ und GRAF EINSIEDEL) den Anschlag gegen den Führer und die dem Führer treu ergebenen Offiziere inszeniert. Nach Gelingen des Anschlags sollte die vollziehende Gewalt von der Generalsclique FROMM, OLBRICHT, HÖPNER übernommen und danach Frieden mit Moskau geschlossen

werden. Daß dieser sogenannte Frieden das Leben des deutschen Volkes kosten werde, liegt klar auf der Hand.

Das Mißglücken des Anschlages bedeutet damit die Rettung Deutschlands, denn nun sind die auf die verräterischen Generale gesetzten Hoffnungen endgültig zerstört.

Heil HITLER!
gez. M. BORMANN

Führerhauptquartier, den 20. Juli 1944
Reichsleiter M. BORMANN

An alle Gauleiter

Fernschreiben Nr. 5

Ein General BECK will sich die Führung der Staatsgeschäfte anmaßen.

Der ehemalige Feldmarschall VON WITZLEBEN spielt sich als Nachfolger des Führers auf.

Es versteht sich von selbst, daß nationalsozialistische Gauleiter von diesen Verbrechern, die ihrem Format nach ausgesprochene Miniatur-Würstchen sind, sich nicht düpieren lassen und keine Befehle entgegennehmen.

Heil HITLER!
gez. M. BORMANN

Führerhauptquartier, den 21. Juli 1944, 03.40 Uhr
Reichsleiter M. BORMANN
An alle Gauleiter

Rundschreiben Nr. 6

Eilt sehr! Sofort auf den Tisch!

Zunächst nur zu Ihrer eigenen Unterrichtung teile ich mit: Zu Beginn der militärischen Lagebesprechung, die in der Mittagsstunde des vergangenen Tages stattfand, legte einer der nächsten Mitarbeiter des Generaloberst FROMM, ein Oberst GRAF STAUFFENBERG, eine in seiner Aktentasche verborgene Bombe unmittelbar in der Nähe des Führers nieder und entfernte sich dann unauffällig.

Als er die Explosion hörte, nahm GRAF STAUFFENBERG an, sein Attentat sei geglückt. Er flog mit bereitgestellter Maschine nach Berlin, wo daraufhin General OLBRICHT seinen Offizieren bekanntgab, der Führer sei tot und Generale des Heeres hätten die Vollziehende Gewalt übernommen.

Nach dem mißglückten Attentat führte der Führer seine Besprechungen mit dem Duce.

Der Reichsführer-SS, Reichsminister HIMMLER, wurde mit der Führung des Ersatzheeres beauftragt.

In Berlin hatte inzwischen, während RFSS HIMMLER nach Berlin flog, Parteigenosse Dr. GOEBBELS mit nationalsozialistischen Offizieren der Garnison die notwendige Verbindung aufgenommen.

Im Ablauf der von dieser Truppe eingeleiteten Aktion erschoß General BECK sich selbst, andere Offiziere , wie der Attentäter GRAF STAUFFENBERG und General OLBRICHT, wurden erschossen. Reichsführer-SS HIMMLER hat das Ersatzheer, dessen maßgebliche Offiziere von Anfang an gegen die Meuterer standen, fest in der Hand.

Auch von den anderen Truppenteilen und aus der Heimat laufen fortgesetzt die Gelöbnisse der Treue beim Führer ein. Die Aktion der Landesverräter kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Über alle etwaigen weiteren Konsequenzen des mißglückten Putsches werde ich Sie unterrichten.

Heil Hitler!
gez. M. Bormann

Rundschreiben Nr. 7

Führerhauptquartier, den 21. 7. 1944, 11.35 Uhr.
Reichsleiter M. Bormann

An alle Gauleiter

Eilt sehr! Sofort auf den Tisch!

Der Befehlshaber des Ersatzheeres, Reichsminister H. Himmler, bittet Sie dringend, jedes weitere selbständige Vorgehen gegen Offiziere, die unklare Haltung zeigten oder sogar als offene Gegner gewertet werden müssen, abzustoppen.

Der Befehlshaber des Ersatzheeres bittet Sie, ihm Ihre Unterlagen in allen Fällen, die Ihrer Meinung nach bereinigt werden müssen, zuzusenden.

Heil Hitler!
gez. M. Bormann

Führerhauptquartier, den 24. 7. 1944, 04.00 Uhr

Der Leiter der Parteikanzlei
Reichsleiter M. Bormann

An alle
Reichsleiter, Gauleiter, Verbändeführer.

Betrifft: Behandlung der Ereignisse des 20. 7. 1944 in der Öffentlichkeit.

Der Führer wünscht, daß bei der Behandlung der Ereignisse des 20. 7. 1944 sich niemand dazu hinreißen läßt, das Offizierskorps, die Generalität, den Adel oder Wehrmachtsteile in corpore anzugreifen oder zu beleidigen. Es muß vielmehr immer betont werden, daß es sich bei den Teilnehmern des Putsches um einen ganz bestimmten, verhältnismäßig kleinen Offiziersklüngel handelte. Die vom Reichsführer-SS durchgeführte Untersuchung geht ihren ordnungsgemäßen Gang; über ihre Ergebnisse wird zu gebener Zeit berichtet werden.

Für die einwandfreie Haltung des deutschen Heeres war es bezeichnend, daß in sämtlichen Gauen die Wehrmachtsbefehlshaber die auf die Verhaftung der Gauleiter oder Kreisleiter lautenden Befehle des Verräterhaufens nicht ausführten. Sie nahmen im Gegenteil mit den Gauleitern etc. Fühlung auf und betonten die Notwendigkeit engsten Zusammenhaltens zwischen NSDAP und Wehrmacht.

Wird über die Haltung des Verräterklüngels gesprochen, muß also gleichzeitig die einwandfreie Haltung des Heeres wie überhaupt die einwandfreie Haltung der Gesamtwehrmacht betont werden.

Der Führer hat inzwischen betont und klargestellt, daß gerade in besonderer Notzeit innerhalb der Gaue die vollziehende Gewalt nicht an die Wehrmacht oder an irgendwelche einzelnen Generale übergehen kann, sondern sie muß gerade in besonderen Krisen, in Notzeiten unseres Volkes, fester denn je in der Hand des Gauleiters gehalten werden.

Heil Hitler!
gez. M. Bormann

(Aus den Akten des 20. Juli 1944, Bundesarchiv Koblenz)

b) Ansprache Jodls F.H.Qu., den 25. 7. 1944

Ansprache des Chefs WFSt, Gen.-Oberst Jodl,
an die Offiziere und Beamten des WFSt
im Offz.-Heim des Sperrkreises II
am 24. 7. 44, 19.30 Uhr

Der 20. Juli war der schwärzeste Tag, den die deutsche Geschichte bisher gesehen hat, und wird es vielleicht für alle Zukunft bleiben. Bisher war es der 9. November 1918, aber verglichen mit dem soeben Geschehenen war das geradezu noch ein Ehrentag, denn als Entschuldigung für den 9. November kann man anführen, daß damals ein Teil des deutschen Volkes, der gegen den Staat erzogen war und nicht mit ihm in Verbindung stand, zur Revolution schritt. Selbst bei dem italienischen Verrat des Vorjahres kann man noch darauf hinweisen, daß die führenden Persönlichkeiten einen Befehl des Staatsoberhauptes ausführten. Diese Fälle sind also nicht vergleichbar mit der noch ruchloseren Tat des 20. 7., die von Offizieren ausgeführt wurde, welche durch ihren Treueid gebunden waren, die im FHQu ständig ein- und ausgingen, dem Führer die Hand geben durften und von ihm befördert worden sind. Außer in Rußland und in Mexiko ist wohl niemals in der Welt etwas Ähnliches geschehen. Es bleibt einmalig in seiner Ungeheuerlichkeit.

Konnten die Verschwörer, die den Jesuiten nahestanden, den Satz „Der Zweck heiligt die Mittel" für sich anführen? Wollten sie das, dann beweisen sie damit nur eine ungeheuerliche Dummheit und den kleinsten Gesichtskreis. Denn wie wollten sie ihrem Volk nützen? 1918 hat sich bereits gezeigt, was es heißt, einen billigen Frieden zu erhoffen, wenn man das Regime beseitigt. Die feindliche Presse hat bereits ausgeführt, der Militarismus sei mit dem Nazismus gleichzusetzen, er trage diese Verantwortung und könne ihr nicht entschlüpfen. Wie stand es vor der Machtübernahme? Es ist eine uralte Erfahrung, daß, wenn eine große Macht besteht und sie dann noch Organe in den Nachbarstaaten zu ihrer Verfügung hat, sie diese eines Tages zerbricht. Das hat sich in der katholischen Kirche gezeigt, so war es mit den Sowjets und den ihr botmäßigen kommunistischen Parteien in den anderen Ländern. Die Erwartung, daß durch den Putsch eine Anlehnung an die Angelsachsen möglich sein werde, ist unbegreiflich kurzsichtig, wo diese selbst sich gegenüber den Sowjets nicht durchsetzen können. Wäre der Anschlag gelungen, dann hätte vielleicht unter Kämpfen die Ordnung im Innern wiederhergestellt werden können, aber es drohte die Gefahr, daß in der Zwischenzeit die Front zerbrochen wäre.

So also ist die politische und die disziplinäre Seite des Vorgefallenen anzusehen, die menschliche ist noch trauriger. Man möchte vor Scham in den Boden versinken. Es gibt eben seit 1918 nicht mehr das in sich konforme, fest zusammengeschlossene Offizierskorps, das bis dahin bestand und wohl nie von der Reichsgründung an einen einzigen Fall von Landes- oder Hochverrat erlebt hat. Mich betrifft dies besonders schwer, da ich 3 Jahre Mitarbeiter des Gen.-Oberst Beck war und mich persönliche Beziehungen mit dem General Wagner verbanden. Diese Männer wollten nicht nur den Führer beseitigen, sondern auch bedenkenlos ihre Kameraden mit in die Luft sprengen. Jetzt ist es notwendig, die Offiziere, die zum Führer gehen, zu untersuchen und ihre Mappen vorher zu prüfen. Insofern sind die Attentäter noch verruchter als die niederträchtigsten Berufsverbrecher, da bei denen ja irgendwelche Beziehungen zu den Opfern fehlen. Trösten kann allein, daß damit nun die letzten Eiterbeulen aufgebrochen sind. Wo solche zu vermuten waren, ließ sich schon gelegentlich ahnen, aber der Führer ist darüber immer

mit Gutmütigkeit hinweggegangen und hat seine schützende Hand über die Aufdeckung gehalten; so z. B. im Fall des Generals FELLGIEBEL, der schon früher durch Äußerungen aufgefallen war. Der Führer hat dies und anderes ignoriert, und nun wollten die Attentäter ihn als einen Despoten beseitigen. Dabei haben sie selbst erlebt, daß der Führer nicht mit Gewalt zur Macht kam, sondern getragen durch die Liebe des deutschen Volkes. Auch wußten sie aus ihrer Kenntnis, mußten es wissen, daß der höchste und wertvollste Mensch, der nur der Idee diente, an die Spitze getreten sei. Also auch diese Begründung können sie nicht für sich anführen. Ja, selbst wenn es sich um einen Kranken oder einen Verbrecher gehandelt hätte, dann wären, wie der Fall des KÖNIGS LUDWIG II. von Bayern es zeigt, die Schäden auf andere Weise zu heilen gewesen. Wer an der Lage verzweifelt, der mag sich selbst erschießen, aber soll seinen Eid respektieren.

Es hat sich ergeben, daß die Aktion weiter um sich gegriffen hat, als dies vom Führer in seiner Rede angedeutet wurde. Auch solche, die der Wehrmacht nicht angehören, sind beteiligt gewesen. Jetzt aber wird eine Generalabrechnung 100prozentig durchgeführt. Mitleid ist nicht angebracht, und die Zeit für Laue ist vorbei. Rücksichtsloser Haß allen denen, die entgegenwirken! Dies empfinde auch ich.

Die Attentäter mögen ferner gedacht haben, daß es sich bei der Umgebung des Führers um Streber und knechtische Naturen handle. Wie war das wirklich? Ich z. B. bin herangezogen worden, obwohl ich die Bewegung vor 1933 wenig gekannt habe und nichts für sie tun konnte, da ich eben Soldat war. Ich bin vielmehr gegen jede Auflockerung der Disziplin gewesen, gebunden durch den Eid, den ich dem Reichspräsidenten geleistet hatte *. Allerdings sind meine Ziele im großen die Ziele der Bewegung gewesen, da ich immer national, sozial und antikatholisch gedacht habe und Treue und Gehorsam für mich die Grundlagen des Lebens waren. Somit erledigt sich auch dieser Gedankengang.

Nach der Ausmerzung alles Faulen kommt es darauf an, den verbleibenden Rest zusammenzuschließen. Wir müssen uns eingestehen, daß das Volk sich besser als jene Offiziere gehalten hat, obwohl es mehr zu erdulden hatte als die Täter. Jetzt flammt der Widerstandswille hell auf: unter dem Eindruck dessen, was an der Ostgrenze Ostpreußens geschieht, kann man wirklich von einem Aufbruch des Volkes sprechen. Der Reichskommissar hat die Bevölkerung mitgerissen, die nun vom Universitätsprofessor bis zum 15jährigen Jungen großartige Leistungen vollbringt. Daher werden wir gestärkt in der Hoffnung, daß wir auch durch diese Krise, die nicht schlimmer vorstellbar ist, hindurchkommen werden. Ich hege die Erwartung, daß unter all den Offizieren, denen ich in die Augen zu schauen habe, sich nicht ein Lauer befindet. Ich bin überzeugt, daß wir diese Lage durchstehen werden, aber selbst, wenn uns das Glück nicht hold sein sollte, dann müßten wir entschlossen sein, uns als die Letzten mit der Waffe um den Führer zu scharen, damit wir vor der Nachwelt gerechtfertigt sind. Für uns ältere ist das leichter als für die jüngeren unter uns, aber das ändert nichts daran, daß wir vor der Geschichte und vor der Ewigkeit zu bestehen haben.

(Aufzeichnung im Kriegstagebuch WFSt — Photokopie im Staatsarchiv Nürnberg)

c) Ein Telegramm RIBBENTROPS

Telegramm
(G-Schreiber)
Sonderzug, den 24. Juli 1944, 23.15 Uhr
Ankunft, 25. Juli 1944, 4.15 Uhr
Nr. 1605 vom 24. 7.

* Ein Eid auf den Reichspräsidenten wurde niemals geleistet, — nur auf die Verfassung.

An alle diplomatischen Missionen
Tel. i. Ziff. (Geh. Ch. V.)

Zu Ihrer Information

1.) Der auf den Führer verübte Mordanschlag, der von einem dazu ausersehenen geistig minderwertigen Subjekt in Oberstenuniform ausgeführt wurde, ist das Resultat einer infantilen Verschwörung einiger weniger, wegen Unfähigkeit verabschiedeter und sich dadurch zurückgesetzt fühlender Generäle. Der Attentäter sowie die hinter ihm stehende kleine Clique von Verschwörern sind bereits wenige Stunden nach dem Attentat in Berlin verhaftet worden. Sie haben sich z. T. sofort selbst das Leben genommen, z. T. sind sie von den über diesen Hoch- und Landesverrat aufs äußerste erregten Soldaten des Wach- und Lehrregiments des Heeres sofort niedergemacht oder füsiliert worden. Zur Austilgung der gesamten lächerlichen Verschwörergilde hat also ein Häuflein braver Soldaten genügt. Der ganze Spuk ist damit beseitigt. Zu irgendwelchen Widerständen, Schwierigkeiten oder Unruhen ist es weder im Reich, noch in den vom Reich kontrollierten Gebieten in Europa gekommen.

2.) Es steht fest, daß die verbrecherischen Generäle versucht haben, sich sowohl im Staatsapparat als auch im Heere eine Organisation zu schaffen. Dieser von vornherein völlig hoffnungslose Versuch ist aber mit so primitiven Methoden unternommen worden, daß daher auch die von den Verbrechern unter Mißbrauch einiger Amtspersonen in Berlin an bestimmte Stellen im In- und Ausland gegebenen Weisungen damit beantwortet wurden, daß diese Stellen sofort von dem Komplott pflichtgemäß Meldung machten und damit wesentlich zur schnellen Beseitigung jeder mit demselben in Zusammenhang stehenden Person beitrugen. —

Trotzdem ist zu sagen, daß diese verräterischen und verbrecherischen Generäle ihre Verbindungen, die sie zu bestimmten Wehrmachtskreisen und insbesondere zum Generalstab hatten, dazu ausgenutzt haben, um ihre feige und defaitistische Einstellung zu verbreiten, schwache Charaktere damit anzustecken und in ihre Intrige- und Sabotageabsichten hineinzuziehen. Durch die seltene Dummheit und Ungeschicklichkeit dieser Verbrecher sind der deutschen Führung die genauen Listen der mit dieser Affaire auch nur im entferntesten zusammenhängenden Persönlichkeiten restlos in die Hand gefallen. Dies wird der Führer nunmehr zum Anlaß nehmen, um diese Elemente auszurotten und auch sonstige Personen, die nicht hart und kompromißlos entschlossen sind, diesen Krieg bis zum Endsieg durchzukämpfen und alles hierfür einzusetzen, ein für allemal aus allen irgendwie führenden Stellen der Wehrmacht zu entfernen. —

Dieser Prozeß ist bereits in der Durchführung und wird binnen kurzem abgeschlossen sein.

3.) Nachdem die Vorsehung uns den Führer wie durch ein Wunder — denn die Bombe platzte dicht neben ihm und verletzte leider eine größere Anzahl der ihn umgebenden Offiziere schwer, während der Führer fast völlig unverletzt blieb — erhalten hat, werden sich die Folgen dieses Attentats für Deutschland und seinen Existenzkampf im Endergebnis als besonders segensreich auswirken, denn 1. es wird durch die jetzt durchgeführte Säuberung der Wehrmacht von allen nicht absolut starken, harten und zuverlässigen Männern in führenden Positionen nunmehr die Geschlossenheit von Führung und Soldaten eine noch ganz andere werden, als sie bisher war, und es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß gewisse Erscheinungen in der Höheren Führung, die sich dann und wann in der Vergangenheit in harten Situationen bemerkbar gemacht und zu den Rückschlägen geführt hatten, nunmehr endgültig und restlos verschwinden wer-

den. Damit wird die deutsche Wehrmacht ihre geschichtliche Widerstandsfähigkeit und Schlagkraft, die die Truppe in den vergangenen Jahren und bis zum heutigen Tage zu gewaltigen Leistungen befähigte und die nur vorübergehend durch das Versagen einiger militärischer Führungsstäbe in kritischen Situationen beeinträchtigt wurde, erst in vollem Umfang wiedergewinnen und sie damit in die Lage versetzen, die Leistungen zu vollbringen, die uns den Endsieg sichern werden.

4.) Das deutsche Volk sieht in der wunderbaren Errettung des Führers aus höchster Gefahr ein Zeichen der Vorsehung, die wünscht, daß der Führer sein Werk der Erschaffung und Sicherung des Großdeutschen Reiches siegreich zu Ende führe, und schart sich daher — wenn dies überhaupt noch möglich ist — nur noch um so enger und treuer um ihn. Spontane und begeisterte Kundgebungen aus allen Teilen des Reiches und unzählige sonstige Beweise der Treue und der Freude über den Ablauf der Ereignisse gehen täglich und stündlich im Hauptquartier ein. Der Attentäter und die hinter ihm stehende verräterische Generalsclique und auch die mit diesen Verbrechern zusammenhängenden feindlichen Elemente haben also mit dem Anschlag auf den Führer genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten, d. h.: nicht eine Schwächung des Widerstands- und Kampfwillens des deutschen Volkes und der deutschen Wehrmacht, sondern eine zusätzliche besondere Stärkung der deutschen Kraft in dem jetzigen harten Existenzkampf. —

5.) Es ist kein Zweifel, daß die Feindpropaganda versuchen wird, wie dies aus Veröffentlichungen hervorgeht, dieses Attentat für ihre propagandistischen Machenschaften nach jeder Richtung hin auszunutzen. Dieses Geschwätz wird am besten durch die kommenden Tatsachen der nunmehr erst wirklich erfolgenden Totalisierung des Krieges in Deutschland und in allen von ihm kontrollierten Teilen Europas widerlegt werden. Damit Sie aber in der Lage sind, schon jetzt dieser Feindpropaganda entgegenzutreten, habe ich Sie über die wahren Ursachen und Umstände informiert. Ich bitte daher, das Ihnen Obengesagte entsprechend zu verwenden und sämtliche Missionsangehörige von diesem Telegramm in Kenntnis zu setzen.

6.) Zu Ihrer weiteren Orientierung über die allgemeine politische und militärische Lage sowie zu Ihrer Sprachregelung führe ich noch folgendes an: Das gesamte deutsche Volk ist sich mit seiner Führung darin voll und ganz einig, daß dieser Krieg bis zu einer klaren und siegreichen Entscheidung gegenüber unseren Feinden — und zwar koste es, was es wolle — durchgeführt werden wird. Ein Kompromiß kommt für uns überhaupt nicht in Frage. — . . .

RIBBENTROP

(Aus den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn)

2. VERNEHMUNGSMETHODEN DER GESTAPO

a) Aus einer Anweisung des Gestapochefs MÜLLER

Die schriftlichen Weisungen für die „verschärften Vernehmungen" durch die Gestapo, wie sie auch gegenüber den Männern des 20. Juli angewendet wurden, sind im Original erhalten geblieben, da nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes ein großer Teil der Gestapo-Akten sichergestellt werden konnte. Sie stammen von dem berüchtigten Chef der Sicherheitspolizei und des SD, MÜLLER, und enthalten unter dem Datum des 12. Juni 1942 als „geheime Reichssache" eine „Neuregelung" der Gestapo-Vernehmungsmethoden folgenden Inhalts:

„1. Verschärfte Vernehmung darf nur angewandt werden, wenn auf Grund des Vorermittlungsergebnisses festgestellt ist, daß der Häftling über wichtige staats- oder rechtsfeindliche Sachverhalte, Verbindungen oder Planungen Auskunft geben kann, seine Kenntnisse aber nicht preisgeben will und diese im Ermittlungswege nicht feststellbar sind.

2. Die verschärfte Vernehmung darf unter dieser Voraussetzung nur angewendet werden gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher, Saboteure, Terroristen, Angehörige der Widerstandsbewegungen, Fallschirmagenten, Asoziale, polnische oder sowjetrussische Arbeitsverweigerer oder Bummelanten.

In allen übrigen Fällen bedarf es grundsätzlich meiner vorherigen Genehmigung.

3. Zur Herbeiführung von Geständnissen über eigene Straftaten darf die verschärfte Vernehmung nicht angewendet werden. Ebenso darf dieses Mittel nicht angewendet werden gegenüber Personen, die zeitweilig von der Justiz zwecks weiterer Ermittlungen überstellt worden sind. Ausnahmefälle bedürfen ebenfalls meiner vorherigen Genehmigung.

4. Die Verschärfung kann je nach der Sachlage u. a. bestehen in:
einfachste Verpflegung (Wasser und Brot),
hartes Lager,
Dunkelzelle,
Schlafentzug,
Ermüdungsübungen,
aber auch in der Verabreichung von Stockhieben (bei mehr als 20 Stockhieben muß ein Arzt zugezogen werden)."

(Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Nürnberg 1948/49, Bd. 27, S. 326/27)

Diese Gestapo-Anweisung wird von Eugen Budde und Peter Lütsches folgendermaßen kommentiert:

„In der Verfügung des Gestapochefs Müller über die verschärften Vernehmungen ist der Ausdruck „Verschärfung je nach Sachlage unter anderem" besonders bemerkenswert. Diese Bestimmung öffnete der Willkür und dem Sadismus der Gestapo-Vernehmungsspezialisten Tür und Tor. Zum Schlafentzug gehörten z. B. die unaufhörlichen Vernehmungen besonders in der Nacht, die Stunden um Stunden dauerten und bei Ermüdung des vernehmenden Gestapobeamten von einem anderen fortgesetzt wurden. Der Vernehmungsbeamte saß, der Häftling mußte stehenbleiben, bis er zusammenbrach. Nach kurzer Pause und einem Guß mit kaltem Wasser wurde die Vernehmung fortgesetzt. Die Ermüdungsübungen bestanden u. a. im Entzug der Liegestelle in der Zelle, in welcher manchmal nicht einmal ein Schemel verblieb. Eine von der Gestapo beliebte Tortur bestand in Serien von Kniebeugen. Stockhiebe wurden systematisch ausgeteilt, wenn der Häftling bei seiner Vernehmung „verstockt" geblieben war. Dem absichtlich kargen Essen wurden Drogen zur Erschlaffung der Nerven- und Willenskraft beigemischt.

Solchen Methoden des „dritten Grades" wurden die Häftlinge der Widerstandsgruppen des 20. Juli unterworfen, um bei den Hauptverhandlungen der Prozesse den gewünschten Effekt zu erzielen. Andere Methoden des dritten Grades waren Folterungen, die nicht beschrieben werden können ..."

Besonders raffiniert und nicht etwa als ein Rest von Humanität zu betrachten ist das in Ziffer 3 enthaltene „Verbot", die „verschärfte Vernehmung" nicht „zur Herbeiführung

von Geständnissen über eigene Straftaten" durchzuführen. Die kundigen Gestapo-Vernehmungsbeamten hielten sich wörtlich daran und wandten die verschärfte Vernehmung dem einzelnen Häftling gegenüber lediglich an, um sich über die Handlungen der anderen Häftlinge zu informieren. Erst zum Schluß, nach völliger körperlicher Erschöpfung, wurde der Vernommene über seine eigenen Handlungen befragt. Aus dieser Methodik der Gestapo-Voruntersuchung erklärt es sich auch, daß die in verschiedene Hauptverhandlungen aufgespaltenen Prozesse gegen die verschiedenen Widerstandsgruppen des 20. Juli zeitlich auseinandergezogen wurden und daß einige Todesurteile erst längere Zeit nach der Urteilsverkündung vollstreckt wurden."

(Eugen Budde und Peter Lütsches, Der 20. Juli, Düsseldorf 1952, S. 33 ff.)

b) Aus dem Haftbericht des Bischofs Hanns Lilje

Als die bei weitem traurigste und niederdrückendste Menschengruppe in unserem Verließ erschienen mir zuerst die Wachmannschaften. Es waren volksdeutsche SS-Leute aus Siebenbürgen, der Batschka und andern balkanischen Gegenden. Die meisten waren noch erstaunlich jung, einige eben erst 18 oder 19 Jahre alt. Ihr Deutsch war meist mangelhaft, etliche sprachen es überhaupt nur gebrochen; in was für erstaunlichen sprachlichen Wendungen habe ich mich von ihnen anbrüllen lassen müssen! . . .

Sie waren eigens, um uns Staatsverbrecher zu bewachen, aus der Front zurückgezogen, man hatte ihnen aufgetragen, mit diesen Verrätern nicht sanft umzugehen, und sie haben das Ihre getan, um diesem Geheiß wörtlich zu folgen. Nun war es den meisten einfach zu Kopf gestiegen, daß sie als junge Soldaten Generäle und Professoren kommandieren und dabei allen unterdrückten subalternen Komplexen freien Lauf lassen konnten.

Wenn ich die durchs Leid geprägten Gesichter der Mitgefangenen sah, lauter Persönlichkeiten, die im Leben hohe Verantwortung zu tragen gewohnt waren, und dazu die vollendete Würde wahrnahm, mit der sie ihr Geschick trugen, dann konnte ich nie dem Eindruck wehren, hier sei eine geisterhafte Verwechslung geschehen, die Rollen seien dämonisch vertauscht, eigentlich müßten Gefangene und Wächter die Plätze wechseln. Oder war das ganze auch nur die symbolhafte Selbstenthüllung einer politischen Ordnung, die unmittelbar vor dem Zerfall stand?

(Lilje, Hanns, Im finstern Tal, Nürnberg, Lätare-Verlag 1948, S. 26 f.)

c) Ein Zeugnis von Dr. Hans Fritzsche

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, nach 16 Jahren in das Zuchthaus Tegel hineinzusehen. Keiner der Beamten wußte etwas von den Insassen vom 20. Juli 1944. Sie machen sich heute darüber Gedanken, wie sie mit den eingesperrten Verbrechern fertig werden und einen Teil von ihnen für die menschliche Gesellschaft vielleicht retten könnten. Hier also saßen wir damals. Aber wen von uns hätte je die Gewißheit verlassen, daß wir uns in bester Gesellschaft befanden? Fast täglich wurde einer abgeholt, den wir dann beim „Rundgang" nie wieder sahen.

Über die Männer, die in Tegel eingesperrt waren, berichtet Bischof Lilje in seinem Bändchen „Im finstern Tal". Ich will einiges, was mir unvergeßlich bleibt, ergänzen. Nach einem unserer kurzen Rundgänge im Gefängnishof mußten wir in Linie zu drei Gliedern antreten, um einige Anweisungen des Wärters anzuhören. Neben mir stand ein sehr alter Herr mit Generalstabshosen, der im Begriff war, vor körperlicher Schwäche umzufallen.

Ich hielt ihn fest und sagte: „Wenn sie uns auch hängen wollen, jetzt müssen wir aufrecht stehen." Darauf richtete sich der alte Herr wieder empor. Danach wurde ich von hinten leicht angestoßen, und ich hörte die leise Stimme des Herrn VON LÜNINCK: „FRITZSCHE, was sie mit uns machen, ist gleichgültig! Aber was wird aus Deutschland?"

Eines Tages höre ich in der Zelle neben mir, wie eine Männerstimme sang. Zuerst leise, dann immer lauter: „Ein' feste Burg ist unser Gott ..." Es war Reformationstag. Der Sänger war Dr. EUGEN GERSTENMAIER, der uns auf diesen Tag aufmerksam machte.

Wie oft hatten wir dieses Lied in unserem Leben gesungen. Jetzt erst, so schien es mir, offenbarte es den tiefsten Sinn. Dieses Lied an diesem Tag aus einem tapferen Herzen des Kameraden, war ein großer Trost für alle, die es hören konnten.

Als wir wieder einmal angetreten waren, schüttelte der Wärter den Kopf und sagte leise vor sich hin: „Aber das sind doch alles brave und anständige Menschen!" Am rechten Flügel stand groß und aufrecht GRAF HELMUT VON MOLTKE. Er erinnerte mich an den Vordersten der „Bürger von Calais" von RODIN. Er hatte die Angst überwunden und war bereit ...

(Schriftliche Aufzeichnungen)

d) Die Aussage FABIAN VON SCHLABRENDORFFS

Eines Nachts wurde ich aus meiner Zelle zur Vernehmung geholt. Im Vernehmungszimmer befanden sich mehrere Personen. Man machte mich darauf aufmerksam, es sei jetzt die letzte Gelegenheit zu einem Geständnis. Als ich an meinem bisherigen Leugnen festhielt, griff man zu Mitteln der Folterung. Diese Folterung wurde in vier Stufen vollzogen. Während dieser unmenschlichen Prozedur gefielen sich alle Beteiligten in höhnenden Zurufen. Die erste Folterung endete mit meiner Ohnmacht. Keine Gewaltmaßnahme verleitete mich dazu, ein Wort des Geständnisses oder den Namen eines meiner Gesinnungsfreunde zu nennen. Nachdem ich die Besinnung wiedererlangt hatte, wurde ich in meine Zelle geführt. Die Wachbeamten empfingen mich mit unverkennbaren Ausdrücken des Mitleids und des Schauderns. Am folgenden Tag bekam ich eine Herzattacke. Der Gefängnisarzt wurde herbeigeholt. Voll Argwohn, aber unfähig, etwas dagegen zu tun, ließ ich seine Behandlung über mich ergehen. So lag ich mehrere Tage, bis ich wieder in der Lage war, das Bett zu verlassen und mich zu bewegen. Die Folge der Wiederherstellung meiner Gesundheit war eine Wiederholung der Folterung.

(FABIAN VON SCHLABRENDORFF: Offiziere gegen HITLER, Fischer-Bücherei, Frankfurt — Hamburg 1959, S. 162)

3. HAFTBERICHT AUS DEM TEGELER GEFÄNGNIS

Von Pfarrer DIETRICH BONHOEFFER

Die Aufnahmeformalitäten wurden korrekt erledigt. Ich wurde für die erste Nacht in eine Zugangszelle eingeschlossen; die Decken auf der Pritsche hatten einen so bestialischen Gestank, daß es trotz der Kälte nicht möglich war, sich damit zuzudecken. Am nächsten Morgen wurde mir ein Stück Brot in die Zelle geworfen, so daß ich es am Boden auflesen mußte. Der Kaffee bestand zu einem Viertel aus Kaffeesatz. Von außen

drangen in meine Zelle zum erstenmal jene wüsten Beschimpfungen der Untersuchungsgefangenen durch das Personal, die ich seither täglich von morgens bis abends gehört habe. Als ich mit den anderen Neueingelieferten anzutreten hatte, wurden wir von einem Schließer als Strolche etc. etc. tituliert, jeder wurde nach dem Grund seiner Verhaftung gefragt: als ich sagte, daß mir dieser nicht bekannt sei, antwortete der Schließer höhnisch lachend: „Den werden Sie schon bald genug erfahren!" Es dauerte ein halbes Jahr, bis ich einen Haftbefehl erhielt. Beim Durchgehen der verschiedenen Büros wollten gelegentlich Unteroffiziere, die meinen Beruf erfahren hatten, sich kurz mit mir unterhalten. Es wurde ihnen bedeutet, daß niemand mit mir sprechen dürfe. Während des Badens tauchte plötzlich ein mir unbekannt gebliebener Unteroffizier auf und fragte mich, ob ich Pastor N. kenne; als ich dies bejahte, rief er: „Das ist ein guter Freund von mir" und verschwand wieder. Ich wurde in die abgelegenste Einzelzelle auf dem obersten Stock gebracht; ein Schild, welches jedem den Zutritt ohne besondere Genehmigung verbot, wurde angebracht. Es wurde mir mitgeteilt, daß mein Schriftverkehr bis auf weiteres gesperrt sei, daß ich nicht, wie alle anderen Häftlinge, eine halbe Stunde des Tages ins Freie dürfe, worauf ich der Hausordnung gemäß einen Anspruch habe. Ich erhielt weder Zeitungen noch Rauchwaren. Nach 48 Stunden wurde mir meine Bibel zurückgegeben. Sie war darauf untersucht worden, ob ich Säge, Rasiermesser etc. eingeschmuggelt hatte. Im übrigen öffnete sich die Zelle in den nächsten zwölf Tagen nur zum Essensempfang und zum Heraussetzen des Kübels. Es wurde kein Wort mit mir gewechselt. Ich blieb ohne Mitteilung über Grund und Dauer meiner Haft. Wie ich aus Bemerkungen entnahm und wie sich auch bestätigte, war ich auf der Abteilung für die schwersten Fälle untergebracht, wo die zum Tode Verurteilten und an Händen und Füßen Gefesselten lagen.

In der ersten Nacht in meiner Zelle konnte ich wenig schlafen, da in der Nebenzelle ein Häftling mehrere Stunden hintereinander laut weinte, ohne daß sich jemand darum kümmerte. Ich glaubte damals, das würde auch zu den allnächtlichen Erlebnissen gehören; es hat sich jedoch in all den folgenden Monaten nur noch einmal wiederholt. Von dem eigentlichen Betrieb im Hause bekam ich in diesen ersten Tagen völliger Isolierung nichts zu sehen; nur aus dem fast ununterbrochenen Schreien der Schließer formte ich mir ein Bild von den Vorgängen. Der wesentliche Eindruck, der bis heute derselbe geblieben ist, bestand darin, daß hier der Untersuchungshäftling bereits als Verbrecher behandelt wird und daß praktisch für den Gefangenen keine Möglichkeit besteht, sich bei ungerechter Behandlung zu seinem Recht zu verhelfen. Später hörte ich mehrfach Gespräche von Schließern, in denen sie ganz unverblümt sagten, bei einer eventuellen Meldung eines Gefangenen über ungerechte Behandlung oder gar darüber, geschlagen worden zu sein — was an sich streng verboten ist — würde man doch niemals dem Gefangenen, sondern immer ihnen glauben, zumal sich immer ein Kamerad finden werde, der unter Eid für sie aussagen würde; ich habe auch von Fällen erfahren, in denen diese üble Praktik befolgt worden ist . . .

Gesamtbehandlung: Tonangebend sind diejenigen Schließer, die den Gefangenen gegenüber den übelsten und brutalsten Ton anschlagen. Der ganze Bau hallt von wüsten Schimpfworten ehrenrühriger Art, so daß auch ruhigere und gerechtere Schließer sich davon angeekelt fühlen; aber sie können sich kaum durchsetzen. Gefangene, die später freigesprochen werden, müssen sich hier während monatelanger Untersuchungshaft wie Verbrecher beschimpfen lassen und sind allem völlig wehrlos ausgeliefert, da Beschwerdemachen des Gefangenen rein theoretisch ist. Private Besitzverhältnisse, Zigaretten, Versprechungen für später spielen eine erhebliche Rolle. Der kleine Mann ohne Beziehungen

etc. muß alles über sich ergehen lassen. Dieselben Leute, die sich an anderen Gefangenen austoben, begegnen mir mit kriecherischer Höflichkeit. Versuche, mit ihnen ein vernünftiges Wort über die Behandlung aller anderen Gefangenen zu sprechen, scheitern daran, daß sie im Augenblick alles zugeben, aber eine Stunde später dieselben wie vorher sind. Ich darf nicht unterlassen zu sagen, daß auch eine Anzahl der Schließer ruhig, sachlich und nach Möglichkeit freundlich mit den Gefangenen umgeht; aber sie bleiben meist in untergeordneten Posten ...

Licht: In den Wintermonaten mußten die Gefangenen oft mehrere Stunden lang im Dunkeln sitzen, da aus Trägheit des Personals das Licht in den Zellen nicht eingeschaltet wurde. Wenn die Gefangenen, denen das Recht auf Beleuchtung zusteht, sich in solchen Fällen durch Herausstecken der Fahne oder durch Klopfen bemerkbar machten, wurden sie vom Personal wütend angeschrien, und das Licht wurde bis zum nächsten Tag nicht eingeschaltet. Auf die Pritschen durften sich die Gefangenen erst beim Zapfenstreich legen, so daß sie die Stunden bis dahin völlig im Dunkeln sitzen müssen. Das ist innerlich sehr zermürbend und erzeugt nur Bitterkeit.

Alarme: Luftschutzkeller gibt es für die Gefangenen nicht. Es wäre bei den vorhandenen Arbeitskräften eine Kleinigkeit gewesen, hierfür rechtzeitig Sorge zu tragen. Nur für die Leitung des Hauses wurde ein Befehlsbunker angelegt. Im übrigen werden bei Alarmen nur die Gefangenen des obersten Stockwerkes in die Erdgeschoßzellen mit eingeschlossen. Auf meine Frage, warum nicht auch die Insassen des zweiten Stocks auf den ersten gebracht wurden, wurde geantwortet, das mache zuviel Arbeit. Ein Sanitätsbunker existiert nicht. Als nach einem schweren Angriff das Revier gebrauchsunfähig wurde, konnte erst nach dem Beschuß mit dem Verbinden der Verletzten begonnen werden. Das Schreien und Toben der eingeschlossenen Gefangenen bei einem schweren Angriff, die zum Teil wegen geringfügiger Vergehen oder gar unschuldig hier sitzen, vergißt derjenige nie, der es erlebt hat. 700 Soldaten werden hier schutzlos den Gefahren eines Bombenangriffs ausgesetzt.

Einzelnes: Die einzige Möglichkeit für den Gefangenen, in dringenden Fällen mit dem Personal in Verbindung zu treten, besteht im Herausstecken der Fahne. Diese bleibt oft stundenlang unbeachtet bzw. schiebt ein vorbeigehender Schließer die Fahne einfach wieder zurück, ohne sich nach dem Wunsche des Gefangenen zu erkundigen. Klopft der Gefangene dann an die Tür, so ergeht eine Schimpfkanonade über ihn. Meldet sich außerhalb der Behandlungszeit ein Gefangener krank, so macht er dadurch dem Personal besondere Umstände und wird dementsprechend meist wütend angefahren; nur mit großen Schwierigkeiten kann er es erreichen, daß er ins Revier geführt wird. Ich habe zweimal erlebt, wie Gefangene mit Fußtritten ins Revier gestoßen wurden; der eine von ihnen hate eine akute Blinddarmentzündung und mußte sofort ins Lazarett überführt werden, der andere hatte einen lang anhaltenden Weinkrampf. — Sämtliche Untersuchungshäftlinge, auch die mit den geringsten Straftaten, werden mit Fesseln zur Vernehmung und Verhandlung vorgeführt; für einen Soldaten in Uniform bedeutet das eine schwere Kränkung und wirkt bei der Vernehmung bedrückend. — Die Fouriere, die sowohl die Kübel entleeren wie die Verpflegung austeilen müssen, erhalten zum Waschen dieselbe geringe Seifenmenge, die schon für die gewöhnlichen Häftlinge kaum ausreicht.

(Aus „Widerstand und Ergebung". Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft von DIETRICH BONHOEFFER. Chr. Kaiser Verlag, München, 1952, S. 84 ff.)

4. TOTENAUSGRABUNG UND SIPPENHAFT

Eine der umstrittensten Maßnahmen HITLERS war die Durchführung der sogenannten Sippenhaft. Auf seinen persönlichen Befehl wurden alle Namensträger der Hauptbeteiligten festgenommen. Im Falle der Familie STAUFFENBERG saß nicht nur die gräfliche, sondern auch die freiherrliche Linie, die vor mehreren Generationen einen gemeinsamen Ahn hatten, hinter Schloß und Riegel. Alter und Geschlecht waren gleichgültig.

Unter ihnen waren mindestens ein Dutzend Frauen über 70 Jahre. Die Kinder wurden bis zu einem bestimmten Alter der NSV übergeben. Von welchem Haß HITLERS Befehle diktiert waren, zeigt der Fall des weiblichen Flugkapitäns MELITA SCHILLER, Trägerin des Eisernen Kreuzes. Sie war die Schwägerin des Attentäters und Ehefrau des GRAFEN ALEXANDER STAUFFENBERG. Wie ihr Mann, hatte sie keine Ahnung von den Vorbereitungen zum Attentat. Nacht für Nacht flog sie vom Flughafen Gatow bei Berlin schwierigste Versuchsflüge für die Entwicklung eines Landegerätes, das Bruchlandungen der Nachtjäger verhindern sollte. Trotzdem hielt man sie monatelang in Sippenhaft. Auf Vorschlag KALTENBRUNNERS hatte sich HIMMLER entschlossen, sämtliche Sippenhäftlinge für die Dauer des Krieges in die Bauden des Riesengebirges bringen zu lassen. Die Durchführung war in vollem Gange, als die Offensive der Roten Armee im Januar 1945 diesen Plan zunichte machte.

Über die ideologische Begründung der Sippenhaft gibt der folgende Auszug aus der Rede HIMMLERS vor den Gauleitern am 3. 8. 1944 in Posen Auskunft:

Sie (OLBRICHT, GRAF STAUFFENBERG, MERZ VON QUIRNHEIM und v. HAEFTEN) wurden so schnell eingegraben, daß die Herrn mit dem Ritterkreuz eingegraben wurden. Sie wurden dann am anderen Tag ausgegraben, und es wurde noch einmal richtig festgestellt, wer es war. Ich habe dann den Befehl gegeben, daß die Leichen verbrannt wurden und die Asche in die Felder gestreut wurde. Wir wollen von diesen Leuten, auch von denen, die jetzt hingerichtet werden, nicht die geringste Erinnerung in irgendeinem Grabe oder an einer sonstigen Stätte haben. Der Reichsmarschall meinte sehr richtig: Über den Acker ist zu anständig, streuen Sie sie über die Rieselfelder . . .

. . . Dann werden wir . . . hier eine absolute Sippenhaft einführen. Wir sind danach schon vorgegangen und haben danach schon gehandelt . . .

Es soll uns ja niemand kommen und sagen: das ist bolschewistisch, was Sie da machen. Nein, nehmen Sie es mir nicht übel, das ist gar nicht bolschewistisch, sondern sehr alt und bei unseren Vorfahren gebräuchlich gewesen. Sie brauchen bloß die germanischen Sagas nachzulesen. Wenn sie eine Familie in die Acht taten und für vogelfrei erklärten oder wenn eine Blutrache in der Familie war, dann war man maßlos konsequent. Wenn die Familie vogelfrei erklärt wird und in Acht und Bann getan wird, sagten sie: Dieser Mann hat Verrat geübt, das Blut ist schlecht, da ist Verräterblut drin, das wird ausgerottet. Und bei der Blutrache wurde ausgerottet bis zum letzten Glied in der ganzen Sippe. Die Familie GRAF STAUFFENBERG wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied. (Beifall) Denn das muß ein einmaliges warnendes Beispiel sein.

Außerdem wird man dann allen in Deutschland freistellen, die STAUFFENBERG heißen, überhaupt allen, die unglückseligerweise Namen tragen, die in diesen Verratsprozeß verwickelt sind, daß sie beantragen können, ihren Namen zu ändern, weil man ihnen nicht zumuten kann, den Namen eines Schuftes und Verräters weiter zu tragen.

Wir werden aber — und das ist sehr wichtig — bei all den Familien, von denen ein Glied maßgeblich an dieser Verschwörung und an dieser Untreue und Meuterei beteiligt war, ihr Eigentum, ihren Grundbesitz einziehen, ihnen den nehmen . . .

(Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1953, S. 382 ff.)

5. DER „EHRENHOF DES HEERES"

Um die Aburteilung der Offiziere vor dem Volksgerichtshof juristisch zu ermöglichen, hatte HITLER die Errichtung eines „Ehrenhofes des Heeres" befohlen mit dem Zweck, sie durch Ausstoßung aus der Wehrmacht zu Zivilisten zu machen. Unter dem Vorsitz des Generalfeldmarschalls VON RUNDSTEDT, unter Beteiligung KEITELS, GUDERIANS und anderer höherer Militärs vollzog sich ein ungewöhnlicher Vorgang. Ohne daß auch nur einer der beschuldigten Offiziere vorgeführt wurde, d. h. Gelegenheit zur Verteidigung hatte, hat sie dieses militärische „Ehrengericht" auf Grund eines bloßen Auszugs aus der kriminalistischen Ermittlungsakte innerhalb weniger Minuten aus der Wehrmacht ausgestoßen oder entlassen.

Hierüber gibt die folgende amtliche Liste genaue Auskunft:

Durch den Führer wurden auf Vorschlag des Ehrenhofes des Heeres aus der Wehrmacht ausgestoßen:

Am 4. August 1944

1. VON WITZLEBEN, ERWIN, Gen.-Feldmarschall, am 8. 8. zum Tode verurteilt,
2. FELLGIEBEL, ERICH, Gen. d. Nachr.-Truppe, am 10. 8. zum Tode verurteilt,
3. VON HASE, PAUL, Gen.Lt., Kommandant von Berlin, am 8. 8. zum Tode verurteilt,
4. STIEFF, HELLMUTH, Gen.Major, Chef Org. Abt., am 8. 8. zum Tode verurteilt,
5. VON TRESCKOW, HENNING, Gen.Major, Chef Gen.St. 2. Armee, gefallen,
6. HANSEN, GEORG, Oberst i. G., Abt.Chef OKW/Ausl. am 10. 8. zum Tode verurteilt,
7. BERNARDIS, ROBERT, Oberstlt. i. G., AHA/Stab, am 8. 8. zum Tode verurteilt,
8. HAYESSEN, EGBERT, Major i. G., AHA/Stab, am 15. 8. zum Tode verurteilt,
9. KLAUSING, FRIEDR. KARL, Hauptmann, AHA/Stab (2) Mitarbeiter, am 8. 8. zum Tode verurteilt,
10. GRAF V. D. SCHULENBURG, FRITZ-DIETLOFF, Oberlt. d. R., am 10. 8. zum Tode verurteilt,
11. VON HAGEN, ALBRECHT, Oberlt. d. R., 02, 10. Pz.Div., am 8. 8. zum Tode verurteilt,
12. GRAF YORCK VON WARTENBURG, PETER, Lt. d. R., am 8. 8. zum Tode verurteilt,
13. OLBRICHT, FRIEDRICH, Gen. d. Inf., Chef des AHA, am 20. 7. standrechtlich erschossen,
14. GRAF VON STAUFFENBERG, CLAUS, Oberst i. G., OKH, BdE Chef des Stabes, am 20. 7. standrechtlich erschossen,
15. MERZ VON QUIRNHEIM, ALBRECHT, Oberst i. G., AHA/Stab, am 20. 7. standrechtlich erschossen,
16. VON HAEFTEN, WERNER, Oberlt. d. R., Ord.Offz. b. BdE, am 20. 7. standrechtlich erschossen,

17. Beck, Ludwig, Gen. Oberst a. D., zul. Chef des Gen. Stabes des Heeres, hat Selbstmord verübt (20. 7. 44),

18. Wagner, Eduard, Gen. d. Art., Gen. Stab des Heeres, Generalquartiermeister, hat Selbstmord verübt (23. 7. 44 in Wünsdorf),

19. von Freytag-Loringhoven, Wessel, Oberst i. G., Abt. Chef Gen. Stab des Heeres, Heerwesenabteilung, hat Selbstmord verübt (26. 7. 44),

20. Schrader, Werner, Oberstlt., Gru. Ltr. Heerwesenabt., hat Selbstmord verübt (28. 7. 44),

21. Lindemann, Fritz, Gen. d. Art. beim Chef Gen. St. des Heeres

22. Kuhn, Joachim, Major i. G., Ic, 20. Jäg. Div., geflüchtet,

am 14. August 1944

23. von Stülpnagel, Heinrich, Gen. d. Inf., Mil. Befehlshaber Frankreich, am 30. 8. zum Tode verurteilt,

24. Thiele, Fritz, Gen. Lt., Chef im OKH, am 21. 8. zum Tode verurteilt,

25. Meichssner, Joachim, Oberst i. G., Chef Org.Abt. OKW/WFSt.,

26. Klamroth, Bernhard, Oberstlt. i. G., Gen. St. d. H. Org. Abt., am 15. 8. zum Tode verurteilt,

27. Rahtgens, Karl-Ernst, Oberstlt. i. G., Gen. St. d. H., am 30. 8. zum Tode verurteilt,

28. Sadrozinski, Joachim, Oberstlt. i. G., am 21. 8. zum Tode verurteilt,

29. Smend, Günther, Oberstlt. i. G., Adj. Chef Gen. St. d. Heeres, am 30. 8. zum Tode verurteilt,

30. von Leonrod, Ludwig, Major, Annahmestelle f. Offz.Bewerber VII, am 21. 8. zum Tode verurteilt,

31. Klamroth, Johann-Georg, Maj. d. Res. OKW/WFSt. Abw. III, am 15. 8. zum Tode verurteilt,

32. Graf zu Lynar, Wilhelm Friedrich, Major d. R. Stellv. Gen. Kdo III,

33. Kaiser, Hermann, Hauptmann d. R.,

34. Graf Schwerin von Schwanenfeld, Wilhelm-Ulrich, Hauptmann d. R., am 21. 8. zum Tode verurteilt,

35. von Oertzen, Ulrich, Major i. G., hat Selbstmord verübt,

am 24. August 1944

36. Finckh, Eberhard-Ludwig, Oberst i. G., O. Qu.Mil-Befehlshaber Frankreich, am 30. 8. zum Tode verurteilt,

37. Hahn, Kurt, Oberst, am 4. 9. zum Tode verurteilt,

38. von Linstow, Ottfried, Oberst i. G., Chef des Stabes Mil. Befehlshaber Frankreich, am 30. 8. zum Tode verurteilt,

39. Graf Marogna-Redwitz, Rudolf, Oberst,

40. Frhr. von Roenne, Alexis, Oberst i. G., Abt. Chef Gen. St. d. H., Fremde Heere West,

41. Engelhorn, Karl-Heinz, Oberstlt. i. G.,

42. Erdmann, Hans, Oberstlt., am 4. 9. zum Tode verurteilt,
43. Graf von Hardenberg, Karl-Hans, Oberstlt. Adj. Feldmarschall von Bock,
44. Kuebert, Wilhelm, Oberstlt. i. G.,
45. Knaak, Gerhard, Major, am 4. 9. zum Tode verurteilt,
46. Graf von Drechsel-Deuffenstein, Hans-Ulrich, Hauptmann, am 4. 9. zum Tode verurteilt,
47. Letterhaus, Bernhard, Hauptmann d. R.,
48. Strünck, Theodor, Hauptmann d. R.,
49. Wagner, Siegfried, Oberst, Abt. Chef OKH/AHA, Selbstmord,

am 14. September 1944
50. Schulze-Büttger, Georg, Oberst i. G.,
51. von Tresckow, Gert, Oberstlt., hat Selbstmord verübt,
52. Graf von Blumenthal, Hans-Jürgen, Major,
53. Scholz-Babisch, Friedr., Rittm. d. R.,
54. Thoma, Busso, Major,
55. Jessen, Jens, Hauptmann d. R.

(Mikrofilm 20. 7. 44, Institut für Zeitgeschichte)

6. DIE PROZESSE VOR DEM VOLKSGERICHTSHOF

a) Freislers Verhandlungsführung

Der berüchtigte Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Roland Freisler, ein ehemaliger Kommunist und von Hitler selber als „unser Wyschinski" bezeichnet, tat sich durch eine besonders unsachliche Verhandlungsführung bei den vom Volksgerichtshof durchgeführten Verfahren hervor. Aus den vorliegenden Protokollen ergibt sich, daß er im Laufe der Verhandlung kaum einen der Angeklagten ruhig anhörte oder zu Ende reden ließ, sondern völlig unbeherrscht mit einer Lautstärke dazwischenbrüllte, daß sich die Kameramänner der Wochenschau beschwerten, weil Freisler alle Tonaufnahmen zunichte machte.

Einige Stichproben aus den Verhandlungsprotokollen mögen dies veranschaulichen:

aa) Aus der Vernehmung des Generalfeldmarschalls v. Witzleben: . . .

Freisler: Sie sprachen davon, daß Sie den damaligen Generaloberst Beck im Februar 1943 in der Wohnung einmal aufgesucht hätten und daß Sie über die Lage gesprochen hätten, die Sie äußerst ernst fanden, daß Sie darüber gesprochen hätten, der Führer habe Umstellungen vorgenommen, und Ihnen schienen Leute, die etwas könnten, zum Schaden der Kriegführung ausgeschaltet, Heerführer kurz gesagt. Haben Sie sich denn dabei auch Gedanken gemacht, wer es besser machen könnte?

v. Witzleben: Ja!

Freisler: Ja, Sie haben sich Gedanken darüber gemacht, wer es besser machen könnte! Wer sollte es denn besser machen können?

v. WITZLEBEN: Alle beide!

FREISLER: Alle beide! Sie beide! Sie sagten also: wir könnten es besser machen. Sagen Sie es doch so, daß man es hört.

v. WITZLEBEN (lauter): Ja!

FREISLER: Da muß ich allerdings sagen: Das ist ein Hochmut, wie er noch nicht dagewesen ist. Ein Feldmarschall und ein Generaloberst erklären, sie könnten es besser machen als der, der unser aller Führer ist, der die Grenzen des Reiches an die Grenzen Europas, die Sicherheit des Reiches an die Grenzen Europas gelegt hat. Sie bekennen sich dazu, das gesagt zu haben?

v. WITZLEBEN: Jawohl!

FREISLER: Sie werden verstehen, daß man so etwas mit dem Wort „Ehrgeizling" belegen kann. — Dazu zucken Sie die Achseln. Gut, das ist auch eine Antwort ...

bb) Aus der Vernehmung des GRAFEN YORCK VON WARTENBURG:

YORCK: Herr Präsident! Ich habe bereits bei meiner Vernehmung angegeben, daß ich mit der Entwicklung, die die nationalsozialistische Weltanschauung genommen hatte — — FREISLER (unterbrechend): ... nicht einverstanden war! Sie haben, um es konkret zu sagen, ihm erklärt: In der Judenfrage passe Ihnen die Judenausrottung nicht, die nationalsozialistische Auffassung vom Recht hätte Ihnen nicht gepaßt.

YORCK: Das Wesentlichste ist, was alle diese Fragen verbindet, der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber.

FREISLER: Sagen Sie einmal, wo hat der Nationalsozialismus die sittlichen Verpflichtungen eines Deutschen ausgeschaltet? Der Nationalsozialismus hat die sittlichen Verpflichtungen eines Deutschen, des deutschen Mannes, der deutschen Frau unendlich gesundet und unendlich vertieft. Daß er sittliche Verpflichtungen ausgeschaltet hätte, habe ich noch nie gehört. Und was die Religion anlangt, so ist im Grunde der Nationalsozialismus sehr bescheiden. Er sagt: Bitte, mache das doch ab, wie Du willst, nur bleibe im Jenseits mit Deinen Ansprüchen, Kirche; denn die Seelen sollen ja im Jenseits herumflattern; hier auf der Erde gilt unser jetziges Leben. Sonst kann sie sich um die Politik kümmern. Also was Sie sagen, ist mindestens sehr schief gesehen; es hat keinen Sinn.

YORCK: Ich wollte das nur als Erklärung geben.

FREISLER: Was weiter die nationalsozialistische Auffassung vom Recht betrifft, so kann ich als einer, der seit vielen Jahren nun wirklich im Rechtsleben darin steht, sagen, daß unsere Auffassung vom Recht theoretisch und praktisch ebenfalls eine ungeheure Vertiefung erfahren hat, daß das Recht unseres Volkes eine ungeheure Gesundung und Verstärkung erfahren hat. ... Was Sie vorgetragen haben, bleibt rätselhaft. Aber Sie sagen: Ich war nicht einverstanden. Nun fragte ich Sie: Wenn Ihnen (von STAUFFENBERG) ein Ehrenwort abgenommen worden war und Sie so etwas hörten, was haben Sie sich für Gedanken gemacht? Kann denn so ein Ehrenwort ziehen?

YORCK: Ich fühle mich dadurch gebunden, Herr Präsident.

FREISLER: Das ist allerdings ein Zeichen dafür, daß Ihre Einstellung eine absolut anarchische ist.

YORCK: Ich möchte es eigentlich nicht so ausdrücken.

FREISLER: Ich glaube aber, daß sie so deutlich und richtig bezeichnet ist. Es ist nämlich anarchisch, wenn jeder durch ein eigenes Wort sich ein eigenes Gesetz des freien Handelns in der Gemeinschaft schaffen kann. Das allgemeine Gesetz des Handelns in unserer

Gemeinschaft ist, daß Verrat an Volk, Führer und Reich unter allen Umständen bekämpft und vernichtet werden muß. Wenn Sie sich das Gesetz machen: „Wenn ich ein Ehrenwort gebe, darf ich da nicht teilnehmen", so ist das ein anarchisches Prinzip, das Sie haben, Sie mögen es anders nennen ...

(EUGEN BUDDE und PETER LÜTSCHES: Der 20. Juli, Düsseldorf 1952, S. 56, 85)

cc) Bei der Verhandlung des GRAFEN SCHWERIN VON SCHWANENFELD vor dem Volksgerichtshof im August 1944 wandte sich FREISLER mit folgender Frage an den GRAFEN SCHWERIN: Sie müssen mit dem Polenfeldzug ein besonderes Erlebnis gehabt haben. Sind Sie nicht auch gerade eingesetzt gewesen in Westpreußen?

GRAF SCHWERIN: Jawohl.

FREISLER: Sie haben also Ihre eigene Heimat als Soldat unseres Führers befreien dürfen.

GRAF SCHWERIN: Herr Präsident, was ich an politischen Erfahrungen persönlich gemacht habe, hat für mich mancherlei Schwierigkeiten in der Folge gehabt, weil ich ja sehr lange für das Deutschtum in Polen gearbeitet habe, und aus dieser Zeit heraus ein vielfaches Hin und Her in der Einstellung den Polen gegenüber praktisch erlebt habe. Das ist eine ...

FREISLER: Jedenfalls ist das Hin und Her etwas, was Sie dem Nationalsozialismus zur Last legen können?

GRAF SCHWERIN: Ich dachte an die vielen Morde ...

FREISLER: Morde?

GRAF SCHWERIN: Die im In- und Ausland ...

FREISLER: Sie sind ja ein schäbiger Lump. Zerbrechen Sie unter der Gemeinheit? Ja oder nein, zerbrechen Sie darunter?

GRAF SCHWERIN: Herr Präsident!

FREISLER: Ja oder nein, auf eine klare Antwort!

GRAF SCHWERIN: Nein.

FREISLER: Sie können auch gar nicht mehr zerbrechen, Sie sind ja nur noch ein Häuflein Elend, das vor sich selber keine Achtung mehr hat.

b) Der Augenzeugenbericht des Stenographen PETER VOSSEN:

Noch nie in der deutschen Rechtsgeschichte sind Angeklagte mit einer derartigen Brutalität, mit einer derart fanatischen Rücksichtslosigkeit behandelt worden wie in diesem Prozeß. Wie gemeine Mörder wurden sie, jeder von zwei Beamten der Gestapo an den Ärmeln geleitet (ohne Kragenbinde und Hosenträger), in den Gerichtssaal geführt. Schon rein äußerlich sah man allen Angeklagten an — und bei ihrer Vernehmung steigerte sich mir noch dieser Eindruck —, daß sie nach all diesen erlittenen Quälereien der Untersuchungshaft bloß das eine ersehnten: das baldige Ende dieser körperlichen und geistigen Folter. Bei einem von ihnen ... waren noch die Spuren der Mißhandlung sichtbar. Bezeichnend für die unmenschliche Verhandlungsführung war es, daß es keinem der Angeklagten verstattet wurde, sich über die Motive der Tat auszulassen. Alle Angeklagten mußten es sich von diesem früheren Rechtsanwalt gefallen lassen, als Lumpen, Verräter und feige Mörder bezeichnet zu werden ... So wurde die Prozeßführung ... zur Karikatur einer Gerichtsverhandlung, was sich auch darin zeigte, daß der Vorsitzende mit schauspielerischem, brutalem und erbarmungslosem — anscheinend vor dem Spiegel einstudiertem — Gesichtsausdruck an der Spitze seiner Mitrichter wie ein zweiter

Robespierre den Saal betrat. Nichts von Menschlichkeit in dieser widerlichen Fratze mit den großen, von den Lidern halb überdeckten, gleisnerisch hinterlistigen Augen . . . Mit einer Stimme, die entgegen allen Geheimhaltungsvorschriften wie eine Posaune in den umliegenden Straßen gehört werden mußte, erklärte er alle acht Angeklagten für schuldig des vollkommensten Verrats am Führer, am Gefolgsherrn, an allem, was das deutsche Volk sei und habe, an der deutschen Geschichte, an allen deutschen Männern und Frauen. In schwülstigem, hier und da an altdeutsche Sprüche anklingendem Stil wiederholte er immer wieder dieselben Phrasen, um schließlich alle Angeklagten wegen der „schimpflichsten Tat, die je unsere Geschichte gesehen hat", zum Tode durch den Strang zu verurteilen. Er beendete die Urteilsverkündung mit den großsprecherischen Worten: Wir kehren zurück in das Leben, in den Kampf. Wir haben keine Gemeinschaft mit ihnen. Das Volk hat sich von ihnen befreit, ist rein geblieben. Wir kämpfen. Die Wehrmacht grüßt: Heil Hitler. Wir alle grüßen: Heil Hitler. Wir kämpfen mit unserem Führer, ihm nach für Deutschland. Wir haben die Gefahr jetzt abgeschüttelt, wir marschieren mit totaler Kraft hin zum totalen Sieg.

(Eberhard Zeller: Geist der Freiheit, Taschenbuchausgabe, München 1957, S. 305 f.)

c) Weitere Erlebnisberichte:

„Ist es ein Wunder, daß man so viele stolze und männliche Haltung gesehen hat und doch so wenig trotzige Worte berichten kann? Nur wenn die sprungbereite Wachsamkeit des Tigers auf dem Präsidentenstuhl für einen kurzen Augenblick erschlaffte, war einem Angeklagten eine kühne Entgegnung möglich . . ."

Bekanntgeworden ist das Wort Hans von Haeftens, des Diplomaten, der auf die Frage Freislers, warum er dem Führer verbrecherisch die Treue gebrochen habe, erwiderte: „weil ich den Führer für den Vollstrecker des Bösen in der Geschichte halte . . ."

Fellgiebel rief dem Präsidenten, wie berichtet wird, auf die Urteilsverkündung zu: „Dann beeilen Sie sich mit dem Aufhängen, Herr Präsident, sonst hängen Sie eher als wir."

Witzleben: „Sie können uns dem Henker überantworten. In drei Monaten zieht das empörte und gequälte Volk Sie zur Rechenschaft und schleift Sie bei lebendigem Leibe durch den Kot der Straßen."

Rechtsanwalt Wirmer, schon in der Figur substantiell, von Beruf in der Gerichtsrede gewappnet, muß dem Präsidenten besonders ungerührt zugesetzt haben: „Wenn ich hänge, habe nicht ich die Angst, sondern Sie . . ."

Freisler: „Bald werden Sie in der Hölle sein . . ." Wirmer: „Es wird mir ein Vergnügen sein, wenn Sie bald nachkommen, Herr Präsident."

(Eberhard Zeller, a. a. O., S. 306 f.)

d) Das Urteil des Reichsjustizministers Thierack

Fernschreiben
Der Reichsminister der Justiz

Berlin, den 8. September 1944

An den
Sekretär des Führers
Herrn Reichsleiter
Bormann
Führerhauptquartier

Sehr verehrter Herr Reichsleiter!
Ich übersende Ihnen ...

Die Verhandlungsführung des Vorsitzers war bei den Angeklagten WIRMER und GOERDELER unbedenklich und sachlich, bei LEJEUNE-JUNG etwas nervös. LEUSCHNER und VON HASSELL ließ er nicht ausreden. Er überschrie sie wiederholt. Das machte einen recht schlechten Eindruck, zumal der Präsident etwa 300 Personen das Zuhören gestattet hatte. Es wird noch zu prüfen sein, welche Personen Eintrittskarten erhalten haben. Ein solches Verfahren in einer solchen Sitzung ist sehr bedenklich. Die politische Führung der Verhandlung war sonst nicht zu beanstanden. Leider redete er aber LEUSCHNER als Viertelportion und GOERDELER als halbe Portion an und sprach von den Angeklagten als Würstchen. Darunter litt der Ernst dieser gewichtigen Versammlung erheblich. Wiederholte längere, nur auf Propagandawirkung abzielende Reden des Vorsitzers wirkten in diesem Kreis abstoßend. Auch hierunter litt der Ernst und die Würde des Gerichts. Es fehlt dem Präsidenten völlig an eiskalter, überlegener Zurückhaltung, die in solchem Prozeß allein geboten ist ...

Heil Hitler!
Ihr
Dr. THIERACK

7. DAS „MORDREGISTER"

Das war der offizielle Name der in Jahresbänden gesammelten Einzelmeldungen über vollstreckte Todesurteile aus den verschiedenen Strafanstalten, die an das Reichsjustizministerium erstattet wurden. Es erhielt diese Namen, weil, von wenigen Fällen des Hoch- und Landesverrats abgesehen, Todesurteile nur verhängt und vollstreckt wurden, wenn es sich um Mordtaten handelte — solange Deutschland noch ein Rechtsstaat war.

Es behielt diesen Namen in der Hitlerzeit, nun allerdings mit grausig veränderter Bedeutung. Denn jetzt waren die Richter die Mörder, die Verurteilten die Ermordeten.

Das „Mordregister" ist erhalten geblieben. Es reicht von 1871 bis zum März 1945. In der Hitlerzeit hat ein Band aus den ersten Jahren seines Regimes die Dicke von mehr als zehn Jahresbänden der Zeit vor ihm. In den letzten Jahren, als die Blutorgie auf ihrem Höhepunkt stand, gab es eine Vergleichsmöglichkeit mit früher überhaupt nicht mehr.

Wir geben nachstehend Auszüge von den Hinrichtungen der Männer des 20. Juli in der Reihenfolge der Registernummern, beginnend mit der Exekution der mit Generalfeldmarschall v. WITZLEBEN mitangeklagten Kameraden. Die Hinrichtung erfolgte am 8. August.

Das Blatt trägt die Registernummer 1533/36. Das nächste Blatt mit Hingerichteten vom 20. Juli hat die Nummer 1811/13 und das Datum vom 4. September. Zwischen beiden Daten — noch nicht vier Wochen Frist — sind also 275 Hinrichtungen erfolgt an Menschen, die nichts mit dem 20. Juli zu tun hatten! ...

Mordregister 1944 Nummer 1533/36
v. WITZLEBEN und andere
v. HASE, PAUL, ehemaliger Generalleutnant, geb. 14. 7. 85, Hannover;
BERNARDIS, ROBERT, ehemaliger Oberstleutnant, 7. 8. 08, Innsbruck;

KLAUSING, FRIEDRICH KARL, ehemaliger Hauptmann, 24. 5. 20, München;
GRAF YORCK v. WARTENBURG, PETER, ehemaliger Leutnant, 17. 11. 04, Klein-Oels.
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 8. 8. 44
Eingang des Gnadenberichts: 8. 8. 44
Aktenzeichen: O.J.i. 44 g Rs
Erkannte Strafe: Todesurteil — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 8. 8. 44
Vollstreckt am 8. 8. 44 in Berlin

Mordregister 1944 Nummer 1811/13
HAHN und andere
Geschäftsnummer: IV g 10 b 46/44 g Rs
Mordregister: Buchstabe H Nr. 1262
HAHN, KURT, ehemaliger Oberst, geb. 22. 7. 01, Januschkau;
KNAAK, GERHARD, ehemaliger Major, 19. 6. 09, Königsberg;
v. DRECHSEL GRAF, MAX, ehemaliger Hauptmann, 3. 10. 11, Karlstein.
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht Volksgerichtshof 1. Senat
Tag des Urteils: 4. 9. 44
Eingang des Gnadenberichts: 4. 9. 44
Aktenzeichen: O. J. 10. 44
Erkannte Strafe: Todesstrafe — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 4. 9. 44
Vollstreckt am 4. 9. 44 in Berlin-Plötzensee
Bemerkungen: Die Verurteilten waren Mittäter des Anschlags vom 20. 7. 44

Mordregister 1944 Nummer 1866/71
KLAMROTH und andere
Geschäftsnummer: IVg 10b 39/44 g Rs
Mordregister: Buchstabe K Nr. 2063
KLAMROTH, BERNHARD, ehem. Oberstleutnant, geb. 20. 11. 10, Berlin
KLAMROTH, HANS-GEORG, ehemaliger Major, 12. 10. 98, Halberstadt
HAYESSEN, EGBERT, ehemaliger Major, 20. 12. 13, Eisleben
GRAF HELLDORF, WOLF-HEINRICH, ehemaliger General der Polizei, 14. 10. 96, Merseburg
v. TROTT ZU SOLZ, ADAM, ehem. Legationsrat, 9. 9. 09, Potsdam
v. HAEFTEN, HANS BERNDT, ehem. Legationsrat, 18. 12. 05, Charlottenburg
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 15. 8. 44

Eingang des Gnadenberichts: 15. 8. 44
Aktenzeichen: O. J. 3. 44
Erkannte Strafe: Todesstrafe — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsmin. der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 15. 8. 44

Vollstreckt am: 15. 8. 44, 26. 8. 44, 15. 8. 44, 15. 8. 44, 26. 8. 44, 15. 8. 44

Bemerkungen: Die Verurteilten sind Mittäter des Anschlags vom 20. 7. 44

Mordregister 1944 Nummer 1947/51

Fellgiebel und andere
Geschäftsnummer: IVg 10 b 38/44 g Rs

Mordregister Buchstabe F Nr. 592

Fellgiebel, Erich, ehemaliger General, geb. 4. 10. 86, Pöpelwitz
Graf v. d. Schulenburg, Fritz, ehemaliger Oberleutnant d. R., 5. 9. 02, London
Graf Schenk v. Stauffenberg, Berthold, ehemaliger Marine-Oberstabsrichter, 15. 3. 09, Stuttgart
Kranzfelder, Alfred, ehemaliger Korvettenkapitän, geb. 10. 2. 08, Kempten
Hansen, Georg, ehemaliger Oberst, 5. 7. 04, Sonnefeld
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 10. 8. 44
Eingang des Gnadenberichts: 10. 8. 44
Aktenzeichen: O. J. 2/44
Erkannte Strafe: Todesstrafe — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsmin. der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 10. August 1944

Vollstreckt am: 4. 9. 44, 10. 8. 44, 10. 8. 44, 8. 9. 44 in Berlin

Bemerkungen: die Verurteilten waren am Anschlag vom 20. 7. 44 beteiligt.

Mordregister 1944 Nummer 2001/05

Thiele und andere
Geschäftsnummer: IVg 10b 42/44 g Rs

Mordregister: Buchstabe T Nr.

Thiele, Fritz, ehemaliger Generalleutnant, geb. 14. 4. 94, Berlin
Schwerin von Schwanenfeld, Graf Ulrich Wilhelm, ehem. Hauptmann, Gutsbesitzer, 21. 12. 02, Kopenhagen
v. Leonrod, Freiherr Ludwig, ehemaliger Major, 17. 9. 06, München
Jäger, Friedrich, ehemaliger Oberst, geb. 25. 9. 95, Kirchberg a. N.
Sadrozinski, Joachim, ehem. Oberstleutnant, 20. 9. 07, Tilsit
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof

Tag des Urteils: 21. 8. 44
Eingang des Gnadenberichts: 21. 8. 44
Aktenzeichen: O. J. 4. 44
Erkannte Strafe: Tod — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsmin. der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 21. August 1944
Vollstreckt am: 4. 9. 44, 8. 9. 44, 26. 8. 44, 21. 8. 44, 20. 9. 44 in Berlin.

Mordregister 1944 Nummer 2073/74
v. Thadden und andere
Geschäftsnummer IVg 27/44 g Rs
Mordregister: Buchstabe T Nr. 498
v. Thadden, Elisabeth, Helferin beim DRK, geb. 29. 7. 90, Mohrungen
Kiep, Otto, ehem. Gesandter, 7. 7. 86, Saltcoasts/Schottland
Deutsche
Straftat: Wehrkraftzersetzung — Feindbegünstigung
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 1. 7. 44
Eingang des Gnadenberichts: 15. 7. 44
Aktenzeichen: 2 J. 243.44 g Rs
Erkannte Strafe: Todesstrafe — dauernder Ehrverlust
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 16. 8. 44, 26. 8. 44
Vollstreckt am: 8. 9. 44. 26. 8. 44 in Berlin
Bemerkungen: Die Verurteilten haben sich zersetzend betätigt und Beziehungen nach der Schweiz angebahnt. Kiep war ein Mann der Putschisten vom 20. 7. 44.

Mordregister 1944 Nummer 2367/70
Üxküll und andere
Geschäftsnummer: IVg 10b 53/44 g Rs
Mordregister: Buchstabe Ü Nr. 123
Graf von Üxküll, Nikolaus, Oberst a. D., geb. 14. 2. 77, Güns, Ungarn
Graf zu Dohna, Heinrich, Generalmajor a. D., 15. 2. 82, Waldburg
Graf Matuschka, Michael, ehem. Regierungsdirektor, 29. 9. 88, Schweidnitz
Wehrle, Hermann, Kaplan, 26. 7. 99, Nürnberg
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 14. 9. 44
Eingang des Gnadenberichts: 14. 9. 44
Aktenzeichen: O. J. 12. 44 g Rs
Erkannte Strafe: Tod — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 14. 9. 44
Vollstreckt am 14. 9. 44 in Plötzensee
Bemerkung: Die Verurteilten sind Mitwisser des Anschlags vom 20. 7. 44

Mordregister 1944 Nummer 2431/35

Wilhelm Friedrich Graf zu Lynar und andere
Geschäftsnummer: IVg 10b 55/44 g Rs

Mordregister: Buchstabe L Nr.

Graf zu Lynar, Wilhelm Friedrich, ehemaliger Major, geb. 3. 2. 99, Berlin
Herfurth, Otto, ehem. Generalmajor, 22. 1. 93, Hasserode
v. d. Lanken, Fritz, ehem. Oberstleutnant, 21. 6. 90, Niederjeutz
Brücklmeier, Eduard, Legationsrat a. D., geb. 8. 6. 03, München
Meichssner, Joachim, ehemaliger Oberst, 4. 4. 06, Deutsch-Eylau
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 29. 9. 44
Eingang des Gnadenberichts: 29. 9. 44
Aktenzeichen: O. J. 6. 44 g Rs
Erkannte Strafe: Tod — Ehrverlust
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 29. 9. 44

Vollstreckt am: 29. 9. 44, 20. 10. 44, 29. 9. 44 in Berlin

Bemerkungen: Die Verurteilten Lynar, Brücklmeier und Meichssner sind Mitwisser des Anschlags vom 20. 7. 44. Herfurth und v. d. Lanken haben Befehle der Putschisten ausgeführt.

Mordregister 1944 Nummer 2943

Popitz und andere
Geschäftsnummer: IVg 10b 57/44 Rs

Mordregister: Buchstabe P Nr. 1026

Popitz, Dr. Johannes, ehemaliger Finanzminister, geb. 12. 2. 84, Leipzig
Langbehn, Dr. Carl, ehemaliger Rechtsanwalt und Notar, 6. 12. 01, Padang-Bedagei (Sumatra)
Deutsche
Straftat: Hoch-Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof
Tag des Urteils: 3. 10. 44
Eingang des Gnadenberichts: 3. 10. 44
Aktenzeichen: O. J. 26. 44
Erkannte Strafe: Tod — Ehrverlust
Eintragung Popitz ist ausgestrichen!
Entscheidung des Reichsmin. der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 11. 10. 44

Vollstreckt am 12. 10. 44 in Berlin

Bemerkung: Langbehn hatte Verbindung mit der Verräterclique des 20. Juli. Er hat mit Verratsgedanken eine Besprechung des Mitverurteilten Popitz mit dem RFSS herbeigeführt.

Mordregister 1944 Nr. 3004/06

CRAMER
Geschäftsnummer: IVg 10b 64/44 g Rs

Mordregister: Buchstabe C Nr. 347

CRAMER, WALTER, Kaufmann, geb. 1. 5. 86, Leipzig
LETTERHAUS, BERNHARD, Verlagsabteilungsleiter, 10. 7. 94, Wuppertal-Barmen
FREIHERR VON LÜNINCK, FERDINAND, Gutsbesitzer, 3. 8. 88, Ostwig i. Westpr.
Deutsche
Straftat: Landesverrat u. a.
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof 1. Senat
Tag des Urteils: 13. 11. 44
Eingang des Gnadenberichts: 13. 11. 44
Erkannte Strafe: Todesstrafe
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung
Tag der Entscheidung: 14. 11. 44, 13. 11. 44, 13. 11. 44

Vollstreckt am 14. 11. 44 in Berlin

Bemerkung: Die Verurteilten sind am Umsturzversuch vom 20. 7. 44 beteiligt gewesen.

Mordregister 1944 Nummer 3078/80

GLOEDEN und andere
Geschäftsnummer: IVg 10b 70/44 4 g Rs

Mordregister G Nr. 1076

GLOEDEN, ERICH, Architekt, geb. 23. 8. 88, Berlin
GLOEDEN, ELISABETH CHARLOTTE, Ehefrau, 19. 12. 03, Köln
KUZNITZKY, ELISABETH, Witwe, 21. 7. 78, Straßburg
Deutsche
Straftat: Landesverrat
Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof 1. Senat
Tag des Urteils: 27. 11. 44
Eingang des Gnadenberichts:
Aktenzeichen: O. J. 43, 44 g
Erkannte Strafe: Todesstrafe
Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung

Tag der Entscheidung: 29. 11. 44

Vollstreckt am 30. 11. 44 in Berlin

Bemerkung: Die Verurteilten haben den Deserteur und Verräter, ehemaligen General der Artillerie FRITZ LINDEMANN in Kenntnis seines Verrats sechs Wochen in ihrer Wohnung beherbergt.

(RUDOLF PECHEL, Deutscher Widerstand, Erlenbach — Zürich 1947, S. 326—338)

8. IHRE LETZTEN STUNDEN

von PETER BUCHHOLZ

Der langjährige Seelsorger der Strafanstalt Plötzensee bei Berlin, Ehrendomherr Pfarrer PETER BUCHHOLZ, der ungezählten Opfern der Nazijustiz die letzten Stunden vor ihrer Hinrichtung erleichtert hat, berichtete:

„Was alles an Bestialitäten und Grausamkeiten sich in den Konzentrationslagern abgespielt hat, darüber sind der deutschen Öffentlichkeit die Augen geöffnet worden, aber auch die Gefängnisse haben unsagbar viel Leid gesehen. 20 Jahre bin ich Gefängnispfarrer gewesen, 12 Jahre unter dem Hitler-Regime, davon die letzten Jahre in der Hinrichtungsanstalt Plötzensee, wo Tausende als Opfer der faschistischen Justiz den Weg zum Schafott haben gehen müssen. Was ich da gesehen habe an Not und Qual und Jammer bei den Todeskandidaten, die ständig gefesselt waren und denen in der Einsamkeit der Zelle die Tage sich endlos dehnten und die Nächte zu Ewigkeiten wurden, was ich auch erlebt habe an mannhaftem Tragen, an heldenhaftem Sterben, an gläubiger Hingabe an Letztes und Ewiges, davon muß ich einmal sprechen.

Noch stehen diese tapferen Männer und Frauen vor meinen Augen und das Mittragen, Mitleiden und Mitfühlen ihres Ganges zur Richtstätte ist tief und unauslöschlich in mein Herz eingebrannt. Ich möchte den gramgebeugten Eltern, den untröstlichen Frauen, den verwaisten Kindern ins Auge schauen, meine Hände in die ihren legen und ihnen den letzten Händedruck, die letzte Umarmung ihrer Lieben weiterreichen. Ich möchte sie aufrichten durch die tröstliche Versicherung, daß der Sohn, der Vater, der Gatte, die Mutter und die Tochter ungebrochen den letzten Weg gegangen sind, daß die eine Gewißheit sie stark machte: Das Opfer meines Lebens wird nicht vergebens sein. Einmal wird doch der Tag der Freiheit kommen!

Es ist mir bitter schmerzlich, von all diesem Geschehen sprechen zu müssen, und ich möchte den Vorhang fallen lassen — aber einmal noch muß er sich weit auftun, um den Blick freizugeben auf den Todesweg der Männer und Frauen, deren Namen mit den Ereignissen des 20. Juli für immer verknüpft sind. Was hat man aus diesen Kämpfern um die Freiheit unseres gequälten Volkes gemacht! Ich sehe sie noch ihren letzten Weg gehen, in Sträflingskleidern und in Holzpantinen, einige übel zerschlagen und geschunden, umgeben von Männern des Volksgerichtes und Gestapoleuten, die sich keine Phase dieses seltenen Schauspiels entgehen lassen wollten und mit ihren Filmkameras jeden Augenblick festhielten, von der Hinführung in die Todeszelle bis zu den letzten Zuckungen ihrer Opfer. Diese Männer, wie Feldmarschall v. WITZLEBEN, General STIEFF, HOEPNER, VON HASE, YORCK VON WARTENBURG, bewahrten ungebrochen ihre männliche Haltung, die wahrhaft anders war, als GOEBBELS' Propaganda sie uns darzustellen versuchte.

Es war meinem Kollegen und mir möglich, mit ihnen vor der Hinrichtung noch kurz zu sprechen, bevor uns die Nachricht erreichte, daß durch ein besonderes Verbot HITLERS der seelsorgerische Zuspruch vor dem Tode zu versagen sei — eine besonders grausame Härte, wenn man bedenkt, was, abgesehen von den religiösen Momenten, in den letzten Augenblicken zwischen Leben und Tod die tröstliche Nähe eines mitfühlenden und mittragenden Menschen bedeutet.

Trotzdem war es mir mit dem evangelischen Pfarrer Dr. PÖLCHAU in Tegel gelungen, uns Zutritt zu einer ganzen Reihe der anderen Verurteilten zu verschaffen. Wie glücklich waren wir um diese Möglichkeit, und wie froh waren erst die Männer in ihren Zellen,

wenn wir kamen. Und wie reich bin ich oft von dort weggegangen, beglückt darüber, an so viel Heldentum teilzunehmen, so viel edle Menschlichkeit zu erleben, wie ich sie an den rheinischen Arbeiterführern Gross und Letterhaus, dem Leipziger Kaufmann Cramer, an Graf Moltke, dem Jesuitenpater Delp und anderen immer wieder bewundern mußte. Ebenso groß waren sie im Sterben, sie und die anderen, die ich weniger kennenlernte, aber deren Sterben ich nahe war: So der ehemalige württembergische Staatspräsident Bolz, der sozialistische Arbeiterführer und ehemalige hessische Innenminister Leuschner, der tapfere Dr. Goerdeler, Kaplan Wehrle, Rechtsanwalt Wirmer, Graf Matuschka und Dr. Lejeune-Jung und alle die 85, die allein in Plötzensee in diesem Zusammenhang hingerichtet wurden. Nur ganz wenige sind dem Tode entgangen, wie der frühere Minister der Saar-Regierung, Kossmann, und der bekannte Vorkämpfer in der Gewerkschaftsbewegung, Jakob Kaiser, mit seinem Freund Steltzer.

Wie es so kam und warum es vielleicht so kommen mußte, darüber werden Berufenere einmal zu berichten haben. Das eine ist gewiß: Der Opfertod der Männer des 20. Juli ist nicht umsonst gewesen. Und wenn wir in tiefem Dank und heiliger Ergriffenheit ihrer heißen Liebe zum deutschen Volke und ihres Heldenmutes gedenken, dann fühlen wir in uns wie ein heiliges Vermächtnis die Verpflichtung, den Kampf weiterzuführen gegen die letzten Reste dieses weltanschaulich und politisch gleicherweise verbrecherischen Systems der Nazi-Herrschaft, unter der so viele gelitten haben und als Opfer gefallen sind."

9. DAS SCHAUSPIEL DES ENTSETZLICHEN

Berichte der Kameramänner

Der Kameramann Erich Stoll gab folgenden authentischen Bericht über die damals von Hitler befohlenen Wochenschau-Aufnahmen des Prozesses vom 20. Juli 1944 und die Vollstreckung der Mordurteile:

„Eines Tages bekamen die Kameraleute der ‚Deutschen Wochenschau' von dem ehemaligen Reichsfilmintendanten Hans Hinkel den Befehl, von dem Prozeß des 20. Juli 1944 Filmaufnahmen herzustellen, die angeblich in der Wochenschau erscheinen sollten. Wir wurden zum Volksgerichtshof geführt und dort wurde uns erklärt, daß wir so unauffällig wie möglich Tonfilm- und Situationsaufnahmen von dem Prozeß herstellen sollen. Wir richteten daraufhin eine provisorische Beleuchtung ein und bauten unsere Tonkamera hinter den dort befindlichen Türen auf, um durch ein Loch die Aufnahmen zu machen. Ein Kameramann mußte im Saal Situationsaufnahmen und die allgemeine Atmosphäre aufnehmen. Der ehemalige Reichsfilmintendant Hinkel bestimmte von den Kameraleuten, wer welche Aufnahmen zu machen hatte. Er ließ sich auch jeweils die gedrehte Meterzahl angeben, damit jeder Meter abgeliefert wurde. Mit Begeisterung hat der Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Freisler, die Zustimmung zu den Filmaufnahmen gegeben und sich dafür eingesetzt, daß ja alles aufgenommen wurde.

Die Aufnahmen begannen damit, daß die Angeklagten hereingeführt, die Handfesseln abgenommen und ihnen die Plätze zugewiesen wurden. Dann kamen die Richter unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten Dr. Freisler, und der Prozeß begann. Jeder wichtige Angeklagte mußte mit Ton aufgenommen werden. Von den weniger wichtigen wurden nur stumme Aufnahmen gedreht. Nach der ersten Pause erkundigten sich der

ehemalige Reichsfilmintendant HANS HINKEL und der ehemalige Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. FREISLER, wie die Aufnahmen geworden sind. Wir mußten dem Präsidenten mitteilen, daß er den Angeklagten gegenüber zu laut geschrien habe, so daß es dem Tonmeister nicht möglich war, den Ausgleich zwischen der schreienden Stimme und der leisen Stimme des Angeklagten herzustellen. Leider wiederholte bei den anderen Vernehmungen der Präsident des Gerichtshofes sein Schreien, so daß die Aufnahmen technisch nur als ungenügend bezeichnet werden konnten."

Weiter schildert der Kameramann SASSE, einer der Kameraleute, die die Exekution aufnehmen mußten, diesen Vorgang:

„Das Gebäude, das durch frühere Luftangriffe stark beschädigt sein mußte, war wieder notdürftig hergerichtet. Der Raum war etwa vier Meter breit und acht Meter lang. Ein schwarzer Vorhang teilte diesen Raum in zwei Hälften. Der Raum bekam nur durch zwei kleine Fenster etwas Tageslicht. Unmittelbar vor diesen beiden Fenstern befanden sich an der Decke acht Haken, woran die Verurteilten aufgehängt werden sollten. Weiterhin befand sich im Raum noch eine Vorrichtung der Enthauptung. Als erster Delinquent wurde der ehemalige General . . . von zwei Henkern durch den schwarzen Vorhang in den Raum hineingeführt. Zuvor hatte in dem Vorraum der Staatsanwalt den Verurteilten nochmals das Todesurteil mit folgenden Worten vorgelesen: ‚Angeklagter, Sie sind von dem Volksgerichtshof zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Scharfrichter, walten Sie Ihres Amtes.'

Der Angeklagte ging mit erhobenem Haupte, zwar von den Henkern eines schnelleren Schrittes genötigt, zum Ende des Raumes. Dort angekommen, mußte er eine Kehrtwendung machen, und dann legte man ihm die Hanfschlinge um den Hals, worauf der Angeklagte von den Henkern hochgehoben und die obere Schlaufe des Hanfstrickes in den Haken an der Decke eingehangen und der Delinquent nun mit großer Wucht fallengelassen wurde, so daß ihm die Schlinge sofort sehr stark den Hals zuschnürte. Meines Erachtens trat der Tod sehr bald ein.

Nachdem das erste Urteil vollstreckt war, wurde ein schmaler, schwarzer Vorhang vor den Erhängten gezogen, so daß der nächstfolgende Todeskandidat den ersten nicht gewahr wurde. In kürzester Folge kam dann der zweite Delinquent, der ehemalige General . . ., der ebenfalls selbstbewußt seinen letzten Gang antrat. Nach jeweiliger Vollstreckung des Urteils wurde jedesmal so ein schmaler, schwarzer Vorhang vor den Erhängten vorgezogen, so daß es auch dem letzten der Verurteilten nicht möglich war, die Vorangegangenen zu sehen. Die Urteilsvollstreckung ging in sehr rascher Folge vor sich, und die Verurteilten gingen alle ohne ein Wort der Klage aufrecht und männlich ihren letzten Gang.

Außerdem ist mir noch bekannt, daß diese und auch weitere Urteilsvollstreckungen sowie alle Gerichtsverhandlungen im Volksgerichtshof in der Triftstraße in der Nähe des Winterfeldplatzes in Berlin von Pressephotographen des HEINRICH-HOFFMANN-Verlages aufgenommen worden sind.

Es wurden von den weiteren Prozessen nur noch die wichtigsten aufgenommen, die wiederum von dem ehemaligen Reichsfilmintendanten befohlen wurden. An den Aufnahmen hatten abwechselnd neun Kameraleute teilgenommen. Es geschah deshalb, da jeder Kameramann mit Unlust diesem Befehl Folge leistete. Weitere Aufnahmen von der Vollstreckung wurden abgelehnt, da ich erklärte, meinen Kameraleuten nicht zumuten zu können, solche Grausamkeiten noch einmal aufzunehmen. Dabei hatte ich die Unterstützung aller Kameraleute."

Ein Augenzeuge schildert die Hinrichtung

Ein weiterer Bericht stützt sich auf Aussagen eines Gefängniswärters. Wenn die schaurigen Einzelheiten der Hinrichtung hier wiedergegeben werden, so nur deshalb, weil sie die satanische Grausamkeit jenes Mannes kennzeichnen, der sie angeordnet hat.

Der Gefängniswärter schildert zunächst die Richtstätte: „Stellen Sie sich einen Raum mit niedriger Decke und geweißten Wänden vor. Unter der Decke war eine Schiene angebracht, an der zehn große Haken hingen, wie die, welche die Metzger brauchen, um ihr Fleisch aufzuhängen. In einer Ecke stand eine Filmkamera, Scheinwerfer gaben ein grelles, blendendes Licht wie in einem Atelier. In diesem sonderbaren kleinen Zimmer befanden sich der Generalstaatsanwalt des Reiches, der Scharfrichter mit seinen beiden Gehilfen, zwei Filmoperateure und ich selbst mit einem zweiten Gefängniswärter. An der Wand stand ein kleiner Tisch mit einer Flasche Kognak und Gläsern für die Zeugen der Hinrichtung.

Die Verurteilten wurden hereingeführt; sie hatten nur ihre Sträflingsanzüge an und trugen Handschellen. Sie wurden in eine Reihe aufgestellt. Grinsend und unter Witzen machte sich der Scharfrichter zu schaffen. Er war in seinen Kreisen für seinen ‚Humor' bekannt. Keine Erklärung, kein Geistlicher, keine Journalisten.

Einer nach dem anderen, alle zehn kamen dran. Alle zeigten den gleichen Mut. Das dauerte alles in allem fünfundzwanzig Minuten. Der Scharfrichter grinste ständig und machte dauernd seine Witze. Die Filmkamera arbeitete ohne Unterbrechung; denn Hitler wollte sehen und hören, wie seine Feinde starben. Am gleichen Abend, in der Reichskanzlei, konnte er sie auf der Leinwand betrachten.

Das war sein eigener Einfall. Er hatte den Scharfrichter zu sich kommen lassen und persönlich die Einzelheiten der Prozedur festgelegt: ‚Ich will, daß sie erhängt werden, aufgehängt wie Schlachtvieh', waren seine Worte."

(Schriftliche Aufzeichnungen)

10. AUF DER BAHRE ZUM GALGEN

von Max Geissler

Ich war seit 1942 ununterbrochen als Häftlingssanitäter im Krankenhaus des KZ Sachsenhausen tätig und hatte auf Grund besonders glücklicher Zufälle in der Abteilung R IIb die Gelegenheit, viel besser beobachten zu können als die Mehrzahl meiner politischen Mithäftlinge. Im Sommer 1944 wurde ich Blockältester auf R II und R IIb.

Ende Juli oder Anfang August mag es gewesen sein, als eines Abends, das Lager war schon zur Ruhe gekommen, überraschend der Arzt und SS-Obersturmführer Dr. Gabler aus Troppau in Böhmen mich weckte und mich anwies, sofort in einem Einzelraum Platz für einen Patienten zu schaffen. Bald darauf kam ein Sanitätswagen vorgefahren. SS-Männer, von mehreren Gestapobeamten begleitet, brachten auf einer Bahre von Dohnanyi. Nach kurzer Unterhaltung zwischen Dr. Gabler und einem der Gestapobeamten erhielt ich von Dr. Gabler folgende Anweisungen:

„Außer mir selbst darf niemand, es sei denn in Begleitung des SD, den Raum, in welchem Dohnanyi liegt, betreten." Auch die norwegischen Häftlingsärzte dürfte ich nicht allein mit dem Patienten lassen. Ich durfte mich ebenfalls nicht mit dem Patienten unterhalten, sollte aber alles tun, um ihm eine anständige Pflege zuteil werden zu lassen.

DOHNANYI war als Folge der vielen Mißhandlungen derart geschwächt und gelähmt, daß er nicht imstande war, sich selbst zu waschen, zu essen oder sich nur im Bett umzudrehen, es war auch keine Aussicht, wie er mir selbst erzählte, daß er wieder vollkommen gesunden könne. Nach den Feststellungen des norwegischen Häftlingsarztes und späteren Sozialministers Dr. SVEN OFTEDAL hat DOHNANYI neben zahlreichen inneren Verletzungen auch schwere Schäden an der Wirbelsäule davongetragen, die ausschließlich von den Mißhandlungen durch die Gestapo herrührten.

DOHNANYI litt die ganze Zeit an großen Schmerzen. Trotzdem aber interessierte er sich für alle Vorgänge im Lager und draußen, und während der Wochen, die er auf R IIb lag, mußte ich ihm täglich über alles, was ich erfahren konnte, berichten. In der Einlieferungsnacht selbst konnte er überhaupt nicht schlafen, und ich saß bis in die Morgenstunden an seinem Bett, um seine Hunderte von Fragen, die alle Bezug auf die Behandlung im Lager hatten, zu beantworten. Später erfolgte seine Verlegung auf die sogenannte Rekreationsabteilung R V, auf der die Möglichkeiten einer guten Betreuung weit geringer waren als auf R IIb, und von dort aus wurde er auch 1945, an den genauen Zeitpunkt vermag ich mich nicht mehr zu erinnern, abgeholt. Sein Abtransport erfolgte wiederum in einem Sanitätswagen, auf einer Bahre liegend. Für uns war überhaupt kein Zweifel, daß sein Abtransport zum Zwecke der Liquidation erfolgte.

Über seine antinazistische Tätigkeit hatte DOHNANYI wenig gesagt, er erzählte nur, daß er aus religiöser Überzeugung heraus ein Gegner HITLERS sei und daß man ihm vorwerfe, an den Vorbereitungen zum 20. Juli beteiligt gewesen zu sein.

Die erste Gestapovernehmung, am Tage nach seiner Einlieferung ins Lager, dauerte über acht Stunden und erfolgte im Dienstzimmer des SD in R I, alle übrigen Vernehmungen aber im Krankenzimmer. Die Gestapo traf immer Sicherheitsanstalten, so daß ein Mithören, wie in manchem anderen Fall, nicht möglich war. Oft aber war natürlich das Geschimpfe der Gestapo durch die dünnen Wände hörbar. Diese ungebildeten Flegel beschimpften ihn in ihrer ohnmächtigen Wut oft unsäglich. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß DOHNANYI in diesem ungleichen Kampf der Bessere und auch der Stärkere war.

Es kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß er auf der Bahre zum Galgen getragen wurde, denn DOHNANYI konnte nicht einen Schritt allein gehen.

(Schriftliche Aufzeichnungen)

11. IM TRÜMMERFELD ERMORDET

von HERBERT KOSNEY

Auf welche ruchlose Weise sich der SD kurz vor der Kapitulation der im Zusammenhang mit dem 20. Juli verhafteten Männer entledigte, beweist ein Protokoll, das der überlebende Bruder HEINZ des ebenfalls auf diese heimtückische Weise ermordeten Verfassers der „Moabiter Sonette", Prof. ALBRECHT HAUSHOFER, damals über die Ermordung hatte verfassen lassen.

Nur einer von acht entkam, HERBERT KOSNEY aus Berlin. Er gab folgende Schilderung: Er hörte gegen 23 Uhr in seiner Luftschutzhalle, wie einige Namen aufgerufen wurden

und die Betreffenden zum Sachenempfang nach vorn gingen. Er erinnert sich, „Schleicher" gehört zu haben. Es war die seit zwei Tagen vom SD bereits an die Justiz abgegebene Gruppe (Schleicher, Klaus Bonhoeffer, John, Perels, zur Nieden, Marx, Sierks, Kuenzer), aus der freilich andere, z. B. Minister Hermes, Steltzer u. a. nicht mitaufgerufen wurden. Diese bezeichneten acht haben dann im C-Flügel des Lehrter Zellengefängnisses ordnungsgemäß ihre Effekten erhalten. Ihnen war gesagt worden, sie würden nach Plötzensee verlegt.

Etwas später, etwa um 23.30 Uhr, hörte Kosney mit einigen anderen seinen eigenen Namen. Es handelte sich um acht Personen aus den noch unter dem SD-Kommando befindlichen Häftlingen Haushofer, von Salviati, Moll, Munzinger, Stähle, Jennewein, Kosney und Sossinow (russischer Kriegsgefangener aus Gomel). Sämtlichen Häftlingen beim SD waren in den Abendstunden des betreffenden Tages ihre persönlichen Papiere und Wertsachen ausgehändigt worden, was die allgemeine Freude auf die kommende Entlassung heftig angefacht hatte. Sie wurden in den nächsten Tagen aber nicht entlassen, sondern der SD übergab das ganze Gefängnis am folgende Tag der Justiz. Kosney half Haushofer beim Packen der Sachen, und alle dachten an Entlassung.

Als Kosney nach vorn in den Zentralbau kam, stand dort schon rechts die zuerst gerufene Gruppe. Ein fremder Sturmführer war anwesend und fragte: „Welche nehmen wir zuerst heraus", worauf Kosneys Gruppe den Beginn machte und man sie zu zweit nebeneinander durch die Pforte in den langen dunklen Gang zum Gefängnistor hinausließ. Kosney ging mit Jennewein nach vorn. In diesem Gang empfing sie ein zweiter Sturmführer: „Ihr werdet verlegt, wer einen Fluchtversuch macht, wird erschossen." Bei dem Weg durch den langen Gang merkte K., daß rechts und links je eine Reihe von SS-Leuten mit Stahlhelm und Maschinenpistolen stand, die immer zwei Häftlinge zwischen sich nahmen.

Auf der Straße angekommen, eröffnete man ihnen, daß der Weg zum Potsdamer Bahnhof gehe. Sie sollen ihre Koffer und sonstigen Sachen auf den bereitstehenden Kübelwagen legen, der zum Bahnhof vorausführe. Während dieser Aktion, meint Kosney, bestand die gesamte Häftlingsgruppe aus etwa 20 Mann. Erkennen konnte er bei der regnerischen Nacht niemand genauer, zumal er weiter an der Spitze ging. An der Ecke Lehrter Straße — Invalidenstraße angelangt, hielt man wieder an und forderte die Häftlinge auf, alle bei sich geführten Wertsachen und Papiere abzugeben. Als Jennewein darauf verwies, daß in seiner Brieftasche 1800 RM lägen, meinte der Feldwebel, das würden sie bald in der Eisenbahn klären können. Dann rief der Feldwebel dem Sturmführer zu, man könne den Weg zum Potsdamer Bahnhof gut abkürzen, indem man gleich gegenüber durch das Tor und über die Trümmer des Ulap-Gebäudes ginge. Gleich hinter dem Tor wurde K. mit dem hinter ihm Gehenden nach links abgedrängt (vielleicht wurden die anderen acht, Schleicher usw., unter dem Befehl des zweiten Sturmführers nach rechts geführt). K. hörte den Befehl des Sturmführers: „Fertigmachen, los!" Nach der Salve vernahm er, ganz stilliegend, noch weitere Schüsse, kann aber Richtung und Entfernung nicht genau angeben. Vielleicht rührten sie von der zweiten Gruppe her. Er hörte den Sturmführer rufen: „Beeilen, wir haben noch mehr zu tun, sonst wird es hell." Als die SS verschwunden war, meint K., noch fünf Minuten gewartet zu haben. Dann kroch er in der Richtung der Straße, verband sich selbst den Einschuß im Genick und gelangte nach Hause.

Seine sieben getöteten Mithäftlinge wurden später durch seine Angaben in dem dunklen Bau zwischen den Betonsäulen gefunden."

Ehrentafel der Toten des 20. Juli 1944

Beck, Ludwig, Generaloberst.	Selbstmord
Bernardis, Robert, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Bernstorff, Graf Albrecht von, Botschaftsrat a. D. und Bankier.	Ermordet
Blumenthal, Hans Jürgen Graf von, Major.	Hingerichtet
Boehmer, Hasso von, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Bolz, Eugen, vormals Staatspräsident von Württemberg.	Hingerichtet
Boeselager, Georg von, Oberst.	Gefallen
Bonhoeffer, Claus, Chefsyndikus der Lufthansa.	Ermordet
Bonhoeffer, Dietrich, evangelischer Pfarrer.	Ermordet
Breidbach-Bürresheim, Randolph, Freiherr von.	Gestorben
Brücklmeier, Eduard, Legationsrat im Auswärtigen Amt.	Hingerichtet
Caminecci, Oscar, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Canaris, Wilhelm, Admiral, Chef des deutschen militär. Nachrichtendienstes.	Ermordet
Cramer, Walter, Industrieller, Direktor der Stöhr-AG.	Hingerichtet
Delbrück, Justus, Fabrikant.	Gestorben in einem sowjetischen KZ
Delp, Alfred, Jesuitenpater.	Hingerichtet
Dieckmann, Wilhelm, Oberregierungsrat.	Hingerichtet
Dohna-Tolksdorf, Heinrich Graf zu, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Dohnanyi, Hans von, Reichsgerichtsrat.	Ermordet
Dorsch, Hans Martin, Oberleutnant.	Hingerichtet
Drechsel, Max Graf von, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Erdmann, Hans Otto, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Elsas, Dr. Fritz, vormals Zweiter Bürgermeister von Berlin.	Ermordet
Engelhorn, Karl-Heinz, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Fellgiebel, Erich, General der Nachrichtentruppe.	Hingerichtet
Finckh, Eberhard, Oberst.	Hingerichtet
Fleischmann, Max, Universitätsprofessor	Selbstmord
Frank, Reinhold, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Freytagh-Loringhoven, Wessel, Freiherr von, Oberst.	Selbstmord
Frick, Walter, Kaufmann.	Erschossen
Gehre, Ludwig, Hauptmann.	Ermordet
Gloeden, Erich, Architekt.	Hingerichtet
Gloeden, Elisabeth Charlotte, geb. Kutznitzki, Ehefrau.	Hingerichtet
Goerdeler, Dr. Karl Friedrich, vorm. Reichspreiskomm. u. OB v. Leipzig	Hingerichtet
Goerdeler, Fritz, Stadtkämmerer von Königsberg (Bruder).	Hingerichtet
Gollnow, Herbert, Kons.-Sekr.	Hingerichtet
Gross, Nikolaus, christl. Gewerkschaftsführer und Redakteur.	Hingerichtet
Grosscurth, Helmut, Oberst i. G.	In russ. Kgf.-Lager verstorben
Guttenberg, Karl Ludwig Freiherr von, Gutsbesitzer.	Ermordet

Habermann, Max, christlicher Gewerkschaftsführer.	Selbstmord
Haeften, Hans Bernd von, Legationsrat im Auswärtigen Amt.	Hingerichtet
Haeften, Werner von, Obltn., Adjut. des Grafen Stauffenberg	Hingerichtet
Hagen, Albrecht von, Syndikus.	Hingerichtet
Hahn, Kurt, Oberst.	Hingerichtet
Halem, Nikolaus von, Kaufmann.	Hingerichtet
Hamm, Eduard, Staatssekretär a. D.	Selbstmord
Hansen, Georg, Oberst.	Hingerichtet
Harnack, Ernst von, Regierungspräsident a. D.	Hingerichtet
Hase, Paul von, Generalleutnant, Kommandant von Berlin.	Hingerichtet
Hassell, Ulrich von, vormals deutscher Botschafter in Rom.	Hingerichtet
Haubach, Dr. Theodor, führender Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Haushofer, Albrecht, Professor.	Ermordet
Hayessen, Egbert, Major i. G.	Hingerichtet
Helldorf, Wolf Graf von, Polizeipräsident von Berlin.	Hingerichtet
Herfurth, Otto, Generalmajor.	Hingerichtet
Hoepner, Erich, Generaloberst.	Hingerichtet
Hofacker, Caesar von, Oberstleutnant, Dr. jur.	Hingerichtet
Hösslin, Roland von, Major.	Hingerichtet
Hübener, Otto, Versicherungsdirektor.	Hingerichtet
Jaeger, Friedrich, Oberst.	Hingerichtet
Jennewein, Max, Mechaniker.	Erschossen
Jessen, Jens, Professor der Nationalökonomie.	Hingerichtet
John, Hans, Jurist.	Ermordet
Kaiser, Hermann, Studienrat.	Hingerichtet
Kempner, Franz, Staatssekretär a. D.	Hingerichtet
Kiep, Otto, Gesandter z. D., vorm. deutscher Generalkonsul in New York.	Hingerichtet
Kissling, Georg Conrad, Landwirt.	Hingerichtet
Klamroth, Bernhard, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Klamroth, Hans-Georg, Kaufmann, Maj. d. Res.	Hingerichtet
Klausing, Friedrich-Karl, Hauptm., Adjut. des Grafen Stauffenberg.	Hingerichtet
Kleist-Schmenzin, Ewald von, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Knaak, Gerhard, Major.	Hingerichtet
Koch, Dr. Hans, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Koerner, Heinrich, christlicher Gewerkschaftsführer.	Erschossen
Kranzfelder, Alfred, Korvettenkapitän.	Hingerichtet
Kuenzer, Richard, Legationsrat.	Ermordet
Kutznitzki, geb. von Liliencron, Elise Auguste.	Hingerichtet
Lampe, Adolf, Prof. d. Nationalökonomie.	Verstorben
Lancken, Fritz von der, Internatsleiter, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Langbehn, Carl, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Leber, Dr. Julius, führender Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf von, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Lejeune-Jung, Dr. Paul, Syndikus.	Hingerichtet

Leonrod, Ludwig Freiherr von, Major.	Hingerichtet
Letterhaus, Bernhard, Führer der katholischen Arbeitervereine.	Hingerichtet
Leuninger, Franz, vorm. Gen.-Sekr. d. Christl. Metallarb.-Verbandes.	Hingerichtet
Leuschner, Wilhelm, führd. Sozialdemokrat, vorm. hess. Innenminister.	Hingerichtet
Lindemann, Fritz, General der Artillerie.	Ermordet
Lindemann, Else, Ehefrau.	Selbstmord
Linstow, Hans-Ottfried von, Oberst.	Hingerichtet
Litter, Hans, Dr. jur., Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.	Hingerichtet
Lüninck, Ferdinand Freiherr von, ehem. Oberpräsident von Westf.	Hingerichtet
Lynar, Wilhelm Graf zu, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Maass, Hermann, SPD- und Jugendführer.	Hingerichtet
Marogna-Redwitz, Rudolf Graf von, Oberst.	Hingerichtet
Marcks, Karl, Kaufmann.	Ermordet
Matuschka, Michael Graf, Regierungsdirektor.	Hingerichtet
Meichssner, Joachim, Oberst.	Hingerichtet
Merz von Quirnheim, Albrecht, Oberst i. G.	Hingerichtet
Michel, Karl, Oberstleutnant i. G.	Gefallen (n. Verhaftg. b. ein. Todeskommando)
Moltke, Helmuth Graf von, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Müller, Dr. Otto, Prälat.	Im Gefängnis gestorben
Mumm von Schwarzenstein, Herbert, Legationsrat a. D.	Hingerichtet
Munzinger, Ernst, Oberstleutnant.	Ermordet
Nebe, Arthur, Chef des Reichskriminalamtes.	Hingerichtet
Nieden, Wilhelm zur, Generaldirektor.	Hingerichtet
Oertzen, Ulrich von, Major.	Selbstmord
Olbricht, Frriedrich, General der Infanterie.	Hingerichtet
Oster, Hans, Generalmajor.	Ermordet
Perels, Friedrich Justus, Rechtsberater der Bekennenden Kirche.	Ermordet
Planck, Erwin, Staatssekretär a. D.	Hingerichtet
Plettenberg, Kurt Freiherr v., Kammerpräsident.	Selbstmord
Popitz, Johannes Dr., Professor, preußischer Finanzminister.	Hingerichtet
Rabenau, Friedrich v., General.	Ermordet
Rahtgens, Karl Ernst, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Reichwein, Adolf, Professor und führender Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Roenne, Alexis Freiherr von, Oberst i. G.	Hingerichtet
Rommel, Erwin, Generalfeldmarschall.	Vergiftet
Sack, Ministerialdirektor und Chefrichter des Heeres.	Ermordet
Sadrozinski, Joachim, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Salviati, Hans-Viktor v., Major.	Ermordet
Schack, Adolf Friedrich Graf v.	Hingerichtet
Schleicher, Rüdiger, Ministerialrat, Professor der Rechte.	Ermordet
Schneppenhorst, Ernst, vormals Gewerkschaftsführer.	Ermordet

Der kahle Raum im Gefängnis Berlin-Plötzensee, in dem die zum Tode verurteilten Männer vom 20. Juli mit furchtbarer Grausamkeit umgebracht worden sind, ist heute in eine Gedenkstätte für das Leben und Sterben der Männer des „anderen Deutschland" umgewandelt worden.

Scholz-Babisch, Friedrich, Grundbesitzer.	Hingerichtet
Schöne, Hermann, Oberst.	Hingerichtet
Schrader, Werner, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Schulenburg, Fritz-Dietlof, Graf v. der, Regierungspräsident.	Hingerichtet
Schulenburg, Werner Graf v. der, vorm. deutscher Botschafter in Moskau.	Hingerichtet
Schulze-Büttger, Georg, Oberst i. G.	Hingerichtet
Schwamb, Ludwig, führender Sozialdemokrat, ehem. Staasrat.	Hingerichtet
Schwerin v. Schwanenfeld, Ulrich Wilhelm Graf, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Sierks, Hans-Ludwig, Stadtbaurat.	Ermordet
Smend, Günther, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Sperr, Franz, vormals bayerischer Gesandter in Berlin.	Hingerichtet
Staehle, Wilhelm, Oberst a. D.	Ermordet
Stauffenberg, Berthold Schenk Graf v., Marineoberstabsrichter.	Hingerichtet
Stauffenberg, Claus Schenk Graf v., Oberst i. G.	Hingerichtet
Steinaecker, Hans-Joachim, Freiherr v., Oberst a. D.	Hingerichtet
Stieff, Helmut, Generalmajor.	Hingerichtet
Strünck, Theodor, Versicherungsdirektor.	Ermordet
Stülpnagel, Carl-Heinrich v., General der Infanterie.	Hingerichtet
Thadden, Elisabeth v., Internatsleiterin.	Hingerichtet
Thiele, Fritz, Generalltn.	Hingerichtet
Thoma, Busso, Major.	Hingerichtet
Thüngen, Freiherr v., Generalleutnant.	Hingerichtet
Tresckow, Gerd v., Oberstleutnant.	Selbstmord
Tresckow, Henning v., Generalmajor.	Selbstmord
Trott zu Solz, Adam v., Legationsrat im Auswärtigen Amt.	Hingerichtet
Uexküll, Nikolaus Graf v., Oberst a. D.	Hingerichtet
Voigt, Fritz, früher Polizeipräsident, Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Voss, Hans-Alexander v., Oberstleutnant i. G.	Selbstmord
Wagner, Eduard, General der Artillerie und Generalquartiermeister.	Selbstmord
Wagner, Siegfried, Oberst.	Selbstmord
Wehrle, Hermann, Kaplan.	Hingerichtet
Wentzel-Teutschenthal, Carl, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Wirmer, Joseph, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Wiersich, Oswald, vormals Gewerkschaftsführer.	Hingerichtet
Witzleben, Erwin v., Generalfeldmarschall.	Hingerichtet
Yorck v. Wartenburg, Peter Graf, Oberregierungsrat.	Hingerichtet
Ziehlberg, Gustav v., Generalleutnant.	Hingerichtet

Diese Tafel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof
Geschäftsnummer 4 J 777/44
— Staatsanwaltschaft —

Kostenrechnung
in der Strafsache gegen Erich Knauf

Gebühr gem. §§ 49, 52 SGKG für Todesstrafe	300,—
Postgebühren gem. § 72,1 SGKG	1,84
Gebühr gem. § 72,6 für den als Pflichtverteidiger bestellt gewesenen Rechtsanwalt Ahlsdorff, Berlin-Lichterfelde-Ost, Gärtnerstraße 10a	81,60
für die Strafhaft vom 6. 4. 44 bis 2. 5. 44.	44.—
Kosten der Strafvollstreckung: Vollstreckung des Urteils	158,18
hinzu Porto für Übersendung der Kostenrechnung . . .	—,12
zusammen:	585,74

Zahlungspflichtig: Die Erben des Erich Knauf, z. Hd. von Frau Erna Knauf, Berlin-Tempelhof, Manfred-von-Richthofen-Str. 13, bei Fa. Gilbert, Mach.

Der Oberreichsanwalt

Reichsanwaltschaft
beim Volksgerichtshof

Berlin W 9, den 25. Oktober 1944
Bellevuestr. 15
Fernspr. 21 83 41

Geschäftszeichen: O J 6/44 g Rs.
(Bitte in der Antwort anzugeben)

An Frau
Freifrau von T h ü n g e n
(1)in Berlin-Charlottenburg 9
Alemannenallee 6.

Der ehemalige Generalleutnant Karl Freiherr von T h ü n g e n ist vom Volksgerichtshof des Großdeutschen Reichs wegen Hoch-und Landesverrats zum Tode verurteilt worden.

Das Urteil ist am 24.Oktober 1944 vollstreckt.

Die Veröffentlichung einer Todesanzeige ist unzulässig.

In Auftrage

So sah die amtliche Benachrichtigung aus, die den Angehörigen der Verurteilten und Hingerichteten zugestellt wurde.

VI. Vom Geist der Widerstandsbewegung

LEBENSBILDER, AUFZEICHNUNGEN, ABSCHIEDSBRIEFE

1. LEBENSBILDER

a) Claus Schenk Graf von Stauffenberg — von Annedore Leber

15. November 1907 — 20. Juli 1944

„Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muß geschehen, denn dieser Mann ist das Böse an sich", diese Worte äußerte Claus Stauffenberg gegenüber Jakob Kaiser, als er ihm darlegte, daß nach seiner und seiner nächsten Berater Ansicht alles gewagt und versucht werden müsse, Hitler zu beseitigen. Von der damaligen Stunde der Unterredung berichtete Jakob Kaiser, daß sie ihm unvergeßlich bleiben werde, da sie ihm Einblick in die innere Auseinandersetzung gab, die Stauffenberg mit seinem Gewissen ausfocht.

Als sich Claus Schenk Graf von Stauffenberg zehn Monate vor der Aktion vom 20. Juli 1944 entschloß, selbst die Ausführung des jahrelang erwogenen und mehrfach bis ins einzelne vorbereiteten Attentats auf Hitler in die Hand zu nehmen, stand er im Alter von 36 Jahren. Seine Entscheidung war durch jene Synthese von Ethos und Tatkraft bestimmt, die als Merkmal seiner Wesensart schon in früheren Jahren anklingt, aber erst mit der Erkenntnis des Ausgereiften für Recht und Gerechtigkeit mächtig wurde. Während der junge, ungewöhnlich fähige Berufsoffizier — bei wohl geheimen Bedenken — 1939 weder bewußter Widersacher der Nationalsozialisten noch ihres Krieges war, durchschaute er zur Jahreswende 1943/44 das System bis in die „krankhafte und entmännlichte Atmosphäre des Obersalzberg" und sah in Julius Leber den wesensverwandten Charakter und zuverlässigen Freund. Als dieser bereits am 5. Juli 1944 verhaftet worden war, ließ er dessen Frau am 17. Juli übermitteln: „Wir sind uns unserer Pflicht bewußt."

Claus Stauffenberg entstammte schwäbischem Adel; mütterlicherseits war er mit dem Geschlecht der Yorck verwandt, und zu seinen Ahnen gehörte Gneisenau. In der Ausbildungszeit galt Stauffenberg bei vielen Vorgesetzten und Kameraden als der Begabteste seines Jahrgangs, dem eine große Zukunft bevorstand. Altersgenossen nannten ihn scherzend „den neuen Schlieffen". Man traute ihm die Kraft zu, „dem Generalstab wie dem Heer neuen Geist einzuflößen und die einseitig militärische Denkweise zu überwinden". Später bezeichnete ihn ein General der alten Schule als „den einzig genialen deutschen Generalstabsoffizier".

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war Stauffenberg Oberleutnant in einer Panzerdivision; in Polen und im Frankreichfeldzug stand er an exponierten Frontabschnitten. Noch siegesbewußt bedauerte er seine Abberufung in das Hauptquartier, weil er sich nur ungern von der kämpfenden Truppe trennte. In diesem Stadium des glanzvollen Aufstieges, der ihn zur Lösung größter organisatorischer Aufgaben verpflichtete, setzte der Widerspruch Stauffenbergs gegen die Führerentschlüsse ein. Anfang des Jahres 1943 kam er zur Truppe nach Afrika. Dort verletzte eine Tieffliegergarbe sein Gesicht, beide Hände und ein Knie. Im Lazarett von Karthago befürchtete er tagelang, völlig blind zu

sein. Er behielt ein Auge und hatte die rechte Hand und die Hälfte der linken verloren. Doch in der Genesungszeit stellten Freunde bald mit Staunen fest, daß „eine ganz neue, innere Bestimmtheit, eine Energie, drängender als je" von ihm ausging.

Während zu jener Zeit viele militärische Würdenträger im vertrauten Gespräch mit Gleichgesinnten die Kriegführung HITLERS kritisierten und zum Teil leidenschaftlich verdammten, aber dennoch vor einer entscheidenden Handlung gegen das Regime zurückschreckten, revidierte CLAUS STAUFFENBERG sein früheres Weltbild von Grund auf. Von sich selbst den äußersten Einsatz fordernd, suchte er die Verbindung zu den Widerstandskräften — im wesentlichen von der Vorstellung erfüllt, daß der Liquidation des Hitlerregimes ein echter staatlicher Erneuerungsversuch folgen müsse, „die Bildung eines bis in die breiten Volksschichten überzeugenden, neuen, sozialen Staates". Unter General OLBRICHT zog er mit dessen bewußter Förderung als Chef des Stabes beim Allgemeinen Heeresamt ein militärisches Netz um Berlin, auf das sich die Gegenbewegung am Tage des Umsturzes stützen sollte. So galt STAUFFENBERG unter den Exponenten des zivilen Widerstandes als der Prototyp jener jungen, höheren Offiziere, deren zukünftige Existenz nie zur Debatte stand, die aber den Willen zum Handeln hatten aus dem Verantwortungsgefühl des Offiziers vor der Truppe, aus der Verpflichtung des Staatsbürgers vor dem Volke. Einen Hauch seines Geistes hatten sogar die Gestapo-Beamten, die an der Untersuchung der Vorgänge um den 20. Juli beteiligt waren, verspürt. Sie sprachen von der Sehnsucht und dem Ringen STAUFFENBERGS, der einen ethischen Sozialismus mit seinen „gräflichen Überlieferungen" in Einklang bringen wollte.

Zum ganzen Einsatz gehörte auch STAUFFENBERGS Mitwirkung an dem Plan einer rechtzeitigen Verständigung mit den westlichen Kriegsgegnern, bevor die bedrohte, wankende Front im Osten völlig zusammenbrach. Deshalb erwog auch STAUFFENBERG kurz vor der Invasion der Westalliierten in der Normandie die Möglichkeit, England den Weg durch die deutschen Minenfelder zu erleichtern, was jedoch deshalb nicht weiter verfolgt wurde, weil man zu diesem Zeitpunkt sehr wohl einsah, daß die Vorstellung einer Trennung der Alliierten in ihrer gemeinsamen Kriegführung unrealistisch war.

Als die westalliierten Truppen schließlich gelandet waren, konnte es nur noch darum gehen, die Katastrophe des dahintreibenden Krieges mit den unzähligen, sinnlosen Opfern abzukürzen und aus den Trägern des Widerstandes eine Regierung zu bilden, die auch das Ausland als verhandlungsfähig anerkennen mußte. Dies setzte den Tod HITLERS voraus.

Am 1. Juli wurde STAUFFENBERG Oberst und Chef des Generalstabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres. Es war ein Posten, der ihn in unmittelbare Nähe von HITLER brachte.

Zweimal wurde zwischen dem 10. und 20. Juli der Termin für das Attentat von STAUFFENBERG festgesetzt. Zweimal wurde jedoch sein Plan durch widrige Umstände durchkreuzt. Nach den bekannten Vorgängen am 20. Juli 1944 fiel dann im Hof der Bendlerstraße der Schuß, der das Opfer des Lebens von CLAUS SCHENK GRAF VON STAUFFENBERG forderte, jenes Mannes, von dem der Nachruf sagt, daß er mit seinem schwarzwelligen Haar und seiner schönen großen Gestalt in jeder Hinsicht ein echter Enkel GNEISENAUS war. Seine Frau aber brachte einige Monate später ihr fünftes Kind in Sippenhaft zur Welt.

In der Vorausschau, daß er bei seinem letzten Einsatz zugrunde gehen könne, hatte sich STAUFFENBERG in den Wochen und Tagen zuvor um den Wortlaut eines leicht verständlichen politischen Glaubensbekenntnisses bemüht, das in der Form eines Schwurs ein segensreiches Fortwirken aller längst bewährten und neuerwachten Kräfte sichern sollte. Das Leitmotiv war:

„Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt."

(ANNEDORE LEBER: Das Gewissen steht auf, Berlin 1954, S. 228 ff.)

b) LUDWIG BECK — von ANNEDORE LEBER

BECK wurde am 29. Juni 1880 in Biebrich/Rhein geboren. Sein Vater hatte als Industrieller des Hüttenbaus die Offizierstradition der Familie durchbrochen. LUDWIG BECK wählte nach dem Abitur die Laufbahn des aktiven Offiziers. Seit 1911 wirkte er im Generalstab und nach dem ersten Weltkrieg in verschiedenen Kommandeurstellen der Reichswehr; 1932 befehligte er als Generalleutnant eine Kavallerie-Division, ein Jahr später das Truppenamt, 1935 wurde General BECK Chef des Generalstabes. Der Generaloberst lehnte die Fortführung militärischer Aufgaben unter HITLER ab und nahm 1938 seinen Abschied.

In den Jahren 1935 bis 1938 stand General BECK an der Spitze des Generalstabes des Heeres. Diese Dienststelle hatte alle für Vorbereitung und Durchführung des Landkriegs notwendigen Aufgaben zu besorgen und war mit den tüchtigsten Offizieren besetzt. Als Chef dieses Amtes war General BECK verpflichtet und befähigt, in den entscheidenden Fragen der Kriegführung maßgeblich zu urteilen.

Als HITLER am 30. Mai 1938 den höheren Offizieren der Wehrmacht seinen „unabänderlichen Entschluß" verkündete, „die Tschechoslowakei in absehbarer Zukunft durch eine militärische Aktion zu zerschlagen", erhob General BECK dagegen den entschiedensten Einspruch. Der unvermeidbaren Ausweitung zu einem Krieg als Folge dieser Aktion konnte die noch im Aufbau befindliche Wehrmacht, zumal bei der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, nicht gewachsen sein. Es war seine Forderung, daß die politische Reichsleitung bei einem kriegerischen Einsatz der Wehrmacht die Ansichten der militärischen Sachverständigen berücksichtigen müsse. „Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung sowie fehlender Ausgleich zwischen den politischen Ansprüchen und Zielen und der militärischen Leistungsfähigkeit eines Staates können der erste und vielleicht entscheidende Schritt zum Verlust eines Krieges sein. Nicht umsonst weiß die Geschichte von Kriegen zu berichten, die gewonnen oder verloren waren, ehe sie begonnen hatten. Die Ursache war fast allemal Verdienst oder Schuld der Politik."

Seine Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen die Tschechoslowakei gründete BECK aber nicht allein auf die Erkenntnis, daß ein solcher Schritt zu einem Weltkrieg führen müsse, dem eine deutsche Niederlage folgen würde. Vielmehr war er empört, mit welcher Leichtfertigkeit und Selbstverständlichkeit das Kriegsinstrument zum Einsatz gebracht werden sollte, ohne daß dies durch eine unbedingte Notwendigkeit geboten war. Seine Einsichten in das Wesen des Krieges erlaubten es ihm nicht, einer Politik der Reichsregierung nachzugeben, die ihre Ziele in der Lösung der deutschen „Raumfrage" einfach auf gewaltsamem Wege zu erreichen strebte.

BECK stand in scharfem Gegensatz zu den Forderungen, die LUDENDORFF aus den Geschehnissen des ersten Weltkrieges gezogen hatte. Damals waren alle Lebensbereiche in den Strudel des kriegerischen Geschehens gerissen worden, die politischen Stellen hatten immer mehr an Einfluß verloren, und alles wurde schließlich auf die völlige Vernichtung des Gegners abgestellt. LUDENDORFF hat sich auf Grund dieser Erfahrungen den modernen Krieg nur noch als Vernichtungskrieg zwischen ganzen Volkskörpern (als „totalen" Krieg) vorstellen können und hat auch die Politik diesem Geschehen dienstbar machen und in ihr nur noch das kämpferische Element betonen wollen.

General Beck sprach dagegen dem totalen Krieg seine Berechtigung ab, weil er „einen maßvollen politischen Zweck" des Kriegsunternehmens ausschließt und somit nicht „zu einem guten Frieden im Bismarckschen Sinn führen kann". Er war überzeugt, daß auch der moderne Krieg in seiner Entfaltung begrenzt werden könne. Er erwartete dies aber nicht „auf dem Wege über das Kriegsinstrument, seine technische Gestaltung und Handhabung, sondern nur auf dem Weg einer sittlich fundierten Politik, die sich in jeder Beziehung das Primat wahrt (die den Krieg ‚zu einem politischen, respektive der Politik untergeordneten Instrument' mache), und auf der Grundlage eines neuen sittlichen Idealismus im Staat und in seinem Verhältnis zu den anderen Völkern". Dazu aber war es nach seiner Ansicht notwendig, „daß der Leiter der Politik ein moralischer Mensch sein müsse, der in letzter Instanz dem eigenen inneren Moralgesetz, seinem Gewissen unterworfen bleiben müsse".

Aus dieser Haltung heraus mußte Beck eine Politik ablehnen, die bedenkenlos gewaltsame Mittel zur Verwirklichung ihrer Pläne einsetzte, sich rücksichtslos über das Lebensrecht anderer Völker hinwegsetzte und einen weltweiten Vernichtungskrieg entfachte.

Er suchte 1938 zunächst die Generalität zu einem gemeinsamen Vorgehen bei Hitler zu bewegen. Unter Androhung des geschlossenen Rücktritts sollten sie ein Ablassen von den Kriegsplänen fordern. Als dieses Unternehmen scheiterte, weil der Oberbefehlshaber des Heeres sich dem Plan versagte und Hitler den Erfolg der Münchener Konferenz buchen konnte, ist Beck von seinem Amt zurückgetreten und auf eigenen Wunsch verabschiedet worden. Er war dann in den folgenden Jahren führend im Kreis der deutschen Widerstandsbewegung tätig und galt als das anerkannte Haupt der Verschwörung. Am 20. Juli 1944 stand er an ihrer Spitze bereit. In der Zentrale des Reichskriegsministeriums in der Bendlerstraße hat er nach dem Scheitern des Aufstandsversuches am Abend desselben Tages seinem Leben ein Ende gesetzt.

(Annedore Leber, a. a. O., S. 152 ff.)

c) Friedrich Olbricht

Er wurde am 4. Oktober 1888 in Leisnig/Sachsen als Sohn des Professors Dr. Richard Olbricht geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums trat er 1907 als Fahnenjunker in das Infanterieregiment 106 in Leipzig ein und wurde im 1. Weltkrieg Regimentsadjutant und Generalstabsoffizier, um dann in der Reichswehr wechselnde Verwendung in Truppen- und Generalstabsstellen zu finden. 1926 wurde er in das Reichswehrministerium, Abteilung „Fremde Heere", berufen. Nach seiner Tätigkeit ab 1933 als Chef des Stabes der Dresdener Division und ab 1935 als Chef des Generalstabes des IV. Armeekorps in Dresden war er von November 1938 bis März 1940 Kommandeur der 24. Infanteriedivision, mit der er am Polenfeldzug teilnahm. Als im März 1940 Friedrich Olbricht die Berufung zum Chef des Allgemeinen Heeresamtes im Oberkommando des Heeres erhielt, war er entschlossen, in dieser Schlüsselstellung auf den Sturz Hitlers hinzuwirken.

Aus Charakter und Wesen Friedrich Olbrichts mußten sich früh Widersprüche zu dem Regime ergeben. Bei den natürlichen Anlagen von Besonnenheit, Güte und Hilfsbereitschaft und nach einer christlich-humanistischen Erziehung zu Toleranz und Verständnis für alle menschlichen Probleme verkörperte Friedrich Olbricht, vielseitig begabt und mit eigenwilligen Interessen für Geschichte, Literatur und Kunst, das Vorbild eines Offiziers, der über die Beherrschung des Nur-Fachlichen hinaus von seinem Beruf als einer Erziehungsaufgabe gefesselt war. Klarheit und Zuverlässigkeit wie Festigkeit und

Friedrich Olbricht

General der Infanterie, einer der Initiatoren der Umsturzpläne. Er wurde am Abend des 20. Juli im Hof der Bendlerstraße standrechtlich erschossen.

zwei, vielleicht sind wir aber auch schon in einer Stunde hier umstellt. Ich werde als Soldat zu sterben wissen. Ich sterbe dann für eine gute Sache, davon bin ich felsenfest überzeugt. Sollen wir jetzt bekennen, daß wir gesündigt haben? Nein, wir haben das Letzte gewagt für Deutschland."

In der gleichen Nacht fiel Friedrich Olbricht zusammen mit Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Oberst Albrecht Merz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haeften unter den Kugeln des Exekutionskommandos im Hof des Allgemeinen Heeresamtes in der Bendlerstraße.

(Annedore Leber: Das Gewissen entscheidet, Berlin 1957, S. 263 ff.)

d) Karl Friedrich Goerdeler — von Eberhard Zeller

Er wurde am 31. Juli 1884 in Schneidemühl als Sohn einer preußisch-konservativen Beamtenfamilie geboren. Nach dem juristischen Studium, anschließender Bank- und Handelsausbildung und der Teilnahme am Weltkrieg 1914—1918 war Karl Goerdeler, der damals den Deutschnationalen nahestand, von 1920 bis 1930 als Zweiter Bürgermeister in Königsberg, von 1930 bis 1937 als Oberbürgermeister in Leipzig tätig und arbeitete neben seinem Amt unter Brüning auch vorübergehend als Preiskommissar. Seine vielseitigen Verbindungen und sein Ansehen als bekannter Kommunalpolitiker hat er in den Dienst des Aufbaus der Widerstandsbewegung gestellt. Er wurde am 7. September 1944 zum Tode verurteilt und nach einer qualvollen Haftzeit am 2. Februar 1945 hingerichtet.

In Dr. Karl Friedrich Goerdeler hat kurz vor dem Krieg und im Krieg ein umfänglicher Menschenkreis, der vor allem Männer der Industrie, des Handels, der Verwaltung, aber auch Männer der Kirchen und Universitäten umfaßte, seinen Einiger und Wortführer gefunden. Er war 1932 unter Brüning, 1934/35 auch unter Hitler Reichspreiskommissar gewesen. Seine Stellung als Oberbürgermeister von Leipzig hatte er im März 1937 freiwillig aufgegeben, weil die Partei sich weigerte, das Mendelssohn-Denkmal vor dem Gewandhaus wieder aufzustellen, das in seiner Abwesenheit gegen seinen ausdrücklichen Willen entfernt worden war. Goerdelers Wirkung auf Menschen, der Zahl der Gewonnenen nach zu sprechen, war vielleicht die größte unter allen gegen Hitler Tätigen: nicht umsonst wurde eine Million für den Kopf des Flüchtigen ausgeworfen. Goerdeler war einige Jahre jünger als Beck, Ostpreuße von Herkunft und Geburt, groß und breitschultrig und eher schwer gebaut, erstaunlich leistungsfähig in jedweden Strapazen. Erweckend für alle war eine Kraft in ihm, die nur in solcher Verrottung der staatlichen und privaten Welt so wirksam werden und ihn selber aus seiner Begrenzung zu so weitreichender Mission erheben konnte: seine Kraft im bestürmenden Anruf an die Gewissen, zurückzukehren zur Gottesfurcht und Aufrichtigkeit, zu Recht, Gesetz und Anstand. Als der Mann mit dem breitkrempigen Hut oder als unscheinbarer Zivilist mit halben oder keinen Papieren — „Wanderprediger" oder „Landpfarrer" war ein Deckname für ihn — bereiste er während des Krieges auf unermüdlichem Kurs die Heimat und die östlichen Fronten, machte es sich zum Beruf, bei den Militärs, je höher desto besser, lästig zu werden, wagte Auftritte, aus denen er hundertmal fürchten mußte, abgeführt zu werden, und trieb, wo er konnte, zum Gewissensaufruhr. Seine sanguinische Art wollte reden, überzeugen, mit immer neu niedergeschriebenen Staatsplänen und Kanzlerreden bezwingen. Oft wurde er dabei von seinen eigenen Wünschen, was sein sollte, so mitgerissen, daß er das, was wirklich war, utopisch ins Helle oder Schwarze überzeichnete und Schwierigkeiten zu einfach löste. Sein kämpferischer Wille war ursprünglicher als die Vorstellungen, die ihm für einen deutschen Neubau zu Gebote

waren, wiewohl man darin Beherzigenswertes findet, was nur ein in der Verwaltung Erfahrener so geben konnte. Ihm blieb aus solchem Grunde die Enttäuschung nicht erspart, auch unter den Mitstrebenden auf manche Gegnerschaft und Ablehnung zu stoßen. Zu seinem Lobe ist es, daß er, nur der Sache dienend, darüber keine Kränkung aufkommen ließ, eingesehene Irrtümer bekannte und sich immer wieder um Wandlung bemühte. Sein Name bleibt mit der Geschichte dieser Jahre verbunden als der eines leidenschaftlichen Anwalts des Rechts wider das Unrecht, eines Drängers und Ermutigers auch in den trübsten Augenblicken eines Weges, der von Enttäuschung zu Enttäuschung geführt hat.

(EBERHARD ZELLER: Geist der Freiheit, Taschenbuchausgabe 1957, S. 33 f.)

e) PAUL LEJEUNE-JUNG

Er wurde am 16. März 1882 als Sohn eines Kapitäns zur See in Köln geboren, besuchte das Gymnasium zu Paderborn und die Universitäten in Bonn und Berlin. Er wurde Syndikus bedeutender Wirtschaftsverbände und Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei, die er 1929 verließ. 1933 zog er sich demonstrativ aus dem öffentlichen politischen Leben zurück. Als KARL FRIEDRICH GOERDELER 1941 seine Mitarbeit suchte, beteiligte sich PAUL LEJEUNE-JUNG intensiv an den Beratungen des engeren Kreises und den Vorarbeiten für die Wirtschaftspläne der Nachfolgeregierung. Am 11. August 1944 wurde er verhaftet, am 8. September 1944 zum Tode verurteilt und am gleichen Tag in Plötzensee hingerichtet.

Durch freiwilligen, eindeutigen Verzicht auf jede Form politischer oder administrativer Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten trat der konservative Wirtschaftspolitiker und gläubige Katholik Dr. PAUL LEJEUNE-JUNG bereits 1933 in den großen Kreis der unverkennbaren Gegner des neuen Regimes. Schon im folgenden Jahr ließ die Gestapo ihn und sein Haus ständig beobachten — besonders, nachdem ein Mordkommando vom 30. Juni 1934 seinen langjährigen Freund TREVIRANUS verhaften wollte und vergeblich suchte. Der gerettete Kamerad bewahrte LEJEUNES Worte aus jenen Tagen: „Der Bruch der rechtsstaatlichen Ordnung wird das Reich bis zum bittersten Ende einem Wahnsinnigen ausliefern, sofern nicht Wehrmacht und Gerichte den Verfassungsbruch kennzeichnen und den Usurpator stürzen." PAUL LEJEUNE erkannte nicht nur die brennende Notwendigkeit rechtzeitiger Gewissensentscheidung, die er selbst längst getroffen hatte, sondern auch den gangbaren und damals noch offenen Weg zur praktischen Lösung. Sein Urteil war unbestechlich; neben der Weltkenntnis des erfahrenen Parlamentariers und ständigen Beobachters wirtschaftlicher Zusammenhänge besaß er auch die Universalbildung des Theologen, Philosophen und Historikers.

Zu Beginn seiner Laufbahn, nach der Promotion zum Dr. phil., war er volkswirtschaftlicher Assistent im Reichskolonialamt. 1910 entschloß er sich für die Privatwirtschaft. Die erfolgreiche Tätigkeit in der Zellstoffindustrie unterbrach er nur während des Krieges, als er in einem Seuchenlazarett diente und anschließend in der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums das Referat Wolle verwaltete. Späterhin wurde er Geschäftsführer des Vereins Deutscher Zellstoff-Fabrikanten und Berater der Wollkämmer und Wollimporteure. Als Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei kam er 1924 in den Reichstag, arbeitete zunächst im Steuerausschuß und übernahm 1928 den Vorsitz des Handelspolitischen Ausschusses; innerhalb seiner Parteiorganisation beteiligte er sich an der Gründung des Reichsausschusses der Katholiken.

Trotz seiner beruflichen Bindung an die Großindustrie betrachtete PAUL LEJEUNE das Mandat des Parlamentariers als Dienst an der Allgemeinheit, das von ihm verlangte, auch die Lebensinteressen anderer Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen zu verstehen und zu fördern. Wenn sein Gewissen eine klare Stellungnahme forderte, so konnte ihn keine taktische Erwägung vom Bekenntnis der eigenen Meinung zurückhalten. Als 1929 einige jüngere deutschnationale Politiker gegen den verhängnisvollen Hugenberg-Kurs protestierten und die Partei verließen, ging er mit ihnen, obwohl nur er dabei ein sicheres Mandat auf der Reichsliste der Deutschnationalen preisgab. Die Gründer der neuen „Volkskonservativen Vereinigung" verehrten PAUL LEJEUNE als idealen Mentor; sie wollten alle staatsbejahenden, konservativen und dennoch freiheitlich gesinnten Kräfte sammeln. Aber ihr Einfluß und die Anziehungskraft der Gruppe reichten nicht aus, um solche Pläne zu verwirklichen.

In den Jahren des politischen Abwartens, in denen sich LEJEUNE auf Berufsaufgaben in der Privatindustrie beschränkte, prüfte er, wie die meisten oppositionellen Denker, die Tragfähigkeit der eigenen Anschauungen, indem er die Niederlagen der jüngsten Vergangenheit von neuem analysierte. Den folgenschweren Sturz BRÜNINGS im Jahre 1932 führte er, in Übereinstimmung mit vielen Sozialisten und manchen christlichen Gewerkschaftspolitikern, in hohem Maße auf die Wünsche und das Verhalten der allzu mächtigen Bergbauindustriellen zurück. Solche Machtfülle abzubauen und das Recht auf Nutzung von Bodenschätzen — Kohle und anderen — der Allgemeinheit zu übertragen, hielt er für notwendig und durchführbar. Von den konkreten Bemühungen der Widerstandskreise erfuhr er 1941 durch den alten Parteifreund MAX HABERMANN, der als Abgesandter zu ihm kam und seine Mitwirkung forderte. LEJEUNE war bereit und verpflichtete sich, gegebenenfalls das Wirtschafts- und Arbeitsministerium zu übernehmen. In langen Beratungen mit GOERDELER, JAKOB KAISER, LEUSCHNER, TROTT ZU SOLZ, YORCK VON WARTENBURG und MAX HABERMANN entstanden Entwürfe zu einem wirtschaftspolitischen Zukunftsprogramm. LEJEUNES Konzeption begünstigte, gegenüber der Auffassung anderer, revolutionäre Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse, verkündet und legitimiert durch eine Grundgesetzgebung, die sich zum Teil auf sehr alte Traditionen aus der vorkapitalistischen Epoche stützen sollte.

Die Last der Ämter, die ihm zugedacht waren, erschien PAUL LEJEUNE zeitweise untragbar; seine Gesundheit war angegriffen, vor allem auch von dem Schmerz um die schweren Verluste im engsten Familienkreis. Von seinen fünf Söhnen, die alle an der Front standen, waren bereits zwei jüngere Brüder gefallen. Aber LEJEUNES Versprechen, bereit zu sein, wann immer er gebraucht würde, blieb unwiderruflich. Drei Wochen nach dem 20. Juli stand der Gefängniswagen vor seiner Tür. Die Söhne im Feld bekamen Heimaturlaub, aber sie versuchten vergeblich, genauso vergeblich wie ihre Mutter, den Vater noch einmal zu sehen. Die einzige Vergünstigung blieb, daß einer der Söhne im letzten Stadium des Prozesses, noch vor der eigentlichen Gerichtsverhandlung, erfuhr, sein Vater würde bestimmt zum Tode verurteilt werden. Mit dieser Nachricht mußten die Söhne zur Front zurück, und der Älteste konnte erst 1955 aus russischer Gefangenschaft heimkehren. PAUL LEJEUNE wurde wie seinen Leidensgefährten der letzte Trost eines gläubigen Menschen, der geistliche Zuspruch, verweigert. Er wurde mit ULRICH VON HASSELL und JOSEPH WIRMER gleich nach dem Urteil in die Todeszellen des Gefängnisses Plötzensee gebracht. Sein Abschiedsbrief hat die Familie nie erreicht. Ein Zeuge der letzten Stunde sah ihn betend in den Tod gehen und hörte die letzte Bitte: „Mein Jesus, Barmherzigkeit."

(ANNEDORE LEBER: Das Gewissen entscheidet, Berlin 1957, S. 205 f.)

f) Wilhelm Canaris

1. Januar 1887 — 9. April 1945

Über Wilhelm Canaris, den seine Tätigkeit als Chef der deutschen Abwehr während des Hitlerkrieges und seine gleichzeitige listenreiche Strategie in der Bekämpfung des hitlerischen SS-Staates zu einer die Legende entzündenden Gestalt werden ließ, hieß es in einer Dienstbeurteilung vom 12. November 1908, kurz nachdem der Einundzwanzigjährige zum Leutnant z. See befördert worden war: „Er ist von kleiner Figur, sehr bescheiden und zurückhaltend, so daß man einige Zeit braucht, ihn kennenzulernen. Sehr tüchtig und gewissenhaft. Theoretisch vorzüglich begabt, hat er sich mit Eifer seinem Dienst in jeder Gestalt hingegeben. Er ist in die Geschäfte des Adjutanten eingeführt und verspricht ein guter Offizier zu werden, sobald er etwas mehr Zuversicht und Selbstvertrauen bekommen hat. Militärische und gesellschaftliche Formen tadellos. In Gesellschaften trotz einer gewissen Schüchternheit sehr beliebt, da er sich durch bescheidene Artigkeit auszeichnet."

Die Vorfahren Wilhelm Canaris' waren Ende des 17. Jahrhunderts aus Oberitalien in die Moselgegend eingewandert und wirkten dort als Kaufleute oder widmeten sich dem Bergbau. Sein Vater war Hüttendirektor im westfälischen Kohlengebiet und veranlaßte den Sohn, der 1887 in Aplerbeck geboren war und seine Jugend in Duisburg verlebte, den Plan, Seeoffizier zu werden, aufzugeben und sich als „guter und begeisterter Reiter schon in jungen Jahren" bei einem Münchner Reiterregiment zu melden. Doch nach dem plötzlichen Tod des Vaters sah Wilhelm Canaris den Weg für seinen ursprünglichen Berufswunsch frei und trat 1905 in die Marine ein.

Bei Kriegsausbruch 1914 befand sich der junge Seeoffizier auf dem Kleinen Kreuzer „Dresden", der dem Ostasiengeschwader des Grafen Spee zugeteilt wurde und als einziges Schiff des Geschwaders die Seeschlacht bei den Falkland-Inseln überstand, dann aber im Frühjahr 1915 vor der chilenischen Küste versenkt werden mußte. Canaris wurde zunächst interniert, entkam aber in der Kleidung eines chilenischen Landmannes, über die Anden reitend, mit chilenischem Paß und bei seinen vorzüglichen Sprachkenntnissen in abenteuerlicher Flucht über Buenos Aires und Plymouth nach Deutschland, um sich unmittelbar danach einem mit noch größeren Gefahren verbundenen Unternehmen zuzuwenden. Nach dem im Rahmen des Geheimdienstes erhaltenen Kommando fuhr er 1916, unter anderem zur Versorgung der U-Boote im Mittelmeer, wieder mit chilenischem Paß nach Spanien. Auf der Rückfahrt in Norditalien bei der Grenzkontrolle zur Schweiz von den Italienern gefaßt, wurde er durch das Eingreifen einflußreicher spanischer Freunde vor dem während der wochenlangen Haft erwarteten Todesurteil bewahrt.

Auf dem spanischen Schiff, das ihn nach Frankreich bringen sollte, bewog er den Kapitän, nicht Marseille anzulaufen, sondern die direkte Route nach dem spanischen Hafen Cartagena zu nehmen. Von dort gelang ihm auf einem deutschen U-Boot die Fahrt nach dem österreichischen Kriegshafen Pola und weiter die Rückkehr nach Deutschland. Ungeachtet der eben durchlebten Strapazen bat er sofort um Frontverwendung und wirkte nach einer vorgeschriebenen Ausbildungszeit bis Kriegsende als U-Bootkommandant im Mittelmeer. Gewiß mußte der Kapitänleutnant der Kaiserlichen Marine nach Tradition und Gesinnung dem politischen Umbruch von 1918 mit innerer Reserve begegnen. Vor allem aber aus der Befürchtung, daß die kommunistischen Strömungen Überhand gewinnen könnten, setzte er sich von seiner Berliner Position in der Marineleitung für die Bildung von Marinebrigaden und Freikorps ein, und da er sich bei der Aufstellung von Einwohnerwehren und im weiteren an der Unterdrückung spartakistischer Unruhen be-

teiligte, wurden ihm von seinen Gegnern Sympathien für die Kappschen Bestrebungen nachgesagt. Als Mitglied des Gerichtes, das die wegen Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Angeklagten größtenteils freisprach, wurde Canaris sogar unter dem Verdacht, einem der Beteiligten Beihilfe zur Flucht gegeben zu haben, vorübergehend verhaftet. Nach seiner Rechtfertigung in der folgenden Untersuchung durch die Reichsregierung arbeitete er im Stabe des Reichswehrministers Noske und erwies in diesem Wirkungskreis, auch aus ehrlicher Anerkennung Noskes, seine volle Loyalität gegenüber der neuen Regierung.

Der weitere Wechsel der Tätigkeiten, ab Juli 1920 als Admiralstabsoffizier der Ostseestation, Erster Offizier des Kreuzers „Berlin", Dezernent der Flottenabteilung in der Marineleitung, Erster Offizier des Linienschiffes „Schlesien", Chef des Stabes der Nordseestation, Kommandant der „Schlesien" und schließlich ab Oktober 1934 als Festungskommandant von Swinemünde zeugte für seine vielseitige Verwendungsfähigkeit, — wenngleich ihn seine eigene Sehnsucht immer stärker zum Meere zog. Jedenfalls hieß es in einem Beurteilungsbericht vom 1. November 1925 über den Korvettenkapitän Wilhelm Canaris, daß er im Dezernat für organisatorische Ms-Vorarbeiten Grundlegendes geschaffen und diese Aufgabe mit „Gewissenhaftigkeit, klarem Blick und guter Sachkenntnis ... zweckmäßig, rasch und selbständig" erledigt habe, doch bliebe der Eindruck, „daß ihm diese Art reiner Schreibtischtätigkeit ... nicht liegt. Er ist, wie auch aus früheren Berichten hervorgeht, ein unruhiger Geist, den außergewöhnliche, schwierige Aufgaben reizen."

Doch schon im vorausgehenden Jahr wurde erkennbar, daß Canaris die damalige Lage wie auch die Aussichten seines Berufes pessimistisch beurteilte. Wohl mitbestimmt durch eine vorübergehende körperliche Erschöpfung und den Gedanken, sich möglicherweise diplomatischen Aufgaben zuwenden zu können, hatte er sein Abschiedsgesuch eingereicht. „Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß das Betätigungsfeld im Rahmen der jetzigen Marine nicht allzu groß ist, und ich gebe Ihnen weiter zu, daß die Leitung der Marine dazu angetan ist, die Entfaltung der Kräfte über Gebühr einzuengen, die Flügel zu beschneiden ... Ganz einfach, ich möchte Sie, Ihren Verstand, Ihre Energie, Ihre Arbeitskraft der Marine erhalten. Sie wissen, daß ich Ihnen hier keine Elogen sage, Ihnen keine Komplimente mache, sondern daß ich nur meiner Überzeugung Ausdruck gebe", schrieb ihm darauf in einem Brief vom 6. Februar 1924 sein damaliger Vorgesetzter, Konteradmiral von Gagern, der sich weigerte, das Gesuch weiterzugeben und Canaris schließlich bestimmte, seinen Antrag zurückzuziehen.

In der Wahl Hindenburgs sah Canaris ein Zeichen für die „Verfahrenheit der deutschen Politik". Nach seinen Reisen kreuz und quer durch die Welt wußte er um die Wechselwirkung außen- und innenpolitischer Situationen, und auf seine kritische Haltung gegenüber der Entwicklung deutete jenes dienstliche Urteil vom November 1933, das empfahl, Canaris „in Kommandos zu verwenden, wo es einmal auf eine scharfe Beobachtungsgabe und diplomatisches Geschick ankommt, dann aber auch in Stellungen, wo seine großen geistigen Fähigkeiten zur Geltung kommen, ohne daß seine durch nicht alltägliche Ereignisse bedingten skeptischen Stimmungen sich auf einen allzugroßen Personenkreis übertragen können."

Die lauten und gewaltsamen Methoden des Nationalsozialismus waren Canaris ebenso wesensfremd wie die verbrecherischen und zugleich einfältigen Träume Hitlers, sich zum Welteroberer machen zu können. Deshalb hätte sich Canaris selbst kaum nach dreißigjähriger Marinelaufbahn zu dem Amt als Chef der Abwehr gedrängt, als sein Vorgänger, der Kapitän zur See Konrad Patzig, in offenen Widerspruch zu der Partei-

WILHELM CANARIS

Admiral und Chef der deutschen Abwehr im letzten Kriege, geb. 1. 1. 1887, ermordet am 9. 4. 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg.

leitung gekommen war. CANARIS übernahm am 1. Januar 1935 die Leitung der Abwehr in der Hoffnung, sich mit dem neuen Amt militärischen Einfluß sichern und damit auch auf die politischen Verhältnisse einwirken zu können, zugleich aber sicherlich von der Vorstellung verlockt, hier ein die bisherigen Möglichkeiten sprengendes Arbeitsfeld vor sich zu sehen.

„Während seiner neunjährigen Tätigkeit als Abwehrchef entwickelte sich die kleine Abwehrabteilung des Reichskriegsministeriums zum gewaltigen Apparat des Amtes ‚Ausland/Abwehr' im OKH mit seinen Außenstellen", schilderte sein langjähriger Mitarbeiter ERICH PRUCK. „In der politischen Fieberatmosphäre des ‚Dritten Reiches' war das Tempo des Aufbaus übersteigert. Improvisation ersetzte das organische Wachstum. Die Parteirivalität verursachte hemmende Reibungen. Trotz alledem erreichte CANARIS mit seiner Dienststelle beträchtliche Erfolge auf seinem Arbeitsgebiet. Er verlangte von seinen Mitarbeitern viel, aber von keinem mehr, als er sich selbst zumutete ... Die seltenen offiziellen Reden und Ansprachen, die er sozusagen zum Fenster hinaus hielt, haben mit dem eigentlichen Wesen des Admirals nichts zu tun. Er entschloß sich ungern dazu. Sie waren immer konventionell. Meist hatten andere den Text vorbereitet ... Sonst bediente er sich einer Sprechmethode, die die Wissenden unter der zaristischen Zwangsherrschaft als die ‚äsopische Ausdrucksweise' bezeichnet hatten. Wer öfters mit dem Admiral zusammen war, erkannte auch ohne Wortbekenntnis, wie sich in ihm von Jahr zu Jahr mehr als kategorischer Imperativ die Gewissenspflicht durchsetzte, mit seinem Amte alles zu tun, um dem Unheil zu steuern.

Jahrelang verteidigte CANARIS dieses Amt gegen das Verlangen HIMMLERS und HEYDRICHS, daß die Abwehr dem SD unterstellt werden sollte. Es war ein latenter und bitterernster Krieg, und CANARIS führte ihn mit dem Rüstzeug eines scharfen Intellektes, einem außergewöhnlichen Kombinationsvermögen und einer Meisterschaft des unmittelbaren Durchschauens von Stärke und Schwäche des Gegners. Daß der Abwehrdienst selbst nach den internationalen Spielregeln mit fairen Mitteln geführt werde, war seine stetige Sorge. Aber er setzte auch alle Mittel seines umfassenden Apparates ein, um die Bemühungen BECKS und HALDERS um die Verhinderung des Weltkrieges zu unterstützen und durch eine entsprechende Berichterstattung HITLER von Schritten zurückzuhalten, die einen neuen Weltbrand zu entfesseln drohten. Seine Vorstellungen waren so eindringlich, daß im Sommer 1939 GÖRING ein Verbot an den Chef der Abwehr erwirkte, „dem Führer defaitistische Berichte vorzulegen". Als CANARIS dann später, um die Wende 1940/41, den Befehl von HITLER erhielt, FRANCO für die Genehmigung zum Durchmarsch deutscher Truppen nach Gibraltar zu gewinnen, wirkte er im genau gegenteiligen Sinn und bestärkte den spanischen Staatschef in seiner ablehnenden Haltung.

In den ganzen Jahren seiner Tätigkeit als Chef der Abwehr nutzte CANARIS alle Möglichkeiten seines Amtes, um vom Regime Verfolgte zu retten. Schicksale dieser Art berührten ihn tief, und er ging ihnen in großer menschlicher Güte nach. In einer Reihe von Fällen erwirkte er sogar durch das Aufgebot seiner diplomatischen Kunst von HIMMLER die Herausgabe bereits verhafteter Juden, um sie unter dem Vorwand, sie für Abwehrzwecke zu gebrauchen, ins Ausland zu bringen. Und ein hohes und gefährliches Spiel ging er ein, als er den französischen General GIRAUD vor und nach dessen Flucht von der Burg Königstein vor dem Liquidationsbefehl HITLERS und dem Zugriff des SD schützte, indem er sich selbst für die Erledigung des Auftrages verbürgte, so daß sich der General danach in Sicherheit bringen konnte. Den folgenden, durch KEITEL übermittelten Drohungen des „zu allen Konsequenzen entschlossenen Führers" begegnete CANARIS — nachdem er in blitzschneller Reaktion das zum lückenlosen Nachweis der Zeitfolgen

wichtige Datum der Ermordung HEYDRICHS in Prag feststellen ließ — mit der kühl überlegenen Antwort, daß er den Auftrag zur Liquidierung GIRAUDS persönlich dem SD-Führer HEYDRICH erteilt habe und sich der Durchführung des Befehls sicher gewesen sei.

Das bedrückende Wissen um die wirkliche Lage der Dinge und die unerbittliche Feindschaft des SD machten CANARIS immer verschlossener und einsamer. Als einer der treuesten Verbindungsleute zu den militärischen Widerstandszentren fehlte der Oberst GROSSCURTH, der nach den Kämpfen bei Stalingrad in der Gefangenschaft starb. Nach der Verhaftung DOHNANYIS 1943 wurde OSTER, der die Zentralabteilung des Amtes Ausland/Abwehr geleitet hatte, auf obersten Befehl entlassen. Der Übergang von Angehörigen der Abwehrdienststelle Istanbul zu den Engländern gab HITLER im Februar 1944 endlich den Anlaß, den schon lange mit Mißtrauen beobachteten Abwehrchef abzusetzen.

Es traf CANARIS mehr, sein in jahrelangen Mühen aufgebautes Werk dem Staatssicherheitsdienst übergeben und nunmehr jede menschliche Hilfeleistung unmöglich gemacht zu sehen, als sich selbst in seinem Haus in Berlin-Schlachtensee unter der Kontrolle seiner Gegner zu wissen. Um ihn über den Stand der Vorbereitungen zu dem auf HITLER geplanten Attentat zu unterrichten, besuchte ihn trotz des Verbotes dort noch der Chefrichter des Heeres CARL SACK, sein Schicksalsgefährte in der Todesstunde. Nachrichten brachten ihm auch der mit der Sprengstoffbeschaffung beauftragte und sich in der Nacht vom 20. Juli selbst den Tod gebende Oberst der Abwehr, WESSEL FREIHERR VON FREYTAG-LORINGHOVEN, wie der von CANARIS ins Hauptquartier entsandte Oberstleutnant WERNER SCHRADER, der sich schon 1931 als Mitglied des „Stahlhelm" aus Widerspruch gegen die NSDAP gegen die Gründung der Harzburger Front gewandt hatte und sich schließlich als Verwahrer des Sprengstoffes am 28. Juli 1944 erschoß.

Im Frühjahr 1944 glaubte CANARIS — der bereits nach der Bombardierung Warschaus von der göttlichen Gerechtigkeit, „die über uns kommen wird", gesprochen hatte — nicht mehr, daß die Endkatastrophe abgewendet werden könne, sondern das Deutschland „nach allem schuldhaften Geschehen" den Weg „bis zum bitteren Ende" werde gehen müssen.

Erst nach dem 20. Juli hatte die Gestapo Handhabe, WILHELM CANARIS zu verhaften. „Noch im Gefängnis war ihm eigentlich alles bekannt", berichtete nach den Wochen gemeinsamer Haft im Keller des Reichssicherheitshauptamtes in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin FABIAN VON SCHLABRENDORFF. „Auch hier erfuhr er, was er wissen wollte und im Grunde schon vorher wußte oder ahnte. Jahrelang gelang es ihm, HITLER und seine Umgebung irrezuführen. Noch aus den letzten Berichten KALTENBRUNNERS im Herbst 1944 an HITLER ging hervor, wie stark die Gestapo zweifelte, auf welcher Seite CANARIS wirklich stand."

Am 9. April 1945 wurde WILHELM CANARIS durch ein Schnellverfahren der SS im Konzentrationslager Flossenbürg getötet. In aller Eindringlichkeit aber hinterließ er in seiner Gestalt die ganze Problematik menschlicher Entscheidung unter der Diktatur.

(ANNEDORE LEBER: Das Gewissen entscheidet, Berlin 1957, S. 251 ff.)

g) WILHELM LEUSCHNER — von WALTER THEIMER

WILHELM LEUSCHNER, seinem ursprünglichen Beruf nach Holzbildhauer, galt stets als einer der Aktivsten der deutschen Arbeiterbewegung. Auf internationalen Arbeiterkonferenzen war er eine bekannte Figur. Er war modernen, undogmatischen Geistes,

WILHELM LEUSCHNER

Vorsitzender der Freien Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter der SPD, Hessischer Minister des Innern vor 1933, war zusammen mit seinem Freund Dr. JULIUS LEBER die treibende Kraft von sozialdemokratischer Seite in dem Bemühen, das unheilvolle Regime des Nationalsozialismus zu beseitigen und durch eine freiheitliche Demokratie zu ersetzen. Er war im Falle des Gelingens der Umsturzpläne im neuen Kabinett als Vizekanzler vorgesehen. Man wußte, daß gerade LEUSCHNER und seine Gruppe der Widerstandsbewegung einen starken demokratischen Flügel sicherte, und daß das von LEUSCHNER gespannte Netz von sozialistischen und gewerkschaftlichen Zellen das zahlenmäßig stärkste Element der Widerstandsbewegung war.

etwa dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zuzurechnen, aber zuweilen mit stark linksradikalen Einschlägen, einer von denen, auf die das ererbte Schema Rechts-Links nicht passen will.

Von 1918 bis 1933 war LEUSCHNER hessischer Innenminister. Früher als die meisten Gewerkschaftler begriff LEUSCHNER die Gefahr des Nazismus. Als PAPEN 1932 seinen ersten Schlag gegen die Linke führte und die SA aufmarschierte, mobilisierte LEUSCHNER die hessische Polizei und erstickte den drohenden Putsch. Nach der Machtübernahme wurde er entlassen und widmete sich den Gewerkschaften. Als er 1933 an der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf teilnahm, verlangte ROBERT LEY von ihm Mitarbeit für die Deutsche Arbeitsfront. LEUSCHNER weigerte sich und wurde beim Grenzübertritt in Deutschland sofort verhaftet und in ein KZ gesteckt.

1935 entlassen, eröffnete er in Berlin eine kleine Werkstatt für einen neuen Bierflaschenverschluß, dessen Patent ihm sozialistische Freunde zur Verfügung gestellt hatten. Die Erzeugung diente als Tarnung für einen Sammelpunkt der illegalen Arbeiterbewegung, für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Gruppen im Lande durch „Geschäftsreisen" und nach einer Version sogar für die Aufnahme der Fühlung mit den militärischen Verschwörern. LEUSCHNER lieferte sein Fabrikat auch an die Wehrmacht und soll durch oppositionell gesinnte Offiziere, mit denen er zu tun hatte, nach gegenseitiger Sondierung an die Mitverschwörer herangebracht worden sein.

LEUSCHNER war mit General VON HAMMERSTEIN befreundet, und dieser brachte ihn mit BECK zusammen, der ihn mehrmals in seiner kleinen Fabrik besuchte. Weitere Männer der Abwehr gesellten sich hinzu, selbst der konservative Admiral CANARIS nahm die Verbindung mit ihm auf. Auf diese Weise brachte LEUSCHNER den illegalen Apparat der Arbeiterbewegung in die Widerstandsbewegung hinein und gab ihr eine bedeutend breitere Basis, als die Militärs es vermochten, so daß sich in den drei Führern BECK, GOERDELER und LEUSCHNER zwanglos der Wehrstand, das Bürgertum und die Arbeiterklasse in der Verschwörung verkörperten. LEUSCHNER machte die Verschwörung aus einer Palastrevolution zu einer politischen Bewegung.

Vor dem 20. Juli kam es noch einmal zu einer längeren Aussprache mit LEUSCHNER. LEUSCHNER stimmte der Ansicht zu, daß es nunmehr auch einer Goerdeler-Regierung nicht mehr möglich sei, durch einen Staatsstreich gegen HITLER einen Verhandlungsfrieden zu erwirken. Aber er hoffte, daß der bevorstehende Staatsstreich eine schnelle Beendigung und Liquidation des Krieges durch eine Übergangsregierung herbeiführen werde und daß ihm dann noch eine Möglichkeit beschieden sei, seine eigenen Ideen und Pläne in einem anderen Deutschland zu verwirklichen.

Nachdem er diese an der Hand seiner Notizen auseinandergesetzt hatte, erinnerte er an ein früheres Gespräch und machte den Vorschlag, späterhin mit ihm zusammen am Aufbau einer neuen Arbeiter-Jugendorganisation zu wirken. Er sprach über die Notwendigkeit, die Zeit der Volksschulen um mindestens ein Jahr zu verlängern und das System der Berufsschulen wesentlich auszubauen, um der werktätigen Jugend einen Bildungsstand zu ermöglichen, der sie davor bewahren sollte, sich je wieder durch agitatorische Versprechungen betören zu lassen. Dabei wurde zum erstenmal deutlich, daß es LEUSCHNER nicht um die Durchsetzung eines erneuerten SPD-Programms zu tun war. Er sprach mit Wärme und Liebe von der Aufgabe, „die deutsche Jugend in erster Linie zu Menschen zu erziehen". Seine Notizen hatte er auf einem karierten Blatt vor sich, wie wir es alle aus unseren Schulheften kennen. Er sprach über die deutsche Jugend wie ein sorgenvoller Vater über die Zukunft seiner Kinder. Auf diese Zukunft und nicht auf die Abrechnung mit der Vergangenheit waren seine Gedanken gerichtet.

Einige Tage vor seiner Hinrichtung, die am 29. September 1944 stattfand, schrieb LEUSCHNER: „Einig bleiben und wiederaufbauen!" Und als er zum Galgen geführt wurde, sagte er seinen Gefährten in Zeichensprache nur das Wort: „Einigkeit!"

(Schriftliche Aufzeichnungen)

h) JULIUS LEBER — von GUSTAV DAHRENDORF

Am 5. Januar 1945 wurde Dr. JULIUS LEBER in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Am 20. Oktober 1944 war er vom Volksgerichtshof Hitler-Deutschlands wegen „Landesverrats, Feindbegünstigung und Hochverrats" zum Tode verurteilt worden.

August — September 1944. Allmorgendlich treten einige politische Häftlinge, alle tragen KZ-Kleidung, in dem kleinen Hof des Arresthauses des Frauen-KZ Ravensbrück zu einem etwa einstündigen Rundgang an. Unter ihnen die Sozialdemokraten Dr. JULIUS LEBER, HERMANN MAASS, Dr. THEODOR HAUBACH und GUSTAV DAHRENDORF.

Jede Unterhaltung ist streng verboten. Zwei SS-Männer wachen darüber, daß der Abstand zwischen den Gefangenen groß genug ist, eine Verständigung unmöglich zu machen. Wir sehen ein Stück Himmel. Wir atmen tief Luft ein. Jeder sucht den Blick des Freundes, des Schicksalsgenossen. Wir ahnen unser Schicksal — „Wettlauf mit dem Tode" hatte THEO HAUBACH mir einmal zugerufen. Der Zuruf beschäftigte, erregte mich. Das mag sich in Haltung und Antlitz geäußert haben. JULIUS LEBER sieht mich durchdringend an, als wir mit Abstand einander passieren. Sein Körper strafft sich, sein Gesicht ist ein zugleich freundschaftlicher und trotziger Anruf: „Laß Dich nicht gehen, bewahre Haltung!"

Oft sah ich ihn, ganz in sich gekehrt, ernst und entschlossen, Inbegriff von Kraft, der Ungebrochenheit. JULIUS LEBER wußte, was ihm bevorstand. Mit unendlicher Tapferkeit und Energie hatte er von 1933 bis 1937 Gefängnis- und KZ-Haft durchgestanden. In gleicher Haltung trotzte er den seither noch wesentlich gesteigerten und „verfeinerten" Methoden, mit denen die Gestapo Männern das Rückgrat zu brechen versuchte. Vier Nächte wurde er im Monat August 1944 in der Sicherheitspolizeischule Drögen bei Fürstenberg i. M. „vernommen". Furchtbar waren die Mißhandlungen, mit denen man ihn zu Aussagen über die Vorbereitungen des 20. Juli zwingen wollte. JULIUS LEBER ertrug sie und schwieg. Dann teilte man ihm mit, die Gestapo habe seine Frau und seine beiden Kinder verhaftet, um so seinen Widerstand zu brechen. Nur wer JULIUS LEBER kannte, vermag zu ermessen, wie tief ihn diese Nachricht traf. Doch nichts verriet seine menschliche Erschütterung. In souveräner Haltung machte er nun seine Aussage, die sich in allem Entscheidenden auf ihn selbst bezog. Er war beglückt, als er erfuhr, daß seine Frau und seine Kinder wieder entlassen seien. —

Dr. JULIUS LEBER war ein großer Mensch, er war eine kraftvolle Persönlichkeit, ein Politiker aus Instinkt und reichem Wissen. Als elsässischer Bauernsohn wurde er 1891 geboren. Seine berufliche Entwicklung führte ihn aus kaufmännischer Tätigkeit wieder auf die Schule und Universität und alsdann in die Politik. Chefredakteur des „Lübecker Volksboten", Vorsitzender der SPD in Lübeck, Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und von 1924 bis 1933 Mitglied des Deutschen Reichstages; das sind die Vertrauenspositionen, aus denen heraus er, der zeitlebens ein Kämpfer war, wirkte.

Nachdem er im Mai 1937 aus dem Konzentrationslager entlassen worden war, wurde JULIUS LEBER Kohlenhändler in Berlin. Das winzige Bürohäuschen der Firma Bruno Meyer Nachf. in Berlin-Schöneberg, deren Mitinhaber er war, wurde sehr bald zum

JULIUS LEBER

JULIUS LEBER, geb. 16. 11. 1891, Dr. rer. pol., war einer der aktivsten Männer des Widerstandes und zusammen mit WILHELM LEUSCHNER führender Sozialdemokrat im Goerdeler-Kreis. Vor 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD und Referent seiner Fraktion im Reichswehrausschuß. Schon die Jahre von 1933 bis 1937 verbrachte LEBER im Gefängnis und im Konzentrationslager. Vor seiner Hinrichtung am 5. 1. 1945 richtete LEBER einen letzten Gruß an seine Parteifreunde. „Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders ausgegangen ist."

Treffpunkt politischer Freunde. Manches Gespräch ist hier geführt worden, das der Vorbereitung des Aufstandes gegen HITLER, dem 20. Juli 1944, galt. So unbändig in JULIUS LEBER der Wille war, für HITLERS Sturz zu arbeiten, seine Vitalität verband sich mit einer seltenen politischen Einsicht, die ihn in allem leitete, was er unternahm. Wie wenige war er zu politischen Führungsaufgaben berufen. Wenn MAX WEBER im Jahre 1919 einmal aussprach, daß drei Qualitäten entscheidend seien für den Politiker: Leidenschaft — Verantwortungsgefühl — Augenmaß, in JULIUS LEBER waren diese Qualitäten vereinigt. Er war voller Hingabe an die „Sache" der Demokratie und des Sozialismus, „an den Gott oder Dämon, der ihr Gebieter ist". Leitstern seines Handelns war „die Verantwortlichkeit gegenüber dieser Sache". Und dazu besaß er die so seltene Fähigkeit des Augenmaßes, der Distanz zu den Dingen und Menschen.

So sah er die Größe und doch zugleich auch die Begrenzung der Aufgabe, die der Wille zum Sturz HITLERS und zur Beendigung des Krieges stellte. Er wurde damit neben WILHELM LEUSCHNER und Dr. CARLO MIERENDORFF, der im Dezember 1943 bei einem Luftangriff ums Leben kam, zur eigentlichen motorischen Kraft jenes Aufstandsversuches, der in den 20. Juli 1944 mündete und so unglücklich endete.

Es ist kein gültiges Urteil über den 20. Juli möglich, das nicht den großen antifaschistischen Aktivisten JULIUS LEBER mit an den Ausgangs- und in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt.

Am 5. Juli 1944 wurde JULIUS LEBER verhaftet. Er war das Opfer eines Spitzels, der in die höchste Führung der illegalen KPD Eingang gefunden hatte, mit der LEBER mit allen gebotenen Sicherungsmaßnahmen Verbindungen aufgenommen hatte. Seine Verhaftung veranlaßte den ihm politisch eng verbundenen Oberst VON STAUFFENBERG, am 20. Juli selbst das Attentat auf HITLER auszuführen, um damit auch LEBER zu retten. Das erklärt die Unzulänglichkeit der Vorbereitungen, die nach dem mißglückten Attentat deutlich wurde. Tausende tapferer Männer sind nach dem 20. Juli 1944 durch den Strang geendet. Unter ihnen ist Dr. JULIUS LEBER. Er fehlt uns! Unser Gedenken an diesen Menschen und Kämpfer ist eine große Verpflichtung zu tätiger Arbeit im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

i) CARLO MIERENDORFF — Aufruf vom 14. 6. 43 *

Am heutigen Tag, dem Pfingstmontag 1943, haben die Unterzeichneten feierlich beschlossen, ihr gemeinsames Handeln als Sozialistische Aktion durch die Aufstellung des nachstehenden Aktionsprogramms zu bekräftigen.

Die Sozialistische Aktion ist eine überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands.

Sie kämpft für die Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlerdiktatur, für die Wiederherstellung seiner durch die Verbrechen des Nazismus niedergetretenen Ehre und für seine Freiheit in der sozialistischen Ordnung.

Den Aktionsausschuß bilden Vertreter der christlichen Kräfte, der sozialistischen Bewegung, der kommunistischen Bewegung und der liberalen Kräfte als Ausdruck der Geschlossenheit und Einheit.

Der Kampf wird geführt unter dem Banner der Sozialistischen Aktion, der roten Fahne mit dem Symbol der Freiheit: dem mit dem Kreuz vereinten sozialistischen Ring als Zeichen der unverbrüchlichen Einigkeit des arbeitenden Volkes.

* Aus dem MOLTKE-Nachlaß; maschinenschriftliche Kopie, Mappe Grundtexte, von MIERENDORFF MOLTKE übermittelt (Mitteilung der Gräfin MOLTKE an den Verfasser).

Die Sozialistische Aktion ruft in dieser schweren Stunde das arbeitende Volk in Stadt und Land und unsere tapferen Soldaten zum Kampf auf in der Überzeugung, daß die Rettung des gemeinsamen Vaterlandes vor politischem, moralischem und wirtschaftlichem Verfall nur möglich ist durch:

1. Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit.
2. Beseitigung des Gewissenszwanges und unbedingte Toleranz in Glaubens-, Rassen- und Nationalitätenfragen.
3. Achtung vor den Grundlagen unserer Kultur, die ohne das Christentum nicht denkbar ist.
4. Sozialistische Ordnung der Wirtschaft, um Menschenwürde und politische Freiheit zu verwirklichen und die Existenzsicherheit der Angestellten und Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft sowie des Bauern auf seiner Scholle zu schaffen, die die Voraussetzung von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist.
5. Enteignung der Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie zugunsten des deutschen Volkes als Grundlage der sozialistischen Ordnung der Wirtschaft, um mit dem verderblichen Mißbrauch der politischen Macht des Großkapitals Schluß zu machen.
6. Selbstverwaltung der Wirtschaft unter gleichberechtigter Mitwirkung des arbeitenden Volkes als Grundelement der sozialistischen Ordnung.
7. Sicherung der Landwirtschaft vor der Gefahr, zum Spielball kapitalistischer Interessen zu werden.
8. Abbau des bürokratischen Zentralismus und organischer Aufbau des Reiches aus den Ländern.
9. Aufrichtige Zusammenarbeit mit allen Völkern, insbesondere in Europa mit Großbritannien und Sowjetrußland.

Noch hat das deutsche Volk keine Möglichkeit, seine Stimme zu erheben. Um so lauter rufen die Ruinen und Gräber zur Sammlung, zur Aktion! Es gilt zu handeln, ehe unsere Heimat ganz zerstört und der Zusammenbruch vollständig ist. Nur die Einheitsfront aller Feinde des Nationalsozialismus kann diese Tat vollbringen.

Im Gedenken an die Toten des Krieges und die Märtyrer der Freiheit, die vom Machtwahn des Faschismus hingemordet wurden, und an die Leiden unserer Soldaten geloben wir:

Nie wieder soll das deutsche Volk sich im Parteienstreit verirren! Nie wieder darf die Arbeiterschaft sich im Bruderkampf zerfleischen! Nie wieder Diktatur und Sklaverei!

Ein neues Deutschland muß entstehen, worin sich das schaffende Volk sein Leben im Geist wahrer Freiheit selbst ordnet.

Der Nationalsozialismus und seine Lügen müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit wir die Achtung vor uns selbst zurückgewinnen und der deutsche Name wieder ehrlich wird in der Welt. Das Gebot der Stunde lautet: Fort mit Hitler! Kampf für Gerechtigkeit und Frieden!

Schwere Jahre stehen uns bevor. Fast übersteigt es Menschenkraft, das wieder aufzurichten, was Hitlers Machtwahn und der Krieg vernichtet haben.

Dennoch! Die Sozialistische Aktion geht entschlossen an die Aufgabe heran. Sie ruft alle aufrechten Deutschen zu ehrlicher Mitarbeit. Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, unser ganzes Können, unser ganzes Selbstvertrauen; und werden dadurch schließlich vor der Geschichte den Beweis erbringen, daß wir doch stärker sind als unser Schicksal, indem wir es meistern.

(Ger van Roon, a. a. O., S. 589 f.)

i) Carlo Mierendorff — aus der Gedenkrede von Theodor Haubach

Liebe Freunde!

In der Morgenfrühe des vierten Dezember 1943 ist Carlo Mierendorff in Leipzig einem Angriff englischer Flieger zum Opfer gefallen. Damit hat ein Leben geendet, das in allem seines Ablaufs so sehr vom Ungewöhnlichen und Außerordentlichen durchtränkt war, daß wohl fast jeder, der mit ihm in Berührung geriet, beeindruckt, ergriffen oder auch — erschrocken war. Ein Leben ungewöhnlich an Gnade, ungewöhnlich an Last.

Ich darf wohl als einer der ältesten Freunde des Toten versuchen, das Leben des Gefährten, dies bezürzend reiche und gefahrvolle Leben zu schildern — ein Versuch, der bei dem Mangel an perspektivischer Distanz, den man mir, dem Freunde, zugute halten wird, nicht ohne ernste Schwierigkeiten gemacht werden kann. Noch ist ja alles zu nah, zu jäh, noch alles zu unbegreiflich.

Wohl jeder von uns wird, als er die Nachricht vom Tode Carlos erhielt, außerstande gewesen sein, ihren unerbittlichen Sinn wirklich zu fassen. „Unfaßbar" mochte man sagen. Dieses „Unfaßbar" mag oft als Ausdruck der erschrockenen Klage am Totenbett ausgesprochen werden. Es ist — dieses „Unfaßbar" — wie Worte unserer Sprache konventionell erniedrigt und bedeutungslos geworden. Aber im Falle unseres Freundes bekommt

dieses „Unfaßbar" einen erschreckend doppelten Sinn. „Unfaßbar" wie der Tod überhaupt, der gleich der Geburt vom dichten Geheimnis umgeben ist. „Unfaßbar" wie das Leben unseres Freundes in seiner brausenden Kraft, von olympischem Licht überstrahlt, von dionysischer Heiterkeit durchströmt, prangend in barockem Ungestüm — so jenseits aller Maße und Grenzen, die der Alltag sterblichen Menschen unerbittlich setzt. Daß dieser Mensch, der, wie es schien, das Leben selbst war, starb — wer von uns konnte es im ersten Augenblick fassen?

Und dennoch hat sich dies ereignet: am 26. November — unmittelbar nach dem Beginn der ersten Großangriffe auf Berlin — war CARLO noch von Leipzig nach Berlin geeilt, um das Schicksal der Freunde festzustellen, um zu retten, um zu helfen, wo immer es noch ging. Auch versuchte er seine Habe, zum Teil erheblich beschädigt, aus Trümmern zu bergen. Er blieb bis Donnerstag, den 2. Dezember, um dann nach Leipzig zurückzukehren, wo er im Werk Böhlen seiner Firma beschäftigt war. Am Sonntag, dem 5. Dezember, wollte er wieder in Berlin sein, um die noch nicht beendete Bergung seiner Sachen fortzusetzen. Es kam wegen dieser kurzfristigen Abreise nach Leipzig zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Freunde beschworen ihn, wegen dieser anderthalb Tage die Mühen einer solchen Reise nicht auf sich zu nehmen. Aber er wollte schnellstens seine ihm lieb gewordene Arbeit wieder aufnehmen. Trotz aller Proteste reiste er ab. Am Freitag, dem 3. Dezember, verbrachte er noch den Abend bei seiner Tante HEINRICH in L., verbrachte ihn in trautem und ernstem Gespräch. Um 11 Uhr nachts sprang er plötzlich hoch: die letzte Straßenbahn fuhr. Proteste der Tante und Kusine blieben vergebens. Ein Nachtquartier wird ihm angeboten — er lehnt es ab. Eiligst erreicht er die Straße, erreicht die Bahn, die sich schon in Bewegung gesetzt hat.

Das Schicksal hat gesprochen. Morgens 3.30 Uhr fällt im Bozener Weg 18 die tödliche Bombe — es ist in diesem Teil von Leipzig nur eine von ganz wenigen gewesen.

Wie fügt sich in diesen 48 Stunden Zahn um Zahn. Mit welch fürchterlicher Sicherheit zieht das Verhängnis den Verfallenen an sich! Wer hier von Zufall spricht, kennt CARLO MIERENDORFF nicht. Ein solcher Mensch geht nicht an der Sinnlosigkeit des Zufalls zugrunde.

„Wer keinen Namen sich erwarb, noch Edles will,
Gehört den Elementen an, so fahret hin!"

CARLOS Natur war vom Elementischen aufgebaut und stark durchtränkt. Aber sie fand ihr Widerlager in einem mächtigen und strengen Verstand und war überhöht von der Zartheit, Großmut und unerschöpflichen Liebensfähigkeit des Herzens. Sprechen wir mit PASCAL von „raison logique" und der „raison du cœur", so war dies genau empfindende und aus Liebe wissende Herz die läuternde und bindende Kraft, die das Elementische und Rationale in CARLOS Wesen — an sich feindliche und oft sich bedrängende Kräfte — immer wieder in herzlicher Versöhnung zusammenführte.

Welch eine Fähigkeit zur Freundschaft hatte dieser Mensch! Wie großartig und unerschöpflich war seine Herzlichkeit, Wärme, Zuneigung! Welcher Zartheit war er fähig, wie mächtig der Liebe und Kraft des Verzeihens! . . .

Wie EUPHORION entreißt er sich immer wieder jeglicher Banden. Wie EUPHORION-IKARUS verbrennt er — ach, wie so oft — sich beim Aufstieg die Flügel, zurückgeholt auf die Erde, verdrossen mit sich selbst. Welche Schatten konnten auf ihm lasten!

Und das war nicht alles: über jede Melancholie hinaus besaß er eine unheimliche Witterung für echtes Unheil. Er selbst nannte das seine Cassandra-Begabung; es war ein

sechster Sinn für das Wachsen der schlimmen Dinge, der ihn da die Wüste erkennen ließ, wo andere noch Früchte und Bäume sahen. Wie scharfäugig war er für böse Zeichen!

Wir stoßen hier auf eine Begabung — großartig und unheilvoll wie ein Fluch der Götter. Hier war er wohl jedem seiner Freunde weit überlegen. Nur wenige mochten ihm zu folgen, wenn er, früher als andere, heillose Ereignisse, fürchterliche Geschehen rechtzeitig erkennen konnte. Es verlieh ihm diese Fähigkeit eine überlegene, ja schonungslose Hellsichtigkeit, die ihm — wie konnte es anders sein — auch viele Feinde schuf, viel Ablehnung bereitete. Er wußte das, und er litt darunter. Oft hat er sich im vertrauten Gespräch darüber beklagt. Den Vergleich mit CASSANDRA zog er oft und ausdrücklich. In solchen Stunden fühlte er sich dann einsam, elend und allein ...

Diese Welt hat CARLO gesehen mit einer Inbrunst und Kraft der Augen, die wahrhaftig alles tranken, was die Wimper hält. Aber er hat sie nicht betreten. Auf der Mittagshöhe seines Lebens ist er heimgegangen. Vom Zenit her wurde er hinweggerissen. Die göttliche Ordnung der irdischen Dinge — sie in liebendem Glauben einst freudig zu betreten — danach war er ein Leben lang unterwegs. Er war unterwegs, mit einer Kraft des Tragens und Erduldens, deren wir am Grabe nur mit tiefer Erschütterung gedenken können. Er war unterwegs, nimmermüde, hoffend, glaubend, liebend — die Last nicht scheuend und die äußerste Not! Er war unterwegs, ein kräftiger Jäger, jagend durch die Dschungel der Zeit — uns anderen schon immer weit voraus —, nun hat er uns alle gänzlich und endgültig überholt. Ins Abseitige trat er hinaus, die Sträuche schlugen hinter ihm zusammen, die Öde verschlang ihn!

Darf man nun im Angesicht eines solchen Lebens von Tragik reden? Sein Land Orplid, das fernher leuchtet, hat er nicht betreten. Und wenn es wahr ist, daß die Welt der Vision, die von Gott uns eingegebenen Bilder einer reinen Welt und heilen Ordnung nicht als Schäume und Chimären sind, dann muß man allerdings sagen, daß dieses Leben gescheitert ist. Dann ist dieses fürstliche Leben vom Abgrund der Sinnlosigkeit verschlungen worden, und der grause Zufall, Satans eigentliches Reich, hat triumphiert. Wer aber weiß, daß alles in der Welt aufeinander bezogen ist, daß die Tages- und Traumwelten aufeinander zugeordnet sind und daß die unsichtbaren geistigen Ordnungen das Sichtbare begrenzen und bedingen —, der weiß auch, daß die Verwandlung durch den Tod das Wesenhaft-Lebendige nicht berührt.

Von der Kraft und Vielstufigkeit der Entelechie hängt es ab, ob ihre Wirkung sich ins Elementare verliert oder fortwirkend-fortzeugend sich zu erhalten vermag. So mag es denn mehr als eine fromme Floskel sein, wenn wir sagen: Diese strahlende Kraft, die einstmals unsern Freund und Gefährten trug und im schönen irdischen Licht sich entfalten ließ, diese Kraft zerrinnt nicht ins Grenzenlose, löst sich nicht auf, denn sie ist mit der zeugenden-fortzeugenden Kraft der Liebe verbunden.

„Bemeßt den Schritt, bemeßt den Schwung!
Die Erde bleibt noch lange jung!

Dort fällt ein Korn, das stirbt und ruht.
Die Ruh ist süß, das hat es gut!

Hier eins, das durch die Scholle bricht.
Es hat es gut. Süß ist das Licht.

Und keines fällt aus dieser Welt.
Und jedes fällt, wie's Gott gefällt."

(WALTER HAMMER: THEODOR HAUBACH zum Gedächtnis, Frankfurt/M. [Europ. Verlagsanstalt] 1955, S. 18 ff.)

j) Theodor Haubach, Fritz Elsas — aus einem Privatbrief an die Bundeszentrale

Haubach

Ich habe Haubach ungefähr im Jahre 1921 oder 1922 kennengelernt. Damals war er Mitarbeiter am Institut für auswärtige Politik, das von Prof. von Mendelssohn geleitet wurde. Wann Haubach Sozialist geworden ist, weiß ich nicht —, damals war er jedenfalls Mitglied der SPD. Er stammte aus Darmstadt, hatte in Heidelberg studiert und war dann nach Hamburg gekommen.

Er gehörte damals zu einem Kreis jüngerer Sozialdemokraten, die alles daransetzen wollten, um die reaktionäre Entwicklung Deutschlands, die sich gerade in diesen Jahren abzuzeichnen begann, zu stoppen und an deren Stelle eine Entwicklung zu einer radikalen Reform zu setzen. Dabei war er unbedingt treuer Sozialdemokrat, der fest zu den demokratischen und sozialistischen Ansichten der Partei hielt. Nach einiger Zeit ging er an das „Hamburger Echo" als Redakteur. Da ich selbst nicht in der Partei war, kann ich seine interne Arbeit nicht beurteilen.

Hingegen war Haubach einer der Führer des Hamburger Reichsbanners. Er war ein Mensch, dem eine führende Stelle innerhalb jeder freiwilligen Organisation eigentlich wie von selbst zufiel. Er hatte ein offenes, freundliches Wesen, besaß Temperament und Humor, eine Mischung, die selten und außerordentlich anregend und angenehm ist. Ich glaube, daß er mehr noch aus seiner Tätigkeit im „Reichsbanner" als aus der in der Partei weiten Kreisen bekannt geworden ist.

Ich sprach Haubach noch einmal nach seiner zweiten Verhaftung und Entlassung. Damals war ich selbst in die Widerstandsarbeit gegangen und mußte meine Worte sehr vorsichtig wählen, da ja Haubach, der möglicherweise unter Beobachtung stand, jederzeit wieder verhaftet werden konnte und dann nicht mit mehr Wissen belastet zu sein brauchte, als unbedingt nötig war. Aus Haubachs Reaktion entnahm ich, daß er mich durchaus verstanden hat und daß er selbst bereits in seinem Kreis tätig war —, trotz zweimaligem KZ-Aufenthalt! Ich habe dann nach dem Kriege gehört, daß es etwa ab 1939 zu näheren Kontakten zwischen unserem Kreis (Strassmann) und Haubachs Kreis gekommen ist.

Es ist ja allgemein bekannt, daß Haubach mit Leber und Leuschner zusammen den Kern der sozialdemokratischen Widerstands- und Befreiungsbewegung bildete. Weniger bekannt ist vielleicht, daß Haubach, der auch Mitglied des „Kreisauer Kreises" war, entschieden gegen eine Zusammenfassung des politisch Unvereinbaren war. Im Gegensatz zu so vielen anderen besaß Haubach ein sehr tiefes und klares Verständnis dafür, daß es nicht genüge, „gegen" etwas zu sein. Ihm lag sehr daran, zum Positiven vorzudringen und das Ziel nicht in einem beliebigen, aber jedenfalls von Hitler befreiten Deutschland zu sehen, sondern eine klare Politik für dieses Deutschland als positives Ziel aufzustellen. Aus dieser Einstellung heraus war Haubach gegen eine Beteiligung der Kommunisten an den Beratungen. Er ließ sich überzeugen und büßte mit seiner Verhaftung und seinem Leben für die ideologische Verstiegenheit seiner Kameraden im Kreisauer Kreis. Denn bei der zweiten Beratung mit den Kommunisten war der Spitzel anwesend, dessen Eingreifen es zu verdanken ist, daß der gesamte Kreis verhaftet wurde.

Elsas

Während Haubach, wenn auch vielleicht etwas älter, so doch ein Altersgenosse von mir war, gehörte Elsas einer älteren Generation an. (Politisch muß man eine Generation mit nicht mehr als höchstens 15 Jahren berechnen.) Er stammte aus Württemberg, wo er

bereits vor dem Krieg 1914—18 politisch in den Kreisen der Jungliberalen tätig war. Diese Jungliberalen waren eine Gruppe von Nationalliberalen, die im heftigen Gegensatz gegen den schwerindustriell-nationalistischen Kurs der nationalliberalen Partei stand. In vielen Fällen waren die Jungliberalen weitaus grundsatzfestere Liberale und Demokraten als die Fortschrittliche Volkspartei.

Meine erste persönliche Berührung mit ELSAS war Ende der zwanziger Jahre, und zwar bei Gelegenheit eines Versuchs, die deutsch-demokratische Partei zu radikalisieren. Der Versuch mißlang, aber es war für ELSAS bezeichnend, daß er, der damals bereits zwischen 40 und 50 Jahre alt gewesen sein mochte, und der sich eine große Position als Bürgermeister in Berlin geschaffen hatte, an einer Reformbewegung teilnahm, die gegen die Mächte gerichtet war, die nun einmal im Bürgertum und auch in der Deutschen Demokratischen Partei maßgebend waren.

Etwa im Jahre 1934 nahm ich die Fühlung wieder auf. ELSAS war damals Wirtschafts- und Devisenberater, so daß ich meine Besuche bei ihm beruflich motivieren konnte. Dies war damals bereits nötig; es dauerte gar nicht lange, und ELSAS war wegen einer Devisensache — wie es hieß — verhaftet. Er wurde nach einigen Wochen aus der Haft entlassen, völlig unberührt. Während der Zeit im Untersuchungsgefängnis hatte er begonnen, italienisch zu lernen! ELSAS' große und gar nicht hoch genug zu bewertende Arbeit im Kampf gegen HITLER war, daß er der Verbindungsmann zwischen GOERDELER und seinen Freunden einerseits und LEUSCHNER und anderen Linksgruppen andererseits war. Schon im Jahre 1937 begann sich diese Rolle abzuzeichnen, und 1938 war der Kontakt schon recht konkret geworden, wenn er auch noch immer durch eine Reihe von Zwischengliedern ging.

Was mich an ELSAS faszinierte, war die Verbindung von einem stets völlig ruhig arbeitenden, alle taktischen Möglichkeiten und Gefahren übersehenden Verstand und einer aus dem Tiefsten stammenden Leidenschaft für seine politischen Ideale. Er war ein guter „Hasser", aber auch ein vorbehaltloser Freund und Kamerad. In den Tagen nach dem Pogrom vom November 1938 sprach ich ihn in Berlin, wohin ich mich für einige Zeit verzogen hatte. Nichts focht ihn an, trotzdem er, der auch jüdischer Herkunft war, mindestens so bedroht war wie ich. An einem Abend saßen wir gemütlich mit einem dritten Freund und Kameraden zusammen, bei einer guten Flasche Wein, die er sehr schätzte (es wurden mehrere Flaschen), und zu meinem Erstaunen war er in der Lage, alles Bedrückende abzuschütteln und nur den Augenblick zu genießen, sein Zuhause, seine Freunde, seinen Wein!

Möglicherweise hat diese Begabung zur Unbekümmertheit sein Ende beschleunigt. Nach dem mißglückten Attentat auf HITLER kam GOERDELER auf der Flucht zu ihm. ELSAS nahm ihn auf und beherbergte ihn einige Tage bei sich. Es ist ein merkwürdiger Gedanke, daß GOERDELER nach dem mißlungenen Aufstand keine andere Stelle finden konnte als die Wohnung von ELSAS. Aber daß ELSAS ihn — komme, was da kommen mag — aufnahm, das war selbstverständlich. An einem warmen Sommernachmittag gingen die beiden Männer in dem kleinen Garten hinter dem Hause auf und ab, in ein Gespräch vertieft. Dabei wurde GOERDELER von Nachbarn erkannt. ELSAS wurde verhaftet und noch vor jedem Verhör in viehischer Weise umgebracht."

2. AUFZEICHNUNGEN UND ABSCHIEDSBRIEFE

a) Alfred Delp S.J.: Tagebuchfragmente, Rechenschaft und Abschied

Das Leben und Denken von Alfred Delp, geboren am 15. September 1907, war bestimmt durch seine gläubige Unruhe über die Gottesferne des modernen Menschen. Sie vibriert in seinen theologischen Schriften, sie machte ihn hellsichtig für die politische Verderbnis seiner Zeit und führte ihn der Kreisauer Widerstandsgruppe zu. Am 28. Juli 1944 wurde er verhaftet, zusammen mit Graf Moltke verurteilt, und am 2. Februar 1945 erlitt er den Tod durch den Strang.

Tagebuchfragmente

31. Dezember 1944

Das Ergebnis dieser Zeit muß eine große, innere Leidenschaft für Gott und seine Rühmung sein. In neuer, persönlicher Weise muß ich ihm begegnen. Die Wände, die zwischen mir und ihm noch stehen, muß ich einschlagen. Die stillen Vorbehalte restlos ausräumen. Das Gebet des von der Flüe muß gelebt werden. Das göttliche Leben in mir als Glaube, Hoffnung, Liebe muß wachsen, intensiver werden. Das alles muß sich mit meinem Leben, Temperament, Fähigkeiten, Fehlern, Verengungen ebenso wie mit den Dingen draußen zu einer neuen Sendung verdichten, zu einem neuen Ordnungsbild, an dessen Verwirklichung ich den Dienst leisten will.

In einer stillen Stunde heute nacht will ich das Jahr überdenken und meine persönlichen Ereignisse einsammeln in ein Gebet der Reue, des Dankes, der Hingabe, in ein Wort des Vertrauens und der Liebe.

Ich muß mich immer wieder fragen, ob ich kein Phantast bin und mich selbst täusche. Der Ernst der Lage ist unerbittlich, so unwirklich und traumhaft er mir auch oft vorkommt. Aber die Worte des Herrn sind gesprochen, und er hat uns selbst aufgefordert zu diesem Glauben, dem der Berg weicht, zu diesem Vertrauen, dem er sich nicht versagt. Das sind von ihm gesetzte Tatsachen, die man ernstnehmen kann und muß. Er war außer der Tempelreinigung ein einziges Mal bös: als die Jünger den fallsüchtigen Knaben nicht heilen konnten, weil sie es sich nicht zutrauten. Und den einen Punkt, um den es geht, werden wir doch wegglauben und wegbeten können. Bisher war so viel Führung und Gnade spürbar trotz aller Härte und allen Scherben.

Neujahrsnacht

. . . Innerlich war viel Eitelkeit und Selbstsicherheit und Anmaßung und Unwahrhaftigkeit und Lüge in diesem Jahr. Mir ist das eingefallen, als sie mich beim Schlagen einen Lügner nannten, weil sie wieder einmal entdeckt hatten, daß ich ihnen keine Namen sagte, die sie nicht schon wußten. Ich habe Gott gefragt, warum er mich so schlagen läßt. Für die Unklarheit und Unwahrhaftigkeit meines Wesens, das ging mir auf.

Und so ist vieles verbrannt auf diesem Berg der Blitze, und vieles hat sich geläutert. Ein Segen und eine Bestätigung der inneren Existenz, daß der Herrgott mir die Gelübde so wunderbar ermöglichte. Er wird mir auch die äußere Existenz noch einmal bestätigen, sobald sie sich zur neuen Sendung befreit hat. Aus der äußeren Aufgabe und dem Wachstum des inneren Lichtes muß sich eine neue Leidenschaft entzünden. Die Leidenschaft des Zeugnisses für den lebendigen Gott; denn den habe ich kennengelernt und

gespürt. Dios solo basta, das stimmt. Die Leidenschaft der Sendung zum Menschen, der lebensfähig und lebenswillig gemacht werden soll. Die drei Probleme sollen angepackt werden: in nomine Domini.

6. Januar 1945

Eine liebe Aufmerksamkeit des Herrgotts hat es gefügt, daß ich auf die Nacht so lose gefesselt wurde, daß ich aus den Fesseln herausschlüpfen konnte. Wie in der Heiligen Nacht konnte ich so heute die Messe mit ganz freien Händen lesen . . .

Heute war der Anwalt noch einmal da. Es müssen halt drei „Wenns" passieren, damit alles gut geht. Ich vertraue fest. Auch die Freunde werden mich nicht im Stich lassen. Es ist ein Moment, in dem die ganze Existenz in einem Punkt eingefangen ist und die ganze Wirklichkeit mit. Ich muß restlos Farbe bekennen. Die Realität Gottes, des Glaubens, der Welt, der Dinge und Zusammenhänge, die Verantwortung und Verantwortlichkeit für Worte und Handlungen, die Gnadenhaftigkeit und Kämpferischkeit des Daseins, alles will auf einmal realisiert werden. Ich habe Gott kühn um die beiden Freiheiten gebeten. Und werde es jetzt wieder tun. . . . Ein elendes Geschmiere das. Aber die Pritsche ist so niedrig, und den Stuhl kann man nicht an den Tisch stellen, wenn die Pritsche los ist . . .

Nach der Verurteilung

Das ist ein eigenartiges Leben jetzt. Man gewöhnt sich so schnell wieder an das Dasein und muß sich das Todesurteil ab und zu gewaltsam in das Bewußtsein zurückrufen. Das ist ja das Besondere bei diesem Tod, daß der Lebenswille ungebrochen und jeder Nerv lebendig ist, bis die feindliche Gewalt alles überwältigt. So daß die gewöhnlichen Vorzeichen und Mahnboten des Todes hier ausbleiben. Eines Tages wird eben die Tür aufgehen, und der gute Wachtmeister wird sagen: einpacken, in einer halben Stunde kommt das Auto. Wie wir es so oft gehört und erlebt haben . . .

Bis jetzt hat mir der Herrgott sehr herrlich und herzlich geholfen. Ich bin noch nicht erschrocken und noch nicht zusammengebrochen. Die Stunde der Kreatur wird schon auch noch schlagen. Manchmal kommt eine Wehmut über mich, wenn ich an das denke, was ich noch tun wollte. Denn jetzt bin ich ja erst Mensch geworden, innerlich frei und viel echter und wahrhafter, wirklicher als früher. Jetzt erst hat das Auge den plastischen Blick für alle Dimensionen und die Gesundheit für alle Perspektiven. Die Verkürzungen und Verkümmerungen beheben sich. — Ja, und dann die Menschen, die eben zurückbleiben.

Ja, und ganz ehrlich gesagt, ich glaube noch nicht an den Galgen. Ich weiß nicht, was das ist. Vielleicht eine große Gnade und Hilfe des väterlichen Gottes, der mich so die Wüste bestehen läßt, ohne in ihr verdursten zu müssen. Während der ganzen Verhandlung, auch als ich merkte, das „Wunder" bleibt aus, war ich weit oben drüber und unberührbar durch all die Vorgänge und Aussichten. Ist das das Wunder oder was ist das? Ich bin Gott gegenüber wirklich in einiger Verlegenheit und muß mir darüber klar werden. Diese ganzen bitteren Monate der Reife und des Unglücks stehen unter einem ganz eigenartigen Gesetz. Von der ersten Minute an war ich innerlich sicher, es würde alles gutgehen. Gott hat mich in dieser Sicherheit immer wieder bestärkt. Ich habe in diesen letzten Tagen gezweifelt und überlegt, ob ich Selbsttäuschungen zum Opfer gefallen bin, ob sich mein Lebenswille in religiöse Einbildungen sublimiert hat oder was das war.

Aber diese vielen spürbaren Erhebungen mitten im Unglück; diese Sicherheit und Unberührtheit in allen Schlägen; dieser gewisse „Trotz", der mich immer wissen ließ, es wird ihnen die Vernichtung nicht gelingen; diese Gnadenstunden vor dem Tabernakel; diese Tröstungen beim Gebet und beim Opfer; diese erbetenen und immer wieder gegebenen und gewährten Zeichen; ich weiß nicht, ob ich das alles jetzt wegtun darf. Soll ich weiter hoffen? Will der Herrgott das Opfer, das ich ihm nicht versagen will, oder will er die Bewährung des Glaubens und Vertrauens bis zum äußersten Punkt der Möglichkeit? . . .

Und dies ist das zweite Gesetz, unter dem diese Wochen stehen: es ging alles schief, was ich unternahm, um mir zu helfen. Ja, es ging nicht nur schief, es war eigentlich immer zum Unheil . . . Der ganze äußere Verlauf war Scheitern und Schiffbruch und Ohnmacht über Ohnmacht. Und dazwischen wieder die ganz eigenartige Art unseres Unglücks: daß wir in Tegel blieben; daß wir heute noch leben . . .

Was will der Herrgot mit alledem? Ist es Erziehung zur ganzen Freiheit und vollen Hingabe? Will er den ganzen Kelch bis zum letzten Tropfen und gehören dazu diese Stunden des Wartens und eigenartigen Advents? Oder will er die Glaubenprobe? . . .

Die Atmosphäre ist hier so verdorben für mich, daß auch ein Gnadengesuch überhaupt keine Aussicht hat. Ist es nun Torheit, noch zu hoffen, oder Einbildung oder Feigheit oder Gnade? Ich sitze oft da vor dem Herrn und schaue ihn nur fragend an.

Auf jeden Fall muß ich mich innerlich gehörig loslassen und mich hergeben. Es ist die Zeit der Aussaat, nicht der Ernte. Gott sät; einmal wird er auch wieder ernten. Um das eine will ich mich mühen: wenigstens als fruchtbares und gesundes Saatkorn in die Erde zu fallen. Und in des Herrgotts Hand. Und mich gegen den Schmerz und die Wehmut wehren, die mich manchmal anfallen wollen. Wenn der Herrgott diesen Weg will — und alles Sichtbare deutet darauf hin — dann muß ich ihn freiwillig und ohne Erbitterung gehen. Es sollen einmal andere besser und glücklicher leben dürfen, weil wir gestorben sind.

Ich bitte auch die Freunde, nicht zu trauern, sondern für mich zu beten und mir zu helfen, solange ich der Hilfe bedarf. Und sich nachher darauf zu verlassen, daß ich geopfert wurde, nicht erschlagen . . . Ehrlich und gerade: ich würde gerne noch weiterleben und gern und jetzt erst recht weiterschaffen und viele neue Worte und Werte verkünden, die ich jetzt erst entdeckt habe. Es ist anders gekommen. Gott halte mich in der Kraft, ihm und seiner Fügung und Zulassung gewachsen zu sein.

Es bleibt mir noch, vielen Menschen für ihre Treue und Güte und Liebe zu danken. Dem Orden und den Mitbrüdern, die mir einen schönen und echten geistigen Lebensraum schenkten. Und den vielen echten Menschen, denen ich begegnen durfte. Wer gemeint ist, weiß es schon. Ach, Freunde, daß die Stunde nicht mehr schlug und der Tag nicht mehr aufging, da wir uns offen und frei gesellen durften zu dem Wort und Werk, dem wir innerlich entgegenwuchsen. Bleibt dem stillen Befehl treu, der uns innerlich immer wieder rief. Behaltet dieses Volk lieb, das in seiner Seele so verlassen und so verraten und so hilflos geworden ist. Und im Grunde so einsam und ratlos, trotz all der marschierenden und deklamierenden Sicherheit. Wenn durch einen Menschen ein wenig mehr Liebe und Güte, ein wenig mehr Licht und Wahrheit in der Welt war, hat sein Leben einen Sinn gehabt.

Und auch die will ich nicht vergessen, denen ich Schuldner bleiben muß. Ich bin vielen vieles schuldig geblieben. Denen ich wehegetan, sie mögen mir verzeihen. Ich habe gebüßt. Zu denen ich unwahr und unecht war, sie mögen mir verzeihen. Ich habe gebüßt. Zu denen ich anmaßend und stolz und lieblos war, sie mögen mir verzeihen. Ich habe gebüßt. O ja, in den Kellerstunden, in den Stunden der gefesselten Hände des Körpers

und des Geistes, da ist vieles zerbrochen. Da ist vieles ausgebrannt, was nicht würdig und wertig genug war.

So lebt denn wohl. Mein Verbrechen war, daß ich an Deutschland glaubte, auch über eine mögliche Not- und Nachtstunde hinaus. Daß ich an jene simple und anmaßende Drei-Einigkeit des Stolzes und der Gewalt nicht glaubte. Und daß ich dies tat als katholischer Christ und als Jesuit. Das sind die Werte, für die ich hier stehe am äußersten Rande und auf den warten muß, der mich hinunterstößt: Deutschland über das Heute hinaus als immer neu sich gestaltende Wirklichkeit — Christentum und Kirche als die geheime Sehnsucht und die stärkende und heilende Kraft dieses Landes und Volkes — der Orden als die Heimat geprägter Männer, die man haßt, weil man sie nicht versteht und kennt in ihrer freien Gebundenheit oder weil man sie fürchtet als Vorwurf und Frage in der eigenen anmaßenden, pathetischen Unfreiheit.

Und so will ich zum Schluß tun, was ich so oft tat mit meinen gefesselten Händen und was ich tun werde, immer lieber und mehr, solange ich atmen darf: segnen. Segnen Land und Volk, segnen dieses liebe deutsche Reich in seiner Not und inneren Qual; segnen die Kirche, daß die Quellen in ihr wieder reiner und heller fließen; segnen den Orden, daß er echt und geprägt und frei sich selbst treu bleibt durch die selbstlose Treue an alles Echte und an alle Sendung; segnen die Menschen, die mir geglaubt und vertraut haben; segnen die Menschen, denen ich Unrecht tat; segnen alle, die mir gut waren, oft zu gut . . .

Ich aber will hier ehrlich warten auf des Herrgotts Fügung und Führung. Ich werde auf ihn vertrauen, bis ich abgeholt werde. Und ich werde mich mühen, daß mich auch diese Lösung und Losung nicht klein und verzagt findet.

Letzter Brief an die Mitbrüder

Liebe Mitbrüder, nun muß ich doch den andern Weg nehmen. Das Todesurteil ist beantragt, die Atmosphäre ist so voll Haß und Feindseligkeit, daß heute mit seiner Verkündung und Vollstreckung zu rechnen ist.

Ich danke der Gesellschaft und den Mitbrüdern für alle Güte und Treue und Hilfe, auch und gerade in diesen schweren Wochen. Ich bitte um Verzeihung für vieles, was falsch und unrecht war, und ich bitte um etwas Hilfe und Sorge für meine alten kranken Eltern. Der eigentliche Grund der Verurteilung ist der, daß ich Jesuit bin und geblieben bin. Eine Beziehung zum 20. 7. war nicht nachzuweisen. Auch die Stauffenberg-Belastung ist nicht aufrechterhalten worden. Andere Strafanträge, die wirkliche Kenntnis des 20. 7. betrafen, waren viel milder und sachlicher. Die Atmosphäre war so voll Haß und Feindseligkeit. Grundthese: ein Jesuit ist a priori der Feind und Widersacher des Reiches. Auch Moltke wurde sehr häßlich behandelt, weil er uns, besonders Rösch, kannte. So ist das Ganze von der einen Seite eine Komödie gewesen, auf der anderen aber doch ein Thema geworden. Das war kein Gericht, sondern eine Funktion des Vernichtungswillens.

Behüt Sie alle der Herrgott. Ich bitte um Ihr Gebet. Und ich werde mir Mühe geben, von drüben aus das nachzuholen, was ich hier schuldig geblieben bin.

Gegen Mittag werde ich noch zelebrieren und dann in Gottes Namen den Weg seiner Fügung und Führung gehen.

Ihnen Gottes Segen und Schutz

Ihr dankbarer Alfred Delp S.J.

(P. Alfred Delp S.J.: Im Angesicht des Todes, Frankfurt a. M. 1947, S. 13 ff., 173 ff.)

b) HELMUTH GRAF VON MOLTKES letzter Brief

HELMUTH JAMES VON MOLTKE wurde am 11. März 1907 zu Kreisau in Schlesien als der älteste Sohn eines Großneffen des Feldmarschalls und einer südafrikanischen Mutter geboren. Er wurde Jurist und widmete sich außerdem der Bewirtschaftung seines Gutes Kreisau. Wie kein anderer vertrat er gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern das „andere Deutschland". Zu dem „Kreisauer Kreis", der sich um ihn sammelte, gehörten viele von den hervorragendsten Vertretern des Widerstandes aus allen Lagern. Als Christ wie auch als Staatsmann mißbilligte MOLTKE das Attentat. Er wollte das Wiedererstehen Deutschlands nach der von ihm als unabwendbar vorausgesehenen Katastrophe vorbereiten. Weil er einen Freund vor dessen bevorstehender Verhaftung gewarnt hatte, wurde er im Januar 1944 verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn im Januar 1945 zum Tode, und am 23. Januar 1945 wurde das Urteil in Plötzensee vollstreckt.

11. Januar 1945

... Ich denke mit ungetrübter Freude an Dich und die Söhnchen, an Kreisau und alle die Menschen da; der Abschied fällt mir im Augenblick gar nicht schwer. Vielleicht kommt das noch. Aber im Augenblick ist es mir keine Mühe. Mir ist ganz und gar nicht nach Abschied zumute. Woher das kommt, weiß ich nicht. Aber es ist nicht ein Anflug von dem, was mich nach Deinem ersten Besuch im Oktober, nein, November war es wohl, so stark überfiel. Jetzt sagt mein Inneres: a) Gott kann mich heute genau so dahin zurückführen wie gestern, und b) wenn er mich zu sich ruft, so nehme ich es mit. Ich habe gar nicht das Gefühl, was mich manchmal überkam: ach, nur noch einmal möchte ich das alles sehen. Dabei fühle ich mich gar nicht „jenseitig". Du siehst ja, daß ich mich lieb mit Dir unterhalte, statt mich dem lieben Gott zuzuwenden. In einem Liede — 208,4 — heißt es: Denn der ist zum Sterben fertig, der sich lebend zu Dir hält." Genau so fühle ich mich. Ich muß, da ich heute lebe, mich eben lebend zu ihm halten; mehr will er gar nicht. Ist das pharisäisch? Ich weiß es nicht. Ich glaube aber zu wissen, daß ich nun in seiner Gnade und Vergebung lebe und nichts von mir habe oder von mir vermag.

Ich schwätze, mein Herz, wie es mir in den Sinn kommt; darum kommt jetzt etwas ganz anderes. Das Dramatische an der Verhandlung war letzten Endes folgendes: in der Verhandlung erwiesen sich alle konkreten Vorwürfe als unhaltbar, und sie wurden auch fallengelassen. Nichts davon blieb. Sondern das, wovor das Dritte Reich solche Angst hat, daß es fünf, nachher werden es sieben Leute werden, zu Tode bringen muß, ist letzten Endes nur folgendes: ein Privatmann, nämlich Dein Mann, von dem feststeht, daß er mit zwei Geistlichen beider Konfessionen, mit einem Jesuitenprovinzial und mit einigen Bischöfen, ohne die Absicht, etwas Konkretes zu tun, und das ist festgestellt, Dinge besprochen hat, „die zur ausschließlichen Zuständigkeit des Führers gehören". Besprochen war: nicht etwa Organisationsfragen, nicht etwa Reichsaufbau — das alles ist im Laufe der Verhandlung weggefallen, und SCHULZE * hat es in seinem Plädoyer auch ausdrücklich gesagt („unterscheidet sich völlig von allen sonstigen Fällen, da in der Erörterung von keiner Gewalt und keiner Organisation die Rede war"), sondern besprochen wurden Fragen der praktisch-ethischen Forderungen des Christentums. Nichts weiter; dafür allein werden wir verurteilt. FREISLER sagte zu mir in einer seiner Tiraden: „Nur in einem sind das Christentum und wir gleich: wir fordern den ganzen Menschen!"

* Staatsanwalt beim Volksgerichtshof.

Ich weiß nicht, ob die Umsitzenden das alles mitbekommen haben, denn es war eine Art Dialog — ein geistiger zwischen F. und mir, denn Worte konnte ich nicht viele machen, bei dem wir uns durch und durch erkannten. Von der ganzen Bande hat nur FREISLER mich erkannt, und von der ganzen Bande ist er auch der einzige, der weiß, weswegen er mich umbringen muß. Da war nichts von „komplizierter Mensch" oder „komplizierte Gedanken" oder „Ideologie", sondern: „Das Feigenblatt ist ab". Aber nur für Herrn FREISLER. Wir haben sozusagen im luftleeren Raum miteinander gesprochen. Er hat bei mir keinen einzigen Witz auf meine Kosten gemacht, wie noch bei DELP und bei EUGEN*. Nein, hier war es blutiger Ernst: „Von wem haben Sie Ihre Befehle? Vom Jenseits oder von ADOLF HITLER?" „Wem gilt Ihre Treue und Ihr Glaube?" Alles rhetorische Fragen natürlich. — FREISLER ist jedenfalls der erste Nationalsozialist, der begriffen hat, wer ich bin, und der gute MÜLLER ** ist demgegenüber ein Simpl.

Mein Herz, eben kommt Dein sehr lieber Brief. Der erste Brief, mein Herz, in dem Du meine Stimmung und meine Lage nicht begriffen hast. Nein, ich beschäftige mich gar nicht mit dem lieben Gott oder meinem Tod. Er hat die unaussprechliche Gnade, zu mir zu kommen und sich mit mir zu beschäftigen. Ist das hoffärtig? Vielleicht. Aber er wird mir noch so vieles vergeben heute abend, daß ich ihn schließlich um diese letzte Hoffart auch noch um Vergebung bitten darf. Aber ich hoffe ja, daß es nicht hoffärtig ist, denn ich rühme den köstlichen Schatz, der sich dieses irdenen Gefäßes, dieser ganz unwürdigen Behausung bedient hat. Nein, mein Herz, ich lese genau die Stellen der Bibel, die ich heute auch gelesen hätte, wenn keine Verhandlung gewesen wäre, nämlich Josua 19—21, Hiob 10—12, Hesekiel 34—36, Markus 13—15 und unseren zweiten Korintherbrief zu Ende, außerdem die kleinen Stellen, die ich auf den Zettel für Dich geschrieben habe. Bisher habe ich nur den Josua und unsere Korintherbriefstelle gelesen, die mit dem schönen, so vertrauten, von Kind auf an gehörten Satz schließt: „Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit Euch allen. Amen." Ich habe das Gefühl, mein Herz, als wäre ich autorisiert, Dir und den Söhnchen das mit absoluter Autorität zu sagen. Darf ich da nicht den 118. Psalm, der heute morgen dran war, mit vollem Recht lesen? EUGEN hat ihn sich zwar für eine andere Lage gedacht, aber er ist viel wahrer geworden, als wir es je für möglich hielten.

Mein Herz, darum bekommst Du auch Deinen Brief trotz Deiner Bitte zurück. Ich trage Dich mit hinüber und brauche dafür kein Zeichen, kein Symbol, nichts. Es ist nicht einmal so, daß mir verheißen wäre, ich würde Dich nicht verlieren; nein, es ist viel mehr: ich weiß es.

Eine große Pause, während der BUCHHOLZ *** da war und ich rasiert wurde, außerdem habe ich Kaffee getrunken, Kuchen und Brötchen **** gegessen. Nun schwätze ich weiter. Der entscheidende Satz jener Verhandlung war: „Herr Graf, eines haben das Christentum und wir Nationalsozialisten gemeinsam, und nur dies eine: wir verlangen den ganzen Menschen." Ob er sich klar war, was er damit gesagt hat? Denk mal, wie wunderbar Gott dies sein unwürdiges Gefäß bereitet hat: in dem Augenblick, in dem die Gefahr bestand, daß ich in aktive Putschvorbereitungen hineingezogen wurde — STAUFFENBERG kam am Abend des 19. Januar zu PETER —, wurde ich rausgenommen, damit

* Pater DELP und Dr. EUGEN GERSTENMAIER, die beide dem „Kreisauer Kreis" angehörten und mit GRAF MOLTKE vor Gericht standen.

** Chef des Reichssicherheitshauptamtes.

*** Der katholische Gefängnisgeistliche.

**** Ins Gefängnis eingeschmuggelt.

ich frei von jedem Zusammenhang mit der Gewaltanwendung bin und bleibe. — Dann hat er in mich jenen sozialistischen Zug gepflanzt, der mich als Großgrundbesitzer von allem Verdacht einer Interessenvertretung befreit. — Dann hat er mich so gedemütigt, wie ich noch nie gedemütigt worden bin, so daß ich allen Stolz verlieren muß, so daß ich meine Sündhaftigkeit endlich nach 38 Jahren verstehe, so daß ich um seine Vergebung bitten, mich seiner Gnade anvertrauen lerne. — Dann läßt er mich hierhin kommen, damit ich Dich gefestigt sehe und frei von Gedanken an Dich und die Söhnchen werde, d. h. von sorgenden Gedanken; er gibt mir die Zeit und Gelegenheit, alles zu ordnen, was geordnet werden kann, so daß alle irdischen Gedanken abfallen können. — Dann läßt er mich in unerhörter Tiefe den Abschiedsschmerz und die Todesfurcht und die Höllenangst erleben, damit auch das vorüber ist. — Dann stattet er mich mit Glaube, Hoffnung und Liebe aus, mit einem Reichtum an diesen Dingen, der wahrlich überschwenglich ist. — Dann läßt er mich mit EUGEN und DELP sprechen und klären. — Dann läßt er RÖSCH und KÖNIG entlaufen, so daß es zu einem Jesuitenprozeß nicht reicht und im letzten Augenblick DELP an uns angehängt wird. — Dann läßt er HAUBACH und STELTZER, deren Fälle fremde Materie hereingebracht hätten, abtrennen und stellt schließlich praktisch EUGEN, DELP und mich allein zusammen, und dann gibt er EUGEN und DELP durch die Hoffnung, die menschliche Hoffnung, die sie haben, jene Schwäche, die dazu führt, daß ihre Fälle nur sekundär sind und daß dadurch das Konfessionelle weggenommen wird, und dann wird Dein Mann ausersehen, als Protestant vor allem wegen seiner Freundschaft mit Katholiken attackiert und verurteilt zu werden, und dadurch steht er vor FREISLER nicht als Protestant, nicht als Großgrundbesitzer, nicht als Adeliger, nicht als Preuße, nicht als Deutscher — das alles ist ausdrücklich in der Hauptverhandlung ausgeschlossen, so z. B. SPERR *: „Ich dachte, was für ein erstaunlicher Preuße" —, sondern als Christ und als gar nichts anderes. „Das Feigenblatt ist ab", sagt Herr FREISLER. Ja, jede andere Kategorie ist abgestrichen — „ein Mann, der von seinen Standesgenossen natürlich abgelehnt werden muß", sagt SCHULZE. Zu welch einer gewaltigen Aufgabe ist Dein Mann ausersehen gewesen: all die viele Arbeit, die der Herrgott mit ihm gehabt hat, die unendlichen Umwege, die verschrobenen Zickzackkurven, die finden plötzlich in einer Stunde am 10. Januar 1945 ihre Erklärung. Alles bekommt nachträglich einen Sinn, der verborgen war. Mami und Papi, die Geschwister, die Söhnchen, Kreisau und seine Nöte, die Arbeitslager und das Nichtflaggen und nicht der Partei oder ihren Gliederungen angehören, CURTIS und die englischen Reisen, ADAM und PETER und CARLO **, das alles ist endlich verständlich geworden durch eine einzige Stunde. Für diese eine Stunde hat der Herr sich all diese Mühe gegeben.

Und nun, mein Herz, komme ich zu Dir. Ich habe Dich nirgends aufgezählt, weil Du, mein Herz, an einer ganz anderen Stelle stehst als alle die anderen. Du bist nämlich nicht ein Mittel Gottes, um mich zu dem zu machen, der ich bin, Du bist vielmehr ich selbst. Du bist mein 13. Kapitel des ersten Korintherbriefes. Ohne dieses Kapitel ist kein Mensch ein Mensch. Ohne Dich hätte ich mir Liebe schenken lassen, ich habe sie z. B. von Mami angenommen, dankbar, glücklich, dankbar, wie man ist für die Sonne, die einen wärmt. Aber ohne Dich, mein Herz, hätte ich „der Liebe nicht". Ich sage gar nicht, daß ich Dich liebe; das ist gar nicht richtig. Du bist vielmehr jener Teil von mir, der mir alleine eben fehlen würde. Es ist gut, daß mir das fehlt; denn hätte ich das, so wie Du es hast, diese größte aller Gaben, so hätte ich dem Leiden, das ich ja sehen mußte, nicht so zuschauen können und vieles andere. Nur wir zusammen sind ein Mensch. Wir

* Der Leiter des Kreisauer Kreises in Bayern.
** MIERENDORFF.

sind, was ich vor einigen Tagen symbolisch schrieb, Schöpfungsgedanke. Das ist wahr, buchstäblich wahr. Darum, mein Herz, bin ich auch gewiß, daß Du mich auf dieser Erde nicht verlieren wirst, keinen Augenblick. Und diese Tatsache, die haben wir schließlich auch noch durch unser gemeinsames Abendmahl, das nun mein letztes war, symbolisieren dürfen.

Ich habe ein wenig geweint, eben, nicht traurig, nicht wehmütig, nicht, weil ich zurück möchte, nein, sondern vor Dankbarkeit und Erschütterung über diese Dokumentation Gottes. Uns ist es nicht gegeben, ihn von Angesicht zu Angesicht zu sehen, aber wir müssen sehr erschüttert sein, wenn wir plötzlich erkennen, daß er ein ganzes Leben hindurch am Tage als Wolke und bei Nacht als Feuersäule vor uns hergezogen ist, und daß er uns erlaubt, das plötzlich in einem Augenblick zu sehen. Nun kann nichts mehr geschehen.

Mein Herz, die letzte Woche, vor allem der gestrige Tag, haben sicher manche meiner Abschiedsbriefe überholt gemacht. Die werden sich demgegenüber lesen wie kalter Kaffee. Ich überlasse es Dir, ob Du sie trotzdem absenden willst, ob Du was dazu sagen oder schreiben willst. Daß ich die Hoffnung habe, daß die Söhnchen eines Tages diesen Brief verstehen werden, ist klar, aber ich weiß, daß es eine Frage der Gnade ist, nicht irgendeiner äußeren Beeinflussung. — Daß Du alle Leute grüßen sollst, ist auch klar, auch solche wie Oxé und Frl. Thiel und Frau Tharant. Ist es Dir ein Zwang, sie anzurufen, so laß es; es spielt keine Rolle. Ich zähle sie nur auf, weil es so die äußersten extremsten Fälle sind. Da Gott die unglaubliche Gnade hat, in mir zu sein, so kann ich nicht nur Dich und die Söhnchen, sondern alle lieben und unendliche, die mir viel ferner sind, mitnehmen. Das kannst Du ihnen sagen.

Jetzt noch eines. Dieser Brief ist in vielem auch eine Ergänzung zu meinem gestern geschriebenen Bericht, der viel nüchterner ist. Aus beiden zusammen müßt Ihr eine Legende machen, die aber so abgefaßt sein muß, als habe sie Delp von mir erzählt. Ich muß darin die Hauptperson bleiben, nicht weil ich es bin, nicht weil ich es sein will, sondern weil der Geschichte sonst das Zentrum fehlt. Ich bin nun einmal das Gefäß gewesen, für das der Herr diese unendliche Mühe aufgewandt hat.

Mein Herz, mein Leben ist vollendet, und ich kann von mir sagen: er starb alt und lebenssatt. Das ändert nichts daran, daß ich gerne noch etwas leben möchte, daß ich Dich gerne noch ein Stück auf dieser Erde begleitete. Aber dann bedürfte es eines neuen Auftrages Gottes. Der Auftrag, für den Gott mich gemacht hat, ist erfüllt. Will er mir noch einen neuen Auftrag geben, so werden wir es erfahren. Darum strenge Dich ruhig an, mein Leben zu retten, falls ich den heutigen Tag überleben sollte. Vielleicht gibt es noch einen Auftrag.

Ich höre auf, denn es ist nichts weiter zu sagen. Ich habe auch niemanden genannt, den Du grüßen und umarmen sollst. Du weißt selbst, wem meine Aufträge für Dich gelten. Alle unsere lieben Sprüche sind in meinem Herzen und in Deinem Herzen. Ich aber sage Dir zum Schluß, kraft des Schatzes, der aus mir gesprochen hat und der dieses bescheidene irdene Gefäß erfüllt:

Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi und die Liebe Gottes
und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit Euch allen.
Amen.

(Aus: Helmuth J. Graf von Moltke, 1907—1945. Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel. Karl H. Henssel Verlag, Berlin 1951, S. 48 ff.)

c) Nikolaus Gross, Abschiedsbrief an seine Familie, geschrieben zwei Tage vor seinem Tode (23. Januar 1945).

Nikolaus Gross, am 30. September 1898 in Niederwenigern an der Ruhr geboren, entstammt einer Arbeiterfamilie. Als junger Bergmann erweiterte er sein Wissen durch Lektüre und den Besuch von Abendschulen. Er schloß sich der christlichen Bergarbeiterbewegung an, gründete und leitete Jugendgruppen, wurde Gewerkschaftssekretär und schließlich Redakteur an der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" und „Ketteler Wacht". Sein katholischer Glaube und seine politischen Überzeugungen machten ihn zum Gegner des Nationalsozialismus. Er beteiligte sich an den Vorbereitungen zu dem Umsturzversuch des 20. Juli. Verhaftet und vor Gericht gestellt, wurde er zum Tode verurteilt und am 23. Januar 1945 hingerichtet.

Herzallerliebste Mutter!

Ihr lieben guten Kinder alle!

Es ist St.-Agnes-Tag, an dem ich diesen Brief schreibe, der, wenn er in Eure Hände kommt, zusammen mit einem anderen Brief, den ich im November schrieb, Euch künden wird, daß der Herr mich gerufen hat. Vor mir stehen Eure Bilder und ich schaue jedem lange in das vertraute Angesicht. Wieviel hatte ich noch für Euch tun wollen — der Herr hat es anders gefügt. Der Name des Herrn sei gepriesen. Sein Wille soll an uns geschehen. Fürchtet nicht, daß angesichts des Todes großer Sturm und Unruhe in mir sei. Ich habe täglich gebeten, daß der Herr mich und Euch stark mache, alles geduldig und ergeben auf uns zu nehmen, was er für uns bestimmt oder zugelassen. Und ich spüre, wie es durch das Gebet still und ruhig geworden ist.

Mit inniger Liebe und tiefer Dankbarkeit denke ich an Euch zurück. Wie gut ist doch Gott und wie reich hat er mein Leben gemacht. Er gab mir seine Liebe und Gnade und er gab mir eine herzensliebe Frau und gute Kinder. Bin ich ihm und Euch dafür nicht lebenslänglichen Dank schuldig? Habt Dank, Ihr Lieben, für alles, was Ihr mir erwiesen. Und verzeiht mir, wenn ich Euch weh tat, oder meine Pflicht und Aufgaben an Euch schlecht erfüllte. Besonders Dir, liebe Mutter, muß ich noch danken. Als wir uns vor einigen Tagen für dieses Leben verabschiedeten, da habe ich, in die Zelle zurückgekehrt, Gott aus tiefem Herzen gedankt für Deinen christlichen Starkmut. Ja, Mutter, durch Deinen tapferen Abschied hast Du ein helles Licht auf meine letzten Lebenstage gegossen. Schöner und glücklicher konnte der Abschluß unserer innigen Liebe nicht sein, als er durch Dein starkmütiges Verhalten geworden ist. Ich weiß es: Es hat Dir und mir große Kraft gekostet, aber daß der Herr uns diese Kraft geschenkt, dessen wollen wir dankbar eingedenk sein. Manchmal habe ich mir in den langen Monaten meiner Haft Gedanken darüber gemacht, was wohl einmal aus Euch werden möge, wenn ich nicht mehr bei Euch sein könnte. Längst habe ich eingesehen, daß Euer Schicksal gar nicht von mir abhängt. Wenn Gott es so will, daß ich nicht mehr bei Euch sein soll, dann hat er auch für Euch eine Hilfe bereit, die ohne mich wirkt. Gott verläßt keinen, der ihm treu ist, und er wird auch Euch nicht verlassen, wenn Ihr Euch an ihn haltet.

Habt keine Trauer um mich — ich hoffe, daß mich der Herr annimmt. Hat er nicht alles wunderbar gefügt? Er ließ mich in einem Hause, in dem ich auch in der Gefangenschaft manche Liebe und menschliches Mitgefühl empfing. Er gab mir über fünf Monate Zeit — wahrscheinlich eine Gnadenzeit — mich auf die Heimholung vorzubereiten. Ja, er tat viel mehr: Er kam zu mir im Sakrament, oftmals. um bei mir zu sein in allen Stürmen und Nöten, besonders in der letzten Stunde.

Alles das hätte ja auch anders sein können. Es war nur ein Kleines dazu nötig, ich brauchte, wie viele andere nach dem Angriff vom 6. Oktober nur in ein anderes Haus verlegt werden, und ich hätte Vieles und Entscheidendes nicht empfangen. Muß ich nicht Gottes weise und gütige Fügung preisen und ihm Dank sagen für seine Güte und väterliche Obhut? Sieh, liebe Mutter, so menschlich schwer und schmerzlich mein frühes Scheiden auch sein mag — Gott hat mir damit gewiß eine große Gnade erwiesen. Darum weinet nicht und habt auch keine Trauer. Betet für mich und danket Gott, der mich in Liebe gerufen und heimgeholt hat.

Ich habe für jeden von Euch einen Spruch oder ein Andachtsbildchen mit einem persönlichen letzten Wort versehen. Möge es jedem eine kleine Erinnerung sein mit der Bitte, mich im Gebet nicht zu vergessen. Eine große Freude war mir das Sterbekreuz und der Rosenkranz, den Du, liebe Mutter, mir in die Zelle schicktest. Ich trage das Kreuz Tag und Nacht auf der Brust und auch der Rosenkranz ist mein ständiger Begleiter. Ich werde Sorge tragen, daß beides in Deine Hände zurückkommt. Auch sie werden Dir Gegenstand lieber Erinnerung sein. Nun habe ich meine irdischen Angelegenheiten geordnet. Die Tage und die Stunden, die mir bleiben, will ich ganz dem Gebete hingeben. Gott möge sich meiner armen Seele erbarmen und Euch immerdar mit seinem Segen und seiner Gnade begleiten.

In der Liebe Christi, die uns erlöste und unsere ganze Hoffnung ist, segne ich Euch: Dich, liebste Mutter, Dich Klaus, Dich Berny, Dich Marianne und Dich, Elisabeth, Dich Alexander, Dich Bernhard und Dich, Leni. Ich grüße noch einmal alle teuren Verwandten, meinen Vater und Schwiegervater, meine Geschwister, Schwäger und Schwägerinnen mit ihren Kindern, alle Verwandten, Freunde und Wohltäter.

Gott vergelte Euch, was Ihr mir Liebes und Gutes getan habt. Im Vertrauen auf seine Gnade und Güte hofft auf ein ewiges Wiedersehen in seinem Reich des Friedens

Euer Vater.

(Gollwitzer — Kuhn — Schneider: Du hast mich heimgesucht bei Nacht, München 1955, S. 267 ff.)

d) Peter Graf Yorck von Wartenburg

Geboren am 13. November 1904 in Klein-Oels/Schlesien, hingerichtet am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee.

Aus dem Abschiedsbrief an die Mutter

Am Ende eines an Liebe und Freundschaft überreich gesegneten Lebens habe ich nur Dank gegen Gott und Demut unter Seinen Willen. Daß ich Dir diesen Kummer bereite, ist mir ein sehr großer Schmerz nach alledem, was Du an Traurigem erleben mußtest. Ich bitte Dich, mir das von ganzem Herzen zu vergeben. Ich habe über zwei Wochen Zeit gehabt, mich und mein Handeln vor Gott zu stellen und bin überzeugt, in ihm einen gnädigen Richter zu finden. Das Ausmaß an innerer Not, das Menschen wie ich in den letzten Jahren zu durchleben hatten, ist gewiß nicht von denen zu verstehen, die ganz von ihrem Glauben beseelt sind, den ich nun einmal nicht teile. Dich darf ich versichern, daß kein ehrgeiziger Gedanke, keine Lust nach Macht mein Handeln bestimmte. Es waren lediglich meine vaterländischen Gefühle, die Sorge um mein Deutschland, wie es in den letzten zwei Jahrtausenden gewachsen ist, das Bemühen um seine innere und äußere Entwicklung, die mein Handeln bestimmten. Deshalb stehe ich auch aufrecht vor

meinen Vorfahren, dem Vater und den Brüdern. Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird. Daß die wunderbare Berufung ein Anlaß sein möge, Gott die Ehre zu geben, ist mein heißes Gebet.

An seine Frau

... Wir stehen wohl am Ende unseres schönen, reichen, gemeinsamen Lebens. Denn morgen will der Volksgerichtshof über mich und die anderen zu Gericht sitzen. Ich höre, das Heer hat uns ausgestoßen; das Kleid kann man uns nehmen, aber nicht den Geist, in dem wir handelten. Und in ihm fühle ich mich den Vätern und Brüdern und auch den Kameraden verbunden. Daß Gott es so geführt hat, wie es gekommen ist, gehört zu der Unerforschlichkeit Seiner Ratschlüsse, die ich demutsvoll annehme. Ich glaubte mich durch das Gefühl der alle niederbeugenden Schuld getrieben und reinen Herzens. Ich hoffe deshalb auch zuversichtlich, in Gott einen gnädigen Richter zu finden ... Als wir vom letzten Abendmahl hinweggingen, da fühlte ich eine fast unheimliche Erhabenheit, ich möchte es eigentlich Christusnähe nennen. Rückblickend scheint sie mir als ein Ruf. ... Mein Tod, er wird hoffentlich angenommen als Sühne aller meiner Sünden und als Sühneopfer für das, was wir alle gemeinschaftlich tragen. Die Gottesferne unserer Zeit möge auch zu einem Quäntchen durch ihn verringert werden. Auch für meinen Teil sterbe ich den Tod fürs Vaterland. Wenn der Anschein auch sehr ruhmlos, ja schmachvoll ist, — ich gehe aufrecht und ungebeugt diesen letzten Gang, und ich hoffe nur, daß Du darin nicht Hochmut und Verblendung siehst. — Des Lebens Fackel wollen wir entzünden, ein Flammenmeer umgibt uns, welch ein Feuer!

(Helmut Gollwitzer — Käthe Kuhn — Reinhold Schneider: Du hast mich heimgesucht bei Nacht, München 1955, S. 217 f.)

e) Nikolaus von Halems Abschiedsbrief

Nikolaus von Halem, geboren am 15. März 1905 zu Schwetz an der Weichsel in Westpreußen, studierte die Rechte und widmete sich danach kaufmännischen Aufgaben. Früh erkannte er in Hitler den „Postboten des Chaos" und nahm Verbindungen zu verschiedenen Widerstandskreisen in Deutschland und Österreich auf. Aber er war zugleich Mittelpunkt eines eigenen Kreises. Der Glanz und die Kraft seiner Persönlichkeit machten ihn zu einem der gefährlichsten Gegner des Regimes. Er wurde am 22. Februar 1942 verhaftet, am 16. Juni 1944 zum Tode verurteilt und am 9. Oktober 1944 in Brandenburg hingerichtet.

Am 1. Juli 1944 hatte Graf Lehndorff uns, so berichtet F. v. Schlabrendorff in seinem Buch „Offiziere gegen Hitler", im Osten besucht. Er brachte die Nachricht, daß Halem und Mumm am 16. Juni 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden waren. Er schilderte uns auch, daß Generalstabsrichter Sack, der oberste Richter im Heer, den Versuch gemacht habe, den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof zu einer Verzögerung der Vollstreckung zu bestimmen. Das Mißlingen des 20. Juli machte auch hierin einen Strich durch die Rechnung, Halem wurde am 20. Oktober 1944, Mumm am 20. April 1945 hingerichtet. In welcher Haltung sie in den Tod gingen, mögen zwei Briefe aus der Feder von Nikolaus von Halem bezeugen. Zwei Tage vor der Hauptverhandlung schrieb er an seine Mutter:

„Liebste, Arme, daß Du diesen Schmerz erleben mußt! Jetzt kommt der Herbst, möge er Dir nicht das Herz brechen. Ich schreibe dies zwei Tage vor der Verhandlung, auf

alles gefaßt und in großer Ruhe. Wie tröstlich ist die Aussicht, daß meine Leiden bald zu Ende sein werden. Nur daß die Euren dann erst wahrhaftig beginnen und fortdauern, bedrückt und quält mich. Glaube mir, was die Frage des Todes angeht, bin ich im Besitz aller der Vorteile, die die Stoiker ihrer Lehre zuschreiben, wenn ich mich ihnen auch nur in der Form des Denkens nah, in seinem Inhalt dagegen weltenfern fühle. Wir alle sind ja, ob wir es wissen oder nicht, von der geistigen Essenz zwanzig christlicher Jahrhunderte ganz durchtränkt. Eben jetzt scheint mir eine Periode zu beginnen, in der auch die scheinbar unchristlichen Gedanken der europäischen Denker, z. B. KANT, SCHOPENHAUER, NIETZSCHE, diesen gemeinsamen Hintergrund sichtbar werden lassen.

Mit Recht fürchten wir alle — erspare mir hier die Antwort auf das Warum — den Tod, vor allem deshalb, weil er uns unverhofft zu überkommen pflegt. Das Sterben eines Greises von 80 Jahren ist nur deshalb von so milder Traurigkeit, weil der Zeitpunkt dem Weltenplan entspricht, also fast voraussehbar ist. Mit Recht legt deshalb auch die katholische Kirche so großen Wert auf die Vorbereitung der Sterbenden, wobei die äußeren Vorgänge und Zeremonien nur eine Verlockung für den Geist darstellen, sich mit Ernst dem bevorstehenden Ende zuzuwenden und sich in dieser Stimmung zu versammeln. Wer vorbereitet ist, braucht den Tod nicht zu fürchten. Ich schäme mich fast, dabei an das Mysterium der Gnade zu rühren, zu dem das hohe und heilige Mysterium des Todes gewissermaßen den Vorhof bildet. Ein Schritt — und wir sind hindurch.

Ich weiß, daß die üblichen Tröstungen, insbesondere die der Kirche, nicht den Weg zu der Tiefe Deines Herzens finden und müßte nicht Dein Sohn sein, wenn ich nicht auch andere Wege hätte gehen müssen. Aber da es Dir als Kulturwesen ja auch verschlossen ist, Dich durch Klagen, Schreie und Zerreißen Deiner Kleider von Deinem Schmerz zu befreien, versuche es nur wieder und wieder, Dich mit der ganzen Schärfe Deines Geistes in die Frage nach dem Sinn und Wesen des Lebens zu vertiefen.

KLEOPATRA sagt zu ANTONIUS: „Oh ungeheurer Mut! Kommst du so lächelnd und frei vom großen Stolz der Welt."

Nur einer Frau kann diese Freiheit als Frucht des Mutes erscheinen. Aber Du kannst, was nur wenige Deines Geschlechtes können, die Festigkeit dieser inneren Freiheit von der Welt und damit auch vom Tode Deines Sohnes erwerben, so daß auch Du so frei lächeln kannst, wie ich es auf meinem letzten Wege tun werde.

Lies — und denke dabei an mich — den zweiten Band der „Welt als Wille und Vorstellung". Den zweiten wohlgemerkt, wenigstens zuerst ganz gegen Deine Gepflogenheiten. Lies darin herum und laß Dich nicht davon einschüchtern, daß SCHOPENHAUER immer wieder mit grimmiger Strenge fordert, man müsse alles, was er geschrieben hat, lesen. Du wirst sehen, daß es Dich weiterführt, vielleicht zu der von SCHOPENHAUER so verachteten, von mir zärtlich geliebten Leibnizschen Monadenlehre: Wenn ich es kann, werde ich Dir helfen.

Grüße alle Geschwister, mit jedem einzelnen von ihnen fühle ich mich zärtlichst verbunden — mit ISE, der Treuesten der Treuen, mit JÜTE, die mir vor zwei Jahren einen so freundlichen und trostreichen Gruß sandte. Alles, was ich in mir als Halemsches Erbteil empfinde, regt sich in dem Gedanken an THEA, die davon so viel in sich trägt. Die Sorge für Euch alle, in die ich mit Recht hineinzuwachsen hoffte, übertrage ich auf HANNO, in dem ich immer ein feineres Spiegelbild meiner selbst sehe. PUSSY und MALVE werden, wenn ich mich jetzt von ihnen abwende, wieder zu den „Kleinen". PUSSY, die niemanden weinen sehen kann, ohne selbst mit einzustimmen, und MALVE, mein Herzgespiel. Werde ich nicht, wenn wir uns auf einem anderen Stern wieder treffen sollten, von ihr fühlen: „Ach, du warst in abgelebten Zeiten meine Schwester oder meine Frau?"

Ich schreibe noch besonders an MARIECHEN, die ich Dir vor allen anderen ans Herz lege. Sie hat, wie ich fürchte, in weiterem Sinne die Heimat verloren, als es sonst Menschen geschieht. Der süße Gedanke an sie und unsere frohen Jahre ist ein bitterer Schmerz. Mein FRITZCHEN! Der kleine WILHELM, wie gut, daß er noch nicht von allem fühlen kann. Halte an ihnen fest, stütze, lehre und tröste sie! Laß Dich die Mühe nicht verdrießen, ich bitte Dich von Herzen.

Die Zeit und die Umstände fügen es, daß ich kein Haus habe, es zu bestellen. Wie richtig habe ich doch gedacht, als ich HANNO den Verwalter der Arche Noah nannte. Alles Praktische lasse ich deshalb jetzt beiseite. MARIECHEN wird darin ihre Kraft zeigen und meine Freunde werden ihr und Euch helfen.

Wenn die Wogen sich einmal wieder geglättet haben und Ihr für mich — vielleicht an Vaters Grab — ein Erinnerungszeichen anbringen laßt, so fügt dazu den Spruch, der mich schon als Kind wie aus Weltentiefen angeführt hat: „Fürchte Dich nicht, denn ich habe Dich erlöst. Ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen, Du bist mein." Er steht im Jesaias, wo, weiß ich nicht aus dem Kopf.

Ich glaube, daß der Krieg zu Ende dieses oder Anfangs des nächsten Jahres zu Ende gehen wird. Ach, könnte ich doch wie MOSES auf das gelobte Land, noch eine helle Zukunft für Euch alle wenigstens aus der Ferne sehen.

Nun adieu, meine Liebste, von Herzen Liebe! Nach so viel Worten scheint mir das Eigentliche noch immer ungesagt. Aber es ist eben unaussprechlich. Lassen wir es stumm in unseren Herzen, wo wir seiner gegenseitig unaussprechlich sicher sind. Nochmals adieu! Glaube nicht, daß Du mich verlierst. Dank, tausend Dank, innigste Liebe und Zärtlichkeit fasse ich zusammen in einem letzten Kuß. Dein Sohn."

Wenige Minuten vor seiner Hinrichtung schrieb er mit gefesselten Händen noch folgende Zeilen auf ein Stück Papier:

„Liebe Mutter! Jetzt habe ich auch die letzte kleine Unruhe überwunden, die den Baumwipfel faßt, ehe er stürzt! Und damit habe ich das Ziel der Menschheit erreicht. Denn wir können und sollen wissend dulden, was der Pflanze unwissentlich widerfährt. Adieu, ich werde geholt. Tausend Küsse. Dein Sohn."

(FABIAN VON SCHLABRENDORFF: Offiziere gegen HITLER, Fischer-Bücherei 1958, S. 141 ff.)

f) ALEXIS FRHR. VON ROENNE: Letzter Brief an seine Mutter

FREIHERR VON ROENNE, geboren am 12. Februar 1902, sah seit der Machtübernahme im Nationalsozialismus das Unglück Deutschlands. Gewissensbedenken verboten es ihm, an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli mitzuwirken. Doch die freundschaftlichen Beziehungen, die ihn mit den Führern des Widerstandes verbanden, waren Grund genug zur Verurteilung. Er starb am 12. Oktober 1944.

Meine einzig geliebte Mama! **Berlin, den 11. Oktober 1944 abends.**

Heute kam mir aus einem besonderen Anlaß der Gedanke, Dir noch einmal zu schreiben, obgleich ein kurzer Brief an Dich schon meinen vorigen Abschiedsbriefen beiliegt. Ich weiß, daß Dich trotz Deiner großen Sehnsucht und Freude, zum Heiland zu gehen, mitunter die Todesfurcht einfach vor dem körperlichen Todesvorgang quälte. Und da wollte ich Dir so gerne sagen, daß unser Herr auch die ganz fortwischen kann, wenn wir ihn darum bitten. Ängstige Dich also gar nicht, schon Papa sagte mir, daß unser

Großpapa sterbend ein linderndes Mittel von sich wies mit den Worten: „Es muß alles ausgehalten werden." So souverän stand er über dem Sterben, ganz herrlich!

Ich selbst nun erwarte seit einer Woche von Tag zu Tag den Tod, jetzt beispielsweise für morgen, und der Heiland hat in seiner grenzenlosen Gnade mich von allem Grauen freigemacht. Ich bete und denke tagsüber ganz ruhig und fast ausschließlich an ihn und dabei natürlich an meine Liebsten, esse mit Appetit, freue mich am Sonnenschein und habe mich nur insofern ganz aus der Welt zu lösen versucht, als ich nicht mehr lese und mich auch möglichst von allen militärischen und politischen Gedanken fern und nur für den Heiland verfügbar halte. Ich gehe früh und betend zu Bett, schlafe ganz ruhig und fest die ganze Nacht wie ein Kind und wende mich erwachend gleich ihm zu und bin dabei innerlich völlig frei und dazu, abgesehen von meinen Gedanken an meine kleine Schar *(seine Frau und zwei kleine Kinder)*, ein vollkommen glücklicher Mensch, ein Vorgang, der hier schon oft auffiel und durch Hinweis auf Ihn erklärt wurde.

Ich hatte mir erst selbst Gedankengänge überlegt, die mir Kraft und Freudigkeit zum Sterben geben sollten, da zeigte ER mir plötzlich zwei Mittel: Vor allem sollte ich mir doch in aller Realität mein Sterben vergegenwärtigen und erst mit seinem vergleichen! Das hat mir unendlich geholfen! Dort der Sündenlose, freiwillig von seinen „Erlösten" viele Stunden zu Tode gemartert, hier gegenüber ein Augenblicksgeschehen eines Vorganges, der mir sowieso einmal und vielleicht viel qualvoller — lange Krankheit — bevorstehen muß. Den Hinweis erhielt ich durch die zwei schönen Verse „Wenn ich einmal soll scheiden" und besonders „Und laß mich sehn Dein Bilde in Deiner Todesnot". Da schämte ich mich aller Hemmungen und wurde furchtlos; und dann verwies er mich noch darauf, daß ja der Todesaugenblick zugleich der erste in seiner seligen Ruhe und Gottesfrieden ist. Diese Gedanken festhaltend, sehe ich seit Tagen stündlich der Abfahrt zu raschem Heimgang völlig ruhig und frei entgegen mit ganz stillen Gedanken und Puls und habe volle Zuversicht, daß das kurze letzte Geschehen ebenso von seiner unbeschreiblichen Gnade durchleuchtet sein wird.

Ich schreibe es Dir so genau, meine geliebte Mama, weil ich Dir damit, vielleicht in Seinem Auftrage, eine kleine Hilfe geben kann. Für mich besteht schon seit Anbeginn dieser letzten ausschließlichen Gnadenzeit für mich ($2^1/_2$ Monate) kein Zweifel daran, daß all die unverdiente Barmherzigkeit ich zu einem großen Teil Deiner jahrzehntelangen Fürbitte verdanke, und ich kann Dir mit Worten gar nicht dafür danken! Ich halte diese Deine Fürbitte für das weitaus Größte Deiner unendlichen Liebe zu mir, und wir werden in der Ewigkeit noch oft davon sprechen. Ich bitte Dich aber von ganzem Herzen, daß Du für den Rest Deiner Erdenzeit diese Fürbitte auf URSEL und meine zwei Kleinen überträgst. Ach, tu es doch bitte, bitte mit der gleichen Liebe und Treue! Es ist ein unvorstellbarer Schatz, den Du damit meiner geliebten kleinen Schar schenkst, die ihn so bitter nötig hat. Ich weiß genau, daß Du meine Bitte erfüllen wirst!

Ich habe natürlich unablässig die Meinen im Gebet vor Ihn gebracht, an manchen bereits erkannten Erhörungen und kleinen, großen Gnaden sein Wirken erkannt und bin von Ihm mit der Zuversicht erfüllt worden, daß, „wer auf diesen Felsen sein Vertrauen setzt, nicht zu Schanden wird"! Ich habe Ihn dabei für sie nie um langes Erdenleben, sondern nur um Kraft und Bewahrung vor Grauen und Not und Lieblosigkeit gebeten und dann natürlich um einen seligen Heimgang. Der Tod jetzt bedeutet mir gar nichts, aber wie gerne wäre ich mit der kleinen Schar heimgegangen, die ich nun nicht hüten und schützen kann! Doch bei solchen irdischen Gedanken erinnert der Herr mich immer daran, daß ich ihr nach menschlichem Ermessen im Schweren sowieso nicht zur Seite gewesen wäre und daß vor allem Er ein weit besserer Schutz und Schirm ist!

Wie herrlich ist mir das Bewußtsein, so liebe Geschwister zu besitzen, die ihr gewiß, wo sie nur können, wie ein Block zur Seite stehen werden! Aber sie selbst erleben ja jetzt auch viel Schweres, und es will mir scheinen, daß als erstes das liebe, vertraute Lapienen nun schon im Kampfgebiet liegt, auch HERMANNS Wirkungskreis ist sicher nicht mehr einfach zu steuern, und wie mag es dem lieben EBO ergehen, bei dem ich so oft im Gebet war? Die nachrichtenmäßige Trennung von Euch allen, war mir wohl oft schwer, aber zugleich wuchs das Bewußtsein engster Verbundenheit vor Gottes Thron und vor allem der Bedeutungslosigkeit der Erdenzeit. Und immer größer wurde die Freude auf die dortige frohe Trennungslosigkeit. Wie unbeschreiblich herrlich wird es sein, und wie glücklich wäre ich erst, wüßte ich meine Liebsten und Euch alle nur schon im Gottesfrieden, leidentrückt!

Ich grüße Euch alle, die Ihr etwa jetzt in Rönkendorf seid, von ganzem Herzen und befehle Euch in Gottes Hand und Segen! Er führe Euch gnädig auf linden Pfaden in sein Reich wie mich, der ich dem Schächer gleich dorthin gelange! Ich weiß, daß Ihr nie von meinem Liebsten lassen und besonders seines so unendlich weichen, liebebedürftigen Herzens gedenken werdet, das Euch alle auch so lieb hat. Dafür und für alle die unendliche Liebe von fast 42 Jahren danke ich Euch und vor allem Dir, meine unbeschreiblich geliebte Mama, aus tiefstem Herzen!

Reichere und innigere Liebe von seiner Mutter hat nie ein Kind empfangen als
Dein ALECCI.

Mit unendlichem Dank habe ich heute noch an die herrliche Kindheit gedacht, die vor allem Deine Liebe mir in Mitau und Wilkajen bereitete! Alles in goldenem Glanz, Du im Mittelpunkt!

(GOLLWITZER — KUHN — SCHNEIDER: Du hast mich heimgesucht bei Nacht, München 1955, S. 448 ff.)

g) Bilanz

ERNST WOLF: Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung

Das Gewicht der im Widerstand gegen HITLER sowohl im Kirchenkampf wie auf der politisch-militärischen Ebene aufbrechenden moralischen und politischen Motive eines — gemessen an der Mannigfaltigkeit der Tradition in der Tat — *neuen* Geistes wird man nicht richtig abschätzen können, gerade auch im Hinblick auf die relative Kleinheit des zunächst eingetretenen Effekts, wenn man sich nicht diesen historischen Ausgangspunkt vor Augen hält, nämlich die in beiden großen Konfessionen im „Dritten Reich" und auch in breiten christlich-humanistischen Kreisen hemmende tiefe Verstrickung in den nationalistischen Mythos von Volk und Vaterland. Es ist dies eine Belastung, die schon beim Ersten Weltkrieg kräftig in Erscheinung trat, die, durch antidemokratische Ressentiments aufgeladen, dann beide Kirchen und weite Kreise hinderte, die Weimarer Republik als Chance, als Angebot und Aufgabe wahrzunehmen, und die unter dem Vorzeichen antisozialistischer und antijüdischer „völkischer Erneuerung" zunächst alle herausgeforderte kritische Wachsamkeit und nüchterne Stellungnahme der vermeintlichen Erfüllung mannigfacher Wünsche in der „deutschen Stunde" opferte. War man im katholischen Lager weithin entschlossen und bemüht, unter Beweis zu stellen, daß Katholiken gute und treue Deutsche seien — vom Trauma aus dem Kulturkampf her nur zu verständlich! —, so stand im Hintergrund der Haltung des Protestantismus die Idee der Vollendung des nunmehr protestantischen Reiches. Auch hier war ein die Kirche unmittelbar betreffendes Trauma im Spiel: das mit dem Ende des Ersten Weltkrieges völlig überraschend eingetretene Ende

des überkommenen Staatskirchentums des landesherrlichen Kirchenregiments, dem man im Prinzip die äußere Ordnung der Kirchentümer als dem dafür zuständigen „weltlichen Regiment" zuerkannte, innerhalb einer Konzeption vom „christlichen Staat", so wie ihn Idealismus und romantische Erweckungsbewegung mit konfessionellem Akzent sozusagen als angebliches Erbe der lutherischen Reformation träumten und in einer wirklichkeitsfremden lutherischen Staatsideologie theoretisch zu begründen suchten. Unter dem Kaiseradler sahen die evangelischen Kirchen und die meisten ihrer Pfarrer und Gemeindeglieder im Licht des Kulturkampfes Protestantismus, Preußentum und Klein-Deutschland als Erfüllung der Reformation zusammen. So waren die evangelischen Landeskirchen jener neuen Situation nicht gewachsen, in die sie die Katastrophe von 1918 entlassen hatte. Die laute Klage des Vorsitzenden des ersten Deutschen Evangelischen Kirchentages nach dem Umsturz (1919) aus Anlaß der Unterzeichnung des Versailler Vertrags drückt das unüberhörbar aus: „Die Herrlichkeit des deutschen Kaiserreichs, der Traum unserer Väter, der Stolz jedes Deutschen ist dahin. In diesen Zusammenbruch ist die evangelische Kirche der deutschen Reformation tief hineingezogen ... Wir können weiter nicht anders, als in tiefem Schmerz feierlich bezeugen, wie die Kirchen unseres Vaterlandes ihren fürstlichen Schirmherren ... tiefen Dank schulden und wie dieser tief empfundene Dank im evangelischen Volk unvergeßlich fortwirken wird." Nur ganz vereinzelt wurden besorgte Stimmen laut, ob nicht „wirklich die evangelische Kirchlichkeit eine Schutztruppe der Reaktion" werden müsse. Sie wurde es.

Auf diesem Hintergrund steht das Widerstandsproblem im Dritten Reich innerhalb des vielschichtigen, weithin auch schon fast völlig säkularisierten deutschen Protestantismus. Man könnte die Analyse des nationalen Rausches, der von hier aus die „völkische Revolution" begrüßte, man könnte auch die Analyse der inneren Wehrlosigkeit der evangelischen Kirchen demgegenüber in großer Breite und Buntheit entfalten. Aber der allgemeine stimmungsmäßige Hintergrund des Widerstandsproblems für die evangelischen Kirchen dürfte deutlich sein. Daß an ihm auch die „national-sozialen" Parolen F. NAUMANNS nicht unbeteiligt sind, verstärkte die Wehrlosigkeit gegenüber dem neuen „Geist". Theologisch wurde diese Haltung auf dem allgemeinen nationalen Untergrund bestimmt einmal durch die Idee vom Gottesgnadentum der Obrigkeit oder von der relativen Göttlichkeit des Staates, die den Staat als Stellvertreter Gottes im Bereich gesellschaftlichen Daseins beurteilte und wirklich glaubte; sodann durch eine sich fälschlich auf LUTHER berufende neulutherische Lehre von den beiden Reichen. Nach dieser stehen Kirche und Staat nicht im Verhältnis einer spannungsreichen Partnerschaft zu gemeinsamer Sorge um den Menschen, um sein Wohl und sein Heil, sondern weit eher in einem gottgewollten Bund, bei dem auf Erden der Staat dominiert. Mit ihrer Sorge, es könne die Kirche und der Christ durch politisches Handeln dem Staat zu nahe treten, mit der Angst vor einer gefährlichen „Vermischung der Ämter", mit sorgfältiger Wahrung der beiderseitigen Kompetenzen wurde diese Lehre von den beiden Reichen zu einem Hemmnis gegenüber kirchlicher Kritik an Maßnahmen des Staates, d. h. der „Obrigkeit" im Sinne der traditionellen, durch das Untertan-Verhältnis bestimmten Auslegung von Röm. 13, und darüber hinaus zur Legitimation sowohl der jeweils vorfindlichen „Obrigkeit" wie auch einer bewußten politischen Karenz der „Untertanen". Die Sorge um den schuldigen Respekt vor der Obrigkeit, um die Anerkennung des als Ordnung Gottes interpretierten Staates, der Werkzeug Gottes bleibt, auch wo er nicht als solches unmittelbar erkennbar ist, wo er als „wunderlicher Herr" erscheint, diese Sorge war immer etwas größer als die Sorge um die Kirche.

Das ethische Problem des Widerstands stellte sich daher für den Protestantismus in Deutschland überwiegend im Bereich dieser sich für unpolitisch haltenden „Theologie des Politischen". Daher setzt der Widerstand gegen den Ungeist des nationalsozialistischen

Totalitarismus im Protestantismus (und analog auch bei der katholischen Kirche) dort an, wo dieser sich im innerkirchlichen Raum, im Bereich des Kirchenregiments, der Kirchenpolitik und der kirchlichen Verkündigung auszuwirken suchte. Beim Rückblick zeigt sich dieser Widerstand, ohne daß hier so etwas wie eine Entwicklungsgeschichte nachgezeichnet werden könnte oder müßte, in mannigfachen Schichten, die sich nach sachlichen Gesichtspunkten aufgliedern lassen, ohne daß diese Anordnung zugleich eine historische Abfolge bedeutete. Auch die Überkreuzung der verschiedenen Motive im Vollzug des Widerstands kann nicht verfolgt werden. Allgemein gilt aber, daß eine nüchterne Analyse des „Kirchenkampfes" im Dritten Reich, gerade auch in jenen Gebieten der sogenannten zerstörten Kirchen und der „radikalen" Bekennenden Kirche, zu dem Ergebnis führt, daß die Bekennende Kirche in ihrem Kampf streckenweise zu einer „Widerstandsbewegung wider Willen" gegen den NS-Staat geworden ist. Mit dieser Formel soll umschrieben werden, daß man sich die sittliche Freiheit zum Widerstand nur in schweren Gewissensentscheidungen hat mühsam abringen können, auf dem Weg einer immer wieder auch von „Rückfällen" heimgesuchten, in keiner Weise programmatischen Entwicklung aus einer passiven Resistenz, aus einer aufgenötigten Defensive hin zu neuen und vielleicht zukunftsträchtigen wesentlichen Entscheidungen. Daß weite Kreise im deutschen Protestantismus vor und nach 1945 Gewicht darauf legten, nicht obrigkeitsfeindliche politische Opposition zu sein oder gewesen zu sein, daß man die Frage erwägen kann, ob nicht doch die religiöse Opposition zunächst wenigstens „nur eine andere Art des ‚Ausweichens' war und die politische Gegenwehr geradezu verzögern half", muß zugegeben werden; und daß man sich auch in der Bekennenden Kirche später bewußt wurde, nicht rechtzeitig genug, nicht kräftig genug Widerstand geleistet zu haben, ist im Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 als echtes Bekenntnis ausgesprochen worden. Dennoch hat dieser „Widerstand wider Willen" unbezweifelbare geschichtlich-politische Wirkungen gehabt.

Als Schichten des kirchlichen Widerstandes treten nebeneinander: 1. der Widerstand zur Sicherung des Bestandes der überkommenen landeskirchlichen Institution; 2. der Widerstand im Ringen um die Freiheit des Evangeliums; 3. in Konsequenz aus diesem Widerstand der sehr komplexe, über den „Raum" der Kirche notwendig und dann auch bewußt hinausgreifende Widerstand im Kampf für das Menschsein des Menschen und in gewisser Weise auch für die Rechtsstaatlichkeit des Staates — er berührt sich mit dem politischen Widerstand; 4. der Versuch eines Widerstandes in jenen Grenzsituationen des Konfliktes, die durch die Probleme von Krieg und Eidesverweigerung und schließlich „Tyrannenmord" gekennzeichnet sind und die die schwere Auseinandersetzung mit der eingangs skizzierten Last des nationalchristlichen Erbes besonders deutlich zeigen.

1. Das ethische Problem innerhalb des Kirchenpolitischen beim Widerstand zur Sicherung des institutionellen Bestandes deckt sich dabei weithin mit der Frage nach der Zulässigkeit eines wesentlich taktischen und „legalen" Vorgehens und nach der Legitimität des damit verbundenen Kompromisses oder nach der Berechtigung der Zurückhaltung, „um größeres Übel zu vermeiden". Auch hier sind freilich gewisse grundsätzliche, von Taktik freie Entscheidungen bereits zur Stelle: gleich am Anfang des Widerstandes, nämlich bei der Frage des Arierparagraphen in der Kirche, als im Herbst 1933 das neue, von den auf den Nationalsozialismus sich stützenden Deutschen Christen bestimmte Kirchenregiment der neu gebildeten Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) den Arierparagraphen des nationalsozialistischen Beamtenrechtes auf die Kirche zu übertragen versuchte, und zwar im Rahmen der allgemeinen „Entjudungs"tendenzen der herrschenden kirchenpolitischen Gruppen der Deutschen Christen. Der Widerstand gegen ein entsprechendes Kirchengesetz vom 6. September 1933 hat unter Leitung von M. Niemöller zur Bildung des Pfarrernotbundes geführt. In der Verpflichtungserklärung des Pfarrernotbundes heißt es, „daß eine

Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche geschaffen" sei. Das ist eine grundsätzliche und absolute Entscheidung, die damals ihren Vertretern im Schatten des überkommenen kirchlichen Antisemitismus nicht leicht gefallen ist. Denn dieser Antisemitismus, der freilich noch nicht Rassen-Antisemitismus war, sondern einfach ein konservativ-protestantischer Aufschrei über die „Verjudung" der deutschen Kultur, Sitte und Regierung etwa seit der Emanzipation von 1869, hat durch die Sorge um den „christlichen Staat" und zugleich in Richtung auf den Sündenbock, den der ohnmächtige konservative Protestantismus gegen den Geist der Zeit überhaupt brauchte, die Mentalität in weiten protestantischen Kreisen nachdrücklich bestimmt. Nicht nur in ihnen. Der Arierparagraph scheint innerhalb der DEK nie völlig angewendet worden zu sein, aber ebensowenig kam es im Verlauf des Dritten Reiches zu einer klaren christlichen Entscheidung in der Judenfrage. Man hat sich zwar vor allem innerhalb der Bekennenden Kirche um Sicherung und Rettung von getauften und dann auch von nichtgetauften Juden mit ganz erheblichem Risiko nach dem November 1938, der „Kristallnacht", bemüht, vor allem durch das Büro GRÜBER, aber auf der anderen Seite haben noch im Dezember 1941 die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei und der Geistliche Vertrauensrat auf Grund des „Durchbruchs des rassischen Bewußtseins in unserem Volk" die obersten Kirchenbehörden ersucht, „geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinden fernbleiben". Eine rein taktische und für dieses Verhalten typische Entscheidung, die sich der „Ausscheidung der Juden aus der Gemeinschaft der Deutschen" anzupassen suchte. Zu grundsätzlichen Klärungen an dieser Stelle ist es dann erst nach 1945 gekommen. Aber gerade an dieser Stelle zeigt sich, wie außerordentlich schwierig es gewesen ist, zur Gewinnung einer eindeutigen Widerstandsposition sich mit dem eigenen, so schwer belastenden Erbe der Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen.

Die Entscheidung gegen den Arierparagraphen in der Kirche ist hier das erste Modell eines prinzipiellen Widerstandes, freilich auch zugleich zum Zweck der Bestandssicherung der Kirche, ermöglicht und begünstigt durch das Vorhandensein einer klaren, auch durch die Verfassung der DEK in Art. 1 bestätigten Bekenntnisnorm. Der Gehorsam gegenüber Bekenntnis und Ordinationsgelübde ist das entscheidende ethische Motiv. Hinter ihm steht die Forderung, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen.

Nicht ganz so eindeutig ist die Motivation beim Kampf vor allem der nichtpreußischen, sogenannten intakten evangelischen Landeskirchen gegen die Versuche, die föderalistische DEK gewaltsam zu zentralisieren und die selbständigen, bischöflich verfaßten Landeskirchen von Bayern und Württemberg neben anderen ihr „einzugliedern". Das Vorgehen scheiterte sowohl an der in Prozessen festgestellten Rechtswidrigkeit der Methode des Reichsbischofs L. MÜLLER wie auch an dem Widerstand der betroffenen Kirchen. Dieser Widerstand, der hier im einzelnen nicht zu schildern ist, war im allgemeinen taktisch-defensiv, gelegentlich bis zur Preisgabe des „zerstörten" Flügels der Bekennenden Kirche, vor allem in Preußen. Es ging hier nicht eigentlich um einen Neubau der Kirche gegenüber dem totalitären Staat auf dem Grund jenes neuen theologischen Selbstverständnisses, das man im Kirchenkampf gewonnen und in der „Barmer theologischen Erklärung" formuliert hatte, sondern um landeskirchliche Bestandssicherung. Der etwaige Widerstand war wesentlich durch die Erfolgsaussichten gelenkt und von vornherein auf Kompromisse angelegt, obwohl man sich auch hier bei den für sich durchaus nicht abzuwertenden defensiven Widerständen immer wieder auf das Bekenntnis berufen hat. Aber die damit angerufene ethische Norm der Bekenntnisverpflichtung war nicht annähernd so deutlich in ihrer konkreten Auswirkung wie etwa das Reichskonkordat für die katholische Kirche. Die Sorge, den zu bewahrenden landeskirchlichen Bestand, die verfaßte Institution aufs Spiel zu

setzen, markiert bei diesem Widerstand zur Bestandssicherung der Kirche die Grenze des Widerstandes, zumal man sich nicht dazu entschließen konnte, dem Staat das Äußerste an Rechtsbeugung zuzutrauen, und sich als institutionelle Kirche immer noch irgendwie dem Staat verpflichtet wußte, sich daher auch nach Möglichkeit auf den innerkirchlichen Raum im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre beschränkte. Man hielt es für lutherische Grundhaltung, im Ertragen der „Obrigkeit" bis zum Äußersten gehen zu sollen, auch gegenüber weltanschaulich-politischem Handeln des Staates. Im allgemeinen also blieb es ein Widerstand als auftrags- und interessenbestimmte Defensive.

2. Auf der Ebene des Widerstands im Ringen um die Freiheit des Evangeliums gegenüber einem deutsch-christlichen Gewaltregiment in der Kirche und der Verfälschung der Verkündigung im Namen nationalsozialistischen „Glaubensgutes" erfolgte gelegentlich der ersten Bekenntnissynode der DEK Ende Mai in Barmen zur Sicherung ihres Bekenntnisstandes ein im einzelnen geschichtlich kaum abzuleitender Durchbruch durch ein generationenaltes säkular-religiöses Selbstmißverständnis der Kirche und ihrer Theologie. Im Hintergrund steht eine seit dem Ende des Ersten Weltkrieges von verschiedenen Ausgangspunkten her sich vollziehende Erneuerung der Theologie, insbesondere durch die von Karl Barth und anderen vertretene „dialektische" Theologie. Ausdruck jenes Durchbruchs sind die sechs Thesen der „Barmer theologischen Erklärung", die formell eine gültige Interpretation des die Bekenntnisgrundlage umschreibenden Art. 1 der neuen Verfassung der DEK sein wollen, materiell aber gegenüber einer säkularisierten Bindestrich-Theologie, die neben dem Evangelium auch andere Werte und Wahrheiten als Quelle kirchlicher Verkündigung zuließ, z. B. auch den deutschen Volksnomos oder die deutsche Geschichte, zur Ausschließlichkeit des Evangeliums zurücklenken wollen. Aus dieser Konzentration auf „Jesus Christus . . ., das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben", ergaben sich Konsequenzen für das Leben in christlichem Gehorsam „zu freiem, dankbarem Dienst" an Gottes Geschöpfen, Konsequenzen für die Kirche als „Gemeinde von Brüdern", die auch mit ihrer äußeren Ordnung Zeugnis für ihren Herrn ablegen soll, Konsequenzen für den Dienstcharakter der kirchlichen Ämter, Konsequenzen für das Verständnis des Staates und schließlich Konsequenzen für die Universalität des missionarischen Auftrags der Kirche. Das Ganze war eine zeitgemäße Konkretisierung der Grundaussagen evangelischen Bekenntnisses. Besonders wichtig ist in unserem Zusammenhang die 5. These, weil in ihr so deutlich, wie das in den vorangegangenen Generationen nie geschehen ist, gegenüber einer theologisch-christlichen Verklärung des Staates und des Staatsoberhaupts nunmehr sehr nüchtern vom Staat als einem durchaus menschlichen Gebilde und von seinen Grenzen geredet wird, nämlich von den Grenzen seiner Macht, und von seinem Selbstmißverständnis als „totale Ordnung"; auch von der Möglichkeit der ihm drohenden „Dämonisierung". Deutlich steht hinter dieser 5. These die schmerzliche Erfahrung mit der „legalen" Umformung einer rein liberal-dezisionistisch verstandenen legalistischen Rechtsstaatlichkeit der Weimarer Verfassung zur Diktatur des totalen Staates. Die These lautet: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen . . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen." Es wird also hier nicht mehr theologisch-metaphysisch vom Wesen des Staates gesprochen, sondern von seiner Aufgabe, und es wird seine Menschlichkeit betont. Hier beginnt die Ablösung von einer traditionellen christlichen Staatsideologie und auch von dem Ideal eines christlichen Staates. Der

Staat wird vielmehr, um es mit der Formel eines Juristen zu sagen, als „menschliche Wirkungseinheit" begriffen, „der in einem Raum in höchster Instanz die Wahrung von Ordnung und Frieden aufgetragen ist". Man erkennt bereits, daß auch die Kirche für die echte Staatlichkeit des Staates mitzusorgen habe und daß diese Staatlichkeit nur im Sinne einer Rechsstaatlichkeit verstanden werden könne. Alles freilich nur im Ansatz. Nicht von ungefähr taucht dann im theologischen Schrifttum KARL BARTHS wenige Jahre später ausführlich die Forderung nach dem demokratischen Rechtsstaat als ein christliches Anliegen auf. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und nach ihm ist der norwegische Primas E. BERGGRAV als Lutheraner abermals energisch für den Rechtsstaat eingetreten, freilich ohne sich damit im deutschen lutherischen Lager ganz durchsetzen zu können. Das macht ebenso wie andere kirchliche Erklärungen in Deutschland zur politischen Ethik nach 1945, die als Fortführung der Barmer 5. These angesehen werden können, deutlich, daß man in der Tat diese These als das Datum für den Durchbruch eines allgemeinen Umdenkens in Grundfragen der politischen Ethik und des Staatsverständnisses im deutschen Protestantismus wird ansehen dürfen, von dem aus eine neue Sicht sich tastend den Weg in die Zukunft sucht. Zu dieser neuen Sicht zeigen Programme und Entwürfe aus dem Kreis der politisch-militärischen Widerstandsbewegung, insbesondere auch bei den Kreisauern, auffällige Parallelen, die es erlauben, von zumindest hintergründigen Zusammenhängen zu sprechen.

Die sechs Barmer Sätze drängten dann weiter zu entsprechenden Entscheidungen und Handlungen, gewiß zunächst im innerkirchlichen Raum, in dem man es lernte, dem Prinzip einer formalen Legalität, auf das sich im wesentlichen das deutsch-christliche Kirchenregiment des Reichsbischofs stützte, die materiale Legitimität in Sachen der Ordnung der Kirche entgegenzusetzen. Auch dazu zeigt sich später eine gewisse Parallele im verfassungsgeschichtlichen Bereich des Staates, wenn man die Weimarer Verfassung mit dem Bonner Grundgesetz in ihren Strukturen vergleicht. Die sechs Barmer Sätze drängten aber noch weiter: Man konnte nicht bei innerkirchlichen Konsequenzen stehenbleiben, sondern mußte das, was mit der Formel von der christlichen Befreiung zum dankbaren Dienst an Gottes Geschöpfen umschrieben war, unausweichlich auf die der Kirche aufgetragene Mitsorge für die Menschlichkeit des Menschen beziehen.

3. So weitete sich der innerkirchliche Widerstand zu einem Widerstand als Kampf um das Menschsein des Menschen auf der Linie des neu erkannten „Wächteramtes" einer Kirche, die sich als dienende „Kirche für die Welt" zu begreifen begann, d. h. als beauftragt eben mit der Sorge für das Menschsein des Menschen, für Recht und Gerechtigkeit, für Rechtsstaatlichkeit des Staates. Der stärkste Ausdruck dieser auch zu scharfer Kritik an staatlichen Maßnahmen entschlossenen Neueinstellung ist die Denkschrift, die die zweite Vorläufige Kirchenleitung der Bekennenden Kirche am 4. Juni 1936 in der Reichskanzlei übergab. Ihre durch eine Indiskretion erfolgte Veröffentlichung in den *Basler Nachrichten* vom 23. Juli kostete den Leiter der Kanzlei der Vorläufigen Kirchenleitung, Landgerichtsrat a. D. Dr. FRIEDRICH WEISSLER, im KZ Sachsenhausen das Leben. Sie führte auch dazu, daß die Partei die Bekennende Kirche des Hochverrats bezichtigte und daß gegen die beteiligten Männer staatlicherseits und auch seitens der Kirchenbehörden vorgegangen wurde. In der Absicht, aus dem Schweigen herauszutreten und gegen die getarnte Entchristlichung des Volkes und Entwürdigung des Menschen zu protestieren, trat man seelsorgerisch ein für die bedrängten christlichen Gewissen mit exakt belegten, sehr konkreten Stellungnahmen zur Entchristlichung, zur parteiamtlichen Täuschungsformel vom „positiven Christentum", zur Zerstörung der kirchlichen Ordnung durch staatliche Maßnahmen seit den aufgezwungenen Kirchenwahlen vom Juli 1933, zum Vorwand der „Entkonfessionalisierung" für eine systematische Ausschaltung der Kirche aus dem öffentlichen Leben und gegen die nationalsozialistische Weltanschauung und den Rassen-

Antisemitismus sowie auch allgemein gegen die Zerstörung von „Sittlichkeit und Recht". Man wandte sich gegen die Parole „Recht ist, was dem Volke nützt", gegen die Eidesinflation (bis hin zur Hitler-Jugend), gegen Wahlmanipulationen, gegen Rechtswillkür und Rechtsbeugung. „Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache, daß es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und daß die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind." Nachdrücklich erinnerte die Bekennende Kirche die Reichsregierung „an die Grenzen, die allen irdischen Mächten und ihrem Streben gesetzt sind", warnte vor dem religiösen Führerkult, der den Führer zur „Norm nicht nur der politischen Entscheidungen, sondern auch der Sittlichkeit und des Rechts in unserem Volke" mache, und erklärte ausdrücklich: „Unser Volk droht die ihm von Gott gesetzten Schranken zu zerbrechen: es will sich selbst zum Maß aller Dinge machen. Das ist menschliche Überheblichkeit, die sich gegen Gott empört." Ungefähr zwanzig Jahre früher, zu Beginn des Ersten Weltkrieges, hatte man in evangelischen Predigten hören können, daß Gott Deutschland zwinge, „Erretter und Erlöser vieler Völker zu sein", die „Führerschaft in Europa in die Hand zu nehmen".

Die ungewollte Veröffentlichung hat der Denkschrift in der Breite der Christenheit die Wirkung einer ersten erlösenden Durchbrechung kirchlichen Schweigens gegenüber der weithin empfundenen Bedrückung der Gewissen verschafft und zu einer umfangreichen Wiederholung der Gravamina „an alle Obrigkeit im deutschen Volk" durch eine Kanzelabkündigung des Reichsbruderrats vom 23. August 1936 geführt. Entscheidend ist, daß hier zum ersten Male die evangelische Kirche, genauer ein repräsentativer Teil von ihr, seit der Reformation in der Haltung des Glaubensgehorsams mit einem unmittelbaren und konkreten Protest und rückhaltlos gegen die Obrigkeit zugunsten von Mensch, Volk und Staat hervorgetreten ist. Freilich gibt es nur noch eine zweite kirchenregimentliche Äußerung ähnlicher Art, nämlich das Wort der 12. Preußischen Bekenntnissynode vom 16./17. Oktober 1943 in Breslau zur Auslegung des fünften Gebots: „Über die Tötung des Verbrechers und des Feindes im Kriege hinaus ist dem Staat das Schwert nicht zur Handhabung gegeben. Wer es dennoch tut, tut es zu seinem eigenen Schaden in Willkür. Wird das Leben aus anderen als den genannten Gründen genommen, so wird das Vertrauen der Menschen zueinander untergraben und damit die Gemeinschaft des Volkes zerstört. Begriffe wie ‚Ausmerzen', ‚Liquidieren' und ‚unwertes Leben' kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer fremden Rasse angehören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit gegeben ist ... Das Leben aller Menschen gehört Gott allein. Es ist ihm heilig, auch das Leben des Volkes Israel." Zugleich wurde eine Berufung auf „Befehlsnotstand" abgelehnt: „Wir können uns nicht von Vorgesetzten die Verantwortung vor Gott abnehmen lassen." Hinter den hier geschilderten Modellfällen eines von der Kirche aufgenommenen Widerstands gegen Maßnahmen des Dritten Reiches steht jene Einstellung, die Martin Niemöller bereits am 25. Januar 1934 anläßlich des dramatisch verlaufenen Empfangs der evangelischen Kirchenführer durch Adolf Hitler bekundete: „Sie haben erklärt: Die Sorge für das deutsche Volk überlassen Sie mir. Dazu muß ich erklären, daß weder Sie noch sonst eine Macht in der Welt in der Lage sind, uns Christen und Kirche die uns von Gott auferlegte Verantwortung für unser Volk abzunehmen!" Es wird sich wohl kaum genauer zeigen lassen, wie M. Niemöller aus seiner der deutsch-nationalen Einstellung begreiflicherweise zunächst sehr nahestehenden Haltung heraus zu einer so eindeutigen und exemplarischen Erkenntnis gekommen ist. Sie steht daher 1934 noch relativ vereinzelt da, scheint dann aber mehr und mehr um sich gegriffen zu haben.

4. Eine besondere Zuspitzung der Konfliktsituation meldete sich schließlich an zwei Stellen an, nämlich einmal bei der sogenannten Eidesfrage und zum anderen angesichts des drohenden und bereits begonnenen Krieges. In beiden Fällen wird zugleich deutlich, wie groß die Spannung gewesen sein muß zwischen einem kritischen Vorwärtsdrängen und einem Rückfallen in traditionelle Positionen. KARL BARTH hat bekanntlich im Herbst 1934 den nach dem Tod VON HINDENBURGS vorgeschriebenen neuen Beamteneid nur mit dem Zusatz leisten wollen: „soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann". Die Unüberschaubarkeit des Eidesinhalts schien ihm eine solche Einschränkung notwendig zu machen. Am 12. Dezember 1934 gab die vorläufige Kirchenleitung der Bekennenden Kirche dann eine Eidesbelehrung heraus, die KARL BARTHS Vorbehalt sachlich aufnahm und ihm Gültigkeit für alle Christen zusprach. Später, nachdem BARTH in einem Disziplinarverfahren verurteilt worden war, trat sie davon wieder zurück. BARTH selbst hatte sich aber bereiterklärt, unter Hinweis auf diese kirchliche Erklärung, nunmehr den Eid in der vorgeschriebenen Form zu leisten. Ob das insgesamt wirklich eine Lösung des Eidesproblems anbietet, mag dahingestellt bleiben. Es soll nur die besondere Schwierigkeit dieser Konfliktsituation andeuten. Sie kehrte wieder, als nach der Eingliederung Österreichs die Deutschen Christen sozusagen als Geschenk der DEK an den Führer unter dem Titel einer angeblichen Forderung des Staates durch den Präsidenten der Reichskirchenkanzlei eine Vereidigung der Pfarrer auf den Führer anordnen ließen. Es kam zu einer monatelangen Diskussion der Eidesfrage, bei der die Bekennende Kirche sich vor die Wahl gestellt sah, im Fall einer demonstrativen Eidesverweigerung endgültig der politischen Diffamierung preisgegeben zu werden oder im Fall einer öffentlichen Loyalitätserklärung durch einen allerdings fragwürdigen Treueid sich die Möglichkeit zu wirksamen Einsprüchen gegen staatliche Übergriffe erhalten zu können — so hoffte man wenigstens. Man gab damals auch in der radikalen Bekennenden Kirche mit wenigen Ausnahmen der Versuchung nach, verführt durch die ererbte idealistische Sicht des Staates und die damit verbundene Überzeugung von einer Trennung zwischen staatspolitischer Intention und nationalsozialistischer Ideologie. Man wollte die Maßlosigkeit des Eidesinhalts nicht als Zeichen eines pervertierten Staates erkennen. Man wies KARL BARTHS theologisch begründete abermalige Aufforderung, jetzt zu einem „runden klaren Nein", überwiegend ab. Diese theologisch hilflose, noch heute nicht einhellig geklärte Diskussion der Eidesfrage lockerte die kirchliche Front. Die Spannung zwischen Loyalität gegenüber dem Staat und bekenntnismäßiger Verantwortung für ihn, auch durch Widerstand, stellte noch eine Überforderung des Protestantismus dar, trotz erster Ansätze zu sachgemäßer Überwindung.

Eine weitere Verschärfung der Konfliktsituation trat ein angesichts des drohenden und des begonnenen Krieges. Die Kirchen in Deutschland waren es gewohnt, in Kriegszeiten die Waffen zu segnen und für den Sieg der eigenen Nation als für den Sieg der gerechten Sache zu beten. Die nicht selten überschwenglichen Äußerungen in dieser Richtung brauchen nicht zitiert zu werden. Die Kirche rückte dann immer besonders eng mit Staat und Volk zusammen. Sie war bemüht, ihren „Kriegsdienst" zu leisten. Daher ist es nur zu begreiflich, daß selbst die radikale Bekennende Kirche weithin zutiefst erschrak und sich zu „vaterländischem" Protest gedrängt sah, als KARL BARTH in der Tschechenkrise am 19. September 1938 den berühmten Brief an seinen Kollegen HROMADKA in Prag schrieb, mit einer nach heutigem Urteil überraschend sicheren Bewertung der Lage: „Das eigentlich Furchtbare ist ja nicht der Strom von Lüge und Brutalität, der von dem hitlerischen Deutschland ausgeht, sondern die Möglichkeit, daß in England, Frankreich, Amerika ... vergessen werden könnte: Mit der Freiheit Ihres Volkes steht und fällt heute nach menschlichem Ermessen die von Europa und vielleicht nicht nur von Europa ... Wird Ihre Regierung und Ihr Volk ... fest bleiben? Es steht mir vor Augen, was für eine unendliche Last

und Not Sie damit auf sich ziehen würden. Dennoch . . ., jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und, ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der HITLER und MUSSOLINI nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann. Merkwürdige Zeiten . . ., in denen man bei gesunden Sinnen unmöglich etwas anderes sagen kann, als daß es um des Glaubens willen geboten ist, die Furcht vor der Gewalt und die Liebe zum Frieden entschlossen an die zweite und die Furcht vor dem Unrecht, die Liebe zur Freiheit ebenso entschlossen an die erste Stelle zu rücken! . . . Sicher ist nur eines: daß, was von menschlicher Seite an Widerstand möglich ist, heute an den Grenzen der Tschechoslowakei geleistet werden muß . . ." Auf der anderen Seite hat die Zweite Vorläufige Kirchenleitung der Bekennenden Kirche zwei Tage vor dem Münchener Abkommen eine Gebetsliturgie für den 30. September angesichts unmittelbar drohender Kriegsgefahr entworfen und in ihr gleichsam vorweggenommen, was sich erst heute in der moraltheologischen Erörterung des Kriegsproblems zu klären beginnt. Die Liturgie ist ein einziges Bußgebet, mit dem um Frieden gebetet und für den Fall des Krieges die Sorge um die Soldaten und um die mitbetroffene Heimat vor Gott gebracht wird. Auch diese kirchlich völlig einwandfreie Liturgie führte zu lauten Protesten; sie müsse verstanden werden als „politische Kundgebungen des Verrates und der Sabotage an der geschlossenen Einsatzbereitschaft des Volkes in ernsten Stunden seines Schicksals. Schluß damit! Die Sicherheit des Volkes macht die Ausmerzung dieser Verbrecher zur Pflicht des Staates" — so „Das Schwarze Korps". Ihre Urheber seien „jüdisch verseuchte Vertreter der Kirche . . . Schluß mit dem religiös getarnten Landesverrat" — so deutsch-christliche Blätter. Die lutherischen Landesbischöfe von Bayern, Baden, Hannover und Württemberg ließen sich staatlicherseits zur Erklärung drängen, daß diese Gebetsliturgie „von uns aus religiösen und vaterländischen Gründen mißbilligt und für unsere Kirchen abgelehnt worden ist". Sie trennten sich von der übrigen Bekennenden Kirche. Nur einer von ihnen, Bischof WURM, hat das später als „Judasverrat" widerrufen. Bischof MARAHRENS sah in dieser Liturgie eine unzulässige Vermischung von Geistlichem und Politischem. Sein Gegenentwurf formuliert aber seltsamerweise: „Unser Gebet gilt dem Führer, der im Ringen mit dem Bolschewismus wissen muß, daß wir mit dem Einsatz aller unserer Kräfte zu diesem seinem Werke stehen." Darin meldet sich aber nun zugleich ein besonders schweres Hemmnis für den Widerstand: nämlich der Antibolschewismus, der auch die Kirchen aller Konfessionen irgendwie mit dem Nationalsozialismus verband. Mag auch der „Geist" der Gebetsliturgie sich beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges dahin ausgewirkt haben, daß nicht in dem Maße wie im Ersten Weltkrieg oder gar einst in den Freiheitskriegen Segnung der Waffen, Durchhalte- und Siegespredigten im Vollbewußtsein der gerechten Sache auf den Plan traten, der Antibolschewismus hat jedenfalls dazu geführt, daß auch noch nach Stalingrad Männer wie Bischof MARAHRENS und natürlich die Kirchenkanzlei der DEK und die Deutschen Christen kräftige nationalistisch-antibolschewistische Parolen für den Endsieg ertönen ließen. Aber zu einer ungebrochenen Kreuzzugspredigt ist es im ganzen der Kirche nicht mehr gekommen. Eine allerletzte Zuspitzung zeigt sich dort, wo, wie etwa sehr früh bei D. BONHOEFFER, die Frage auftauchte, ob nicht der heutige Krieg durch die Kirche geächtet werden müsse, „weil wir den Krieg keinesfalls als Erhaltungsordnung Gottes und somit als Gebot Gottes verstehen können, und weil der Krieg andererseits der Idealisierung und Vergötzung bedarf, um leben zu können". Und das führt schließlich vor die „fürchterliche Alternative", vor der, wie BONHOEFFER nach dem Ausbruch des Krieges sagt, die Christen in Deutschland stehen: „Entweder in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die christliche Zivilisation weiterleben könne, oder in den Sieg, und dabei unsere Zivilisation zu zerstören."

Die erste Entscheidung in dieser Alternative würde zunächst — negativ — die Vollendung des Durchbruchs durch ein bedingungsloses Obrigkeitsdenken und durch die Ideologie des ebenfalls bedingungslosen Bündnisses von Thron und Altar bedeutet haben. Die Konsequenzen, die sich daraus beim konkreten Handeln ergeben, führen weiter und lassen die mögliche Notwendigkeit von Eidbruch, Sabotage und „Tyrannenmord" in Sicht kommen, also den Ausnahmefall der Necessità, in dem, wie BONHOEFFER sagt, das irrationale Handeln in freier Verantwortung seinen Ort hat: „Die außerordentliche Notwendigkeit appelliert an die Freiheit der Verantwortlichen. Es gibt kein Gesetz, hinter dem der Verantwortliche hier Deckung suchen könnte. Es gibt daher auch kein Gesetz, das den Verantwortlichen angesichts solcher Notwendigkeiten zu dieser oder jener Entscheidung zu zwingen vermöchte. Es gibt vielmehr angesichts dieser Situation nur den völligen Verzicht auf jedes Gesetz, verbunden mit dem Wissen darum, hier im freien Wagnis entscheiden zu müssen, verbunden auch mit dem offenen Eingeständnis, daß hier das Gesetz verletzt, durchbrochen wird, daß hier Not das Gebot bricht, verbunden also mit der gerade in dieser Durchbrechung anerkannten Gültigkeit des Gesetzes, und es gibt dann schließlich in diesem Verzicht auf jedes Gesetz, und so ganz allein, das Ausliefern der eigenen getroffenen Entscheidung und Tat an die göttliche Lenkung der Geschichte."
Damit hat BONHOEFFER, selbst zu diesen Kreisen gehörig, in einer zeitlos gültigen Weise das Äußerste der die meisten Männer des 20. Juli 1944 bedrängenden Gewissensfragen umschrieben. Mehr kann und konnte dazu nicht gesagt werden. Mehr konnte auch hier die Kirche nicht raten. Eine ethische Theorie des Widerstandes ist kaum entwickelt worden. Ganz vereinzelt taucht die alte Frage nach Widerstandsrecht, nach zuletzt revolutionären Angriff auf die herrschende Regierung und auch nach dem Tyrannenmord auf. So etwa bei KARL BARTH, der im Anschluß an das schottische Bekenntnis von 1560 (das die Forderung „tyrannidem opprimere" in die Aufzählung der vom Christen „zum Nutzen des Nächsten" geforderten guten Werke der zweiten Tafel des Dekalogs einschließt) vom Glaubensgehorsam her den Gedanken erneuert, daß „der in der Liebe tätige Glaube an Jesus Christus" unter Umständen „unsere aktive (politische) Resistenz ebenso notwendig" machen könne, „wie er, wenn wir nicht vor diese Wahl gestellt sind, die passive Resistenz oder auch unsere positive Mitarbeit (im Staat) notwendig macht". Im gleichen Jahr 1938 hatte er auch der evangelischen Christenheit in einer eindrücklichen und sich erst heute auswirkenden Weise den Gedanken des Primats des Rechts vor der Macht als Direktive für eine christliche Anschauung vom Staat entwickelt. BONHOEFFER selbst hat sich gegen Ende des Krieges zusammen mit Männern des 20. Juli für seine Person dem Gedanken erschlossen, daß das System als solches beseitigt werden müsse, notfalls auch durch ein Attentat auf den Führer, und zwar in Verantwortung des Glaubensgehorsams. Das steht in schroffem Gegensatz zu der herrschenden kirchlichen Meinung. Noch im Juli 1945 konnte die neue brandenburgische Kirchenleitung zur Wiederkehr des 20. Juli 1944 formulieren: „Die Kirche Jesu Christi kann einen Anschlag auf das Leben eines Menschen niemals gutheißen, in welcher Absicht er auch ausgeführt werden mag."
Gerade dies macht abermals deutlich, wie wenig die evangelische Kirche auf die neue Konfliktsituation und auf deren Einzelprobleme wie z. B. die Eidesfrage oder die Judenfrage oder die Frage des Krieges vorbereitet gewesen ist. Es fehlte ihr zunächst fast an allem, weil man diese Probleme als „politische" der ausschließlichen Zuständigkeit des Staates, der „Obrigkeit", seit Jahrhunderten überlassen hatte. Die irrige Auffassung vom grundsätzlich unpolitischen Charakter des Christentums stand hier im Weg. Man hatte vergessen, daß die Kirche Christi in der Welt von Anbeginn an für die Welt ein Politikum gewesen ist, etwas, was die Salus publica unmittelbar angeht. Man konnte zwar einem allgemeinen Satz wie dem folgenden schließlich zustimmen: „Christen sind es schuldig, der

Obrigkeit Gehorsam zu leisten, soweit sie nicht verlangt, was gegen Gottes Gebot ist. Christen sind schuldig, zu widerstehen, wenn von ihnen verlangt wird, was wider das Evangelium ist" — so wie es die Kanzelabkündigung zur Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung vom 23. August 1936 formuliert, aber man hatte nicht gelernt und nicht gelehrt, diese Erkenntnis auf ein konkretes Handeln anzuwenden. Das Problem des „schuldigen", des geschuldeten Widerstehens blieb offen. Nur leidendes Erdulden von Konsequenzen aus passiver Gehorsamsverweigerung? Oder aktiver Widerstand im Gehorsam des Glaubens um des Menschen willen und nicht zuletzt auch aus der Sorge um die Bewahrung der Staatlichkeit des Staates? Gegen Ende des Krieges und nach dem Kriege hat der lutherische Primas von Norwegen, Bischof BERGGRAV, grundsätzlich die zweite Möglichkeit vertreten und im Blick auf eine Aussage LUTHERS über das Verhalten zum „apokalyptischen Tyrannen" erklärt: „Wenn die Obrigkeit mit grober Willkür tyrannisch wird, dann gibt es dämonische Zustände und infolgedessen ein Regiment, welches nicht unter Gott steht. Gehorsam einer teuflischen Macht gegenüber wäre aber nichts anderes als Sünde ... Unter solchen Umständen besteht prinzipiell das Recht zum Aufruhr in der einen oder anderen Form." Aber das deutsche konfessionelle Luthertum hat ihm noch nicht folgen können.
Dennoch wird man sagen dürfen, daß der deutsche Protestantismus entscheidende Ansätze zur Bewältigung des Widerstandsproblems gerade auch im Bereich des politischen Daseins und der politischen Verantwortung des Christen und der Kirche gewonnen hat, unter dem Druck einmaliger und völlig neuer Entscheidungssituationen. Allerdings nur Ansätze. „Die Deutschen" — so sagte BONHOEFFER — „fangen erst heute an zu entdecken, was freie Verantwortung heißt. Sie beruht auf einem Gott, der das freie Glaubenswagnis verantwortlicher Tat fordert und der dem, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zuspricht."

Die sittlichen Fragen des Widerstandsproblems mußten an Modellen aus dem protestantischen Bereich vorgeführt werden. Bei der katholischen Kirche lag vieles, was im übrigen noch eingehender und unvoreingenommener Erforschung bedarf, von vornherein anders. Zwar war die Ausgangssituation, die Verstrickung in den Nationalismus, die Obrigkeitshörigkeit und die antidemokratische Einstellung, trotz unterschiedlicher Vorgeschichte, insgesamt der des Protestantismus nicht unähnlich. Aber die katholische Kirche reagierte, ihrem andersartigen Wesen entsprechend, in ganz anderer Weise auf die Angriffe des Staates. Innerkirchliche Spannungen, die im Zusammenhang des Kirchenkampfes den Bestand der ganzen Institution hätten gefährden können, gab es auf katholischer Seite nur in geringem Maße. Seine eigene Existenz aufs Spiel zu setzen, wie es zum Beispiel die Bekennende Kirche im Verlauf der weiteren Entwicklung tat, lag deshalb von Anfang an nicht in der für den Katholizismus charakteristischen Verhaltensart. Ihrem normativ-hierarchischen Habitus gemäß mußte die katholische Kirche, zudem im Besitz eines Rechtsinstruments, des Reichskonkordats, um das, was man als spezifisch kirchliche Interessen bezeichnen mag, kämpfen: die Konfessionsschule, die kirchlichen Organisationen, die kirchliche Presse und anderes mehr. Außerdem war sie als völkerrechtlich anerkannter Partner in der Lage, sich im eigentlichen Sinn des Wortes auch „diplomatisch" mit dem nationalsozialistischen Staat zu konfrontieren. Zu Zusammenstößen kam es zunächst in Fragen der „Weltanschauung" bei der Auseinandersetzung mit ROSENBERGS *Mythus des 20. Jahrhunderts* und vor allem in Einzelfragen der Morallehre, wie zum Beispiel der Sterilisierung und der Euthanasie; hier freilich mit den berühmten Predigten des Münsterer Bischofs GRAF VON GALEN im Sommer 1941 in einer einmaligen und wirksamen Eindeutigkeit, die die Euthanasieaktion als „fortgesetzten Mord" in nicht überbietbarer Weise

brandmarkte. Wenn ein gleichsam axiomatischer Satz lautet: „Niemals aber hat die Kirche die Rechtmäßigkeit des nationalsozialistischen Regimes in Frage gestellt, niemals direkt oder indirekt die verschiedenen Versuche gebilligt, dieses Regime zu stürzen", so wird seine apodiktische Aussage zwar in der ersten Hälfte nicht haltbar sein; an der zweiten ist richtig, daß die Kirche eine offizielle Billigung der verschiedenen Versuche, dieses Regime zu stürzen, nie ausgesprochen hat, ja wohl ihrem in Jahrhunderten so gewordenen Wesen nach nicht aussprechen konnte. Der die Kirche repräsentierende Episkopat, innerhalb dessen es bei der Beurteilung des Nationalsozialismus nicht an durchaus einander entgegengesetzten Meinungen fehlte, hat Revolution und Tyrannenmord in engem Anschluß an die neuere kirchliche Lehre wiederholt ausdrücklich verurteilt; namentlich auch während des Krieges hat er durch nationalistisch wirkende Kundgebungen viele Gläubige verwirrt, obwohl das Hauptmotiv seines Verhaltens ein bewußt seelsorgerisches war. Auch der Vatikan hat „den Versuch nie aufgegeben, einen legalen modus vivendi mit den Machthabern des NS-Regimes zu wahren". Er konnte kaum anders. Insofern waren die zahlreichen einzelnen, deren konkreter Widerstand die etwas legendäre Nachkriegsanschauung vom Widerstand der Kirche trägt, anders als etwa in den durch bekennende Gemeinden und zugeordnete Kirchenleitungen repräsentierten Teilen der DEK in mancher Hinsicht sich selbst überlassen. Der entschlossene Widerstand ist hier die Tat von — dem Äußeren nach — auf sich allein gestellten einzelnen geleistet worden, die ohne offiziellen Rückhalt an ihrer Kirche kämpften, wenngleich sie der persönlichen Zustimmung von Amtsbrüdern oder Oberen zu ihrer Haltung vielfach gewiß sein konnten. Erinnert sei hier an die Martyrien etwa des Dompropstes LICHTENBERG, der für die Juden eintrat, des Pallotinerpaters F. REINISCH als Kriegsdienst- und Eidverweigerer, des Dr. M. J. METZGER als Pazifist, des Jesuitenpaters A. DELP als Mitglied des Kreisauer Kreises und vieler anderer. Überzeugte Katholiken waren Mitglieder der Widerstandsbewegung, so der Provinzial der Gesellschaft Jesu in Bayern, A. ROESCH, JACOB KAISER, GRAF VON STAUFFENBERG, bei dem religiöse Motive und der Entschluß zum Widerstand parallel gewachsen zu sein scheinen, B. LETTERHAUS, um die bekanntesten zu nennen. Dazu kommen schließlich auch die, die wie REINHOLD SCHNEIDER als katholische Schriftsteller und Dichter unerschrocken ihre warnende Stimme erhoben.

Man wird behaupten dürfen, daß es kaum möglich ist, für die katholische Kirche in Deutschland analoge Modelle der Widerstandsmotivation herauszuarbeiten wie für einen Teil der evangelischen Kirche als Kirche. Hier ist eben mancherlei deutlicher zu fassen, das dann teils im Hintergrund der Erwägungen des politisch-militärischen Widerstands stand, teils ihn unmittelbar bestimmte. Repräsentanten dieses Widerstandes, wie z. B. HANS OSTER, entstammten evangelischen Pfarrhäusern und kamen, wie HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE und andere, zu der Überzeugung, daß „der Grad von Gefährdung und Opferbereitschaft, der heute von uns verlangt wird, ... mehr als gute ethische Prinzipien" voraussetze. Dazu gehört auch, daß man in nahezu allen Gruppen, auch in der konservativen GOERDELERS, etwas davon verspürt hat, daß Politik im 20. Jahrhundert nicht mehr ausschließlich von Staatsinteresse oder Machtgedanken gelenkt werden kann, sondern ein eminent moralisches Geschäft geworden ist. Daher bleibt auch jede Beurteilung des Widerstands mit Hilfe bloß „politischer" oder auch strafrechtlicher Kategorien an der Oberfläche und unzureichend.

„Auch wenn sie getrennte Wege gingen, die Kirchen und die Verschwörer, im Kreuzpunkt der Motive und Ziele jedoch ist der Aufstand des 20. Juli nicht denkbar ohne den geistigen Rückhalt des kirchlichen Widerstands." Bei den Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof hat FREISLER das, wenngleich nur von der Oberfläche her, deutlich gespürt und

hat es umgekehrt ausdrücklich erfahren. Etwa in der Erklärung des Grafen YORCK VON WARTENBURG, daß die Verschwörung sich richte gegen „den Totalitätsanspruch des Staates unter Ausschaltung der sittlichen und religiösen Verpflichtung des Staatsbürgers vor Gott". Das Äußerste der Reduktion des Aufstandes auf die „Empörung des christlichen Gewissens" formulierte GRAF VON MOLTKE in einem letzten Brief: Er habe „vor FREISLER nicht als Protestant, nicht als Großgrundbesitzer, nicht als Adeliger, nicht als Preuße, nicht als Deutscher, sondern als Christ und als gar nichts anderes" gestanden. Fraglos wollten er und seine Freunde im Kreisauer Kreis eine Erneuerung des politischen Daseins aus überkonfessionellem christlichen Geist heraus unter der Frage: „Womit kann im Chaos das Christentum ein Rettungsanker sein?" Auf derselben Linie liegt der „christliche Sozialismus" von Pater DELP. Auch andere, selbst GOERDELER, suchten auf dieser Ebene Gemeinsamkeiten festzustellen. Diese religiös-christlichen Momente nahmen im Selbstverständnis der Verschwörung im Verlauf des Krieges zu. Religiös waren fast alle Militärverschwörer. Auch im sozialdemokratischen Flügel der Verschwörung meldete sich das: THEO HAUBACH trat während des Krieges zur Kirche über, CARLO MIERENDORFF war überzeugter Christ. Aber man wird den „Aufstand des Gewissens" nicht zur Gänze unter christliches Vorzeichen setzen dürfen und darf bei seiner Beurteilung die humanistisch-moralischen Motive der sozialdemokratischen Dissidenten nicht außer acht lassen. Auch realpolitische, militärische und nationale Gesichtspunkte gegen das Regime waren von Anfang an entscheidend mit im Spiel. Eine klare programmatische Zusammenfassung der Fülle der bestimmenden und tragenden Ideen, wie sie uns in einer Vielzahl von Denkschriften und Äußerungen, Tagebuchnotizen und ähnlichem begegnen, liegt freilich nicht vor. Immerhin deutet die „Regierungserklärung", die am 20. Juli über den Rundfunk bekanntgegeben werden sollte, einiges an: „1. Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts ... 4. Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wieder hergestellt. Die Kirchen erhalten wieder das Recht, frei für ihre Bekenntnisse zu wirken. Sie werden in Zukunft völlig vom Staat getrennt leben ... Das Wirken des Staates wird von christlicher Gesinnung in Wort und Tat erfüllt sein ... 7. Ordnung der Verwaltung, gerechte Verteilung und Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben sind nur möglich auf Grund einer Verfassung ... 10. ... In dieser Stunde müssen wir unserem Volke zurufen, daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, tapfer und geduldig den vielfach entehrten deutschen Namen wieder reinzuwaschen. Wir Deutsche allein können und werden sie erfüllen. Davon, daß wir dies unerbittlich, ernsthaft und aufrichtig tun, hängt unsere Zukunft ab, gleichgültig, wie sie sich materiell gestaltet. Denn Gott ist nicht dazu da, bei jeder billigen Gelegenheit als Vorsehung angerufen zu werden, sondern er fordert auch und wacht darüber, daß seine Ordnung und seine Gebote nicht verletzt werden ..." Die sehr allgemeine Formulierung dieser Sätze verrät, daß in ihnen mannigfache und verschiedene Grundanschauungen und Tendenzen auf einen einigermaßen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Sie sind gewiß auch in den einzelnen Gruppen der Verschwörung selbst nicht ganz einheitlich gewesen. Dennoch werden diese nach den bei den einzelnen Gruppen vorherrschenden Akzenten charakterisiert und verstanden werden dürfen. Dabei kann es sich hier nur um jene Gruppen handeln, deren Weg von einer allgemeinen, vielschichtigen Opposition schließlich im Militärputsch vom 20. Juli mündete, also um die bürgerliche Opposition mit GOERDELER, die sozialistische mit LEBER, MIERENDORFF, HAUBACH, LEUSCHNER, um die militärische von BECK, HALDER, CANARIS bis VON TRESCKOW, OSTER und STAUFFENBERG und um den Kreisauer Kreis. Sie alle zeigen in sich selbst noch verschiedene Gruppenbildungen, mehr oder minder zufällige Berührungen und Begegnungen. Vielfach geht ihr Weg von einer anfänglichen Zustimmung zu den nationalsozialen Zielen HITLERS zu schärfster Ablehnung seiner totalitären, brutalen und hemmungs-

losen Methoden. Bei MOLTKE ist der Kampf gegen „die Nazis" freilich „vom ersten Tage an" da. Der Einsatz erfolgt bei den einen mit der Frage, was nach dem Ende dieses Regimes erfolgen solle, bei den anderen mit der Frage nach seiner Beseitigung. Das gemeinsame Ziel war, den Zweiten Weltkrieg zu verhindern, ihn dann, nach seinem Ausbruch, so oder so zu beenden und zu einer neuen Ordnung zu kommen in Richtung auf Wiederherstellung der demokratischen freiheitlichen Grundrechte. HITLERS Sturz war im wesentlichen nur ein widerwillig gewähltes Mittel zu diesem Ziel. Insofern hat man nicht zu Unrecht die Verschwörer eine „Friedenspartei" genannt.

Die Kreisauer unter HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE suchten konservative und sozialistische Werte, Aristokratie und Arbeiterschaft zu einer neuen demokratischen Synthese unter Einschluß der Kirchen in einem dezentralisierten Staatswesen zusammenzufügen und dafür verschiedene sozialpolitische, kultur- und wirtschaftspolitische sowie außenpolitische Richtlinien herauszuarbeiten, die zugleich der Mittleraufgabe der Deutschen zwischen West und Ost angemessen seien. Dem „westlichen Kapitalismus" stand man hier kritisch gegenüber, aber auch Weimar. Es ging diesem Kreis um die geistige Überwindung der jüngsten Vergangenheit und der schuldbeladenen Gegenwart; vor allem darum, ein Bild zu entwerfen „jenseits der schrecklichen und hoffnungslosen Zukunft, ... wonach zu streben, wofür zu arbeiten, woran zu glauben, wofür neu zu beginnen es sich für das enttäuschte Volk lohnt". Daher haben sie nur mühsam schließlich darin eingewilligt, daß ihr „Tag X" mit dem Tag des der Grafengruppe und einigen Militärs unausweichlich erscheinenden Attentats zusammenfiel. In der Mitte ihres Nachdenkens stand die Frage nach der Wiederherstellung menschlicher Gemeinschaft, nach der Therapie einer durch Verfall korrumpierten Gesellschaft, nach der Wiederherstellung des Rechts und dem Aufbau sozialer Gerechtigkeit. So verschiedener Herkunft die Mitglieder waren — neben von MOLTKE, GRAF YORCK VON WARTENBURG, ADAM VON TROTT ZU SOLZ, Preußisch-Konservative wie GRAF VON DER SCHULENBURG, GRAF ULRICH VON SCHWERIN-SCHWANENFELD, HANS BERND VON HAEFTEN, die Jesuiten DELP und ROESCH, Pfarrer POELCHAU, anscheinend etwas mehr am Rande E. GERSTENMAIER, dazu die Sozialdemokraten LEBER, REICHWEIN und HAUBACH u. a. —, sie lehnten fast durchweg den traditionellen deutschen Nationalismus ab und suchten die Rettung Deutschlands zusammen mit der Beendigung des mörderischen Krieges in europäischem Rahmen. Man hat ihren Zielen romantische Züge nachgesagt. Gleichwohl hat ihre immer wieder durchdachte Konzeption einer engen Verbindung von konkreten politischen Erwägungen mit christlich-ethischen Motiven nicht nur anderen Gruppen starke Impulse gegeben, sondern die Arbeit dieser „Planer" wirkte auch nach dem Ende des Krieges zum Teil weiter. In einem ihrer Pläne vom September 1943 heißt es: „Die freiheitlich gesonnene deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die christlichen Kirchen vertreten und führen diejenigen Volkskräfte, aus denen heraus der Aufbau in Angriff genommen werden kann."

Als vielfältiger und zum Teil widersprüchlich erweisen sich die Motive der bürgerlichen Opposition um GOERDELER in ihrer Mischung von moralischer Empörung, patriotischer Sorge, Sehnsucht nach einem starken Rechtsstaat und Reaktion auf die jeweilige Lage des Augenblicks (wenn man jenes in dem gelegentlich erwogenen Plan einer Hohenzollern-Restauration, dieses in den rasch wechselnden politischen Zukunftsentwürfen widergespiegelt sehen kann). Kennzeichnend ist GOERDELERS Glaube an die Vernunft in der Politik und an die eigene Gabe, durch Argumente und gutes Zureden zu überzeugen — auch HITLER selbst, wenn es nur möglich sei, an ihn heranzukommen. Zweifellos wirkte GOERDELER als eine der stärksten Antriebskräfte im Aufbau der Verschwörung, die, wie er zu erreichen hoffte, zunehmend von einer Volksbewegung getragen werden sollte. Aber abgesehen von seiner oft unzureichenden Informiertheit, die GOERDELER mit vielen Männern des Wider-

stands teilte — Ursache der Überschätzung außenpolitischer Möglichkeiten —, konnte er sich nur mit Mühe allmählich von seiner deutschnationalen Vergangenheit etwas lösen, blieb er dem Sozialismus gegenüber zurückhaltend, ein Gegner der Wirtschaftslenkung, in manchen seiner Denkschriften und Friedenspläne doch wohl Utopist. Damit verband sich eine traditionell-protestantische Geschichtsphilosophie, die schließlich — wenn Aufzeichnungen während der Gestapohaft als Urteilsgrundlage dienen dürfen — im Scheitern des Attentats ein HITLER bestätigendes „Gottesurteil" sah; inwieweit freilich ein Satz wie: „Gott ... hat dem Führer diese Aufgabe neu anvertraut" nicht bloße Schutzbehauptung ist, um anderen in diesem Zusammenhang gemachten Vorschlägen ein Minimum an Aufmerksamkeit zu gewinnen, muß dahingestellt bleiben. In Verbindung mit General BECK, seit 1935 Chef des Generalstabs des Heeres und damit der Planung der deutschen Armee, den von Anfang an die Sorge umtrieb, daß Hitler Deutschland in einen katastrophalen Krieg stürzen könne, bildete GOERDELER die Doppelführung dieser mehr bürgerlichen Gruppe entschlossen auf die Entmachtung des Nationalsozialismus hinwirkender Konservativer, denen es um die Wiederherstellung von Ordnung ging, bei verschiedener Gestalt der Ordnungsziele. Allem Anschein nach aber war ihre auf sittlicher Lauterkeit beruhende moralische Kraft größer als ihre politische Begabung, zu der Wendigkeit und Zielsicherheit der Planung zugleich gehört hätten.

GOERDELERS schärfster Antagonist innerhalb des um ihn sich sammelnden Widerstandskreises war wohl JULIUS LEBER, von jeher ein klarsichtiger und entschiedener Kämpfer für eine lebensfähige Demokratie mit dem Ziel, vor allem auch der Arbeiterschaft eine bessere Zukunft auf dem Fundament der Freiheit und Gerechtigkeit zu schaffen, persönlich getragen von innersten sittlichen Kräften. Seine politische Programmatik war realistisch, dem sozialen Fortschritt zugewandt, nüchtern und zugleich leidenschaftlich. Ähnliches gilt von den anderen Männern der sozialistischen Gruppe, von CARLO MIERENDORFF, THEO HAUBACH, die zu dem Kreisauer Kreis stießen, und von WILHELM LEUSCHNER, der enger mit GOERDELER und BECK zusammenarbeitete und ihnen in seinen Vorstellungen von künftiger Demokratie im einzelnen näherstand. LEUSCHNER gehörte wie GOERDELER und BECK unter dem Gesichtswinkel der Generation zu den „Alten". Sie, wie die „Jungen", setzten sich auch in negativer wie positiver Kritik mit der Weimarer Republik auseinander. Während aber jene ihre Ordnungsvorstellungen zuweilen an noch älteren politischen Erfahrungen orientierten, waren diese von der Vergangenheit weniger belastet und standen der Zukunft offener und progressiv gegenüber.

Anders steht es mit CLAUS GRAF SCHENK VON STAUFFENBERG und seinem Kreis, insbesondere der „Grafengruppe", der neben und dann z. T. gegen GOERDELER gegen Ende des Weges zum 20. Juli die resignierte und bereits auseinanderfallende Opposition zusammenzuhalten suchte und politisch auf einen freilich im einzelnen nicht klar zu erfassenden staatlichen Erneuerungsversuch jenseits von Weimar und 1933 hinstrebte. Kristallnacht, Judenverfolgung und Unterdrückung der Kirchen haben seine zunächst positive Einstellung zu HITLER geändert. Gespräche mit HALDER und BECK haben ihn in der Ablehnung bestärkt. Schon im Herbst 1942 taucht bei ihm der Gedanke eines notwendigen Attentats auf HITLER auf. Die Verbindung zu den Kreisauern brachte die Idee des sozialen Staates ein. All das verdichtete sich zu der umfassenden Organisation des Planes „Walküre", des einerseits ganz auf den militärischen Befehlsmechanismus und seine Legalität gestützten Militärputsches, zu dessen Auslösung es der Gewinnung der „Eidesfreiheit" durch die Ausschaltung oder Beseitigung HITLERS bedurfte, der andererseits aber auch in der Fülle der vorbereiteten Befehle und Proklamationsentwürfe Grundlinien einer künftigen politischen Ordnung enthielt. STAUFFENBERG hat sich in diesem Zusammenhang die moraltheologische Frage des Tyrannenmordes gestellt und unter Berufung auf die ältere katholische Überlie-

ferung (und auf LUTHER) positiv beantwortet. Von daher war STAUFFENBERG freier gegenüber Hemmungen aus dem Gedanken der Legalität, der im Rahmen eines die Funktion der „Obrigkeit" bestimmenden formalen Ordnungsgedankens das biblische Kriterium der Obrigkeit für die im Hintergrund der preußisch-deutschen Erziehung stehenden vor allem lutherischen Staatsauffassung bildete. Hier vor allem wurzeln die verschiedenen Zweifel am Recht zum Widerstand — auch bei der Wahl der Mittel. Man hatte Skrupel und unterschied sich dadurch wesenhaft von den Nazis. STAUFFENBERG konnte die Verpflichtung zum Widerstand gegen ein als verbrecherisch beurteiltes Regime aus höheren Werten auch als Verpflichtung zum „Hochverrat" bejahen und von der Alternative des Verrats vor seinem Gewissen her rechtfertigen. „Es ist Zeit" — sagt er kurz vor dem 20. Juli —, „daß jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muß sich bewußt sein, daß er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterläßt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenen Gewissen." Er war sich ähnlich wie v. TRESCKOW des „Verrats" bewußt und bejahte ihn in freiwilliger Schuldübernahme. Diese Entschlossenheit, in der sich ausdrückt, was BONHOEFFER für das politische Handeln überhaupt die „Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag" nennt, unterscheidet die „Jungen" von den „Alten", die, gebunden durch das Prinzip der Legalität, nur Revolutionäre wider Willen sein konnten.

Gerade die von HITLER selbst in raffinierter Taktik mit der Trennung von Partei und Staat festgehaltene Legalität war ein Haupthindernis für die Opposition und eine der stärksten Sicherungen für Hitlers Person. Nur mühsam suchten auch GOERDELER und BECK nach einer zuletzt religiösen Legitimation ihres Widerstandes. Daher standen am Anfang des Weges zum Widerstand die Versuche „legaler" Opposition, zu denen auch der Plan kollektiver Gehorsamsverweigerung der Generalität beim Kriegsausbruch 1939/40, bei Stalingrad 1942/43 und schließlich bei der Invasion 1944 gehört, sofern er eben noch innerhalb des „Berufs" und der militärischen Vernunft steht. Daher auch zu Beginn u. a. das Ziel der Wiederherstellung der Weimarer Republik. Die legale Opposition mußte aber als vergeblich und undurchführbar aufgegeben werden. Das Risiko der Illegalität war nicht zu vermeiden. Seine Übernahme erforderte aber eine nicht ganz einfache geistige Klärung, und der mit dieser verbundene „Prozeß einer inneren Entwicklung preußisch-deutscher Verschwörer vom formalistischen zum materialen, vom legalen zum legitimen Rechts- und Staatsdenken" begleitete den Weg von der Opposition zum Staatsstreich, von der ausdrücklichen Ablehnung der Gewaltanwendung zugunsten geistiger Überwindung des Regimes am Anfang der Erneuerungspläne bis hin zur Einwilligung in das Attentat als Ultima ratio, als „Akt der Notwehr", als „Gericht", zugleich als eine schuldbeladene, dubiose Tat, keinesfalls als politische Selbstverständlichkeit. Keiner hat sich zu der Rolle gedrängt, die er als Verschwörer zu spielen hatte; das Verantwortungsbewußtsein nötigte dazu. Es forderte die Entscheidung des einzelnen Gewissens, die auch die Kirchen nicht abnehmen konnten. Wenn die Verschwörung die Kirchen, die Bekennende Kirche und die katholische, in der Tat „als ihre engsten, auch öffentlichen Verbündeten" betrachtete, dann dürfte gerade der in der Bekennenden Kirche eingeschlagene Weg von der Legalität zur Legitimität dabei eine entscheidende und klärende Rolle gespielt haben.

Der Putsch wurde unternommen in vollem Bewußtsein sehr geringer Erfolgschancen. Auf STAUFFENBERGS Frage, ob nach der Invasion vom 6. Juni 1944 der Staatsstreich noch sinnvoll sei, gab v. TRESCKOW die oft zitierte Antwort: „Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig." Auf jeden Fall sollte vor aller Welt demonstrativ

bekundet werden, auch noch in der letzten Frist vor dem militärischen Zusammenbruch, den man auf sich zukommen sah, daß es den Verschwörern nicht bloß um eine Änderung des Regimes ging, sondern — was ihnen die Skepsis der Alliierten nicht abnehmen wollte, auch hinterher zunächst nicht — um einen Systemwechsel, dessen demokratischer Charakter dem eigenen Willen des „anderen Deutschland" entsprang. Es sollte mit dem Gelingen des Putsches das deutsche Volk zugleich vor die Frage gestellt werden — ausdrücklich —, was es zu den in seinem Namen verübten Untaten und Verbrechen des NS-Regimes und zur primär deutschen Kriegsschuld sage. Aber man war einer spontanen Empörung, Absage und Bereitschaft zur Haftungsübernahme durch das deutsche Volk nach der Enthüllung des Entsetzlichen doch im Kreis der Verschwörer bereits unsicher — mit Recht, wie die noch andauernde „Unbewältigtheit" der Probleme zeigt. Die Probe darauf mußte mit dem Scheitern des Attentats entfallen. Hier hat die Tragik des Widerstands vom 20. Juli ihre Mitte. „Daß diese moralische, zur autonomen, aktiven Entscheidung für oder wider das Hitler-Regime auffordernde Frage an die deutsche Öffentlichkeit am 20. Juli 1944 nicht mehr gestellt wurde, im Raum der Vergangenheit eingefroren, unwiederbringlich ist, wird als Kainszeichen einer nie zu bewältigenden Vergangenheit dem deutschen Volk immerfort anhaften. So jedenfalls sahen es die Verschwörer des 20. Juli — Beck, Goerdeler, Stauffenberg, Leber, Trescкow, Moltke, Hassell, Canaris und die anderen." Gleichwohl hat ihre Tat das Bild Deutschlands *nach* dem NS-Regime wenigstens insoweit faktisch korrigiert, als man Deutschland die Möglichkeit zu demokratischer Neugestaltung immerhin zutraute, wenn auch nicht sofort, und als gesagt werden kann, daß das Ringen um demokratische Erneuerung nicht erst nach 1945 und bloß auf Grund einer ausschließlich von außen kommenden (und nie konsequent verwirklichten) „Umerziehung" erfolgte. Die moralische Rehabilitierung Deutschlands, soweit sie in Gang gekommen ist und mühsam vorangebracht werden kann, setzt beim Widerstand in seinem ganzen Bereich und allen seinen Äußerungen sowie bei seinem verpflichtenden Gesamterbe an und erfährt durch den 20. Juli 1944 eine nicht nur symbolische Legitimation.

(Schmitthenner/Buchheim (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966, S. 227 ff.)

VII. Widerstandsrecht und Widerstandspflicht (Gutachten)

1. MILITÄROPPOSITION GEGEN HITLER UND DAS WIDERSTANDSRECHT

von Hermann Weinkauff, ehem. Präsident des Bundesgerichtshofes

I

Die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung nach dem zur Zeit ihrer Begehung geltenden positiven Strafrecht.

Dieses Gutachten setzt die schweren Rechtsbrüche als bekannt voraus, die das nationalsozialistische Regime während der Dauer seines Bestehens beging und gegen die sich die militärische Widerstandsbewegung wandte. Sie werden im Abschnitt II des Gutachtens, der sich mit der rechtlichen Begründung des Widerstandsrechts befaßt, im Zusammenhang überblicksweise dargestellt. Ebenso setzt das Gutachten die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende als bekannt

voraus. Für die Zeit von 1933 bis Mitte 1940, mit der sich diese Veröffentlichung befaßt, wird dabei verwiesen auf die kurze zusammenfassende Darstellung der Europäischen Publikation, die den Titel trägt: „Die militärische Opposition im Dritten Reich bis Mitte 1940." Prüft man die Widerstandsakte der militärischen Opposition in diesem ersten Zeitraum anhand des damals geltenden positiven Strafrechts nach, so kommt man zu folgenden Ergebnissen, die übrigens in allem Grundsätzlichen auch für den späteren Zeitraum bis zum 20. Juli 1944 in gleicher Weise gelten:

Eine Straftat ist nur vorhanden, wenn der Täter tatbestandsmäßig, rechtswidrig und schuldhaft handelt, d. h. wenn er den in einer Strafvorschrift des Gesetzes beschriebenen Tatbestand verwirklicht, wenn dieses Handeln gegen die Rechtsordnung verstößt und wenn ihm dieses tatbestandsmäßige, rechtswidrige Tun rechtlich zur Schuld, zum Vorwurf angerechnet werden kann.

1. Dem äußeren Tatbestande nach haben die Männer der militärischen Widerstandsbewegung verschiedene gegen Hochverrat, Landesverrat und Kriegsverrat gerichtete Vorschriften des damaligen Strafgesetzbuches verletzt.

Soweit sie sich mit dem Ziele zusammengeschlossen hatten, HITLER und seine Werkzeuge gewaltsam aus der Macht zu setzen, soweit sie dies organisatorisch vorbereitet hatten, soweit sie insbesondere im September 1938 militärische Vorbereitungen zur Besetzung der Reichskanzlei und der Parteiämter und zur Festsetzung HITLERS getroffen hatten, soweit sie nach Ausbruch des Krieges über die Römischen Gespräche Verbindung mit England angeknüpft hatten, um den im Innern geplanten Umsturz gegen Störungen von außen zu sichern, und soweit sie danach strebten, HITLER bei einem Frontbesuch festnehmen zu lassen, haben sie äußerlich gegen den § 82 Abs. 1 und 2 und gegen den § 83 Abs. 2 StGB in Verbidnung mit den §§ 80 und 81 StGB verstoßen;

a) indem sie sich miteinander verabredeten, den gewohnheitsrechtlich gewordenen nationalsozialistischen Verfassungsstand gewaltsam zu ändern und HITLER und seine Regierung mit Gewalt zu nötigen oder zu hindern, ihre Befugnisse überhaupt oder in einem bestimmten Sinn auszuüben,

b) indem sie weiter zur Vorbereitung dieses Unternehmens zu einer ausländischen Macht in Beziehung traten, und

c) indem sie endlich auch durch sonstige Mittel den gewaltsamen Umsturz vorbereiteten. Soweit sie vor Ausbruch des Krieges die englische Regierung zweimal vor den Kriegsvorbereitungen HITLERS warnen ließen, die nach ihrer inzwischen durch den Gang der Geschichte bestätigten Auffassung zum Weltkrieg und damit zum Untergang Deutschlands führen mußten, soweit sie nach Kriegsausbruch über die Römischen Gespräche mit der englischen Regierung in Verbindung traten, um Einverständnis über folgende Punkte herzustellen:

Beseitigung der Hitler-Regierung, Nichtangriff im Westen, rascher Friedensschluß, Bestand des Reiches in den Grenzen von 1937, Volksabstimmung in Österreich

und soweit einer aus diesem Kreis nach Kriegsausbruch der Gegenseite Nachrichten über die gegen Belgien und Holland geplanten Kriegsmaßnahmen und über den schließlichen Angriffstermin zukommen ließ, um das nationalsozialistische Regime sicherer zu stürzen und einen frühen Ausgleichsfrieden zu erzwingen, können sie ganz oder teilweise, äußerlich verstoßen haben gegen die §§ 89, 90, 91, 91 b, 92 StGB und gegen § 57 MilStGB,

a) indem sie es unternahmen, Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung,

erforderlich war, mit dem Vorsatz, das Wohl des Reiches zu gefährden, an einen anderen, insbesondere an eine ausländische Regierung oder an jemanden, der für eine ausländische Regierung tätig war, gelangen zu lassen,

b) indem sie sich Staatsgeheimnisse zu diesem Zwecke verschafften,

c) indem sie mit dem Vorsatze, schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen, zu einer ausländischen Regierung oder zu jemandem, der für eine ausländische Regierung tätig war, in Beziehung traten,

d) indem sie es im Inlande oder als Deutsche im Auslande unternahmen, während eines Krieges gegen das Reich oder in Beziehung auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen, und

e) indem sie sich miteinander zu solchen Handlungen verabredeten oder sie im Felde begingen.

Für einen Teil dieser Straftatbestände ist es zweifelhaft und streitig, ob sie auch nur dem äußeren Tatbestande nach durch die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung erfüllt wurden; nämlich für alle diejenigen Tatbestände, die fordern, daß die Tat mit dem Vorsatze begangen werde, „das Wohl des Reiches zu gefährden", oder „schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen", oder „der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen", oder die als Staatsgeheimnisse nur solche Nachrichten bezeichnen, deren „Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung erforderlich war". Es handelt sich hier um den überwiegenden Teil der landesverräterischen Tatbestände, während die hochverräterischen Tatbestände solche tatbestandsmäßigen Einschränkungen nicht kennen, aber auch der landesverräterische Tatbestand des § 91 StGB eine solche Einschränkung insoweit nicht kennt, als er schlechthin Deutsche bestraft, die „während eines Krieges gegen das Reich der feindlichen Macht Vorschub leisten". Ebenso kennen die von der Widerstandsbewegung später vorbereiteten, versuchten oder vollendeten Tötungshandlungen solche tatbestandsmäßigen Einschränkungen nicht.

Die Zweifel rühren daher, daß die Träger des militärischen Widerstandes zweifellos im Endergebnis das Wohl des Reiches nicht gefährden und dem Reich keinen Nachteil zufügen wollten, ja daß sie im Gegenteil über die Beseitigung des Regimes und einen frühen Ausgleichsfrieden hinweg dem Reich gerade unermeßliche Nachteile ersparen und seinem wahren Wohle dienen wollten. Daraus würde sich dann weiter ergeben, daß gerade nicht die Geheimhaltung, sondern umgekehrt die Preisgabe gewisser an ausländische Stellen gegebener Nachrichten für das wahre Wohl des Reiches erforderlich war. Diese Rechtsmeinung kann sich auf ein Urteil des Reichsgerichts (RGSt 60, 422, 430 ff.) berufen, das die Teilnahme des späteren Reichspräsidenten FRIEDRICH EBERT an einem Munitionsarbeiterstreik im 1. Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt des Landesverrats rechtlich zu prüfen hatte, eine Teilnahme, die erfolgt war, gerade um den Streik und seine ungünstigen Wirkungen auf die Kriegslage des Reichs abzukürzen und ihm einen drohenden revolutionären Charakter zu nehmen. Hier wurde schon der äußere Tatbestand des Landesverrats mit Recht verneint, weil die Aktion darauf abzielte, über einen unvermeidlichen geringen Nachteil hinweg gerade einen jenen Nachteil weit überwiegenden Vorteil für die Kriegführung des Reiches herbeizuführen. Dieser Fall liegt aber anders als die Widerstandsakte der militärischen Hitler-Opposition im 2. Weltkrieg. Jene Aktion richtete sich nicht gegen das herrschende Regime und zielte im Ergebnis auf eine Stärkung der Wehrkraft des im Kriege befindlichen Reiches ab. Diese Widerstandsakte bezweckten den gewaltsamen Sturz des Regimes, und zwar zum Teil während des

Krieges, und mußten dabei zunächst militärische Nachteile für die Kriegführung notwendig in Kauf nehmen. Die Frage stellt sich also dahin: Können die positiven Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Hochverrat und Landesverrat, was den äußeren Tatbestand angeht, so ausgelegt werden, daß sie den Umsturz des Regimes und die Beeinträchtigung seiner Machtstellung nach außen, insbesondere die Beeinträchtigung der Wehrkraft, die sie zu schützen bestimmt sind, dann erlauben wollen, wenn die Täter diesen Umsturz und diese Beeinträchtigung um ihrer politischen Fernziele willen, die sich für sie mit dem wahren Wohl des Reiches decken, vornehmen? Oder erschöpft sich der positiv-rechtliche Sinn der Strafbestimmungen gegen Hochverrat und Landesverrat darin, daß sie das herrschende Regime und die ihm dienende Wehrkraft gegen alle unmittelbaren Angriffe zu schützen haben und deswegen die rechtliche Möglichkeit nicht kennen und nicht anerkennen, daß der gewaltsame Sturz des Regimes und die Beeinträchtigung seiner Machtstellung nach außen, insbesondere seiner Wehrkraft, dem wahren Wohl des Reiches dienen könnte? Man wird in bezug auf den äußeren Tatbestand der Strafbestimmungen gegen Hochverrat und Landesverrat wohl die letzte Auslegung wählen müssen, wenn man den positiv-rechtlichen Sinn dieser Bestimmungen nicht unzulässig überfordern und umformen will. Bei dieser Auslegung tritt auch die entscheidende Rechtsfrage, um die es in Wirklichkeit geht, viel klarer und richtiger hervor. Die Frage, ob die Männer der Militäropposition dem Hitler-Regime zu Recht oder zu Unrecht Widerstand entgegensetzten, kann nicht auf dem Umwege gelöst werden, daß man den äußeren Tatbestand der Strafbestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat entgegen ihrem nächsten Sinne preßt. Sie entscheidet sich vielmehr danach, ob dieser Widerstand, obwohl er den äußeren Tatbestand der Strafdrohungen gegen Hoch- und Landesverrat verletzte, nicht gleichwohl rechtmäßig und schuldlos war.

Zuweilen wird die Rechtsmeinung vertreten, gewaltsamer Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime könne schon deswegen nicht gegen die Strafbestimmungen wider Hoch- und Landesverrat verstoßen haben, und zwar noch nicht einmal dem äußeren Tatbestande nach, weil der nationalsozialistische Staat als „Unstaat" oder als „Unrechtsstaat" überhaupt keinen gültigen Strafrechtsschutz gegen Angriffe auf seinen inneren und äußeren Bestand hätte haben können, weil also die zu seinem Schutz erlassenen Strafvorschriften gegen Hoch- und Landesverrat schlechthin rechtsunwirksam gewesen seien. So wird die Frage jedoch rechtlich nicht richtig gestellt. Zwar hat sich der nationalsozialistische Staat während seines ganzen Bestehens ständig durch schwerstes von ihm selbst gesetztes Unrecht und durch furchtbarste von ihm selbst begangene Verbrechen befleckt. Trotzdem kann ihm der Staascharakter nicht einfach abgesprochen werden. Denn er hielt eine bestimmte Ordnung des staatlichen und gesellschaftlichen Gefüges aufrecht, die sich sogar auf weiten, ihn politisch nicht besonders berührenden Gebieten noch im Rahmen des überkommenen Rechtes hielt, und diese seine Ordnung — soweit wird man gehen müssen — wurde von großen Teilen, vermutlich sogar von dem überwiegenden Teil des Staatsvolkes, als rechtlich bindend hingenommen. Man würde ja auch ein von niemandem mehr zu beherrschendes, völlig unerträgliches rechtliches Chaos herbeiführen, wenn man dem nationalsozialistisch beherrschten Staat für die ganze Dauer seines Bestehens den Staatscharakter absprechen würde. Jeder Staat hat aber um der von ihm vollbrachten Ordnungsfunktion willen grundsätzlich das Recht, sich durch Strafdrohungen gegen gewaltsame Angriffe auf seinen inneren und äußeren Bestand zu schützen. Bei einem Staat vom Typus des nationalsozialistischen ist die rechtlich entscheidende Frage daher nicht die, ob er sich überhaupt durch Strafdrohungen gegen Hoch- und Landesverrat schützen darf, sondern die, ob sich Widerstandsakte, die sich

gegen das von diesem Staat gesetzte grobe Unrecht wenden und dabei die Hoch- und Landesverratsbestimmungen äußerlich verletzen, insoweit nicht durch ein höheres, den Strafandrohungen vorausliegendes Recht zum Widerstand gerechtfertigt sind und deswegen nicht Hoch- und Landesverrat sein können.

2. Damit ist die entscheidende Frage gestellt, ob die Widerstandsakte der Militär-Opposition rechtswidrig oder rechtmäßig waren. Es ist nicht so, daß die willentliche und wissentliche Verwirklichung eines im Strafgesetz nach seinen allgemeinen Merkmalen beschriebenen Tatbestandes für sich allein genommen schon immer nowendig eine rechtswidrige schuldhafte Straftat sein müßte. Ein solches Tun kann vielmehr durchaus — und das kommt nicht selten vor — durch besondere sogenannte Rechtfertigungsgründe gerechtfertigt und deswegen im Einklang mit der Rechtsordnung, rechtmäßig (und nicht etwa nur nicht strafbar) sein. Wenn ich etwa einen mich hart am Leben bedrohenden Angreifer niederschieße, weil mir kein anderes Mittel bleibt, mich seiner zu erwehren, so habe ich keinen Totschlag begangen, obwohl ich den äußeren Tatbestand des Totschlags verwirklicht habe, sondern ich habe in berechtigter Notwehr rechtmäßig gehandelt. Wenn ein Soldat im Kriege, und sei es aus dem Hinterhalt, einen Kriegsgegner tötet, so begeht er keinen Mord oder Totschlag, obwohl er vielleicht ihren äußeren Tatbestand verwirklicht; sein Handeln ist vielmehr als eine legale Kriegshandlung gerechtfertigt, also rechtmäßig. Die durchaus entscheidende Frage ist daher die, ob die Widerstandsakte der Militär-Opposition, obwohl sie äußerlich gemeines Recht brachen, durch ein höheres Recht, etwa durch das Recht der Notwehr oder Nothilfe oder durch ein in äußerster Lage gegen äußerstes staatliches Unrecht gegebenes besonderes Widerstandsrecht gerechtfertigt, rechtmäßig waren. Mit dieser Frage befaßt sich der Abschnitt II des Gutachtens.

3. Aber selbst wenn jemand objektiv rechtswidrig einen strafbaren Tatbestand verwirklicht hat, liegt eine Straftat doch dann nicht vor, wenn ihm dieses tatbestandsmäßige, rechtswidrige Tun strafrechtlich nicht zum Vorwurf gemacht, zur Schuld angerechnet werden darf. Das ist nach der neuen Rechtsprechung dann nicht der Fall, wenn der Täter nicht das Bewußtsein hatte, rechtswidrig zu handeln, und wenn er dieses Bewußtsein trotz Anspannung seines Gewissens und seiner Erkenntniskräfte auch nicht zu haben brauchte. Nun haben die Männer der militärischen Widerstandsbewegung zweifellos das in harten Gewissenskämpfen errungene Bewußtsein gehabt, durch ein höheres Recht zu ihrem Vorgehen ermächtigt, ja dazu gefordert und gerufen zu sein. Die Frage, ob sie bei gehöriger Anspannung ihres Gewissens und ihrer Erkenntniskräfte dieses Bewußtsein haben durften, hängt aber eng zusammen mit der Frage, ob sie objektiv das Widerstandsrecht hatten. Deswegen ist die erste, die entscheidende Frage immer die, ob die Widerstandskämpfer in der Tat das Recht zum Widerstand hatten. Hatten sie das, dann tritt die Frage überhaupt nicht mehr auf, ob sie etwa deswegen nicht Hoch- oder Landesverrat begangen haben, weil sie an ihr Recht zum Widerstand glauben durften. Wenn sie dieses Recht nach der objektiven Rechtsordnung hatten, dann war ihr Tun schon um deswillen rechtmäßig.

II

Die rechtliche Begründung und Abgrenzung des Widerstandsrechtes

Das Recht des Widerstandes gegen den das Recht brechenden staatlichen Gewalthaber war im abendländischen Rechtskreis so gut wie immer und überall anerkannt. Auch in der deutschen Rechtsentwicklung. In den Staaten des germanischen Rechtes, also in den ersten Anfängen der deutschen Rechtsgeschichte, im Lehensstaat und im Ständestaat, wurde das Widerstandsrecht in wechselnden Formen geübt und anerkannt. Es war nur

zum Teil ein Ausfluß des gerade geschichtlich geltenden positiven Rechts. So war es insbesondere im Ständestaat, der keine oberste einheitliche Staatsgewalt im modernen Sinn kannte, in dem vielmehr die Staatsgewalt vertragsartig zwischen dem Fürsten und den Ständen aufgeteilt war. Wo über die rechtliche Begründung des Widerstandsrechts nachgedacht wurde, wurde es immer darauf gegründet, daß es eine elementare Ordnung des Rechts gäbe, die auch den Herrscher binde, daß dieser seine Herrschermacht nur unter der Bedingung habe, daß er das Recht achte und dem Wohle des Volkes diene, und daß der Widerstand gegen ihn erlaubt sei, wenn er dem entgegen handele. Im deutschen Rechtsgebiet erlosch erst im 17. Jahrhundert, nachdem sich der absolute Fürstenstaat durchgesetzt hatte, praktisch die Ausübung des Widerstandsrechtes. Theoretisch wurde es auch im deutschen Raum noch Jahrhunderte danach anerkannt. Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor sich im Bereich des deutschen Rechts auch die theoretische Anerkennung des Widerstandsrechts. Von da an kannte und anerkannte man es nicht mehr. Das hing mit zweierlei zusammen: einmal mit dem Aufkommen des Rechtspositivismus, für den nur noch das staatlich gesetzte Recht Recht war, und dann damit, daß in dem juristisch gesicherten, nach den Grundsätzen der formalen Demokratie aufgebauten Rechtsstaat des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts kein Raum und kein Anlaß für ein Widerstandsrecht mehr vorhanden zu sein schien. Als sich daher unter dem Nationalsozialismus der Einbruch des Bösen, des Unrechts und des Verbrechens in den staatlichen Raum vollzog, und zwar des vom Staate selbst veranlaßten und befohlenen Unrechts und Verbrechens, dem die ausgeklügelte Technik des Rechtsstaats und formale Demokratie nichts entgegenzusetzen hatte, stand das deutsche Volk, standen die deutschen Theologen und Juristen, Politiker und Offiziere zunächst ratlos und hilflos vor dieser Erscheinung. Mit den zuletzt überkommenen Wertvorstellungen „Gesetz ist Gesetz" und „Befehl ist Befehl" war ihr ersichtlich nicht beizukommen: die Befolgung dieser Grundsätze beschleunigte und unterstützte vielmehr den Sturz in den Abgrund der Rechtlosigkeit und des Verbrechens. Jetzt zeigte es sich, daß das Widerstandsrecht eine elementare Frage des Rechts ist, die man nur mit der Gefahr des eigenen Untergangs ausklammern und vernachlässigen kann. Im außerdeutschen westlichen Rechtskreis war dagegen das Widerstandsrecht über den Krisenpunkt des absolutistischen Staates hinweg in ständiger Anerkennung bis zur Gegenwart geblieben; ja es war dort unlösbar in das allgemeine Bewußtsein eingegangen.

Die Frage nach dem Widerstandsrecht ist eine andere als die Frage nach dem Recht der Revolution. Revolutionäre Gewaltakte sind rechtswidrig, wenn der Staat, gegen den sie sich richten, sich noch im Bereich der naturrechtlichen Ordnung hält, wenn also Revolution nur gemacht wird, um ein soziales Ideal gegenüber einem bestehenden zu verwirklichen, das sich jedoch noch im Rahmen der übergesetzlichen Ordnung hält. Das gilt mindestens dann, wenn die Staatsverfassung die Möglichkeit läßt, das revolutionär erstrebte Ziel auch rechtmäßig durch erlaubte Einwirkung auf die Willensbildung der Staatsbürger zu erreichen. Das Widerstandsrecht hat es mit etwas anderem zu tun, wenn es auch in Grenzfällen mit dem Recht zur Revolution verschmelzen kann. Es will zunächst nicht eine als besser angesehene soziale Ordnung gegenüber einer bestehenden verwirklichen, sondern es will gegen ein schweres, an die äußerste Grenze gehendes Unrecht ankämpfen, das von dem staatlichen Gewalthaber selbst ausgeht, sei es, indem dieser die Staatsgewalt rechtswidrig an sich reißt, sei es, indem er die unrechtmäßig oder rechtmäßig erlangte Staatsgewalt zu einem schweren Bruche des Rechts mißbraucht. Bei dem Widerstandsrecht handelt es sich um ein äußerstes letztes Mittel, das gegen äußerstes, sonst nicht zu bekämpfendes staatliches Unrecht eingesetzt wird. Deswegen ist es

schwer, die Voraussetzungen, den Inhalt und die Grenze des Widerstandsrechts von vornherein allgemein gültig und berechenbar festzulegen. Im organisierten Rechtsstaat, der in sich selbst ein System rechtlicher Abhilfen gegen staatliches Unrecht enthält, tritt das Widerstandsrecht zurück. Im terroristischen Einparteienstaat des 20. Jahrhunderts, der in sich selbst keinerlei Rechtsschutz gegen das Übermaß des staatlich gesetzten Unrechts gewährleistet, tritt es in seiner ursprünglichen Schwere und Bedeutung hervor.

1. Das Widerstandsrecht gegen den staatlichen Gewalthaber selbst, der schweres, das Volks- und Staatsganze bedrohendes und die Rechtsordnung in Frage stellendes Unrecht tut, bedarf einer besonderen, der Eigenart dieses Tatbestandes angepaßten rechtlichen Begründung. Die bloße entsprechende Anwendung verwandter Rechtsgedanken wie der Notwehr oder der Nothilfe auf diesen Sachverhalt reicht offenbar nicht aus. Zwar ist das Widerstandsrecht sicher mit dem Rechte der Notwehr und insbesondere mit dem Rechte der Nothilfe verwandt. Notwehr und Nothilfe sind elementare, jeder Rechtsordnung zugrundeliegende Rechtsgedanken, die sich in den entsprechenden Bestimmungen der staatlichen Strafgesetzbücher nur beispielhaft niedergeschlagen haben. § 53 Abs. 2 des deutschen Strafgesetzbuches erklärt als rechtmäßige Notwehr diejenige Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwehren. Hier handelt es sich um die auf das Strafrecht beschränkte Anwendung eines allgemeineren übergreifenden Rechtsgedankens. In einem weiteren Sinne liegt eine solche rechtmäßige „Nothilfe" auch dann vor, wenn von den Staatsbürgern ihr eigener Staat, ihr eigenes Volk gegen schwere rechtswidrige Angriffe verteidigt werden, die der staatliche Gewalthaber selbst, indem er das Recht grob bricht, gegen diesen Staat und gegen dieses Volk richtet. Ein verwandter, ebenfalls einer allgemeinen Anwendung zugänglicher, wenn auch nicht im selben Maße grundlegender Rechtsgedanke findet sich in dem § 330 c StGB, der denjenigen für strafbar erklärt, der bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies (bei richtiger Betrachtungsweise) seine Pflicht wäre. Auch mit dieser allgemeinen Pflicht zur Hilfeleistung bei gemeiner Not ist das Widerstandsrecht bis zu einem gewissen Grade verwandt. Immerhin bedarf es über die bloße Heranziehung dieser rechtlichen Analogien hinaus einer besonderen eigenen Begründung.

Das Widerstandsrecht gegen den staatlichen Gewalthaber, der das Recht bricht, Verbrechen begeht und das Volk in das Unglück führt, gründet sich rechtlich auf folgendes. Kein staatlicher Gewalthaber, kein menschlicher Gesetzgeber ist rechtlich allmächtig. Es gibt vielmehr so etwas wie eine rechtliche Urordnung, die unabhängig von der menschlichen und staatlichen Rechtsetzung gilt und die auch den staatlichen Gewalthaber streng bindet.

Diese naturrechtliche Urordnung gebietet, den Rechtsgenossen als Menschen, als Person, als Geschöpf Gottes zu achten und seinen menschlichen Adel nicht anzutasten, der darin besteht, daß er sich aus eigener Verantwortung und deswegen notwendig frei zu dem Gesollten bestimmen kann. Deswegen ist der weite Kreis der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte, deswegen sind Leben, Freiheit, Gewissen, Würde, Selbstbestimmung, Personhaftigkeit und Habe des Menschen für den staatlichen Gewalthaber schlechterdings unantastbar. Nur vorübergehend und ausnahmsweise, nur bei dringendem Notstand und nur in der Form eines allgemeinen Gesetzes darf er diese Rechte einschränken. — Wenn daher der staatliche Gewalthaber selbst planmäßig Leben, Freiheit und Eigentum der Rechtsgenossen bedroht und vernichtet, wenn er sie zur Sklavenarbeit zwingt, wenn er sie von der Bildung des Staatswillens ausschließt, wenn er Gewalt und Gesinnungszwang übt, wenn er eine Atmosphäre des Schreckens, der Furcht, der Drohung

und der lügnerischen Hetze schafft, um seine Gewalt aufrechtzuerhalten, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Das übergesetzliche Recht gebietet ferner, diejenigen Ordnungen des menschlichen Zusammenlebens zu achten, die göttliche Schöpfung oder Stiftung sind, insbesondere die Kirche, die Familie, das Volkstum und die Heimat. Wenn daher der staatliche Gewalthaber die Freiheit der Kirche und ihrer Verkündigung antastet, wenn er die Kinder von den Eltern zu lösen strebt, wenn er die Ehe zum Gestüt erniedrigt, wenn er einzelne oder Gruppen wegen ihrer Rasse, ihres Volkstums oder ihres Glaubens satanisch der überlegten kalten Vernichtung preisgibt, wenn er fremdes Volkstum unterjocht oder ausrottet, wenn er die Menschen wie Vieh aus ihrer Heimat treibt, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Die übergesetzliche Ordnung gebietet weiter, daß der Staat für alle Rechtsgenossen Rechtsschutz und Rechtsfrieden gewährleistet. Das ist seine vornehmste und seine unabdingbarste Aufgabe. Auf ihrer Erfüllung beruht seine Vollmacht und sein Anspruch auf Gehorsam. — Wenn daher der staatliche Gewalthaber selbst die Rechtsordnung bricht, wenn er die Rechtsgenossen oder Teile von ihnen rechtlos stellt, wenn er selbst fortgesetzte schwerste Verbrechen und Greuel gegen einzelne oder Gruppen begeht oder veranlaßt, wenn er die Gerichte knebelt, wenn er das ganze Volk unter die immerwährende Drohung seiner Konzentrationslager und ihrer Untaten stellt, wenn er es schutzlos und rechtlos dem Willkürzugriff seiner verbrecherischen geheimen Polizei preisgibt, um Schrecken, Furcht und zersetzendes Mißtrauen aller gegen alle zu verbreiten um so seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Der Staat muß, wie auch immer er geschichtlich entstanden sein mag, im Rechtssinne gedacht werden als der freie Zusammenschluß der sittlich freien und selbstverantwortlichen Bürger, die ihn bilden. Das ist durchaus mit der christlichen Lehre vereinbar, daß der Staat als göttliche Stiftung seinem schöpfungsmäßigen Sinne nach eine wohltätige Ordnungsmacht ist, die deswegen Achtung und Gehorsam fordern darf. Denn: Einmal wird der Staat nur durch Menschen gebildet und gehandhabt; er fällt nicht als ein fertiges Gebilde aus Himmelshöhen. Und dann unterliegt der Staat wegen der starken Machtzusammenballung, die in der Hand seiner Träger liegt oder doch liegen kann, in ganz besonderem Maße der Gefahr der Entartung in das Nichtseinsollende, in das Böse, ja in das Teuflische. Ist er so entartet, dann ruht die göttliche Sanktion, die ihn sonst trägt und rechtfertigt, nicht mehr auf ihm; dann gewinnt das Widerstandsrecht der Staatsbürger gegen ihn Raum.

Der Inhaber der Staatsgewalt leitet im Rechtssinne seine Gewalt davon her, daß die freien Staatsbürger sie ihm übertragen haben. Sie wird aber nicht bindungslos übertragen. Volk und Träger der Staatsgewalt unterstehen nach wie vor der übergesetzlichen Ordnung. Auch der Übertragungsakt selbst untersteht dieser Ordnung. Die Übertragung der Staatsgewalt geschieht daher nur unter der unaufhebbaren Bedingung, daß der oder die Träger der Staatsgewalt sich innerhalb der übergesetzlichen Ordnung halten, die gesetzliche Ordnung schützen und achten und ihre Gewalt in strenger Verantwortung vor Gott und den Menschen zum Wohl des Volkes und im Rahmen des Rechts ausüben werden. Selbst wenn das Staatsvolk seine staatsbildende und rechtsetzende Gewalt einem einzelnen sklavenhaft in vollem Umfang und zu seiner völlig freien und bindungslosen willkürlichen Verfügung übertragen wollte und das aussprächе, so könnte es das gültig nicht tun. Ein solcher Akt der völligen Selbstaufgabe freier, aber sittlich gebundener Menschen verstieße zutiefst gegen die übergesetzliche Ordnung; er wäre rechtlich nichtig. Gerade weil die Staatsbürger als selbständige Freie unter das Gebot der göttlichen

Ordnung auch im Raum des Staatlichen gestellt sind, kann ihnen niemand die Verantwortung dafür abnehmen oder rauben, können sie sich selbst der Verantwortung dafür niemals entschlagen, daß im Bereich ihres staatlichen Zusammenschlusses das Recht gewahrt, die übergesetzliche Ordnung geachtet und nur in strenger Verantwortung vor dem Recht zum Wohle des Volkes gehandelt wird.

Wenn sich daher der Träger der Staatsgewalt über diese strenge und unaufhebbare Grenze seiner Macht und Vollmacht frevelhaft hinwegsetzt, wenn er zum Tyrannen wird, wenn er sich staatsstreichartig der gesamten und uneingeschränkten Gewalt über Menschen und Dinge bemächtigt, wenn er mit den Mitteln des Schreckens, der Lüge und einer sklavenhalterähnlichen Staatsorganisation eine Zwingherrschaft über das eigene Volk errichtet, wenn er die Rechtsordnung außer Geltung setzt, indem er sie seiner persönlichen Willkür unterstellt, wenn er Greuel über Greuel, Untaten über Untaten gegen Teile des Staatsvolkes begeht oder veranlaßt, wenn er, er als einzelner, aus eigenem angemaßtem Recht den Angriffskrieg und den Eroberungskrieg vom Zaun bricht, wenn er frevelnd und spielerhaft in der Haltung des Glücksritters den Weltkrieg herausfordert und entzündet, der auf die Dauer sein eigenes Volk vernichten muß, wenn er in diesem Krieg maßlose Greuel gegen die anderen Völker begehen läßt, die den Namen des eigenen Volkes mit Schmach und Schande bedecken, wenn er den Krieg bis zum Weißbluten fortsetzt, wenn er ihn fortsetzt, nachdem er schon längst verloren ist, wenn er der ungeheuren sinnlosen und nutzlosen Opfer nicht achtet, die der so fortgesetzte Krieg dem eigenen Volk und den anderen Völkern auferlegt, wenn er das eigene Volk bewußt in seinen persönlichen Untergang hineinzureißen strebt, wenn er es als Schlacke auf seinem eigenen infernalischen Scheiterhaufen verbrennen lassen will, dann, wahrlich, hat er jedes Recht auf Gehorsam und Unterordnung tausendfach verwirkt; dann tritt die eigene Verantwortung des Staatsvolkes für die geschändete Rechtsordnung unbezwingbar hervor, dann ist Widerstand erlaubt und gefordert, leidender und tätiger, und wenn es sein muß, gewaltsamer Widerstand. Dann ist, wenn kein anderes Mittel mehr offensteht, auch die Tötung des Tyrannen erlaubt. Hier hat sie, wenn irgendwo, nicht den rechtlichen Charakter des Mordes, sondern den Charakter der rechtmäßigen Hinrichtung eines Frevlers.

Gewiß drückt sich metaphysisch die Gefallenheit der Schöpfung und die unentrinnbare menschliche Schuldverstrickung darin aus, daß auch dieser Kampf um das Recht nicht ohne Bruch des gemeinen Rechts geführt werden kann. Rechtlich ist aber derjenige gerechtfertigt, der, um das höhere alles umfassende Recht wiederherzustellen, niederes Recht im Einzelfall brechen muß. Wer echtes Widerstandsrecht übt, handelt auch dort rechtmäßig, wo er gemeines Recht brechen muß.

Das Unrecht, das die nationalsozialistische Staatsführung beging, ist im übrigen von solcher Art, daß es die rein rechtliche Betrachtung sprengt. Es handelt sich hier greifbar um einen Einbruch des Satanischen in den Raum des Staatlichen. Deswegen war jedermann zum äußeren Widerstand berufen und aufgerufen. Doch soll diese Seite der Sache hier nicht weiter verfolgt werden.

2. Wer sind nun die Träger solchen Widerstandsrechtes? Da alle Staatsbürger kraft ihrer sittlichen Freiheit die Verantwortung dafür tragen, daß in ihrem Staat das Recht gewahrt und dem Unrecht und Verbrechen gesteuert werde, und da sie alle berufen sind, an der Bildung des Staatswillens mitzuwirken, sind sie grundsätzlich alle zum Widerstand berechtigt.

Das hat man in der Geschichte nicht immer anerkannt. So hat man beispielsweise das Widerstandsrecht im Ständestaat meist nur den Ständen, im mittelalterlichen englischen

Königtum zeitweilig nur einem besonderen Rat der Baronie zugestanden. Man hat es also nur gewissen Organen oder Amtsträgern zugesprochen, die das Volk, wie sonst überall, auch in der Ausübung seines Widerstandsrechts vertreten sollten. Das sind geschichtliche Besonderheiten, die nur möglich sind, wo wirklich solche machtvollen, funktionsfähigen, von allen anerkannten Vertretungskörperschaften des Volkes bestehen und wo sie, wie beispielsweise im Ständestaat oder im mittelalterlichen englischen Königtum, ihr Widerstandsrecht praktisch durchzusetzen vermögen. Aber auch sie handelten nicht aus eigenem Recht, sondern aus dem von ihnen wahrgenommenen Rechte des Volkes.

Gegenüber dem durchorganisierten Gewalt- und Schreckensregiment des Nationalsozialismus, das jede freie Regung maschinenmäßig erdrückte und dessen Zwingherrschaft lückenlos schloß, kann eine Beschränkung des Widerstandsrechtes auf „Amtsträger", auf Vertretungskörperschaften des Volkes nicht anerkannt und nicht durchgeführt werden. Es gab ja gar keine solchen Amtsträger, die das Widerstandsrecht des Volkes kraft Vollmacht ihres Amtes hätten ausüben können. Es gab nur die Organe der Zwingherrschaft selbst, die Partei, die SS, die Geheime Staatspolizei usf., die dem Zwingherrn in sklavischem Gehorsam unterworfen und die jederzeit bereit waren, seine verbrecherische Politik zu vollstrecken. Insbesondere gab es keine gegenüber dem Zwingherrn selbständigen politischen Vertretungskörperschaften des Volkes, denen bei einem anderen Staatsaufbau naturgemäß zunächst die Wahrnehmung des Widerstandsrechtes des Volkes obliegen würde. Das Beamtentum und das Offizierskorps waren zersetzt, ohnmächtig, zu jeder einheitlichen Aktion unfähig. Die Partei befahl in der Tat dem Staat. Wo Offiziere oder Beamte Widerstand leisteten, taten sie es wahrlich nicht kraft ihres Amtes und konnten es gar nicht tun, da sie im Amt überall von Verrat umlauert waren, sondern sie taten es als kühne, von ihrem Gewissen getriebene einzelne, sie taten es als die Edelsten der Nation, die nur kraft ihres persönlichen Mutes und ihres persönlichen Opfers, nicht kraft einer äußeren Amtsstellung das Widerstandsrecht des Volkes ausübten. Es ist durchaus bezeichnend, daß die Männer der militärischen Widerstandsbewegung in dem Zeitpunkt, in dem sie vorwiegend Widerstand leisteten, meist gar nicht mehr im Amte waren. Gerade weil im modernen Terrorstaat vom Typ des nationalsozialistischen der Widerstand gegen das Regime so ungeheuer erschwert und fast aussichtslos ist, wie noch niemals zuvor in der Geschichte, gerade deswegen muß man hier jedem einzelnen, dem das Widerstandsrecht kraft seiner sittlichen Verantwortung für Staat und Volk und kraft seines Rechts, an der staatlichen Willensbildung mitzuwirken, zukommt, auch die Ausübung dieses Rechts zuerkennen und darf ihn nicht durch fiktive Amtsträger mediatisieren lassen.

So liegt es, wenn man unter „Amtsträgern" nur Personen versteht, die ein herausgehobenes Amt in der staatlichen Hierarchie innehaben. Sollte dagegen mit der Behauptung, nur Amtsträgern komme das Widerstandsrecht zu, gemeint sein, die Ausübung des grundsätzlich jedem zustehenden Widerstandsrechts sei an gewisse Voraussetzungen gebunden, in diesem Sinne müsse man zum Widerstand „berufen" sein, so trifft die Behauptung zu.

3. In der Tat darf nicht jeder auf diese Weise blindlings, ungeordnet, in jeder Form und nach seinem bloßen Belieben Widerstand leisten. Die Ausübung des Widerstandsrechts ist vielmehr der Natur der Sache nach an gewisse Voraussetzungen gebunden, die allerdings wechseln können und wechseln je nach der geschichtlichen Lage und vor allem je nach der Tragweite des Widerstandsaktes für das Volksganze und je nach dem Maße, in dem der Widerstand Leistende zur Erreichung seines übergeordneten Zieles selbst entgegenstehendes gemeines Recht brechen muß.

Es gilt bei der Ausübung des Widerstandsrechts wie überall sonst im Recht zunächst der Grundsatz der Güterabwägung. Wenn ich bei dem Unternehmen, das verbrecherische Regime zu stürzen und die wahre Rechtsordnung wieder heraufzuführen, die Wahl habe zwischen einem Mittel, das das gemeine Recht in geringerem Grade verletzt, und einem Mittel, das es im höheren Grade verletzt, und wenn das erste Mittel ebenfalls zum Ziele zu führen verspricht, dann darf ich nur das erste Mittel anwenden; dann wäre der Gebrauch des zweiten Mittels rechtswidrig. Wenn ich etwa den Tyrannen schon dadurch ausschalten kann, daß ich ihn gefangensetze, so darf ich ihn nicht töten. Wenn ich während eines Krieges den um höherer Zwecke willen notwendigen Umsturz durchführen kann, ohne die allgemeine Wehrkraft wesentlich zu gefährden, dann darf ich ihn nicht auf eine Weise durchführen, die die Wehrkraft vermeidbar schädigt. Im einzelnen Fall handelt es sich hier um Tatfragen; von allgemeiner rechtlicher Bedeutung ist nur der Grundsatz der Güterabwägung selbst.

Weiter muß ich, um von Rechts wegen Widerstand leisten zu dürfen, ein klares und sicheres Urteil darüber haben und mir zutrauen dürfen, daß und warum die Staatsführung, gegen die ich angehe, so sehr gegen Recht und Pflicht verstößt, daß der gewaltsame Widerstand dagegen erforderlich und unerläßlich ist, sowie ein Urteil darüber, in welchem Grade der Widerstand notwendig ist. Ich darf nicht blindlings, gefühlstrunken, ohne klare Kenntnis und Erkenntnis der Lage und ohne auf das ernsteste um den schweren Entschluß zum Widerstand gerungen zu haben, Widerstand leisten. Dies alles gilt wiederum in je höherem Grade, je weitgehender, folgenreicher und verantwortungsvoller der Widerstandsakt ist, den ich vorhabe, und je mehr er die Brechung gemeinen Rechts fordert. Wenn ich etwa meinen Widerstand darauf gründe, daß die Staatsführung einen verbrecherischen Angriffskrieg führt, der auf die Dauer zur Vernichtung des eigenen Volkes führen muß, so darf ich Widerstand nur leisten, wenn ich das wirklich beurteilen kann und meiner Sache sicher sein darf.

Ich darf weiter im allgemeinen Widerstand nur leisten, wenn ich einigermaßen die begründete Hoffnung haben darf, daß mein Widerstand die Sache zum Besseren wenden wird. Aliqua spes eventus wurde von der Widerstandslehre immer gefordert. Der tiefere Grund dafür liegt im folgenden. Der gewaltsame Widerstand gegen den staatlichen Gewalthaber wird durch die bloße Betrachtung: „hie Recht, hie Unrecht" nicht erschöpft. Er ist vielmehr immer zugleich auch ein Eingriff in den geschichtlichen Ablauf, ein Griff in das Rad der Geschichte. Deswegen untersteht er auch dem Gebot der geschichtlichen Verantwortung. Auch das gilt wiederum in um so höherem Grade, je folgenreicher und schwerwiegender der Widerstandsakt sich auf das Volksganze auswirken kann und in je stärkerem Maße er gemeines Recht brechen muß. Widerstandsakte, wie die der Geschwister SCHOLL, die nur auf die Weckung der Gewissen und auf die Sammlung von Gesinnungsfreunden abzielten, die andere nicht zu opfern brauchten und die nur die von dem Regime ohne inneres Recht in Anspruch genommenen Hochverratsbestimmungen äußerlich verletzten, fordern beispielsweise, um rechtmäßig zu sein, in beiden Richtungen weit weniger als der Widerstandsakt des 20. Juli, der das Schicksal des Ganzen zu wenden und ungeheure Wirkungen auszulösen strebte und der dabei um seiner höheren Ziele willen vor einer starken, äußeren Verletzung des gemeinen Rechts, der Tötung des Tyrannen, nicht zurückschreckte. Die ersten hatten ihren den Widerstand rechtfertigenden Erfolg schon, wenn überhaupt Gewissen geweckt wurden; der zweite mußte in verzweifelter Lage die Möglichkeit der Wendung zum Besseren für das allgemeine Schicksal in sich bergen.

Besonders gesteigert wird die Verantwortung, wenn sich der Widerstandsakt im Kriege vollzieht und wenn der gewaltsame Umsturz das Schicksal des Volksganzen, auch seiner kommenden Geschlechter, aufs Spiel setzen kann. Das gilt selbst dann, wenn derjenige, gegen den sich der Widerstand richtet, den Krieg selbst rechtswidrig heraufgeführt und das Schicksal des Volkes selbst frevelhaft aufs Spiel gesetzt hatte. Das bedeutet aber nicht, daß man im Kriege um des Krieges willen niemals Widerstand leisten dürfe. Hier kommt es wieder auf die Güterabwägung an. Die Beseitigung eines verruchten Regimes kann das frühere Hinnehmen der ohnehin unvermeidbaren äußeren Niederlage an rechtlichem Wert weit überwiegen, besonders wenn dadurch unerhörte und nutzlose Opfer auf allen Seiten erspart werden können.

In äußersten Ausnahmefällen kann der Widerstand allerdings auch dann rechtmäßig sein, wenn die Hoffnung auf äußeren Erfolg unsicher, ja gering ist. In äußerster Lage kann das bloße Aufrichten eines Fanals, eines weithin leuchtenden Zeichens dafür den Widerstand rechtfertigen, daß sich überhaupt noch Kräfte des Guten, des Mutes und der Selbstaufopferung gegen die Herrschaft des Bösen zu erheben wagten und so die Ehre des eigenen Volkes retteten. Das kann in solcher äußersten Lage Erfolg genug sein. Auch ein solcher Erfolg vermag geschichtlich ins Weite zu wirken.

Werden alle diese Gesichtspunkte beachtet, so läßt sich im Einzelfall mit ausreichender rechtlicher Sicherheit auch dann angeben, wann Widerstand gerechtfertigt ist und wann nicht, wenn man anerkennt, daß das Widerstandsrecht allen Staatsbürgern zusteht. Daß die Abgrenzung trotzdem schwierig bleibt und viele schwere Grenzfragen aufwirft, liegt in der Natur der Sache und ist unvermeidbar, weil es sich um ein äußerstes, rechtlich im voraus nicht völlig zu normierendes Mittel gegen äußerstes Unrecht handelt.

So können beispielsweise Desertionen oder Gehorsamsverweigerungen einzelner Heeresangehöriger, die im Kriege mit der Begründung vorgenommen werden, es handele sich um einen ungerechten Krieg oder um einen notwendig zum eigenen Untergang führenden Krieg, in der Regel nicht als rechtmäßige Widerstandsakte anerkannt werden. Oft wird es schon an der sicheren, sich auf gewisse und ausreichende Unterlagen stützenden und unter ernsten Gewissensqualen errungenen Erkenntnis fehlen, daß es wirklich ein klar ungerechter oder ein klar zum eigenen Untergang führender Krieg sei. Vor allem aber kann die einzelne Desertion oder der einzelne militärische Ungehorsam in aller Regel gar nicht den Erfolg haben, das Schicksal des Ganzen zu wenden. Widerstand ist, da er immer zugleich ein verantwortungsbeladener Eingriff in den geschichtlichen Ablauf ist, nur gerechtfertigt, wenn er das Schicksal des Ganzen, nicht wenn er das Schicksal des einzelnen wenden soll und das voraussichtlich auch zu tun vermag. Gerade deswegen stellt sich der Gewissenskonflikt und der Pflichtenkonflikt zwischen dem soldatischen Gehorsam und der Pflicht zur Unterstützung des eigenen, in einen Existenzkampf verstrickten Volkes einerseits und dem gewissensmäßigen Ruf zum Widerstand andererseits anders für den auf sich gestellten einzelnen Heeresangehörigen und anders für eine Gruppe, die durch überlegtes, geplantes, opferreiches und aussichtsvolles Widerstehen u. U. das Schicksal des Ganzen zu wenden vermag. Das bloße Auseinanderlaufen einzelner Wehrmachtsangehöriger würde die verbrecherische Staatsführung gewißt nicht beseitigen, also die Niederlage herbeiführen, ohne das Ziel des echten Widerstandes zu erreichen. Das wäre kein rechtmäßiger Widerstand.

Die Frage nach der Verweigerung des Waffendienstes aus Gewissensgründen liegt rechtlich auf einer anderen Ebene und wird in diesem Gutachten nicht erörtert.

III

Waren die Widerstandsakte der Militäropposition durch ein Recht zum Widerstand gerechtfertigt?

Diese Frage ist für den Großteil der Widerstandsakte der Militäropposition im ersten Zeitraume des Widerstandes (bis Mitte 1940), übrigens auch für die noch weit schwereren Widerstandsakte im zweiten Zeitraume des Widerstandes (bis zum 20. 7. 1944) ohne weiteres zu bejahen. Das ergibt sich unmittelbar aus den Darlegungen des Abschnitts II des Gutachtens.

Die gehäuften und systematischen ungeheuerlichen Rechtsbrüche und Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die bis zur praktischen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung gingen, die mit den Mitteln des Terrors über das eigene Volk aufgerichtete Zwingherrschaft, die Vorbereitung und Führung eines verbrecherischen Angriffskrieges, der auf die Dauer überdies das eigene Volk in den Untergang reißen mußte, gaben das Recht zu dem Versuche, dieses Regime gewaltsam aus der Macht zu setzen und dabei auch mit den Kriegsgegnern zu dem Zweck in Verbindung zu treten, daß sie der Befreiung Deutschlands von diesem Regime nicht in den Weg traten und daß sie sich dann auf einen frühen Ausgleichsfrieden einließen. Insbesondere waren auch alle Versuche gerechtfertigt, den drohenden ungerechten und verhängnisvollen Krieg durch rechtzeitige Einwirkung auf das Ausland überhaupt nicht ausbrechen zu lassen.

Die militärische Widerstandsgruppe, mit der es dieses Gutachten zu tun hat, war auch durchaus in der Lage, die ganzen Verhältnisse und insbesondere die Art und den voraussichtlichen Ausgang des (erst geplanten und dann geführten) Krieges richtig zu erkennen und zu beurteilen. Ja sie war dazu kraft ihrer besonderen Sachkenntnis in ganz besonderem Maße befähigt. Ihre Einschätzung der Lage hat sich durch die spätere tragische geschichtliche Entwicklung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise als richtig erwiesen.

Diese Gruppe konnte kraft ihrer Zusammensetzung auch mit demjenigen Grad von Wahrscheinlichkeit auf einen dem Volksganzen förderlichen Erfolg ihres Unternehmens hoffen, der in solchen äußersten Lagen allein gefordert werden kann. Sie setzte dort an, wo das Regime überhaupt noch einigermaßen verwundbar war, wenn sie über die oberste Führung der Wehrmacht den Staatsstreich durchzuführen suchte. Der Versuch konnte gelingen. Die Gruppe umfaßte auch genug Männer, die in der Führung des Staates und des Heeres erfahren und dazu lauteren Herzens und in der Lage waren, das geschändete Recht wiederherzustellen. Sie durfte hoffen, nach dem Staatsstreich die Lage in der Hand zu behalten und alles zum Besseren zu wenden.

Sie konnte zwar in den späteren Zeiten des Widerstandes nicht mehr damit rechnen, die kriegerische Niederlage von Deutschland abzuwenden. Das hätte damals niemand mehr gekonnt. Sie durfte aber die Hoffnung hegen, Deutschland (und übrigens auch den anderen Völkern) wenigstens ungeheure nutzlose Opfer zu ersparen und auch einen früheren Frieden herbeizuführen, bei dem die deutschen Aussichten mindestens günstiger sein konnten als nach der endgültigen, ungeheuer opferreichen, völligen kriegerischen Niederwerfung des Hitlerstaates. Sie durfte insbesondere erwarten, daß sie im innerdeutschen Bereich die Herrschaft des Rechtes wieder aufrichten könne.

Die Mittel, die die Gruppe anwandte, waren unter dem Gesichtspunkt der Güterabwägung angemessen. Sie konnte angesichts der Schwierigkeit ihrer Aufgabe und angesichts der ungeheuren Härte und Brutalität des Regimes keine milderen Mittel anwenden, ohne die Aussicht auf Erfolg schwinden zu sehen. Insbesondere bestand Mitte 1944

praktisch keine Möglichkeit mehr, Deutschland auf andere Weise als durch die Tötung HITLERS wenigstens vor dem Äußersten zu bewahren. Das Unternehmen konnte auch gar nicht anders durchgeführt werden, als daß zu seiner Sicherung und zur Rettung Deutschlands vor und nach Kriegsausbruch mit dem Auslande Verbindung gesucht wurde.

Einer gesonderten Betrachtung bedarf aber jener Widerstandsakt, den ein Mitglied der Militäropposition in den ersten Monaten des Jahres 1940 dadurch beging, daß es den Kriegsgegner über die gegen Belgien und Holland geplanten Kriegsmaßnahmen und über die in Aussicht genommenen Angriffstermine unterrichtete. Der Betreffende tat dies, weil er der Meinung war, das Hitler-Regime müsse um des Rechtes und um Deutschlands willen auf jeden Fall beseitigt werden; der von ihm begonnene ungerechte Krieg müsse sich zum Weltkriege ausweiten und dann Deutschland erst millionenfache Verluste und schließlich den Untergang bringen. Er wollte durch sein Vorgehen ersichtlich dazu beitragen, die militärische Entscheidung in der Schwebe zu halten, um so den inneren Umsturz und einen frühen Ausgleichsfrieden eher möglich zu machen. Der Konzeption kann eine äußerste Folgerichtigkeit und Geschlossenheit nicht abgesprochen werden. Von der äußerst weitgehenden, folgen- und opferreichen Maßnahme, die hier ein einzelner ergriff, konnte erwartet werden, sie werde dazu beitragen, die Beschränkung des Krieges auf den Westen zu erzwingen. Bei der ungemeinen Härte des hier aufgebrochenen und durchgestandenen, mehr als tragischen Pflichtenwiderstreites und bei der ungemein objektiven Schwere der Entscheidung wird man jedoch nicht wagen dürfen, dem Handelnden abzusprechen, daß er auch hier noch an sein Recht zum Widerstand glauben durfte. Eine weitere Zweifelsfrage, die allerdings nicht mehr in den von diesem Gutachten unmittelbar angesprochenen Zeitraum fällt, sei zum Schlusse ebenfalls noch berührt. Es ist die Frage, wie sich der Umstand rechtlich auswirkt, daß bei den geplanten und den durchgeführten Anschlägen auf das Leben HITLERS u. U. auch Unbeteiligte und Unschuldige, etwa Ordonnanzen oder Flugzeugführer oder am politischen Geschehen unbeteiligte Offiziere, geopfert werden mußten. Machte das den Widerstandsakt etwa ganz oder doch teilweise rechtswidrig? Hier wird man unterscheiden müssen: Soweit sich die Anschläge unmittelbar gegen HITLER, HIMMLER oder ähnlich zu beurteilende Personen richteten, waren sie auch unter solchen Umständen zweifellos durch das Widerstandsrecht gedeckt. Die Täter handelten hier im übergesetzlichen Notstand und deswegen rechtmäßig. Das heißt: sie befanden sich in der überaus tragischen Konfliktslage, daß das rechtlich übergeordnete Ziel — die Befreiung des Volkes, des Staates, ja der Welt von ihren Verderbern — auf keine andere Weise als durch die gleichzeitige Opferung Unschuldiger erreicht werden konnte. Insoweit muß das im übergesetzlichen Notstand ausgeübte Widerstandsrecht durchgreifen. Die Frage ist jedoch die, ob es in einer solchen Lage die Tat auch noch insoweit zu rechtfertigen vermag, als sie sich nicht gegen die Schuldigen, sondern notgedrungen auch gegen die Unschuldigen richtete. Das ist eine überaus schwere Frage, die die Grenzen des menschlichen Rechtes aufzeigt. Wie auch immer man sie beantworten mag, ja selbst dann, wenn man sie dahin beantwortet, rechtlich könne die Tat nicht aufgespalten werden, sie werde vielmehr einheitlich durch das im übergesetzlichen Notstand ausgeübte Widerstandsrecht gerechtfertigt, so ist doch klar: Diesen Widerstreit vermag überzeugend nicht mehr das Recht, sondern nur noch die Gnade, die menschliche und die göttliche, zu lösen.

(Die Vollmacht des Gewissens, herausg. von der Europ. Publikation, München 1956, S. 137 ff.)

2. MORALTHEOLOGISCHES GUTACHTEN ÜBER DAS WIDERSTANDSRECHT NACH KATHOLISCHER LEHRE

von Professor Dr. RUPERT ANGERMAIR

(Remerprozeß)

... Fragen wir zunächst nach der objektiven Erlaubtheit der Tat des 20. Juli, so ist im Sinn der katholischen Moraltheologie zu sagen: Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts haben die offiziellen Verlautbarungen der katholischen Kirche stets dahin entschieden, daß die Beseitigung eines einmal anerkannten Herrschers durch direkte Tötung objektiv nicht gerechtfertigt werden kann (DENZINGER, Enchiridion Definitionum 690 und 1763) ...

Seit der letzten kirchlichen Verlautbarung vom Jahre 1864 haben sich die Möglichkeiten eines modernen Tyrannen, zum direkten Angreifer auf das Leben einzelner wie auf wichtigste Lebensgüter des Volkes zu werden, außerordentlich ausgeweitet. Darum untersuchen manche Moraltheologen die Frage, ob es sich in der höchsten akuten Not eines Volkes in solcher Situation nicht um eine sittlich vertretbare bzw. verpflichtende soziale Notwehr handeln könnte. Die soziale Notwehr, die als Prinzip auch dem Verteidigungskrieg zugrundeliegt, geht in ihren formalen Bestimmungen über die der einzelpersönlichen Notwehr von jeher hinaus. Trotzdem sprechen, auch wenn man die Tötung eines Tyrannen unter dem Gedanken sozialer Notwehr betrachtet, nicht alle Gründe gleich eindeutig für ihre Erlaubtheit.

Überzeugtes Handeln niemals Sünde

Einer der inneren Gründe, die dagegen sprechen, besagt z. B., daß ein Volk, das sich ein verbrecherisches Staatsoberhaupt selbst gewählt hat, durch Abwehr der äußeren schlimmen Folgen noch nicht wahrhaft „gerettet" ist. Es muß — zum Teil gerade durch die schlimmen Folgen — die eigene Gesinnung von innen heraus überwinden, bevor die Vorsehung die Geißel von ihm nehmen kann (Joh. 34, 30. Pred. 10, 16 Is. 3, 4, Osee 13, 11) ...

Da es sich nun in unserem Fall um die moralische Beurteilung einer bereits geschehenen Tat, der des 20. Juli 1944, handelt, so können wir sagen: In der Frage, in der den Männern des 20. Juli keine objektive und alle konkreten Umstände einschließende Entscheidung vorlag, sind sie nach ihrer ehrlichen persönlich-subjektiven Überzeugung zu beurteilen. Wer nach einer vernünftigerweise überhaupt möglichen und persönlich ehrlichen inneren Überzeugung handelt, begeht nach der christlichen Moraltheologie niemals Sünde (Röm. 14, 23).

Bei jedem aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt, gleich welcher Art, handelt es sich um eine höchst gefährliche Waffe. Er kann darum von vornherein nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen in Frage kommen. So ist z. B. jeder aktive Widerstand, auch der unblutige, erst verantwortbar, wenn vorher alle verfassungsmäßigen Mittel zur Abwendung der von einer Regierung verschuldeten Not erschöpft, bzw. von vornherein als aussichtslos erkannt sind. Sodann darf niemand sein Volk der Gefahr aussetzen, daß das nationale Unglück noch vermehrt statt gemildert wird. Darum muß der Widerstand so vorbereitet sein, daß sein Erfolg vernünftigerweise erwartet werden kann. Nicht der faktische Erfolg ist für die „sittliche" Beurteilung ausschlaggebend, wohl aber die verantwortungsbewußte Bereitung auf den Erfolg. Schließlich muß es den Handelnden klar

sein, daß sie im Sinn und damit auch im stillschweigenden Auftrag der qualitativ besseren Mehrheit des Volkes zur Tat schreiten. Soweit jemand dann von seinem Recht zu einem Widerstand überzeugt ist, kann es sich dabei, wie schon der Name „Not-Wehr" sagt, nur darum handeln, durch Einschreiten gegen einen tatsächlichen Angreifer eine wirklich noch vermeidbare kommende konkrete Not abzuwehren ...

Wie weit bindet der Fahneneid?

Konnten sich Freunde HITLERS, die den Männern des 20. Juli „Verrat" vorwerfen wollten, nach der prinzipiellen Seite noch darauf berufen, daß die hohen Beamten und Militärs, die damals zur Tat schritten, durch ihren Beamten- und Fahneneid sich feierlich zum Gehorsam verpflichtet hatten? Wurden sie nicht durch Eidbruch zu „Verrätern"?

Unterlassen wir es, der Frage nachzugehen, warum HITLER in seinem Buch selbst ganz außer acht ließ, daß die „Pflicht eines Jeden zur Rebellion" am Fahneneid eine unübersteigbare Grenze findet. Untersuchen wir vielmehr, wie sich diese entscheidende Frage vor dem Forum des christlichen Gewissens lösen mag ... Unsere Frage ist also lediglich: Wann liegt ein echter Eidbruch vor?

Der Inhalt des Eides

Nehmen wir zum Ausgangspunkt den typisch religiösen Eid. Denn, wenn die Männer des 20. Juli nach Ablegung und anscheinendem Bruch eines solchen keine „Verräter" waren, dann waren sie es mindestens ebensowenig nach dem materiellen Bruch eines bürgerlichen Eides.

Der Eid, sei er freiwillig oder auf berechtigten obrigkeitlichen Befehl abgelegt, gilt für die Moral als eine heiligste und verpflichtendste Sache. Seine Verletzung ist unter allen Umständen, religiös gesprochen, eine der allerschwersten Sünden. Verletzung eines typisch religiösen Eides ist sogar ein „Sakrileg". Das betont jedes Lehrbuch der Moraltheologie und jeder Volksschulkatechismus, wie auch das kirchliche Rechtsbuch can. 1317 § 1 und 2.

An dieser Auffassung zu rütteln, ginge an das Fundament menschlicher Treuebindung und entzöge jedem Staat die letzte zusammenhaltende sittliche Kraft. Es wäre katastrophal, wenn die Verteidigung der Männer des 20. Juli mit einem Angriff auf die Heiligkeit des Fahneneides bezahlt werden müßte.

Worin aber liegt der wesentliche Inhalt des Fahneneides? Besinnen wir uns zur Beantwortung dieser Frage auf die wichtigste Eigenschaft des Eides: der typisch religiöse Eid ist ein „Gott gemachtes Versprechen". Auch der bürgerliche Eid bindet, wie wir sahen, seiner Idee nach immer noch an eine höhere Sittennorm über das Gewissen, jedenfalls indirekt und einschlußweise an Gott. Auch er ist damit objektiv gesehen ein, wenn auch nicht Gott selbst gemachtes, so doch bei und vor Gott „gültiges" Versprechen.

Liegt nun aber darin das Wesen des Eides, so kann ein Eid nur unter der Bedingung gültig sein, daß der Gegenstand oder Inhalt des Versprechens für Gott überhaupt annehmbar ist. Man kann unmöglich „bei Gott schwören", d. h. Gott feierlich zum Zeugen anrufen, daß man „Gott beleidigen" will, falls ein Mensch, und sei es der höchste Vorgesetzte, dies befiehlt. Selbst wo eine sonst gutmeinende Autorität im Einzelfall irrtümlich Schlimmes forderte, müßte man nach der Bibel „Gott mehr gehorchen, als den Menschen" (Apg. 5, 29). Desgleichen muß der Inhalt des Eides derart sein, daß er von Gott auch für seine Schöpfung angenommen werden kann. Auch das ist unmöglich „eidlich

zu versprechen", daß man die Ordnung der Schöpfung z. B. das gottgewollte Gemeinwohl eines gottgeschaffenen Volkes wissentlich verwirren will, falls der eidfordernde Vorgesetzte dies verlangt. Auch beim bürgerlichen Eid verpflichtet man sich, nichts zu tun, was der Gemeinschaft schadet ...

Weil nun das wahre Gemeinwohl im Willen Gottes und im Gewissen jedes gottverbundenen Menschen grundlegend ist, darum gibt es für die Moraltheologie keinen gültigen Eid zum „absoluten", d. h. „unbedingten", von der Bedingung des Sittlich-Erlaubten losgelösten Gehorsam einer fehlbaren menschlichen Einzelperson als solcher gegenüber. Restlos unbedingter Gehorsam auch in unerlaubten und das Gewissen belastenden Dingen wäre sklavisch; denn er unterjochte einen fehlbaren Menschen, statt vor Gott und dem eigenen Gewissen zu verpflichten.

Auch der Gehorsam des Katholiken seinen kirchlichen Vorgesetzten gegenüber hat durchaus diese Bedingung bzw. Grenze (Kirchl. Gesetzbuch can. 1316 ff.; 1318 § 1; 1319,2°). Ebenso die kirchlichen Gelübde in unseren Orden. Genauso gelten für das Gewissen des Katholiken die Eide im weltlichen Raum, in Staat und Wehrmacht. In der Bibel sind Gott und Gewissen immer wieder der Ausganspunkt und Angelpunkt unseres Gehorsams jeglicher Obrigkeit gegenüber (Röm, 13,3.1, Petr. 2,13 18 f.). Man soll der Obrigkeit „zu jedem guten Werk untertan" sein (Tit. 3,1). Als Grund für die Gehorsamspflicht wird angeführt, daß die Obrigkeit „Gottes Dienerin zu unserem Besten" sei (Röm. 13,4). Befehlen aber, bei denen die Obrigkeit nicht mehr „Gottes Dienerin" ist, darf niemand gehorchen (Apg. 4, 18—20; 5, 27—30; 40—42). Ja, man muß auch die Obrigkeit zurechtweisen, wie JOHANNES den KÖNIG HERODES ermahnte: „Es ist dir nicht erlaubt!" (Mt. 14,4). Das ist die zweitausendjahrealte biblische Lehre, von der abzugehen der Christ kein Recht hat. Ja sie fußt gleichzeitig auf dem Naturrecht, das so alt ist, wie die gottgeschaffene Natur des Menschen. In Katechesen, Predigten und Hirtenbriefen wurde diese Botschaft während der Herrschaft HITLERS jederzeit tapfer verkündet. Hunderte von Priestern erlitten dafür Gefangenschaft und Tod. Wer sich heute plötzlich anmaßt, der Kirche vorzuwerfen, sie habe damals feige geschwiegen, beweist damit nur, daß er in jenen Jahren nicht auf die Kirche hörte ...

Auch für HITLER selbst galt der Eid

So stehen also Gott und gottgewolltes Gemeinwohl als die letztlich verpflichtenden Größen vor dem Regenten ebenso wie vor den Untertanen. Mancher scheint immer wieder zu vergessen, daß auch HITLER feierlich auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes vereidigt war. Also stand er nicht über dem Eid. Ebensowenig war der Eid für ihn da, war er also „Eidträger", wie man im Sinn heidnisch-germanischer „Mannestreue" plötzlich wieder zu lehren anhub. HITLER war Vereidigter, der als allererster seinen Eid zu halten hatte, wenn die Bindung der Bürger an das Gemeinwohl einschlußweise auch eine Bindung an ihn als Garanten und Repräsentanten dieses Gemeinwohls bedeuten sollte.

Wenn HITLER naturgesetzlich absolut feststehende Begriffe wie den des Eides oder den des Verhältnisses von Staat und Staatsautorität beliebig ändern zu können vermeinte, so blieb das für das christliche Gewissen in aller Welt völlig wirkungslos. Wo bei einem Eid neben erlaubten Gegenständen einschlußweise auch absoluter Gehorsam HITLER gegenüber verlangt werden wollte, ging die damit gemeinte Verpflichtung in den Inhalt des Eides überhaupt nicht ein. Es blieb bei dem, was HITLER in „Mein Kampf" S. 104 selbst noch klar erkannt hatte, nämlich, „daß eine Staatsautorität nur dann das Recht

hat, Achtung und Schutz zu verlangen, wenn sie den Belangen eines Volkstums entspricht, mindestens ihm nicht Schaden zufügt". Wörtlich fuhr er fort: „Staatsautorität als Selbstzweck kann es nicht geben, da in diesem Falle jede Tyrannei auf dieser Welt unangreifbar und geheiligt wäre". (Vgl. auch S. 780!)

Man bedenke: Wenn man den Soldateneid mechanistisch-formalistisch auf eine fehlbare Person mit Unbedingtheit gehend auffassen wollte, dann wäre ein einmal vereidigtes Heer eine willenlose Maschine, mit der ein einziger Mann, auch wenn er irrsinnig oder diabolisch würde, anfangen könnte, was ihm ganz allein beliebt. Der Soldat, auch der höchste General, wäre in seinem „Dienst" keine vollwertige menschliche Persönlichkeit mehr. Der oberste Heerführer könnte mitten im Frieden fremde Staaten rechtswidrig überfallen oder die Regenten fremder Völker machtmäßig zwingen, daß sie ihre heiligsten Eide auf das Wohl ihres Volkes und auf dessen Verfassung brechen müßten. Macht ginge nicht mehr bloß vor Recht, sondern absolut auch vor jeden Eid!

Oder eine andere Konsequenz: Wenn der Soldateneid dieser Art wesenhaft auf HITLER persönlich ausgerichtet gewesen wäre, dann wäre unser ganzes Heer an seinen Eid von dem Augenblick an nicht mehr gebunden gewesen, da man annehmen konnte, daß HITLER seinen eigenen Führereid zum wahren Besten des deutschen Volkes gebrochen hatte. Wie gefährlich wäre also eine solche Idee, und wie viel stärker hält die christliche Auffassung vom Eid ein Volk zusammen!

Wir sehen also: Die Männer des 20. Juli konnten gar keinen moralisch gültigen Eid auf HITLER rein persönlich zu „absolutem" d. h. unbedingtem, von jeder höheren Bedingung freiem Gehorsam ablegen. Ihr Eid ging wesentlich auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes, auf das auch HITLER selbst vereidigt war. An HITLER persönlich konnte dieser Eid nur soweit und so lange binden, als HITLER das Gemeinwohl im gottgewollten Sinne förderte oder wenigstens nicht direkt gefährdete.

Lieber Volksvernichtung als kapitulieren

Es kam aber die Stunde, da ernstdenkende Menschen in führender Position sich sagen mußten, daß HITLER und gottgewolltes Gemeinwohl in immer schärferen Gegensatz traten. Am Ende von zwölf Jahren Konzentrationslagern und Vergasungen, um nur das Gräßlichste zu nennen, stand der unverantwortbare Wille, einen längst verlorenen Krieg zur höchsten Gefährdung des ganzen Volkes fortzusetzen, ja das offene Geständnis: „Wenn wir abtreten müssen, dann werden wir die Türen so zuschlagen, daß keine Regierung sie je wieder zu öffnen vermag." Der Flottenrichter KRANZBÜHLER, Verteidiger von DÖNITZ im Nürnberger Prozeß, sagt als gewiß unverdächtiger Zeuge in seiner Schrift „Rückblick auf Nürnberg": „Was war bei alledem die Rolle ADOLF HITLERS? Wie oft wurden nicht in den Jahren des Dritten Reiches die Worte ausgesprochen: ‚Wenn das der Führer wüßte!' Die Nürnberger Erkenntnis ist: er wußte es. Er wußte es nicht nur, sondern er hat gerade das Schlimmste befohlen."

Es blieb nur aktiver Widerstand

So können wir nicht anders als ehrlich bekennen: Einem Mann offen zu widerstehen, der das ganze Volk mit sich ins Verderben reißen wollte, das war nicht mehr gegen den Fahneneid verantwortlicher Generale, sondern ein freilich schweres, nach ihrer ehrlichen Überzeugung aber nicht mehr zu umgehendes Opfer an den eigentlichen Sinn des Fahneneides, den sie auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes geschworen hatten.

Je höher der Dienstgrad, desto drängender war die Verpflichtung, HITLER und seine ganze Regierung zum Besseren zu beeinflussen. Wo ein solcher Versuch nicht mehr half oder aus verschiedenen Gründen unmöglich wurde, blieb nur noch die Abwehr des Unbelehrbaren durch aktiven Widerstand. Kam dazu die ehrliche Überzegung, daß eine soziale Notwehr bis zur Tötung des schwer gemeinwohlschädigenden Tyrannen erlaubt sein mußte, so stand der auf das Gemeinwohl abgelegte Eid einer Tat wie der des 20. Juli nicht mehr entgegen. Die Männer des 20. Juli setzten nicht nur das persönliche Wohl HITLERS, sondern auch ihr eigenes hinter das Gemeinwohl des deutschen Volkes heldenmütig zurück.

Weder Hoch- noch Landesverrat

Aus diesem Verständnis des Fahneneides erklärt sich nun auch der Begriff der Treue und ihres Gegenteils, des Verrates. Hochverräter ist, wer einen Regenten als treuen Diener des Gemeinwohls tötet oder an seiner gemeinwohlwichtigen Tätigkeit böswillig hindert. Ein Tyrann nun, der seinerseits zum „Verräter" am Gemeinwohl wurde, ist überhaupt nicht mehr „hochverratsfähig".

„Landesverrat" begeht, wer sein Volk wissentlich und willentlich dem Feind ausliefert, es an den Feind verkauft. Der Landesverräter bringt das eigene Volk bewußt in Unordnung, er lähmt und untergräbt seine gesunde Kraft. Wollten die Männer des 20. Juli solches? Wollten sie nicht vielmehr das Volk von einem inneren Schädling befreien, um es vor einer befürchteten Knechtschaft unter andere Staaten, soviel überhaupt noch möglich, zu retten? Ein guter Zweck muß sich auch sittlich guter, mindestens erlaubter Mittel bedienen, wenn die Tat in ihrer Ganzheit sittlich gut sein soll. Menschen, die mehr summarisch als prinzipiell denken, meinen oft, daß jeder Kontakt untergeordneter Stellen mit dem Ausland automatisch ein „in sich schlechtes Mittel" und daher „Verrat" sei. Wenn einzelne ohne höhere Verantwortung eine saubere Staatsführung übergehen und auf eigene Faust mit dem Feind in Unterhandlung treten, wird die Vermutung ohne weiteres auf Verrat lauten ...

Kein Verrat, sondern Verantwortung für die schwere Entscheidung, die bevorstand, war es, wenn militärisch mitverantwortliche Stellen vor dem 20. Juli zu erforschen suchten, ob der Feind eine Selbsthilfe des deutschen Volkes hernach anerkennen werde. Insofern zeigte gerade ihr Gespräch mit dem Ausland, daß es ihnen nicht um Rache gegen HITLER ging, sondern daß sie seine Beseitigung unterlassen hätten, wenn damit nichts mehr zu retten war. Erfuhr man freilich, daß der Feind nicht nur gegen HITLER, sondern gegen Deutschland weiterzukämpfen gedachte, dann konnte gerade auch diese Erkenntnis darauf drängen, im eigenen Lande um so gründlicher Ordnung zu schaffen. Eine Preisgabe militärischer „Geheimnisse" d. h. von Dingen, die der Feind nicht ohnehin wußte, war zur Feststellung feindlicher Absichten nicht nötig.

Wer also behaupten will, daß im Zusammenhang mit dem 20. Juli echte „Geheimnisse" geoffenbart worden seien, und gar, wer jemandem vorwerfen will, daß er solche Geheimnisse zu dem Zweck „verraten" habe, um „das Wohl des Reiches zu gefährden", der müßte das für jeden Einzelfall eigens beweisen. Volle Gerechtigkeit steht für die Moral über jeder parteilichen Stellungnahme. Durch Sabotage Soldaten des eigenen Heeres dem sicheren Tod zu überantworten, ist kein moralisch erlaubtes Mittel, um einen Krieg zu verkürzen. Leider hatte die Verwirrung aller Begriffe durch die Weltanschauungspropaganda HITLERS es sehr schwer gemacht, zu entscheiden, wo damals die „in sich schlechten Mittel" anfingen und aufhörten. Wer von einer Staats- oder Führermystik überzeugt war und darum glaubte, HITLER sei Deutschland, oder die Partei sei das

deutsche Volk gewesen, der konnte Hochverrat und Landesverrat überhaupt nicht mehr unterscheiden. Wer dagegen HITLER in jenem Augenblick als eine Gefahr für das deutsche Staatswesen erkannte, dachte nicht an die Idee des „Verrats", wenn er das Ausland gegen HITLER zu Hilfe rief, um Deutschland vor ihm zu retten. — ...

Und ein letzter Unterschied, das persönliche Motiv betreffend: Der Verräter handelt aus purem Haß oder aus schmutziger Selbstsucht, aus persönlichem Ehrgeiz, eigener Machtgier und dgl. Er setzt das Gemeinwohl seines ganzen Volkes ruchlos hinter sein verbrecherisches Privatinteresse zurück. Die Männer des 20. Juli setzten demgegenüber aus Liebe zum Volk ihr persönliches Wohl bis zur Lebensgefahr hinter das Gemeinwohl zurück. „Mein Volk kann verderben, wenn ich nur den Nutzen davon habe", murmelt der Verräter auf seinen dunklen Wegen. „Es lebe unser heiliges Deutschland!" rief GRAF VON STAUFFENBERG, als er für seinen Versuch, Deutschland zu retten, zum Tode geführt wurde. Persönliche Verräter an HITLER, Volks- und Landesverräter zugleich wären diese Männer dann gewesen, wenn sie trotz ihrer besseren Einsicht noch weiterhin HITLER gegen das Volk hätten stützen wollen, wenn sie ihm als falsche Freunde bewußt geschmeichelt hätten, um für sich selbst Vorteile daraus zu ziehen. Weil sie in gar keiner Weise Verräter sein wollten, gingen sie lieber in den Tod, als daß sie einen letzten Versuch zur Rettung ihres Vaterlandes unterlassen hätten.

Vier Erkenntnisse

Mit den dargebotenen moraltheologischen Unterscheidungen dürfte ein Vierfaches erreicht sein:

1. Die Männer des 20. Juli sind, soweit es auf ihre sittliche Absicht und Haltung ankommt, verteidigt. Damit ist aber nicht verlangt, daß man mit den praktischen Wegen, die sie beschritten, unbedingt einverstanden sein müßte. Das Schicksal selbst wollte HITLER nicht zum „Märtyrer" stempeln lassen. Man kann aber über objektive Fragen diskutieren, ohne gleichzeitig die subjektivpersönliche, sittlich saubere Haltung der Widerstandskämpfer bezweifeln zu müssen. Solch moralische Gerechtigkeit hat auch zur Folge, daß mit der sittlichen Ehrung dieser Männer jene anderen sich nicht als entehrt zu erachten brauchen, die mit ähnlich ehrlicher Überzeugung das Gute auf anderen Wegen erstrebten. Die selbstlos anerkannte volle moralische Wahrheit wird die Atmosphäre zwischen allen Deutschen so entgiften, daß darin neues Leben gedeihen kann.

2. Wenn es neben den überzeugten Widerstandskämpfern andere Männer gibt, die in Wirklichkeit formellen Verrat übten, so können sie sich nicht auf unsere moraltheologischen Ansichten berufen, um sich nachträglich mit den Männern des 20. Juli zu identifizieren.

3. Einer Verweichlichung der Wehrmachtsmoral für die Zukunft, d. h. der Meinung, als ob es Möglichkeiten gäbe, ohne schwerste Belastung des Gewissens das wahre Gemeinwohl zu verraten, ist vorgebeugt.

4. Die Einsicht in die Idee des Eides und die Erkenntnis, wie leicht von höchster Stelle eine gefährliche Gewissensverwirrung verschuldet werden kann, verpflichtet vor allem auch die führenden Persönlichkeiten der Zukunft. Sie müssen durch ihre eigene Treue zum Wohl des Volkes den Grund legen, auf dem die Eidestreue ihrer Untertanen so aufbauen kann, daß Volk und Regierung zugleich darin einbeschlossen sind. Halten sich alle führenden Persönlichkeiten der Zukunft an diese Erkenntnis, dann wird in unserem deutschen Vaterland nie mehr ein Mensch vor einer Entscheidung stehen, die so schwer sein wird, wie die des 20. Juli war.

(„Das Parlament" vom 20. 7. 52 und HERBERT KRAUS, a.a.O. S. 29 ff.)

3. ENTWURF EINES GUTACHTENS ZUR FRAGE DES WIDERSTANDSRECHTS NACH EVANGELISCHER LEHRE

von Professor D. HANS-JOACHIM IWAND

Der Standpunkt der evangelischen Kirche unterscheidet sich in wesentlichen Stücken von der Auffassung, wie wir sie in der mittelalterlichen Kirche über den Tyrannenmord finden, da nach evangelischer Auffassung eine Nebenordnung von Kirche und Staat gegeben ist mit einer gewissen Eigenständigkeit des staatlichen Rechts, dem nicht ein kirchliches Recht in diesem Sinne übergeordnet ist. Es hängt damit zusammen, daß in den Bekenntnissen der protestantischen Kirchen viel stärker der Gehorsam gegenüber den Staatsgesetzen herausgearbeitet ist und das Recht des Staates und der Obrigkeit gegenüber der kirchlichen Gewalt und Gesetzgebung, als daß in den kodifizierten Bekenntnissen der Reformationskirchen die Fälle zum Ausdruck gebracht worden sind, in denen es sich um das Widerstandsrecht der Christen gegenüber Übergriffen der Staatsgewalt handelt.

Wir haben eine Bekenntnisschrift, in der ausdrücklich zu den Pflichten des Christen der Widerstand gegen die Tyrannei gerechnet wird, das ist das schottische Bekenntnis, während in unseren deutschen evangelischen Bekenntnissen in solchen Fällen im wesentlichen nur auf Apostelgeschichte 5 hingewiesen wird, „man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen", ohne daß Einzelfälle spezialisiert werden. Dagegen haben wir eine weite Kasuistik unserer Bekenntnisse in den Widerstandsfragen gegen Übergriffe der Kirchengewalt, der Bischöfe, des Papstes und ähnlicher Institutionen. Das zeigt, wie auch in den Bekenntnissen immer wieder zum Ausdruck kommt, daß die Reformatoren der Meinung waren, daß kirchliche Instanzen das Recht und die Autorität der Obrigkeit und der weltlichen Herrschaft widerrechtlich an sich gebracht haben. Insofern scheint es zunächst so, als ob es kein aktives Widerstandsrecht gegen den Staat im Protestantismus gäbe, und es ist ja auch am Tage, daß weithin in unseren protestantischen Kirchen, gerade in der Zeit des Dritten Reiches, eine außerordentliche Unklarheit und Gewissensverwirrung über das Recht des Widerstandes gegenüber den Gesetzen des Staates bestand, auch da, wo sie offensichtlich gegen Gottes Gebot verstießen.

Aus LUTHERS Schriften

Man muß bedenken, daß die Bekenntnisschriften, die unserem kirchlichen Recht zugrunde liegen, eine bestimmte Ausrichtung haben, und man muß weiterhin bedenken, daß die Probleme des Übergriffes staatlicher Gewalt sich erst vom Jahre 1530 ab deutlicher abzeichneten, und wir werden infolgedessen erst von da an wesentliche Äußerungen der Reformatoren haben, die allerdings dann ziemlich eindeutig ausfallen. Außerordentlich lehrreich ist die Schrift LUTHERS: „Warnung an meine lieben Deutschen" vom Jahre 1530 und seine Cirkular-Disputation über Math. 19, die ausdrücklich über das Recht des Widerstandes gehalten worden ist und in der LUTHER das Recht zum Widerstand gegenüber dem Kaiser, falls er mit den Evangelischen Krieg machen sollte, so scharf herausgearbeitet hat, daß man damals nicht wagte, diese Thesen zu veröffentlichen und sich erst kurz vor dem Schmalkaldischen Kriege in aller Eile dazu entschloß. Es ging hier um die Frage, die sich mehr und mehr seit 1530 in den Gesichtspunkt der Protestanten stellte, was die protestantischen Fürsten tun sollen, wenn der Kaiser im Auftrage des Papstes versuchen sollte, mit Waffengewalt den Protestantismus zu unterdrücken, ob sie dann im Recht wären, den Kaiserlichen gegenüber zu widerstehen. Es ist eine ganze

Reihe von Gründen dafür angegeben worden, daß die Fürsten dem Aufgebot des Kaisers gewaltsam zu widerstehen hätten.

Grundsätzlich gilt: Niemals dürfen sie als Christen vom evangelischen Standpunkt aus Widerstand leisten, wenn es um den Glauben geht. Und wenn etwa ein Fürst, weil er evangelisch ist, weil er ein Christ ist, vom Kaiser verfolgt wird, so muß er Land und Leute verlassen und ohne Widerstand aus dem Lande gehen. Wenn etwa ein heidnischer Cäsar, so wie DIOKLETIAN es war, aus Glaubensgründen einen ihm untergebenen Fürsten bekriegt, so müßte der Fürst um dieses Glaubens willen auf Amt und alles andere verzichten.

Hier in diesem Falle aber ist es ganz sicher, daß der Kaiser nicht um deswillen, weil er ein Heide ist und der Fürst ein Christ, sondern merkwürdigerweise obschon beide Christen sind, den Angriff unternimmt. Ein ganz ähnlicher Fall ist folgender, der sich gegen die damaligen Apostel der Gewaltlosigkeit richtet: Wenn du von einem Räuber überfallen wirst im Wald und der Räuber sagt, weil du ein Christ bist, darfst du keinen Widerstand leisten und mußt mir alles das geben, was ich von dir haben will, so ist der Christ verpflichtet zu sagen, in diesem Falle kommt es nicht in Frage, daß ich ein Christ bin, denn du willst ja nur meine Habe, und er ist jetzt als ein Mitglied der bürgerlichen Rechtsgemeinschaft verpflichtet, Widerstand zu leisten gegen den Räuber, weil er nur so das Gebot der zweiten Tafel wahrnimmt im aktiven Widerstand gegen den Räuber. Der Fall ist auch ganz eindeutig. Wenn mich ein Einbrecher überfällt und ich kann den Einbrecher festnehmen, so schütze ich damit das Dorf und die Gemeinschaft vor diesem Einbrecher. Wir sehen also bei LUTHER ganz deutlich, daß da, wo es nicht um Glaubensfragen, sondern um irdische Rechtsverbindlichkeit geht, um Eigentum und Ehre, um Autorität, um das Recht der Familie, das Recht auf Ehe, um das Gelten der verbindlichen Rechte, unter denen die Obrigkeit ihr Amt verwaltet, daß da die einzelnen Glieder der Christenheit als Glieder dieses Reiches, wie er sagt: „des Reiches dieser Welt" zum aktiven Handeln verpflichtet sind.

Der gesetzlose Mensch — der Anti-Christ

Es ist später im Protestantismus vornehmlich unter dem Einfluß des Pietismus jene Verschiebung eingetreten, daß man sich auf den passiven „leidenden" Gehorsam, der nur bei Überschreitung der ersten Tat des Glaubens geboten ist, auch bei den staatsbürgerlichen Pflichten berief und sich darum eine Art Passivität allen politischen Pflichten gegenüber auferlegte. Dadurch ist in der Tat eine gewisse Verwirrung unseres Gewissens eingetreten, eine Lähmung unseres politischen Gehorsams, die sich besonders deutlich zeigte, als nun die Probe an uns gestellt wurde, inwieweit wir unsere Pflichten gegenüber der zweiten Tafel der Gebote im aktiven politischen Einsatz wahrzunehmen bereit sind. Wir müssen aber noch einen Schritt gehen, um zu verstehen, worin LUTHER den letzten Punkt des Widerstandsrechts festlegt, denn dieser bürgerlich staatspolitische Gehorsam wird ja immer noch erfüllt in der Intention, daß wir damit analog zur Einstellung der echten Obrigkeit handeln. Wenn der Wanderer überfallen wird von einem Räuber und die Obrigkeit kann ihn in diesem Moment nicht schützen, kann er doch glauben, beim Widerstand gegen den Räuber in Analogie zu der Intention der nicht anwesenden Obrigkeit zu handeln.

Im Lager der Räuber

Wie aber, wenn die Obrigkeit selbst ins Lager der Räuber gehört? LUTHER hat diesen Fall besprochen in der erwähnten Circular-Disputation und gibt eine ziemlich genaue

Definition dieses Falles. Er nennt eine solche Obrigkeit nicht mehr Tyrannis. Er ist der Meinung, daß auch noch der Tyrann einer gewissen Gesetzmäßigkeit untersteht. Infolgedessen will er nicht, wie es in der katholischen Tradition geschehen ist, daß die Tyrannis als eine berechtigte Situation anzusehen sei, die zum aktiven Widerstand gegen die Obrigkeit berechtigt, sondern er nennt noch einen weiteren Fall, den er als Anomia bezeichnet, auf Grund einer Stelle des Thessalonicherbriefes im 2. Kap. „wenn der Anomos, der gesetzlose Mensch, auftritt". Dieser Anomos, der gesetzlose Mensch, ist nach der Auffassung des Neuen Testaments und aus der Lehre Jesu selbst der eigentliche Anti-Christ. Es ist der gesetzlose Mensch, der den sittlichen Charakter des Rechts innerhalb aller Ordnungen des Glaubens und des bürgerlich staatlichen Lebens so zersetzt, daß der ganze Körper des Staatswesens bis in die letzten Fugen hinein von einem Gift zerfressen wird und alles zur Auflösung bringt, was heilig ist im Himmel und auf Erden. Diese Anomia, also die grundsätzliche Gesetzlosigkeit, tritt da ein, wo ein Mensch seinen eigenen Willen als das Gesetz aller Dinge ansieht, wo ein Mensch nicht mehr anerkennt, daß zwischen seinem Willen und dem Willen Gottes eine Grenze gesetzt ist, wo kein Gesetz mehr über ihm ist, sondern er als der Übermensch das Gesetz des ganzen Staates und des von ihm gestalteten Lebens inkarniert. Das nennt LUTHER „Anomia".

Das Tier aus dem Abgrund

Er greift hier auf den Begriff der Bestia zurück, wie wir ihn aus dem Propheten DANIEL in der Gestalt des Tieres kennen und wie er dann wieder auftritt in der Offenbarung 13 bei dem Tier aus dem Abgrund, d. h. das aus dem Chaos aufsteigende Tier, welches an die Stelle des Menschensohnes und seiner Menschenwürde die Bestialität und die falsche Prophetie zum Prinzip macht, dem alles unterworfen wird, in dessen Zeichen alle nun kaufen und verkaufen müssen und ohne dessen Anbetung niemand mehr das Recht zum Leben hat. Auf diese Belua Bestia herauskommend, erklärt LUTHER nun allerdings: Wenn ein solcher Zustand eintritt, hätte jedermann das Recht, im Hinblick auf den Augenblick der großen Gefahr zu handeln. So wie die Bauern eines Dorfes, wenn der Wolf einbricht, nicht warten dürfen und erst Rat halten können, sondern jeder zulaufen soll, um das Tier zu erschlagen, weil es schlechthin Unheil anrichtet, so sollen in solchem Falle auch die Staatsbürger handeln.

Es gibt also auch nach der Lehre des Protestantismus jenen Fall, daß der Staat von Römer 13, der Obrigkeit von Gott her ist, pervertiert wird in das Tier aus dem Abgrund und ein gesetzloser Mensch in seiner eigenen Potenz sich zum Gesetz aller Dinge des Staatslebens emporschwingt. In diesem Falle gilt diesem gegenüber kein Gesetz. Hier ist das Recht bis in seine letzten Positionen hinein aufgelöst, und jetzt haben alle Träger der Gewalt, soweit sie das noch können, und alle Träger irgendwelcher Autorität die Pflicht, von ihrer Gewalt aus das Recht neu aufzurichten. Das Schwertamt, das die Obrigkeit trägt, ist nicht nur Schwertamt des einen, der jetzt wütet und das Volk tyrannisiert, sondern es ist in die Hand aller derer gegeben, die sowohl mit der Gewalt als auch mit dem Recht umzugehen wissen. Hier kommen wir zu Gedanken, die dann stärker bei CALVIN herausgebildet sind, daß der Magistratus bzw. die Fürsten im Falle, daß der Tyrann in solch einen Abgrund der Rechtlosigkeit stürzt, an seiner Stelle das Recht aufzurichten haben im Sinne einer aristokratischen Demokratie. Ich darf vielleicht an diesem Punkt schließen. Ich denke, daß von da aus die grundsätzlichen Momente der protestantischen Haltung deutlich sind.

Zweierlei Recht

Ich darf noch einmal zusammenfassend sagen, daß wir kein aktives Widerstandsrecht kennen, wo es um den Glauben geht, sondern wir dann aufgerufen sind, alles zu leiden. Wir können nicht um des Glaubens willen eine fremde Macht etwa ohne weiteres zu Hilfe rufen. Es gibt auch eine solche Andeutung. Aber wir können nicht Bündnisse mit einer ausländischen Macht schließen, und wir haben es auch im Kirchenkampf nie erwogen, weil wir wußten, daß dieser Kampf nur dem Zeugnis des Evangeliums gilt. Eine ganz andere Situation ergibt sich aus den bürgerlichen Rechten und Pflichten. Hier im leidenden Gehorsam gegenüber dem Verfall des rechtlichen Staatsganzen zu verharren, wäre Ungehorsam. Hier haben wir geradezu als Membra, als Glieder dieser bürgerlichen Rechtsgemeinschaft, selbst den Kampf ums Recht aufzunehmen, und wir haben schließlich in dem Falle, daß es zur absoluten Perversion des Staates in die Anomia kommt, wo wir auch stehen, alle aufzurufen und zu ermahnen, daß sie von ihrem Schwertamt Gebrauch machen, um das Recht wiederherzustellen, das Volk zu schützen und dadurch die anderen Völker zu schützen vor dem Unheil, das von solcher Rechtlosigkeit eines Volkes ausgeht.

Angewandt auf die wirkliche Situation, die wir vor uns haben, glaube ich also nach Maßgabe meiner Erkenntnis sagen zu müssen, wenn ein Kommandierender General am 9. November 1938 erklärt hätte, daß er jetzt in Vollmacht die obrigkeitliche Gewalt über seinen Wehrkreis übernimmt, weil jüdische Staatsbürger, ohne daß sie irgendeine Schuld hatten, ihres Eigentums, ihrer Freiheit und teilweise ihres Lebens beraubt wurden, und wenn er die Räuberbanden eingesperrt hätte, diese SA-Leute, die sich an den jüdischen Staatsbürgern vergingen, dann hätte er im echten aktiven Gehorsam eines protestantischen Christen gehandelt, denn er hätte wahrgemacht, was in Römer 13 steht, daß die Gewalt dazu berufen ist, die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen, daß Gewalt aber aufhört, ihre göttliche Anordnung zu verwirklichen, wenn die, die ins Gefängnis gehören, auf der Straße frei herumlaufen, und die, die zum Aufbau des Staates berufen sind, ins Gefängnis geworfen werden.

In dem Moment, wo die Gewalt diese ihre Sendung nicht mehr ernst nimmt und nicht mehr durchführt, verliert sie ihr Recht und pervertiert zur bloßen Violentia und wird nicht mehr menschliche Gewalt, d. h. die wir mit Würde und Adel durchzuführen haben, um den Unterschied von Gut und Böse aufrechtzuerhalten, sondern wird eine Funktion des Bösen. Wenn der Staat zuläßt, daß der Übermensch, der glaubt, jenseits von Gut und Böse zu leben, zum Prinzip des politischen Wesens erhoben wird, dann gibt er sich selber auf.

Zu spät eingegriffen

Wenn man infolgedessen nun auf den letzten Fall sieht, den wir hier vor uns haben, so können wir gerade im Hinblick auf die Männer des 20. Juli von der evangelischen Glaubensauffassung her ihnen höchstens den Vorwurf machen, daß sie zu spät eingegriffen haben. Man wird es ihnen aber nicht als Schuld anrechnen dürfen, daß Erwägungen über einen gewaltsam herbeizuführenden Wechsel in der Staatsführung in den Kreisen der politischen und militärischen höchsten Beamten des Dritten Reiches von da an ernsthaft erwogen wurden, als deutlich wurde, daß die Staatsführung unter Adolf Hitler einen ungerechtfertigten Krieg vorbereitete.

Luther erklärt direkt in seinen Thesen, daß man für dieses Tier nicht „kriegen" dürfe bei dem Verlust seiner ewigen Seligkeit. Man wird für das Zuspätkommen jener Männer

erklärend und entschuldigend anführen können, daß die reformatorische Lehre von einem gebotenen Widerstand der Christen innerhalb der evangelischen Kirche seit langem in Verfall geraten war durch den politischen Absolutismus und den kirchlichen Pietismus, so daß sie gänzlich zurückgetreten ist hinter der anderen Lehre vom leidenden Gehorsam. Wenn aber schließlich in dem Augenblick, da deutlich wurde, daß alles verloren war und das Chaos einzubrechen drohte, Männer aus dem Kreis der Widerstandsbewegung sich entschlossen, unter dem formellen Bruch eidlicher Verpflichtung und mit Gewalt den Inhaber der obersten Staatsgewalt zu beseitigen, so haben sie damit ein Zeichen aufgerichtet für echte, christliche und politische Verantwortung, welches der Ansatz sein könnte zu einer Neubesinnung auf das Recht und die Grenzen der politischen Gewalt.

Die Tatsache, daß dieses Unternehmen vom Mißerfolg begleitet war, besagt wenig gegenüber der geistigen Bedeutung ihrer Tat. Vielleicht darf man es als eine Fügung Gottes ansehen, daß der Mißerfolg ihre Tat als ein reines Opfer erscheinen läßt, welches in den geistlichen und sittlichen Bezirken unseres Lebens größere Bedeutung haben wird, als wenn das Attentat gelungen wäre. Wir haben als Christen nicht über den politischen Ertrag dieses Einsatzes zu befinden, auch nicht über die politischen Konsequenzen, wohl aber über die Aufgabe, die sittliche Bedeutung der hier sichtbaren Staatsgesinnung als Ansatzpunkt für einen echten Neubau unseres bis in den Grund hinein zerrütteten politischen Denkens zu würdigen.

Ich darf schließen mit den Worten von LUTHER in seiner Schrift: „Warnung an seine lieben Deutschen."

„Man muß nicht alles aufrührerisch sein lassen, was die Bluthunde aufrührerisch heißen, denn damit wollen sie aller Welt das Maul und die Faust binden, daß sie niemand weder mit Predigten strafen noch mit der Faust sich wehren sollen und sie ein offen Maul und freie Hand behalten. Wollen also durch den Namen der Aufruhr alle Welt schrecken und fangen, sich selbst aber trösten und sicher machen. Nein, lieber Gesell, man müßte dir die Definition und Deutung anders vorlegen. Aufruhr ist nicht, wenn einer wider das Recht tut, sonst müßten alle Übertretungen des Rechtes Aufruhr heißen, sondern der heißt ein Aufrührer, der die Obrigkeit und Recht nicht leiden will, sondern greift sie an und streitet wider sie und will sie unterdrücken und selbst Herr sein und selbst Recht stellen, wie der MÜNZER tat. Das heißt recht ein Aufrührerischer, daß also die Gegenwehr wider die Bluthunde nicht aufrührerisch sein kann."

(Sondernummer des „Parlament" a.a.O.)

4. WIDERSTANDSPFLICHT — NICHT WIDERSTANDSRECHT

von Professor D. ERNST WOLF

1. Zum Problem des Widerstandes:

Ich muß auf die merkwürdige Tatsache hinweisen, daß drei Jahrhunderte lang, von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, das Problem des Widerstandsrechts als ein religiös-theologisches im Vordergrund der abendländischen Staatstheorie stand. In diesem Zusammenhang und innerhalb dieser drei Jahrhunderte gab es auf der einen Seite eine besondere katholische Traditon des Widerstandsrechts, auf der anderen Seite eine gemein-protestantische. Ich rede mit Absicht von gemein-protestantischer, weil ich hier gewisse Unterschiede zwischen den Konfessionen als spätere Eintragung ausklammern möchte. Es läge mir daran, das im einzelnen darzulegen. Der Nachweis dafür läßt sich

sehr exakt führen. Die gemeinprotestantische Auffassung gegenüber und im Unterschied von der kath. Auffassung begründet das Widerstandsrecht im juristischen Sinne innerhalb der Staatstheorie evangelischerseits nicht naturrechtlich, sondern im Anschluß an das positive Recht des ständischen staatlichen Gefüges, unter Aufnahme ganz bestimmter germanisch rechtlicher Motive. Ich will den Unterschied markieren mit folgendem Ergebnis: Man erklärte durchschnittlich dort, wo seitens der Juristen in bezug auf irgendeinen staatspolitischen Notstand von der Möglichkeit eines Widerstandsrechts, wohlgemerkt eines Widerstandsrechts, gesprochen wird, könnte von seiten des Evangeliums dagegen kein grundsätzlicher Einspruch erhoben werden; man wälzte damit die Verantwortung für das Handeln auf die juristische Entscheidung ab. Das ist der eine Satz.

Der Satz, der wichtiger ist in der Anwendung auf den vorliegenden Fall, ist der zweite; da wird nicht von einem Widerstandsrecht, sondern von einer Widerstandspflicht gesprochen. Im einzelnen ist die Widerstandspflicht in der evangelisch-theologischen Ethik verankert im Bereich der dem Christen zukommenden Pflichten gegenüber dem Nächsten. Es ist sehr charakteristisch, daß die besonders präzise Formulierung im 14. Artikel des schottischen Bekenntnisses jenen Satz „Der Tyrannis zu widerstehen", einfach in einer Aufstellung von sonstigen Pflichten im Bereich der Nächstenliebe rangieren läßt. Er gehört, ganz selbstverständlich sozusagen, dazu, und in einer entsprechenden Weise hat auch im lutherischen Lager die Widerstandspflicht ihren Ort.

Das Wagnis des einzelnen

Wo der einzelne im Staate verpflichtet wird, den Gehorsam gegenüber der Staatsherrschaft in den Akt einer mehr oder minder formulierten Anbetung, d. h. also in den Akt der vollständigen Eingliederung in eine Weltanschauung umzuwandeln, wird auch von einer Widerstandspflicht des einzelnen gesprochen. Diese Widerstandspflicht des einzelnen kann darüber hinaus, daß sie festgestellt wird, freilich nicht mehr näher kasuistisch umrissen werden. Es ist schlechterdings nicht möglich, hier nach Regeln zu fragen: Wo beginnt es? Wo hört es auf? Es ist auch hier nicht einmal möglich, nach der Erlaubtheit oder Unerlaubtheit bestimmter Mittel zu fragen. Es ist höchst charakteristisch, daß Luther selbst, der ja bekanntlich gegenüber allem Widerstand schwere Bedenken hatte, für diesen Fall für seine Person den Satz sprechen kann „wenn ich einen Aufruhr anzetteln könnte, würde ich es tun".

Infolgedessen würde z. B. auch eine, wie man sagt, theoretisch, auf die Sache gesehen, aber abstrakt (das ist ein erheblicher Unterschied) vorgenommene Unterscheidung etwa von Hochverrat und Landesverrat in diesem moral-theologisch anvisierten Fall überhaupt nicht unterzubringen sein. Eine solche abstrakte Unterscheidung erscheint dem Moral-Theologen als ein überaus billiges Argument, weil nämlich der in abstracto ganz einwandfreie Hochverräter und der in abstracto ganz einwandfreie Landesverräter im konkreten Handeln nicht in dieser Weise geschieden werden können.

Ich gebe zu, daß immerhin unter Anwendung der bestimmten strafrechtlichen Entscheidungen, ein Mehr oder Minder nach der einen oder anderen Seite hin im Einzelfall festgestellt werden könnte. Aber eine Unterscheidung, die in so komplexen Fällen etwa Hoch- und Landesverrat wirklich trennen wollte, läßt sich hier, innerhalb des evangelischen Predigens von einer Widerstandspflicht gegenüber gesetzlosem Zustand, schlechterdings nicht unterbringen; sondern hier entscheidet lediglich das Wagnis des einzelnen auf Grund seiner Erkenntnis der Lage, ein Wagnis, das er mit dem vollen Einsatz seines ganzen Seins und — um mit Luther zu sprechen — „seiner Seelen Seligkeit" unternehmen muß.

2. Die Frage des Eides und der Eidverpflichtung.

Hier kann ich mich ganz kurz fassen. Aus Anlaß der ersten Vereidigungen zu Beginn des Dritten Reiches hat ein großer Teil der evangelischen Kirche, der sich damals unter der vorläufigen Kirchenleitung der damaligen evangelischen Kirche gesammelt hatte, zu dem ausschließlichen, an die Person ADOLF HITLERS gebundenen Eid Stellung genommen und diese Stellungnahme in einer öffentlichen Erklärung niedergelegt. Diese Stellungnahme, die so etwas wie eine kirchliche Eidesbelehrung darstellte, hat vor allem den Hinweis auf die Grenzen des Eides zum Ziele gehabt. Das hat sich aus der Situation ergeben. Dazu ist damals eine Erklärung abgegeben worden. Diese Erklärung lautet: „Der unter Anrufung Gottes dem Führer ADOLF HITLER geleistete Eid gibt der Treue- und Gehorsamsverpflichtung den Ernst der Verantwortung vor Gott und damit ihre rechte Begründung. Er schließt durch die Berufung auf Gott ein Tun aus, das wider das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes ist. Damit halten wir uns an das Wort des Herrn: ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist' und an die apostolische Auslegung: ‚Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen' und ‚Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat'". Diese Auffassung ist dann durch die Bekenntnisnote der evangelischen Kirche der altpreußischen Union am 5. 3. 1935 noch einmal unterstrichen worden mit dem Satz: „Jeder Eid wird vor Gottes Angesicht geleistet und stellt die in ihm übernommene Verpflichtung unter die Verantwortung vor Gott. Der Eid findet seine Grenze darin, daß allein Gottes Wort uns unbedingt bindet."

Auch diese Erklärung war für das Verhalten mancher unter den Leuten des Widerstandes wichtig, weil sie hier zwar nicht, wie das innerhalb der katholischen Moral-Theologie möglich ist, sozusagen einen Dispens gegenüber dem Eid erhielten oder auch nur einen partiellen Dispens, weil sie aber darauf aufmerksam gemacht wurden, daß aus der Entscheidung des christlichen Gewissens heraus auch eine formelle Verletzung des Eides moralisch möglich und tragbar ist, wobei selbstverständlich bei dieser Verletzung zugleich alle irgendwie strafrechtlich damit verbundenen Folgen mit in Kauf genommen werden müssen.

(Sondernummer des „Parlament" a.a.O.)

5. GUTACHTEN ÜBER DIE STELLUNG DES OFFIZIERSKORPS ZUM 20. JULI 1944

von Generalleutnant a. D. HELMUT FRIEBE

(Remerprozeß)

. . . Die Wehrmacht und ihr Offizierskorps, zu Treue und Gehorsam erzogen, durch den Fahneneid dem Obersten Befehlshaber verpflichtet, stand in den dem Attentat vorausgehenden Monaten in schwersten Abwehrkämpfen nicht nur an der Ostfront, sondern auch an der Invasionsfront im Westen und in Italien. Weit von der Heimat entfernt, gar nicht in der Lage, die Dinge dort zu überblicken, sah der Soldat seine alleinige Aufgabe darin, den Feind von der schon durch Luftangriffe so schwer leidenden Heimat fernzuhalten. Vor dieser alles beherrschenden, überaus schweren Aufgabe hatten für den Frontoffizier alle anderen Fragen zurückzutreten. Ich möchte es ganz klar aussprechen, daß der Frontoffizier bei den dauernden schweren Kämpfen und ununterbrochenen Belastungen gar keine Möglichkeit hatte, die Dinge außerhalb seines örtlichen Bereiches zu übersehen . . .

Aber nicht nur der an der Front kämpfende Soldat, sondern auch die in der Heimat stehenden militärischen Einheiten und Dienststellen hatten im allgemeinen, ebenso wie das gesamte Volk, keinen so klaren Einblick in die Dinge, daß das Verbrecherische des Regimes ohne weiteres erkannt werden konnte . . .

In der Situation der überaus schweren Abwehrkämpfe erreichte die Front die Nachricht vom Attentat des 20. Juli! Daß der Schock, den diese Nachricht an der Front auslöste, nicht damals bereits zum Zusammenbruch führte, ist wohl der schlagendste Beweis für die Disziplin und das Verantwortungsbewußtsein der Frontkämpfer . . . Als langsam die Namen der hohen und höchsten Offiziere bekannt wurden, die führend an dem Attentat beteiligt waren, da stutzte so mancher und fing an, sich Gedanken zu machen. Männer . . . wie der Generaloberst BECK, der Generalfeldmarschall VON WITZLEBEN, der Generaloberst HOEPNER, der Generalquartiermeister General WAGNER und der Generalleutnant VON HASE waren für das Offizierskorps der Begriff des militärischen Vorbildes . . . Wenn diese überragenden Soldaten in ihrer bekannten christlichen und vaterlandsliebenden Einstellung hinter dem Attentat standen, dann mußte dies besondere Gründe haben und war nicht einfach mit Worten wie Eidbrüchige und Vaterlandsverräter abzutun . . .

Die Erkenntnis kam erst nach Jahren

Inzwischen sind sieben Jahre vergangen! In diesen Jahren nach dem Zusammenbruch erst erfuhr der Frontkämpfer, was wirklich geschehen war, als er, selbst weit von der Heimat entfernt, für Volk und Vaterland kämpfte. Viele Prozesse, Dokumente und Veröffentlichungen öffneten ihm die Augen. Daraus ergaben sich für ihn neue Erkenntnisse. Jetzt erst wurde es ihm bewußt, daß das Regime und dessen Repräsentant Volk und Vaterland ins Verderben geführt, Deutschland zum Trümmerfeld und es zum Paria unter den gesitteten Nationen der Welt gemacht hat. Er mußte als wahr erkennen, daß das Regime sich angemaßt hatte, Gott und die von ihm geschaffene Welt zu korrigieren, indem es versuchte, eine ganze Rasse auszurotten, mußte erkennen, daß Tausende eigener Volksgenossen, ja selbst eine große Zahl seiner eigenen Kameraden ermordet worden waren . . .

Jetzt erst kam die Masse des Offizierskorps zur Erkenntnis der dilettantenhaften militärischen Führung durch HITLER, der seine höchsten militärischen Ratgeber ausgeschaltet hatte und dessen „Führungskunst" — je ernster die Lage wurde —, sich im Halten der Stellung um jeden Preis erschöpfte. Dadurch hat er der Front Verluste auferlegt, die bei einer einsichtigen und sachgemäßen Führung in diesem Ausmaße nicht notwendig gewesen wären. Schließlich wurde es der Frontgeneration jetzt erst bewußt, daß HITLER sich entschlossen hatte, die Nation mit sich und seiner Bewegung in den Abgrund zu reißen.

All dies hatten aber die Männer des 20. Juli, weiter blickend und klarer sehend als der an der Front kämpfende Soldat, schon seit langem erkannt. Und wir Soldaten sollten heute dankbar sein, daß sich unter diesen Männern eine große Anzahl unserer Kameraden befand, die führend und bereit waren, ihr Leben für die Befreiung unseres Volkes von einem unmoralischen und verantwortungslosen Regime einzusetzen in der Hoffnung, noch unter erträglichen Bedingungen den für Deutschland schon damals verlorenen Krieg beenden zu können.

Generalleutnant a. D. Dr. HANS SPEIDEL, . . . im Jahre 1944 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B, deren Oberbefehlshaber der Generalfeldmarschall ROMMEL war, selbst mit den Widerstandskämpfern in Verbindung, gibt rückblickend in seinem Buch „Invasion 1944" eine Schilderung der ganzen Situation, wie sie wohl auch die am Attentat

beteiligten Soldaten gesehen und die für ihren Entschluß bestimmend war. Er schreibt: „Unter den Erschütterungen der militärischen und politischen Lage hatte sich auch die Struktur der Wehrmacht, ihr inneres Gefüge, grundlegend geändert. HITLER hatte am 2. August 1934 den Oberbefehl über die Wehrmacht übernommen und seine Verpflichtung in folgendem Brief vom 20. August 1934 an den damaligen Generaloberst VON BLOMBERG festgestellt:

„Heute nach der erfolgten Bestätigung des Gesetzes vom 2. August will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht Dank sagen für den mir als Ihrem Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueeid. So, wie die Offiziere und Soldaten sich dem neuen Staat in meiner Person verpflichteten, werde ich es jederzeit als meine höchste Pflicht ansehen, für den Bestand und die Unantastbarkeit der Wehrmacht einzutreten in Erfüllung des Testamentes des verewigten Generalfeldmarschalls und getreu meinem eigenen Willen, die Armee als einzigen Waffenträger in der Nation zu verankern."

Er hat dieses „Gelöbnis", das er auch dem Reichspräsidenten VON HINDENBURG abgegeben hatte, bis zum 4. Februar 1938 im großen gehalten und eine Politisierung des Heeres abgelehnt. Er hielt sich auch in den ersten Jahren nach der „Machtübernahme" im Urteil über alles Militärische zurück.

HITLER hat sein Versprechen gebrochen

Der Herrschaftsanspruch der SA war durch die Ereignisse des 30. Juni 1934 vereitelt. 1937 aber begann der Reichsführer SS HEINRICH HIMMLER mit der Bewaffnung von SS-Einheiten, die zu dem Dualismus Heer — Waffen-SS und zu der politischen und militärischen Führungsforderung der SS geführt hat.

HITLER hattte sein Versprechen gegenüber dem „alleinigen Waffenträger" gebrochen. Die Waffen-SS bekam die Vorrechte einer Prätorianergarde und war als künftiges Friedensheer gedacht. Die Stärke dieses Staates im Staate, dieses Heeres im Heere, betrug bei Kriegsende 700 000 Mann *.

Das Übergewicht der geschichtlichen Kräfte im Heere endete am 4. Februar 1938 mit dem Versuch der Diffamierung des Generaloberst FREIHERR VON FRITSCH und der Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht durch HITLER. Eine gefährliche Selbstbescheidung der militärischen Führer begann. Auch sie waren wie die Persönlichkeiten auf allen öffentlichen Gebieten Kinder ihrer Zeit, die nicht alles sahen, was sie später erkennen mußten. Die traditionellen Tugenden des Heeres wurden in zunehmendem Maße geschickt und skrupellos mißbraucht. Nur Generaloberst BECK unternahm es, besonders 1938, wiederholt, unter Einsatz seiner Stellung und seiner Person, dem verhängnisvollen Treiben eines zum äußersten entschlossenen Staatsoberhauptes Einhalt zu gebieten. Der außenpolitische Erfolg HITLERS in München, zu dem ihm die Alliierten verholfen hatten, schlug ihm und seinem Nachfolger HALDER die Waffen aus der Hand.

Mit Kriegsbeginn, vor allem aber seit 1941, strebte HITLER darauf hin, aus dem Heer eine „politische Organisation" zu machen ... Die Mehrzahl der Offiziere aller Dienstgrade, vor allem die Masse der Generalstabsoffiziere, stellte sich innerlich sowohl gegen die Politisierung des Heeres, die zu einer Erschütterung der Vertrauensgrundlage zwischen Führung und Truppe führen mußte, als auch gegen die militärische „Führung" durch HITLER. Hinzu kamen Willkür und Übersteigerung HITLERS, die nicht nur in den Kommissar- und Kommandobefehlen ihren verhängnisvollen Ausdruck fanden, sondern auch in der Handhabung der militärischen Gerichtsbarkeit. Der Winter 1943/44 brachte als neue Überraschung die Einführung der nationalsozialistischen Führungsoffiziere ...

* Anm. der Bearb.: nach neuesten dokumentarischen Unterlagen etwa 900 000.

Mit der Einbeziehung des Heeres in das Labyrinth der Parteipolitik, mit der Zerstörung von Treue und Glauben durch die Einrichtung des nationalsozialistischen Führungsoffiziers, mit der Unterhöhlung jeder Autorität wurde das innere Gefüge des Heeres und sein äußeres Aussehen brüchig . . .

Die militärischen Führer aller Grade teilten sich in drei Gruppen: die Nur-Soldaten des blinden Gehorsams, der Gutgläubigkeit und auch der Bequemlichkeit, — die Parteisoldaten des Ehrgeizes und der Konjunktur — die denkenden Soldaten mit dem Ethos der Vaterlandsliebe . . .

Vor dem Kriege hatte eine bedeutende Gruppe von Offizieren, hauptsächlich aus dem Generalstab, die Außen- und Innenpolitik Adolf Hitlers mißbilligt. Sie hat nach vielen Unterlassungssünden (z. B. stillschweigende Hinnahme der Ermordung der Generale von Schleicher und von Bredow am 30. Juni 1934) im Jahre 1938 einzugreifen versucht. Nach der Beseitigung der Generalobersten Freiherr von Fritsch und Beck fehlten nicht etwa nur der zielbewußte Wille zu einer Opposition, sondern auch Macht und Möglichkeiten. Volk und Wehrmacht hatten sich bis zur Jahreswende 1937/38 mit den von Hitler gestellten Forderungen, die auf dem Wege der Außenpolitik friedlich zu verfolgen waren, in vollem Recht gefühlt. Dem unbestreitbaren Erfolge Hitlers in München folgte der Abschluß eines Freundschaftspaktes mit Frankreich am 6. Dezember 1938. Nur wenige ahnten, daß Hitler sein Wort nicht halten werde und den Krieg wollte.

Während des Krieges war das Problem für die militärischen Führer wesentlich schwieriger. Die Soldaten haben in ihrer überwältigenden Mehrheit an der Front einen guten Kampf gekämpft. Es wäre sachlich ungerecht und politisch kurzsichtig, dem deutschen Soldaten die Achtung versagen zu wollen, die bei allen Kulturvölkern auch der gegnerische Kämpfer genossen hat. Das Urteil der Weltgeschichte ging immer über augenblickliche Verdammungen eines unterlegenen Gegners hinweg . . .

Das Offizierskorps der Reichswehr war nach 1920 bewußt unpolitisch gehalten worden, sowohl aus der Forderung der Staatskonstruktion als auch aus dem Sicherheitsbedürfnis der führenden Männer heraus. Das Fernhalten von der Politik führte aber meist nicht zur klaren Trennung von Parteipolitik und wahrer Politik. Notwendige Erfahrungen konnten nicht gesammelt werden; eine gesunde Urteilsbildung wurde versäumt.

Sicher haben die höchsten Führer im Kriege nicht immer den Gehorsam gegenüber Gott und dem Gewissen und den Gehorsam gegen Menschen unterscheiden können. Diese Unsicherheit bleibt aber nicht auf Deutschland beschränkt.

Eine „Gehorsamsverweigerung" und die Vorbereitung eines Staatsstreiches bedurften für die höchsten Führer und nur für diese eines besonderen Einblicks und Weitblicks und einer „metaphysischen Zivilcourage".

Schwerste innere Kämpfe

Die Entscheidung wäre unseren besten Männern leichter geworden, wenn nicht die in Casablanca beschlossene Forderung der bedingungslosen Kapitulation ein gerade für Soldaten psychologisch schwer zu bewertendes Hindernis aufgestellt hätte".

Soweit Generalleutnant Dr. Speidel!

Die am Attentat beteiligten Soldaten haben sich, sicher unter schwersten inneren Kämpfen und Konflikten aus tiefem Verantwortungsgefühl und wahrer Vaterlandsliebe zu dieser Entscheidung durchgerungen. Dazu kam als ausschlaggebend die militärische Lage. Generalfeldmarschall Rommel formulierte seine Gedanken in einem Vortrag bei Generalfeldmarschall Keitel im Juni 1944 etwa folgendermaßen:

„Bei der reißenden Verschlechterung der Lage ist ein totaler Sieg, von dem HITLER heute noch sprach, absurd, die totale Niederlage ist zu erwarten. Es ist daher mit allen Mitteln und unter Verzicht auf bisher Erreichtes und unter Aufgabe aller Wunschträume anzustreben, den Krieg zunächst im Westen unverzüglich zu beenden, um die Front des Ostens zu halten, Deutschland aber vor dem Chaos, vor allem vor der völligen Zertrümmerung durch den feindlichen Luftkrieg zu bewahren."

Noch am 15. Juli berichtet ROMMEL in einer Denkschrift an HITLER über den Ernst und die Hoffnungslosigkeit der Lage . . . (vgl. S. 97 f.)

Es war alles vergebens. So sahen die Männer des 20. Juli nur noch den Weg in der Beseitigung des Mannes, der Volk und Vaterland in das Verderben führte, und sie schritten zur Tat.

Einer der reinsten und leidenschaftlichsten Kämpfer gegen HITLER, Generalmajor VON TRESCKOW, ein überragender Geist, setzte seinem Leben am 21. Juli als Chef des Generalstabes der 2. Armee im Osten ein Ende, um den Henkern zu entgehen. In seinem Vermächtnis, in dem er sich zum Sprecher der am Attentat beteiligten Offiziere macht, steht: „Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, daß wir recht gehandelt haben. Ich halte HITLER nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor dem Richterstuhl Gottes stehen werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und über mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen HITLER getan habe. Wenn Gott einst ABRAHAM verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessoshemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben!"

Zwischen Treueid und Vaterlandsliebe

Haben nun diese vorher skizzierten Erkenntnisse, die uns nach dem Zusammenbruch bekannt wurden, die Einstellung des ehemaligen Offizierskorps zum Attentat vom 20. Juli geändert? Ich glaube, diese Frage mit einem klaren „Ja" beantworten zu können und will versuchen, es zu beweisen.

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß im vergangenen Herbst durch Äußerungen des „provisorischen Vorsitzenden" des neugegründeten „Verbandes deutscher Soldaten" zu den Vorgängen des 20. Juli, in Sonderheit zum Verhalten der dabei beteiligten Offiziere, ein Sturm der Entrüstung durch die Presse ging, der auch im Kreise der alten Soldaten zu erregten Debatten führte. Der durch die Landes- und Traditionsverbände der ehemaligen Soldaten erzwungene Rücktritt des „provisorischen Vorsitzenden" zeigt ganz eindeutig die nunmehrige Einstellung zum 20. Juli.

Der Vorsitzende des „Bundes versorgungsberechtigter Berufssoldaten", dem wohl die große Masse der ehemaligen aktiven Offiziere angehört, Admiral HANSEN, sah sich bereits im März 1951, besorgt um den Frieden in den eigenen Reihen, veranlaßt, zu dem Problem des 20. Juli Stellung zu nehmen. Er kam zu folgender Formulierung, die versuchte, die Kluft zwischen den verschiedenen Auffassungen zu überbrücken.

„Der Riß, der durch den 20. Juli 1944 in unsere Reihen gebracht ist, muß überbrückt werden. Der eine von uns ist seinem Eid treu geblieben, der andere hat in weitgehender Kenntnis aller Vorgänge die Treue zu seinem Volk über die Eidespflicht gestellt. Keinem ist aus seiner Einstellung ein Vorwurf zu machen, wenn nicht Eigennutz, sondern ein

edles Motiv sein Handeln bestimmt hat. Aus dieser Anerkennung des Motivs folgt, daß man Verständnis für die Handlungsweise des anderen aufbringen muß!" ...

Durch die Äußerungen des provisorischen Vorsitzenden des „Verbandes deutscher Soldaten" im Herbst 1951 wurde die Kluft auch in den Reihen des alten Offizierskorps aufgerissen. Ich selbst habe damals den Standpunkt vertreten, daß es als Einverständniserklärung gedeutet werden könnte, wenn man diese Äußerung widerspruchslos hinnimmt. Meinen dem provisorischen Vorsitzenden entgegengesetzten Standpunkt hat die „Neue Zeitung" am 24. 10. 51 veröffentlicht, und ich habe meine dort niedergelegte Fassung auch zur Grundlage dieses Gutachtens gemacht. Denn ich erhielt auf Grund meiner Veröffentlichung eine große Anzahl von Zuschriften aus den Reihen des alten Offizierskorps, die sich, mit einer einzigen Ausnahme, durchweg zustimmend dem von mir vertretenen Standpunkt anschlossen.

Diese fast 100prozentige Zustimmung darf ich wohl als Gradmesser für die jetzige Auffassung der überwiegenden Mehrheit des ehemaligen Offizierskorps werten. Ich will noch anführen, daß auch der Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern des „Bundes versorgungsberechtigter Berufssoldaten" Herr Generaloberst a. D. Ruoff für seine Person meiner Stellungnahme voll beigetreten ist, wenn er auch wegen der Kürze der Zeit nicht in der Lage war, darüber einen Beschluß des Vorstandes herbeizuführen.

Zur Untermauerung meiner Ansicht, daß sich die Auffassung des ehemaligen Offizierskorps zum Attentat des 20. Juli nach dem Zusammenbruch geändert hat, will ich noch einige weitere Stimmen ehemaliger Offiziere aus Literatur und Presse anführen.

Generalmajor a. D. Dethleffsen in „Armee ohne Pathos":

„Es wird notwendig sein, daß die ehemaligen Soldaten eine klare Stellung zu dem Problem des 20. Juli beziehen. Dazu ist zu sagen, daß im Grunde nur wenige sich in ihrem Inneren mit der eigentlichen Problematik des 20. Juli auseinanderzusetzen hatten und die Masse lediglich als Zuschauer den Ereignissen des 20. Juli beiwohnte. Diejenigen, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, am Putsch teilzunehmen, haben Verständnis für diejenigen, die ihr Gewissen zwang, einzugreifen. Der Kreis, der überhaupt vor dieses Problem gestellt war, war klein. Der große Kreis der anderen darf deshalb von sich aus nicht entscheiden, wo der „Hoch- und Landesverrat" beginnt, weil er nur gefühlsmäßig urteilen kann."

Major i. G. Helfer (ebenda) sagt:

„Weil hierin die Tragik des Geschehens vom 20. Juli liegt, kann man an diese Probleme nicht in der Form von Verfahren herangehen. Gerade die ehemaligen Soldaten sollten sich hüten, von einem Geist angesteckt zu sein, der dem Geist der Entnazifizierung gleicht. Es muß vielmehr der Durchbruch zu einer Auffassung vollzogen werden, die man als eine innere Amnestie bezeichnen kann.

Das Richten sollten — vor allem die Soldaten — der Geschichtsschreibung einer späteren Zeit überlassen und nicht fragwürdigen Kommissionen, die nur aus einem vorübergehenden Zeitgeist heraus urteilen können ... Es hat außerdem in den letzten Kriegsjahren unabhängig und ohne Verbindung zu den Männern des 20. Juli eine breite, jedoch nicht organisierte Schicht deutscher Soldaten gegeben, die der Notwendigkeit einer deutschen Staatsreform im Sinne der Abkehr von der Diktatur nicht verschlossen war, obwohl sie angesichts der feindlichen Forderung nach bedingungsloser Kapitulation dem Hitlerreich bis zur letzten Stunde loyal gedient hat."

Der General der Flieger Dr. KNAUSS in der Zeitung „Die Zeit" vom 4. 10. 51:

„Es sollte heute nur noch eine klare Richtlinie geben: Ziehen wir entschlossen einen Strich unter die Vergangenheit bis 1945! Wir wollen keinem Soldaten vorwerfen, besonders nicht den jungen Jahrgängen und denen, die an der Front kämpften, daß sie hitlergläubig waren bis zum Zusammenbruch. Wir halten es auch für eine unzulässige Verallgemeinerung, „den Generalen" vorzuhalten, sie hätten nicht rechtzeitig das deutsche Volk von HITLER, den Nazis und der Gestapo befreit. Denn so einfach liegen die Dinge nicht.

Aber heute sollte es keine Entschuldigung mehr für die Gutgläubigkeit von damals geben, weder bei den jungen noch bei den alten Soldaten. Heute liegen für jeden, der sehen will, die politischen und militärischen Fehler offen zutage, mit denen HITLER das deutsche Volk in die Katastrophe trieb, aber auch die Verbrechen, mit denen man Schande über uns brachte.

Die Männer des 20. Juli haben sich aus ihrem christlichen Gewissen zu dem Entschluß durchgerungen, HITLER zu beseitigen. Die Verantwortung vor Gott und vor ihrem Volk stand ihnen höher als ihr Leben."

Weisheit ist nie populär

Oberst a. D. TESKE im „Rheinischen Merkur" vom 20. Juli 1951:

„Die Tat des 20. Juli 1944 und ihre Träger sind heute in weiten Kreisen unpopulär. Man könnte sich mit der billigen Erfahrung trösten, daß Weisheit noch nie populär war, weil sie stets nur wenigen zugänglich ist.

Die Problematik der soldatischen Anerkennung der Tat und der Träger des 20. Juli ist nur lösbar durch die Hintansetzung des beruflichen Gehorsams hinter die allgemeinen Pflichten gegenüber der Nation und Menschheit. Die Entscheidung zu diesem Schritt ist zunächst Aufgabe derer, die das Ganze überblicken. So waren dann auch in Vorbereitung und Durchführung der Auflehnung gegen die destruktive Führung des Dritten Reiches auf dem soldatischen Sektor fast ausschließlich Generale und Generalstabsoffiziere aus übersichtlichen Stellen beteiligt." ...

Ich habe diese aus Literatur und Presse herausgegriffenen Stellungnahmen zum 20. Juli hier angeführt, um zu zeigen, wie alte und junge Soldaten, hohe und niedere Dienstgrade um Klarheit und Erkenntnis ringen, und wie sie zu einer ganz anderen Beurteilung der Teilnahme von Soldaten am Attentat des 20. Juli kommen, als es die Ursache dieses Prozesses ist.

Ich komme nun auf den Treueeid des Soldaten zu sprechen und auf das heute viel diskutierte Problem der unbegrenzten oder begrenzten Bindung an den Eid.

Jeder Eid setzt bedingungsloses Vertrauen voraus! Ein Vertrauen, wie es in der alten Armee selbstverständlich war und wie es in einer Unterrichtsbesichtigung im preußischen Heer zum Ausdruck kam. Ein Soldat stellt die Frage: „Ich bin zur Bewachung von Kriegsgefangenen eingesetzt. Ich erhalte von SM. den Befehl, jeden zehnten Kriegsgefangenen zu erschießen. Wie soll ich mich verhalten?" Der Regimentskommandeur: „Ihre Frage ist müßig. Denn SM. wird einem deutschen Soldaten nie einen solchen Befehl geben."

Die Eidesformel des Soldaten in der Weimarer Republik lautete:

„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will."

(Zit. nach „Vollmacht des Gewissens" a.a.O., S. 119: die Herausgeber)

Die Eidesformel vom 1. 12. 1933 hieß:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich meinem Volk und Vaterland allzeit treu und redlich dienen und als tapferer und gehorsamer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

Im Gegensatz dazu am 2. 8. 1934 der Eid auf HITLER:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, ADOLF HITLER, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

Dem Wortlaut nach handelt es sich also hier um einen rein persönlichen Eid auf das Staatsoberhaupt.

Der Kommentar in den militärischen Handbüchern sagt zum Eide des Soldaten aber erläuternd und ergänzend: „Der Fahneneid ist die Verpflichtung des deutschen Mannes, bei seinem Eintritt in die Wehrmacht in feierlicher Form sich jederzeit mit Leib und Leben für den Führer, für Reich und Volk nach den ‚Pflichten des deutschen Soldaten' einzusetzen."

In diesen „Pflichten des deutschen Soldaten" — gültig vom ältesten General bis zum jüngsten Rekruten — heißt es in Nr. 2: „Die Ehre des Soldaten liegt im bedingungslosen Einsatz seiner Person für Volk und Vaterland bis zur Opferung seines Lebens!"

Soweit das geistige und moralische Gerippe, in das der Soldat durch Ableistung des Eides hineingestellt wurde. Wir Soldaten haben alle diesen Eid im guten Glauben geleistet und waren bereit, ihn zu halten. Und doch sahen sich Kameraden von uns durch ihr Gewissen und ihr Verantwortungsgefühl für Volk und Vaterland gezwungen, den geleisteten Eid, nicht etwa leichtfertig, sondern ganz bewußt und im Wissen um die möglichen Folgen zu brechen.

Nur rückblickend können wir zu einer gerechten Beurteilung kommen.

In der demokratischen Republik schwören wir den Eid auf das Staatsoberhaupt, das gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist. Wir schwören den Eid nicht auf einen FRITZ EBERT, PAUL VON HINDENBURG und ADOLF HITLER als solche, sondern wir schwören den Eid diesen Männern, als den vom Volke gewählten Staatsoberhäuptern und damit den Repräsentanten des deutschen Volkes *. So schließt meiner Ansicht nach der dem Staatsoberhaupt geleistete Eid zwangsläufig die Eidesverpflichtung gegenüber Volk und Vaterland ein, gleichgültig, ob das in der Eidesformel besonders zum Ausdruck kam oder nicht.

HITLER hatte am 30. Januar 1933 vor dem greisen Reichspräsidenten VON HINDENBURG geschworen, daß er seine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die ihm obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und seine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen will.

Staatsoberhaupt selbst eidbrüchig

Wie aber sollten wir uns verhalten, wenn das Staatsoberhaupt den dem deutschen Volk geleisteten Eid brach? Und das hat doch ADOLF HITLER in fortlaufenden Handlungen getan! Allein die Umwandlung der Demokratie in eine Diktatur war doch Verfassungsbruch in höchstem Maße ...

* Anm. der Herausgeber: In der Weimarer Republik wurde der Eid auf die Verfassung, nicht auf das Staatsoberhaupt geleistet.

Erstmalig in der langen Geschichte des deutschen Volkes stand ein Staatsoberhaupt an der Spitze der Nation, das von krankhaften Ideen besessen und an seine Unfehlbarkeit glaubend — auch das ist krankhaft — das Volk in das Verderben führte und es der Verachtung der gesitteten Welt preisgab.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß HITLER in der deutschen Geschichte eine einmalige Erscheinung ist und hoffentlich bleiben wird, und daß er kein Vorbild hat.

Allein aus dieser Erkenntnis können wir zu einer gerechten Würdigung der Motive der Männer des 20. Juli, in Sonderheit der daran beteiligten Soldaten und ihren Eidbruch kommen.

Auf der einen Seite sehen wir im ehemaligen Offizierskorps die „Nur-Soldaten", denen Eid unbedingt Eid ist und bleibt, deren Standpunkt wir durchaus würdigen und achten können, auf der anderen Seite die „Denkenden Soldaten", die in dem einmaligen besonderen Fall HITLER die begrenzte Eidespflicht für richtig und vertretbar halten.

Auch zu diesem Problem kann ich Stimmen ehemaliger Offiziere anführen.

Generalleutnant a. D. MAHLMANN vertritt in einem Artikel „Der Eid des Soldaten" folgende Auffassung:

„Zwei Auffassungen stehen sich gegenüber. Die der unbegrenzten und die der begrenzten Bindung an den Eid. HITLER, der den Eid auf seine Person forderte, hatte nicht wie die Masse der Eidesleistenden ein Gott verantwortliches Gewissen. Es wäre daher allenfalls ein weltlicher Eid — also ohne Anrufung von Gott — zu rechtfertigen gewesen. Der Begriff birgt zwar einen Widerspruch in sich selbst, war aber nach dem geltenden Recht möglich. Er stellt nichts anderes dar, als eine juristische oder ethische Verpflichtung, die nur innerweltliche Abrechnung kennt und nach Maßstäben, die vom Gesetz gegeben sind, oder die man sich selbst setzt, und die man darum jederzeit kündigen kann, wenn man nämlich erkennt, daß zwischen Recht und Gesetz ein unüberbrückbarer Abgrund besteht.

Der Soldat aber lebte im Autoritätsglauben, der einen Grundpfeiler der Monarchie in Deutschland gebildet hatte, mit dem später SEECKT die Reichswehr erfüllte, und der durch die Erscheinung HINDENBURGS neue Nahrung erhalten hatte. Und so gehorchte die Wehrmacht und schwor HITLER den geforderten religiösen Eid. Juristen und Theologen aber blieben im eisigen Schweigen und ließen den Soldaten ungewarnt sich in Konflikte verstricken." ...

Unter ihnen standen auch die Männer des 20. Juli. Sie hatten, soweit sie Soldaten und Beamte waren, dem Staatsoberhaupt die Treue geschworen, mußten aber dann sehen, wie eben dieses Staatsoberhaupt die Treue brach und die Nation in das Verderben führte. Band sie nun der Eid unter allen Umständen an die Person des Staatsoberhauptes oder durften sie das Wohl des Staates und Volkes — als das Primäre — über den Eid stellen?

Will man den Männern des 20. Juli gerecht werden — ich darf es noch einmal wiederholen — dann soll man nicht außer acht lassen, daß eine Erscheinung wie die HITLERS in der deutschen Geschichte erstmalig und hoffentlich einmalig war. Soldatisch gesprochen erfordern besondere Lagen besondere Mittel. Dieses Mittel sahen sie in der Tat des 20. Juli ...

Zusammenfassend gebe ich mein Gutachten, wie das ehemalige Offizierskorps zum Attentat des 20. Juli seiner Zeit stand und wie es heute dazu steht, indem ich mich der Klassifizierung des Generals SPEIDEL bediene, die aber kein Werturteil bedeuten soll, dahingehend ab: „Nur-Soldaten" lehnten das Attentat aus Gründen des soldatischen Gehorsams und der soldatischen Eidestreue, die zu den Grundlagen jeder militärischen

Disziplin gehören, ab, weil für sie Eid = Eid ist, und zwar bedingungslos ist! Die „Denkenden Soldaten" kamen durch den einmaligen Fall des 20. Juli, wobei es sich tatsächlich um Sein oder Nichtsein der Nation handelte und der Eidesträger — also das Staatsoberhaupt — eine tödliche Gefahr für sie wurde und war, zu der Auffassung, daß ein Eid unter besonderen ganz außergewöhnlichen Gegebenheiten seine Begrenzung finden darf.

Beide Standpunkte haben ihre volle Berechtigung. Keinem darf aus seiner Auffassung ein Vorwurf gemacht werden.

Der Ausnahmefall

Im Kriege überwog der Standpunkt der „Nur-Soldaten", die als Frontoffiziere allein ihre schwere Aufgabe sahen und sehen durften. Nach dem Zusammenbruch sind wohl sehr viele „Nur-Soldaten", wie ich aus vielen Veröffentlichungen, aus einer großen Korrespondenz und zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen Offizieren aller Dienstgrade feststellen konnte, zu „Denkenden Soldaten" geworden. Beide Gruppen stehen heute nebeneinander, die gegenseitigen Auffassungen würdigend und verstehend. Beide Gruppen erkennen in ihrer überwältigenden Mehrheit die in Wahrheit edlen und vaterländischen Motive der am Attentat des 20. Juli beteiligten Kameraden an. Die Wenigen, die die Auffassung des Herrn REMER vertreten, sind gegenüber der großen Masse der Anderen eine so verschwindende Minderheit, daß deren Stimme — mit welcher Lautstärke sie auch vorgebracht ist — keinerlei Beachtung verdienen sollte. Sie als die Stimme eines reaktionären Offizierskorps hinzustellen, das nichts hinzugelernt hat und nichts hinzulernen will, empfinden wir alten Offiziere als bitter und ungerecht.

Aus dem ehemaligen Geschehen des 20. Juli Folgerungen über den Eid, in Sonderheit für zukünftige deutsche Soldaten, ziehen zu wollen, ist verfehlt. Der Soldat hat den geschworenen Eid zu halten, und zwar bedingungslos!

Wie deutsches Soldatentum den Eidbruch eines Generals VON YORCK in der Vergangenheit nicht als Norm ansah, so darf der bewußte, und wir glauben, vertretbare Eidbruch der Männer des 20. Juli auch in Zukunft nicht als Norm angesehen oder als möglich zur Diskussion gestellt werden. Er ist als einmalig nur auf Grund tragischer Umstände in der jüngsten Geschichte unseres Volkes zu verstehen.

REMER sollte schweigen

Wenn in diesem Rahmen über die Möglichkeit eines Eidbruches überhaupt gesprochen werden muß, dann kann man ihn nur wahrhaften und aktiv handelnden Revolutionären, die auch Soldaten sein können, zubilligen, wenn sie aus höherer Einsicht und aus hohem Verantwortungsgefühl heraus zum Handeln gezwungen werden ...

Zum Schluß meines Gutachtens sei mir noch ein Wort über die Stellung des ehemaligen Offizierskorps zur Person des Herrn REMER gestattet:

Wir, seine ehemaligen Kameraden, haben es außerordentlich bedauert, daß das Schicksal im Juli 1944 diesen jungen Offizier vor eine Situation stellte, deren Folgen zu tragen wohl über eines Menschen Kraft gehen sollte. Es soll hier nicht beurteilt werden, ob sein Entschluß am 20. Juli richtig oder falsch war. Die Folgen seines Entschlusses waren aber solch furchtbare und haben soviel bestes deutsches Blut gekostet, daß wir alten Soldaten erwartet haben, daß ein Mann, dem das Schicksal solch eine Bürde bis an sein Lebensende zu tragen gab, dies erkennen und danach still und in großer Zurückgezogenheit leben würde. Daß Herr REMER diese Selbstbescheidenheit nicht aufbringt, dafür fehlt uns, seinen früheren Kameraden, jedes Verständnis!

(Sondernummer des „Parlament" a.a.O. und HERBERT KRAUS: a.a.O., S. 83 ff.)

Ein Blick auf die „Anklagebank" während einer der ersten Volksgerichtsprozesse gegen die Teilnehmer des 20. Juli. Im Vordergrund Botschafter v. Hassell, links davon Paul Lejeune-Jung. Beide hätten der geplanten neuen Regierung als Minister angehört.

Vor den Schranken des „Gerichts" stand neben Offizieren, Wirtschaftlern und Gelehrten als einer der Vertreter der katholischen Kirche Kaplan Wehrle. Er wurde hingerichtet, weil er sich weigerte, das Beichtgeheimnis zu brechen, unter dem ihm ein Verschwörer seine Absichten anvertraut hatte.

Wenn auch die Gestapo es nicht wahrhaben wollte, daß verschärfte Verhöre (lies: Martern und Torturen) angewandt wurden, so spricht dieses Bild mit den Spuren der Mißhandlungen eine deutliche Sprache. Der Gefolterte ist Oberst Graf von Marogna-Redwitz, früher Abwehroffizier in Wien.

Als interessierte Zuschauer NS-Prominenz in den sonst für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Verhandlungen des Volksgerichtshofes. In der Mitte (in Zivil) der Chef des berüchtigten Sicherheits-Dienstes (SD), KALTENBRUNNER. Wenig später stand er selber wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit vor dem Gericht in Nürnberg und starb in Landsberg einen Tod, den er schlimmer und qualvoller anderen hatte bereiten helfen.

GRAF MOLTKE, der Gründer des Kreisauer Kreises, vor dem Tribunal.

Die rechte Aufnahme zeigt, wie Generalfeldmarschall VON WITZLEBEN, mit Handschellen gefesselt, in den Verhandlungsraum gebracht wurde.

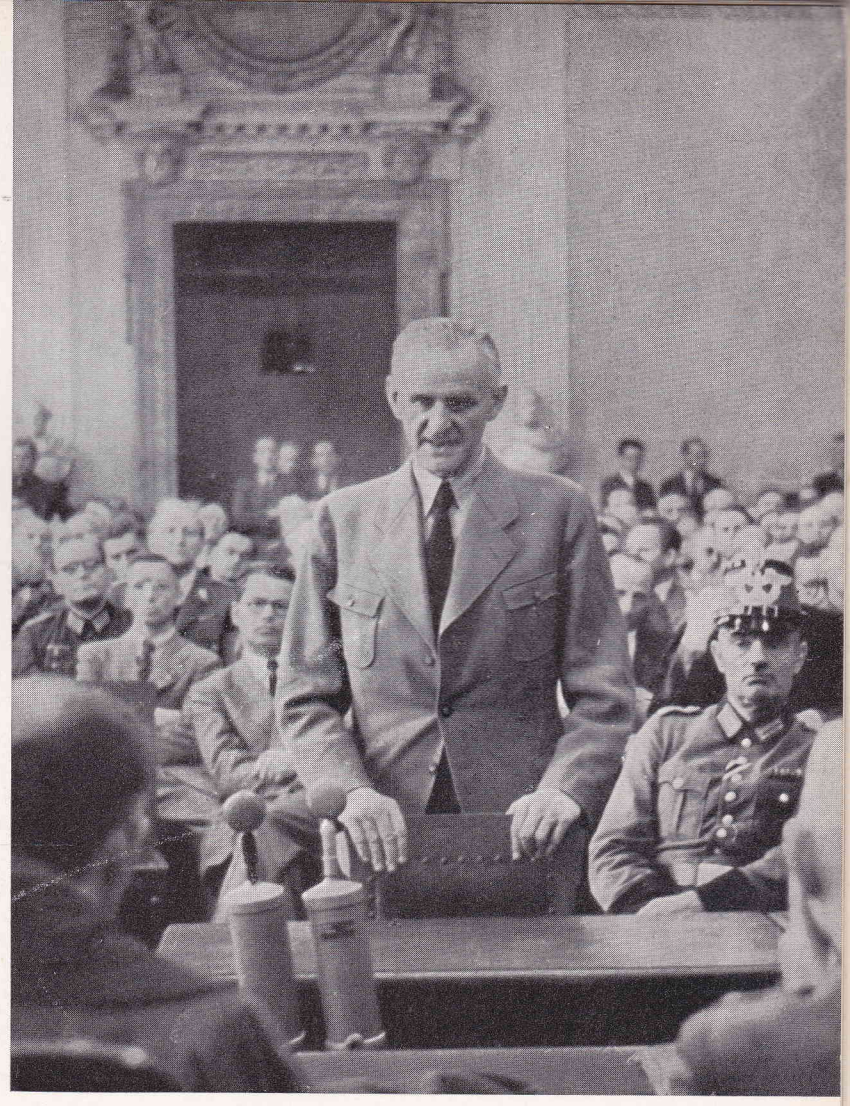
Im ersten Verfahren gegen die Widerstandskämpfer stand der greise Feldmarschall v. WITZLEBEN trotz der vorangegangenen Foltern in männlich - aufrechter Haltung vor den Schranken. Rechts neben ihm der Stadtkommandant von Berlin, Generalleutnant VON HASE.

Als Vertreter der Anklage hält Oberreichsanwalt LAUTZ als getreuer Diener der Hitlerjustiz eins seiner Plädoyers, die meist ohne viel Federlesens die Todesstrafe forderten.

Gesammelte Entschlossenheit

Wenig später tritt Kaplan WEHRLE dem NS-Richter ROLAND FREISLER mit überlegener Ironie entgegen: „Ich bin hierher gekommen, nach einer langen Bahnfahrt, dazu noch nüchtern. Dieses Forum hier ist dazu ja auch nicht gerade angetan, einen seelisch aufzuheitern . . ." (aus dem Film: „Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof")

Oberbürgermeister GOERDELER, nach seiner Flucht von der Wehrmachtshelferin HELENE SCHWÄRZEL in einem Restaurant erkannt und denunziert, vor dem Volksgerichtshof.



Rechtsanwalt Josef Wirmer (siehe Seite 217) vor Roland Freisler. Freisler: „Werden Sie hier nicht unverschämt, mit Ihnen werden wir schon fertig."

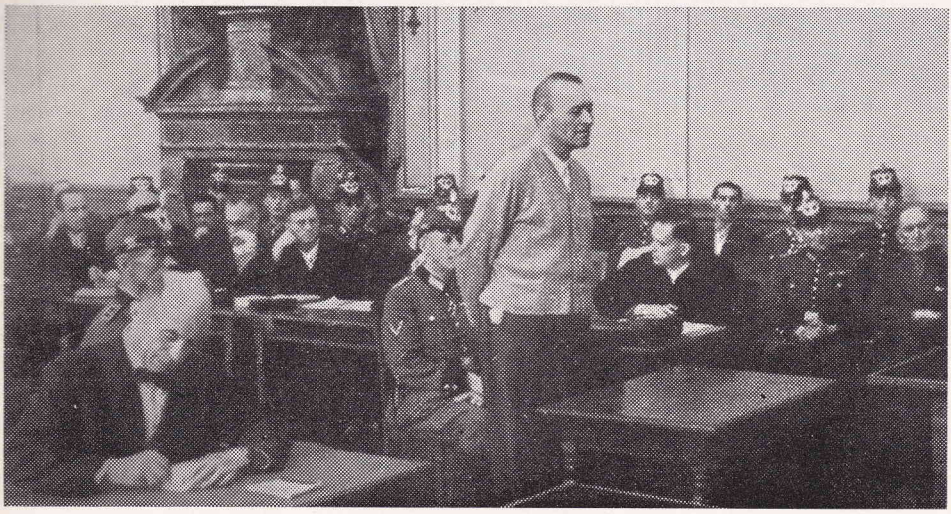
(Aus dem Film: „Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof".)

Generalleutnant Paul von Hase (siehe S. 332). Schon frühzeitig, d. h. vor dem Krieg, hatte er sich an Planungen zur Beseitigung des NS-Regimes beteiligt. In knappen militärischen Sätzen steht er auch hier zu seinem Handeln.

Dr. Otto Lenz, verstorbener Staatssekretär im Bundeskanzleramt, eng beteiligt am 20. Juli, erhielt vier Jahre Zuchthaus. Er war von Goerdeler als Staatssekretär in der Reichskanzlei vorgesehen.

Peter Graf Yorck von Wartenburg stand als einer der ersten nach dem 20. Juli vor dem Volksgerichtshof und erklärte dessen „Präsidenten" Roland Freisler: „Herr Präsident, ich habe bereits bei meiner Vernehmung angegeben, daß ich mit der Entwicklung, die die nationalsozialistische Weltanschauung genommen hatte ..." — Freisler — „nicht einverstanden war! Sie haben, um es konkret zu sagen, erklärt: In der Judenfrage paßte Ihnen die Judenausrottung nicht, die nationalsozialistische Auffassung vom Recht hätte Ihnen nicht gepaßt!" — Yorck von Wartenburg: „Das Wesentlichste ist, was alle diese Fragen verbindet, der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber."

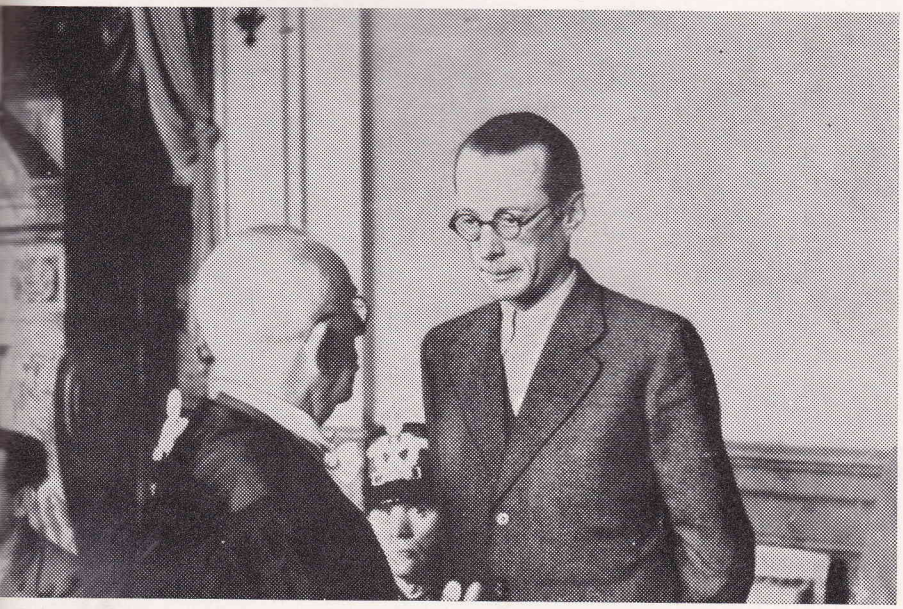
Legationsrat ADAM VON TROTT ZU SOLZ kam vor das Volksgericht, weil er im Auftrage der Widerstandsbewegung wichtige Verbindungen zum Ausland angeknüpft hatte.



Ohne Kragen, mit einer alten Strickjacke bekleidet, mußte sich Generaloberst ERICH HOEPNER vor seinen „Richtern" verantworten. Er wurde am 9. 8. 1944 hingerichtet.

Hier steht der alte Sozialdemokrat HERMANN LÜDEMANN vor FREISLER. LÜDEMANN war vor der Hitlerzeit Oberpräsident von Niedersachsen und nach dem Kriege Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Der 1944 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte Dr. EUGEN GERSTENMAIER als einer der Beteiligten am aktiven Widerstand gegen HITLER vor dem Volksgerichtshof.



Einer der Mitverschwörer des 20. Juli, GRAF SCHWERIN v. SCHWANENFELD. Als Augenzeuge in Polen hatte er den Terror der Gestapo und SS gegen fremde Völker kennen und verabscheuen gelernt (s. S. 216).

Der Präsident des „Volksgerichtshofes", Dr. ROLAND FREISLER, im Vollgefühl seines Machtbewußtseins, das er ohne Rücksicht auf juristische Gepflogenheiten gegen seine Opfer walten ließ. Wie durch ein Gottesgericht traf ihn während eines seiner Schandprozesse bei einem Fliegerangriff tödlich ein niederstürzender Balken. Die Diakonissin, die ihn in seinen letzten Minuten in einem Krankenhaus pflegte, war eine Schwester des von FREISLER dem Henker überantworteten GRAFEN BERNSTORFF. Neben FREISLER Gen. d. Inf. REINECKE, Chef des Allgem. Wehramtes und Chef des NS-Führungsstabes im OKW.

Robert Bernardis

Oberstleutnant im Generalstab, ermordet von der Nazi-Justiz am 8. 8. 1944 nach dem ersten Hauptprozeß.

Albrecht Graf von Bernstorff

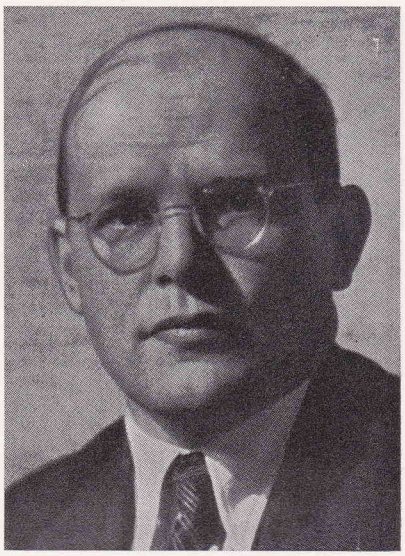
Botschaftsrat a. D., entschiedener Hitler-Gegner von Anfang an, geb. am 6. 3. 1890 in Berlin, am 23. 4. 1945 ermordet auf dem Ulap-Gelände.

Hasso v. Boehmer

Oberstleutnant i. G., einer der Mitverschworenen des 20. Juli aus dem Kreis um General v. Tresckow. Geboren am 9. 8. 1904, verhaftet am 20. 7. 1944 in Danzig, hingerichtet am 5. 3. 1945 in Plötzensee.

Hans Jürgen Graf Blumenthal

Major, geb. am 23. 2. 1907. Er bezahlte seine Beteiligung an der Widerstandsbewegung des 20. Juli am 13. 10. 1944 mit dem Tode.



Dietrich Bonhoeffer

Pfarrer der Bekennenden Kirche, geb. am 4. 2. 1906, ermordet 9. 4. 1945 im Lager Flossenbürg.

Klaus Bonhoeffer

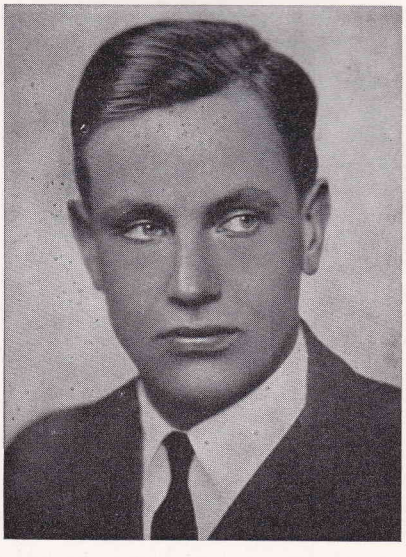
Chefsyndikus der Lufthansa und Dr. jur., geb. 5. 1. 1901, ermordet am 23. 4. 1945. Bruder von DIETRICH B.

Eugen Bolz

früherer Staatspräsident von Württemberg. Er wurde am 15. 12. 1881 geboren und fand den Tod als Opfer der Rachejustiz für den 20. Juli am 23. 1. 1945 in Plötzensee-Berlin.

Georg Freiherr von Boeselager

Oberst, Träger des Eichenlaubes mit Schwertern zum Ritterkreuz (geb. 25. 8. 1915), fiel an der Front, bevor die Häscher nach dem 20. Juli zugreifen konnten.



Ernst von Borsig

geb. 16. 10. 1906. Gutsbesitzer. Seit 1941 in Verbindung mit dem Kreisauer Kreis, vor allem an Plänen für eine Neuordnung der Landwirtschaft beteiligt. 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft gestorben.

Dr. Eduard Brücklmeier

Legationsrat, stand in enger Verbindung mit Ulrich v. Hassell, Graf Schwerin und Leuschner. Er wurde am 20. 10. 1944 hingerichtet.

Walter Cramer

gehörte zu den Männern des 20. Juli als führender Vertreter der Wirtschaft (Direktor der Kammgarnspinnerei Stöhr AG.) Er starb für seine Überzeugung am 14. 11. 1944.

Pater Alfred Delp S. J.

war Mitglied des Kreisauer Kreises. Mit gefesselten Händen schrieb er aus dem Gefängnis: „Es sollen einmal andere besser und glücklicher leben dürfen, als wir gestorben sind." (15. 9. 1907—2. 2. 1945)

Dr. Wilhelm Dieckmann

Der am 17. 7. 1893 geborene Teilnehmer am aktiven Widerstand war als Oberregierungsrat Mitarbeiter in der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres Potsdam. Todestag: 13. September 1944.

Heinrich Graf zu Dohna

Landwirt und General-Major a. D., Mitglied des ostpreußischen Bruderrates der Bekenntniskirche. In der Bewegung des 20. Juli als Landesverweser von Ostpreußen vorgesehen. Am 21. Juli verhaftet, am 14. September 1944 hingerichtet.

Hans von Dohnanyi

geb. 1. 1. 1902 in Wien, mehrere Jahre persönlicher Referent des Reichsjustizministers GÜRTNER, dann Reichsgerichtsrat in Leipzig, der Schwager der Brüder BONHOEFFER, war sehr früh an den Planungen zum Sturz des Hitlerregimes beteiligt. Er wurde überraschend am 5. 4. 1943 verhaftet und ohne gerichtliche Verhandlung und Verurteilung vermutlich am 8. 4. 1945 im KZ Sachsenhausen umgebracht.

Max Ulrich Graf von Drechsel

Hauptmann, stand zusammen mit General FELLGIEBEL und anderen Beteiligten des Befreiungsversuches vor dem Volksgerichtshof. Seine Schicksalsstunde schlug in Plötzensee am 4. 9. 1944.

Dr. Fritz Elsas

war vor 1933 Bürgermeister der Stadt Berlin und zählte zu den Opfern des 20. Juli, weil er GOERDELER nach dem Mißlingen des Befreiungsversuches in seinem Hause verborgen hatte. Todestag: 18. 1. 1945.

Karl-Heinz Engelhorn

Oberstleutnant im Generalstab, geb. 6. 9. 1905, als Teilnehmer des Befreiungsversuches am 24. 10. 1944 im Zuchthaus Brandenburg erschossen.

Hans Otto Erdmann

Oberstleutnant, geb. 18. 2. 1896, fiel am 4. 9. 1944, wie so viele Männer aus allen Kreisen nach dem 20. Juli, den Rachemaßnahmen HITLERS zum Opfer.

Erich Fellgiebel

General der Nachrichtentruppe, Chef des Wehrmacht-Nachr. Verb.Wesens im OKW, einer der hervorragendsten geistigen Köpfe der Widerstandsbewegung. Nach dem Attentat ließ er sofort die Nachrichtenanlage des Führerhauptquartiers blokkieren. (4.10.1886—4.9.1944.)

Eberhard Finckh

Oberst i. G., war eine der treibenden Kräfte des militärischen Widerstandes in Frankreich. Der 30. 8. 1944 brachte die Vollziehung des Todesurteils.

Wessel Frhr.
v. Freytagh-Loringhoven

Oberst im Generalstab, unter CANARIS Abteilungschef bei der Abwehr. Besorgte für den Attentatsversuch den erforderlichen Sprengstoff. Der am 22. 11. 1899 Geborene fand sein Ende am 26. 7. 1944.

Ludwig Gehre

Hauptmann, gehörte zu den führenden Mitgliedern der Widerstandsbewegung. Am 9. 4. 1945 im KZ Flossenbürg ermordet.

Lilo Gloeden

geb. 19. 12. 1903 in Köln, wurde, weil sie den General FRITZ LINDEMANN, einen der Mitverschworenen des 20. Juli, sechs Wochen in ihrer Berliner Wohnung beherbergt hatte, zum Tode verurteilt. Sie starb gemeinsam mit ihrem Gatten und ihrer Mutter am 30. 11. 44 in Plötzensee.

Helmuth Grosscurth

Oberst i. G., beteiligte sich aktiv an den militärischen Vorbereitungen zum 20. Juli. Er verstarb aber bereits am 7. 4. 1943 in einem russischen Kriegsgefangenenlager.

Nikolaus Gross

Redakteur der „Ketteler-Wacht". Er mußte sein Leben am 23. 1. 1945 hingeben.

Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg

geb. 22. 5. 1902 zu Würzburg, Dr. phil., Herausgeber der Zeitschrift „Weiße Blätter", im Stabe von Admiral CANARIS, dann in Agram, dort Ende Juli 1944 verhaftet, in der Nacht zum 24. 4. 1945 durch SS aus dem Moabiter Zellengefängnis abgeholt. Wahlspruch: „Treu und verschwiegen".

Hans Bernd v. Haeften

geb. 18. 12. 1905. Vortr. Legationsrat im Auswärtigen Amt, gehörte zum Kreisauer Kreis; hingerichtet am 15. 8. 1944.

Max Habermann

führende Persönlichkeit des DHV, vertrat zusammen mit dem Sozialdemokraten WILHELM LEUSCHNER und mit JAKOB KAISER die gewerkschaftlichen Belange. Er starb am 30. 10. 1944.

Werner v. Haeften

Adjutant des GRAFEN STAUFFENBERG, wurde am 20. 7. 1944 im Innenhof der Bendlerstraße auf Befehl des Generalobersten FROMM erschossen.

Nikolaus von Halem

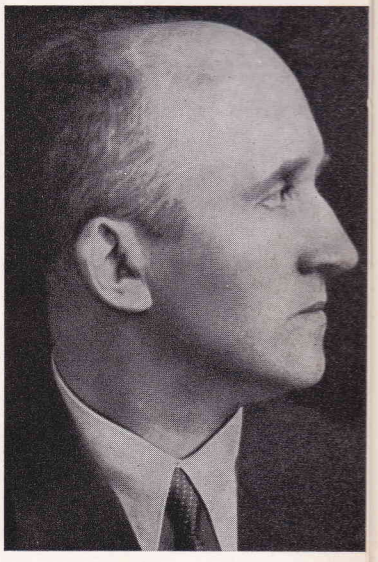
Er gehörte zu den Widerstandskämpfern, die den 20. Juli schon in der Gefangenschaft erlebten und trotzdem den Folgen des mißglückten Versuches zum Opfer fielen. Sein Opfertod erfolgte am 9. 10. 1944.

Generaloberst v. Hammerstein-Equord

Einer der kompromißlosesten Gegner des „Dritten Reiches". Er starb bereits am 24. 4. 1943, ehe die Pläne der Widerstandsbewegung verwirklicht werden konnten.

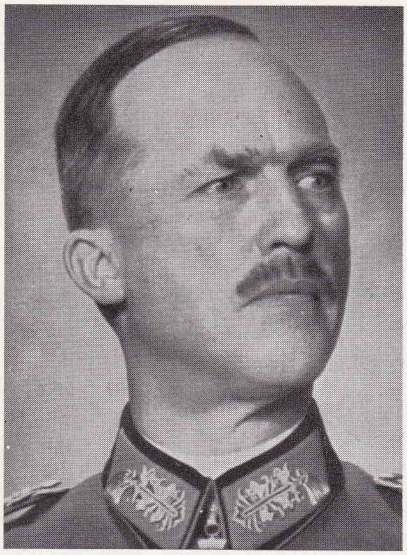
Ernst von Harnack

Regierungspräsident a. D., geb. 15.7.1888, Todestag 3.3.1945, bahnte als langjähriger Freund von LEBER die Beziehungen zwischen den illegalen SPD-Kreisen, GOERDELER und den Generalen an. Von ihm stammen die bezeichnenden Worte: „Ein System ohne Demut und Güte ist zum Scheitern verurteilt". Mit seiner Hinrichtung traf Deutschland ein besonders schwerer Verlust. Er wurzelte als Sohn des bekannten Berliner Theologieprofessors und Urenkels von JUSTUS LIEBIG völlig in der deutschen geistigen Tradition. Allem Großen und Schönen war er zugänglich. Wer ihn gekannt hat, empfand die ihn umgebende eigene Atmosphäre.



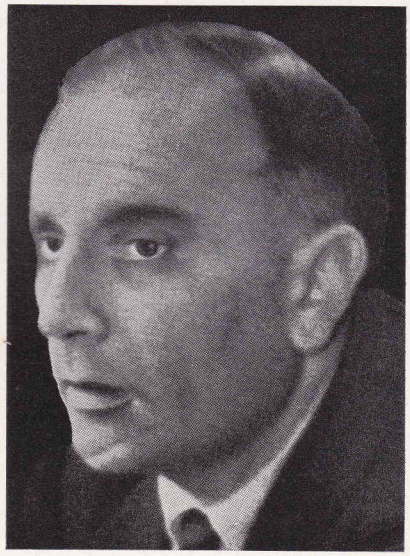
Georg Alexander Hansen

geb. 5. 7. 1904, gestorben am 8. 9. 1944 in Plötzensee, war als Oberst i. G. Abteilungschef in der Abwehr von Admiral CANARIS.



Paul von Hase

geb. 14. 7. 1885, Generalleutnant, erteilte am 20. Juli als Stadtkommandant von Berlin die erforderlichen militärischen Befehle zur Beseitigung der NS-Herrschaft, bekannte sich vor dem Volksgerichtshof in aufrechtester Haltung zu seiner Tat und ging am 8. 8. 1944 in Plötzensee mutig in den Tod.



Theodor Haubach

war bis 1933 Pressechef im Berliner Polizeipräsidium und gehörte als führender religiöser Sozialist zu den Mitgliedern des Kreisauer Kreises. Er büßte dafür mit dem Tode am 23. 1. 1945.

Albrecht Haushofer

war Professor für politische Geographie und Geopolitik an der Universität Berlin. Er wurde in den Morgenstunden des 23. 4. 1945 im Trümmergelände von Moabit ermordet.

Major i. G. Egbert Hayessen

Auch er gehörte zur Widerstandsbewegung des 20. Juli und bezahlte seine Liebe zu Deutschland am 15. 8. 1944 mit dem Tode.

Erich Hoepner

Generaloberst, schon vor 1933 als Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Sein Testament: „Nicht der Glanz des Erfolges, sondern die Lauterkeit des Strebens entscheiden über den Wert des Menschenlebens." (14. 9. 1886—8. 8. 1944).

Cäsar von Hofacker

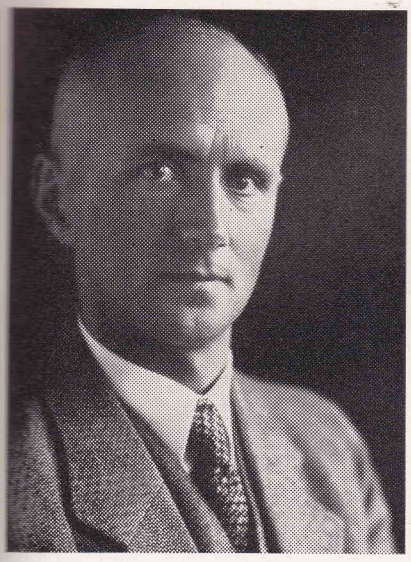
Oberstleutnant d. R., war die Seele der militärischen Widerstandsbewegung beim Stabe des Militärbefehlshabers in Frankreich. Er ging am 20. 12. 1944 in Plötzensee in den Tod.

Roland von Hösslin

gehörte als Major zum militärischen Kreis der Widerstandskämpfer, Ritterkreuzträger, geb. am 21. 2. 1915, Todestag am 13. 10. 1944.

Fritz Jäger

Oberst und Kommandeur der Panzertruppen II und XXI. Er bezahlte seine Beteiligung an der Verschwörung des 20. Juli am 21. 8. 1944 mit dem Tode.



Jens Jessen

Professor der Nationalökonomie, Mitglied der „Mittwoch-Gesellschaft" im Kreis um Popitz. Geb. 11. 12. 1895, Todestag am 30. November 1944 in Plötzensee.

Hermann Kaiser

Hauptmann, im Zivilleben Studienrat, war einer der Verbindungsoffiziere zwischen Goerdeler und den Generalen. Das Todesurteil wurde am 23. 1. 1945 in Plötzensee an ihm vollstreckt.

Otto Karl Kiep

geb. 7. 7. 1886, war in der Weimarer Republik zeitweise Pressechef der Reichsregierung, 1930 bis 1933 Generalkonsul in New York. Er gehörte dem Solf-Kreis an, wurde durch einen Spitzel denunziert, wegen „Wehrkraftzersetzung" und „Feindbegünstigung" am 1. 7. 1944 zum Tode verurteilt und am 26. 8. 1944 in Plötzensee hingerichtet.

Georg-Konrad Kissling

Major d. R. und Landwirt von Beruf, stellte sich der Widerstandsbewegung als Experte für Agrarfragen zur Verfügung. (20. 7. 1892 — 8. 8. 1944.)

Bernhard Klamroth

Oberstleutnant i. G., Vetter und Schwiegersohn von JOHANN GEORG KLAMROTH. Auch er stellte sich der Widerstandsbewegung zur Verfügung. Er starb am 15. 8. 1944.

Johann Georg Klamroth

Mitinhaber der Firma J. G. Klamroth in Halberstadt, war aus den Kreisen der Wirtschaft zur Widerstandsbewegung gestoßen. Er fiel dem NS-System am 26. 8. 1944 zum Opfer.

Ewald von Kleist-Schmenzin

Der pommersche Großgrundbesitzer stand neben Gewerkschaftlern, Wissenschaftlern und Offizieren in der Front des aktiven Widerstandes. Er starb am 9. 4. 1945.

Friedrich Karl Klausing

1943 vorzugsweise zum Hauptmann befördert, im Osten ausgezeichnet, schwer verwundet, seit April 1944 Mitarbeiter bei HAYESSEN und BERNARDIS im Allg. Heeresamt. Er begleitete STAUFFENBERG am 11. und 15. Juli zu dem geplanten Anschlag nach Berchtesgaden und starb gemeinsam mit WITZLEBEN, BERNARDIS, HASE und YORCK am 8. 8. 1944.

Gerhard Knaak

Major und Mitglied der Widerstandsbewegung, wurde bald nach dem Attentat verhaftet und starb am 4. 9. 1944.

Dr. Hans Koch

Reserveoffizier im Rüstungsamt, wurde in der Nacht zum 24. 4. 1945, kurz vor der Kapitulation, von einem Kommando des SD auf der Straße vor einem Keller niedergeknallt.

Heinrich Körner

Geschäftsführer der Christl. Gewerkschaften. Russische Truppen befreiten ihn am 25. 4. 1945 aus Plötzensee, aber vor den Barrikaden der SS traf ihn die tödliche Kugel.

Richard Kuenzer

Legationsrat im Auswärtigen Amt, stets überzeugter Hitlergegner, stand aktiv in der Widerstandsbewegung. Er starb dafür am 24. 4. 1945 durch Genickschuß.

Adolf Lampe

geb. 8. April 1897
Professor der Nationalökonomie, gehörte zu einem Kreis der Bekennenden Kirche, der eine politische Gemeinschaftsordnung ausarbeitete, und zum Freiburger Goerdeler-Kreis, der eine neue liberale Wirtschaftsordnung vorbereitete. Verhaftet am 8. 9. 1944, vor der Verurteilung am 25. April 1945 in Berlin-Moabit befreit. Er starb an den Folgen der Haft am 9. 2. 1948.

Heinrich Graf von Lehndorff

Landwirt, geb. 22. 6. 1909, gestorben 4. 9. 1944 als Opfer des 20. Juli. Er sah in HITLER und dessen Komplicen stets die Verkörperung des bösen Prinzips.

Paul Lejeune-Jung

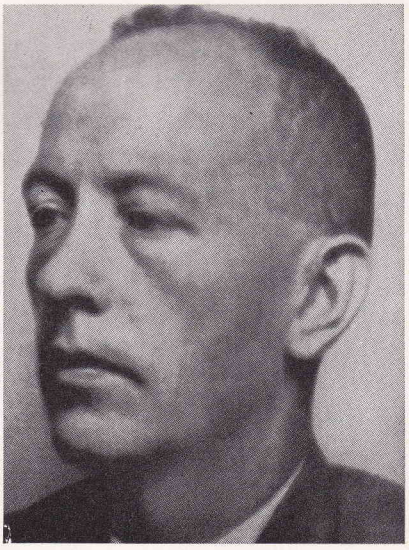
stand als Teilnehmer des Befreiungsversuches im 1. Hauptprozeß vor dem NS-Bluttribunal. Er starb am 8. 9. 1944. Auch sein Leben war treueste Pflichterfüllung und Aufopferung.

Ludwig Freiherr von Leonrod

Der 37jährige Major, einer der Hauptbeteiligten des Befreiungsversuchs, wurde am 26. 8. 1944 in Plötzensee gehängt.

Bernhard Letterhaus

stand in der Widerstandsfront der katholischen Arbeiterbewegung an führender Stelle. Am 14. 11. 1944 wurde er hingerichtet, vier Monate nach seinem 50. Geburtstag.



Franz Leuninger

Generalsekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes, stand als Gewerkschaftler mit LEUSCHNER und KAISER in der Front der Widerstandsbewegung. Er fand den Tod am 1. 3. 1945.

Hans-Otfried von Linstow

Oberst i. G. und Mitglied der Widerstandsbewegung, fand vierzig Tage nach der verunglückten Aktion, am 30. 8. 1944, den Tod durch den Henker.

Ferdinand Freiherr von Lüninck

Oberpräsident a. D. Sein klarer Blick durchschaute die ganze Hohlheit des „Tausendjährigen Reiches". Am 14. 11. 1944 schlug seine Schicksalsstunde.

Friedrich-Wilhelm Graf zu Lynar

gehörte als Adjutant des Generalfeldmarschalls VON WITZLEBEN der Widerstandsbewegung im Westen an. Seine Einsatzbereitschaft bezahlte er am 29. 9. 1944 mit dem Tode.

Hermann Maaß

geb. 23. 10. 1897, kam aus der sozialistischen Jugendbewegung und war bis 1933 Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Als enger Mitarbeiter Wilh. Leuschners hielt er in dessen Auftrag Verbindung zu den militärischen Kreisen. Sein gewaltsamer Tod erfolgte am 20. 10. 1944.

Rudolf Graf Marogna-Redwitz

Oberst und Leiter der Abwehrstelle Wien; er gehörte wie Canaris und Oster zu den Teilnehmern des Befreiungsversuchs. Er starb am 12. 10. 1944.

Michael Graf Matuschka

starb am 14. 9. 1944. Seine letzten Worte waren: „Welche Gnade Gottes, am Tage der Kreuzerhöhung für die Ehre seines Vaterlandes gehenkt zu werden."

Joachim Meichssner

Oberst i. G., wurde am 29. 9. 1944 dem Tode überliefert. Kurz vorher schrieb er an seine Frau: „Ich fühle mich nicht als Verräter! Du weißt, was ich für ein Mensch war, wie ich über Gott, Recht und Pflichten dachte."

Carlo Mierendorff

(25. 3. 1897 — 4. 12. 1943) gehörte auf der Seite der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer zu den geistig führenden Persönlichkeiten der Opposition. Schon vor dem 20. Juli wurde er bei einem Bombenangriff auf Leipzig getötet. Mit ihm ging eine ungewöhnliche Begabung dahin. Er hatte die Fähigkeit, früher als andere unheilvolle Ereignisse zu erkennen. So führte ihn sein Lebensweg in die Kreise des Widerstandes. Er kam dafür fünf Jahre seines Lebens in ein Konzentrationslager, ohne daß die Gestapo damit seinen fröhlichen Lebensmut brechen konnte. Seine persönlichen und politischen Freunde vermißten seine vielfältige Aktivität sehr.

Helmuth Graf von Moltke

geb. 11. 3. 1907 auf dem elterlichen Gut in Kreisau (Schlesien), Gründer und führende Persönlichkeit des Kreisauer Kreises, von 1939—1944 Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht im OKW, wurde im Januar 1944 verhaftet und am 23. 1. 1945 in Plötzensee hingerichtet. Kurz vor seinem Tode schrieb er an seine Söhne: „Ich habe mein ganzes Leben lang, schon in der Schule, gegen einen Geist der Enge und der Gewalt, der Überheblichkeit, der Intoleranz und des Absoluten, erbarmungslos Konsequenten angekämpft, der in den Deutschen steckt und der seinen Ausdruck in dem nationalsozialistischen Staat gefunden hat."

Prälat Dr. Otto Müller

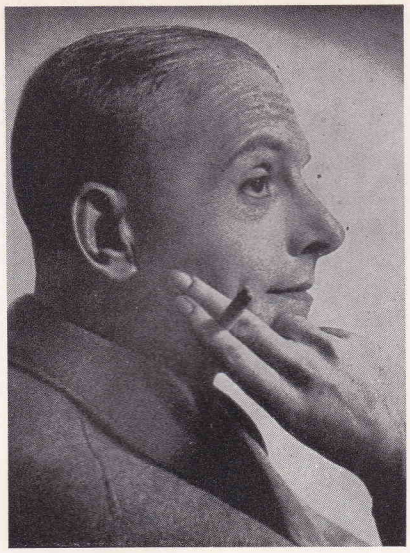
Verbands-Präses der katholischen Arbeitervereine Deutschlands. Er verstarb am 12. 10. 1944 im Gefängnis Plötzensee, wenige Stunden vor der gegen ihn angesetzten Gerichtsverhandlung.

Wilhelm zur Nieden

Stadtbaurat und Generaldirektor, starb am 22. 4. 1945. Mitgefangene äußerten, daß seine stets aufrechte Haltung und sein Gottvertrauen ihnen Vorbild und Ermutigung waren.

Hans-Ulrich von Oertzen

Major i. G., war lange Jahre im Stabe des Generals von Treskow und kam so in die aktive Vorbereitung des militärischen Widerstandes hinein. Geb. 6. 3. 1915, gest. 21. 7. 1944.



Hans Oster

geb. 9. 8. 1888 als Sohn eines reformierten Pfarrers, gehörte als Generalmajor, Abteilungsleiter der Abwehr und enger Mitarbeiter des Admirals CANARIS zu den aktivsten Männern der Umsturzbewegung. Bei dem Bemühen, seinem verhafteten Freund DOHNANYI zu helfen, verlor er selber Amt und Stellung, wurde verhaftet und am 9. 4. 1945 — vier Tage vor dem Einrücken alliierter Truppen — im KZ Flossenbürg ermordet.

Friedrich Justus Perels

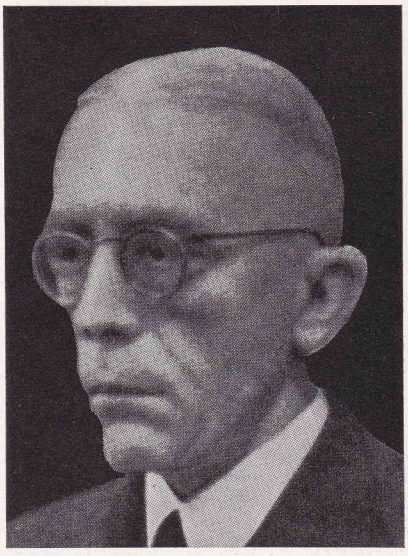
geb. 13. 11. 1910 in Berlin, Rechtsberater der Bekennenden Kirche. Wegen seiner nimmermüden Hilfe für politisch Verfolgte und deren Angehörige wurde er am 5. 10. 1944 verhaftet, besonders grausam „verhört" und mißhandelt, wegen „Nichtanzeige" zum Tode verurteilt und in der Nacht vom 22. zum 23. April 1945 durch ein SS-Sonderkommando in einem Berliner Trümmergelände ermordet.

Erwin Planck

Staatssekretär a. D., ein Sohn des weltberühmten Physikers, nahm ebenfalls an dem Befreiungsversuch teil. Am 23. Januar 1945 ereilte ihn im Gefängnis Plötzensee sein Schicksal.

Kurt Freiherr v. Plettenberg

Generalbevollmächtigter des früheren preußischen Königshauses. Durch Folterungen wollte man ihn zu Aussagen zwingen. Am 10. 3. 1945 nahm er sich selbst das Leben.



Johannes Popitz

vorm. preußischer Finanzminister starb am 2. 2. 1945. In seiner „Mittwochsgesellschaft" in Berlin liefen viele Fäden der Opposition zusammen.

Albrecht Ritter Merz von Quirnheim

Oberst und Chef des Stabes im Allg. Heeresamt, stand am 20. Juli mit in vorderster Front bei den Ereignissen in der Bendlerstraße. Er wurde am Abend des 20. Juli standrechtlich erschossen.

Karl Ernst Rahtgens

Oberstleutnant i. G., stand mit anderen Offizieren in enger Verbindung zur Widerstandsbewegung. Das gegen ihn ausgesprochene Todesurteil wurde am 30. 8. 1944 vollstreckt.

Friedrich v. Rabenau

General, verlor sein Leben am 12. 4. 1945, als sich schon der endgültige Zusammenbruch des Naziregimes vollzog.

Adolf Reichwein

geb. 3. 10. 1898. Entstammte der Deutschen Jugendbewegung, wurde 1928 persönlicher Referent des preußischen Kultusministers C. H. Becker. Von hier aus beeinflußte er maßgeblich die Entwicklung der Pädagogischen Akademien. Von 1930 bis zur Entlassung durch die NSDAP 1933 Professor an der P.A. Halle. Als führender Sozialist wirkte er im Kreisauer Kreis mit. Todestag 20. 10. 1944.

Alexis Freiherr von Roenne

Oberst i. G., er erkannte die Haltlosigkeit der allgemeinen Lage vor dem 20. Juli, wirkte am Befreiungsversuch mit. (Geburtstag: 12. 2. 1902, Todestag: 12. 10. 1944 in Plötzensee.)

Hans Victor v. Salviati

Major, er wurde noch am 22. 4. 1945 im Gefängnis an der Lehrter Straße durch Genickschuß von einem SD-Kommando getötet.

Prof. Dr. Rüdiger Schleicher

Als aktiver Widerstandskämpfer stand er vor dem Freislerschen Gericht und wurde zusammen mit HAUSHOFER in der Nacht des 23. April 1945 im Moabiter Trümmergelände ermordet.

Friedrich Scholz-Babisch

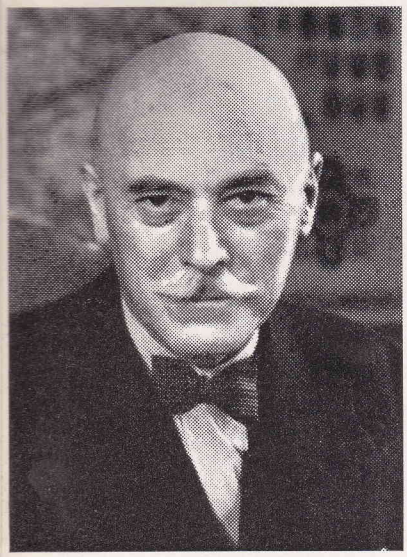
Der schlesische Landwirt hatte sich ebenfalls der Widerstandsbewegung angeschlossen und fiel der Rachejustiz zum Opfer. (Geburtstag: 10. 4. 1890, Todestag: 13. 10. 1944.)

Ernst Schneppenhorst

Kaufmann und technischer Leiter, war mit LEUSCHNER und LEBER zusammen in der sozialistischen Gruppe der Befreiungsbewegung. (Geburtstag: 19. 4. 1881, Todestag: 24. 4. 1945.)

Werner Schrader

Oberstleutnant, aktiver Gegner des Nationalsozialismus, wurde am 28. Juli 1944 eines der ersten Opfer der Rache HITLERS.



Fried. Werner Graf v. d. Schulenburg

Der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau kam durch v. HASSELL und GOERDELER in die Kreise des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Er fand den Tod am 10. 11. 1944.

Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg

Der Oberleutnant d. R. gehörte zu den Tatkräftigsten des Umsturzplanes und war am Nachmittag des 20. Juli in der Bendlerstraße dabei. (5. 9. 1902 bis 10. 8. 1944)

Ludwig Schwamb

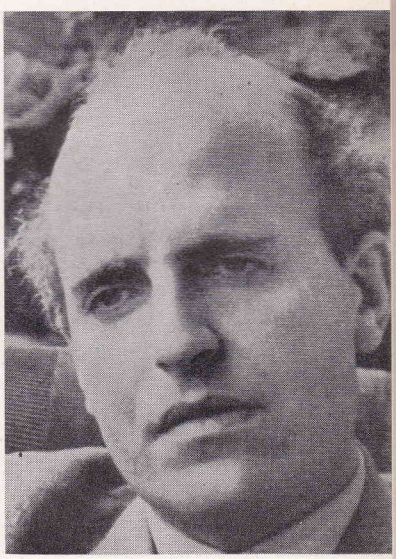
Vor 1933 Staatsrat und Ministerialdirektor im Hessischen Innenministerium unter LEUSCHNER; er gehörte zum SPD-Kreis der Widerstandsbewegung. (Geb. 30. 7. 1890, gest. 23. 1. 1945.)

Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin v. Schwanenfeld

Ord.-Off. bei VON WITZLEBEN in Paris und später im OKW, diente vor allem als Verbindungsmann zwischen den militärischen und zivilen Gruppen (21. 12. 1902 bis 8. 9. 1944).

Günther Smend

Oberstleutnant i. G. und Adjutant Chef Gen.-Stab des Heeres, geb. 29. 11. 1912. Er bezahlte seine Beteiligung an der Widerstandsbewegung des 20. Juli am 8. 9. 1944 mit seinem Leben.



Adam v. Trott zu Solz

Legationsrat; er war Mitglied des Kreisauer Kreises, dem er sich aus seiner sozialistischen Einstellung heraus menschlich und politisch am nächsten verbunden fühlte. (9. 8. 1909 bis 26. 8. 1944.)

Franz Sperr

Der ehemalige bayerische Gesandte gehörte dem Kreisauer Kreis an, er war die maßgebliche Persönlichkeit des Widerstandes in Bayern (12. 2. 1878 Geburtstag, Todestag 23. 1. 1945).

Berthold Schenk Graf v. Stauffenberg

Marineoberstabsrichter und Bruder des GRAFEN V. STAUFFENBERG, der die Bombe im Führerhauptquartier zur Auslösung gebracht hatte. (Geburtstag: 15. 3. 1905, Todestag: 10. 8. 1944.)

Helmut Stieff

Generalmajor, Chef der Org.-Abt. im OKH, stand im engeren Kreis der militärischen Widerstandsgruppe an hervorragender Stelle. Sein Todesurteil wurde am gleichen Tage (8. 8. 1944) vollstreckt.

Dr. jur. Theodor Strünck

im Zivilberuf Versicherungsdirektor, stand als Abwehroffizier dem Kreis von CANARIS und General OSTER nahe und wurde ohne Verhandlung am 9. 4. 1945 im KZ Flossenbürg ermordet.

Karl-Heinrich v. Stülpnagel

Gen. d. Inf., führende Persönlichkeit der Widerstandsbewegung in Frankreich. Durch Selbstmordversuch verwundet, am Leben erhalten, vor das Volksgericht gestellt und am 30. 8. 1944 hingerichtet.

Elisabeth von Thadden

aus Trieglaff i. Pom. Geb. 29. Juli 1890. Leitete 14 Jahre lang das von ihr gegründete Evangelische Landeserziehungsheim Wieblingen bei Heidelberg. 1941 wurde diese Wirkungsstätte zwangsweise vom Staat übernommen. Sie arbeitete danach im Roten Kreuz, zuletzt in Soldatenheimen in Frankreich. Dort wurde sie verhaftet, am 1. Juli 1943 wegen versuchten Hochverrats vom Volksgericht zum Tode verurteilt und am 8. Sept. 1943 in Plötzensee hingerichtet.

Busso Thoma

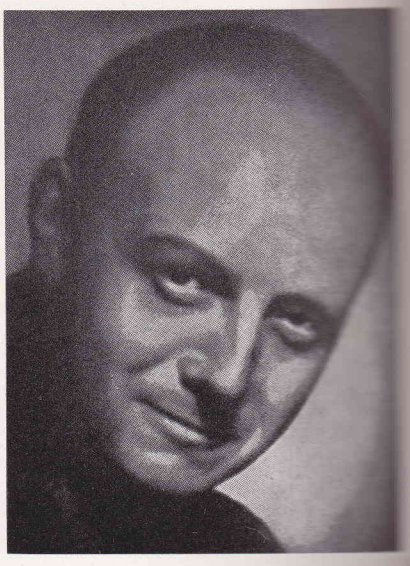
Der Kaufmann THOMA war im Kriege als Major und Stabsoffizier im OKH bei GRAF STAUFFENBERG und kam so zu der Widerstandsbewegung. (Geburtstag: 31. 10. 1899, Todestag: 23. 1. 1945.)

Henning v. Tresckow

geb. 10. 1. 1901, Generalmajor, war neben STAUFFENBERG einer der aktivsten Männer des Widerstandes. Er handelte aus der Verantwortung seines christlichen Glaubens. Nach dem Mißlingen der Umsturzpläne nahm er sich an der Front am 21. Juli 1944 selbst das Leben. Seine hinterlassenen Abschiedsworte lauteten: „Es kommt darauf an, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf wagt."

Fritz Thiele

Als Generalleutnant gehörte er zu dem Widerstandskreis in der Wehrmacht. In Plötzensee gab er dafür am 4. 9. 1944 sein Leben hin.



Hans-Alexander von Voss

Als Oberstleutnant wirkte v. Voss in dem militärischen Kreis der Widerstandsbewegung mit. (Geburtstag: 13. 12. 1907, Todestag: 8. 11. 1944.)

Hermann Wehrle

geb. 26. 7. 1899 in Nürnberg, kath. Geistlicher. Er war von Major Ludwig von Leonrod befragt worden, ob die Kirche den Tyrannenmord billige. Kaplan Wehrle, der eine ablehnende Antwort erteilte, wurde am 14. 9. 1944 in Plötzensee hingerichtet, weil er von der an ihn gerichteten Frage keine Meldung erstattet hatte.

Karl Wentzel

Oberamtmann und Landwirt. Kurz vor seiner Hinrichtung am 20. 12. 1944 schrieb der 72jährige an seine Frau, daß er „aufrecht, getrost und unschuldig" in den Tod ginge.

Oswald Wiersich

Bezirkssekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für Schlesien und vor 1933 Mitglied des preußischen Staatsrates. (Geburtstag: 1. 9. 1882, Todestag: 1. 3. 1945.)

Josef Wirmer

geb. 19. 3. 1901, Rechtsanwalt in Berlin, sollte nach dem Gelingen des Umsturzplanes Justizminister in dem neuen Kabinett Goerdeler werden. Er starb am 8. 9. 1944.

Erwin von Witzleben

Der Generalfeldmarschall stand als einer der Ersten nach dem Mißlingen des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Der schon damals betagte Marschall (geb. 4. 12. 1881) war einer der erbittertsten Gegner HITLERS und plante bereits 1938 als Stadtkommandant von Berlin eine Blitzaktion gegen die SS. Nur der Besuch des britischen Premierministers CHAMBERLAIN bei HITLER verhinderte damals die Durchführung dieser Pläne. Feldmarschall VON WITZLEBEN war nach HITLERS Beseitigung als Oberbefehlshaber der Wehrmacht vorgesehen. Am 8. 8. 1944 wurde er durch den Strang hingerichtet.

Peter Graf Yorck v. Wartenburg

geb. 17. 11. 1904, Mitbegründer des Kreisauer Kreises, Mitgestalter der Pläne für einen staatlichen Neuaufbau Deutschlands und enger Freund HELMUTH VON MOLTKES, war am 20. Juli unter der Gruppe von Männern, die in der Bendlerstraße tätig wurden. Als eines der ersten Opfer dieses Tages wurde er am 8. 8. 1944 hingerichtet.

Gustav von Ziehlberg

Als Generalleutnant beteiligte er sich an der militärischen Aktion des 20. 7. Er wurde dafür zur Rechenschaft gezogen. Sein Todestag war der 2. 2. 1945.

1937

4. 3.	Rundschreiben Papst Pius XI. „Mit brennender Sorge" gegen das „Völkische Neuheidentum".
	Höhepunkt des Kirchenkampfes: etwa 800 Mitglieder der „Bekennenden Kirche" und zahlreiche katholische Geistliche werden verhaftet und ins KZ gebracht.

1938

5. 5.	Erste Denkschrift des Chefs d. Genst. d. H., General L. Beck, gegen Hitlers Aggressionspolitik.
3. 6.	Becks zweite Denkschrift.
16. 7.	Becks große dritte Denkschrift (Warnung vor einer Katastrophe).
29. 7.	Becks Vortrag beim ObdH, Gen.Oberst von Brauchitsch (Erster Keim für eine Staatsstreichplanung).
19. 8.	Unterredung Churchills mit Ewald von Kleist.
19. 8.	Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates über Kampf gegen Kirche und Christentum in Deutschland.
31. 8.	Entlassung Becks (öffentlich erst Ende Oktober bekanntgegeben).
7. 9.	E. Kordt legt dem britischen Außenminister Halifax eine Erklärung des Staatssekr. von Weizsäcker vor (Forderung nach einer unzweideutigen Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegspolitik).
28. 9.	Zum ersten Male Festnahme Hitlers vorgesehen (Halder-Witzleben-Oster-Aktion); infolge des Münchener Abkommens unausführbar.
12. 12.	Stellungnahme zu „Die große Lüge des politischen Katholizismus" von Dr. Konrad Graf von Preysing, Bischof von Berlin, überreicht den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung und den deutschen Bischöfen.

1939

Sommer	Im Ausland berichten über Hitlers Politik: Goerdeler in England und Frankreich, Pechel in England, Trott zu Solz und die Brüder Kordt in den USA und England, Schlabrendorff in England.
3. 9.	Gen.Oberst v. Hammerstein (OB einer Armeegruppe im Westen) beabsichtigt, Hitler bei einem Frontbesuch festzunehmen. (Der Frontbesuch wird abgesagt.)
Oktober	Erster Versuch von J. Müller, mit der britischen Regierung über den Vatikan Verbindung aufzunehmen.
11. 10. u. 31. 10.	Denkschriften des Gen.Oberst W. Ritter v. Leeb (OB der HGr. C) gegen Hitlers geplante Westoffensive.
Anfang Nov.	Erstes Attentat auf Hitler (Halder-Oster-Kordt) wegen des Bürgerbräu-Attentats (Elser) am 8. 11. und infolge des Zögerns der Generale nicht ausgeführt.
27. 11.	Engerer Kontakt zwischen Leuschner (SPD) — Kaiser (Christl. Gewerksch.) und Beck — Goerdeler hergestellt.
Nov.-Febr. 1940	Trott zu Solz sondiert in den Vereinigten Staaten.

IX. Aus der Chronik der Deutschen Opposition gegen Hitler

1933	
30. 1.	ADOLF HITLER Reichskanzler einer sog. „nationalen Regierung" aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Stufenweise wird das totalitäre nationalsozialistische System errichtet.
23. 3.	Rede des sozialdemokratischen Parteiführers O. WELS im Reichstag gegen das „Ermächtigungsgesetz".
September	M. NIEMÖLLER gründet in Berlin-Dahlem den „Pfarrer-Notbund" (Keimzelle der „Bekennenden Kirche"); Weihnachten gehören ihm bereits 6000 Pfarrer an (das ist ein Drittel aller evangelischen Geistlichen).
1934	
7. 2.	Indizierung des Buches von A. ROSENBERG „Der Mythus des 20. Jahrhunderts" durch die katholische Kirche.
22. 4.	Erstes gemeinsames Auftreten der „Bekennenden Kirche" in Ulm.
7. 6.	Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates: Darlegung und Verteidigung des wahren Glaubens gegen die Irrtümer der Zeit.
17. 6.	PAPENS (von EDGAR JUNG entworfene) Rede in Marburg.
19./20. 4.	Die Evangelische Kirche beruft sich auf das „kirchliche Notrecht" (Zweite Bekenntnissynode).
	Illegale Tätigkeit (in Betriebszellen u. a.) sozialistischer und gewerkschaftlicher Kreise setzt ein.
1935	
4./5. 3.	Zurückweisung der nationalsozialistischen Weltanschauung auf der Bekenntnissynode der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union („Wir sehen unser Volk von einer tödlichen Gefahr bedroht. Die Gefahr besteht in einer neuen Religion").
	Verstärkter Kampf der NSDAP gegen die katholische Bekenntnisschule.
August	Denkschrift der deutschen katholischen Bischöfe an ADOLF HITLER zur religiös-kirchlichen Lage.
1936	
Mai	Denkschrift des radikalen Flügels der kämpfenden evangelischen Kirche gegen die „Entchristlichung" des deutschen Lebens und gegen die „Beseitigung des Rechtsstaates" (Für HITLER bestimmt).
10. 9.	Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates zum Schutze der Bekenntnisschule.

1937

4. 3.	Rundschreiben Papst Pius XI. „Mit brennender Sorge" gegen das „Völkische Neuheidentum".
	Höhepunkt des Kirchenkampfes: etwa 800 Mitglieder der „Bekennenden Kirche" und zahlreiche katholische Geistliche werden verhaftet und ins KZ gebracht.

1938

5. 5.	Erste Denkschrift des Chefs d. Genst. d. H., General L. Beck, gegen Hitlers Aggressionspolitik.
3. 6.	Becks zweite Denkschrift.
16. 7.	Becks große dritte Denkschrift (Warnung vor einer Katastrophe).
29. 7.	Becks Vortrag beim ObdH, Gen.Oberst von Brauchitsch (Erster Keim für eine Staatsstreichplanung).
19. 8.	Unterredung Churchills mit Ewald von Kleist.
19. 8.	Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates über Kampf gegen Kirche und Christentum in Deutschland.
31. 8.	Entlassung Becks (öffentlich erst Ende Oktober bekanntgegeben).
7. 9.	E. Kordt legt dem britischen Außenminister Halifax eine Erklärung des Staatssekr. von Weizsäcker vor (Forderung nach einer unzweideutigen Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegspolitik).
28. 9.	Zum ersten Male Festnahme Hitlers vorgesehen (Halder-Witzleben-Oster-Aktion); infolge des Münchener Abkommens unausführbar.
12. 12.	Stellungnahme zu „Die große Lüge des politischen Katholizismus" von Dr. Konrad Graf von Preysing, Bischof von Berlin, überreicht den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung und den deutschen Bischöfen.

1939

Sommer	Im Ausland berichten über Hitlers Politik: Goerdeler in England und Frankreich, Pechel in England, Trott zu Solz und die Brüder Kordt in den USA und England, Schlabrendorff in England.
3. 9.	Gen.Oberst v. Hammerstein (OB einer Armeegruppe im Westen) beabsichtigt, Hitler bei einem Frontbesuch festzunehmen. (Der Frontbesuch wird abgesagt.)
Oktober	Erster Versuch von J. Müller, mit der britischen Regierung über den Vatikan Verbindung aufzunehmen.
11. 10. u. 31. 10.	Denkschriften des Gen.Oberst W. Ritter v. Leeb (OB der HGr. C) gegen Hitlers geplante Westoffensive.
Anfang Nov.	Erstes Attentat auf Hitler (Halder-Oster-Kordt) wegen des Bürgerbräu-Attentats (Elser) am 8. 11. und infolge des Zögerns der Generale nicht ausgeführt.
27. 11.	Engerer Kontakt zwischen Leuschner (SPD) — Kaiser (Christl. Gewerksch.) und Beck — Goerdeler hergestellt.
Nov.-Febr. 1940	Trott zu Solz sondiert in den Vereinigten Staaten.

1940

Januar-Februar	Erstes (bis heute bekannt gewordenes) Verfassungsprogramm für den Fall des Umsturzes ausgearbeitet (GOERDELER-HASSELL) mit der Primärforderung, die „Würde des Gesetzes" wiederherzustellen.
22. 2.	Aussprache HASSELLS mit J. LONSDALE BRYANS in Arosa.
14./15. 4.	Zweite Aussprache.

1941

30. 5.	Friedensplan GOERDELERS für die britische Regierung bestimmt.
20. 6.	Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates über die Bedrükkung der Kirche in Deutschland.
16. 7.	Denkschrift Kardinal BERTRAMS an das Reichsjustizministerium über Tötung Geisteskranker.
28. 7.	Bischof CLEMENS GRAF VON GALEN erhebt beim Polizeipräsidenten Münster Anklage wegen Mordes sog. „unproduktiver Volksgenossen" in Heilanstalten.
4. 8.	Plan, HITLER während einer Besprechung im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte (v. BOCK) zu beseitigen, wegen zu starker Sicherungsmaßnahmen aufgegeben.
Ende November	Erneuter Versuch der Widerstandsgruppe BECK-GOERDELER, Verbindung mit der amerikanischen Regierung herzustellen (über P. L. LOCHNER).
Ende Dezember	GFM v. WITZLEBEN ist bereit, mit BECK und GOERDELER an der Westfront einen Umsturz durchzuführen (im März 1942 aufgegeben, da WITZLEBEN operiert wird).

1942

April	GOERDELER trifft in Stockholm den Bankier WALLENBERG, um über diesen die Verhandlungs- und Friedensbereitschaft der Alliierten zu erkunden (im November treffen sich beide in Berlin. Kontakt besteht bis 1944).
Pfingsten	Zusammenkünfte des „Kreisauer Kreises" auf dem schlesischen Besitztum des GRAFEN v. MOLTKE (bei Schweidnitz). (Ebenso im Oktober 1942 und Pfingsten 1943.)
Juli	GOERDELER versucht in Smolensk, GFM v. KLUGE für die Opposition zu gewinnen.
26. 5.—31. 5.	Fühlungnahme SCHOENFELDS und BONHOEFFERS mit dem engl. Bischof von Chichester in Schweden.

1943

Februar	Studentenerhebung in München (Geschwister SCHOLL: „Wiederherstellung der Ehre").
22. 2.	Hinrichtung der Geschwister SCHOLL.
13. 3.	Die Zeitbombe in HITLERS Flugzeug (SCHLABRENDORFF-TRESCKOW) versagt.
21. 3.	Das Attentat im Zeughaus läßt sich nicht durchführen (GERSDORFF).

26. 3.	Geheime Denkschrift GOERDELERS für die Generalität über die Notwendigkeit eines Staatsstreiches.
5. 4.	DOHNANYI und BONHOEFFER verhaftet.
17. 5.	Brief GOERDELERS an Gen. OLBRICHT, den rechten Moment für den Staatsstreich herbeizuführen.
Anfang Juli	Oberstlt. GRAF v. STAUFFENBERG in die Verschwörung eingeweiht.
25. 7.	Brief GOERDELERS an GFM v. KLUGE.
9. 8.	Letzter Reformentwurf der „Kreisauer" (Weisung an die Landesverweser und Grundsätze für die Neuordnung mit Forderung nach „Bestrafung von Rechtsschändern").
26. 8.	Aussprache POPITZ mit HIMMLER.
September	Aussprache BECKS mit GOERDELER und v. KLUGE in der Wohnung Gen. OLBRICHT („Geburtsstunde des 20. 7.").
Anfang Oktober	GRAF STAUFFENBERG zum Chef des Stabes AHA ernannt.
Ende November	Auf den Vorarbeiten TRESCKOWS aufbauend hat STAUFFENBERG die technischen Vorbereitungen für den Umsturz abgeschlossen.
1944	
Januar	Mitglieder des „Solf-Kreises" werden verhaftet. Der „Kreisauer-Kreis" wird durch die Verhaftung MOLTKES gesprengt.
	Die deutsche Abwehr gerät unter die Kontrolle KALTENBRUNNERS.
11. 2.	Bombenattentat auf HITLER geplant. (Nicht ausgeführt, weil HIMMLER bei der Besprechung fehlte.)
9. 3.	Plan, HITLER bei der Lagebesprechung zu erschießen.
15. 5.	GFM ROMMEL und Gen. v. STÜLPNAGEL (Paris) planen die Festnahme HITLERS und seine Aburteilung durch ein deutsches Gericht.
4./5. 6.	Verhaftung der Sozialdemokraten LEBER und REICHWEIN.
1. 7.	Oberst i. G. GRAF v. STAUFFENBERG zum Chef des Stabes des BdE ernannt; am
11. 7.	versucht er zum ersten Mal (Obersalzberg) und am
15. 7.	zum zweiten Mal („Wolfsschanze"), ein Attentat auf HITLER durchzuführen.
17. 7.	GFM ROMMEL schwer verletzt nach einem Fliegerangriff.
20. 7.	GRAF STAUFFENBERG führt das Attentat gegen HITLER in der „Wolfsschanze" aus.

X. Literaturverzeichnis

(Kritische Auswahl)

ABSHAGEN, KARL HEINZ: CANARIS, Stuttgart (DVG) 1954

ADOLPH, WALTER: Im Schatten des Galgens, Berlin (Morus-Verlag) 1955

BAUMONT, MAURICE: La grande conjuration contre HITLER, Paris 1963

BECK, LUDWIG: Studien (Hrsg. HANS SPEIDEL), Stuttgart 1955

BECKMANN, JOACHIM (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933—1944. Gütersloh 1948

BERBEN, PAUL: L'attentat contre HITLER, Paris 1962

BERNARD, HENRI: La Resistance allemande contre HITLER, in: Revue générale belge, Brüssel, 98 Jg., August 1962, S. 49—75

BESGEN, ACHIM: Der stille Befehl. Medizinalrat KERSTEN, HIMMLER und das Dritte Reich, München 1960

BONHOEFFER, DIETRICH: Widerstand und Ergebung, München (Chr. Kaiser) 1951

BONHOEFFER, DIETRICH: Gesammelte Schriften (Hrsg. v. E. BETHGE) Bd. I u. II, München 1958 ff.

BORCH, HERBERT VON: Obrigkeit und Widerstand, Tübingen (Mohr) 1954

BOVERI, MARGRET: Der Verrat im 20. Jahrhundert, 4 Bände, Hamburg (Rowohlt) 1956 ff.

BRACHER, KARL DIETRICH: Die deutsche Diktatur, Köln/Berlin (Kiepenheuer u. Witsch) 1969

BRAUBACH, MAX: Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht, Köln-Opladen 1953

BUDDE, EUGEN, und LÜTSCHES, PETER: Der 20. Juli, Düsseldorf (Raven) 1952

CHURCHILL, WINSTON SPENCER: The Second World War, 6 Bde. London und Boston 1948 ff. (Deutsche Übersetzung: Der zweite Weltkrieg, Hamburg 1949 ff.)

DELP, ALFRED S. J.: Im Angesicht des Todes, Frankfurt/M. (Jos. Knecht) 1947

DEHN, G., und WOLF, E.: Gottesrecht und Menschenrecht, München 1954

DEUTSCH, HAROLD C.: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939—40, München 1969

DÖRNBERG, E. VON: Wehrmachtsjustiz im Dritten Reich, Hannover 1948

DÖNHOFF, GRÄFIN MARION: Den Freunden zum Gedächtnis, Hamburg (Dulk) 1946

DULLES, ALLEN WELSH: Verschwörung in Deutschland, Zürich (Europa-Verlag) 1948

EHLERS, DIETER: Technik und Moral einer Verschwörung, Frankfurt 1964

FINKER, KURT: STAUFFENBERG und der 20. Juli 1944, Berlin (Union Verlag) o. J.

Foerster, Wolfgang: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg, München (Isar-Verlag) 1953, 2. Aufl.

Foertsch, Hermann: Schuld und Verhängnis, Stuttgart (DVA) 1951

Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende, 2 Bde. Zürich (Neuauflage) 1954

Gollwitzer, Helmut, Kuhn, Käthe, und Schneider, Reinhold: Du hast mich heimgesucht bei Nacht, München (Chr. Kaiser) 1955

Hagen, Hans W.: Zwischen Eid und Befehl, Tatzeugen-Bericht von den Ereignissen am 20. Juli 1944. München 2. Aufl. 1959

Hammer, Walter: Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt/M. (Europ. Verlagsanstalt) 1956

Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand, Frankfurt/M. (Europ. Verlagsanstalt) 1956

Hassell, Ulrich von: Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944, Zürich (Atlantis) 1946

Haushofer, Albrecht: Moabiter Sonette, Berlin (Blanvalet) 1946

Hermelink, Heinrich: Kirche im Kampf, Tüb./Stuttg. (Rainer Wunderlich) 1950

Heusinger, Adolf: Befehl im Widerstreit, Tüb./Stuttg. (R. Wunderlich), Neuaufl. 1959

Heyland, G.: Das Widerstandsrecht des Volkes gegen verfassungswidrige Ausübung der Staatsgewalt im neuen deutschen Verfassungsrecht, Tübingen (Mohr) 1950

Hildebrandt, Rainer: Wir sind die Letzten. Aus dem Leben des Widerstandskämpfers Albrecht Haushofer und seiner Freunde, Neuwied/Berlin (Michael-Verlag) 1948

Hirt, Simon (Hrsg.): Mit brennender Sorge. Das päpstliche Rundschreiben gegen den Nationalsozialismus und seine Folgen in Deutschland, Freiburg/Br. (Herder)

Jahnke, Karl Heinz: Weiße Rose contra Hakenkreuz, Frankfurt/M. (Röderberg Verlag) 1969

Kast, Augustin: Die Badischen Märtyrerpriester, Karlsruhe (Badenia) 1949

Kiesel, Georg: SS-Bericht über den 20. Juli, Nordwestdeutsche Hefte, 2. Jg. Nr. 2, Febr. 1947, Hamburg (Hammerich und Lesser)

Klepper, Jochen: Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932—1942, Stuttgart 1956

Kloenne, Arno: Gegen den Strom. Ein Bericht über die Jugendopposition im Dritten Reich, Frankfurt/M. (Goedel) 1958

Kogon, Eugen: Der SS-Staat, München (Alber) 1946

Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart (DVG) 1947

Kordt, Erich: Nicht aus den Akten . . ., Stuttgart (DVG) 1950

Kosthorst, Erich: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug, Bonn (Bundeszentrale für Heimatdienst) 1954

Kramarz, Joachim: Claus Graf Stauffenberg. 15. 11. 1907—20. 7. 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt 1965

Kraus, Herbert: Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil, Hamburg (Girardet) 1953

Krausnick, Helmut: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler. (In: Die Vollmacht des Gewissens), München (Hermann Rinn) 1956

KREBS, ALBERT: FRITZ-DIETLOF GRAF VON DER SCHULENBURG. Zwischen Staatsräson und Hochverrat, Hamburg 1964

KÜNNETH, WALTER: Die evangelisch-lutherische Theologie und das Widerstandsrecht (ebenda), München (Hermann Rinn) 1956

KÜNNETH, WALTER: Der große Abfall, Hamburg (Franz Wittig) 1949

LEBER, ANNEDORE: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945, Berlin/Frankfurt (Mosaik-Verlag) 1954

LEBER, ANNEDORE: Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes in Lebensbildern, ebenda 1957

LEBER, JULIUS: Ein Mann geht seinen Weg, Berlin 1952

LILJE, HANNS: Im finstern Tal, Nürnberg (Lätare-Verlag) 1948

Materialien zu einem Weißbuch der deutschen Opposition, SPD, London 1946

MCCLOY II, JOHN J.: Die Verschwörung gegen HITLER, Tübingen (R. Wunderlich) 1965

MAU, HERMANN, und KRAUSNICK, HELMUT: Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933—1945, Tübingen/Stuttgart 1959

Medizin ohne Menschlichkeit, Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Hrsg. von A. MITSCHERLICH u. FRED MIELKE, Frankfurt/M. (Fischer-Bücherei) 1960

MEINECKE, FRIEDRICH: Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden (Brockhaus) 1947

MELNIKOW, DANIIL: Der 20. Juli 1944, Hamburg (Chr. Wegner) o. J.

MILLER, MAX: EUGEN BOLZ, Stuttgart (Schwabenverlag) 1951

MOLTKE, GRAF HELMUTH JAMES VON: Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, Berlin (Karl H. Henssel) 1951

NEUHÄUSLER, JOHANN: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, 2 Teile, München (Verlag Kath. Kirche Bayerns) 1946

L'opposition Allemande à HITLER, Sondernummer der Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale, Paris, Oktober 1959

PAETEL, KARL OTTO (Hrsg.): Deutsche innere Emigration, New York (Friedrich Krause) 1946

PECHEL, RUDOLF: Deutscher Widerstand, Erlenbach-Zürich (Eugen Rentsch) 1947

PICARD, MAX: HITLER in uns selbst, Zürich (Eugen Rentsch) 1946

PICKER, HENRY: HITLERS Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42, Bonn (Athenäum) 1951

PÖLCHAU, HARALD: Die letzten Stunden, Berlin (Verlag Volk und Welt) 1949

PORTMANN, HEINRICH: Bischof GRAF VON GALEN spricht, Freiburg (Herder) 1946

PRIBILLA, MAX: Der Eid nach der Lehre der kath. Moraltheologie (In: Die Vollmacht des Gewissens), München (Hermann Rinn) 1956

PRITTEE, TERENCE: Deutsche gegen HITLER, Tübingen (R. Wunderlich) 1965

REICHMANN, EVA: Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt/M. (Europ. Verlagsanst.) o. J.

REMER, OTTO: 20. Juli 1944, Hamburg (Verlag Deutsche Opposition) 1951

RITTER, GERHARD: KARL GOERDELER und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart, 3. Aufl. 1956

Romoser, George K.: The Politics of Uncertainity: The German Resistance Movement, in: Social Research, New York, Vol. 31, 1964, S. 73—93

Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München (R. Oldenbourg Verl.) 1967

Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M. (Fischer-Bücherei) 1958

Ruge, Friedrich: Rommel und die Invasion, Stuttgart 1959

Scheurig, Bodo: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943—1945, München 1960

Scheurig, Bodo: Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, Oldenburg und Hamburg (Stalling) 1968

Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Frankfurt/M. (Fischer-Bücherei) 1959

Schmitthenner, Walter, und Buchheim, Hans (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin (Kiepenheuer u. Witsch) 1966

Scholl, Inge: Die Weiße Rose, Frankfurt/M. (Fischer-Bücherei) 1955

Schramm, Wilhelm Ritter von: Der 20. Juli in Paris, Wörishofen 1953

Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.): Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941—44, München 1965

Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover-Frankfurt 1958

Schwerin von Krosigk, Graf Lutz: Es geschah in Deutschland, Tübingen (Rainer Wunderlich) 1952

Speidel, Hans: Invasion 1944, Tübingen (R. Wunderlich) 1949

Steltzer, Theodor: Von deutscher Politik, Frankfurt/M. (Knecht) 1949

Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München (List Verl.) 1966

Strölin, Karl: Verräter oder Patrioten? Stuttgart (Vorwerk) 1952

Tippelskirch, Kurt von: Geschichte des zweiten Weltkrieges, Bonn (Athenäum), 2. Auflage 1956

Treue, Wilhelm: Die Staatsideen der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus, Göttingen 1955

Die Vollmacht des Gewissens, Hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., München, (Hermann Rinn) 1956, Bd. II

Vollmer, Bernhard: Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934—1936, Stuttgart 1957

Weisenborn, Günther: Der lautlose Aufstand, Hamburg (Rowohlt) 1953

Wheeler-Bennett, John: Die Nemesis der Macht, Düsseldorf (Droste) 1954

Zeller, Eberhard: Geist der Freiheit. Der 20. Juli 1944, Taschenbuchausgabe, München (Hermann Rinn) 1957

Zipfel, Friedrich: Kirchenkampf in Deutschland 1933—45, Berlin 1968

Zuckmayer, Carl: Carlo Mierendorff, Berlin (Suhrkamp) 1949

Zwanzigster Juli 1944. Die deutsche Opposition im Spiegel der ausländischen Geschichtsschreibung. Eine Anthologie. Hrsg. v. H.-A. Jacobsen, Bonn 1969

XI. Personenverzeichnis

A

Abetz 172 f
Adam 139
Albers 17, 32
Albrecht 46
Albrecht von Württemberg 73
Amann 48
Ander 162
Angermair 289 ff
Antonescu 114
Antonius 272
Arnds 163 f
Arnolds 17, 32
Assmann 137, 174

B

Badoglio 117
Bargatzki 170 ff
Bartram 145
Bauer 44, 73
Beck 11, 18, 20 ff, 33, 43, 44, 50 ff, 56 ff, 68, 100, 109, 136, 150 ff, 164, 191, 199, 202, 213, 214, 230, 239, 244, 253, 303, 360, 367
Becker, C. H. 347
Beckerath 44 ff
Below, v. 193
Benatzki 165 f
Berger 132, 137, 174
Bernardis 145, 212, 218, 229, 320
Bernstorff, Graf v. 230, 320, 321
Bertram 361
Bismarck, v. 60
Blessing 43
Blomberg, v. 22, 303
Blumenthal, Graf v. 213, 230, 322
Blumenthal 167 f
Bock, v. 68, 361
Bodenschatz 137, 174
Boehm 46 f
Boehmer, v. 230, 321
Boeselager, v. 70, 178, 230, 323
Bolz 17, 225, 230, 323
Bonhoeffer, C. 229, 230, 322
Bonhoeffer, D. 13, 18, 20, 44, 66, 208 ff, 230, 361
Borgmann 107, 137, 174
Bormann 4, 165, 198 ff, 217
Borsig, v. 323
Bose, v. 127
Bothe, Dr. 26
Brandt 72 f, 132, 137, 139, 174
Brauchitsch, v. 22, 54, 56, 158, 165 ff, 360
Bryans 361
Bredow, v. 304
Breitbach-Bürresheim, v. 230
Brücklmeier 222, 230, 324
Brüning 32, 244, 246
Buchholz 223 f, 266
Buck 159, 167, 168
Budde 206 f
Büchs 131
Buhle 137, 138, 174
Busen 17
Bussche, A. v. dem 128

C

Calvin 295
Caminecci 230
Canaris 14, 32, 48, 230, 247 f, 344
Chamberlain 101, 355
Chevallerie, v. der 106
Chichester, Bischof v. 66 ff, 361
Churchill 70, 360
Corday 47
Cramer 223, 225, 230, 324

D

Dahrendorf 254
Daladier 50
Delbrück 230
Delekat 45

Delp 39 f, 225, 230, 261 ff, 324
Dethleffson 306 f
Deutz 17
Dibelius 44
Dieckmann 230, 325
Dietl 113
Dietrich, O. 76, 131
Dietrich, S. 110, 111
Dietze, v. 44 f
Diokletian 296
Dönitz 195 f, 292
Dohna-Tolksdorf, Graf zu 221, 230, 325
Dohnanyi 72, 227 f, 230, 251, 325, 362
Dollmann 104 f
Dorsch 230
Drechsel-Deuffenstein, Graf v. 213, 219, 230, 325
Droste 47
Dschingis-Khan 57

E

Eberbach 107
Ebert 308
Eden 70
Eisenhower 173
Einsiedel, Graf 199
Einsiedel, H. v. 39
Elisabeth II. v. Rußland 106
Elsas 230, 259 f, 326
Elser 360
Engelhorn 213, 326
Erdmann 213, 230
Ersing 17
Erttel 156
Eucken 44 f
Even 32

F

Faulhaber, Kardinal 20
Fegelein 133
Fellgiebel 43, 134 f, 203, 212, 217, 220, 230
Findeisen 145
Finckh 104, 213, 230
Fleischmann 230
Fließbach 169 f
Franco 250
Frank 230
Franken 17
Freisler 3, 39, 214 ff, 225 f, 266, 314, 317, 320 f
Freytagh-Loringhoven, v. 212, 230, 251, 330
Frick 230
Friebe 301 ff
Friedrich der Große 23, 57, 79, 106
Friedrich Wilhelm d. Gr., Kurfürst 79
Friessner 151
Fritsch, Frhr. v. 16, 22, 57, 240, 303 f
Fritzsche 207, 208
Fromm 51, 93, 132, 134 ff, 138, 143, 150, 161, 164, 169, 199, 242, 243
Fugger zu Glött, Fürst 39
Funk 75

G

Gabler 227
Gagern, v. 248
Galen, Graf v. 20, 361
Galland 123
Gayl, v. 45
Gees 166, 167
Gehre 72, 230
Gehrke 161, 162, 164
Geissler 227 f
Georgi 243
Gersdorff, v. 361
Gerstenmaier 39 ff, 208, 266, 319
Gessler 57
Gestrich 46
Geyr v. Schweppenburg 104, 107
Giraud 250
Gisevius 61
Gloeden, Erich 230
Gloeden, Elisabeth 47, 223, 230
Gneisenau 237
Gockeln 32
Goebbels 49, 66, 135 f, 158 ff, 163 f, 166 ff, 172, 184, 224
Goerdeler, Karl 9, 10, 13, 17, 18, 19, 21, 33 ff, 37, 44, 46, 47, 51, 54, 56, 60, 62, 73 f, 97, 103, 217 f, 225, 228, 230, 242, 244 ff, 253, 260, 315, 360 f
Goerdeler, F. 230
Göring 24, 54, 57, 66, 75 f, 109, 179, 184, 192, 195, 196, 243
Gollnow 230
Gorn 154
Gronowski 32
Groß 17, 31, 225, 230, 269 f
Großcurth 230, 251, 329
Guderian 151, 152, 161, 195

Günsche 133
Gürtner 303
Guttenberg 230, 329

H

Habermann 16, 18, 37, 231, 246, 330
Haeften, H. B. v. 39 f, 217, 219, 231
Haeften, W. v. 128, 136 f, 138, 145, 165, 169, 211, 212, 231, 330
Hagen 133
Hagen, Lt. Dr. 156 ff, 164 ff
Hagen, A. v. 128, 212, 230
Hahn 213, 219, 230
Halem, v. 10, 230, 271 ff, 331
Halder 54, 303, 360
Halifax, Lord 360
Hamel 167
Hamm 230
Hammer 4, 198
Hammerstein, v. 16, 68, 253, 331, 360
Hansen, Admiral 305
Hansen 212, 220, 231, 331
Hardenberg, Graf v. 213
Harnack, v. 231, 331
Hase, v. 135, 156, 158, 161, 212, 218, 224, 231, 302, 313, 316, 332
Hassell, Ulrich v. 10, 43, 54 ff, 55, 60, 230, 246, 311, 361
Hassell, Wolfdieter v. 60, 61
Haubach 39, 40, 46, 231, 254, 259, 267, 332
Hauenstein 42
Haushofer, A. 228 f, 231, 333
Haußer 106, 110
Hayessen 145, 156, 158 f, 162, 212, 219, 231, 333
Helldorf, Graf v. 43, 219, 231
Heinrichsdorff 166, 167
Heise 162
Helfer 306
Herber 169 f
Herfurth 222, 231
Hermes 17, 229
Herrmann 43
Heusinger 19, 130, 137, 174
Heyde, v. der 169 f
Heydrich 251 f
Himmler 26, 66, 69, 109, 132, 161 f, 168, 195 f, 199, 200 ff, 211, 243, 250, 302, 362
Hindenburg, v. 248, 303, 308
Hinkel 225
Hitler 3, 9, 11, 13, 15 ff, 20, 24, 26, 31, 40, 45, 48 ff, 54 ff, 58 ff, 67 ff, 70 ff, 74 ff, 88, 97 ff, 104 ff, 110 f, 114 ff, 125 ff, 136 f, 169, 176 f, 192 f, 198, 211, 214, 224, 237, 239 f, 243 f, 266, 271, 276 f, 291 ff, 301, 302, 305, 308, 359 f
Hoepner 24, 66, 135, 144 ff, 165, 199, 224, 231, 243, 302, 318, 333
Hofacker, v. 110, 170 f, 231, 334
Horst 109, 171
Horthy, v. 116
Hößlin, v. 231, 334
Hübener 231
Hugenberg 246
Husen, van 39

I

Iwand 295 ff

J

Jaeger 220, 231, 334
Jennewein 229, 231
Jessen 12, 44, 46, 55, 213, 231, 335
Jodl 113, 132, 174, 198 ff
John 229, 231
John, v. 131
Joos 31 f
Jünger 9
Jung 359

K

Kaiser 103 f, 213, 225, 231, 335
Kaiser, J. 10, 15 ff, 31, 47, 68, 225, 237, 246, 360
Kaltenbrunner 211, 251, 312, 362
Kant 272
Kapp 56
Keitel 56, 106, 108, 134, 138, 139, 174, 250, 304
Kempner 231
Kennan 15
Kesselring 118
Kielmannsegg, Graf v. 151
Kiep 43, 221, 231, 335
Kinzel 151, 152
Kissling 231, 336

Klamroth, B. 219, 231, 336
Klamroth, J.-G. 213, 219, 231, 336
Klausing 163, 212, 219, 231, 337
Kleist-Schmenzin, v. 12, 231, 337, 360
Kleopatra 272
Klitzing, v. 145
Kluge, v. 68, 70 f, 107 ff, 120, 172 ff, 361 f
Knaak 213, 218, 231, 337
Knauf 235
Knauss 307
Koch 231, 338
Könzgen 31
Köhler 39
Körner 17, 32, 231, 338
Kolbe 140
Kordt, E. 360
Korten 132, 137, 174
Kosney, H. 228 f
Krancke 174
Kranzbühler 292
Kranzfelder 220, 231
Krebs 151
Kriege 43
Küchler, v. 68
Kübert 213
Kuhn 128, 213
Kuenzer 229, 231, 338
Kutznitzki 223, 231

L

Lampe 44 f, 231, 339
Landen, F. v. der 145, 222, 231
Langbehn 222, 231
Lautz 313
Leber, A. 3, 46 ff, 237
Leber, J. 10, 18, 20, 37, 39 f, 51, 231, 237, 254, 260
Leeb, v. 360
Lehndorff-Steinort, v. 10, 231, 339
Lehr 3
Leibniz 277
Leipart 18
Lejeune-Jung 37 ff, 43, 213, 225, 231, 245 f, 311, 339
Lenz 17, 317
Leonrod 213, 220, 232, 339
Lerche 169 f
Letterhaus 17, 31, 213, 223, 225, 232, 340
Leuninger 17, 232, 340
Leuschner, W. 10, 16, 18, 20, 37, 55, 68, 217, 225, 232, 246, 251, 360
Leuschner, Ehefrau 48 f
Ley 30, 184, 253
Liebig, Justus 332
Liebknecht 248
Lilje 207
Lindemann 47, 213, 223, 232
Lindemann, Ehefrau 232
Linstow, v. 172 f, 213, 231, 341
List 242
Litter 232
Lochner 361
Löhr 117
Loeser 43
Louis Ferdinand, Prinz 18, 68
Ludwig II. v. Bayern 203
Ludendorff 54, 73, 81 f, 239
Lüdemann 318
Lüninck, Frhr. v. 223, 232, 341
Lütsches 206
Lüttwitz, v. 104, 108 ff
Lukaschek 39
Luther 296 ff, 300
Luxemburg 47, 248
Lynar, Graf zu 213, 222, 232, 341

M

Maass 232, 254, 342
Mackensen, v. 117
Mahlmann 309
Manitius 162
Mannerheim 113
Manstein, v. 76
Marcks, Erich 106
Marcks, Karl 232
Marx 229
Marogna-Redwitz, Graf v. 213, 232, 311, 342
Matuschka, Graf v. 221, 225, 232, 342
Mendelssohn 244
Mendelssohn, v. 259
Meichßner 213, 222, 232
Merz v. Quirnheim 135 ff, 145, 163 f, 165, 169, 211, 212, 232, 346
Meyer 254
Michel 232
Mierendorff 59 ff, 256 ff
Möllendorf, v. 140
Moll 229

Moltke, H. v., Gen.Feldm. 76, 265
Moltke, H. v. 9, 13, 15, 18, 21, 39 ff, 76, 208, 225, 232, 261, 265 ff, 312, 343, 361, 362
Morgenthau 10
Montgomery 174
Müller (Gestapo) 205, 266
Müller, J. 360
Müller, O., Prälat 17, 31 ff, 232, 344
Mumm v. Schwarzenstein 232, 271
Munzinger 229, 232
Mussolini 79, 121

N

Nansen 48
Napoleon I. 23
Nebe 232
Nebgen 17, 47
Nieden, zur 229, 232, 344
Niemann 73, 85
Niemöller 21, 359
Nietzsche 277
Noske 248

O

Oberg 172 f
Oftedal 228
Oertzen, v. 213, 232, 344
Olbricht 10, 43, 134 ff, 145, 161, 163 f, 169 f, 199 f, 211, 212, 232, 240 ff, 362
Olbricht, R. 240
Oster 13, 18, 32, 72, 232, 240, 243, 251, 345
Oxé 268

P

Paasikivi 113
Papen, v. 253, 359
Pavlowitsch 121
Pariani 56
Pascal 257
Patzig 248
Pechel 32, 360
Perels 229, 232, 345
Pius XI. 27, 360
Plank, N. 48
Planck 10, 232, 243, 345
Plettenberg, v. 232, 346
Poelchau 39, 224
Popitz 13, 43, 56 f, 61, 222, 232, 346, 362
Preiser 46
Preysing, Bischof v. 68, 360
Price 101
Pruck 251
Puttkamer, v. 137, 174

R

Rabenau, v. 232, 347
Rahtgens 213, 232, 347
Reichwein 39, 40, 232, 347, 362
Reinecke 165, 320
Reisert 39
Remer 135, 156 ff, 163 ff, 165 ff, 310
Rendulic 113
Ribbentrop, v. 109, 113, 127, 198, 203
Ritter 3, 44
Rodin 208
Roenne, v. 213, 232, 273 ff, 348
Rösch 267
Rommel 11, 12, 104 ff, 110 f, 120 f, 125, 232, 302, 304 f, 362
Rosenberg 165, 359
Rothfels 3, 9 ff
Rundstedt 9, 12, 106 ff, 110
Ruoff 306
Ryti 113

S

Sack 232, 251, 271
Sadrozinski 213, 220, 232
Salviati, v. 229, 232, 348
Sander 139
Sasse 226
Sauerbruch 58

Schach 167
Schacht 68
Schack, Graf v. 156, 162, 232
Schady 164
Scherff 137, 174
Schiller 211
Schlabrendorff, v. 70 ff, 127 ff, 208, 251, 360 f
Schlange-Schöningen, v. 43
Schlee 161 ff
Schleicher 229 f, 232, 304, 348
Schleicher, v. 106
Schlieffen, Graf v. 237
Schmitt, J. 30, 33
Schneppenhorst 232, 349
Schniewindt 43
Scholl, H. 10, 47, 49, 361
Scholl, S. 10, 47, 49, 361
Scholz-Babisch 213, 233, 349
Schöne 156, 158, 161, 162, 233
Schönfeld 66, 361
Schopenhauer 272
Schmundt 70, 130, 132, 137, 174
Schrader 213, 233, 251, 349
Schramm 112 ff
Schulenburg, Fr. Graf v. der 212, 220, 233, 350
Schulenburg, W. Graf v. der 49, 233, 350
Schulze-Büttger 213, 233
Schulze 267
Schwärzel 315
Schwamb 233, 350
Schwarte 48
Schwerin, Graf v. 104
Schwerin v. Krosigk 43
Schwerin v. Schwanenfeld 43, 213, 220, 233, 319, 351
Seeckt, v. 57, 309
Senger 117
Seydlitz, v. 199
Siebert 156, 166, 167, 168
Sierks 229, 233
Skorzeny 165
Smend 213, 233, 351
Sossinow 229
Spartakus 57
Spee, Graf 247
Speer 43, 77, 160
Speidel, Hans 104 ff, 172 ff, 302, 304, 309
Sperr 39, 233, 267, 352
Stackelberg, v. 46
Staehle 229, 233
Stalin 78, 80, 83
Stauffenberg, Alex. v. 211
Stauffenberg, Berthold Graf v. 40, 220, 233, 352
Stauffenberg, Claus Schenk Graf v. 9, 18, 32, 40, 48, 68, 103 ff, 109, 118, 128 ff, 134, 138 ff, 145, 150, 165, 169 f, 172, 195, 199, 212, 233, 237, 243, 266, 330, 361
Steeg 167
Steinaecker, v. 233
Steltzer 39 f, 225, 229, 267
Stieff 11, 72, 73, 128 ff, 138, 212, 224, 234, 352
Stoll 225
Strassmann 259, 260
Streve 139, 140
Strünck 213, 234, 353
Stülpnagel, K. H. v. 108, 109, 171 ff, 213, 233, 353, 362
Stumpf 196
Sztógay 116

T

Teske 307
Teuchert 170 ff
Thadden, E. v. 47, 221, 234, 353
Thadden, v. 138, 139
Tharant 268
Theimer 251
Thiel 268
Thiele 213, 220, 234, 353
Thielicke 44
Thierack 217 f
Thierfelder 170 ff
Thoma 213, 234, 354
Thomas 240 f
Thüngen, Frhr. v. 135, 234, 236, 355
Thüngen, Frfr. v. 236
Tito 117
Todt 25
Treskow, G. v. 213, 234

Tresckow, H. v. 10, 18, 70 ff, 130, 212, 234, 243, 305, 353, 360
Treviranus 245
Trotha, v. 39
Trott zu Solz 13, 39, 40, 219, 234, 246, 318, 351
Trüstedt 165

U

Uexküll, v. 221, 234, 355
Unger 126

V

Vansittart 10
Vögtle 166
Voigt 234, 355
Voss 174
Voss, H. A. v. 234, 356
Vossen 216

W

Wagner, E. 104, 128, 140, 213, 234, 302
Wagner, R. 173
Wagner, S. 213, 234
Waizenegger 133
Wallenberg 361
Warlimont 133
Weber 254
Wehrle 221, 225, 234, 311, 314, 356
Weinkauff 275 ff
Weisenborn 198
Weizsäcker, v. 12, 360
Wels 21, 359
Wenk 151
Wentzel-Teutschenthal 234, 356
Wessels 46
Wiechert 11
Wilmowsky 56
Wilhelm II. 87
Wirmer 17, 47, 217, 225, 234, 246, 316, 357
Wiersich 234, 357
Witzleben, v. 43, 55, 68, 135, 142, 191, 194, 199, 212, 214 ff, 217, 218, 224, 234, 240, 302, 313, 357
Wolf, E. 299 ff
Wolff 242
Wolters 166
Wurm 20, 68

X

Xylander, v. 151

Y

Yorck v. Wartenburg, Preuß. FM. 310
Yorck v. Wartenburg 14, 39 f, 212, 215, 218, 234, 246, 270, 310, 317, 358

Z

Zeitzler 43, 132
Zeller 244
Ziegler, D. 145, 169
Ziehlberg, v. 234, 358

(Personen der synchronoptischen Tafel sind nicht erfaßt)

XII. Karten und Anlagen

a) Lagekarte vom 20. Juli 1944 — In der Tasche des Buches

b) Führerhauptquartier Rastenburg „Wolfsschanze" * am 20. 7. 1944 — 131

c) Lagebesprechung in der Gästebaracke im F.H.Qu.** Rastenburg um 12.30 Uhr, am 20. 7. 1944 — 133

d) Berlin — Bendlerstr. 1. Etage — am 20. 7. 1944 * — 145

e) Stadtplan von Berlin zu den Ereignissen am 20. 7. 1944 — In der Tasche des Buches

f) Die deutsche Widerstandsbewegung: Vorgesehene Minister und Spitzengliederung der Wehrmacht — 43

g) Todesurteil des Volksgerichtshofes gegen E. v. HARNACK — In der Tasche des Buches

* Quellennachweis: Die Geschichte des Pz.Korps Großdeutschland, Bd. II, Bielefeld 1958, S. 560 ff.

** Quellennachweis: ASSMANN, K., Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1951, S. 457 (ergänzt durch den SS-Bericht vom 26. 7. 1944)

Geheime Reichssache!

1. Das ist ein [illegible] Paragraph 5 [illegible] 4.1934
2. [illegible]
4. Vervielfältigung jeder Art [illegible] Herstellung von Auszügen verboten.
5. Empfangsbestätigung sofort! [illegible]
Verstoß dagegen zieht schwerste Strafe nach sich.

Abschrift.
1 L 519/44
O J 59/44g Rs

IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES!

In der Strafsache gegen

den ehemaligen Regierungspräsidenten a.D. und Handelsvertreter Ernst von H a r n a c k aus Berlin-Zehlendorf, geboren am 15. Juli 1888 in Marburg a.d.Lahn,

zur Zeit in Haft,

wegen Landesverrats,

hat der Volksgerichtshof, 1. Senat, auf die am 23. Dezember 1944 eingegangene Anklage des Herrn Oberreichsanwalts, in der Hauptverhandlung vom 1. Februar 1945, an welcher teilgenommen haben

als Richter:

Präsident des Volksgerichtshofs Dr.Freisler, Vorsitzer,
Landgerichtsdirektor Dr. Schlemann,
Privatangestellter Heinsius,
Abteilungsleiter Aumüller,
Gartentechniker und Kleingärtner Kaiser,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Erster Staatsanwalt Harzmann,

für Recht erkannt:

Ernst von H a r n a c k wußte von Umsturzbestrebungen Goerdelers und auch von solchen Lebers und Leuschners.

Er meldete das nicht nur, sondern stellte sich Leber sogar - wenn er gebraucht wurde - zur Verfügung!

Sein Tun erklärt sich aus dem ihn beherrschenden Gemisch liberaler und marxistischer Anschauungen und aus seinem Verzweifeln am Sieg.

Das ändert aber nichts an seinem Hochverrat mitten im Kriege.

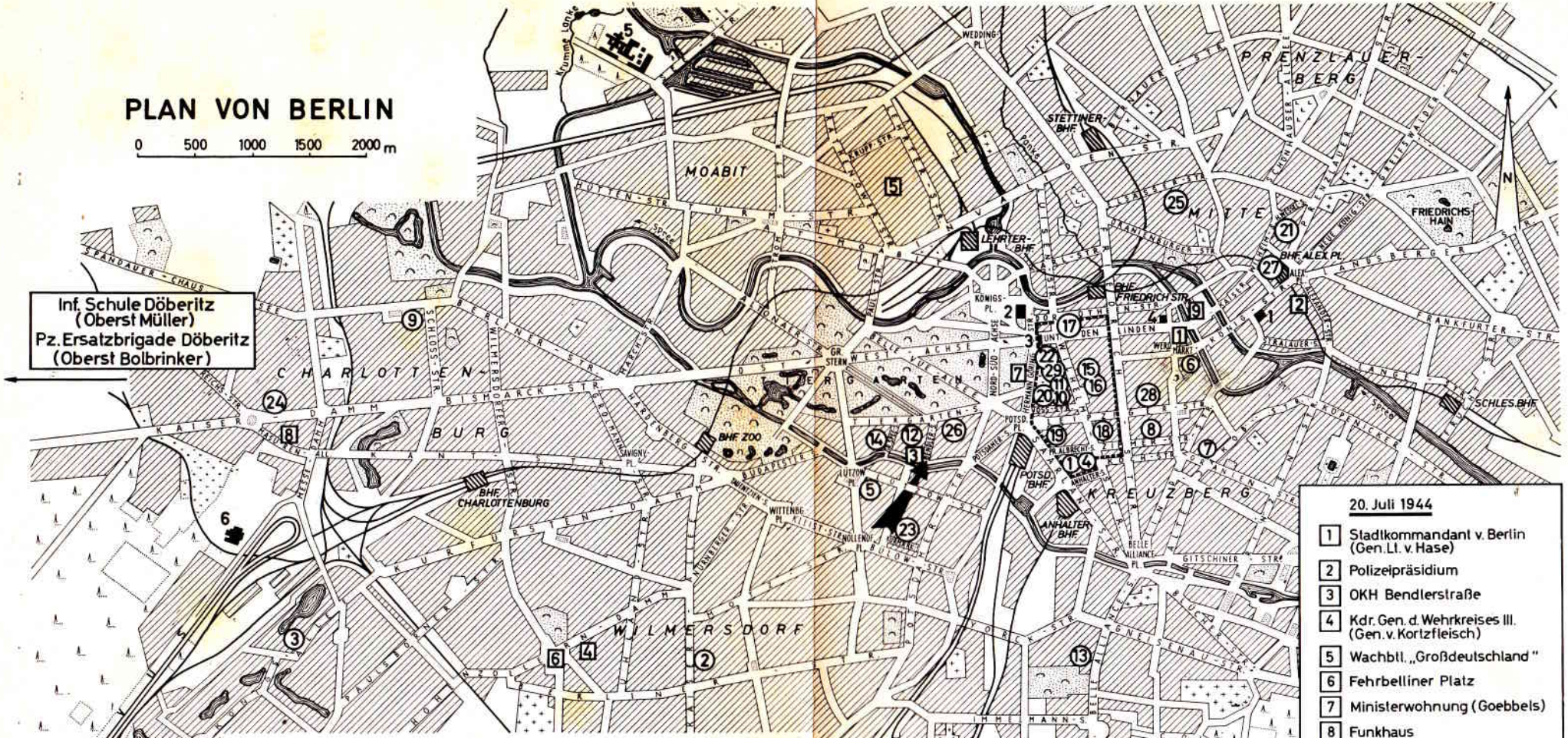
Dadurch hat er sich für immer ehrlos gemacht. Er wird daher mit dem T o d e bestraft.

IVg [illegible] 1 L 45 gRs

Eines für viele: Das Todesurteil des Volksgerichtshofes gegen Ernst von Harnack

PLAN VON BERLIN

0 500 1000 1500 2000 m



Behörden von SS, Staat u. Partei * die vordringlich besetzt werden sollten (Reihenfolge = Dringlichkeitsfolge)

1. Der Reichsführer - SS
   SS-Sicherheitshauptamt
   Reichsf. SS-/Pers. Stab
   SS-Personalhauptamt
2. SS-Führungshauptamt
3. Der Höh. SS- u. Polizeiführer Berlin
4. Chef des SS-Fernmeldewesens
5. SS-Hauptamt
6. SS-Sicherheitshauptamt (Teil)
7. Reichsdruckerei
8. Deutscher Verlag (VB)
9. SS - Führerschule
10. Kanzlei des Führers
11. Der Stellvertreter des Führers
12. Der Reichsorganisationsleiter
13. Der Reichspropagandaleiter
14. Der Reichsleiter für die Presse
15. Der Reichspressechef der NSDAP
16. Reichsmin. f. Volksaufkl. u. Propaganda
17. Reichsmin. d. Innern
18. Reichspostministerium
19. Preuß. Staatsministerium (Ministerpräs. u. Staatsrat)
20. Der Stabschef der SA (OSAF)
21. SA Gruppe Berlin - Brandenburg
22. Gauleitung Berlin
23. Gauleitung Mark Brandenburg
24. Der Reichsjugendführer
25. HJ-Gebietsführung Berlin
26. DAF
27. SD - Leitabschnitt
28. Reichspropagandaamt
29. Auswärtiges Amt

Sonstige wichtige Punkte

1. Rathaus Berlin
2. Reichstagsgebäude
3. Brandenburger Tor
4. Ehrenmal
5. Strafanstalt Plötzensee
6. Deutschlandhalle

20. Juli 1944

1. Stadtkommandant v. Berlin (Gen. Lt. v. Hase)
2. Polizeipräsidium
3. OKH Bendlerstraße
4. Kdr. Gen. d. Wehrkreises III. (Gen. v. Kortzfleisch)
5. Wachbtl. „Großdeutschland"
6. Fehrbelliner Platz
7. Ministerwohnung (Goebbels)
8. Funkhaus
9. Lustgarten
- ---- Regierungsviertel

Eisenbahn | Friedhof | Park | Wald | Wiese | bebaute Fläche

* Anlage I a zu Wehrkr. Kdo. III / I a (VG) Nr. 1

a) LAGEKARTE 20.7.1944
AN ALLEN FRONTEN
0 100 200 300 km
Grenzen von 1937
Grenze des Großdeutschen Reiches 1942
deutsche Front am 1. 7. 1944
" " " 20. 7. 1944
" " " 1. 8. 1944
von deutschen Truppen am 20.7.1944 gehaltenes Gebiet
Alliierte und die von ihnen zurückeroberten Gebiete
weitere Operationen im August 1944
neutrale Staaten
All.Ob.Kdo. Eisenhower
H.Gr. 21 (engl.)
Normandie
Ob. West
H.Gr. B
H.Gr. G
H.Gr. Süd
H.Gr. Mitte
H.Gr. Nord
H.Gr. Nordukraine
H.Gr. Südukraine
H.Gr. A
H.Gr. E
H.Gr. Leningrad-Front
H.Gr. 3. balt. Front
H.Gr. 2. balt. Front
H.Gr. 1. balt. Front
H.Gr. 3. Weißruss. Front
H.Gr. 2. Weißruss. Front
H.Gr. 1. Weißruss. Front
H.Gr. 1. Ukr. Front
H.Gr. 4. Ukr. Front
H.Gr. 2. Ukr. Front
H.Gr. 3. Ukr. Front
FHQ
NORWEGEN
SCHWEDEN
FINNLAND
ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN
Weiß Rußland
Ostpreußen
SOWJET-UNION
Ukraine
DÄNEMARK
NORDSEE
OSTSEE
IRLAND
GROSSBRITANNIEN
NIEDERLANDE
BELGIEN
DEUTSCHES REICH
POLEN
TSCHECHOSLOWAKEI
SLOWAKEI
UNGARN
RUMÄNIEN
BULGARIEN
JUGOSLAWIEN
ALBANIEN
GRIECHENLD.
TÜRKEI
SCHWEIZ
ÖSTERREICH
FRANKREICH
SPANIEN
ITALIEN
Partisanen
Kanal
Golf von Biscaya
Golfe du Lion
LIGURISCHES MEER
ADRIATISCHES MEER
SCHWARZES MEER
Karpaten
Tatra
Hohe
Pripjet Sümpfe
Skagerrak
Gotland
Öland
Bergen
Stavanger
OSLO
Göteborg
Arhus
KOPENHGN.
Malmö
Bornholm
Rügen
Kiel
Rostock
Hamburg
Bremen
Emden
Slettin
Danzig
Königsbg.
Memel
Libau
RIGA
Narwa
REVAL
Peipus-S.
Dagö
Ösel
Dorpat
Ilmen-S.
WALDAI-HÖHE
Ostrow
Welikije Luki
Nowosokolniki
Witebsk
Wilna
KOWNO
Grodno
Bialystok
Brest
Molodetschno
Minsk
Brjansk
Gomel
Kiew
Kowel
Rowno
Lublin
Sandomierz
Lodz
Posen
WARSCHAU
Breslau
Berlin
Magdeburg
Leipzig
Dresden
Münster
Essen
Kassel
Köln
Aachen
Koblenz
Frankfurt
Schweinfurt
Nürnberg
Regensbg.
Trier
Saarbr.
Metz
Straßbg.
Stuttgart
München
Boden-S.
Innsbruck
Linz
WIEN
Graz
Amsterdam
Rotterdam
BRÜSSEL
Gent
Calais
Lille
Amiens
Cherbourg
Dieppe
Le Havre
Alderney
Guernsey
Jersey
Caen
Brest
Lorient
St. Nazaire
PARIS
Orléans
Troyes
Nantes
Tours
Belfort
Dijon
Limoges
Bordeaux
Toulouse
Marseille
Lyon
Genf
BERN
Mailand
Turin
Genua
Bologna
Florenz
Livorno
Padua
Venedig
Triest
Fiume
Ljubljana
Zagreb
Split
Dubrownik
Sarajewo
Skoplje
TIRANA
ROM
Korsika
Ancona
Pescara
Neusiedler-S.
BUDAPEST
Platten-S.
Szeged
Klausenburg
Tarnow
Krakau
Przemysl
Lemberg
Tarnopol
Winniza
Tschernowitz
Kaschau
Brünn
PRAG
Jassy
Galatz
Ploesti
BUKAREST
Turnu Severin
Konstanza
Tiraspol
Odessa
Istanbul
SOFIA

SYNCHRONOPTISCHE TAFEL:

* Zusammengestellt nach den bis heute ermittelten Zeiten und Angaben (einschl. KTB-Wehrmachtführungsstab). Nicht alle Widersprüche (in der Literatur) konnten geklärt werden. (Beste Gesamtdarstellung bleibt immer noch: Zeller, a.a.O., 2. Aufl., S. 241 ff.).

DIE EREIGNISSE AM 20. JULI 1944*

(vergleiche hierzu Skizzen b, c, d und e)

I. „Wolfsschanze": FHQu. Rastenburg

Uhr	
Gegen 10.15	– Oberst Graf v. Stauffenberg trifft mit seinem Adjutanten, Oblt. von Haeften, im FHQu. ein. – Frühstück im Teehaus mit Rittm. v. Möllendorf (Adj. des Lager Kdt., Oberstlt. Streve). – Aussprache mit Gen. Fellgiebel (Chef d. Wehrm.Nachr.Wesens) im Nachrichtenbunker. – Dienstliche Unteredung mit General Buhle (Chef des Heeresstabes beim OKW) und Gen.Lt. v. Thadden (Chef des Stabes beim Wehrkreisbefehlshaber I).
Gegen 12.00	– Stauffenberg meldet sich beim Chef OKW, GFM Keitel. – Wachablösung an den Sperrkreisen.
12.30	– Beginn der Führerlagebesprechung im Gästehaus (sog. Speerbaracke). **Teilnehmer:** (Im Sperrkreis A) vgl. Skizze S. 115. (Zum sog. Sperrkreis A – innerhalb des Sperrkreises 1 – gehörten folgende Häuser: FM Keitel, pers. Adj. d. Führers, Kasino 1 und Teehaus, Führer, Reichsl. Bormann, Adj. der Wehrmacht beim Führer, HPA und Lagehaus). – Gen.Lt. Heusinger hält Vortrag über die Lage an der Ostfront. – Im Vorraum der Lagebaracke drückt Stauffenberg mit einer kleinen Zange den Zeitzünder der Bombe in seiner Aktentasche ein (da ihm die rechte Hand und 2 Finger an der linken Hand fehlen) (3. Attentatsversuch; 1. am 11. 7.; 2. am 15. 7.).
12.37	– Keitel stellt Stauffenberg Hitler vor und meldet, daß dieser über den Einsatz von Sperrdivisionen berichten werde. – Stauffenberg verläßt unter dem Vorwand, telefonieren zu müssen, den Raum, nachdem er seine Aktentasche in die Nähe Hitlers rechts neben Oberst Brandt am Tischende abgestellt hat. Gen. Schmundt (?) oder Oberst Brandt (K.Adm. Voss?) schiebt die Tasche auf die Hitler abgewandte Seite des die Eichenplatte tragenden Sockels des großen Kartentisches (neben den Stenografen Ber-

II. Berlin

a) Die „Bendlerstraße"

Uhr	
Kurz nach 6.00	Abfahrt des Obersten Graf v. Stauffenberg von seiner Wohnung am Wannsee; er fliegt gegen
7.00	mit seinem Adj., Oblt. von Haeften, vom Flugplatz Rangsdorf nach Ostpreußen.
Gegen 11.00	Aussprache zwischen Graf Helldorff (Polizeipräs. v. Berlin) und H. B. Gisevius.
Kurz nach 12.00	Major i. G. Hayessen berichtet dem Stadtkdt. v. Berlin, Gen.Lt. v. Hase, von dem beabsichtigten Attentat auf Hitler.
12.30	Gen. v. Hase fordert auf Befehl des Chef des Stabes des AHA, Oberst Merz v. Quirnheim, beim Polizeipräs. von Berlin, Graf Helldorff, 8–10 Kriminalbeamte an, die über die Lage der verschiedenen Ministerien gut Bescheid wissen.
	In der Bendlerstraße finden sich von den Verschwörern u. a. ein: Graf Schwerin v. Schwanenfeld, Gen.Oberst Hoepner. Später: Graf Fritz v. d. Schulenburg; ORR Graf Yorck v. Wartenburg, E. Gerstenmaier und B. Graf v. Stauffenberg.

b) und ihre Gegenspieler

Uhr	

III. Paris

Uhr	
Früher Vormittag	Oberst Finckh, OQu. des Ob. West, erhält von Zossen OKH (Gen.Quartiermeisteramt) das Stichwort „Übung" (Attentat steht heute bevor); ebenso Oberstlt. v. Hofacker (Stab Militärbefehlshaber v. Frankreich).
9.00 bis nachmittags	Ob. West, GFM v. Kluge, auf einer Befehlshaber-Besprechung im Wald ostwärts St. Pierre-Dives.

IV. Reich und annektierte Gebiete

Uhr	

12.42	– Explosion der Bombe.						
12.43	– Der wachhabende Lt. der Wache 1 ordnet Sperre an. Schließung des Sperrkreises A durch den wachhabenden Leutnant.						
12.44	– Stauffenberg und Haeften passieren die Wache des Sperrkreises A.						
12.45	– Auslösung des Alarms für beide Sperrkreise. – Stauffenberg wird an der „Außenwache" Süd durch Fw. Kolbe aufgehalten, erhält aber von Rittm. v. Möllendorf telefonisch die Erlaubnis zu passieren. Fahrt zum Flugplatz. (Unterwegs wirft Haeften ein Paket mit Sprengstoff aus dem Wagen.)						
Gegen 13.00	– Gen. Fellgiebel verhängt Nachrichtensperre über das FHQu. (?) (nicht SS-Leitungen!) (offenbar bis 15.30 Uhr).			Kurz nach 13.00	Reichsminister Goebbels erhält Kenntnis von dem Attentat (offenbar ohne Einzelheiten).		
13.15	– Rückflug Stauffenbergs und Haeftens nach Berlin in einer He 111 (die auf Befehl des Gen.Qu., Gen. Wagner, bereitgestellt worden ist). – Anruf Fellgiebels(?) (Oberst Hahn?) bei Gen.Lt. Thiele in Berlin: (Nachricht über Mißlingen des Attentats? Der Führer sei verletzt). – Bormann trifft am Tatort ein, kurz darauf						
13.30	– Himmler. Der Verdacht fällt zunächst auf die im FHQ beschäftigten OT-Arbeiter.						
		13.55	Gisevius ruft im Reichskriminalamt an, um von SS-Gruppenführer Nebe etwas über das Unternehmen im FHQu. zu erfahren („ohne Ergebnis").				
Kurz vor 14.00	– Gen. Burgdorf im FHQu. eingetroffen; er übernimmt die Geschäfte Chef HPA (Heerespersonalamt). – Himmler fordert von Berlin (Reichskriminalamt) Fachleute zur Aufklärung des Attentats an (Gestapo-Müller). Der Verdacht richtet sich gegen Oberst Graf v. Stauffenberg; Himmler gibt Weisung, ihn in Rangsdorf festzunehmen.						
						Etwa 14.30	Oberst Finckh erreicht aus Berlin das Stichwort „Abgelaufen" (Attentat vollzogen); er fährt daraufhin zum Chef des Genst. d. OB West, Gen. Blumentritt, nach St. Germain.
Gegen 15.00	– Oberst Hahn, Chef des Stabes bei Fellgiebel, warnt Obstlt. i. G. Graf Kielmannsegg (Operationsabteilung): „Alle Leitungen werden durch SS überwacht."	Kurz nach 15.00	Gen.Lt. Thiele, Chef WNV, überbringt die Nachricht aus Rastenburg (Kurzgespräch mit Fellgiebel (?)): Bei einer Explosion seien mehrere Personen getötet worden. Gen.Oberst Hoepner und Gen. Olbricht warten mit der Auslösung des Unternehmens „Walküre" noch ab; sie wollen erst Gewißheit haben, um nicht einen zweiten Probealarm (ein erster fand am 15. 7. statt!) aufs Spiel zu setzen.	15.00 bis 16.00	Lt. Dr. Hagen (Referent im Prop.Min.) hält vor dem Unterführerkorps des Wachbtl. „GD" einen Vortrag über NS-Führungsfragen und berichtet über die Lage.		
		15.30 bis 15.45	Stauffenberg und Haeften in Rangsdorf eingetroffen. Haeften gibt telefonisch an die Bendlerstraße durch: „Hitler ist tot".			Gegen 15.30	F. meldet Gen. Blumentritt den Tod Hitlers und die Bildung einer neuen Regierung Beck-Goerdeler.
		15.50 bis 16.00	Erst jetzt löst Gen. Olbricht „Walküre" mit dem Stichwort „Deutschland" aus; Gen. v. Hase erhält die entsprechenden Anweisungen. Olbricht meldet dem BdE, Gen.Oberst Fromm, der Führer sei tot; er müsse „Walküre" auslösen.				
Gegen 16.00	– Mussolini trifft in einem Sonderzug auf dem kl. Bahnhof des FHQ ein.						
16.10	– Keitel meldet den Anruf des BdE, Gen.Oberst Fromm; dieser habe sich nach dem Attentat erkundigt.	16.10	Rückfrage Fromms im FHQ; Keitel bestätigt das Attentat. Der Führer sei aber nur leicht verletzt.	Kurz nach 16.10	– Das Wachbtl. „Großdeutschland" erhält das Alarmstichwort für „Walküre". Major Remer, der Kdr. des Btl., fährt zu Gen. v. Hase zur Einweisung. – Ferner werden alarmiert: (bis 17.30 Uhr)		

I. „Wolfsschanze“: FHQu. Rastenburg		II. Berlin a) Die „Bendlerstraße“		b) und ihre Gegenspieler		III. Paris		IV. Reich und annektierte Gebiete	
Uhr		Uhr		Uhr		Uhr		Uhr	
Nach 18.00	– Hitler unterschreibt den von Himmler fertig ausgearbeiteten Befehlsentwurf: Himmler wird zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt mit allen Vollmachten. – Gen.Oberst Guderian m.d.W.d.G. des ChefsGenst. d. H. beauftragt.	Kurz nach 18.00 (18.45?)	Die zur Besprechung bei Fromm eintreffenden Amtsgruppenchefs (die Generale Specht, Kuntze und Strekker) werden festgenommen (Sie können aber gegen 20.30 Uhr aus der Bendlerstraße entkommen).			17.00 bis 18.00	– Ob West, GFM v. Kluge, kehrt zum Gefechtsstand nach La Roche Guyon zurück. Gen.Lt. Speidel, Chef Genst. der HGr. B, unterrichtet ihn über die Vorgänge in Berlin, weist aber auf die sich widersprechenden Nachrichten und Unklarheiten hin. – GFM Sperrle, Chef der Luftflotte 3, und der Militärbefehlshaber Frankreichs werden		
						Gegen 18.15	zur Besprechung nach La Roche Guyon befohlen.		
				18.30	Das Wachbtl. hat befehlsgemäß das Regierungsviertel abgeriegelt.				
18.35	– Hitler spricht mit Major Remer, Kdr. des Wachbtl. in Berlin.			18.35	Major Remer meldet sich bei Goebbels und wird von diesem mit Hitler verbunden; letzterer befiehlt dem Major, den Militärputsch sofort niederzuwerfen. Remer ist Hitler persönlich unterstellt. (Er verlegt seinen Befehlsstand in das Vorzimmer Goebbels.) Remer telefoniert mit Major Wackernagel (Cottbus); dieser meldet ihm, daß die Masse der Pz.Gren. Ersatzbrig. „GD“ auf Königswusterhausen marschiere, um den Deutschlandsender zu besetzen.				
		18.45	Lt. Röhrig erhält das Fernschreiben mit der Ernennung d. Gen.Oberst Hoepner zum BdE u. OB des Heimatkampfgebietes. (Erst von 20.20–21.15 Uhr an einen Teil der Anschriften abgesetzt.)						
Gegen 18.45	**– 1. Sondermeldung des Deutschlandsenders über das mißglückte Attentat auf Hitler.**							Gegen 18.45	
			Oberst Jaeger meldet sich bei Gen. v. Hase mit dem Auftrag, Goebbels festzunehmen. Oberst Gläsemer, Kdr. der Pz.Tr.-Schule II Krampnitz, wird festgesetzt. (Er kann gegen 22.00 Uhr entweichen.)						
		Gegen 19.00	Telefongespräche zwischen Beck und Stülpnagel; Beck und Kluge (Paris).	Bis 19.00	Die Feuerwerkschule im Zeughaus und die Waffenmeisterschule im Schloß beginnen ihre Stützpunkte in Berlin einzurichten.	Gegen 19.00	– Anruf des Gen.Oberst Beck bei Gen. v. Stülpnagel: Was auch immer an der Meldung wahr sei, die Würfel seien gefallen, es müsse gehandelt werden. Stülpnagel bekennt sich rückhaltlos zu Beck und verspricht, den gesamten SD und die SS mit ihren Führern in Frankreich festzusetzen. – Gespräch Becks mit Kluge: Kluge fordert erst Gewißheit über den Tod Hitlers. Auf die Frage Becks, ob er bereit sei, auf jeden Fall zu handeln, weicht Kluge aus („ja und nein“); er müsse sich erst ein Bild von den Vorgängen verschaffen, bevor er derart schwerwiegende Schritte unternehme.	19.00	Prag: Gen. Schaal findet den Befehl des GFM v. Witzleben vor; er ruft in Berlin an. Am Apparat meldet sich Stauffenberg. Dieser bestätigt die Richtigkeit der gegebenen Befehle; „Es komme darauf an, nun mit allen Mitteln die vollziehende Gewalt in die Hand zu nehmen und Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Die befohlenen Maßnahmen gegen den SD seien beschleunigt durchzuführen.“ Gen. Schaal befiehlt die Auslösung der Stichworte „Odin“ und „Johannes“.
		Kurz nach 19.00	Verbindung zur HGr. Nord (Baltikum) wird hergestellt. Gen.Oberst Beck be-			Nach	Anruf des Gen. v. Falkenhausen (Mili-		

		16.20	Daraufhin befiehlt Fromm, „Walküre" nicht einzuleiten. Polizeipräs. Graf Helldorff wird in die Bendlerstraße befohlen. Gen.Oberst Beck in Zivil und H. B. Gisevius finden sich in der Bendlerstraße ein.		fernmeisterschule, Landesschützenbtl. 311 und 320.			Spätnachmittag
		Zwischen 16.30 u. 17.00	Stauffenberg und Haeften treffen in der Bendlerstraße ein; Meldung bei Fromm. Stauffenberg gesteht das Attentat ein; der Führer sei tot. Olbricht weist Fromm darauf hin, daß er „Walküre" bereits ausgelöst habe. Da Fromm sich weigerte, die Putschisten zu unterstützen, wird er festgenommen –. Beck fordert die Verschwörer auf, zu handeln, als ob Hitler tot sei.	16.30	„Walküre" für die Panzerbrigade Döberitz (Oberst Bolbrinker) befohlen.	16.30 bis 17.00	Oberst Graf Stauffenberg telefoniert mit Oberstlt. v. Hofacker und berichtet ihm über das Attentat.	Wien: Der Befehlshaber des Wehrkr., Gen. d. Pz.Tr. von Esebeck, bittet die Gauleiter, Reichsstatthalter, den Gaupropagandaleiter, den höheren SS- und Polizeiführer, den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD zu einer Besprechung (Gauleiter B. v. Schirach und Dr. Jury befanden sich allerdings außerhalb Wiens).
		16.30	Hptm. Klausing. AHA, überbringt dem Leiter des Nachrichtendienstes OKW, Lt. Röhrig, ein Fernschreiben („Der Führer Adolf Hitler ist tot" . . .); nach Abänderung der ersten Zeile („Innere Unruhen") durch Klausing wird das Fernschreiben zwischen 17.35–21.03 Uhr mit höchster Dringlichkeitsstufe an 20 Anschriften befördert (von Wachtmeister Tegeder u. 4 Fernschreiberinnen).				– Aktion in Paris-Frankreich läuft an: Der höhere Nachrichtenführer, Gen. Oberhäuser, erhält den Auftrag, den gesamten ihm unterstellten Funk- und Fernsprechverkehr zwischen Frankreich und Deutschland bis auf die Linie Berlin zu sperren und die Sender in Paris zu besetzen. Stadtkdt. von Groß-Paris, Gen.Lt. v. Boineburg-Lengsfeld (mit Chef d. Stabes Oberst v. Unger) wird zum Befehlshaber Gen. v. Stülpnagel befohlen.	Festnahme des Inspekteurs der Sicherheitspolizei und des SD, des stellv. Gauleiters Scharitzer und des Gauprop.Leiter Frauenfeld, SS-Obergr.Führer Wuermer, des SS- und Polizeiführers und des Polizeipräsidenten durch Offz. des Gen.Kdo.; Aufforderung, die KZ-Lager in dem Insp.-Bereich bekanntzugeben. Gen.Lt. Sinzinger erhält die Weisung, Festnahme und Sicherungsmaßnahmen entsprechend der Befehle aus der Bendlerstraße durchzuführen und jeden Widerstand mit Waffengewalt zu brechen. Chef d. Gen.Stabes, Oberst Kodré, bzw. Gen. v. Esebeck telefonieren mit Berlin; Stauffenberg besteht auf Durchführung der gegebenen Befehle.
				Gegen 16.45	Remer kehrt zu seinem Btl. zurück mit dem Auftrag, das Regierungsviertel zu zernieren.			
Gegen 17.00	– Himmler ruft die Prinz-Albrecht-Str. (Berlin) an und befiehlt, Stauffenberg in der Bendlerstraße unauffällig festzunehmen. – Laufende Anrufe der verschiedenen Befehlshaber im FHQ, ob Hitler wirklich tot sei. – Keitel versucht vergeblich, mit Fromm oder Olbricht in Berlin Verbindungen zu bekommen.	17.00	Gen. v. Kortzfleisch, Kdr. Gen. des Wehrkreises III, erscheint in der Bendlerstraße; Gen.Oberst Beck läßt ihn festnehmen, da er den neuen Befehlen nicht Folge leisten will. Gen.Lt. v. Thüngen übernimmt den Befehl über das Gen.Kdo.	17.00 bis 17.30	Remer weist seine Offz. in die befohlenen Aufträge ein. Lt. Hagen, der durch die Mitteilung Remers Verdacht schöpft (zumal er mittags GFM v. Brauchitsch im Wagen erkannt zu haben meinte), bittet um Erlaubnis, sich bei Goebbels orientieren zu dürfen. Er berichtet dem Reichsminister über das Anlaufen von „Walküre". Beide vereinbaren, Major Remer kommen zu lassen, um ihn über die wahre Lage aufzuklären; die Leibst. „A. H." wird alarmiert, aber in „Sitzbereitschaft" in der Lichterfelder Unterkunft belassen. – Major Remer fährt erneut zum Stadtkdt. v. Berlin; er wird dort von einem seiner Offz. über die Unterredung Goebbels–Hagen unterrichtet.			
		Nach 17.00	SS-Oberführer Dr. Piffrader, mit dem Auftrag, Stauffenberg zu verhaften, wird von den Verschwörern festgenommen.					
Gegen 17.30 (17.20)	– Blitzgespräch Hitler–Goebbels. Goebbels soll eine Rundfunkmeldung bringen, daß ein Attentat verübt worden, aber mißlungen sei; Hitler lebe.	Bis 17.30	Die Alarmierung der außerhalb Berlins liegenden Truppen ist durchgeführt. (Inf.Schule Döberitz; Pz.Tr.Schule Wünsdorf; Artl.Schule Jüterbog; Schule f. Schnelle Truppe in Krampnitz).					
		17.50	Hptm. Klausing überbringt der Nachrichtenzentrale das Fernschreiben: „Die vollziehende Gewalt wird in den Wehrkreisen den stellv. Kdr. Gen. und Wehrkr. Befehlshabern übertragen". (Von 18.30–21.22 Uhr abgesetzt). (Nicht erhalten: Wehrkreis München; Danzig). Lt. Röhrig kommen erste Bedenken.					
Gegen 18.00	– Mussolini verläßt die „Wolfsschanze". – Hitler läßt im Auswärtigen Amt anrufen (ohne Ergebnis). Er spricht erneut mit Goebbels (Wo bleibt die Rundfunkmeldung?)	18.00	Oblt. v. Haeften übergibt Lt. Röhrig das Fernschreiben, mit dem „Walküre 2. Stufe" ausgelöst wird. (Zwischen 20.45–23.00 Uhr abgesetzt).			Gegen 18.00	Das Sicherungsrgt. 1 wird alarmiert (Oberstlt. v. Kräwel).	

Nach den fernmündlich geführten Gesprächen am 20. 7. 1944 hatten die Verschwörer in der Bendlerstraße von der Haltung der Wehrkreise zu „Walküre" offenbar folgenden Eindruck gewonnen:

(II)	Stettin	= unsicher
(III)	Berlin	= klar
(IV)	Dresden	= klar
(V)	Stuttgart	= (?)
(VI)	Münster	= scharf eingeheizt
(VII)	München	= (?)
(VIII)	Breslau	= Befehle angenommen
(IX)	Kassel	= sicher und klar
(X)	Hamburg	= (?)
(XI)	Hannover	= klar
(XII)	Wiesbaden	= (?)
(XIII)	Nürnberg	= Befehle angenommen
(XVII)	Wien	= (?)
(XVIII)	Salzburg	= (?)

			die Düna und bis Ostpreußen zurückzunehmen. – Anruf der Org.Abt des OKH aus Rastenburg: Das Attentat sei mißglückt. – Pausenlose Anrufe von den Kdr. Generalen im Reich mit Rückfragen. Stauffenberg erklärt immer wieder: Hitler sei tot, das Heer habe die vollziehende Gewalt übernommen.						
		19.15	Lt. Röhrig erhält das Fernschreiben: „Rundfunkkommuniqué trifft nicht zu. Führer ist tot." Von 19.45–21.12 Uhr abgesetzt.						
						19.28	Der erste grundlegende Befehl mit der Unterschrift GFM v. Witzleben (neuer OB der Wehrmacht) trifft in La Roche Guyon ein: er macht auf Kluge starken Eindruck. Dieser erwägt mit seinem Chef, Gen. Blumentritt, einen Waffenstillstand im Westen einzuleiten und zunächst den V-Waffen-Beschuß gegen England einzustellen.		
		19.30	GFM v. Witzleben, der zum neuen Oberbefehlshaber der Wehrmacht vorgesehen ist, trifft in Uniform in der Bendlerstraße ein. Aussprache mit Beck unter vier Augen.					19.30	Schaal bittet SS-Obergr. Dr. Fran dringend, zu ihm zu kommen.
		19.45	Lt. Röhrig, Leiter des Nachrichtendienstes, meldet seinem Abt.Chef, Oberst Köllner, die bei ihm aufgetauchten Bedenken und durchgeführten Verzögerungen.					19.45	Nürnberg hat den Befehl über de Belagerungszustand erhalten.
20.00	Herausgabe eines Aufrufs des Ob. d. M. an die Kriegsmarine (Über den „heimtückischen Mordanschlag auf den Führer")			Gegen 20.00	– Die Pz.Ersatzbrigade, auf dem Fehrbelliner Platz eingetroffen, erhält vom Chef des Stabes des Gen.Insp. der Pz.Tr., Gen.Maj. Thomale, den Befehl, den Putsch niederzuschlagen. – Kaltenbrunner erscheint in der Hermann-Göring-Straße (Reichsprop.Ministerium), um sich ein genaues Bild von der Lage in Berlin zu machen.	Gegen 20.00	Fernschreiben des GFM Keitel trifft ein: alle Befehle mit der Unterschrift des GFM v. Witzleben und des Gen. Oberst Hoepner seien ungültig. – Gen. Blumentritt spricht mit dem FHQu, sodann mit Gen.Oberg. Beide Gespräche bringen keine Klarheit. Gespräch mit Gen.Major Stieff: dieser bestätigt, daß Hitler lebe und das Attentat mißglückt sei. – Entschluß des GFM v. Kluge, sich den Putschisten in Berlin n i c h t zu unterstellen.	Kurz vor 20.00	SS-Standartenführer Min.Rat Dr. Gie (Vertreter Franks) trifft bei Ge Schaal ein und wird festgehalten. Anruf in Berlin; Gespräch mit Hoep ner. Schaal bittet, „eine Art Ehren abkommen" mit dem Staatsminist Dr. Frank schließen zu können, u der Lage gegenüber den Tschech gewachsen zu bleiben. Hoepn stimmt einer den örtlichen Verhältni sen angepaßten Regelung zu.
						20.10	Fernschreiben der Bendlerstraße: „Der Führer ist tot."		
		20.15	GFM v. Witzleben verläßt die Bendlerstraße; er hält das Unternehmen offenbar für gescheitert.			Nach 20.00	Das Sicherungsregiment 1 wird durch den General beim Stabe des Stadtkdt. von Paris, Gen.Major Brehmer, in seinen Auftrag eingewiesen: Besetzung der SD- und SS-Unterkünfte. Verhaftung nicht „im Namen des Führers". Angriffszeit: 22.30 Uhr.		
20.20	– Fernschreiben Keitels an alle Wehrkreisbefehlshaber: Himmler BdE, nur seinen Befehlen sei Folge zu leisten:								
20.30	– Der stellv. Chef des WF-Stabes, Gen. Warlimont, berichtet den Offz. des OKW über das Attentat (im Offz.-Heim).	20.30	Verbindung mit Wien, dann mit Stettin hergestellt; beide haben jedoch schon Gegenbefehle erhalten.	Zwischen 20.30 u. 21.00	Goebbels spricht vor dem inzwischen in der Hermann-Göring-Straße zusammengezogenen Wachbtl. „GD".		– Beim Ob West treffen ein: GFM Sperrle; daraufhin – Gen. v. Stülpnagel mit Oberstlt. v. Hofacker. Dieser schildert den Beginn der Erhebung. Kluge weist auf das Fernschreiben Keitels hin; der Aufstand sei mißglückt. Es sei „unverantwortlich", jetzt einzugreifen. – Ein Gespräch mit Berlin (Merz) wird gestört. – Gen. v. Stülpnagel bekennt, daß er alle Maßnahmen in Paris habe anlaufen lassen. Gen. Blumentritt ruft im Auftrage Kluge in Paris an, doch gibt Oberst v. Linstow (Chef d. Stabes d. Militärbefehlshaber) zu verstehen, daß die Maßnahmen nicht mehr aufzuhalten seien. – Stülpnagel versucht vergeblich, Kluge zum Handeln mitzureißen (Einstellung des Widerstandes im Westen; Verbindungsaufnahme mit den Alliierten); Hofacker unterstütz ihn. Kluge betont nur immer wieder, er wäre bereit gewesen mitzumachen, „wenn Hitler tot" gewesen wäre. – Hofacker: „Herr Feldm., Sie stehen mit Ihrem Wort und mit Ihrer Ehre im Feuer. Das Schicksal von Millionen Deutschen, die Ehre der Armee liegt in Ihrer Hand . . ."	Nach 20.30	Nach Eintreffen der Gegenbefehle au Berlin und dem FHQu ruft Gen. Esebeck in Berlin an, um die Wide sprüche zu klären; er spricht mit Ge Oberst Hoepner. Rücksprache mit Gen. Burgdorf un GFM Keitel. Die angelaufenen Maß nahmen werden abgestoppt; die Ala me laufen aus. Normale Lage in Wien wiederherge stellt (21. 7.: 5.00 Uhr).
		20.35	Nachr.Zentrale nimmt ein Fernschreiben von Keitel auf: „Himmler zum Befehlshaber des Ers.Heeres ernannt." Gen. Olbricht befiehlt, das Fernschreiben nicht weiterzuleiten.						
		20.20 bis 21.02	Die Fernschreiben über die Standrechtverordnungen 1–5 werden von einer Vorzimmerdame Lt. Röhrig ausgehändigt, die dieser aber n i c h t mehr absetzt.						
20.50	Fernmündliche Weisung des Ob. d. M. an die Seekriegsleitung über das Verhalten der Marine gegenüber den Putschisten.								
		Gegen 21.00	Teile des Wachtbtl. besetzen den Bendlerblock.	21.15	Hitler befiehlt (durch Goebbels) dem Chef des Allgemeinen Wehrmachtamtes, Gen. Reinecke, die Führung	21.00	Oberst v. Linstow telefoniert mit Stülpnagel. Er erfährt, daß Ob West noch unentschlossen sei;		

				der Truppen des Stadtkdt. und des Wachbtl. zu übernehmen und gegen die Bendlerstraße vorzugehen (Reinecke orientiert entsprechend Gen. v. Hase).		Kluge versagt sich. Er enthebt Stülpdagel seines Postens.		
Nach 21.00			**Rundfunkdurchsage: Hitler werde bald zum Deutschen Volk sprechen.**				Nach 21.00	
Zwischen 21.00 u. 22.00	– Sog. „Abendlage". Gen.Major Herfurth, Chef des Stabes, des stellv. Kdr.Gen. des III. A.K., meldet, es handele sich in Berlin um einen Militärputsch. Er habe aber die „Zügel fest in der Hand".	21.25 bis 22.01	Fernschreiben Keitels von 20.35 wird vom Leiter der NZ durch Funk an 20 Anschriften weitergeleitet; gleichzeitig Sperrung und Ungültigkeitserklärung der Fernschreiben, die bis dahin abgesetzt worden sind.			Gegen 21.30	Rückfrage in der Bendlerstraße: Hier erklärt man, die Meldung des Deutschlandsenders sei nichtig.	
21.40	Befehl Dönitz zur Verhaftung des Marineoberstabsrichters B. Graf von Stauffenberg.	Nach 21.30	Gen. v. Hase wird von der SS verhaftet (bzw. vom Wachbataillon).					
						21.35	Admiral Krancke, OB Marinegruppenkdo. West (er verfügte über 5000 Mann), wird durch einen Tagesbefehl des Großadmirals Dönitz zu „heiligem Zorn gegen unsere verbrecherischen Feinde und ihre Mietlinge" aufgerufen.	21.45 Gen. Schaal ruft erneut in Berlin an und spricht mit Gen.Oberst Hoepner; dieser berichtet ihm über die Lage. Daraufhin läßt Schaal Dr. Gies frei.
						Nach 22.00	Oberst Stauffenberg gibt nach Paris an Oberst v. Linstow durch: in Berlin ist alles verloren.	
		22.30	Nachdem die Truppen des Wachbtl. aus der Bendlerstraße abgezogen sind, befiehlt Gen. Olbricht Offizieren des Hauses, den Schutz zu übernehmen. Sechs Genst.Offz. werden als Wachhabende für die sechs Ausgänge eingeteilt.	Nach 22.30	Unter Führung der Oberstlt. Pridun, von der Heyde und Herber (Abt.Leiter bei In. 6; Ia 1 und Ib des Gen. Olbricht) sammelt sich eine Gruppe von Offz., die in den Putsch nicht eingeweiht waren, in der Bendlerstraße zur Klärung der Lage und zum „bewaffneten Gegenstoß" gegen die Verschwörer; unter der Parole: „Für oder gegen den Führer" beginnt dieser; er endet mit der Verhaftung der Verschwörer und der Befreiung Fromms (zit. n. Zeller a.a.O. S. 255). Fromm verkündet ein standgerichtliches Urteil wegen Hoch- und Landesverrat über Olbricht, Stauffenberg, Merz v. Quirnheim und v. Haeften.	22.30	Der Sturm auf die SS-Unterkünfte setzt ein. Verhaftung des Gen. Oberg. („Höherer SS- und Polizeiführer Frankreich").	
		22.40	Oberst Müller von der Inf.Schule Döberitz, die seit 17.00 Uhr alarmiert ist, meldet sich bei Olbricht. (Der Kdr. d. Schule, Gen. Hitzfeld, war abwesend in Baden; Müller kehrte erst gegen 20.30 Uhr vom auswärtigen Dienst in die Schule zurück.) Er bittet um schriftliche Vollmacht, um mit der Inf.Schule unverzüglich die Sender in Berlin in Besitz zu nehmen und die eingetretene Stockung zu beseitigen. (Um 23.45 Uhr kehrt er mit dieser Vollmacht nach Döberitz zurück.)	Gegen 22.50				22.40 Gen. Schaal trifft in der Dienststelle des Befehlshabers der Waffen-SS ein. Auf Forderung von SS-Obergr.Führer Dr. Frank ordnet er die sofortige Zurücknahme aller Alarmbefehle an.
23.00	– Verhaftung der Generale Fellgiebel und Stieff.					Gegen 23.00	Die entwaffneten SS- und Polizeiverbände werden ohne Widerstand in die Pariser Gefängnisse (u. a. in Fresnes) eingeliefert. 1200 Mann befinden sich im Gewahrsam des Heeres.	
23.40	– Meldungen liegen vor, daß in den Wehrkreisen II, III, VI und X „alles in Ordnung sei".	23.15 bis 23.45	Selbstmord des Gen.Oberst Beck.	Gegen 23.15	Die Kampfgruppe des Oblt. Schlee (4./Wachbtl. GD) besetzt die Bendlerstraße.			
Nach 24.00	– Himmler berichtet über die Revolte in Berlin.					Nach 24.00	Rückkehr Stülpnagels nach Paris (ins Hotel Raphael). Gen. v. Boineburg und Oberst v. Linstow melden, was in Paris geschehen ist.	
21. 7.								
		0.15 bis 0.30	Exekution des Gen. Olbricht, Oblt. v. Haeften, Oberst Merz von Quirnheim und Oberst Graf Stauffenberg durch ein Sonderkommando von 10 Uffz. unter Führung von Lt. Schady. Stauffenberg stirbt mit dem Ruf: „Es lebe unser heiliges Deutschland!"	0.10 bis 0.21	Fernschreiben Fromms an alle Wehrkr.Kdos.: „Putschversuch blutig niedergeschlagen."			
							Unter dem Eindruck verschiedener Nachrichten (Alarmierung der Marine und Ultimatum des Panzer-Meyer) entschließt sich Obstlt. v. Kräwel, die Gefängnisse zu öffnen (Gegen 1 Uhr); Gen. v. Boineburg begibt sich zu den festgenommenen SS-Führern ins Hotel Continental und bittet Gen. Oberg, ihn ins Hotel Raffael zu begleiten. Dort entschuldigt sich Gen. v. Stülpnagel damit, er sei einem „Mißverständnis" zum Opfer gefallen. Unter Hinweis auf die zahlreichen Fernschreiben kann St. seine Rolle „glaubhaft" spielen. Einigung zwischen beiden Gruppen: das Ganze der Öffentlichkeit als „Übung" bekanntzugeben. (Gegen 2 Uhr.) Um 3 Uhr sind alle SS- und SD-Unterkünfte vom Heer geräumt. Stülpnagel wird zur Berichterstattung nach Berlin befohlen.	
Kurz vor 1.00			**Rundfunkansprachen Hitlers, Görings und Dönitz'.**					